C 21734 D

República
Original und Übersetzung der ersten von Arbeitern herausgegebenen Nummer 25 der portugiesischen Zeitung 'Republica'

Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.64 22. Juli '75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

„Republica" jetzt in Arbeiterhand



Siehe Artikel Seite 28
Siehe Artikel Seite 28

Portugal:

Die Reaktion probt den Bürgerkrieg

In Portugal spitzen sich die Auseinandersetzungen um die Fortführung des revolutionär-demokratischen Prozesses zu. Die portugiesische Arbeiterklasse steht im Kampf gegen die drohende Gefahr eines von der Reaktion entfesselten Bürgerkrieges und einer neuen faschistischen Diktatur.

Im Norden Portugals, wo insbesondere der reaktionäre Einfluß der katholischen Kirche (die stets eine treue Stütze des faschistischen Regimes war) noch immer sehr stark ist, hetzen Kirche und Reaktion offen zu faschistischem Terror: Überfälle auf Büros fortschrittlicher Organisationen, „Hexenjagden" und Mordanschläge auf Kommunisten und andere Revolutionäre sind dort an der Tagesordnung.

Hierauf gestützt versucht die Reaktion, auch in anderen Teilen des Landes eine Massenmobilisierung gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß zu schaffen. Sammelpunkt dieses Versuchs ist Mario Soares, Führer der „Sozialistischen" Partei, treuer Freund und bezahlter Agent der SPD. Um ihn sammelt sich die gesamte reaktionäre und faschistische Rechte, die er selbst schon nicht mehr unter Kontrolle hat. Auf ihm ruhen die Hoffnungen der internationalen Reaktion, die Portugal zu einem zweiten Chile machen will: Als „Mann der Stunde" feierte ihn Springers „Bild am Sonntag" (20. Juli).

Einen gewissen vorläufigen Höhepunkt dieser Kampagne um Soares bildeten Massenkundgebungen am 18. und 19. Juli in Porto (Nordportugal) und Lissabon mit jeweils 60. bis 70.000 Teilnehmern. Soares unternahm den ziemlich lächerlichen Versuch, diese Kundgebungen zur „Stimme des portugiesischen Volkes" hochzujubeln. Tatsache ist, daß zu diesen Kundgebungen die Anhänger der PS und der anderen reaktionären Parteien aus ganz Portugal zusammengekarrt wurden, insbesondere natürlich aus dem Norden. Diese Methode ist von den deutschen und italienischen Faschisten abgeguckt, deren „Massenaufmärsche" in derselben Weise organisiert wurden.

Im Stil der Faschisten ließ Soares seine zusammengekarrte Anhängerschaft z.B. auch bewußt in den Arbeitervierteln von Lissabon provozierend aufmarschieren.

Die Arbeiterschaft der von den Soares-Anhängern heimgesuchten Städte reagierte weitgehend einheitlich mit Ablehnnung und Widerstand auf die Aufmärsche der Reaktion: Proteststreiks wurden organisiert und Straßensperren errichtet, um den angekarrten Soares-Anhängern eventuell mitgeführte Waffen abzunehmen, wobei sich in der Tat so Einiges anfand.

Das hinderte freilich z.B. Zeitungen wie die der Springer-Presse nicht, auf mangelnde Informationen ihrer Leser zu spekulieren und dreist zu verkünden: **„Das Volk (!) rebelliert gegen rote Diktatur"** („Bild am Sonntag", 20. Juli). Der faschistische Terror in Nordportugal, bis hin zu versuchten Lynch-Aktionen gegen Frauen und Kinder kommunistischer Fa-

Fortsetzung Seite 31

„Westdeutsche Kommunisten grüßen die Arbeiter von ‚Republica'"

Wir solidarisieren uns mit eurem Kampf für ein revolutionäres Informationswesen. Wie ihr sind auch wir gegen alle Manöver der Sozialdemokratie von Mario Soares, der ein Freund der westdeutschen Sozialdemokratie und Agent des Imperialismus ist.

Wir verurteilen die Lügen der bürgerlichen Presse in Westdeutschland, die versucht, ein falsches Bild von dem gerechten Kampf der „Republica"-Arbeiter zu geben. Wir versprechen, den Arbeitern unseres Landes die Wahrheit über euren Kampf zu berichten, und was er für die Arbeiterklasse insgesamt bedeutet.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Revolutionäre Grüße
Kommunistischer Bund

KB mit „Republica"-Arbeitern solidarisch

Am 11. Juli, einen Tag nach dem Wiedererscheinen der „Republica", unter Regie der Arbeiter der Zeitung, fand in einer Stierkampfarena von Lissabon ein Solidaritätsfest statt. Veranstalter war die Arbeiterkommission von „Republica".

Etwa 5.000 Menschen hatten sich zu dieser Veranstaltung eingefunden. In einer revolutionären und von Freude über den Sieg bestimmten Athmosphäre wurden zahlreiche Solidaritätsbotschaften aus dem In- und Ausland verlesen. Gesangsgruppen trugen, vom Publikum begeistert begleitet, antifaschistische und revolutionäre Lieder vor.

Die ziemlich zahlreich an der Kundgebung teilnehmenden Genossen des Kommunistischen Bundes, die zu dieser Zeit auf Urlaub in Portugal waren, verfaßten die nebenstehende Solidaritätsadresse, die von Genossen des MES ins Portugiesische übersetzt und von einem Kollegen der Arbeiterkommission der „Republica" vorgelesen wurde.

Im Bericht eines Genossen heißt es: Dieser Beitrag wurde *„mit viel Beifall aufgenommen. Den stärksten Beifall gab es an der Stelle, wo Soares als Agent des Imperialismus bezeichnet wird".*

Anschließend sprach ein Genosse des KB auf Bitten der Veranstalter noch einen kurzen Gruß auf deutsch.

Außer dem KB wandte sich auch eine „Gruppe westdeutscher Gewerkschaftsmitglieder" mit einem Gruß an die „Republica"-Arbeiter und die Versammlung.

Die „Republica" vom 12. Juli erwähnte als ausländische Teilnehmer: Vertreter von Lotta Continua Generalsekretär der Ligue Comuniste (französische Trotzkisten), Generalsekretär von Avanguardia Operaia (Italien), Vertreter des Kommunistischen Bundes und „eine Gruppe westdeutscher Revolutionäre".

Neue Welle von „Reformen" zur „inneren Sicherheit"

Schon heute steht fest, daß die wesentlichste „Reform" der einst als „Reform"regierung angetretenen SPD/FDP-Regierung ein bisher beispielloser Ausbau des Polizeistaates ist... Eine „Reform", an der nach einem eventuellen Regierungswechsel die CDU/CSU jederzeit anknüpfen könnte!

Gegenwärtig läuft im Schatten der „Terroristen"-Prozesse, vor allem dem großen „RAF"-Prozeß in Stuttgart-Stammheim, eine Welle neuer „Reformen" dieser Art an.

„Reform des Strafverfahrensrechts"

Das „Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts" (StVRG) ist seit 1.1.1975 bereits in Kraft. Entscheidende Inhalte sind:

Abschaffung der bisherigen gerichtlichen Voruntersuchung durch einen Ermittlungsrichter. Stattdessen „Konzentration des Ermittlungsverfahrens in der Hand der Staatsanwaltschaft". Das soll *„zur Straffung und*
schaft". Das soll *„zur Straffung und*
Beschleunigung des Ermittlungsverfahrens" führen. In Zukunft hat der Staatsanwalt folgende Kompetenzen:

- *„Durchsicht der Papiere der von einer Durchsuchung Betroffenen";*
- Vorladung von Zeugen und Sachverständigen;
- *„Überwachung des Fernmeldeverkehrs";*
- *„Konzentration"* verschiedener Verfahren vor einem Gericht.

In Zukunft wird bei *„Verdacht (!) schwerwiegender Straftaten"* die Staatsanwaltschaft, d.h. der staatliche Ankläger, sofort zusammen mit der Polizei den „Fall" übernehmen. Selbst die geringfügigste Kontrollmöglichkeit staatlicher „Ermittlungen" ist damit ausgeschlossen.

„Lex Baader – Meinhof"

Des weiteren bringt das Gesetz eine *„Änderung des gerichtlichen Verfahrens"*, insbesondere die Möglichkeit der *„Einschränkung der Verteidigung"* und der *„Beschleunigung von Sachverständigergutachten"*. Die Praxis des Stuttgart-Stammheimer Prozesses hat die konkreten Auswirkungen dieser famosen „Reform" bereits klar vorgeführt: Zerschlagung jeder Verteidigungsmöglichkeit der Angeklagten!

...Der von der Bundesregierung in
Der von der Bundesregierung in aller Eile nach der Lorenz-Entführung verfaßte Entwurf für ein Bündel von „Anti-Terror"-Gesetzen wurde dem Bundesrat am 11.7. zur Debatte vorgelegt. Gegen „Bedenken" der

Fortsetzung Seite 2

Gesinnungsjustiz gegen KB-Presse

Am 1.7.75 fällte das Amtsgericht Hamburg ein exemplarisches Urteil gegen die Presse des Kommunistischen Bundes. Unser Presseverantwortlicher soll DM 1.500,- zahlen wegen Beleidigung und Verleumdung der Polizei.

Anlaß war unsere Kritik an der Erschießung des Bankräubers Martin Humberto Gonzales im April 1974 vor einer Filiale der Deutschen Bank in Hamburg.

Gonzales hatte die Bank gestürmt. Als er mit einer Geisel die Bank verließ, wurde er von einem Schützen des „Mobilen Einsatz-Kommandos" (MEK) durch einen gezielten Kopfschuß aus ein Meter Entfernung getötet. Weitere MEK-Mitglieder schossen dann noch mehrere Male auf den bereits Zusammengebrochenen.

Gegen den Todesschützen wurde formal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber sehr bald sang- und klanglos wieder eingestellt. Die Polizeiführung begründete die Todesschüsse mit einer angeblich gegebenen „Nothilfe" für die Geisel.

Die Polizeiaktion wurde als nachahmenswertes Beispiel herausgestellt.

Demgegenüber hatten wir in unserer Presse den Polizei-Einsatz als öffentliche Hinrichtung und als Demonstration staatlicher Macht kritisiert und insbesondere die damals noch ziemlich frisch aufgestellten MEK-Einheiten als potentielle Todeskommandos angegriffen.

Im Auftrag der Polizeiführung erstattete die Staatsanwaltschaft Anzeige gegen zwei Stellen aus unserer Presse:

- Die Bildunterschrift unter einem Foto exerzierender MEK-Bullen in unserer Hamburger Branchenzeitung DER METALLARBEITER 4/74: *„MEK – sie werden abgerichtet zum Mord".*
- Zeilen aus dem Aufruf-Flugblatt unserer Bezirksgruppe Hamburg-St. Georg zum 1. Mai 1974: *„...so demonstrierte das MEK..., vor knapp zwei Wochen am Steindamm den Genickschuß am lebenden Objekt. Es war hier offensichtlich, daß einerseits ein staatlich geplanter Mord durchgeführt wurde .– unter dem Mantel der Rettung der Geisel – und andererseits dieses zu einer weit angelegten Bürgerkriegsübung gemacht wurde".*

Über ein Jahr „Ermittlungen"..

Für die Ermittlungen nahm sich die Staatsanwaltschaft und Polizei immerhin über ein Jahr Zeit! Schon ein Zeichen, daß es ihnen keineswegs um die Aufklärung des Sachverhaltes zu tun war. Vielmehr erleichterten die beiden Ermittlungsverfahren den beruflichen Schnüfflern die Arbeit:

- So sollte der Drucker des Flugblattes nach dem Auftraggeber ausgefragt werden; u.a. wurden ihm Fotos des Presseverantwortlichen zur Identifizierung vorgelegt.

Er wurde eingeschüchtert, sich von dem Text zu distanzieren und zu beteuern, in Zukunft seine „Druckerzeugnisse auf eventuelle Straftaten vor dem Druck durchzulesen".

So erschien mehrere Male eine Gruppe von Schnüfflern im Wohnblock des Presseverantwortlichen, um die Bewohner mit Hinweis auf gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren nach seinen Lebensgewohnheiten etc. auszufragen und sie gegen ihn aufzuhetzen. Da seine Presseverantwortlichkeit von ihm vor seinen Nachbarn jedoch nicht als Geheimnis behandelt wurde, wurden ihm die Spitzelversuche hinterbracht.

...Vier bis fünf Stunden Gerichtsverhandlung

Die Gerichtsverhandlung selbst wurde dagegen – obwohl in vier Sitzungen aufgespalten – in der Blitzzeit von vier bis fünf Stunden abgewickelt.

Fortsetzung Seite 2

Neue Welle von „Reformen" zur „inneren Sicherheit"

Fortsetzung von Seite 1

SPD/FDP-regierten Länder Hamburg und West-Berlin beschloß der Bundesrat eine Reihe von Änderungsanträgen, die samt und sonders der Verschärfung des Regierungsentwurfs dienen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Erweiterung des bisherigen § 129 („kriminelle Vereinigung") um einen Zusatz; § 129a („terroristische Vereinigung"). Dies öffnet die Möglichkeit, in Zukunft politische Organisationen leichter zu kriminalisieren.

Die CDU/CSU will über die Bestrafung der Gründung und Mitgliedschaft hinaus auch eine Verpflichtung (mit Strafandrohung) von Ärzten, Rechtsanwälten und Verwandten zur Denunziation von „Terroristen".

Der „Kronzeuge" soll neu ins Strafgesetzbuch eingeführt werden. Danach soll Straffreiheit oder Strafmäßigung für den „Täter" in Aussicht gestellt werden, der „Hilfe bei der Verbrechensaufklärung" gibt.

- Nicht nur der schriftliche, sondern auch der mündliche Verkehr zwischen Verteidigung und Angeklagten soll überwacht werden.
- Eine Verschärfung des Haftrechts sieht vor, daß in Zukunft Haftbefehle auch ohne die bisher erforderliche Voraussetzung der „Fluchtgefahr" ausgestellt werden können. Die CDU/CSU verlangt, *„Beschuldigte ausschließlich aufgrund der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung in Haft zu nehmen"* („FR", 28.6.).

28.6.).

Der überarbeitete Vorschlag des „Anti-Terror-Bündels" wird nach der parlamentarischen Sommerpause zur zweiten Lesung gebracht.

„Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz"

Am 26.6.75 legte die Ständige Innenministerkonferenz ihren zweiten „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" vor.

Nach dem „Musterentwurf" soll der „Todesschuß", d.h. die bewußte Tötung z.B. eines Geiselnehmers, in Zukunft bereits erlaubt sein,

„wenn er das einzige Mittel zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben" eines Bedrohten ist. Bisher durfte „nur" bei „Gefahr für das Leben" geschossen werden;

- auch wenn **„erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden"** („Spiegel", 28/75).
- Maschinengewehre und Handgranaten, auch bisher schon als Waffen bei der Polizei geführt, sollen eingesetzt werden können, *„wenn der Gegner entsprechend ausgerüstet und herkömmliche Waffen erfolglos geblieben sind"* („Spiegel", 28/75).

„Schutz des Gemeinschaftsfriedens"

Dies ist ebenfalls ein Bündel von „Reform"-Entwürfen zur Änderung des Strafgesetzbuches, des Versammlungsgesetzes, der Strafprozessordnung:

- Entwurf eines "Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" des "Freistaats Bayern" vom 26.6.74;
- Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag vom 11.11.74
- Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes" des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat am 27.12.1974,
- Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz der Rechtspflege" der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag am 22.1.1975;
- Entwurf eines „13. Strafrechtsänderungsgesetzes" der Bundesregierung nach der Erschießung des Richters Drenckmann als besondere „Eilsache" in den Bundestag eingebracht.

Im wesentlichen stimmen die Entwürfe überein. In Einzelheiten gehen die Forderungen der CDU/CSU, der CDU/CSU-regierten Länder sowie des Bundesrates über die Vorschläge der SPD/FDP-Regierung hinaus. Die wichtigsten Punkte sind:

- „Öffentliche Aufforderung zu Straftaten" (auch ohne „Erfolg") (§ 111 StGB) soll nach Willen der CDU/CSU & Co. wie eine „versuchte Straftat" bestraft werden.

Der Bundesregierung reicht eine Strafe von fünf Jahren Haft, ersatzweise Geldstrafe.

- „Landfriedensbruch" (125 StGB): Die CDU/CSU will „Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen" aus einer „Menschenmenge" heraus bestrafen. Derjenige, „der sich der Menschenmenge anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt", soll ein Jahr Gefängnis bzw. Geldstrafe bekommen. Die Bundesregierung hält die geltenden Vorschriften für ausreichend, um der Polizei die „Auswahl und Verwirklichung sachgerechter Maßnahmen" zu ermöglichen.
- „Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens" (§ 126 StGB). Übereinstimmend fordern alle Entwürfe Strafe für denjenigen, der *„in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, bestimmte Straftaten androht oder wider besseres Wissens vortäuscht"*.
- *„Befürwortung von Gewalttätigkeiten bzw. Befürwortung oder Anleitung zu Straftaten* (§ 130a StGB).

Gemeint sind: „Mündliche Unterweisungen", „Handbücher", „Flugblätter", alle Dinge, die *„geeignet sind, die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen"*.

Ebenso, *„wer öffentlich oder in einer Versammlung die Begehung einer der genannten Taten befürwortet"*.

- „Belohnung und Billigung von Straftaten" (§ 140 StGB).

Übereinstimmend wollen alle Entwürfe die nachträgliche Billigung „rechtswidriger Taten", also etwa Solidaritäts-Kundgebungen verschiedenster Art, unter Strafe stellen.

- „Änderung des Versammlungsgesetzes".

Nach dem Willen der CDU/CSU *„soll die Aufforderung zur Teilnahme*

„soll die Aufforderung zur Teilnahme

an einer verbotenen Versammlung wieder mit Strafe bedroht werden". Versammlungen sollen nur erlaubt sein:

- wenn sie „friedlich und ohne Waffen" durchgeführt werden, wozu z.B. Schutzhelme, evtl. Fahnenstangen etc. gerechnet werden.
- Wenn sie nicht *„Bestrebungen unterstützen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD oder eines Landes gerichtet"* sind, d.h. hier bietet sich ein weiterer Spielraum für Demonstrationsverbote.
- Ausländerversammlungen sollen schon verboten werden können, wenn die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet" ist. Hiergegen hat die Bundesregierung allerdings noch Bedenken, denn: *„Bei Vollzug ergäben sich erhebliche Schwierigkeiten, wenn die Versammlung sowohl aus Ausländern als auch aus Deutschen bestünde"*.
- „Straf- und Bußgeldvorschriften". Nach dem Willen der CDU/CSU soll die „öffentliche Aufforderung zu einer verbotenen Versammlung" (Flugblätter, Plakate!) in Zukunft nicht mehr als Ordnungsvergehen, sondern als kriminelle Tat bestraft werden. Wer trotz „Auflösung" einer verbotenen Versammlung nicht sofort abhaut, wer als *„Leiter in eine öffentliche Versammlung entsandte Polizeibeamte die Anwesenheit verweigere oder ihnen keinen angemessenen Platz (!) einräumt"*, soll bestraft werden.

Die Bundesregierung sieht gegenwärtig kein „praktisches Bedürfnis" für diese Regelung.

- „Schutz der Rechtspflege". Die CDU/CSU fordert in Ergänzung zu den bereits vorhandenen Einschränkungsmöglichkeiten der Verteidigung im StVRG-Änderungsgesetz vom 1.1.75: *„Der Verteidiger soll von der Mitwirkung im Verfahren auch dann ausgeschlossen werden können, wenn der dringende Verdacht der Förderung und der Vorbereitung von Straftaten besteht, oder wenn er seine Tätigkeit dazu benutzt, die Sicherheit in einer Vollzugsanstalt zu gefährden oder die Ordnung in einer Vollzugsanstalt erheblich zu beeinträchtigen"*.

„Offensiv-Konzept" der CDU/CSU

Am 10. Juli legte die CDU/CSU ein umfangreiches **„Maßnahmen-Programm zur Bekämpfung des Terrorismus"** vor.

Der „Maßnahmen-Katalog" bezieht sich auf folgende Gebiete:

- *Verschärfung des Strafrechts und Strafverfahrensrechts;*
- *Aufbau, Lenkung und Kompetenzen der Polizei;*
- *„flankierende" ideologische Maßnahmen.*

Zum ersten Punkt sieht der „Katalog" vor:

- Verschärfung des Sprengstoffgesetzes, in dem Sinn, daß *„unter den ‚besonderen Vorrichtungen' für einen Sprengstoffanschlag nicht mehr nur sprengstofftypische Vorrichtungen verstanden werden, sondern alles, was verwendbar sei (!), da... erfahrungsgemäß die derzeitigen Terroristen es vorzögen, mit alltäglichen (!) Apparaturen zu Werke zu gehen"*. Offen gesagt, daß damit auch die *„Deckung für polizeiliche Durchsuchungen in einem frühen Stadium (?) der technischen Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen"* ausgedehnt werden soll – vielleicht z.B., wenn jemand gerade die Flasche leertrinkt, aus der er später man einen „Molly" basteln könnte? ...
- Verschärfung der Strafen bei einer Reihe von Taten, wenn dabei Waffen mitgeführt werden: Gefangenenbefreiung, Freiheitsberaubung (Entführung). Der Diebstahl von Waffen, Munition und Sprengstoff soll in j e d e m Fall als besonders schwerer Diebstahl abgeurteilt werden – ohne daß es, wie sonst üblich, auf die F o r m der Durchführung der Tat ankommt.
- Erleichterung der Anordnung und Aufrechterhaltung der „Untersuchungshaft" gegen Personen, die *„dringend verdächtig"* sind, *„für eine kriminelle Vereinigung tätig zu sein"*; d.h. dieser „Verdacht" soll a u t o m a t i s c h Haftgrund sein, ohne (wie sonst üblich) erst auf „Verdunkelungsgefahr" etc. zurückgreifen zu müssen.

Zum zweiten Punkt:

- Die *„Fahndung nach Terroristen"* soll erleichtert werden; die *„Rechtsgrundlage"* z.B. für Kraftfahrzeugkontrollen, Leibesvisitationen und allgemeine Kontrollen wird als *„gelegentlich unzureichend"* bezeichnet und soll den tatsächlichen polizeilichen Praktiken entsprechend ausgeweitet werden (nach dem Prinzip: Wenn das geltende „Recht" der Ausdehnung des Polizeistaats im Wege steht, muß halt eine neue „Rechtsgrundlage" her).

grundlage" her).

- Die u.a. von Kanzler Schmidt befürwortete Schaffung einer Bundeskriminalpolizei wird abgelehnt; es komme darauf an, *„Ortsnähe und Vertrautheit"* der Polizei zu entwickeln. Zuviel Zentralisierung sei dabei nur störend.

Zum dritten Punkt:

- Dem „Terrorismus" komme der „Abbau von Wertvorstellungen" zugute, worunter wohl allgemein jede Art von Kritik an bestehenden Formen der kapitalistischen Gesellschaft (= „Wertvorstellungen") zu verstehen ist.

Verantwortlich werden dafür *„bestimmte Bildungseinrichtungen"* gemacht, *„die Konflikttheorien und Parolen des Klassenkampfes"* verbreiten. Auch die *„besondere Verpflichtung der Massenmedien, vor allem der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten"* wird von der CDU/CSU in diesem Zusammenhang betont. Im Klartext: Jeder Funken von Gesellschaftskritik, die bloße Erwähnung des Klassenkampfes, soll aus Schulen und Universitäten, aus Rundfunk und Presse etc. verbannt werden!

- Zusätzlich fordert die CDU/CSU eine noch schärfere und breitere Handhabung des Berufsverbots gegen Linke im Öffentlichen Dienst (Zitate und Angaben nach „FAZ" vom 11.7.75).

Um dieses Programm der verschärften Faschisierung herum gab es das übliche Hickhack zwischen CDU/CSU und SPD/FDP: Die CDU/CSU behauptete, die Bundesregierung sei zu „schlapp" beim *„Schutz des Rechtsstaats"* (= Abbau von Rechten, Schaffung neuer „Rechtsgrundlagen", Ausbau der Polizei usw.); nur *„zögernd"* und *„halbherzig"* würde die Bundesregierung den Forderungen und Vorschlägen der CDU/CSU folgen. – Dagegen warf die SPD der CDU/CSU vor, sie würde die *„bisherige außerordentlich effektive gemeinsame Arbeit"* in Frage stellen und *„nicht mehr zur Gesamtverantwortung stehen"* („FAZ", 11.7. und „FR", 14.7.).

Abgesehen von einzelnen scheinliberalen" Kritikansätzen unter SPD/FDP-Politikern, die entweder als albern oder aber als zynisch anzusehen sind (siehe „Kritik" von FDP-Klug am „Todesschuß"-Artikel dazu in diesem AK), bewegt sich die Argumentation der SPD auf der Ebene, daß sie sich in der „Verteidigung des Rechtsstaats" (=Verteidigung des Kapitalismus und A b b a u des bürgerlichen „Rechtsstaats"!) von niemandem übertreffen läßt, daß sie aber gern gemeinsam mit der CDU/CSU vorgehen will („Solidarität aller Demokraten"), und daß die CDU/CSU mit ihren Konzepten und ihren Angriffen gegen die Regierung diese „Gemeinsamkeit" stört.

Es ist offensichtlich, daß hier ein Spiel mit verteilten Rollen vor sich geht, bei dem allenfalls Tempo und Details der Faschisierung zur Debatte stehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gesinnungsjustiz gegen KB-Presse

Fortsetzung von Seite 1

Alle Beweisanträge der Verteidigung zum ersten Punkt der Anklage (abgerichtet zum Mord), die geeignet gewesen wären, die Ausbildung der MEKs zu Tötungsinstrumenten anhand von Dokumenten, Sachverständigenaussagen usw. zu belegen (siehe AK 62) wurden vom Gericht als „entscheidungsunerheblich" zuzurückgewiesen.

Die Beweisanträge der Verteidigung zum zweiten Anklagepunkt, nämlich: ob „die Tötung des Geiselnehmers anderen Zwecken als denen der Geiselbefreiung gedient" habe, wurden genauso behandelt. Zur Prüfung der Polizei-Absichten sowie des konkreten Aktions-Ablaufs am Tatort hatte die Verteidigung u.a. verlangt:

- die Zeugenvernehmung des Todesschützen sowie die Heranziehung der Akte des gegen ihn geführten (eingestellten) Ermittlungsverfahrens;
- des Schießausbilders Stammel, der in einem „Quick"-Artikel als Sachverständiger bewies, daß die Polizei die Geisel durch ihr Vorgehen in Gefahr brachte, statt ihrer Rettung zu dienen;
- des verteidigenden Rechtsanwaltes, der zufällig Augenzeuge der Polizeiaktion wurde;
- außerdem die „Augenscheinnahme einiger Fotos, die beweisen, daß es für den Schützen sehr wohl andere Möglichkeiten als den Kopfschuß gab – wenn er schon meinte, schießen zu müssen!

Gewerkschaft

ÖTV

Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport
und Verkehr

ÖTV-Hauptvorstand, 7000 Stuttgart 1, Theodor-Heuss-Str. 2

Einschreiben

Herrn
Kai Ehlers
2 Hamburg 33
Elligersweg 1[illegible]

Hauptvorstand
Vorstandssekretariat [illegible]
Organisationsreferat
7000 Stuttgart 1
Theodor-Heuss-Straße 2

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Fernsprech-Durchwahl	Tag
		Br/Lo	(0711) 2097 585	[illegible] Juni [illegible]

Ausschlußverfahren

Sehr geehrter Herr Ehlers,

der Vorstand des Bezirks Hamburg hat in seiner Sitzung am 1[illegible]. Dezember 1974 beschlossen, gemäß § 6 Ziffer 1 in Verbindung mit § 6 Ziffer [illegible] der ÖTV-Satzung gegen Sie ein Ausschlußverfahren zu beantragen.

Mit diesem Antrag hat sich der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV in seiner Sitzung am 1[illegible]./1[illegible]. Juni 1975 befaßt und dem Antrag stattgegeben. Ihr Ausschluß aus der Gewerkschaft ÖTV ist damit begründet, daß Sie sich aktiv für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands betätigt haben.

Nach § 6 Ziffer [illegible] der ÖTV-Satzung haben Sie die Möglichkeit, gegen diese Entscheidung des Hauptvorstandes Beschwerde beim Gewerkschaftsausschuß innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang dieses Schreibens einzulegen.

Hochachtungsvoll

A. Jacobi, stellv. Vorsitzender
A. Rothländer, Vorstandsmitglied

Schreiben der ÖTV an den Presseverantwortlichen des KB. Daß er sich aktiv für den KBW betätigt hat, war ihm selbst bisher unbekannt!

Der Einsatzleiter: bestens „informiert"

Statt auf diese Anträge einzugehen, präsentierte die Staatsanwaltschaft den für den Einsatz verantwortlichen MEK-Einsatzleiter Zülsdorf. Die Hinzuziehung weiterer amtlicher Zeugen war von der Staatsanwaltschaft ausdrücklich mit dem Hinweis abgelehnt worden, Einsatzleiter Zülsdorf sei der einzig ausreichend über die Vorfälle informierte Beamte!

Seine Vernehmung verlief etwa folgendermaßen:

Er wurde gefragt, was das Ziel des Einsatzes gewesen sei. Er sagte natürlich: „Rettung der Geisel". Zum zweiten sei Ziel des Einsatzes gewesen, den Täter „festzunehmen" („tot oder lebendig? !")

Auf die Frage des Verteidigers, wieso dann in den Kopf geschossen worden sei und anschließend noch mehrmals auf den Liegenden, antwortete Herr Zülsdorf pfiffig: „Es gibt mehrere Arten, jemanden festzunehmen!".

Über solche zynischen Sprüche hinaus aber wußte der verantwortliche Einsatzleiter nichts. Er habe sich in den Räumen über der Bank aufgehalten. Von dort habe er nur einmal aus dem Fenster gesehen – „natürlich" nicht, als Gonzales herauskam! Auf die Frage des Verteidigers, was er denn dort oben gemacht habe: „Ich habe nachgedacht!!"

- Der Einsatzleiter wußte angeblich nicht, ob den drei MEK'lern, die schußbereit vor der Bank standen, der Befehl zum Todesschuß gegeben war;
- der Einsatzleiter kannte angeblich die drei Beamten nicht vor dem Einsatz und auch heute noch nicht;
- der Einsatzleiter wußte angeblich nicht, mit welchen Waffen die Todesschützen ausgerüstet waren;
- der Einsatzleiter wußte angeblich nicht, ob mit den Schützen überhaupt je über den Todesschuß gesprochen wurde, ja, daß überhaupt jemals – in seiner Anwesenheit – über den Todesschuß bei der Polizei gesprochen worden ist;
- es habe zwar eine nachträgliche Einsatzbesprechung gegeben, aber über deren Inhalt brauchte Herr Zülsdorf auf Drängen der Staatsanwaltschaft nichts zu sagen.

Zwei besondere Frechheiten dürfen nicht unerwähnt bleiben:

Auf die Frage der Verteidigung, ob der Todesschuß die freie Entscheidung des Schützen gewesen sei, antwortete Zülsdorf: „Dazu habe ich mir keine Gedanken gemacht!".

Auf die weitere Frage, warum auf den am Boden Liegenden noch geschossen wurde, meinte er: „Weiß ich nicht, ich hab ja nicht geschossen!"

Schließlich gestattete das Gericht dem Staatsanwalt unwidersprochen die Behauptung, der Kopfschuß sei das einzige Mittel, die Reaktionsunfähigkeit eines Geiselnehmers herzustellen.

Die Urteilsbegründung

In der Urteilsbegründung ließ der am Hamburger Amtsgericht bisher als liberal geltende Richter Klamt jeden Anschein der Unparteilichkeit fallen. Klamt sagte, bei dem Verfahren bestehe „Unbehagen auf allen Seiten", weil auf verschiedenen Begriffsebenen vorgegangen werde. Der Angeklagte mache die Erschießung von Gonzales zu einem „Lehrstück, kommunistisch interpretiert als Polizeiterror der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse".

Die „Kritik des Angeklagten sei durchaus subjektiv aufrichtig". Das Gericht sei aber der bürgerlichen Demokratie verpflichtet. Beides müsse sich aneinander reihen. Daher betrachte das Gericht die Kritik des Angeklagten als „sozialwidrig".

Eine Kritik an der Polizei sei grundsätzlich durchaus möglich, sie müsse sich jedoch der „Diskussionsform" (? !) bedienen. Tatsächlich würden die Polizeieinsätze immer härter. Ursache dafür seien aber eben „jene Leute, die dagegen am lautesten anschreien"!!

Für die Höhe der Strafzumessung müsse die starke politische Bewußtheit des Angeklagten berücksichtigt werden, so daß die Höhe der Strafe angemessen erscheine.

Dieses Urteil ist ein offenes Gesinnungsurteil. Es zielt auf die Unterdrückung jeder Kritik an den polizeistaatlichen Maßnahmen der Bourgeoisie, ohne sich mit den Tatsachen überhaupt noch auseinanderzusetzen.

Seibel u. Söhne in Erwitte: Der Kampf wird fortgesetzt!

Nachdem die Belegschaft der Firma Seibel & Söhne acht Wochen lang ihr Werk besetzt hatte, meldete sie sich nach ihrem ersten gewonnenen Kündigungsschutz-Prozeß arbeitslos und führte den Arbeitskampf als Streik weiter. Die Firmenleitung sperrte daraufhin die Belegschaft aus und erwirkte per Gericht die Auflösung des Betriebsrats!

Bei einem Besuch Erwitter Kollegen in Hamburg zeigte sich, daß sich die Belegschaft weiterhin bemüht, Unterstützung in der Arbeiterschaft und der Bevölkerung zu gewinnen, statt ausschließlich auf die Klassenjustiz zu vertrauen. Letzteres versuchen vor allem die IG Chemie-Führer durchzusetzen, um so auch die bisher relativ große Eigenständigkeit der Erwitter Kämpfe zu brechen.

Eine Erwitter Delegation in Hamburg

Am 11. 6. 75 besuchte eine Delegation der Erwitter Zementarbeiter, die vom 10. 3. bis 28. 5. ihr Werk besetzt hatten, Hamburg. Es kamen ca. 200 Menschen zu dieser Veranstaltung.

Gezeigt wurde zuerst der Film „Fabrikbesetzung". Den Film haben die Erwitter Kollegen zusammen mit einem fortschrittlichen Film-Team gedreht. Er berichtete über den Ablauf der Besetzung:

6. 12. 1974: In einer Betriebsversammlung erklärte die Geschäftsleitung das Unternehmen für wirtschaftlich gesund. Gerüchte über geplante Kurzarbeit, Entlassungen und Verkaufsabsichten seien „Scheißhausparolen".

7. 1. 1975: Die Geschäftsleitung beantragt beim Betriebsrat die Zustimmung zur K u r z a r b e i t ausgerechnet in der Endproduktion und im Versand. In diesen Abteilungen bestand damals akuter Personalmangel.

28. 1. 1975: Da dem Betriebsrat Einsichtnahme in die Bücher und In-

im Versand. In diesen Abteilungen bestand damals akuter Personalmangel.

28. 1. 1975: Da dem Betriebsrat Einsichtnahme in die Bücher und In-

formationen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vorenthalten wurden, verweigerte er die Zustimmung zur Kurzarbeit.

14. 2. 1975: Franz Clemens (FC) Seibel, eben von seinen kanadischen Besitzungen zurückgekehrt, fegte den Antrag auf Kurzarbeit vom Tisch und kündigte stattdesen die E n t l a s s u n g von 50 Beschäftigten an.

18. 2. 1975: Die Tagesproduktion wurde durch Anfahren eines zweiten Brennofens von 800 t auf 1.200 t e r h ö h t.

19. 2. 1975: Der Betriebsrat erhielt einen Brief, daß aus „*wirtschaftlichen Gründen*" die angekündigten Entlassungen auf 100 verdoppelt werden müßten.

20. 2. 1975: Die Kündigungsliste enthielt 96 Namen. Darunter Betriebsratsmitglieder, Wahlkandidaten und Wahlvorstandsmitglieder für die anstehenden Betriebsratswahlen und Schwerbehinderte: Also auch Personen, die unter besonderem gesetzlichen Kündigungsschutz stehen.

25. 2. 1975: Der Betriebsrat widersprach den Kündigungen.

7. 3. 1975: Die Belegschaft trat von 10 – 12 Uhr in einen W a r n s t r e i k, da sich die Geschäftsleitung bisher weigerte, zu verhandeln.

9. 3. 1975: In einer öffentlichen P r o t e s t k u n d g e b u n g erfuhr die Belegschaft von mehr als 2.000 Menschen solidarische Unterstützung. (Aus „Fabrikbesetzung", Broschüre der Vertrauenskörperleitung der Belegschaft von Seibel & Söhne, Erwitte, Juni 1975).

Am 10. März begann die Frühschicht mit der Besetzung:

„Die LKWs, die täglich zwischen dem Steinbruch und dem Werk hin und her pendelten, standen jetzt vor denWerkstoren. Die Streikposten kontrollierten jeden, der das Werk betreten wollte. Erwitter Bewohner brachten belegte Brote und heißen Tee. Überhaupt nahm die Bevölkerung regen Anteil an der Besetzung." (Tlw. aus: GP 4/75)

Daran, daß die Besetzung so breit bekannt wurde, haben die Erwitter Arbeiter selbst einen großen Anteil. Beispielhaft und vorbildlich versuchten sie, die Aktionen durchzuführen und so auch einer Resignation in den eigenen Reihen Herr zu werden. Grundsätzlich wurde die ganze Belegschaft beteiligt. Die Schichten liefen mit normaler Besetzung weiter.

Das Werk selbst wurde für alle an der Besetzung interessierten Menschen geöffnet.

So besuchten Schulklassen, Gewerkschafts- und Studienseminare sowie Delegationen anderer Betriebe (u. a. auch eine Lip-Arbeiterkommission) das Werk. An einem Sonntag wurde im Werk ein Familiennachmittag durchgeführt.

wie Delegationen anderer Betriebe (u. a. auch eine Lip-Arbeiterkommission) das Werk. An einem Sonntag wurde im Werk ein Familiennachmittag durchgeführt.

Zur Information der Besucher wurden im Werk Stelltafeln aufgestellt, auf denen die Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben, Spendenergebnisse, Zeichnungen der Arbeiter vom Arbeitskampf u. a. veröffentlicht wurden!

Zu den Werken der Umgebung (meist auch Zementbetriebe) schickten die Erwitter Delegationen, die *vor* den Werken, wo es ging, auch *in* den Werken, ihre Zeitung „Streikstimme" verteilten, die inzwischen eine Auflage von 30.000 erreicht hat.

Obwohl die Belegschaft nur 151 Mann stark ist, schickten sie Delegationen in -zig westdeutsche Städte, die dort vor Arbeitern, Schülern und Studenten über ihre Besetzung berichteten! An diesen Delegationen kann jeder teilnehmen, der dazu bereit ist. (Dies bezieht sich auch ausdrücklich auf die Ehefrauen der Besetzer.)

Werksverbot für Springerpresse

Insbesondere die Reporter von „BILD" mißbrauchten die Bereitschaft der Kollegen, jeden aufs Werk zu lassen.

Hierzu schrieben die Erwitter in der „Streikstimme" Nr. 1 folgende Kritik an der Berichterstattung von „BILD":

„Zweimal hat die „BILD-Zeitung" bisher über uns berichtet. Weil wir wissen, wo dieses Blatt steht, haben wir uns gleich über dieses Interesse an unserem Kampf gewundert. Schon an den Schlagzeilen ist aber zu erkennen, wie „BILD"es mit der Wahrheit nimmt.

Am 14. März schreibt „BILD": „WilderStreik".

Das stimmt nicht, denn unsere Besetzung des Werkes ist ein Akt der Notwehr gegen die rücksichtslose Willkür des Unternehmers. Wir führen einen legitimen Kampf für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze.

Im zweiten Bericht (am 19. März) beschreibt „BILD" unseren Arbeitskampf als Lager- und Wirtshausromantik. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Keinem der Kollegen und Kolleginnen, die hier im Arbeitkampf stehen, ist nach Romantik zumute. Wir fordern eine korrekte Berichterstattung und keine Karl-May-Story.

Aus diesen Artikeln haben wir die Konsequenz gezogen. Wir verzichten auf derartige Berichterstattung und werden keinem „BILD"-Reporter mehr erlauben, das besetzte Werk zu betreten!!!!"

SOLIDARITÄT

Durch Solidarität wird unser Kampf gestärkt,
solange bis FC* das merkt.
Er rennt mit seinem Kopf unsere Mauer nicht ein,
denn er steht auf der anderen Seite allein.
Die Luft wird ihm knapp und geht ihm bald aus.
Er bricht keinen Stein aus der Mauer heraus.
Er feuert auf uns mit schwerem Geschütz,
bloß Frage FC, hat's dir genützt?
Bald hat er die Hörner sich abgerannt.
Er hat unsere Stärke falsch erkannt.
Wie er auch droht, was er auch macht,
wir werden siegen in dieser Schlacht.
Für dies Ziel müssen wir uns zusammenreißen,
wir lassen uns von FC nicht länger bescheißen.....!
Und dies zum Schluß: "SOLIDARITÄT"
bis FC nachgibt – oder geht.
(*FC = Franz Clemens Seibel)

Solidaritätslied

Wir Frauen mit im Kampf

Solidaritätslied

Wir Frauen mit im Kampf

Beispielhaft waren auch die Frauen mit dabei.

Dazu schrieben sie selbst in der „Streikstimme" Nr. 4:

„Als wir den ersten Schock überwanden, hielten wir stark zu unseren Männern – trotz aller Widerstände, die sich allmählich in der Bevölkerung aufbauten.

Nach einem Informationsnachmittag mit Kaffeetrinken, zu dem die Gewerkschaft eingeladen hatte, lernten wir Frauen uns näher kennen und beschlossen einheitlich, uns öfter zu treffen.

Daraus entstand eine wöchentliche Zusammenkunft. Die Frauengruppe Dortmund informierte uns über Themen, die besonders uns Frauen betreffen. (U. a. wurde der Film „Salz der Erde" gezeigt, der von den Frauen mit viel Begeisterung aufgenommen wurde, wie die Erwitter in Hamburg berichteten.)

Ohne die Solidarität der Frauen ist so ein Arbeitskampf nicht möglich.

Wir Frauen müssen doch mit dem wenigen Geld anders haushalten; wir sind doch auch betroffen.

Wir würden allen Frauen raten, die in solch eine Lage kommen, ihre Männer voll zu unterstützen!!!!

Die Frauen "

Am 13.6.75 organisierten die Frauen eine Demonstration, zu der sie die Initiative ergriffen hatten.

Plakate und Transparente wurden von ihnen selbst gemacht, unter dem Motto:

Frauen und Männer kämpfen gemeinsam gegen Unternehmerwillkür für die Erhaltung der Arbeitsplätze!!

IG Chemie-Führung: Erwitte Ke i n Arbeitskampf ? !

Erst die breite Solidaritätsbewegung für Erwitte in den Betrieben und in der Bevölkerung, an der die Erwitter selbst maßgeblichen Anteil hatten, brachte die IG Chemie Führung dazu, sich mit der Sache überhaupt zu befassen. Von Anfang an orientierte die IG Chemie dann auf eine juristische Auseinandersetzung mit Seibel, also weg von der Eigeninitiative der Arbeiter. Die halbherzige Unterstützung zeigte sich u.a. auch darin daß für die Besetzer nur N o t l a g e n u n t e r s t ü t z u n g gezahlt wird – statt S t r e i k u n t e r s t ü t z u n g, die einen „ordentlichen" (satzungsgemäßen) Arbeitskampf zur Bedingung hat!

Der Satzung der IG Chemie (Anhang 1 c „*Mitgliedern kann auf Antrag in besonderen Notfällen eine Unterstützung durch den Hauptvorstand gewährt werden, wenn sie mindestens für zwei Jahre satzungsgemäßte Beiträge entrichtet haben*") nach haben sie auf diese N o t l a g e n u n t e r s t ü t z u n g keinen Rechtsanspruch, sondern sind von Hauptvorstands Gnaden der IG Chemie-Führer angewiesen! Die Auszahlung richtet sich nach den gezahlen Monatsbeiträgen. Da viele Erwitter niedrige IG Chemie-Monatsbeiträge zahlten, ist die Unterstützung äußerst gering: Zwischen 600 und 950 DM werden nur ausgezahlt. Dies reicht für eine ganze Familie nicht aus. Hieraus wird auch die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität mit den Erwittern deutlich.

Unter maßgeblichem Einfluß der IG Chemie wurde von den Erwittern bereits nach dem am 30.4. gewonnen Kündigungsschutzprozeß in I. Instanz am 2.5.75 die B e s e t z u n g d e s W e r k e s aufgegeben und der Kampf nur noch als S t r e i k v o n a u ß e n weitergeführt. Nachdem dann am 27.5. die Belegschaft sämtliche Kündigungsschutzklagen und alle Klagen gegen den von Seibel vorgenommenen Lohnpfändungen gewann, täuschte Seibel zunächst Verhandlungsbereitschaft vor, um dann am 2.6. die Verhandlungen wie vordem abzulehnen. Damit hatten die Erwitter auf dem Papier zwar zwei gewonnene Prozeße (in unteren Instanzen!), aber die Besetzung als Faustpfand nicht menr. Von der IG Chemie-Führung wurden die Kollegen jetzt sogar aufgefordert, sich a r b e i t s l o s zu melden! Man sieht, wohin ein ausschließlich juristischer Weg führt.

Gemäß den Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes müßten sie sich beim Arbeitsamt arbeitslos melden, wenn sie die kommenden Lohnfortzahlungsklagen gewinnen wollten. Die IG Chemie werde außerdem die Differemz zwischen Arbeitslosengeld und tariflichen Nettolohn ausgleichen. Anschließend teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat allerdings mit, daß der Betrieb am 6. 6. mit 38 Arbeitnehmern wieder in Gang gesetzt werden solle.Für den Rest der Belegschaft werde die Aussperrung verfügt.

Das Arbeitsamt Soest verweigerte nun sogar am 10. 6. die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung, da es sich wegen der Aussperrung um einen Arbeitskampf handele, in den sich das Amt auf Grund seiner „N e u t r a l i t ä t s p f l i c h t" nicht einmischen dürfe!?

(Rechtliche Grundlage hierfür bietet das Arbeitsförderungsgesetz von 1969, § 116. Darin heißt es: „Durch Gewährung von Arbeitslosengeld, darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.")

Somit haben sich die Vorschläge der IG Chemie-Führer trotz gewonnener Prozesse in eine Sackgasse verwandelt.

Die Frauen-Schulungsgruppe hat zu einer Protestdemonstration aufgerufen

Fortsetzung Seite 4

Erwitte:

Der Kampf wird fortgesetzt!

Fortsetzung von Seite 3

Doch damit nicht genug, denn Seibel beantragte obendrein noch die Auflösung des Betriebsrates vom Arbeitsgericht. Mit der Begründung, er hätte sich an einer „illegalen Werksbesetzung" und an einem „wildenStreik" beteiligt. Am 2. Juli wurde vom Arbeitsgericht der gesamte Betriebsrat Seibel & Söhne aufgelöst!!

Der „Spiegel" schrieb hierzu: *„Sollten beide Urteile auch in der 2. Instanz bestehen, so gäbe es doch nur einen Verlierer. Wenn nämlich kein Betriebsrat amtiert, hat Seibel freie Hand, seine Zementmühlen mit neuangagiertenArbeitern wieder anzuwerfen:*

Die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung des BRs könnte bei der Einstellung neuer Seibel-Bediensteter mangels Räten entfallen." (29/75 S. 33)

Die Handschrift der Klassenjustiz ist bei diesem Urteil nur allzu deutlich. Daß die IG Chemie auch jetzt noch weiterhin, wie immer offener der örtliche Sekretär Borghoff betont, auf den „mühevollen" und „dornenreichen Instanzenweg" orientiert, ist reiner Hohn auf die Interessen der Erwitter Zementarbeiter.

Einen weiteren Beleg hierfür lieferte auch das Verhalten eines Hamburger IG Chemie-Sekretärs (R. Bühler). Er war von einem der Initiatoren der Solidaritätsveranstaltung zu Erwitte gebeten worden, den Besuch der Delegation in den Hamburger Chemiebetrieben bekannt zu machen.

Seine Antwort hierauf spricht für sich:

Erwitte sei so weit weg, daß es hier sowieso niemand interessiere, und außerdem wisse er garnicht, wer der Veranstalter sei.

Einstimmig forderten dagegen die Teilnehmer der Veranstaltung die Hamburger IG Chemie-Verwaltungsstelle auf, die Erwitter Zementarbeiter zu unterstützen. Ihre Resolution lautete:

RESOLUTION

An die
Verwaltungsstelle der
IG Chemie-Papier-Keramik Hamburg
2 Hamburg 1
Besenbinderhof 57/59

Datum: 4.7.75

Die ca. 200 Teilnehmer der Hamburger ERWITTE-Solidaritätsveranstaltung am 4. Juli 1975 zur Unterstützung des Arbeitskampfes der Erwitter Kollegen fordern die IG Chemie-Papier-Keramik Verwaltungsstelle Hamburg auf, sich beim Hauptvorstand dafür einzusetzen, daß der Streik als legal anerkannt wird.

Begründung:

Im letzten Gerichtsurteil, daß die Auflösung des Betriebsrates zur Folge hatte, war eine der Begründungen, daß der Streik von der IG Chemie nicht legalisiert wurde.

Die bisherige Haltung der IG Chemie-Verantwortlichen hatte also konkret nachteilige Folgen für den Kampf der Erwitter Kollegen.

Diese Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

„Fabrikbesetzung"

Die Vertrauensleuteleitung der Belegschaft Seibel & Söhne gibt eine Broschüre „FABRIKBESETZUNG" heraus, die einen guten Überblick über Verlauf und Stand des Kampfes gibt (Solidaritätspreis 4,– DM). Andererseits ist diese Broschüre aber auch mit Vorsicht zu genießen, was die Lorbeeren für die IG Chemie und deren Unterstützung angeht.

So schreiben die Erwitter in der Einleitung ihrer Broschüre: „Unsere Gewerkschaft, die IG Chemie, Papier, Keramik, hat unseren Notwehrakt mit aller rechtlichen und finanziellen Hilfe voll unterstützt." Schön wär's ja gewesen.

Die Broschüre ist zu beziehen über:
Erwitte Solidaritätskomitee Hamburg
c/o R. Horn
2 Hamburg 20
Mansteinstr. 36
Tel. 40 50 08

oder direkt:
Betriebsrat/Vertrauenskörperleitung der Firma Seibel & Söhne
4723 Neubeckum
Postfach 225
Tel. 02943/3356

Spendenkonto:
Belegschaft der Fa. Seibel & Söhne, Volksbank Erwitte, Konto Nr. 8499

„Erwitte Solidaritätskomitee Hamburg" gegründet

Zur Unterstützung der Erwitter Zementarbeiter und Verbreitung ihrer Kampferfahrungen gründeten nach der Veranstaltung ca. 20 Teilnehmer ein „Erwitte Solidaritätskomitee". Es wurde beschlossen:

1. das Material von der Besetzung zu verbreiten,
2. in Betrieb, Schule und Gewerkschaft über den Kampf zu informieren und Geld zu sammeln.
3. auf einem weiteren Treff über die evtl. Herausgabe eigener Informationen und die Vorbereitung einer weiteren Veranstaltung zu sprechen.

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Angriffe auf Arbeitslose in Vorbereitung !

Die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitslosengeld usw. sollen nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums „erweitert" werden. Was darunter zu verstehen ist, machen folgende „Überlegungen" der Bundesanstalt für Arbeit deutlich:

Nach geltendem Recht können Arbeitslose nur in eine „zumutbare Tätigkeit" vermittelt werden.

„Nach den Feststellungen der Arbeitsämter kommt es immer häufiger vor, daß Arbeitslose sich weigern, eine ihnen angebotene Arbeit aufzunehmen ..." („Welt", 20.6.75).

Das heißt, daß die Arbeitslosen eine materielle Schlechterstellung nicht in Kauf nehmen wollen und solange auf Stellensuche gehen, bis sie eine einigermaßen „gleichwertige" Stelle gefunden haben. Eine geplante „Neuregelung" sieht nunmehr vor, daß *„ein Arbeitsloser seinen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld verliert, wenn er eine zumutbare Tätigkeit nicht aufnimmt"*. („Welt", 20.6.75).

Ziel dieser „Neuregelung" soll es sein, *„der Bundesanstalt für Arbeit eine bewegliche Anlagenpolitik zu ermöglichen. Man will damit ihre Liquidität verbessern."* („Welt", 20.6.75)

Das heißt konkret für die arbeitslosen Arbeiter und Angestellten nichts anderes, als daß sie künftig gezwungen sind, Arbeiten mit niedrigeren Löhnen anzunehmen, ansonsten verfällt ihr Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung! Um diesen weiteren Angriff auf die Lebenslage auch noch zu rechtfertigen, kam eine angebliche Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit zu dem Ergebnis, daß *„mit andauernder Arbeitslosigkeit die Bereitschaft wächst, Abstriche von den Wünschen für einen neuen Arbeitsplatz zu machen."* („FAZ", 28.6.75).

Aber das ist noch nicht alles.

„Das Bundesarbeitsministerium strebt außerdem an, die Bedingungen einzuengen, wonach Umschulung und Fortbildung von Arbeitnehmern durch die Arbeitsämter zu finanzieren sind. Sie waren seinerzeit sehr weit gefaßt worden, um die Mobilität der Arbeitnehmer und ihre Anpassung an die rasch wandelnden Bedingungen des Arbeitsmarktes zu erleichtern. Die jetzige hohe Arbeitslosigkeit zeigt jedoch, daß viele Versicherte vor der drohenden Arbeitslosigkeit in die Fortbildung flüchten. Damit sind sie für zwei Jahre aller Existenzsorgen enthoben ..., denn das Gesetz sichert einen weitgehenden Verdienstausgleich zu." („Welt", 20.6.75).

Weiter heißt es dazu in dem Artikel: *„Die Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz soll unmittelbar nach der Sommerpause dem Kabinett zugeleitet werden", denn ..., „Eile ist geboten, solange die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut werden kann und der Bund der Bundesanstalt für Arbeit mit Milliarden unter die Arme greifen muß."*

Hier liegt der Hase begraben!

Die bisherigen ca. drei Milliarden DM, die an Arbeitslose ausgeschüttet worden sind (und die diese ja vorher immerhin eingezahlt haben!) sind diesen Herren zu hoch und sollen künftig drastisch gesenkt werden, um lieber auch weiterhin den Kapitalisten Milliarden in Form von Investitionszulagen usw. in den Rachen zu schaufeln.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Dynamit-Nobel, Fürth:

Türkische Arbeiter im Hungerstreik gegen Abschiebehaft!

Seit dem 30. Juni befinden sich 20 türkische Arbeiterinnen und Arbeiter – alle in Untersuchungshaft! – im Hungerstreik. 15 weitere türkische Kollegen, meist Arbeitskollegen und Freunde, führen aus Solidarität in einem Gemeindehaus ebenfalls einen Hungerstreik durch. Er richtet sich gegen die Ausweisung von 20 türkischen Arbeitern der Munitionsfabrik Dynamit-Nobel, die vom Landesgericht ausgesprochen worden war, nachdem vor allem die türkischen Arbeiter gegen 18 Entlassungen hauptsächlich türkischer Kollegen gestreikt hatten.

Die Vorgeschichte

Am 5. Mai legte die Geschäftsleitung der Firma Dynamit-Nobel dem Betriebsrat 18 Kündigungen vor. Der Betriebsrat stimmte ihnen voll zu, wobei die türkische Betriebsrätin darüber überhaupt nicht informiert wurde!

Am 12. Mai zogen ca. 40 türkische Kollegen vors Werkstor und forderten die Frühschicht auf, nicht an die Arbeitsplätze zu gehen. Die Streikenden informierten die übrigen Kollegen über die anstehenden Entlassungen. Rund 30 Kollegen der Frühschicht solidarisierten sich und gingen nicht an die Arbeit. Am Abend war die Zahl der Streikenden auf 130 Kollegen angewachsen. Die Forderung lautete: Rücknahme aller Kündigungen!

Am 13. Mai setzten die Kollegen ihren Streik fort, allerdings nur ca. 36 Kollegen.

Es war also nicht gelungen, eine gemeinsame Kampffront aus westdeutschen und ausländischen Arbeitern herzustellen – im Gegenteil: die Streikfront bröckelte schon ab.

Dennoch spitzte sich der Kampf zu: Die Geschäftsleitung forderte die Streikenden ultimativ auf, ihren „wilden" Streik bis 11 Uhr zu beenden und wieder an die Arbeit zu gehen. Die Kollegen beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Massiver Bulleneinsatz!

Als die Kollegen dem Ultimatum nicht nachkamen, erschienen 4 – 5 Streifenwagen. Die türkischen Arbeiter antworteten mit einem Sitzstreik. Die Bullen traten und schlugen auf die Kollegen ein. Ein Bullenwagen fuhr mit Vollgas (!) in die streikenden Arbeiter hinein, wobei eine türkische Arbeiterin schwer an Beinen und Hüfte verletzt wurde. Die Türken umstellten daraufhin die Bullenwagen, worauf diese wieder abzogen. Nach diesem ersten Einsatz rückten die Bullen dann mit 3 Mannschaftswagen an. Ihren massiven Angriff auf die Streikenden rechtfertigten sie damit, daß einige türkische Arbeiter einige ungebetene Fotografen (Spitzel? !) am Fotografieren einzelner Arbeiter hindern wollten. Diese Provokation war anscheinend mit den Bullen genau abgesprochen, damit die Bullen unter dem Vorwand, daß Journalisten „tätlich angegriffen" worden seien, gegen die Türken einschreiten konnten.

Mit Polizeihunden und Schlagstöcken stürzten sich die Bullen auf die Kollegen und pferchten knapp 30 Kollegen in 1 (ein) Polizeiauto, in dem normalerweise nur 10 Mann Platz finden.

Im Nürnberger Polizeipräsidium wurden die Türken gefesselt und geknebelt „vorgeführt". Die an dem Streik beteiligten westdeutschen Kollegen ließ man wieder laufen. 20 türkische Kollegen sitzen seitdem wegen „Landfriedensbruch" in U-Haft, 7 weitere Arbeiter in Abschiebehaft. Laut „FAZ" vom 3.7.75 sind bereits 8 Kollegen in ihr Heimatland abgeschoben worden, wo 12 bis 15 Jahr Knast auf sie warten.

Die Haftbedingungen für die türkischen Kollegen sind ganz „besonderer" Art: Sie dürfen nicht fernsehen und nur 2 Minuten (statt 10) duschen. Ferner wurde eine Aufhebung der U-Haft mit der Begründung abgelehnt, es bestehe „Fluchtgefahr", obgleich schon nach bisheriger Rechtsprechung keine „Verdunkelungsgefahr" vorliegen kann: Keine Vorstrafen, die Türken arbeiten z. T. seit einigen Jahren in der BRD usw.

Die Justiz wirft den Arbeitern nun gar vor, *„gegen die Belange der Bundesrepublik verstoßen zu haben"*.

Am 14. Juni fand in Nürnberg eine Solidaritätsdemonstration mit 500 Demonstranten statt, darunter ca. 300 Türken. Ca. 3.000 DM wurden für die türkischen Kollegen gesammelt.

Am 30. Juni beschlossen die inhaftierten 20 Kollegen, in den Hungerstreik zu treten. 15 weitere türkische Kollegen (darunter 7 Frauen) traten am gleichen Tage in einen Solidaritätshungerstreik in einem Raum der ESG (Evangelische Studentengemeinde) Nürnberg.

Inzwischen hat das Verwaltungsgericht Ansbach den Antrag abgelehnt, die Abschiebehaft auszusetzen. Damit besteht kaum noch eine juristische Möglichkeit für die türkischen Arbeiter, den Kampf zu gewinnen.

Notstandsübung der Polizei !

Ende Mai „besetzten" 500 – 700 Bullen, Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz (!) unter dem Vorwand, *„500 angereiste Türken wollten das Werk stürmen"*, den Betrieb Dynamit Nobel. Sie riegelten den Firmenkomplex hermetisch ab und fuhren mit Einsatzwagen und Wasserwerfern auf den Betriebsinnenhof auf. Bereitschaftspolizisten wurden zur Überwachung ans Fließband neben die Kollegen gestellt! Ferner wurden Kameras installiert und Flugblattverteiler der „KPD" am Verteilen gehindert.

Das brutale Vorgehen der Polizeiorgane und der Justiz gegen die türkischen Arbeiter wirft ein bezeichnendes Licht auf die rassistische Hetze gegen die ausländischen Kollegen insgesamt. Gerade die bürgerliche Presse tat das Ihrige dazu: Die Türken wurden als *„rabiat"* und *„gewalttätig"* bezeichnet, sie hätten *„ein Polizeiauto demoliert"* und seien angeblich mit *„Latten, Knüppeln und Colaflaschen"* gegen die Polizisten vorgegangen. Bullen und Geschäftsleitung verbreiteten zudem noch das Gerücht, die Türken hätten einen Bullen erschlagen, einer läge *„schwer verletzt"* im Krankenhaus. Damit wurde eindeutig das Ziel verfolgt, den Kampf der Türken zu kriminalisieren, die Spaltung zwischen ausländischen und westdeutschen Arbeitern zu vertiefen und die Türkei zu isolieren, um somit leichter gegen sie vorgehen zu können.

Zum Hungerstreik gab ein türkischer Kollege folgende Erklärung ab:

„Wir werden am Montag in den Hungerstreik treten. Und sollten die Gefangenen nicht freigelassen werden, werden wir weiterkämpfen. Man will nun die Abschiebung von 4 Kollegen mit der Behauptung, sie seien freiwillig gegangen, die restlichen Kollegen demoralisieren, will Niederschlagenheit und Spaltung verbreiten. Aber all dies ist umsonst. Den kämpferischen Geist und die Einheit werden sie nie besiegen." („KVZ", 3.7.75)

Chemiekomitee
KB / Gruppe Hamburg

ÖTV – Lübeck:

Gewerkschaftsführung „entdeckt" breite Mobilisierung

Die ÖTV-Führung in Lübeck hatte in der Abteilung Gesundheitswesen versucht, gegen die Aktivität linker Kollegen mit der Zerschlagung der Gewerkschaftsarbeit zu antworten. So war auch die ÖTV-Betriebsgruppe Krankenhaus von der Gewerkschaftsführung aufgelöst worden. Allerdings besteht an den beiden großen Lübecker Krankenhäusern weiterhin eine fortschrittliche Kollegengruppe (Initiative zum Wiederaufbau der ÖTV-Betriebsgruppe (BG)), die nach Auflösung der BG auch ohne den Segen der ÖTV-Führung aktiv ist. Als nun im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen dort kürzlich am städtischen Krankenhaus eine ganze Station ersatzlos gestrichen wurde, griffen die fortschrittlichen Kollegen das auf. Sie konnten gegenüber der Gewerkschaftsführung eine Mitgliederversammlung (MV) und Diskussion der Vorfälle in der Abteilung Gesundheitswesen durchsetzen. Gleichzeitig standen auf der MV die Vorstands- und Delegiertenwahlen an.

Trotz scharfer Verschlechterungen für die ÖTV-Kollegen durch die Rationalisierung am Krankenhaus hatte die Gewerkschaftsführung systematisch demobilisiert: So fand die MV im Betrieb statt, während ein Teil der Kollegen noch arbeiten mußte. Es erschienen dann auch lediglich 24 Kollegen. Der alte Vorstand ließ seinen Rechenschaftsbericht vom Abteilungsvorsitzenden Herrmann abhalten, der entsprechend der Arbeit nur leere Phrasen enthielt. Herrmann konnte ja auch wohl schlecht darüber Rechenschaft ablegen, daß er sich durch Mithilfe bei der Zerschlagung der BG hervorgetan, bzw. als Personalratsvorsitzender jeder Kündigung zugestimmt hatte.

Als nun bei der Vorstandswahl vier fortschrittliche Kollegen gewählt wurden, versuchten die Gewerkschaftsführer die Wahl rückgängig zu machen. Dabei wandelten sie sich augenblicklich zu den scheinbar größten Demokraten. Es seien nicht genügend Kandidaten für die noch ausstehende Delegiertenwahl vorhanden, auch die Vorstandswahl müsse wiederholt werden ... Ja, die Herren fordern nun auf einmal, die nächste Gewerkschaftsversammlung unbedingt ins Gewerkschaftshaus zu einer günstigeren Zeit einzuberufen. Sogar an die Einladungen wurde gedacht, wo doch bislang immer dafür das Porto „zu teuer" gewesen war. Alles, damit jetzt möglichst viele Kollegen zusammenkämen, während die Gewerkschaftsführer gerade dafür gesorgt hatten, daß möglichst wenig Kollegen auf die MV kamen. Ohne die Aktivität der Linken hatten diese Gewerkschaftsführer nie mehr als 10 bis 15 Kollegen „mobilisiert", die sonst angeblich ja „sowieso kein Interesse haben"!!)

Angesichts dieser scheinbaren „demokratischen" Ergebenheit waren die fortschrittlichen Kollegen ziemlich überrumpelt, daß diese große MV nun stattfinden soll. Allerdings geht es der Gewerkschaftsführung um nach wie vor dasselbe Ziel, nämlich die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit abzublocken und das für sie ungünstige Wahlergebnis zu korrigieren.

Sie hofft, durch Mobilisierung einer „schweigenden Mehrheit" mit ihren Tricks und Drohungen zu landen und die linken Kollegen abwählen zu können. Das soll dann auch gleichzeitig wieder das Ende einer größeren gewerkschaftlichen Mobilisierung in diesem Bereich sein.

Fraglich ist, ob diese Rechnung aufgeht oder stattdessen die breitere Mobilisierung zur Diskussion über aktivere Gewerkschaftsarbeit gegen die Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich unter Einbeziehung neuer Kollegen genutzt wird. Im letzteren Fall könnte sich die Gewerkschaftsführung an ihrer eigenen Mobilisierung verschlucken.

Krankenhauszelle des
KB/Gruppe Lübeck

Massenentlassungen bei VW:

Mit Mitbestimmung wär das auch passiert!

Die Massenentlassungen bei den Volkswagenwerken haben einen alten schwelenden Streit im bürgerlichen Lager neu entbrennen lassen: für oder gegen „paritätische Mitbestimmung“.

Auf der einen Seite behaupten die Gewerkschaftsführer, daß die Massenentlassungen bei VW mit paritätischer Mitbestimmung hätten vermieden werden können. Besonders IG Metall-Chef Loderer – selber Mitglied im VW-Aufsichtsrat – benutzt die Entlassungen, um der DGB-Forderung nach paritätischer Mitbestimmung mehr Nachdruck zu verleihen.

Demgegenüber vertritt die parlamentarische Opposition (CDU/CSU), die in dieser Frage den größten Teil des Großkapitals vertritt, daß gerade das Beispiel VW ein Argument gegen die Mitbestimmung sei. Durch die Zusammensetzung des VW-Aufsichtsrats, der sich zu einem Drittel aus Gewerkschaftsführern und Betriebsräten, zu einem Drittel aus Regierungsvertretern, zu einem Drittel aus Kapitalisten zusammensetzt, würden die *„notwendigen unternehmerischen Entscheidungen verzögert, wenn nicht gar verhindert.“* Ausschlaggebend hierfür sei die Tatsache, daß die Vertreter der SPD/FDP-Regierung ja „auf der Seite der Gewerkschaften kämpfen“ und damit „die Gewerkschaften“ eine Zweidrittelmehrheit haben (so der CDU-Bundestagsabgeordnete Breid-
damit „die Gewerkschaften“ eine Zweidrittelmehrheit haben (so der CDU-Bundestagsabgeordnete Breid-
bach, laut „Wirtschaftswoche“, 23.5.).

Die Gewerkschaftsführer behaupten, die Entlassungen seien Ergebnis *„unternehmerischer Fehlentscheidungen“*, und *„nur paritätisch besetzte Aufsichtsräte haben eine Chance, im Interesse der Arbeitnehmer auf Unternehmensentscheidungen einzuwirken“* (Eugen Loderer, in „Metall“, 10/75).

Die Argumente der Gegner der Mitbestimmung laufen darauf hinaus, daß das „freie Unternehmertum“ eingeschränkt wird, da durch die Parität die „Arbeitnehmervertreter“ schnelle Entscheidungen (z.B. Entlassungen, Rationalisierung etc.) behindert werden.

Doch gerade VW zeigt, daß sowohl die eine, als auch die andere „Lösung“ für die betroffenen Arbeiter keinen Vorteil bringt. Beiden „Lösungen“ gemeinsam ist, daß sie nichts daran ändern, daß nach wie vor über die Arbeiter verfügt wird, daß die Arbeiter nicht etwa mitbestimmen, wie es das handelsübliche Wort „Mitbestimmung“ vortäuscht, sondern weiterhin über sie bestimmt wird.

Das Bekenntnis zum Kapitalismus zwingt zu kapitalistischer „Vernunft“

Die Gewerkschaftsführer binden ihre Forderung nach Mitbestimmung immer an ein Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“. Das heißt: sie akzeptieren das kapitalistische Wirtschaftssystem und damit das „freie Unternehmertum“, den Privatbesitz an Produktionsmitteln, das Profitprinzip etc. Was sie scheinbar nicht akzeptieren wollen, sind die negativen Folgen, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben: kapitalistische Krisen, Anarchie der Produktion, Inflation, Arbeitslosigkeit etc.

Nun ist es allerdings so, daß die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung wenig „Rücksicht“ auf die frommen Wünsche der Gewerkschaftsführer nimmt.

Die Gewerkschaftsführer behaupten, mit der Mitbestimmung den „Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft“ (wie sie die gesetzmäßigen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise beschönigen) „gegenzusteuern“ (Schlagzeile der „Metall“ 9/75 zu den Entlassungen bei Audi: *„Ihre Politik: erst heuern – dann feuern. Unsere Antwort: gegensteuern!“*).

Die Mitbestimmung soll also nach den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer, das bestehende kapitalistische System stabilisieren (und nicht etwa überwinden helfen!) und sie soll den Kapitalisten die Möglichkeit verschaffen, ihre Maßnahmen gegen die Arbeiter „reibungsloser“ (ohne Widerstand hervorzurufen) durchsetzen zu können. Verdeutlichen wir das am Beispiel VW:

- Zur Zeit sind die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften – und auf die bezieht sich zur Zeit die Mitbestimmung – drittelparitätisch besetzt – nach der „Montan-Mitbestimmung“ sitzen sich je zur Hälfte Gewerkschaftsvertreter und Kapitalisten gegenüber, sowie ein „Unabhängiger“. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand des Unternehmens zu wählen, ihn zu kontrollieren und muß in wichtigen Fragen (Kreditaufnahme, Investitionen etc.) vorher gehört werden. **Die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt hat allerdings der Vorstand.**




Kollegen von VW-Salzgitter

Kollegen von VW-Salzgitter

Betrachtet man die Mitbestimmung zunächst einmal rein formal, so kann der Arbeiter auf die Vorstandsentscheidungen nur vermittelt über Delegierte Einfluß nehmen. Diese Delegierten haben nun wiederum kein Entscheidungsrecht, sondern im wesentlichen „beratende und kontrollierende Funktion“.

Inhaltlich sieht es mit der Mitbestimmung allerdings noch krauser aus: der Aufsichtsrat hat nach den bestehenden Gesetzen die Pflicht, zum Wohle des Betriebes – **der dem Kapitalisten gehört** – zu arbeiten: er muß sich also vor allem Gedanken um Gewinne machen, um vernünftige „unternehmenspolitische Entscheidungen“. Der Betrieb muß konkurrenzfähig sein, billig produzieren, hohe Kapazitätsauslastung, hohe Produktivität und wenig Kosten (wozu vor allem Löhne und Sozialleistungen gehören) haben.

Eugen Loderer hat dies in Bezug auf VW konkretisiert: *„Auch für uns ist es wichtig, daß dieser Konzern bald wieder Gewinne macht. Auch darum haben wir im Aufsichtsrat Herrn Schmücker gewählt“* („Wirtschaftswoche, 23.5.).

Aus dieser grundsätzlichen Haltung folgert natürlich auch, daß man Entlassungen, Rationalisierungen, Intensivierung der Arbeit etc. akzeptiert..

So hat auch kein Gewerkschaftsführer etwas gegen „begründete“ Entlassungen. Die Differenzen der beiden Linien im bürgerlichen Lager bestehen nicht im Grundsatz (von der Notwendigkeit, auszubeuten und zu unterdrücken), sondern in der Methode. So sagt Loderer zu VW: **„Auch wir halten personalpolitische Maßnahmen für erforderlich. Nur gehen wir davon aus, diese ganzen Maßnahmen etwas gerechter (!!) zu verteilen und die Entlassungen zeitlich zu strecken“** („Wirtschaftswoche“). Entsprechend hatten die Gewerkschaftsführer der Aufsichtsratssitzung, die über die Massenentlassungen beriet, einen „Alternativplan“ vorgelegt, der statt 25.000 „nur“ 20.000 Entlassungen in einem längeren Zeitraum (bis Ende 1976) vorsah (Vergl. dazu AK 60 und 61).

Noch auf anderer Ebene lassen die Mitbestimmungsverfechter kapitalistische Vernunft walten. So lehnen sie den Kapitalexport nicht etwa ab, sondern verlangen vorher eine Untersuchung über die Konsequenzen im Inneren (beispielsweise Werkschliessungen), um rechtzeitig ihre Politik der „sozialen Minderung der Folgen“ (Sozialplan etc.) einleiten zu können (nach „Welt der Arbeit“, 23.5.75). *„Eugen Loderer, der bislang mit Vehemenz gegen Entlassungen beim größten deutschen Automobil-Konzern focht, ließ Schmücker bereits wissen, daß bei einem ... VW-Projekt in den USA nicht mit Protesten der Arbeitnehmer* (gemeint sind natürlich die IGM-Führer, Anm. AK) *zu rechnen sei“* („Wirtschaftswoche“, 23.5.).

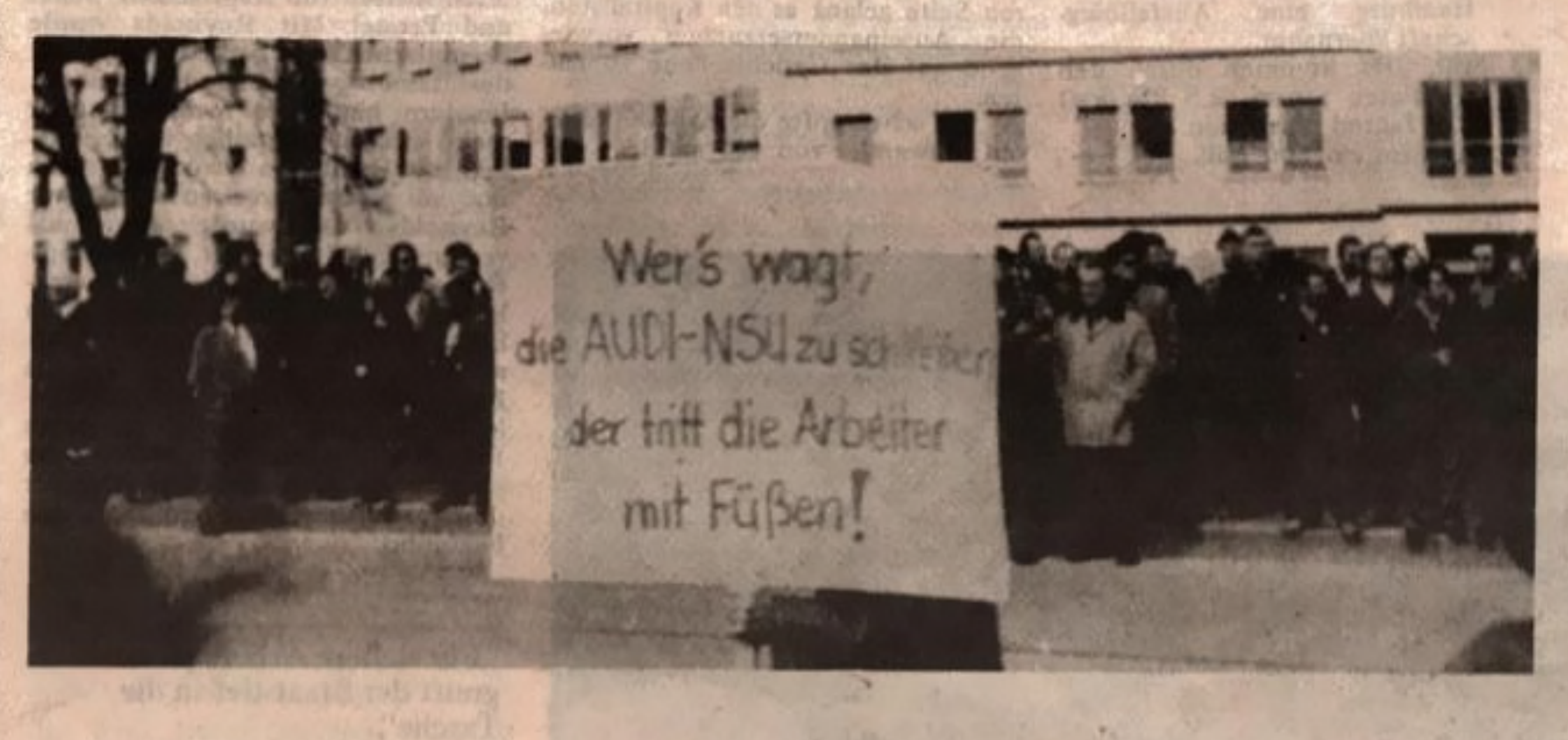
Und schließlich ging die „Mitverantwortung“ bei VW so weit, daß man sich auch an der Kostensenkung beteiligte: in der gesamten Metallindustrie schlossen die Gewerkschaftsführer einen „stabilitätskonformen“ Tarif von 6,8 % für 1975 ab, der VW-Haustarif lag sogar noch 1 % tiefer bei 5,8 %.

Wenn auch die Gewerkschaftsführer mit Rücksicht auf die „Basis“ in den Gewerkschaften gelegentlich in Worten gegen die Maßnahmen der Kapitalisten auftreten (so stellte Loderer beispielsweise seinen Alternativvorschlag zu den Entlassungen vor den VW-Arbeitern als „grundsätzliche Opposition“ dar) anerkennen sie in Taten die „betriebswirtschaftlichen Konsequenzen“ der Kapitalisten und stimmen ihnen zu.

Das traurige Beispiel der „Montan-Mitbestimmung“

Als Muster für „paritätische Mitbestimmung“ gilt die seit 1951 geltende Mitbestimmung im Montanbereich (in den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaus). Sie wurde damals zur Beschwichtigung der Forderungen der Arbeiter nach Enteignung der Schwerindustrie und „die Gruben in des Volkes Hand“ eingeführt. Sowohl Gewerkschaftsführer als auch Kapitalisten preisen die Erfahrungen mit der Mitbestimmung in diesem Bereich. „Bewährt“ hat sie sich vor allem im Kohlenbergbau. Mit Hilfe der „Mitbestimmung“ wurde von 1950 - 1968 die Zahl der Beschäftigten von 580.000 auf 300.000 durch Zechenstillegungen und Massenentlassungen gesenkt. IG Metall-Gewerkschaftsführer Steinkühler kommentiert das so: **„Diese Schrumpfung wäre ‚nicht so reibungslos (!!) und ohne soziale Unruhen (!!) abgelaufen, wenn es nicht die Mitbestimmung gegeben hätte‘ “** („Stern“, 43/74).

Hier wird also einer, der es wissen muß, deutlich: Aufgabe der Mitbestimmung ist es, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Maßnahmen zu verschleiern und ihre Durchsetzung zu erleichtern, die Gewerkschaften sollen dabei nicht etwa als Kampfinstrument dienen, sondern im Gegenteil „soziale Unruhen“ – also Streiks, Demonstrationen etc. verhindern, beziehungsweise in „geordnete Bahnen“ lenken.



Oder, wie es der Boß eines „paritätisch mitbestimmten“ Konzerns, Spethmann von Thyssen, formulierte:

Wenn man davon *„ausgeht, daß das Zusammenleben von Menschen* (=kapitalistische Umschreibung des Klassenwiderspruchs, Anm. AK) *die Notwendigkeit einschließt, zwischen Menschen entstehende Konflikte zu lösen, dann ist die Mitbestimmung wie wir sie haben bestimmt ein Modell, ein System der Konfliktentzerrung und der Konfliktlösung, das der Entwicklung unserer Industrie, unserer Wirtschaft bis zum heutigen Tag hin gut bekommen ist. Das würde ich vorbehaltlos unterschreiben.“* („Westdt.Allg.Ztg.“, 26.10.74).

Gerade die Kapitalisten in den Betrieben der Montanindustrie treten zur Zeit nach wie vor für die Beibehaltung der „Mitbestimmung“ ein, da sie ihnen nur genutzt hat. Das führte auch wiederholt zu Streit im Lager der Kapitalisten. So wird beispielsweise dem Vorsitzenden des Kapitalistenverbands „Eisen und Stahl“, Weisweiler, vom mächtigen BDA-Boß Schleyer vorgeworfen, *„er denke nicht mehr wie ein Arbeitgeber“* („Frankf.Allg.Ztg.“, 4.7.74), da er die „Montanmitbestimmung“ verteidigt hat. So stand z.B. Krupp-Chef Mommsen bei den Bundestagshearings als Anwalt für die Beibehaltung der Mitbestimmung auf Seiten der Gewerkschaftsführer (vor allem gegen den BDA).

Aus diesen Erfahrungen hat auch VW-Boß Schmücker (selber einmal Chef in einem ‚montan-mitbestimmten‘ Betrieb – Rheinstahl – gewesen) seine Lehren gezogen. Er sprach seine Maßnahmen gegen die VW-Arbeiter mit den IG Metall-Führern ab und fand natürlich offene Ohren. VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Ehlers: *„Personelle Einsparungen sind ja gar nicht zu vermeiden“* und *„eine Sanierung des angeschlagenen Wolfsburger Konzerns ist (...) ohne ein Mitwirken der Arbeitnehmer an den Entscheidungen schlichtweg unmöglich.“* („Wirtschaftswoche“, 23.5.75).

Widersprüche im Lager der Kapitalisten ?

Die Kapitalistenklasse tritt in ihrer Mehrheit gegen eine Ausdehnung der Mitbestimmung über den Montanbereich hinaus ein. Schleyer fordert sogar, das demnächst ablaufende „Montanmitbestimmungsgesetz“ nicht zu erneuern.

Diese Kapitalisten-Mehrheit wird in den parlamentarischen Auseinandersetzungen um das „große Reformwerk Mitbestimmung“ (so Brandt und Schmidt) von der CDU/CSU vertreten. Demgegenüber verweist die SPD und ein Teil der Kapitalisten auf die
ten. Demgegenüber verweist die SPD und ein Teil der Kapitalisten auf die
positiven Erfahrungen mit den Gewerkschaftsführern und der „Montanmitbestimmung“! Der Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist nicht unabhängig von der gesamten politischen Entwicklung zu sehen:

die Kapitalistenklasse vertritt in ihrer Mehrheit aufgrund der sich (vor allem auch international) zuspitzenden ökonomischen und politischen Widersprüche den Standpunkt, den Kurs gegen die Arbeiterklasse beschleunigt zu verschärfen, um die eigene Position sowohl gegen die Konkurrenz als auch gegen zu erwartende Kämpfe der werktätigen Massen zu stärken. Dazu gehört die mit rasantem Tempo betriebene Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Dazu gehören ihre Maßnahmen des Lohnabbaus, der Verschärfung der Arbeitsbedingungen und Rationalisierung und der massiven Angriffe auf die Sozialgesetze. Dazu gehört aber auch der Angriff auf all jene Rechte, die der brutalen Durchführung dieser Maßnahmen im Wege stehen: und die Mitbestimmung erscheint für die Mehrheit der Kapitalisten insofern störend, als sie bestimmte Maßnahmen hinauszögern kann.

Es entläßt sich schneller und leichter, ohne daß man sich groß lang und breit mit den Gewerkschaftsführern darüber auseinandersetzt. Die Angriffe der CDU/CSU auf den Gesetzentwurf zur „Mitbestimmung“ der SPD/FDP-Regierung sind ein Ausdruck dieses verschärften Kurses der Kapitalistenklasse.

Für die Arbeiterklasse heißt es, den Mitbestimmungsschwindel der SPD und der „liberalen“ Bourgeoisie abzulehnen. Diese Mitbestimmung ist nicht nur ein Instrument der politisch-ideologischen Verwirrung, der Illusionsmacherei über den Klassencharakter dieses Systems, sie ist auch eine direkte Waffe zur Schwächung des Kampfs der Arbeiterklasse und unmittelbar gegen ihre Interessen gerichtet.

Echte Mitbestimmung und Kontrolle der Arbeiter über die Produktion kann nur erreicht werden, wenn die Arbeiter das Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen Klassen zu ihren Gunsten verändern, – d. h. wenn die Macht der Bourgeoisie geschwächt und die Arbeiterklasse gestärkt wird.

Die heute praktizierte Form der („sozialpartnerschaftlichen“) Mitbestimmung richtet sich gegen die Veränderung des Status quo zugunsten der Arbeiter und muß daher abgelehnt werden. ●

KB / Gruppe Bremen

Reynolds, Hamburg:

Arbeiter verraten

Nach monatelangem Tauziehen zwischen verschiedenen Großkapitalisten der Aluminium-Branche auf der einen und dem Hamburger Senat auf der anderen Seite um die Zukunft des erst vor wenigen Jahren errichteten Reynolds-Aluminium-Werks in Hamburg/Finkenwerder liegt nun eine Regelung auf dem Tisch, die vor allem folgende drei Bestimmungen enthält:

Die Stadt Hamburg kauft das Alu-werk, das wesentlich aus Steuermitteln finanziert wurde, von Reynolds zurück (wie es heißt zu einem niedrigen „symbolischen Preis").

Das Werk wird sodann von drei Konzernen (nämlich Reynolds !, Vereinigte Aluminium Werke und Östreichische Metallwerke) in Pacht betrieben, wobei die Pacht nach einer gewissen Zeit als Kaufpreis zählen soll.

Mit der Übernahme des Alu-Werks übernimmt die Stadt Hamburg als Eigentümer natürlich das „unternehmerische Risiko" – hat also mit anderen Worten für Verluste und sämtliche Nachfolgekosten aufzukommen. Während Hamburg lediglich eine Pacht von der „Betriebsgesellschaft" der drei Großkapitalisten erhält, streichen diese als Pächter sämtliche Gewinne ein – und kündigen die Pachtverträge, sobald nicht mehr genug Profit herausspringt.

Mit dieser Regelung scheint den Kapitalisten und dem in ihren Diensten stehenden Hamburger Senat (in Abwandlung eines in Hamburg üblichen Reklameslogans) der „Coup des Jahrhunderts" gelungen zu sein. Die Arbeiter und Angestellten von Reynolds aber wurden verraten und verkauft – letzteres im doppelten Sinne des Wortes!

Dem Verkauf an die Stadt Hamburg war eine breite Pressekampagne vorausgegeangen. Besonders die diversen Senatspolitiker spielten sich hier als die „wahren Sachwalter" der Interessen der Reynoldsbelegschaft und der der Hamburger Bevölkerung auf.

„Reynolds soll in deutsche Hände" meinte das Hamburger Abendblatt (1.2.75) und auch die „Welt" vom 1.2.75 war begeistert, daß die *„Reynolds Aluminium Hütte in deutsche Hände"* soll. Natürlich durften auch die arabischen Scheichs nicht fehlen – *„Wollen jetzt Scheichs bei Reynolds einsteigen?"* (Welt, 1.3.)

Danach ging es voll los, die Pressemeldungen überschlugen sich: *„Endgültig: Alu-Reynolds macht Schluß"* (Bild, 22.3.) – *„Kompromiß bei Reynolds in Sicht?"* (HA 11.6.) *„Reynolds bleibt in Hamburg"* (HA 26.6.) *„Reynolds-Verkauf: Handel um letzte Feinheiten"* (HA 27.6.) und endlich *„Alles klar bei Reynolds – Drei übernehmen die Hütte"* (Mopo 28.6.). Vor allem kehrt penetrant die Meldung wieder, daß *„es der Stadt vor allem um die 1200 Arbeitsplätze"* geht. (Bild 22.3.75)

Konkrete Angaben über die Verhandlungen gab es bis Mitte/Ende Juni dagegen nicht. Sogar dafür hat die Presse eine „Begründung": *„Einzelheiten der Hamburger Marschroute dürfen nicht auf dem ‚offenen Markt' diskutiert werden"*, da dies *„nur die Verhandlungsposition des Senats"* verschlechtert (HA 9.6.)

So wurde in der Presse der Senat als „sorgfältiger und vorsichtiger" Sachwalter der „öffentlichen Interessen" rausgeputzt und gleich-

So wurde in der Presse der Senat als „sorgfältiger und vorsichtiger" Sachwalter der „öffentlichen Interessen" rausgeputzt und gleich-

zeitig jegliche konkrete Angabe über die Verhandlungen unterdrückt!

Eine besonders üble Provokation leistete sich der „liberale" Teil der Hamburger Regierungskoalition: FDP-Führerin Schuchardt stellte fest, daß *„es nur schlechte Lösungen (gibt), von denen wir die beste suchen müssen"*. Dabei (bei der Suche nach der „Lösung") *„müssen alle Möglichkeiten, auch ein Konkurs erwogen werden"*, gab sie in der „Welt" vom 30.5. zum Besten. Nachdem seinerzeit eben auch die FDP der Reynolds-Ansiedlung zustimmte, fordert diese heute offen den Konkurs – ohne sich dabei auch nur einen Deut um die Reynolds-Kollegen zu kümmern! So ist der FDP-Vorschlag eben auch in einem ihrer internen Klüngel „erarbeitet" worden. Im Bericht an einen FDP-Ausschuß (vom 29.5., Zeichen Schu/Ho) heißt es über die verschiedenen Lösungen

„ 8.1..Verkauf
8.2. Pacht
8.3. Mietkauf
8.3. Mietkauf
8.4. Konkurs, mit Weiterbetreiben
8.5. Konkurs, Stillegung
8.6. Mischlösung in Hinblick auf Teile des Unternehmens."

So wechselt man die Farbe, vorher wird beraten, wie man Reynolds an Land zieht (....ohne die Betroffenen vorher auch nur zu fragen) hinterher stellen sie sich hin und suchen die „beste" schlechteste Lösung (selbstverständlich wieder ohne die Betroffenen zu fragen).

Tatsächlich ging es bei der „Ansiedlung" von Reynolds in Hamburg um eine grundsätzlichere Frage, die Bedeutung für die gesamten Industrieansiedlungspläne im Unterelberaum haben sollte.

Die „Frankfurter Allgemeine" vom 5..5. stellt fest, daß *„die Alluminiumhütte für Hamburg in gewisser Weise als Initialzündung gewirkt (hat). Der Schritt des Stahlunternehmers Korf nach Hamburg sowie große Ansiedlungen im Unterelberaum wie Dow Chemical und VAW ub Stade, Bayer in Brunsbüttel wären... ohne den Pioniereffekt durch Reynolds (!) vielleicht nicht Wirklichkeit geworden."* Hamburgs Senator Kern ist ebenfalls der Ansicht, daß *„Reynolds der Durchbruch"* war und daß *„in Reynolds Zukunft"* steckt („Mopo", 7.2./5.5. 75).

Reynolds-Ansiedlung – Stellvertretend für alle Kapitalisten

Reynolds-Ansiedlung – Stellvertretend für alle Kapitalisten

„Wir müssen der Wirtschaft helfen" – mit diesem Motto vollzog Bürgermeister Weichmann seinerzeit den ersten Spatenstich auf dem Baugelände des Alu-Werkes.

Im Fall Reynolds sah diese "Hilfe" des Hamburger Senats (aus Steuergeldern, versteht sich!) z.B. so aus:

74 Mill. für Grundstückserschließung
17 Mill. für Infrastrukturmaßnahmen (Kaianlage)
40 Mill. DM Investitionshilfe
16 Mill. DM durch 10%ige Beteiligung Hamburgs bei Reynolds
382 Mill.DM als Darlehen eines Bankkonsortiums, für das Hamburg eine Ausfallbürgschaft übernahm.
83 Mill. DM kommen durch den verbilligten Strom (2,5 Pfg./kw) in 20 Jahren zusammen.

Zu diesem ca. 600 Mill. DM Geschenk kommen jetzt noch - nach Schätzungen - weitere 250 Mill.DM, die wiederum aus Steuergeldern für die Folgelasten des Rückkaufs von der Stadt Hamburg zu zahlen sind!

Zu dieser materiellen Unterstützung kommen offen kriminelle Methoden beim Genehmigungsverfahren für die Produktionsaufnahme. So durfte Reynolds mit Billigung des Senats die Produktion ohne Betriebserlaubnis aufnehmen. Am 22.8.71 beantragte Reynolds eine Baugenehmigung. Am 18.10.71 versuchte Reynolds eine Produktionserlaubnis nach § 22A zu bekommen (§ 22 A ermöglicht eine Produktion ohne Genehmigungsverfahren) wenn ein „öffentliches Interesse" vorliegt. Dieser Antrag wird am 22.11. 71 abgelehnt. Nur zwei Jahre später bestand ein „öffentliches Interesse" an Reynolds – die Kapitalisten erhielten die Genehmigung.

Wie sich in den späteren Auseinandersetzungen zeigte, waren in dieser Genehmigung wesentliche Sicherheitsauflagen nicht enthalten. Offensichtlich wurden hier die Vorschriften und Gesetze so zurechtgebogen, daß Reynolds unter allen Umständen anfangen konnte zu produzieren.

Mit der Produktionsaufnahme (teilweise schon eher) begannen auch sofort die Umweltschutzauseinandersetzungen. Zu Recht befürchtete die ansässige Bevölkerung in Finkenwerder die Vernichtung der Obstanbaugebiete und gefährliche Erkrankungen bei Menschen. *„Reynolds fährt bisher mit 2/3 Kapazität und stößt dabei täglich 180 kg Fluor aus. ... Wird die dritte Stufe voll ausgefahren, werden 270 kg Fluor ausgelassen. Nach zwei bis drei Jahren wird die Luft immer lastiger mit dem Fluor. Im Umkreis von 40 km ist die Luft dann so satt, daß es zu menschlichen Schäden kommen kann."* (H. Langeloh, einer der Kläger gegen Reynolds.) Die Erfahrungen mit anderen Aluwerken beweisen dies: in Kitimat/Kanada hat ein Aluwerk ein Gebiet im Umkreis von 60 Meilen soweit vernichtet, daß dort kein Strauch mehr wächst. Infolge der

Kitimat/Kanada hat ein Aluwerk ein Gebiet im Umkreis von 60 Meilen soweit vernichtet, daß dort kein Strauch mehr wächst. Infolge der

starken Proteste (448 Einwänder) waren Reynolds 229 Auflagen gemacht worden. Hiervon wurden ca. 30 erfüllt, die anderen wurden von der Reynolds-Geschäftsleitung als unzumutbar zurückgewiesen!

Gleichzeitig zu diesen ersten Erfolgen der protestierenden Bevölkerung ging die Behörde gemeinsam mit Reynolds daran, die Protestbewegung zu zerschlagen und zu desorientieren. Einem Teil der protestierenden Bauern wurden „gute" Umsiedlungsbedingungen angeboten (Entschädigungen etc.), Reynolds selber hat versucht, einzelne Bauern zu bestechen. Auf der anderen Seite gelang es den Kapitalisten, die Auseinandersetzungen vorwiegend auf der Gerichtsebene zu halten.

So schrumpfte die Zahl der aktiven Einwender von 448 auf 15. – In der Zwischenzeit schuf Reynolds durch die Produktionsaufnahme vollendete Tatsachen!

Auch das zwischenzeitlich erlassene Stillegungsurteil des Verwaltungsgerichts änderte daran nichts – es wurde 14 Tage später kurzerhand bis zur endgültigen Klärung ausgesetzt.

Auch hier war die Presse aktiv dabei. *„Sind Blumen wichtiger als 1.000 Arbeitsplätze?"* („Mopo"), *„Wir sind nicht wehrlos"* („Mopo") und *„Tote Kuh und 12.000 braune Blumen: Reynolds muß für alles herhalten"* („Welt", 31.8.74). Demagogisch wurde die Alternative „Saubere Umwelt" oder „Arbeitsplätze" aufgestellt. Als „Prozeßhaie, unterstützt von Reinluftfanatikern" werden in der „Mopo", am 1.2.75, die Kläger diffamiert. Und „Bild", vom 9.8.74, fragt, ob *„dieser Gärtner"* *„ein gerissenes Bäuerlein* (ist), *das Gladiolen und Salatköpfe auf Kosten von 1.200 Arbeitsplätzen vergolden möchte?"*

Mit dieser verlogenen Hetze gelang es vor allem auch, die protestierenden Anwohner weitgehend von der übrigen Hamburger Bevölkerung zu isolieren.

Daß heute die nachfolgenden Industrieansiedlungen, die Kernkraftwerke, die Beseitigung von Erholungsgebieten etc. an der Elbe auf wenig Widerstand stoßen, liegt ganz sicher mit an der total gleichgeschalteten Aktion von Kapitalisten, Senat und Presse! Mit Reynolds wurde exemplarisch die Ansiedlungspolitik des Hamburger Senats durchgesetzt. Insofern hat Kern recht, wenn er meint „es müsse endlich was geschehen mit Hamburgs Wirtschaft. Auch mal ein großer Brocken – das war Reynolds, das wurde als Signal verstanden." In der Tat, für die Kapitalisten war „Reynolds der Durchbruch" (Kern) und er meint auch heute noch, er „habe alles richtig gemacht" („Bild", 30.8.74)!!!. Für die Bevölkerung war Reynolds das brutale Durchsetzen einer Politik, deren Folgen die werktätige Bevölkerung heute auch noch zusätzlich über die „Sparmaßnahmen" zu spüren bekommt!

„Für sichere Arbeitsplätze greift der Staat tief in die Tasche" (SPD-Wahlkampfbroschüre, 1973)

So wie Reynolds draußen die Umwelt verpestet, so sieht es auch im Werk aus:

Als die Produktion aufgenommen wurde, gab es im Walzwerk keine Heizung. Die kam erst, als wertvolle Maschinen (!) anfingen zu rosten!

Duschen gab es erstens zuwenig und zweitens kam bereits nach fünf Minuten kaltes Wasser raus.

In der Gießerei sammeln sich unter dem Hallendach der Kranbahn Giftgase (Chlor, Fluor, Hydrazin-Walzöl). Beim Einatmen können diese Gase zur Ohnmacht führen. Da diese Giftbrühe zusätzlich an der Decke kondensiert und als Salzsäure/Lauge niederschlägt, ist die Arbeit auf dem Kran faktisch lebensgefährlich. Auf dem Kran sind bereits Kollegen ohnmächtig geworden, Verätzungen kommen häufiger vor (die Säure hat bereits Plastiksteckdosen stark zersetzt!)

In der Hütte lag milimeterdick Kyrolithstaub. Masken wären notwendig – aufgrund der starken Hitze faktisch aber unbenutzbar.

Da die Kollegen vielfach nur ungenügend angelernt werden und von einem Arbeitsplatz zum anderen geschickt werden, sind Unfälle nicht gerade selten. So mußte beispielsweise ein Kollege ohne Führerschein (!!) einen „Bobcat" (Raupenfahrzeug) fahren. Er rammte eine Mauer, wurde mehrfach überrollt und mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gefahren.

von Reinluftfanatikern" werden in der „Mopo", am 1.2.75 die Kläger
fahren. Er rammte eine Mauer, wurde mehrfach überrollt und mit lebensge-

Von sicheren Arbeitsplätzen kann also keine Rede sein. Auch in anderer Hinsicht sind Reynolds-Arbeitsplätze keineswegs „sicher":

Nachdem die Produktion einigermaßen angelaufen war, wurde 1974 die Produktion „gestrafft".

So wurde die „Kontischicht" eingeführt, die eine sieben Tage durchgehende Produktion ermöglicht. Arbeitsplätze wurden wegrationalisiert und den verbleibenden Kollegen mehr Arbeit aufgebürdet:

An der Säge wurden zwölf Kollegen rausgenommen und deren Arbeit von den anderen mitgemacht.

In der Gießerei reduzierte die Geschäftsleitung die Besetzung der Anlagen von 3-4 auf 1-2 Kollegen. Erhöhte Arbeitshetze, Unfälle durch Metallexplosionen und Gießabbruch sind die Folge. Im Warmwalzwerk das gleiche Bild: Reduzierung der Walzstraßenbesetzung um die Hälfte!

Heute wird erneut rationalisiert. Im Zuge der Kurzarbeit wurde den Kollgen in der Gießerei zumindestens vorrübergehend wieder mehr Arbeit aufgedrückt!

Hier offenbart sich die Demagogie von den „sauberen und sicheren" Arbeitsplätzen. Tatsache ist, daß die Reynoldskapitalisten im Werk ebenso brutal vorgehen wie außerhalb. Verseuchung der Umwelt, Gefährdung der Bevölkerung und gefährlichste Arbeitsbedingungen sind zwei Seiten einer Medaille!

Gegen die unmöglichen Arbeitsbedingungen gab und gibt es durchaus Widerstand. Vor allem auch durch die Politik des Betriebsrates konnten hier Erfolge erzielt werden. (Regelmäßige Arbeitssicherheitsversammlungen, Einbau von Ventilatoren in der Gießerei sind zwei Beispiele.)

Aufbau der betrieblichen Interessenvertretungen

Der erste Betriebsrat wurde noch während der Anlaufproduktion gewählt. Aufgrund der damaligen Belegschaftszusammensetzung und der mangelnden Kontinuität einer praktischen Gewerkschaftsarbeit war der erste Betriebsrat „durchsetzt" (vier Angestellte, drei Arbeiter – darunter eben auch Meister und Ingenieure). Die Politik dieses Betriebsrates war

---

INFORMATION 21. Mai 1975

Betriebrat lehnt den Antrag auf Kurzarbeit ab!

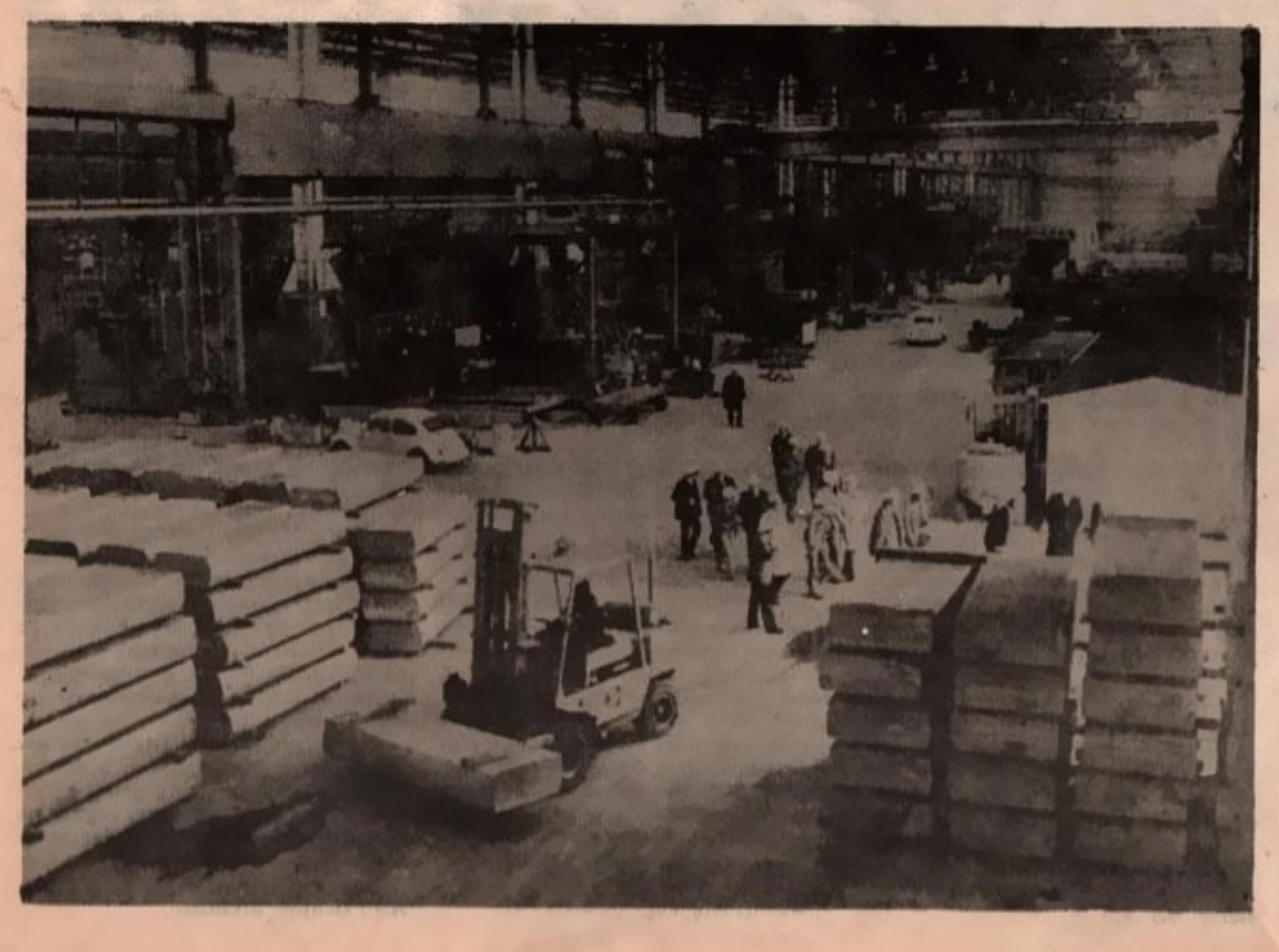
Der Betriebsrat hat in seiner Sitzung am 21. Mai 1975 beschlossen den Antrag auf KURZARBEIT abzulehnen.

Dieser Antrag wurde von der Geschäftsleitung bereits am 15. Mai 1975 gestellt. Daraufhin hatte der Betriebsrat der Geschäftsleitung eine Reihe von Fragen und Vorschlägen unterbreitet, um Kurzarbeit zu vermeiden. Es wurde beschlossen die offenen Fragen am 21. Mai 1975 zu klären.
Die Geschäftsleitung erweiterte während dieser Sitzung ihren Antrag auf Kurzarbeit auch auf die genannte Instandhaltung Walzwerk. Der Betriebsrat begründet seine Ablehnung damit, daß die von ihm an die Geschäftsleitung gerichteten Fragen und Vorschläge nicht ausreichend beantwortet wurden. Die Geschäftsleitung beschränkte sich darauf immer wieder auf die großen Materialbestände hinzuweisen. Auf die Fragen nach der Ursache, besonders,was die Preis- und Kostenentwicklung betrifft, wurden dem Betriebsrat trotz vielfacher Nachfragen keine genauen oder nachprüfbare Antworten gegeben. So blieb für den Betriebsrat beispielsweise ungeklärt, ob durch die Reduzierung der Verkaufspreise von Aluminium die Auftragslage hätte nicht verbessert werden können. Darüberhinaus liegen dem Betriebsrat seitens der Kollegen zahlreiche Beschwerden über die Unterbesetzungen der Schichten vor, wobei hier zu bemerken ist, daß dieses nicht eine Produktionsminderung nach sich zog, sondern mit weniger Personal wurde weiterhin normal produziert.
Der Betriebsrat ist der Auffassung, daß es illusionär wäre zu glauben, daß Kurzarbeit Entlassungen vermeiden könnte. Die Praxis erfahrungsgemäß anders aus. In den meisten Fällen war Kurzarbeit nur der Anfang an deren Ende dann doch Entlassungen standen. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß eine Zustimmung des Betriebsrates zur Kurzarbeit eine pauschale Anerkennung der angeblich wirtschaftlich schwierigen Situation zu werten wäre. Damit ist die Möglichkeit Entlassungen zu verhindern ungleich schwieriger, denn mit den gleichen Argumenten, die die Geschäftsleitung für die Einführung von Kurzarbeit vorbrachte, könnten dann in Zukunft Entlassungen als unvermeidbar dargestellt werden.

K. Thomsen

(K. Thomsen)

Auszuhängen bis zum 6. Juni 1975



und verkauft

stark losgelöst von den Kollegen und bewegte sich vielfach in frechen Einzelgängen des damaligen Vorsitzenden – z.B. Aufforderung an den Senat, gegen die Umweltschützer aktiv zu werden, um „die Arbeitsplätze zu sichern". ... Anläßlich der Kontischichtvereinbarung und aufgrund offener Parteinahme für die Unternehmensleitung wurde der damalige Vorsitzende abgewählt. Gleichzeitig wurden Neuwahlen organisiert. Die Neuwahlen brachten eine erhebliche Stärkung der fortschrittlichen Kräfte, denen es auch gelang, die Wahl eines sozialdemokratischen „Betriebskaders" zum Vorsitzenden zu verhindern.

Der neue Betriebsrat ging sofort daran, ein Arbeitsprogramm zu erstellen, das die wesentlichsten und dringendsten Forderungen der Kollegen enthielt.

Gleichfalls wurde die Öffentlichkeitsarbeit des Betriebsrates verstärkt. Zu den wesentlichen betrieblichen Problemen wurden BR-Infos herausgegeben. Erfolge konnten vor allem bei Entlassungsfragen und Arbeitssicherheitsproblemen erzielt werden.

Auch die Fragen des Umweltschutzes wurden konsequenter angegangen. In einer Grundsatzerklärung solidarisierte sich der BR mit der protestierenden Bevölkerung und stellte fest, daß „...*die Proteste der Bevölkerung berechtigt* (sind). *Sie richten sich nicht gegen die Arbeiter und Angestellten bei Reynolds. ... Es ist niemand anders als die Reynolds-Geschäftsleitung selbst, die die Arbeitsplätze gefährdet, wenn sie nicht bereit ist, die gestellten Auflagen zu erfüllen.*"

Heute kann man sagen, daß der Betriebsrat der Gefahr einer isolierten und von den Kollegen abgehobenen Politik doch erfolgreich begegnet ist.

Seine Ursache hat dies nicht nur in der praktischen Arbeit der Linken bei Reynolds, sondern auch im völligen Fehlen einer sozialdemokratischen Betriebsorganisation. So verfügen die Sozialdemokraten bisher bei Reynolds über keine nennenswerten „Bastionen" im Betrieb. Den Mangel an aktiven Kräften versuchten diese anfangs durch regelrechte „Betriebseinsätze" aufzufangen. So fing ein SPD-Funktionär bei Reynolds an, tönte gleich rum, "in einem Jahr
an, tönte gleich rum, "in einem Jahr
wäre er VK-Leiter" usw. Als dies nicht klappte, kündigte er. Das Fehlen eines sozialdemokratischen Kaders im Werk begünstigte natürlich den Aufbau einer fortschrittlichen und konsequenten Interessensvertretung. Die Sozialdemokraten selber verfolgen zumindest seit den BR-Neuwahlen nun auch die Politik des „Linksliegenlassens", des „Nichtbeachtens". So läßt sich seit den Neuwahlen die IGM-Ortsverwaltung faktisch nicht mehr im Werk sehen, kommt nicht mehr zu den BR- und VK-Sitzungen.

Der Vertrauenskörper

Obwohl die Bedingungen für den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation im Werk relativ günstig waren, sieht es hier doch wesentlich schlechter als in der BR-Arbeit aus.

Wenngleich der Organisierungsgrad (nicht zuletzt durch die aktive Werbearbeit der fortschrittlichen Funktionäre) auf mittlerweile 40 % stieg und es eine aktiv arbeitende VK-Leitung gibt, so ist es doch nicht gelungen, den Kern der „Aktiven" wesentlich zu verbreitern.

Die VK-Arbeit findet im wesentlichen über öffentliche Sitzungen mit sehr schwankender Beteiligung statt. Dort werden wesentliche Probleme der Kollegen auch diskutiert und teilweise VK-Informationen herausgegeben. Damit ist es gelungen gegen die Sabotageversuche der Ortsverwaltung überhaupt eine Vertrauensleute-Arbeit auf die Beine zu stellen.

Aber die entscheidende Aufgabe, eine lebendige gewerkschaftliche Organisation (über Arbeitskreise, Abteilungsgruppen etc.) in der Auseinandersetzung um die immer schärfer werdenden Angriffe der Kapitalisten und des Hamburger Senats aufzubauen, wurde bisher nicht gelöst!

Dieser offenkundige Mangel ist nicht so sehr auf die Sabotage der IGM-Ortsverwaltung zurückzuführen, sondern muß als Versäumnis der fortschrittlichen und vor allem der linken Kollegen kritisiert werden.

Gerade während der letzten Monate, als in der bürgerlichen Lokalpresse über die Köpfe der Reynolds-Kollegenschaft hinweg die wildesten Gerüchte und Drohungen (die Zukunft des Alu-Werks betreffend) oft schon auf den Titelseiten vorgebracht wurden und der Druck auf die Kollegen im Betrieb immer stärker wurde, nahmen die Vertrauensleute eine weitgehend passive Haltung ein.

Gerade in dieser Phase hätte wenigstens der V e r s u c h gemacht werden müssen, die fortschrittlichsten Teile der Kollegenschaft zu mobilisieren und zu organisieren. Nicht nur im Hinblick darauf, die aktuellen Angriffe abzuwehren, sondern vor allem auch in Hinblick darauf, für die kommenden (zweifellos wesentlich schärferen Auseinandersetzungen!) eine Abwehrfront aufzubauen!

Ein Blick auf die aktuelle Situation bei Reynolds (also jetzt nach der neuen Vereinbarung zwischen Senat und der „Betriebsgesellschaft") zeigt sehr deutlich, daß von der Lösung dieser Aufgabe das Ü b e r l e b e n der positiven Ansätze einer fortschrittlichen Interessenvertretung anhängen wird.

Kurzarbeit, Rationalisierung und Verkauf – die aktuelle Lage bei Reynolds

Ab 23.6.75 wurde in der Gießerei und im Walzwerk Kurzarbeit eingeführt. Obwohl der Betriebsrat diese Maßnahme abgelehnt hatte, kam über die Einigungsstelle dieser kapitalistenfreundliche Beschluß zustande.

Die Kurzarbeit dient im wesentlichen zur innerbetrieblichen Rationalisierung:

Während der Kurzarbeit wurden in der Gießerei die Schichten halbiert. Während die eine Hälfte Kurzarbeit macht, arbeitet die andere Hälfte der Kollegen. Das Produktionsvolumen wurde aber nicht entsprechend reduziert!! Auch im Walzwerk wird während der Kurzarbeit mit weniger Kollegen annähernd das gleiche produziert wie vorher!

Offensichtlich soll noch kurz vor dem endgültigen Verkauf die Produktion noch einmal gründlich durchrationalisiert werden.

Daneben soll (bzw. ist bereits) die Alu-Produktion um ca. 30 % gedros werden, um so das Alu-Angebot zu verknappen und die Preise zu halten.
verknappen und die Preise zu halten.
In den USA führte diese Porduktionsdrosselung bereits zur Schließung von zwei Werken mit 1.000 Mann. Und der Präsident von Alu-Suisse meinte in aller Offenheit: „*Wenn die Preise fest bleiben, wird selbst eine Drosselung* (der Produktion) *um 10 % allen Beteiligten vernünftige Gewinne ermöglichen*" („Spiegel" 8/75).

Mit dieser Entwicklung gewinnt auch die Frage von Entlassungen im Hamburger Reynoldwerk aktuelle Bedeutung. Produktionsdrosselung auf der einen Seite – Arbeitshetze auf der anderen – Entlassungen sind die logische Konsequenz! (Daß Entlassungen anstehen, gab die Geschäftsleitung auf der letzten Betriebsversammlung auch unumwunden zu!)

Verkauf bedroht die Belegschaft erneut!

Nachdem das Verkaufsergebnis ohne die geringste Information der betroffenen Belegschaft über die Bühne ging, offenbaren sich immer deutlicher die Auswirkungen für die Kollegen:

Entlassungen sind bereits angekündigt. Senator Kern sprach im NDR-Interview am 26.6. nur davon, daß „*der überwiegende Teil der Belegschaft (!!!) weiterbeschäftigt wird.*"

Im Werk laufen Gerüchte um, daß VAW sämtliche Kollegen entlassen und dann den größten Teil (!) mit neuen Arbeitsverträgen wieder einstellen will. (Ein Trick zweifellos, sich die unbequemen und ‚faulen' Kollegen vom Hals zu schaffen!)

Weiterhin droht durch die Aufsplitterung des Werkes in zwei Betriebsgesellschaften eine weitgehende Spaltung der Belegschaft. Es muß sogar befürchtet werden, daß das Werk in zwei Gewerkschaftsbereiche aufgesplittert wird (IG-Chemie und IG Metall); daß zwei voneinander getrennte Betriebsräte und zwei VKs installiert werden!

Es liegt auf der Hand, daß derartige Maßnahmen die Kampfbedingungen der Reynolds-Kollegen und das Weiterbestehen einer fortschrittlichen Interessenvertretung enorm beeinträchtigen wird!



VK-Vorsitzender gefeuert!

Pünktlich zu den Auseinandersetzungen um Kurzarbeit und Verkauf wurde der VK-Vorsitzende von den Kapitalisten gefeuert! Er erhielt Werkverbot und wurde trotz „Einstweiliger Verfügung" nicht auf die Betriebsversammlung gelassen.

Begründet wurde die Entlassung damit, daß der VK-Leiter „*Parolen beleidigenden Charakters*" an die Klotür gekritzelt hätte (die Tür wurde „sichergestellt"!). Diese offensichtlich etwas schwache Begründung für eine fristlose Kündigung hat Reynolds später noch „erweitert": „*Störung des Betriebsfriedens*" und „*Fehlen*" sind die weiteren Gründe. Der VK-Leiter hatte nämlich seine Kollegen auf die Gefahren von „zu schnellem" arbeiten hingewiesen – und dies ist als „Störung des Betriebsfriedens" gewertet worden!

Diese Provokation, die direkt und unmißverständlich das Recht der freien gewerkschaftlichen Betätigung beseitigt, kommt zu einem Zeitpunkt, in dem sich die betriebliche Situation zuspitzt. Der Verkauf, die geplanten Massenentlassungen usw. sollen ruhig und möglichst ungestört durchgezogen werden. Damit hat der Rausschmiß des VK-Leiters grundsätzliche Bedeutung: die Ausschaltung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung! In diesem Sinne ist zu befürchten, daß es nicht bei dieser einen gezielten Entlassung bleibt!

Man braucht gewiß kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Kollegenschaft von Reynolds „harten Zeiten" entgegengeht (siehe Entlassungsdrohungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Spaltungsabsichten etc.) und daß ihre Vertretungsorgane (Betriebsrat und Vertrauenskörper) bisher nicht gekannte Bewährungsproben zu bestehen haben werden.

Bisher dürfte der Betrieb in Finkenwerder noch nicht allzuviel Profit für den Kapitalisten abgeworfen haben (sonst hätte der Reynolds-Konzern kaum verkauft!). Die Tatsache, daß sich mehrere Großkapitalisten jetzt in die neuen Anlagen eingemietet haben, kann wohl nur so interpretiert werden, daß in Zukunft mit w e n i g e r Arbeitskräften m e h r produziert werden muß – sprich, daß die Ausbeutung bedeutend verschärft werden wird.

Die mörderischen Arbeitsbedingungen und die zügellose Ausbeutung in den – ebenfalls in Finkenwerder gelegenen – Hamburger Stahlwerken (HSW) könnten den Alu-Kapitalisten bei ihren Plänen durchaus als Vorbild dienen. Vor allem dürften „die neuen Herren" des Alu-Werkes sich die Erfahrungen der HSW-Geschäftsleitung bei der Liquidierung auch nur der minimalsten fortschrittlichen Regungen in der Kollegenschaft zunutze machen – und dabei (wie im Falle HSW!) die aktive Unterstützung von Senat, SPD-Betriebsorganisation und Gewerkschaftsführung erhalten!

Auf ihrer Betriebsversammlung am 14. April 75 beschlossen die Reynolds-Kollegen nahezu einmütig, an folgenden Forderungen festzuhalten:

1. „Übernahme des Werkes in dem jetzigen Zustand!

2. Es darf keine Verschlechterungen und Entlassungen geben!"

Der heutige Widerstand gegen die l a u f e n d e n Verschlechterungen (wie Kurzarbeit und Rationalisierungsmaßnahmen) ist nur schwach und vereinzelt entwickelt. Maßnahmen gegen die Kurzarbeit wie „langsamer arbeiten" haben sich insgesamt z.B. nicht durchgesetzt!

Gegen die Entlassung ihres Vertrauensleute-Vorsitzenden haben zwar eine ganze Reihe von Kollegen protestiert – jedoch haben die fortschrittlichen, linken Kollegen es versäumt, von Anfang an gegen die Maßregelung zu agitieren und den Protest zu organisieren.

Systematischer und vor allem kontinuierlicher die Kollegenschaft gegen die Angriffe der jetzigen und der zukünftigen Kapitalisten zu mobilisieren und die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten zu organisieren, wird insbesondere die Aufgabe der betrieblichen Linken sein – denn: die „Schonfrist" ist vorüber! ●

Betriebszelle Reynolds
und Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Vereinigte Aluminium Werke:

Großmachtbestrebungen auf Kosten der Kollegen!

Nach dem Boom der Aluminiumindustrie in den Jahren 73/74 ist die Nachfrage nach Hüttenaluminium auf dem Weltmarkt erheblich zurückgegangen. Die Krise wird jetzt von den Alu-Kapitalisten als großer Rationalisierungsfeldzug gegen die Arbeiter benutzt.

So hat der weltgrößte Aluminiumhersteller Alcoa (Aluminium co. of America) nur eine Auslastung von 85 % seiner Hüttenkapazität. 6.000 amerikanische Kollegen wurden daraufhin gefeuert. Produktionsdrosselungen gab es auch beim zweitgrößten Alu-Produzenten Alcan (ca. 20 %). Reynolds schloß in den USA kurzerhand zwei seiner sieben Werke und entläßt über 1.000 Kollegen.

In der BRD wird der Alu-Markt mit einem Marktanteil von ca. 50% von der VAW (Vereinigte Aluminium Werke) beherrscht. VAW ist eine Tochtergesellschaft der staatlichen VIAG (Vereinigte Industrie AG). Auch bei VAW gab es Produktionsdrosselungen. In der 1. Abschaltphase drosselte man um 5%, in der zweiten Phase werden 7% abgeschaltet. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur „Rationalisierung" und „Konzernbereinigung" eingeleitet.

Die VAW Werke in Neumünster und Hannover wurden geschlossen. Dabei verloren ca. 1.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Bei der Hauptverwaltung in Bonn sollten evtl. 300 Kollegen fliegen. Ebenfalls finden Entlassungen im Erftwerk in Grevenbroich, Rheinwerk in Stüttgen und Lippewerk in Lühnen statt.

Kurzarbeit wird derzeit in den Werken Elbewerk und Aluminium-Oxid Stade, weiterhin in Schwandorf und bei Flußspatchemie in Stulln durchgeführt. In diesen Werken wird es, wenn der „Test" Kurzarbeit gelaufen ist, ebenfalls Entlassungen geben.

Gleichzeitig mit der Rationalisierungswelle versucht der Konzern seine Kapazitäten auszuweiten. Als erstes versuchten die VAW-Bosse sich das Werk von Kaiser-Preussag (Kapal) unter den Nagel zu reißen. Damit hätten sie praktisch keine Konkurrenz mehr in den wichtigsten Bereichen der Aluminium-Produktion. Damit hätte VAW einen Marktanteil von 65%. Damit hätte VAW sich auch noch mit dem dritten großen Alu-Konzern verbunden. Mit zwei anderen, Reynolds und Alcan, macht VAW in Westdeutschland bereits gemeinsame Sache. („Spiegel" Nr. 40/74).

Die Kapitalistenzeitschrift „Capital" vom 10.1.75 kennzeichnete die Situation sehr treffend: „*Ohnehin hält VAW marktbeherrschende Positionen bei Hüttenaluminium, Leitmaterial, unveredelten Alu- Folien und dünnen Alu-Bändern sowie verschiedenen Alu-Blechen.*

Das Kartellamt stellte fest: ‚Wesentlicher Wettbewerb war nicht festzustellen'."

Das ging sogar der Monopolkommission zu weit. So heißt es in Absatz 64 ihres Berichtes, daß es „. . . . *dem marktwirtschaftlichen System widerspricht, diese Risiken mit Hilfe einer zu marktbeherrschenden Stellungen führenden Fusion auf die Allgemeinheit abzuwälzen*". Mit Allgemeinheit meint sie allerdings die Kapitalisten, die schließlich das Aluminium zur Weiterverarbeitung usw. benötigen.

Sinnigerweise wurde die geplante Fusion mit „Sicherung der Arbeitsplätze" begründet. In das gleiche Horn stießen die Gewerkschaftsführer. IG Chemie-Führer Hauenschild forderte in einem Schreiben an Wirtschaftsminister Friederichs die Ministererlaubnis. Alle Betriebsräte sprachen sich für die Fusion aus. Die IGM-Führer verhielten sich „reserviert": . . auf diese schlichte Formel lasse man sich nicht festlegen.

Im Gegensatz zu den Kapitalisten und den Gewerkschaftsführern hatte das Kartellamt allerdings festgestellt, daß bei einer Fusion eine etwa gleich große Anzahl von Arbeitskräften „freigesetzt" werden müßte, wie bei Fortbestehen der Einzelbetriebe.

Durch den Ministererlaß wurde die Fusion erst einmal zurückgestellt. Doch VAW bricht nun auf zu neuen Ufern. Ab September 75 sind sie zu einem Drittel an der Alu-Hütte Reynolds in Hamburg-Finkenwerder beteiligt. Hier macht das Kartellamt keine Schwierigkeiten. Es bestände nicht die Gefahr der Marktbeherrschung (? !), heißt es jetzt! Dieses Werk ist ein Geschenk des Hamburger Senats. VAW braucht nichts zu bezahlen. (Kaufmiete auf 25 Jahre!!!) Auch hier ist VAW sehr um die Arbeitsplätze bemüht. 200 - 300 Kollegen sollen entlassen werden. Neuesten Gerüchten zufolge (bei Reynolds stellen sich leider selbst die „wildesten" Gerüchte später als richtig heraus) werden die VAW sich ihren eigenen „Stab" mitbringen, was Entlassungen selbst bei mittleren Angestellten bedeutet. Natürlich sollen auch die Lohnkosten gesenkt werden, denn die wären ja viel zu hoch. Ansonsten will sich die VAW-Führung die Leute aussuchen, die sie haben will. Der „Rest" geht an Reynolds oder fliegt raus.

Hinter all diesen Maßnahmen steht das Machtstreben der VAW-Kapitalisten, die auf dem Weltmarkt eine größere Rolle spielen wollen. Der Weltranglistenplatz neun unter den Alu-Giganten reicht ihnen nicht aus. Das geht natürlich nur auf Knochen der Kollegen. Eine Abwehrfront dagegen aufzubauen, wird Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen sein. ●

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg:

Kapitalisten gegen antifaschistische Stellungnahme des Betriebsrats!

Bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen in der Hamburger Tiefdrukkerei Broschek (ca. 600 wahlberechtigte Kollegen) hatte eine Gruppe von fortschrittlichen Kollegen, nach ihrem Info „Argumente"-Liste genannt, einen bedeutenden Wahlsieg errungen: Nach einem sehr inhaltlich geführten Wahlkampf bekamen sie 38 % aller Stimmen und wurden damit stärkste Liste (siehe AK 60). Die „Argumente" zogen mit vier Kollegen in den elfköpfigen Betriebsrat (BR) ein und stellen auch den (freigestellten) BR-Vorsitzenden.

Inzwischen haben die Broschek-Kapitalisten – wie nicht anders zu erwarten – ihren ersten politischen Angriff sowohl gegen die „Argumente"-Kollegen selbst, als auch gegen die Rechte des gesamten Betriebsrats gestartet.

Anlaß hierfür war eine antifaschistische Aktion der Kollegen. In „Argumente" Nr. 5 veröffentlichten sie eine Protestresolution gegen ein geplantes Treffen der Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, HIAG, im (senatseigenen) Ausstellungsgelände Planten un Blomen. Es sollte – eine besondere Provokation – ausgerechnet einen Tag nach dem 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus stattfinden.

„Wir als Mitglieder einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dessen Vorläufer während der Nazi-Herrschaft den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt war, halten dies für einen Skandal!", hieß es u.a. in der Resolution wörtlich, die außerdem der Delegiertenversammlung der IG-Druck und Papier, Ortsverein Hamburg (unterstes Beschlußorgan der Gewerkschaft) zur Beschlußfassung vorgelegen hatte. Und weiter: *„Wir fordern den Senat auf, grundsätzlich und für alle Zeit Veranstaltungen dieser Art zu verbieten! Wir fordern darüber hinaus ein Verbot des HIAG-Landesverbandes Hamburg ..."*

Die „Argumente" schrieben dazu: *„Wir unterstützen diese Resolution und werden diese im BR zur Abstimmung bringen. Wir fordern die Kollegen auf, darüber zu diskutieren und sie ebenfalls zu unterstützen."*

Die Resolution wurde mit geringen Änderungen von der Delegiertenversammlung fast einstimming ange-

Die Resolution wurde mit geringen Änderungen von der Delegiertenversammlung fast einstimming angenommen, im Betriebsrat war die Reaktion zwiespältig: Während die erklärten Antikommunisten und offenen Sympathisanten der Geschäftsleitung im BR um den abgehalfterten früheren BR-Vorsitzenden Liepelt (drei Sitze) sich wohlweislich einer klaren Stellungnahme enthielten, ergingen sich die Sozialdemokraten der sogenannten „Tiefdruckliste" (ebenfalls drei Betriebsratssitze) in wortradikalen Sprüchen wie *„Wer nicht gegen die HIAG ist, den sollte man aus dem Fenster auf die S-Bahngleise werfen!"* oder *„Na klar, da braucht man doch wohl nicht zu überlegen, die Faschisten müssen weg!"*

Ein formaler Beschluß wurde für „nicht nötig" befunden.

Wenn es auch zu begrüßen ist, daß die BR-Mehrheit sich für das Verbot offener Nazifaschisten einsetzte, so war doch von vorneherein klar, daß es bei einem Lippenbekenntnis bleiben würde. Allerdings haben die „Argumente"-Kollegen selbst es im wesentlichen dabei belassen, bzw. bei einem Appell an die Broschek-Kollegen, die Resolution *„zu diskutieren und sie ebenfalls zu unterstützen"* („Argumente" 5).

Zehn Tage später schrieb die Broschek-Geschäftsleitung an die „sehr geehrten Herren" des BR einen Brief. Darin wurde auf diese Aufforderung hingewiesen. Dies sei *„eine umfangreiche (!) parteipolitische Betätigung, deren Gegenstand keinerlei Grundlage im Betriebsgeschehen hat"*. Verschwiegen werden soll, daß der Faschismus die totale Entrechtung der Arbeiter auch im Betrieb bedeutet, und auch Broschek nach dem Krieg einem „Entnazifizierungsverfahren" gegenüberstand, bei dem Faschisten durchgeschlüpft sind.

Die Broschek-Kapitalisten verwiesen auf das Betriebsverfassungsgesetz und drohten damit indirekt gleichzeitig den Rausschmiß an: *„Da Betriebsratsmitglieder zur Neutralität gegenüber allen Betriebsangehörigen verpflichtet sind, ist ihnen eine derartige parteipolitische Betätigung gemäß § 74 Abs. 2 BetrVG untersagt."* Ultimativ wurde der BR aufgefordert, eine Woche später, am 26. Juni, *„eine Stellungnahme zu dieser parteipolitischen Betätigung seiner Mitglieder B . . . und M . . . abzugeben"*.

Der besonders üble und ausgekochte Trick dieses Briefes bestand darin, nur indirekt dem gesamten BR wegen seiner antifaschistischen Stellungnahme zu drohen. Da es dem Kapitalisten heute schwer fallen dürfte, offen und mit Rausschmißdrohungen dazu aufzufordern, daß die Arbeiter Faschismus und SS-Terrororganistionen wie jede andere bürgerliche Partei „neutral" hinzunehmen hätten, forderte er den BR „nur" dazu auf, sich von den aktivsten Antifaschisten zu distanzieren, im Vertrauen auf den Opportunismus der BR-Mehrheit. Selbst zwischen den „Argumente"-BR's versuchte die Geschäftsleitung zu differenzieren. Erst einmal griff sie nur zwei „einfache" Betriebsräte an, später auch den BR-Vorsitzenden.

Auf der darauffolgenden BR-Sitzung fiel es einer Reihe von BR-Mitgliedern bereits sehr schwer, sich an ihre vorherigen antifaschistischen Aussagen zu „erinnern". Mit sieben von elf Stimmen wurde aber immerhin noch der Angriff gegen den BR insgesamt abgewiesen:

„Eine Stellungnahme des BR kann nicht gegeben werden, da der Vorwurf der parteipolitischen Betätigung nach § 74 Abs. 2 BetrVG nicht zutrifft."

Nachdem die „Argumente" über Ergebnisse dieser BR-Debatte berichteten, eröffneten die Kapitalisten noch stärkeres Feuer. Die Betriebsräte B . . . und M . . . sowie der gesamte BR erhielten vom Kapitalisten Schreiben, in denen erneut schriftliche Stellungnahmen gefordert wurden. Man beklagte, daß in den Veröffentlichungen der „Argumente" Senator Kern (SPD, Hamburg), der das HIAG-Treffen stattfinden lassen wollte, und Strauß (CSU) schlecht weg kamen, während die Stellungnahme des KB gegen das HIAG-Treffen positiv erwähnt wurde. Durch dieses Flugblatt

würden *„parteipolitische Auseinandersetzungen zwischen politisch rechts und links stehenden Gruppie-*

würden *„parteipolitische Auseinandersetzungen zwischen politisch rechts und links stehenden Gruppierungen in den Betrieb getragen . . ."*

Weiterhin beklagte der Kapitalist, daß die Kollegen durch die Veröffentlichung als erste informiert wurden. Damit läge „verstärkte Konfrontation und Störung des Betriebsfriedens" vor. Offensichtlich ist für die Broschek-Kapitalisten eine antifaschistische Stellungnahme und die nach dem BetrVG verbotene „Störung des Betriebsfriedens" dasselbe! Gleichzeitig war jedoch der Kapitalist beleidigt, daß die „Argumente" schrieben, die Geschäftsleitung beabsichtige, dem *„gesamten Betriebsrat einen Maulkorb vorzulegen"*, *„politische Richtungen aufzuzwingen"* und *„faschistische Entwicklungen zu begünstigen"*.

Praktisch gleichzeitig mit dieser erneuten Aufforderung der Kapitalisten, gegen die Veröffentlichungen der „Argumente" massiv einzuschreiten, fand sich diesmal unter Anwesenheit des Hamburger Drupa-Vorsitzenden Wolf eine Mehrheit im Betriebsrat, die in den Chor des Kapitalisten miteinstimmte. Die Sitzung fand am 1. Juli, also einen Tag vor der Verschickung der erneuten Drohbriefe der Geschäftsleitung statt. Zufall?

Mit 6:5 wurde eine „Gegendarstellung" des BR angenommen, worin es hieß: *„Wir verurteilen die bewußt falsche (??) Berichterstattung . . . die ständige Diskriminierung einzelner Betriebsratsmitglieder."* Die Veröffentlichung *„kann (wann?) zu einer verstärkten Konfrontation u n d zur Störung des Betriebsfriedens führen."* Auch hier wurde also bereits damit gedroht, bei entsprechendem Verlangen der Kapitalisten nach Feuerung fortschrittlicher BR-Mitglieder gegebenenfalls zuzustimmen, weil sich *„anders denkende"* (rechte) Betriebsratsmitglieder ‚gelähmt' sähen in der „Wahrnehmung ihrer Aufgaben" (dem Kapitalisten gegenüber?).

In einem weiteren „Antwortbrief" auf die Drohbriefe der Broschek-Geschäftsleitung, wieder unter Federführung von Wolf, wurde die Gegendarstellung der BR-Mehrheit noch einmal bekräftigt und außerdem hinzugefügt: *„Zur Veröffentlichung von Vorgängen und Sachverhalten aus Betriebsratssitzungen wird die in Arbeit befindliche Geschäftsordnung etwas aussagen."*

D.h., hier will die die BR-Mehrheit auch noch das selbstverständliche Recht auf öffentliche Unterrichtung der Belegschaft beseitigen! Einen Maulkorb per „Geschäftsordnung", der sogar das reaktionäre BetrVG „fortschreibt"?

Das hinderte die (knappe) Mehrheit aber nicht, die „Gegendarstellung" im Betrieb schriftlich bekanntzumachen. D.h. es geht nicht um Veröffentlichungen überhaupt, sondern um die Linker. Die Rechten forderten gegenüber HIAG und Faschisten allgemein, die die totale Entrechtung der Arbeiterklasse wollen, das Maul nicht öffentlich aufzumachen. Nachdem der Kapitalist dann winkt, putzmunter gegen Links in aller Offenheit zu schießen, das paßt verteufelt gut zusammen.

Dieser Vorstoß muß, soweit es die unverhohlen rechten Betriebsräte um Liepelt betrifft, als klare Stützungsaktion für die Geschäftsleitung gewertet werden. Bei der „Tiefdruckliste" hingegen liegt der Fall komplizierter: Hier paarte sich die opportunistische Einschätzung, den Angriffen der GL, die der Sache nach dem gesamten BR galten, entgehen zu können, wenn man der Spaltungsabsicht folgte und die „Argumente" zum Watschenmann machte.

Das Ganze verbunden mit der oberschlauen Taktik, bei dieser allzu passenden Gelegenheit die von den „Argumenten" betriebene Informationspolitik grundsätzlich zu torpedieren und die ersten Vorbereitungen zum Abschuß der „Argumente"-BR nach § 23 BetrVG zu treffen. Dazu verhalf dann auch Heinz Wolf vom Drupa-Ortsvorstand als Drahtzieher.

Weiter hofften sie ebenso opportunistisch, durch einen Protest gegen die Veröffentlichung davon abzulenken, daß man selbst ja an der angeblichen „parteipolitischen Betätigung" beteiligt war (was eben durch die Veröffentlichung bekannt geworden war).

Veröffentlichung bekannt geworden war).

Demgegenuber standen die „Argumente" und die „Auffang-Liste". Diese machten aber den Fehler, sich nach ihrem Wahlsieg wesentlich auf die Herausgabe von Infos zu beschränken. So wurden anfangs der Auseinandersetzung zwar eine Stellungnahme des BR zu dem HIAG-Treffen eingeholt, aber keine der Belegschaft.

Es zeigte sich, daß aufgrund dieser falschen Ausrichtung zunächst eine gewisse Isolierung der „Argumente" unter den Kollegen nicht zu vermeiden war. Die Kollegen begriffen offenbar den Ausgangspunkt – Protest gegen Faschisten – überhaupt nicht als etwas, was auch mit ihren Interessen zu tun hat. Vielmehr kamen Bedenken wie: „Was müßt ihr mit solchen politischen Sachen die Streitigkeiten im BR verschärfen" oder „Wir sollten uns erstmal um die wichtigsten Probleme hier im Betrieb kümmern, wie die Sicherheitsprobleme im Papierkeller etc., zu denen kommen wir jetzt nicht." oder „Natürlich sind wir gegen die Faschisten, aber hier im Betrieb bringt das doch nichts."

Vom Kapitalisten und von der BR-Mehrheit wurde dies schließlich ausgenutzt und demagogisch behauptet, die „Argumente" suchten geradezu die Diffamierungsebene usw. Statt direkt die Kollegen in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen wurde sich von einem Teil der „Argumente"-Kollegen losgelöst auf einen Clinch mit der zunehmend nach rechts rückenden Mehrheit im BR vorbereitet und die Veröffentlichungen herausgebracht, während ein anderer Teil der „Argumente"-Kollegen drohte zurückzuweichen. Doch nicht durch Taktierereien, sondern nur durch Druck seitens der Kollegen ist das Kräfteverhältnis zugunsten der Kollegen zu wenden. ●

Druckanleitung und Broschek Zelle KB/Gruppe Hamburg

Opel-Bochum:

IGM-Führer verhöhnen 4.600 Kollegen!

Am 6. Mai 75 erreichte bei Opel/ Bochum die „Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter in der IGM' bei den Betriebsrätewahlen 36 % der Stimmen. Trotz intensivster Versuche der fortschrittlichen Kollegen wurde eine gemeinsame, alphabetische Liste von den rechten Sozialdemokraten, verhindert und die „GOG"-Kollegen wurden gezwungen auf einer eigenen Liste zu kandidieren (siehe auch frühere Artikel im AK). Die einzige andere Alternative wäre der Verzicht auf die Kandidatur gewesen. Daß dies ganz sicher der falsche Schluß gewesen wäre beweisen die 4.601 Stimmen für die Liste der „GOG".

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme der Kollegenschaft für die Liste der „GOG" sollen die Kollegen jetzt aus der IGM rausgeschmissen werden! Die IGM-Führer „begründen" die Einleitung eines Ausschlußverfahrens mit folgendem Schreiben:

Betr.: Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten

Bezug: Aufforderung zur schriftlichen Rechtfertigung

Lieber Kollege

Mit Schreiben vom 3o. Mai 1975 haben 9o Mitglieder und Funktionäre unserer Organisation, die in der Adam Opel AG beschäftigt sind, der "Ortsverwaltung" einen Antrag zugeleitet mit dem Begehren, das im Betreff aufgeführte Verfahren gegen Dich einzuleiten.
Als Begründung wurde im wesentlichen Deine Verhaltensweise bei der Betriebsratswahl 1975 angeführt.
Du hast Dich nach Auffassung dieser Antragsteller organisationsschädigend verhalten, da Du auf einer anderen Liste als die der IG-Metall kandidiert hast.
Als Mitglied der IG-Metall sind Dir die Beschlüsse des Gewerkschaftstages, des Beirates und der Ortsverwaltung zur Betriebsratswahl bekannt. Darüber hinaus müssen Dir die Beschlüsse der Vertrauensleute-Gremien zur Betriebsratswahl 1975 in der Firma Adam Opel AG bekannt sein. Deine Kandidatur auf der anderen Liste und Dein Verhalten gegenüber der Organisation wird von den Antragstellern als gewerkschaftsschädigend angesehen. Dir war darüber hinaus bekannt, daß der Listenführer und Weitere der Liste 2 auf Lebzeiten wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten ausgeschlossen wurden und auch jetzt noch die Gewerkschaft offen bekämpfen.
Die gleichen sind in der Vergangenheit als "RGO-Mitglieder" aufgetreten und haben die Politik der KPD/ML in der Öffentlichkeit und im Betrieb unterstützt.

(es folgen Paragraphen der Satzung)

Mit freundlichem Gruß

Industriegewerkschaft Metall
f.d. Bundesrep. Deutschland
- Verwaltungsstelle Bochum -

(Wirtz) (Flakschin)

(Wirtz) (Flakschin)

Die Kollegen der „GOG" Bochum haben auf diesen erneuten Versuch (bereits nach der letzten Wahl wurde ein Ausschluß „beschlossen" – der aber aufgrund einer Klage nicht durchkam) mit einem Anwortschreiben reagiert, daß sie in ihrem Flugblatt veröffentlichten; dort heißt es unter anderem:

„Kollege Wirtz.
90 namenslose Antragsteller behaupten, wir hätten uns bei der Betriebsratswahl 1975 bei der Adam Opel A.G. „gewerkschaftsschädigend" verhalten. Rund 14.000 organisierte Metaller haben in unserem Betrieb genau verfolgt, wie bei der diesjährigen BR-Wahl eine bestimmte Gruppe von IGM-Funktionären die von der ganzen Belegschaft geforderte demokratische Persönlichkeitswahl zunichte gemacht hat.

Wie groß die Enttäuschung über dieses Vorgehen war, wurde auf der letzten Belegschaftsversammlung vor der Wahl deutlich. Ein Vertrauensleute-Sprecher erklärte zum Beispiel unter Beifall der versammelten Kollegen: „Mit der Einrichtung der IGM-Absicherungsliste habt ihr 700 Vertrauensleute in den Hintern getreten."

Wir gehören zu denjenigen Kollegen, die ihre Kandidatur für eine Belegschaftsliste frühzeitig offiziell bekanntgegeben haben. Wir haben bis zuletzt erwartet, daß die Bekenntnisse der verantwortlichen IGM-Funktionäre für eine Persönlichkeitswahl in die Tat umgesetzt würden.

Auch das Programm der „Liste für die Belegschaftsforderungen" ist ein gewerkschaftliches Kampfprogramm. Der Einsatz für die Forderungen dieses Programms hat nichts mit „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" zu tun. Im Gegenteil. 4.601 Kollegen die uns bei der Wahl ihr Vertrauen gegeben haben, zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Insofern weisen wir die böswilligen Behauptungen scharf zurück, daß einzelne Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen" die Gewerkschaft offen bekämpfen würden. Erst recht ist die politische Parteizugehörigkeit bei der Betriebsratswahl für uns kein Kriterium. Deshalb halten wir Deinen Hinweis auf die KPD/ML für völlig fehl am Platz. . .

Weiterhin fordern wir Dich und die Antragsteller auf: Begründet auf der nächsten Belegschaftsversammlung am 8./9. Juli bei Opel Eure Anschuldigungen gegen uns. Dort vor den versammelten Kollegen wird es sich zeigen, wer bei der BR-Wahl eigentlich „gewerkschaftsschädigend" gehandelt hat."

Soweit die Anwort „GOG"-Kollegen. Einen ersten konkreten Schritt gegen die drohenden Ausschlüsse haben die Kollegen mit der Durchführung einer Unterschriftensammlung gegen die geplanten Ausschlüsse getan.

Einmal mehr beweist dieser erneute Ausschlußversuch bei Opel, daß die IGM-Führer sich die Wahlniederlagen in einigen Betrieben eben nicht „selbstkritisch" durch den Kopf gehen lassen, sondern im Gegenteil ihre Ausschlußpolitik nur noch vorantreiben. Mit der fadenscheinigsten „Begründung" sollen bei Opel faktisch die Vertreter von 4.600 Kollegen rausgeschmissen werden. Diese Grössenordnung führt nur nocheinmal vor Augen, daß die Gewerkschaftsführer nicht einmal vor der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Arbeit (die die Kollegen wollen) zurückschrecken! Nichts anderes ist es nämlich, wenn man die Vertreter einer offensichtlich verankerten oppositionellen Gewerkschaftspolitik in der Gewerkschaft selber mundtot machen will.

Über die Vorfälle bei Opel eine Öffentlichkeit herzustellen und die unverschämten Angriffe der IGM-Verwaltungsstelle entschieden zurückzuweisen, sollte Aufgabe jedes aktiven Gewerkschafters sein. Darüberhinaus ist es notwendig Solidarität mit den „GOG"-Kollegen auch in Form von Spendensammlungen und Solidaritätserklärungen zu üben! ●

KAMPF DEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN BEI OPEL–BOCHUM!

SPENDENKONTO:
A. Schatkowski
463 Bochum-Langendreer
Volksbank, Kto.Nr. 51 30 21 800

Metallkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Betriebsräte-Wahlen bei P.E.I.,

Vier Sitze (36%) für die „Alternative“

Am 5. und 6. Juni fanden bei der Philips Elektronik Industrie (PEI) die diesjährigen Betriebsrätewahlen statt. Diese standen unter dem Zeichen verschärfter Rationalisierung der Philips-Kapitalisten.
Die Auseinandersetzung zwischen den alten sozialdemokratischen Betriebsräten und einem Großteil fortschrittlicher IGM-Vertrauensleute, um die Mauschelpolitik des alten Betriebsrats (BR) brachte die oppositionelle Liste „Alternative“ hervor. Diese (zweite) Liste der fortschrittlichen Kollegen erhielt bei der Wahl 36% der abgegebenen Stimmen und bekam damit vier Sitze in dem neu gewählten Betriebsrat.
Dieser Artikel soll die Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Betriebsratfürsten aufzeigen, aus der die „Alternative“ hervorgegangen ist.

Die Rationalisierungspläne der Philips-Kapitalisten!!

Die Philips Elektronik Industrie beschäftigt in ihren Werken Maiendorf (einem Hamburger Außenbezirk) und dem Service (Suhrenkamp) rund 800 Kollegen. Der größte Teil der Beschäftigten sind Angestellte. Sie arbeiten zumeist in zu Büros umgebauten Werkhallen und wickeln dort den Vertrieb des Konzerns ab.

Seit langem sind die Rationalisierungsabsichten der Konzernleitung in den Hamburger Philips-Betrieben ein offenes Geheimnis. Kurzarbeit und Massenentlassungen bei Valvo und Einstellungsstop in sämtlichen Konzernteilen sind nur zwei Beispiele dafür, wie sich die Philips-Kapitalisten auf den Rücken der Kollegen „gesund schrumpfen“ wollen.

Besonders betroffen von diesen Rationalisierungsmaßnahmen sind die Angestellten. Nach dem Willen der Kapitalisten sollen im Vertrieb und anderen kaufmännischen Bereichen Personalkosten eingespart werden, sodaß diese im „richtigen“ Verhältnis zum erheblich gesunkenen Umsatzvolumen stehen.

Seit dem Kauf der Witthof AG in Kassel, plant die PEI-Geschäftsleitung, Vertriebsverlegung im großen Stil. So sollen noch bis Ende dieses Jahres die in Maiendorf befindliche Administration, Organisation und
Administration, Organisation und
der Vertrieb mit der dazu gehörigen kaufmännischen Abwicklung nach Kassel verlegt werden.

Betroffen davon sind 210 Kollegen! Die Philips-Kapitalisten haben sich allerdings (!) bereit erklärt 174 beschäftigte Kollegen mit nach Kassel zu übernehmen. Die übrigen sollen, so die Unternehmensleitung, durch die „sozial-politische Abteilung“ in andere Philips-Betriebe vermittelt werden.

Bis heute haben sich allerdings erst rund 40 Kollegen bereit erklärt mit nach Kassel zu gehen, denn nur wenige sind bereit, Wohnsitz, Freunde und Bekannte für diesen Konzern zu opfern.

Dieses erscheint den Philips-Kapitalisten offenbar auch lieb, denn schon jetzt zeichnet sich die Tendenz ab, daß die für Kassel benötigten Arbeitskräfte aus dem – für die Kapitalisten wesentlich „billigeren“ – Arbeitslosenheer im „Zonengrenzgebiet“ Kassel angeworben werden sollen. Die Kollegen aus Maiendorf sollen mit einem 15-seitigen Sozialplan abgefertigt werden. Von größeren Vermittlungen in andere Hamburger Philips-Betriebe wird kaum noch gesprochen. Stattdessen sind Gerüchte im Umlauf, die von Massenentlassungen für über 100 Kollegen sprechen.

Für einen kämpferischen Betriebsrat – Gegen Rationalisierung und Entlassung!

Noch kurz vor Ablauf seiner Amtszeit stimmte der sozialdemokratische Betriebsrat der Erstellung eines Sozialplanes zu und manifestierte damit noch einmal deutlich sein Einvernehmen mit den kapitalistischen Rationalisierungsplänen. In Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung der IGM (Engelmann) wurde der Entwurf kurz vor den Betriebsrätewahlen fertig. Bis zu diesem Zeitpunkt wußten weder Kollegen noch der IGM-Vertrauensleutekörper etwas über die Existenz eines solchen Sozialplanes. Dieser wurde erst bekannt, als die Unternehmensleitung durch interne Bereichsversammlungen die Stimmung der Kollegen sondieren wollte.

Die Kritik der Vertrauensleute an dieser „Informationspolitik“ des Betriebsrates wurde von Weber (BR-Vorsitzender und Kommunalpolitiker der SPD) immer wieder abgeschmettert:

„Die Kollegen dürften den Plan nicht sehen, bevor er mit der Geschäfts-Leitung nicht abgeschlossen ist“. „Es sollen keine falschen Hoffnungen gemacht werden“.

Dieses üble Vorgehen stieß bei immer mehr Kollegen auf Kritik und Ablehnung.

Das Maß war endlich voll, als im Vertrauenskörper die Kandidatenaufstellung für die anstehenden BR-Wahlen diskutiert werden sollte. Hier kam es zu heftigen Auseinandersetzungen! Der Betriebsrat (Weber) hatte nämlich den einsamen Beschluß gefaßt, daß die Plätze eins bis neun von den alten BR-Mitgliedern besetzt werden sollen. Von einer demokratischen Kandidatenaufstellung durch die Kollegen, z.B. in alphabetischer Reihenfolge hielt er nicht viel:

„Der BR hat ein politisches Mandat, und von daher kann eine alphabetische Reihenfolge niemals demokratisch sein“ (? ? !). Alle Versuche seitens demokratischer Kollegen, noch zu einer Vereinbarung für eine einheitliche Liste zu kommen,
einheitliche Liste zu kommen,
scheiterten an der Haltung von Weber.

Am 27.2.75 fingen die alten BR an, für ihre Liste „Flachbau/Fertigung“ Unterschriften zu sammeln. Daraufhin wurde die Liste „Alternative“ gegründet. Mit großer Unterstützung gelang es den Kollegen der „Alternative“ schon in drei Tagen, die benötigten Unterschriften zu sammeln.

Das für die demokratischen und fortschrittlichen Kollegen erfreuliche Ergebnis der Wahlen (36%) hat die Bemühungen der „Alternative“ nachträglich als richtig und notwendig bestätigt. ●

Betriebszelle PEI,
KB/Gruppe Hamburg

Redaktioneller Hinweis:
Aus Platzgründen sind wir nicht in der Lage, die Auswertung der inzwischen abgeschlossenen Betriebsräte-Wahlen schon in dieser Ausgabe abzudrucken. Wir hoffen, dies im AK 64 nachholen zu können.

Klöckner-Hütte Bremen:

Abfuhr für die Rechten bei Betriebsrats-Neuwahl!

Vom 8. – 11. Juli wurde auf der Bremer Klöckner-Hütte ein neuer Betriebsrat gewählt. Diese Neuwahl brachte den fortschrittlichen Kräften auf der Hütte einen beachtlichen Erfolg, während den Rechten eine nahezu komplette Niederlage bereitet werden konnte. Von 104 Kandidaten im Arbeiterbereich mußten 24 gewählt werden. Die von Heinrich Röpke und Herbert Florian angeführten 24 linken und demokratischen Kollegen, die als Blockvorschlag zur Wahl angetreten waren, wurden sämtlichst in den Betriebsrat (BR) gewählt wobei Röpke allein 2202 Stimmen erhielt (vorläufige Ergebnisse). Bei den 7 Betriebsräten, die von 35 Kandidaten im Angestelltenbereich gewählt wurden, sieht es allerdings umgekehrt aus: hier konnte sich keiner der fortschrittlichen Kandidaten durchsetzen.

Wie wir bereits berichteten, war der im März gewählte BR nach Angriffen und Spaltungsversuchen der rechten Sozialdemokraten und der gelben Spalter-„Gewerkschaft“ CMV (Christlicher Metallarbeiter-Verband) zurückgetreten.

Die fortschrittlichen Kollegen um den BR-Vorsitzenden Heinz Röpke und Herbert Florian waren durch eine Wahlanfechtungsklage des CMV (siehe AK 60) und anschließendem Mißtrauensantrag der reaktionären Kräfte um Kintrup (SPD) an einer kontinuierlichen Betriebsrats-Arbeit gehindert worden und hatten ihr Mandat niedergelegt. Zwar hatten die reaktionären Kräfte damit erreicht, daß die Klöckner-Kapitalisten ihre Kurzarbeits- und Rationalisierungspläne ohne größere Schwierigkeiten durchsetzen konnten (siehe AK 62), ob sie aber Neuwahlen herbeiführen wollten, muß bezweifelt werden. Schon beim ersten Wahlgang nämlich waren die meisten Kollegen gegen eine Listenwahl gewesen, die aber von den Rechten der SPD-Betriebsgruppe Prott, Bohling und Kintrup sowie dem CDU-Mann Grobecker (alles Angestellte) in Zusammenarbeit mit dem CMV erzwungen worden war. Um diesmal die Persönlichkeitswahl abzusichern, beschloß der Vertrauensleutekörper am 20.5..75 einstimmig, daß alle Kandidaten in eine „Betriebliche Einheitsliste“ (in alphabetischer Reihenfolge) aufgenomme werden. Leider gelang es den Reaktionären im Angestelltenbereich (Namentlich Kintrup u. Co.), wieder spaltend zu wirken, und so gingen Lohnempfänger und Gehaltsempfänger getrennt an die Wahlurnen. Die betriebliche Einheitsliste umfaßte dann bei den Arbeitern 104 Kandidaten und bei den Angestellten 35 Kandidaten.

Nach dem Produktionsstop vom 23.6. – 4.7. (Blockstillstand) setzte der Wahlkampf verstärkt ein. Es wurden Wahlempfehlungen und Blockvorschläge in der Belegschaft verteilt, wobei die Blockvorschläge etwa den Listen der ersten Wahl glichen. Der Blockvorschlag des reaktionären Spaltervereins CMV verringerte sich erfreulicherweise noch um 2 Mann auf 6 Kandidaten. Hier einige Kostproben aus der CMV-Wahlpropaganda: es geht darum, daß *„wir unsere Interessen nicht den Radikalen überlassen.“ „Sachliche Abteilungstreffen statt der Polit-Shows (!) und Massenversammlungen (!!)“*, ... *„Ruhe im Betrieb“*. –

Besonders böse ist der CMV wohl auf die „Massenversammlung“, weil er bei Betriebsversammlungen regelmäßig ausgepfiffen wird – daher will er lieber „sachliche Abteilungstreffen“, wobei es sich besser mauscheln und spalten läßt.

Bei den Blockvorschlägen sind wenige recht interessante Veränderungen zu vermerken. Die Liste 2 löste sich auf, ihr ehemaliger „Kopf“ Heinrich Bär, der früher eher zu den fortschrittlichen Sozialdemokraten gezählt wurde, lief zu den rechten Sozialdemokraten über (wofür er von den Kollegen bei der Wahl seine Absage erhielt). Tete und Schossow, die führenden rechten „Persönlichkeiten“ der SPD-Betriebsgruppe im Arbeiterbereich und ihre „Freunde und Parteigenossen“ im Angestelltenbereich Prott, Kintrup, Grobecker und Co. machten von Anfang an gegen die fortschrittlichen Kräfte um Röpke und Florian Front. Durch Flugblätter, Diffamierungen usw. versuchten diese Marionetten des Arbeitsdirektors Sporbeck mit aller Kraft, diese Kollegen auszuschalten, um dann im Betriebsrat ihre Politik der „guten Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten durchsetzen zu können.

Der Block Röpke/Florian hatte nur 24 Kandidaten (soviele Sitze haben die Lohnempfänger im BR) wieder aufgestellt, um keine Stimmen zu verschenken.

Auch der KBW machte einen Wahlvorschlag, wobei natürlich die drei zur Wahl angetretenen KBW-Genossen im Vordergrund stehen *(„Deren Wahl wir aufgrund unserer Kenntnis dieser Kollegen unbedingt vorschlagen“)*. Erstaunlich nur, daß der KBW von der Wahl des Kollegen Röpke abrät, der DKP-Vorstands-Mitglied ist und ausdrücklich ihm gegenüber einige „linke“ Sozialdemokraten vorzieht, da sie (logischerweise) durch ihre Parteizugehörigkeit nicht auf DKP-Linie festgelegt sind. Keiner der drei vom KBW vorrangig empfohlenen Kandidaten ist in den neuen BR hineingekommen.

Schließlich traten auch die „Vaterlandsverteidiger“ der „KPD/ML“ mit einer 5 Kandidaten umfassenden Wahlempfehlung auf. In ihrem Sektierertum schmissen sie den Arbeiterverräter Sporbeck (Arbeitsdirektor) und den Kollegen Röpke in einen Topf mit der Parole *„Gegen sogenannte Mitbestimmungsvertreter und Postenjäger, z. B. Sporbeck und Röpke“*. Darüberhinaus durfte in der Wahlagitation dieser Vögel natürlich nicht die Absage an die *„unter russischer Knute“* leidende DDR fehlen. Hauptlosung der „Vaterlandsverteidiger“ war: *„Einer für Alle – alle für Einen“*...

Am Wahltag kamen sie dann auch nur unter „ferner liefen“ – sicher nicht zum Schaden der Kollegen.

Die Klöckner-Arbeiter in Bremen haben mit ihrem eindeutigen Votum für die ihnen als fortschrittliche Kollegen bekannten Kandidaten deutlich gemacht, daß sie sich nicht von der rechten SPD-Clique vertreten lassen wollen und schon gar nichts von den CDU-Reaktionären halten, die diesen 2. Wahlgang provoziert hatten. ●

KB / Gruppe Bremen

IG Chemie und DAG: Vereint gegen links

In Worten tritt die IG Chemie-Führung oft sehr wortradikal gegen die DAG an, um vor den organisierten Arbeitern nicht das Gesicht zu verlieren. In ihren Taten, besonders wenn es um die Ausschaltung linker und fortschrittlicher Kollegen in den Betrieben geht, verbündet sie sich nicht nur mit dieser Standesorganisation, sondern mit noch wesentlich weiter rechts stehenden Kräften.

Hatte die IG Chemie in der „Gewerkschaftspost“ vom Mai dieses Jahres noch über die „Trittbrettfahrer“ und „Hochstapler“ von der DAG gewettert (und eine Einstweilige Verfügung von der DAG dafür an den Hals bekommen, siehe AK 61: „DAG verhindert Verteilung der Gewerkschaftspost“), so wurde in zwei Chemiebetrieben in Hamburg kurz darauf deutlich, wie gut geschmiert die Zusammenarbeit läuft, wenn es gegen linke Betriebsräte gehen soll.

Texaco

Im 15 Mitglieder zählenden Betriebsrat sind sieben DAGler, zwei offizielle IG Chemievertreter und sechs linke. zum Teil von der IG Chemie-Führung bereits ausgeschlossene Gewerkschafter.

Um die Zeitung „Berichte aus Betrieb und Gewerkschaft“ der Linken, die in der letzten Zeit besonders die Rationalisierungsmaßnahmen bei Texaco an die Öffentlichkeit gebracht hatte, mundtot zu machen, heckten IG Chemie und DAG gemeinsam im Gewerkschaftshaus des DGB unter Vorsitz von Hubertus Schmold, IG Chemie-Sekretär Hamburg, ein Pamphlet gegen diese Zeitung aus. Um ihren Pakt nicht offen werden zu lassen, ließen sie anschließend das Papier im Betriebsrat mit ihrer gemeinsamen Mehrheit beschließen und setzten den Namen Betriebsrat darunter.

Beiersdorf

Seit der Neuwahl des Betriebsrates sind im 27-köpfigen Betriebsrat außer 18 IG Chemielern, drei DAGlern und vier sogenannten „Unabhängigen“ (CDU-nah) auch zwei oppositionelle Kolleginnen der Liste „Alternative“.

Bei den Wahlen zu den Ausschüssen im Betriebsrat wurden die beiden Kolleginnen der „Alternative“ total ausgeschaltet, DAG und „Unabhängige“ dagegen überproportional beteiligt. Obwohl eine der beiden „Alternativ“-Kolleginnen überhaupt die einzige Akkordarbeiterin des gesamten Betriebsrates ist, wurde z.B. der Akkordausschuß ohne sie mit Nicht-Akkordarbeitern des Betriebsrates besetzt! Die Verteilung sieht folgendermaßen aus:

Elf Ausschüsse. In allen ist selbstverständlich die IG Chemie vertreten, in vier der elf Ausschüsse die DAG und in dreien die sogenannten Unabhängigen.

Im Lichte dieser Erfahrungen betrachtet, schrumpft der Streit zwischen IG Chemie und DAG zu einem Gerangel um zahlende Mitglieder zusammen, während man ansonsten einig gegen Linke vorgeht, selbst wenn sie (noch) IG Chemie-Mitglieder sind. ●

Betriebszellenleitung Beiersdorf,
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Provokation im Schwalm-Eder-Kreis

Laut einer Meldung der „Frankfurter „Rundschau“ vom 24. Juni 75 rotteten sich in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni, unter Führung des Bensheimer Obernazis Roeder, rund 130 Mitglieder der faschistischen „Bürgerinitiative“ „Deutsches Reich“ (wahrscheinlich identisch mit der sattsam bekannten „Deutschen Bürgerinitiative“) auf dem ca. 600 Meter hohen „Knüllköpfchen“ im Schwalm-Eder-Kreis (Hessen) zusammen. Im Fackelschein und unter dem Gegröle des (verbotenen) faschistischen Horst-Wessel-Liedes wurde hier das Sonnenwendfest „gefeiert“.

Obwohl diese Provokation ordnungsgemäß angemeldet war und von den örtlichen Behörden offenbar auch genehmigt wurde, ist gegen den Bensheimer Rechtsanwalt Roeder, laut Auskunft der Kripo Fritzlar, ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen nationalsozialistischer Propaganda eingeleitet worden. Als Grund dafür wurde angegeben, daß von einigen Teilnehmern uniformähnliche Kleidungsstücke getragen wurden. Hakenkreuze hingegen wollen die Bullen nicht gesehen haben und das Absingen des Host-Wessel-Liedes sei von einem begleitenden Polizisten sofort unterbunden worden, sodaß auch dies Roeder nicht angelastet wird.

Daß die „Gesetzeshüter“ hier wieder einmal kräftig das rechte Auge zugedrückt haben, entlarvte ein Augenzeuge, indem er in Alsfeld vor Journalisten erklärte, er habe durchs Fernrohr schwarze und braune Uniformen mit Hakenkreuzarmbinden sowie Hakenkreuzfahnen erkannt. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Frankfurt

Wieder sollen ÖTV - Mitglieder ausgeschlossen werden: Willkür pur!

Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF berichteten, hatte der Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV während der Vorbereitungen zu den Betriebsrätewahlen in der „Vereinigung“ Hamburger Erzieher gegen die drei Kollegen der Liste „angepackt“ und eine Anerkennungspraktikantin Ausschlußverfahren wegen „aktiver Unterstützung des Kommunistischen Bundes“ gestellt. Bei den Kolleginnen M.J. und A.S. wurde außerdem für „gewerkschaftsschädigend“ befunden, daß sie öffentlich auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gesprochen und für Solidarität mit dem vom Ausschluß bedrohten BR-Kandidaten K.W.H. geworben hatten.

Mittlerweile hat der ÖTV-Haupt-Vorstand den Ausschlußanträgen zugestimmt. Kurioserweise aber wird nur noch in e i n e m F a l l der Ausschluß mit „Mitgliedschaft im KB“ begründet – die anderen Kollegen wurden wegen „Mitgliedschaft im K B W“ ausgeschlossen!!!

Das ÖTV - interne Spitzelwesen scheint nicht ganz auf der Höhe seiner Aufgaben zu sein!?

Oder sind die ÖTV-Führer durch die rege Ausschlußtätigkeit der letzten Monate schon so erschöpft, daß sie so offensichtlichen Schwachsinn nicht mehr bemerken?

Selbstverständlich werden die vier Gewerkschafter gegen die Ausschlüsse Widerspruch einlegen – und darüber hinaus alle rechtlichen Mittel ausschöpfen!

Vor allem aber muß der Willkür-Politik der Gewerkschaftsführer durch die Mobilisierung der Mitglieder für demokratische Verhältnisse in der ÖTV entgegengetreten werden – die Mitgliederversammlung/Abteilung Sozialarbeit im September dieses Jahres muß darum von allen fortschrittlichen Kräften dazu genutzt werden, einen breiten und wirkungsvollen Protest gegen die Ausschlußpraxis und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu entfalten! ●

Zelle „Rauhes Haus“
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde in der Kautschuk industrie:

Lohnraub abschlüsse zwischen 5,5 und 6,5 %!

Zum 1. Juli dieses Jahres hat die IG Chemie-Gewerkschaftsführung mit den Kautschuk-Kapitalisten neue Tarifabschlüsse getätigt. Sie beinhaltet in Hamburg und Schleswig-Holstein Lohn-„Erhöhungen" von 6,3%, in den übrigen Tarifbezirken bis Januar 5,5%, bis Juni 1976 6,5%. Weiterhin wurden auch die Manteltarifvereinbarungen in die Lohntarifrunde hineingenommen und zwei Tage mehr Urlaub pro Jahr und ein Arbeitsplatzschutzabkommen abgeschlossen.

Für die IG Chemie-Führung standen die diesjährigen Tarifrunden im wahrsten Sinne des Wortes im Zeichen „ohne die Kollegen". Wie schon in der Chemie-Tarifrunde, verhandelten Kapitalisten und IG Chemie-Führung auf „höchster Ebene". Bis zum 6. Juni wurde Stillschweigen über das Abkommen bewahrt.

Dieser Lohnraubabschluß, der noch unter den Abschlüssen der Metall- und übrigen Chemieindustrie liegt, würde die Tatsache berücksichtigen, so die Gewerkschaftsführung, daß die *„Sicherheit der Arbeitsplätze Vorrang"* habe.

Tatsache ist hingegen, daß die Haltung der Gewerkschaftsführung der derzeitigen Politik der Kautschuk-Kapitalisten so richtig in den Kram paßt, denn auch die Lage der Kautschukindustrie ist durch Rationalisierungen, Kurzarbeit und Massenentlassungen gekennzeichnet.

Rationalisierung in der Kautschukindustrie

Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Kautschukindustrie begannen bereits im Jahre 1974. Schon damals haben alle elf westdeutschen Reifenfirmen Kurzarbeit eingeführt bzw. angekündigt (nach „FAZ", 1.12.74).

So sanken die Beschäftigtenzahlen

angekündigt (nach „FAZ", 1.12.74).

So sanken die Beschäftigtenzahlen in den beiden größten westdeutschen Reifenfirmen, Conti und Phönix, im Jahre 1974 um 8 bzw. 11%! Gleichzeitig findet z.Z. in folgenden Betrieben Kurzarbeit statt: Conti-Hannover (3.000 Kollegen), Michelin-Bad Kreuznach (1.250 Kollegen), Metzeler (500 Kollegen).

Die Kautschuk-Kapitalisten haben sich in dieser Zeit kräftig „gesundgeschrumpft". Trotz der *„schwierigen Absatzlage"* würden sich *„wertmäßige Umsatzsteigerungen aus den Preiserhöhungen ergeben"*, so ein Dunlop-Kapitalist im „Handelsblatt" vom 13.4.75. Außerdem hätte die *„Anpassung des Personals an die schwache Produktionsauslastung"* zu den hohen Profiten beigetragen („Handelsblatt" vom 13.4.).

Tatsächlich hatten im März dieses Jahres sämtliche Reifenfirmen ihre Preise drastisch erhöht und die Belegschaftszahlen erheblich gesenkt (bei Conti von 23.000 auf 19.800, bei der Phönix von 9.500 auf 8.000).

So schrieb denn auch die „FAZ" am 24.1.75 zu Phönix: *„Zu dieser positiven Entwicklung* (der Profite, AK) *haben vor allem Rationalisierungsmaßnahmen und die Verminderung des Personalbestands beigetragen"*. Das hatte natürlich zur Folge, daß *„der pro-Kopf-Umsatz je Mitarbeiter beträchtlich gesteigert werden konnte"*. („FAZ", 4.3.75).

Die Umsatzentwicklungen sahen denn auch in allen Kautschuk-Betrieben *„erfreulich"* aus.

In diesem Zusammenhang war der Tarifabschluß in der Kautschukindustrie – gelinde gesagt! – ein wohlwollendes Entgegenkommen der Gewerkschaftsführer für die Kapitalisten, bei dem sie die Arbeiter schamlos belogen. Die Losung „Forderungen diskutieren und dann beschließen" soll anscheinend in den Ohren der Kollegen schon bald wie ein Fremdwort klingen – so jedenfalls hätten's die Gewerkschaftsführer gern, auch auf längere Sicht! ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote: Im Schweinsgalopp Richtung „Sippen-Haftung"

Am 20.6. fand in Westberlin-Spandau eine Demonstration gegen vier Fälle von Berufsverboten statt. Betroffen sind die vier Lehrer der „Vereinigten Münsinger- und Bartning-Oberschule" (Berufsbildende Oberschule für den Bereich Bauwesen) Reiner F., Wolfgang M., Nina M. und Elinore E. Anfangs schob das Bezirksamt Spandau – wie üblich – „fachliche Gründe" zur Ablehnung vor. Reiner F. z.B. sollte die volle Ausübung des Schuldienstes wegen „Nichtbedarf" seiner Fächerkombination (Sozialkunde/Geschichte) verweigert werden. Wie Schulrat Virian auf Reiners Gerichtsprozeß erklärte, sollte stattdessen ein Architekt eingestellt werden. Just zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch den beiden Architekten mit Lehrerausbildung Wolfgang M. und Elinore E. die Verlängerung ihrer befristeten Angestelltenverträge verwehrt.

Kurzum, alle „fachlichen" Begründungen des Bezirksamtes erwiesen sich als reichlich durchsichtig. Mit Schreiben vom 7.5.75 ließ das Bezirksamt dann auch vollends die Hose runter. Ausschlaggebend für die Nichteinstellung der vier Lehrer waren ausschließlich politische Gründe. Als belastend wurden die Teilnahme an Demonstrationen (z.T. im Jahr 1966!), die Mitarbeit an einer „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" (beides bei Wolfgang M) u. ä. Gründe angeführt.

D a r ü b e r h i n a u s war in zwei Fällen (Nina M. und Elinore E.) nicht die politische Betätigung der „Angeklagten", sondern die mutmaßlichen Aktivitäten des Mannes bzw. der Freunde für die Nichteinstellung maßgebend. So heißt es in der Begründung für den Rausschmiß von Frau M.: *„Ihr Ehemann Konrad M., soll sich agitatorisch für die linksextreme Liga gegen den Imperialismus betätigen. Er hat auch einen Aufruf, am 2. März 1975 die KPD zu wählen, im Tagesspiegel vom 26.6. 1975 unterschrieben. Außerdem hat er am 11.5.75 Flugblätter der KPD bzw. deren Hilfsorganisationen verteilt. Sie selbst wohnen mit ihrem Ehemann (!) in einer Wohngemeinschaft, der bekannte Anhänger der Neuen Linken angehören. Diese Wohngemeinschaft war vor allem als Sitz der „Kommune 2" bekanntgeworden, in der zeitweilig auch anarchistische Anhänger lebten. Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß auch bei Ihnen Zweifel bestehen, ob Sie die Pflichten, wie sie vom Bundenverwaltungsgericht dargestellt sind, erfüllen."*
(Schreiben des Spandauer Bezirksstadtrats Blödorn – drum! – vom 7.5.75)

Das heißt, die staatlichen Gesinnungsschnüffler haben nicht ein Gramm Beweismaterial gegen Nina vorlegen können, die Nichteinstellung bezieht sich a u s s c h l i e ß l i c h auf „Sippenhaftung".

Genauso nackt verfuhren die „Staatsschützer" im Fall von Elinore E. Im Brief des Spandauer Bezirksamts heißt es: *„Uns ist bekannt, daß Sie seit Anfang 72 in Berlin 30, Motzstraße 65, in einer Wohngemeinschaft mit Anhängern der Neuen Linken zusammenleben. Bei den Anhängern der Neuen Linken bestehen erhebliche Zweifel, ob sie die vom Bundesverwaltungsgericht geforderten Voraussetzungen erfüllen. Wir bitten S i e deshalb (?), uns detailliert darzustellen, wie S i e I h r e politische Überzeugung und Zielsetzung mit den vom BVG geforderten Pflichten vereinbaren wollen." (7.5.75)*

Zwar wurden die Arbeitsverhältnisse von Wolfgang M. und Elinore E. mittlerweile noch einmal *„auf unbestimmte Zeit"* verlängert.

Doch insgesamt markieren diese Fälle den Übergang des bürgerlichen Staates zu einer erheblich verschärften Durchsetzung der Berufsverbote gegenüber seinen leisesten Gegnern. In zunehmendem Maße ist der bürgerliche Staat auch bereit, im Interesse der Verteidigung der Klassenherrschaft seine eigene Gesetzlichkeit auf den Schutthaufen zu kehren. Leuchtendes Vorbild für die Kurskorrektur ist die „Sippenhaftung" Nazi-Deutschlands. Damals konnten sämtliche Verwandten bestimmten Grades für antifaschistische Betätigung eines Einzelnen zur „Verantwortung" gezogen werden: Erwachsene kamen ins KZ, Kinder im besten Fall „in Pflege" bei „rassenbewußten Volksgenossen".

Heute sollen die Schulkinder sippenhaftender Lehrer zumindest in die Obhut „staatsbewußter", rückgratloser Pauker genommen werden.

Einen weiteren Fall von „Sippenhaftung" schilderte die Kunsterzieherin Gisela B. in einem Leserbrief an den „Tagesspiegel" (6.7.75). Auch ihre Nichteinstellung wurde zunächst mit „nicht vorhandenen Planstellen" begründet. Doch dazu Gisela B.:

„Die Stelle als Kunsterzieherin am Ernst-Abbe-Gymnasium war mir im Februar 1975 vom Direktor der Schule und dem zuständigen Schulrat vorbehaltlich meiner politischen Überprüfung zum Einstellungstermin (1. April) fest zugesagt. Am 5. März wurde mir der Stundenplan ausgehändigt, der für mich eine Stundenzahl von 22 Wochenstunden auswies. Tags darauf habe ich mehrere Stunden im Kunstunterricht der Schule hospitiert. Am 2. April wollte ich meinen Unterricht antreten. Im Lehrerzimmer konnte ich feststellen, daß ich bereits auf der dort hängenden Lehrertafel mit Namen und Stundenplan vermerkt und mir ein namentlich gekennzeichnetes Fach zugeteilt war.

Überrascht war ich nur beim Blick in das Vertretungsbuch, in dem meine sämtlichen Stunden für die darauffolgende Woche als Vertretungsstunden eingetragen waren. Eine Erklärung für diese Eintragung erhielt ich kurz darauf durch den Direktor (Dr. Schönwälder), der mich mit ärgerlichem Bedauern über meine Nichteinstellung informierte und mich, als ich nach den Gründen fragte, an Schulrat Dr. Stolz verwies. Dieser teilte mir mit, daß Herr Böhm aufgrund der Ergebnisse der Überprüfung durch den Verfassungsschutz meine Einstellung verweigert habe." („Tsp." 6.7.75)

Die Ergebnisse des „Volksbildungsstadtrat" Böhm: Gisela B. sei mit einem Mädchen befreundet, das 1971 wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" verhaftet worden sei – also auch hier „Sippenhaftung" nach ‚bewährt'-braunem Strickmuster.

Charakteristisch ist schließlich, wie sich die hemmungslose Verfolgungssucht bürgerlicher Staatsdiener gegenüber den Gegnern ihrer Brotgeber paart mit kleingeistigen Moralvorstellungen und einem Spießertum, das direkt einer Karikatur hätte entnommen werden können:

„Besonders schockierend" – berichtet Gisela B. in Ihrem Leserbrief – *„findet Herr Böhm einen Vorfall im Ballhaus ‚Resi' im Jahre 1969, bei dem (wegen Auseinandertanzens (!) meine Personalien von der Polizei festgestellt wurden."* („Tsp.", 6.7.75) ●

KB/Gruppe Westberlin

Dokument

Der Senator für Inneres 27.2.1975
An das
Bezirksamt von Berlin
Abt. Volksbildung

Betr.: Verwendung als Assessor des Lehramtes;
hier: Reiner F.
Vorgang: Ihre Anfrage vom 17. Januar 1974

Der Obengenannte war Mitglied der „ad-hoc-Gruppe OSI" (Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität) und ist oder war Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB).

In den Jahren 1968 und 1969 kandidierte er anläßlich der Wahlen der studentischen Vertreter zum Institutsrat am OSI und wurde beide Male gewählt (siehe Anlagen 1 und 2).

Herr F. gehörte zumindest 1969 zum Vorstand des am 26. Februar 1969 gegründeten „Vereins Berliner Wohngemeinschaft". Dieser Verein dient laut Satzung der Wohnraumbeschaffung für Studenten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß ein Großteil der Vereinsmitglieder hier als aktive Anhänger verschiedener Gruppen der Neuen Linken bekannt ist.

Herr F. beteiligte sich in den Jahren 1968/69 aktiv am politischen Geschehen am OSI, und zwar im Sinne des SDS. 1970 bestätigte er sich führend im Sozialistischen Arbeitskollektiv am OSI (SAKO).

In der als Anlage 3 beigefügten Selbstdarstellung der SAKO wird auf Seite 4 die PEI erwähnt. Aus dem ebenfalls beigefügten Bericht über die Proletarische Linke / Parteiinitiative (PL/PI) sind die Zusammenhänge zu ersehen. Die PL/PI hat sich Ende 1971 aufgelöst.

Herr F. beteiligte sich am 10. Juli 1968 an der Besetzung des Rektorats der FU. In diesem Zusammenhang wurde er am 17. November 1968 vom Landesgericht Berlin vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen — Az. 1 P Ms 39/69 —.

Ein bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin wegen Verdachts der Beamtennötigung — Störung einer Vorlesung an der Juristischen Fakultät vom 8. Mai 1969 — anhängig gewesene Ermittlungsverfahren wurde am 9. Juni 1970 aufgrund des Straffreiheitsgesetzes 1970 eingestellt — Az. 2 P Js 1184/69 —. ...

Im Auftrage

Bezirksamt ... von Berlin
Abt. Volksbildung

Herrn Reiner F.
Vbildg 1 D 2 Zimmer-Nr. 374 6. März 1974

Sehr geehrter Herr F.

Bezugnehmend auf Ihre Bewerbung um Einstellung in den Schuldienst unseres Bezirks vom 12.12.75 müssen wir Ihnen mitteilen, daß zur Zeit an ... Schulen kein Bedarf für Assessoren des Lehramts mit den Fächern Sozialkunde (Politologie) und Geschichte besteht. Wir bedauern, Ihnen dies mitteilen zu müssen und bitten um Ihr Verständnis.

Hochachtungsvoll

Stadtrat für Volksbildung

(aus: BLZ Nr. 5, 1975, Seite 12)

Aufschlußreich: Die penible Detailarbeit der staatlichen Gesinnungs-schnüffler

schnüffler

Betriebsversammlung einmal anders !

Entlassungen bei Coop: Betriebsversammlung einmal anders !

Am 14.5. fand bei der hageba, einer Immobiliengesellschaft, Tochtergesellschaft der co op Zentrale mit ca. 100 Beschäftigten, eine Betriebsversammlung statt, auf der die Geschäftsleitung eine Niederlage hinnehmen mußte.

In dieser Gesellschaft fanden bereits Anfang dieses Jahres Massenentlassungen statt, und die Belegschaft wurde innerhalb eines dreiviertel Jahres um über 20 % abgebaut. Eine große Anzahl von Kollegen hat aufgrund der unsicheren Lage von selber gekündigt.

Von ursprünglich über 20 vorgesehenen Kündigungen wurden deshalb „nur" noch 14 zum 31.3. bzw. 30.6. 75 ausgesprochen. Nur knapp fünf Wochen, nachdem die zum 31.3. gekündigten Kollegen die Firma verlassen hatten, legte nun die Geschäftsleitung dem Betriebsrat erneut Anträge für die Kündigung von weiteren neun Kollegen vor. Diese Kündigungen wurden mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage begründet. Nun muß dazu gesagt werden, daß die ersten Kündigungen mit derselben Begründung durchgeführt wurden.

Wegen des Widerstandes des linken Betriebsrates konnten die ersten Kündigungen erst ein gutes halbes Jahr später, als vorgesehen, ausgesprochen werden, und es mußte ein Sozialplan aufgestellt werden. Dies wollte die Geschäftsleitung bei den neu beantragten Kündigungen wohl vermeiden, und sie beantragte deshalb Einzelkündigungen. (Diese sehen keinen Sozialplan vor!)

Während bei den ersten Kündigungen noch unter den Kollegen die Meinung vorherrschte, daß durch sie die anderen Arbeitsplätze gesichert seien, konnte dieses Täuschungsmanöver diesmal nicht mehr wirken.

Zu sehr öffnete die Erfahrung den Kollegen die Augen. Denn, obwohl die Arbeit nur noch durch Überstunden geschafft werden konnte, waren die Arbeitsplätze keinesfalls sicher. So sollten gerade aus den Abteilungen, wo Überstunden anlagen, weitere Kollegen gekündigt werden!

Die Betriebsversammlung wird vorbereitet.

Wie auch bei der ersten Massenentlassung widersprach der Betriebsrat den neu vorgelegten Kündigungen. Außerdem wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen, bevor die Geschäftsleitung die Kündigung aussprach.

Aber es mußte endlich mehr passieren. Denn selbst, wenn ein konsequenter Betriebsrat die Kündigungen ablehnte und sie somit hinauszögerte, konnte die Geschäftsleitung ein organisiertes Handeln verhindern. Denn auf früheren Betriebsversammlungen konnte der Geschäftsführer für seine demagogischen Sprüche, wie z. B. „Entlassungen – damit Sie, liebe Kollegen, ihre Arbeitsplätze erhalten" – sogar noch Applaus ernten! So riß endlich dem Betriebsratsvorsitzenden (übrigens als Linker aus der Gewerkschaft ausgeschlossen) der Geduldsfaden.

Während der Betriebsrat am Morgen der Betriebsversammlung noch arbeitete, um Begründungen und Redebeiträge gegen die Kündigungsabsichten des Kapitalisten fertig zu stellen, marschierte er in die betroffenen Abteilungen. Dort wurde sehr schnell klar gemacht, daß, selbst wenn der Betriebsrat sein möglichstes tut, die Kollegen weiteren Angriffen nicht gewappnet sind. Deshalb sei es notwendig, auf dieser Betriebsversammlung die Ablehnung gegen die kapitalistische Politik breit deutlich zu machen. Nachdem klar war, wie die Betriebsversammlung zu laufen hat, gingen mehrere Kollegen in andere Abteilungen, um auch dort die Betriebsversammlung zu organisieren.

Betriebsversammlung einmal anders!

Diese Vorbereitung mit den Kollegen war dann auch ein guter Erfolg! Der Geschäftsführer konnte nicht seinen gewohnten Beifall nach seiner Rede hören. Eisige Stille, und während der Rede Gebrummel und Abwesenheit war die Resonanz. Man kannte die Märchen schon! Außerdem stand dem Geschäftsführer diesmal nicht nur der Betriebsrat gegenüber.

All seine Bemühungen, die Kollegen gegen den Betriebsrat auszuspielen, nützten nichts. Die Kollegen machten klar, daß der Betriebsrat hier sie selbst sind. In einer Abstimmung zu den Kündigungen konnte man keinen finden, der sich angesichts dieser Front dafür aussprach. Selbst die Abteilungsleiter und Meister, die gut die Hälfte der Belegschaft ausmachen (wegen der zentralen Verwaltungsfunktion im coop-Konzern), enthielten sich lieber der Stimme!

Dieses Ergebnis bekommt noch mehr Gewicht, wenn man bedenkt, daß die Geschäftsleitung durch Zurücknahme dreier Kündigungen noch versuchte, die Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen!

Einen weiteren guten Entschluß faßten die Kollegen: In Zukunft keine Überstunden mehr zu machen. Sie wollten nicht länger die Politik der Entlassungen auf ihrem Rücken tragen.

Einmal praktiziert, heißt noch lange nicht gelernt!

Sechs weitere Kündigungen wurden durchgezogen – teils mit erheblichen Abfindungen. Aber auch unter diesen Kollegen waren einige bereit, statt der Abfindung lieber einen Kündigungsschutzprozeß zu führen. Hierzu fehlte aber das Zusammenarbeiten der Kollegen. Die gute Stimmung nach der Betriebsversammlung konnte noch nicht dahin genutzt werden, auf diesem Weg weiterzumachen; Betriebsrat und die von der Kündigung bedrohten Kollegen blieben wieder unter sich! Aber wenn man so wichtige Schritte wie Überstundenverweigerung, Kampf gegen Mehrarbeit und Abwehr weiterer Kündigungen vorhat, dann schafft es nicht der Betriebsrat und auch nicht jeder Kollege für sich alleine. Diese Schritte müssen gemeinsam diskutiert, beschlossen und durchgeführt werden. Das ist eine der wichtigsten Lehren aus der Betriebsversammlung und gerade ihrer Vorbereitung. ●

HBV-Komitee und coop-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Weltfrauenkonferenz – keine „Schwatzbude für Suffragetten"!!

Vom 19. Juni bis 2. Juli fand in Mexiko City eine internationale Frauenkonferenz statt, vom Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Mittelpunkt des internationalen „Jahrs der Frau" anberaumt.

Ca. 5.000 Delegierte aus 138 Ländern waren erschienen, um u.a. über *„die Rolle der Frau bei der Stärkung des internationalen Friedens und der Beseitigung von Rassismus und Rassendiskriminierung"* zu diskutieren wie auch über *„die Veränderung in der sozialen Rolle von Männern und Frauen sowie den Haupthindernissen für die Verwirklichung der Gleichberechtigung"* (zwei Punkte der Tagesordnung).

Ziel der Konferenz sollte ein gemeinsamer Aktionsplan sein, der allen Regierungen zur Durchführung empfohlen wird und der alle zwei Jahre von einer Kommission der UNO kontrolliert werden soll.

Wenn man dagegen die bürgerliche Presse verfolgt, so soll man glauben, die versammelten Delegierten in Mexiko City wären allesamt ein verrotteter Haufen schwatzsüchtiger Suffrageten gewesen. Enttäuscht lamentiert der „Spiegel", daß es nicht möglich gewesen sei, *„die Hälfte der Menschheit, die Frauen dieser Welt unter dem Motto –Freiheit – Entwicklung – Frieden – unter einen Hut zu kriegen"* („Spiegel", 28/75). Recht einheitlich vertritt die bürgerliche Presse, die *„Amazonen der Gleichberechtigung"* („Bild", 28.6.75) seien auf die Barrikaden gegen die Männerherrschaft gegangen. Lesbierinnen und Männerfeinde hätten ihre sexuellen Probleme in der Öffentlichkeit breitgetreten, und die übrigen der *„5.000 Röcke"* („Bild" 28.6.) hätten sich fanatisch verhetzt in politische Debatten gestürzt, die überaus „unfraulich" seien und ihnen gar nicht zu Gesicht stünde.

Weiter noch, die bürgerliche Presse will die Frauen der BRD glauben machen, das „Emanzipationsgeschwätz" hätte mit den „wahren Problemen" der Frauen nicht das geringste zu tun. Wahre Probleme der Frau seien nämlich das Essenkochen, die Sorge um kranke Kinder und der Gedanke an eine „schöne Urlaubsreise" („Bild", 28.6.). Bestenfalls wird den Frauen gestattet, sich *„aktiv beim Ausbau des Gesundheitswesens auf nationaler und internationaler Ebene zu beteiligen"* („Hamburger Abendblatt", 20.6.) wie Katharina Focke als Vertreterin der BRD es forderte. In keinem Fall aber sei es Sinn der Sache gewesen, *„wortreiche politische Manifeste"* zu verfassen und sich in *„Polit-Techtelmechtel"* zu verlieren („Spiegel", 28.75).

Was die BRD-Delegierte Focke in ihrer Kritik auf einer Pressekonferenz ausdrückte: daß *„die Konferenz viel zu sehr belastet ist mit internationalen Problemen und die konkreten Probleme der Frau zu kurz kommen"* („FAZ", 27.6.), ist nichts weiter als das Bestreben der kapitalistischen Vertretungen gewesen, der Konferenz einen unpolitischen Mantel zu verpassen und die Frage nach Klassenherrschaft und Unterdrückung auszuklammern.

Nach dem Willen der kapitalistischen Länder sollten die Frauen zusammenkommen, um als Friedensengel die kriegslüsterne und verbrecherische Politik der imperialistischen und kapitalistischen Staaten zu überdecken. Enttäuscht mußten die bürgerlichen Schreiberlinge jedoch feststellen, *„daß unter dem Vorwand der Frauenfragen nur der Weltgegensatz zwischen armen und reichen Nationen um eine neue Variante bereichert wurde – der Weltgegensatz zwischen den Frauen aus den armen und den reichen Ländern"* („Spiegel" 28/75).

Die schlecht verhohlene Abwertung der internationalen Frauenkonferenz, die Verhetzung, die die Zusammenkunft in der bürgerlichen Presse erfährt, soll eines überdecken: Daß die imperialistischen Mächte im Weltmaßstab bei derartigen Veranstaltungen hoffnungslos in der Minderheit sind! Von 138 teilnehmenden Ländern waren 104 in der „Gruppe 77" organisiert. Die sozialistischen Staaten und die meisten Entwicklungsländer traten damit einheitlich und solidarisch nach außen auf. Sie formulierten eine deutliche Stellungnahme gegen Rassismus und Neokolonialismus, für Abrüstung und Frieden, gegen die Rassenpolitik in Südafrika, gegen die Diktatur in Chile, und Solidarität mit den Völkern Portugals und Palästinas.

Die Vertreterin von Sri Lanka (früher Ceylon) rief dazu auf, alle Formen des Kolonialismus, des Neokolonialismus und der Unterdrückung von Männern u n d Frauen zu beseitigen. Dem verlogenen Frauengeschwätz der kapitalistischen Industriestaaten stellte sie die Befreiung der Frau im Rahmen eines allseitigen Befreiungskampfes entgegen.

Was sich in der bürgerliche Presse als *„tumultartige anti-amerikanische Szenen"* („SZ", 25.6.), war in Wirklichkeit die einheitliche Ablehnung von imperialistischer Unterdrückung. Der Zionismus wurde in der Erklärung der „Gruppe 77" ausdrücklich als *„Hindernis für internationale Zusammenarbeit und Frieden"* gekennzeichnet. In diesem Punkt ließ man sich auch nicht durch das scheinheilige Geschwafel der israelischen Vertreterin, Frau Rabin, verunsichern. Bei ihrem Aufruf an die „Schwestern der arabischen Nationen" hatte die Mehrzahl der versammelten Frauen demonstrativ den Saal verlassen. Selbst Frau Sadat lehnte die ausdrücklich erbetene Zusammenkunft mit ihr ab.

Was nach den Vorstellungen der kapitalistischen Länder eine weltweite „Verbrüderung" der Frauen über nationale, religiöse und klassenmäßige Widersprüche hinweg sein sollte, eine „Besinnung der Frauen auf ihre natürliche Berufung", das endete als eine eindeutige Verurteilung imperialistischer und kapitalistischer Politik! Das Schlußkommuniqué und der Aktionsplan für die nächsten zehn Jahre wurde deshalb auch von den Delegierten der kapitalistischen Länder nicht angenommen. Was mit dem Papier in Ländern wie in der BRD passieren wird, macht der Journalist deutlich, der die Manifestation *„ein unverbindliches Papier guten Willens, dessen Bedeutung für die Bundesrepublik und vergleichbaren Ländern gering bleiben dürfte"* („SZ", 1.7.), nannte. Es heißt nichts anderes, daß die kapitalistischen Staaten sich mitnichten daran halten wollen.

Als Fazit der „mißlungenen" Frauenkonferenz im kapitalistischen Sinne mag das gelten, was die australische Delegierte zum Schluß der Konferenz von sich gab:

„Über Frauen haben wir überhaupt noch nicht gesprochen" („Spiegel", 28/75). ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Abtreibungsfreiheit in der DDR

Im AK 63 wurde in dem Artikel „Müttersterblichkeit in der DDR durch legalen Schwangerschaftsabbruch erheblich gesenkt" die Abtreibungsfreiheit in den ersten drei Monaten in der DDR mit der sogenannten „Fristenregelung" in der BRD verglichen.

Bei genauerer Untersuchung der Abtreibungsfreiheit in der DDR mußten wir feststellen, daß dieser Vergleich nicht zulässig ist.

Abgesehen von der Zeitspanne, nämlich die ersten drei Schwangerschaftsmonate, gibt es wenig Parallelen zwischen der Abtreibungsregelung in der DDR und der in der BRD in der Diskussion gewesenen, vor allem am Einspruch der CDU/CSU gescheiterten „Fristenregelung".

Als wesentlichen Aspekt bei der „Fristenregelung" stellten wir heraus, daß es hier nicht um die freie Entscheidung der Frau geht, daß die Fristenregelung keine Reform ist, die diesen Namen verdient. Der entscheidende Punkt ist dabei, daß sich die Frauen vor einem geplanten Eingriff einer peinlichen „Beratung" durch einen Arzt oder eine Beratungsstelle unterziehen müssen. Und somit würde am Grundsätzlichen, an der Unterdrückung, Bevormundung und Disziplinierung der Frauen, kaum etwas geändert.

Bis zur Neuformulierung des Abtreibungsgesetzes 1972 gab es in der DDR für die Frauen ein eingeschränktes Recht auf Abtreibung. Von 1965 bis 1971 versuchten 212 Kommissionen nach sozialen und psychischen Gesichtspunkten zu entscheiden, ob ein ungewolltes Kind geboren werden mußte oder nicht. Obwohl diese Regelung insgesamt recht großzügig gehandhabt wurde, hadie Frauen und die Gesundheitsbehörden schlechte Erfahrungen mit dieser Indikationslösung gemacht.

Im Rahmen einer breiten Kampagne zur Gleichberechtigung der Frau ist 1972 in der DDR ein neues Gesetz „über die Unterbrechung der Schwangerschaft" verabschiedet worden.

Im Gegensatz zur „Fristenregelung" ist es in der DDR in erster Linie Sache der Frau, über eine Geburt zu entscheiden!

So heißt es im Vorspann zu diesem Gesetz: *„Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann. Die Verwirklichung dieses Rechts ist untrennbar mit der wachsenden Verantwortung des sozialistischen Staats und aller seiner Bürger für die ständige Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Frau, für die Förderung der Familie und der Liebe zum Kind verbunden".*

Von der Volkskammer wurde dazu folgendes Gesetz verabschiedet: *„Zur Bestimmung der Anzahl des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten wird der Frau zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Empfängnisverhütung das Recht übertragen, über die Unterbrechung einer Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden"!*

Weiter formuliert das Gesetz, daß die Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen durch einen ärztlichen Eingriff unterbrochen werden kann. Die Vorbehandlung, Durchführung und Nachbehandlung einer Schwangerschaftsunterbrechung wird von der Krankenkasse bezahlt, ist also für die Frau kostenlos. In der Regel wird die Patientin 10 - 14 Tage nach einer Schwangerschaftsunterbrechung arbeitsunfähig geschrieben. Im wesentlichen wird von den Ärzten in der DDR die Absaugmethode angewendet. Sie ist ungefährlicher als die altherkömmlichen bei uns üblichen Methoden, außerdem werden den Frauen weniger Schmerzen verursacht. In den westlichen Ländern werden die Patientinnen meist noch am Tage des Eingriffes wieder entlassen. In der DDR dagegen will man erst einen Überblick über alle möglichen Komplikationen gewinnen, ehe man vielleicht auf den Krankenhausaufenthalt verzichtet.

Neben dem Aspekt, daß durch die relative Freigabe der Abtreibung die Schwangerschaftsabbrüche um fast ein Fünftel, größtenteils bei Frauen zwischen 18 und 30 Jahren, zurückgegangen sind (siehe AK 63), ist ein Schwerpunkt auch auf die Familienplanung und damit verbunden auf die Verhütungsmittel gelegt worden.

So ist z.B. der Verbrauch von Pillen zur Verhütung einer Schwangerschaft von 4,4 Mio. Packungen im Jahre 1970 auf 11 Mio. gestiegen. Im Rahmen der Familienplanung sind ebenfalls permanente Anstrengungen unternommen worden. So gibt es bevorzugt Wohnungen für Kinderreiche Familien, Kredite für junge Ehepaare, die sich durch Nachkommen tilgen lassen; es werden Familien mit vier und mehr Kindern zahlreiche Vergünstigungen gesichert, darüber hinaus gibt es für alleinstehende Mütter besonders Rechte etc. Zur Zeit wird erwägt, den jetzt 18 Wochen langen Schwangerschaftsurlaub auf ein halbes Jahr auszudehnen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB - Gruppe Hamburg

Frankfurt

Politische Polizei und Mordkommission im Einsatz für den § 218

Am Abend des 1. Juli wurde gegen das Frauenzentrum in Frankfurt eine Razzia der Politischen Polizei und der Mordkommission (!!) durchgeführt.

Das Frauenzentrum Frankfurt, das für die ersatzlose Streichung des § 218 eintritt, organisiert im Rahmen seines Kampfes gegen diesen Paragraphen u.a. Abtreibungsfahrten nach Holland.

Nach Pressemeldungen wurden bei der Razzia eine Ärzte- und Besucherkartei beschlagnahmt. In der Ärztekartei waren Erfahrungen von Frauen mit guten und schlechten Ärzten zusammengefaßt. Offenbar war man – im Interesse der Ärzteschaft – von seiten des Staates bemüht, mögliche „Geschäftsschädigung" zu unterbinden, sowie einen genaueren Überblick über fortschrittliche Ärzte zu bekommen.

Außerdem wurden bei der Durchsuchung u.a. Aushänge über Wohnungsangebote und Gruppentreffs fotografiert, also *„Dinge, die in keinem Zusammenhang mit dem angeblichen Zweck der Durchsuchung standen"* („FR" 3.7.). Gegen die Mitglieder des Frauenzentrums wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beihilfe zur Abtreibung erhoben, auf die bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe steht.

Am 10.7. wurde erneut ein polizeilicher Übergriff auf Informationsstände des Frauenzentrums durchgeführt.

An diesem Tag wurden in mehreren Stadtteilen Informationsstände gemacht, bei denen ein Flugblatt verteilt wurde, das zu einer Solidaritätsfahrt nach einer holländischen Klinik für den kommenden Samstag aufrief.

Angeblich auf Hinweis eines „braven Bürgers" (laut „FR") eilten in einem Stadtteil gleich mehrere Mannschaftswagen herbei. Die Frauen wurden allesamt einer Personalienkontrolle unterzogen, die Verantwortliche für das Flugblatt vorläufig festgenommen und das Flugblatt eingezogen.

Dies ist eindeutig der Beginn einer Kampagne zur brutalen Durchsetzung des Abtreibungsverbotes und zur Einschüchterung und Kriminalisierung jeden Widerstandes gegen diesen arbeiterfeindlichen und insbesondere frauenfeindlichen Paragraphen 218.

Nochmals zur Erinnerung:
Am 5.6.74 wurde im Bundestag mit absoluter Mehrheit von SPD/FDP die Fristenregelung, die wenigstens im beschränkten Maße die selbständige Entscheidung der Frauen und Familien in der Frage des Kinderkriegens zugelassen hätte, beschlossen. Unmittelbar vor Wirksamwerden des Gesetzes erließ das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe eine vom Land Baden-Württemberg (CDU) beantragte einstweilige Verfügung, mit der die Fristenregelung bis zur Klärung ihrer „Verfassungsmäßigkeit" in Karlsruhe ausgesetzt wurde.

Am 25.2. lehnt das BVG die vom Bundestag beschlossene Fristenlösung als „nicht verfassungsmäßig" ab.

Man hätte glauben können, daß mit dem Beschluß des Karlsruher Urteils einfach die alten Zustände besiegelt würden, wie nicht nur viele Frauengruppen, sondern auch einige linke Organisationen meinten. Die Polizeiaktion in Frankfurt müßte sie wohl eines Besseren belehren. Das Karlsruher Urteil war das Signal dafür, daß der Staatsapparat in nächster Zeit v e r s c h ä r f t darangehen wird, den § 218 in der Gesellschaft durchzusetzen, auch mit Gewalt. Dazu gehört, daß gegen jeden organisierten Widerstand , u.a. in Form von Selbsthilfe, brutal vorgegangen wird.

Bei einem Treffen von Frauengruppen aus Düsseldorf, Darmstadt, Marburg und dem Rhein-Main-Gebiet am 6. Juli wurde beschlossen, weitere Abtreibungsfahrten zu organisieren.

Außerdem wurde eine Demonstrationsfahrt am 12.7. zu einer Abtreibungsklinik in Holland beschlossen (Insgesamt liegt die Zahl der Abtreibungen in Holland von Frauen aus der BRD bei 70.000 im Jahr (Panorama, 14.7.)).

Oberstaatsanwalt Rahn erklärte dies als Ankündigung „strafbare Handlungen fortzusetzen", „in einem demokratischen Rechtsstaat sei es nunmehr die Aufgabe der Polizei, mit geeigneten Präventivmaßnahmen dafür zu sorgen, daß diese Handlungen unterbunden würden." („FR", 9.7.)

So wurde demgemäß auch gegen einen Infostand mit Flugblättern (mit Aufruf zur Fahrt) von der Polizei vorgegangen, Personalienfeststellung u.a. ...

Trotz der massiven Kampagne zur Kriminalisierung des Widerstandes gegen den § 218 haben sich 85 Ärzte und Medizinalassistenten aus Frankfurter und umliegenden Krankenhäusern sowie 45 Angestellte eines Frankfurter Krankenhauses mit dem Frauenzentrum solidarisiert und alle im Gesundheitswesen Beschäftigten aufgefordert, mit dem Frauenzentrum zusammenzuarbeiten. Weiter haben sich acht von zehn Referendaren bei der Staatsanwaltschaft in Hanau bereit erklärt, *„den von der Strafverfolgung bedrohten Frauen jede uns mögliche Unterstützung zu gewähren."* („FR", 5.7.75) ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Holland: Konfessionelle Parteien gegen Abtreibungsfreigabe

Seit Jahren ist Holland Ziel für viele Frauen, die abtreiben wollen. Zwar ist dem Gesetz nach auch hier jede Schwangerschaftsunterbrechung verboten, in der Praxis findet aber keine Strafverfolgung mehr statt. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 14 spezielle „Abtreibungs-Kliniken" eröffent. Die Zahl der jährlich in Holland von ausländischen Frauen vorgenommenen Abtreibungen wird auf ca. 40.000 geschätzt; nach den Niederländerinnen mit etwa einem Drittel stellen Frauen aus der Bundesrepublik mit ca. 10.000 den größten Anteil.

Jetzt liegen dem niederländischen Parlament drei Gesetzentwürfe vor, die die Abtreibungsgesetzgebung neu regeln sollen. Der am weitesten gehende Entwurf stammt von der sozialdemokratischen Regierungspartei PvdA. Er verlangt, den Abtreibungsparagraphen ersatzlos zu streichen (Man vergleiche das mit der Haltung „unserer" Sozialdemokraten!).

Die in der Opposition stehenden „Liberalen" streben eine anonyme Registrierung und Überwachung der Schwangerschaftsunterbrechungen an, ohne Einhaltung bestimmter Fristen oder Indikationen.

Die „konfessionellen" Parteien (Katholische Volkspartei und Protestanten) haben sich für eine reine Indikationslösung stark gemacht, die einen Eingriff nur vorsieht bei „ernsthafter Gefahr für die körperliche und geistige Gesundheit der Frau". Wann das der Fall ist, soll eine noch nicht näher bestimmte Kommission entscheiden. Dieser reaktionäre Plan würde bei seiner Realisierung nicht nur für die Holländerinnen, sondern auch für zehntausende von Frauen aus den benachbarten Ländern das Ende einer (relativ) angstfreien Abtreibung bedeuten!

Zwar erscheint das aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse momentan nicht als wahrscheinlich, aber die „Christlichen" haben durchblicken lassen, daß sie ihre Regierungsbeteiligung (KVP 2 Minister, Protestanten 1) auf jeden Fall benutzen werden, um eine liberalere Gesetzgebung zu Fall zu bringen und drohen mit einer Regierungskrise. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Diskussion über „Hausfrauenlohn"

Die italienische Zeitung „il manifesto" berichtete am 5. Juli:

„London. Vom 18. bis 20. Juli wird in London über ein Problem diskutiert werden, das die Frauengruppen der ganzen Welt spaltet: Der Hausfrauenlohn. Daran wird auch eine italienische Delegation aus Padua teilnehmen. Andere Delegationen werden aus Griechenland, den USA Canada, Frankreich, BRD und Irland kommen.

Die Kampfforderung nach einem Hausfrauenlohn wurde früher meist abgelehnt mit der Begründung, daß sie in der Tendenz die Rolle der Hausfrau und deren Vereinsamung festigt, während man stattdessen diese Rolle bekämpfen muß. In letzter Zeit hat sich diese Frage als an Problemen reiches Gebiet erwiesen.

In Padua z.B., wo mit Blick auf die internationale Konferenz in London in den vergangenen Tagen ein nationales Treffen stattfand, wurde die „Gegen"-Position mit folgendem Argument aufgegeben: Ebenso wie man dem Arbeiter am Fließband nicht sagen kann, er solle seine Rolle ablehnen, kann man es auch der Hausfrau nicht sagen. Auch wenn man an der Stoßrichtung festhalten muß, die Figur der Hausfrau verschwinden zu lassen, gibt es doch keinen Zauberstab, der dieses Wunder in kurzer Zeit vollbringen kann. Das gilt erst recht in einer Krisenzeit, wo die Arbeitslosigkeit stark ist und wo die Frauen die ersten sind, die davon betroffen werden.

Man muß also von der Realtiät ausgehen; und die Realität ist, daß es die Hausfrau gibt, daß das die Vollzeit-Rolle der großen Mehrheit der Frauen in aller Welt ist; daß auch die berufstätigen Frauen nicht ihre Hausfrauen-Pflichten verlieren; daß die Hausarbeit unbezahlte Arbeit ist – aber gänzlich unentbehrlich für das kapitalistische System; und daß es schließlich – wie die Genossinnen von Lotta femminista hervorhoben – zwar eine ganz unentbehrliche Arbeit ist, um die Arbeitskraft zu produzieren und zu reproduzieren, aber daß die Ehemänner das nicht sehen und davon nicht sprechen, eben weil es keine bezahlte Arbeit ist".

Auf die Frage des „Hausfrauenlohns" wollen wir demnächst ausführlicher eingehen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Bremerhavener Arbeitsamt:
Gesundheitlicher Ruin muß in Kauf genommen werden

Eine junge arbeitslose Kollegin, die an einer schweren Wirbelsäulenverkrümmung leidet und der infolgedessen H e b e n , s c h w e r e s T r a g e n und B ü c k e n untersagt ist und für die – laut ärztlichem Attest – der Sturz von einer Leiter eine Querschnittslähmung die Folge sein kann, sollte sich laut Anweisung des Arbeitsamtes Bremerhaven um die Stelle einer S c h u h v e r k ä u f e r i n bewerben.

Nun ist ja allgemein bekannt, daß man als Schuhverkäuferin stapelweise Schuhkartons tragen, auf Leitern zu den Regalen hochklettern und sich auch bücken muß, um zumindest älteren Kundinnen und auch Kindern beim Zuschnüren der Schuhe zu helfen – kurz: diese Stelle beinhaltet alle Tätigkeiten, die der Kollegin ärztlich verboten worden waren! Logischerweise teilte die Kollegin dann auch bereits im Vorstellungsgespräch mit, daß sie bewegungsbeschränkt sei.

Die Filialleiterin des Schuhgeschäftes lehnte die Einstellung ab und teilte dem Arbeitsamt mit, daß das junge Mädchen für die angebotene Arbeit gesundheitlich nicht geeignet sei. Die Folge: der Kollegin wurde das Arbeitslosengeld für einen Monat gestrichen – woraufhin sie dagegen vor dem Sozialgericht klagte.

Die Sperrzeit wurde vor dem Gericht vom Arbeitsamtsvertreter folgendermaßen begründet: Wenn heute ein Arbeitsloser „das Glück" habe, vom Arbeitsamt eine der wenigen offenen Stellen nachgewiesen zu bekommen, entspreche es nicht „normalen Verhalten", wenn der Arbeitssuchende dem Arbeitgeber „bereits im Vorstellungsgespräch" über seinen gesundheitlichen Zustand berichte. (!!!)

Noch zynischer kann man die Menschenverachtung der kapitalistischen Bürokraten wohl kaum ausdrücken. Offensichtlich ging das Arbeitsamt nach dem Motto vor: entweder ergreifst du das dir „angebotene Glück" – nimmst in Kauf, daß du u.U. den Rest deines Lebens im Rollstuhl verbringst – oder wir streichen dir die Arbeitslosenunterstützung!

Diese allzu plumpe Aufforderung, sich für den Kapitalisten zu ruinieren,

Diese allzu plumpe Aufforderung, sich für den Kapitalisten zu ruinieren,

kam nun allerdings nicht durch, die Kollegin gewann den Prozeß. •

Metallzelle,
KB/Gruppe Bremerhaven



Westberlin:

CDU will Kindertheater verbieten

Das „Grips" ist ein fortschrittliches westberliner Kindertheater. Es ist vor allem bekannt geworden durch Stükke wie „Mensch Mädchen" oder „Ein Fest bei Papadakis", das auch im Fernsehen gezeigt wurde. In letzterem Stück wird die Spaltung von westdeutschen und ausländischen Arbeitern bzw. der Kinder angegriffen und es propagiert eine gemeinsame Front beider. In Westberlin hat „Grips" ein eigenes Theater, das sowohl durch die Schulverwaltung als auch durch Mittel des Senators für Kunst und Wissenschaft subventioniert wird.

Im gutbürgerlichen Bezirk Steglitz hat sich der CDU-Stadtrat Friedrich für ein Auftrittsverbot dieses Kindertheaters in allen Jugendfreizeitheimen in Steglitz ausgesprochen.

Auf der Steglitzer Bezirksversammlung vom 18. Juni gab Friedrich eine Latte von „Begründungen" ab: „*Kenner der kommunistischen Szene in dieser Stadt beobachten mit immer größerer Sorge* (?!), *daß immer öfter auf dieser Szene das „Grips Theater" und viele seiner Ensemble-Angehörigen auftreten.... Das mir vorliegende Material hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß das Maß des Erträglichen nunmehr überschritten ist ...*"

So wurde dem „Grips" angekreidet, daß es für richtig hielt, sich „*an den sogenannten Kulturtagen 1974 zu beteiligen, die vom ‚ständigen Komitee Kulturtage Progressive Kunst West Berlin e.V.' ... veranstaltet wurden.*" (Nach „ED„ Nr. 55, S. 9) Zum anderen wurde dem „Grips" vorgeworden, daß der Leiter und einige Mitglieder des Ensembles eine Anzeige im „Westberliner Tagesspiegel" vom 9. Oktober 1974 mit unterschrieben haben. Diese Anzeige ging auf den Hungerstreik der RAF-Genossen ein, wobei „*jene Anzeige auf die Forderungen von Angehörigen der Baader-Meinhof-Bande* (!!) *hinweist, die da fordern ‚Abschaffung der Isolation ... Besuchsfreiheit ohne Überwachung ...'* " (Friedrich, nach „ED" Nr. 55/IX).

Und weiter: „*Bei einem Clubabend des Kreisvorstandes Steglitz der SEW am Freitag, dem 10.1.75, im Kreisbüro Steglitz der SEW, waren Angehörige des ‚Grips Theaters' als Darstellende mit von der Partie*". (!!) Und er empört sich „.... *daß die Schallplatten natürlich im Wagenbach-Verlag herausgegeben werden, ... und daß noch natürlich in steigendem Maße für die Westberliner Buchladenkollektive geworben wird.*" (Die Buchladenkollektive gehören dem „Verein linker Buchläden" (VLB) an).

Gleichzeitig pöbelte CDU-Friedrich gegen alle Freunde des „Grips-Theaters", daß das „Grips" im allgemeinen zu viel Lob in den „*Feuilletonseiten unserer Zeitungen*" erhalten hätte. „*Aber es wäre eine dankenswerte* (!) *Aufgabe, auch mal die Textbücher daraufhin durchzusehen, was denn – neben vielem Guten, was dort vermittelt wird – an schleichender* (!!) *Agitation sich in diesen Stücken befindet.*"

Zu dem Stück „Ein Fest bei Papadakis" kodderte er: „*Aber dann wird – und das zieht sich für meine Begriffe durch viele Stücke – das Feindbild* (den Kapitalisten meint er da wohl) *vermittelt .... das nach meiner Auffassung ungeeignet ist, um es Kindern im Alter von 9 Jahren darzustellen.*

Kindern von 9 Jahren soll nach dem Willen der CDU möglichst nicht die kapitalistische Unterdrückung bewußt werden. Gegen das demokratisch engagierte „Grips-Theater" wurde deswegen eine wilde Hetze getrieben, wobei insbesondere der Kontakt zu Linken überhaupt angekreidet wurde. Mit aller Dreistigkeit fielen die Reaktionäre auch zu einer Pressekampagne gegen das „Grips" auf. Bei der Bezirksversammlung sprachen sich allerdings SPD/FDP noch gegen ein „Grips"-Verbot aus. Doch bei entsprechend entfalteter Hetzkampagne wird sich erfahrungsgemäß auch hier die SPD/FDP bald anschließen. •

Bezirksorganisation Neukölln
KB/Gruppe Westberlin

Die „armen" Apotheker

Die „FAZ" vom 12. 5. 75 beklagt die Einkommensminderung der Apotheker. „*Umgerechnet auf die Handelsspanne verdienen die Apotheker bei Medikamenten zu einem Einkaufspreis von 2,40 DM mit 45 % am meisten, mit einem Einkaufspreis ab 68,40 DM mit 25 % am wenigsten*".

Hier fängt der Schwindel schon an: Die tatsächlichen Aufschläge sind ein gutes Stück höher: Einkaufspreis 2,40 DM – 74 % Aufschlag – ab 68,40 DM und höher 35 % Aufschlag.

Die „FAZ" schreibt dann im Sinne der Apotheker weiter: „*Mit dem Geldwertschwund gibt es immer weniger Arzneimittel in der niedrigen Preisklasse. so daß die durchschnittliche Apothekerspanne in den letzten Jahren von 35,7 % auf 34 % geschrumpft ist*".

Preisklasse. so daß die durchschnitt-

Hierbei wurde geschickt verschwiegen, daß der absolute Gewinn gleichzeitig kräftig angestiegen ist. Die oben aufgeführten Zahlen sind frei erfunden. Wir haben aus den uns vorliegenden Prozentaufschlägen eine durchschnittliche Apothekerspanne v o n s a g e u n d s c h r e i b e 5 4 % errechnet. Dem Gejammer der Apotheker ist entgegenzusetzen, daß allein die Aufwendungen der Gesetzlichen Krankenversicherung für Medikamente im Zeitraum von 1960 bis 1972 um 450% gestiegen sind, v o n 1 Mrd. DM auf 5,8 Mrd. DM. Außerdem sind zahlreiche Tricks in Umlauf, wie man auf „legale" Art zusätzlichen Profit machen kann. So werden z. B. sofort bei Ankündigung diverser Preiserhöhungen seitens der Hersteller von der Apotheke größere Mengen der gebräuchlichsten Medikamente noch zum alten Einkaufspreis gekauft, um nach der Preiserhöhung zusätzlichen Profit zu erzielen. Dazu kommen die günstigen Bedingungen beim Direkteinkauf vom Hersteller sowie beim Großhandel mit „Naturalrabatten" zwischen zehn Prozent und 40 % und zusätzlichem „Barrabatt". Beides gibt der Apotheker an seine Kunden selbstverständlich nicht weiter.

„legale" Art zusätzlichen Profit ma-

Hieran wird deutlich, wer an unseren überhöhten Krankenkassenbeiträgen fett verdient. •

Eine Genossin und eine Symapthisantin des KB-Hannover

santin des KB-Hannover

Pharmaindustrie gefährdet Neugeborene!

Bis Anfang Juli wurden in der BRD rund 15 Fälle bekannt, in denen bei Neugeborenen nach einer Tuberkulose-Schutzimpfung starke Nebenwirkungen auftraten; dabei schwellen die Lymphknoten so stark an, daß die Ärzte sich zum Teil zu einer operativen Entfernung entschließen mußten. Das bringt natürlich zusätzlich zum belastenden Krankenhausaufenthalt für diese kleinen Kinder ein erhöhtes Risiko durch die Narkose. Einige Eltern wollen jetzt gegen den Hersteller des Impfstoffes klagen.

Verantwortlich für diese schwere Schädigung der Säuglinge sind die Behringwerke AG, sowie der Staat, der die Herstellung des Impfstoffes kontrolliert. Das Mittel wurde jetzt aus dem Handel gezogen. Die Tuberkulose-Schutzimpfung wird mit dem BCG-Impfstoff (Bacille Calmette-Guérin – ein Rindertuberkulosebakterium) durchgeführt. Seit vielen Jahren wurde mit dem „Stamm Göteborg" gearbeitet, bei dem praktisch keine Nebenwirkungen bekannt wurden. Erst seit Herbst 1974 wurde von den Behringwerken ein neuer Impfstoff – „Stamm Kopenhagen" – in den Handel gebracht, der offensichtlich nicht genügend untersucht worden ist, so daß er zu den verheerenden Reaktionen bei Neugeborenen führte.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß in der BRD im Jahr 1967 (Gesundheitsbericht der Bundesregierung) auf 100.000 Einwohner rund 91 Menschen an Tuberkulose erkrankten; in derselben Zeit waren es in Frankreich ca. 47, in England und Wales 27, in Schweden 30 und in Italien 15 Menschen. Die höchsten Zahlen finden wir in Japan; hier kommen auf 100.000 Einwohner rund 250 Erkrankungen an Tuberkulose. •

Krankenhauszelle Altona/St.Georg
KB/Gruppe Hamburg

Hannover:

Apotheker deckt unterlassene Hilfeleistung

Vor einer Apotheke in Hannover hatte eine ältere Frau einen Kreislaufkollaps und stürzte auf den Bürgersteig. Passanten brachten sie in die Apotheke und versuchten, so gut es ging, der Frau zu helfen. Da aber nicht herauszubekommen war, was ihr fehlte, baten sie einen Arzt, dessen Praxis über der Apotheke liegt, um Hilfe. Dieser lehnte schweinisch mit der „Begründung" ab: Die Frau hätte keinen Krankenschein bei ihm. Es wäre daher nicht möglich zu kommen. – Bei Privatpatienten wäre er wohl sofort dagewesen! –

Es blieb daher nichts anderes übrig, als einen Krankenwagen zu rufen. Nachdem die Frau in den Wagen gelegt worden war, warfen die Sanitäter vor, daß man sie gerufen hätte, ohne vorher einen Arzt geholt zu haben.

Weder Arzt noch Sanitäter wollten also der Frau überhaupt helfen. Daß Hilfe unbedingt nötig war, bewies sich wenige Tage später: Die Frau starb!

Unmittelbar nach diesem Ereignis wurde in der Apotheke heftig über das Verhalten des Arztes diskutiert. Alle waren sich einig, daß man etwa unternehmen müßte. Überlegt wurde auch, ob man den Arzt anzeigen sollte. Die Apothekeneigentümerin war im Moment auch ziemlich aus der Fassung, doch dann appellierte sie an eine „Schweigepflicht" der Passanten, sie sollten schließlich an die Apotheke denken. (Diesem Arzt verdankt die Apothekeneigentümerin ihren größten Umsatz: 40 bis 50% aller Rezepte!)

Man sieht, welche menschenfeindlichen Handlungen unter dem Mantel dieser „Schweigepflicht" verdeckt werden sollen. •

Sympathisantin des
KB Hannover

Westberlin:

Theater spielt Goebbels-Stück

Nachdem der Hitlerfaschismus bereits schon vielfach im Rahmen der „Nostalgie"-Welle unter dem Vorwand von „Tatsachenberichten" und „objektiver Geschichtsforschung" in Film und Presse wieder offen an den Mann gebracht worden ist, wurde jetzt an der westberliner „Kleinen Bühne" ein ganz besonderes braunes Machwerk aufgeführt. Der Titel: „*Michael, ein deutsches Schicksal*". Es erschien seinerzeit 1929 im Faschisten-Verlag von Franz Eher. Der Autor: Der Nazi-Chef-Propagandist Goebbels höchstpersönlich. In dem Stück wird erzählt, wie ein „*teutonischer Jüngling*" zur Nazibewegung Hitlers stieß. Diesen Vorstoß, die Nazi-„Kultur" wieder an den Mann zu bringen, versuchte der Regisseur Pierre Badan als Kritik am „typisch deuschen Spießer" zu verkaufen. Der Beifall des offensichtlich faschistenfreundlichen Publikums war ihm sicher, obwohl der Stück schauspielerisch sehr mies gewesen sein soll. (Angaben nach „Lübecker Nachrichten" und „Frankfurter Rundschau").

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Lübeck

„4. Partei" auf Bundesebene in Vorbereitung Teil II

Voraussichtlich noch in diesem Sommer wollen sich der „Bund freies Deutschland" (BFD) die „Deutsche Union" (DU) und die „Deutsche Soziale Union" (DSU) zu einer Partei zusammenschließen; weitere kleinere Gruppen sollen womöglich dazustossen. Von diesen Organisationen hat der BFD bereits im Frühjahr zu den Wahlen in Westberlin kandidiert und 3,4% erhalten – weniger als von ihm selbst vorher großsprecherisch angekündigt, aber doch genug, um aufhorchen zu lassen.
Im Teil 1 (AK Nr. 63) wurde dargestellt, wie Teile der CDU/CSU, vor allem um F.J. Strauß, seit langem planmäßig die Schaffung einer sogenannten „vierten Partei" (rechts von der CDU/CSU, aber nicht so anrüchig wie die NPD und auch zugkräftiger als diese) betreiben. Von den Vor-Organisationen der „vierten Partei" wurden die DU und der BFD behandelt.
In diesem Teil II wird die DSU behandelt, sowie verschiedene Propaganda-Zentralen, die als Mittler zwischen der CDU/CSU und dem rechtsradikalen Umfeld, einschließlich Verbindungen zur NPD, dienen.

Deutsche Soziale Union

Partner von BFD und DU bei der geplanten Parteigründung ist die DSU des Mühlheimer Getränkegroßhändlers Kurt Meyer. Von allen an der geplanten Gründung der „vierten Partei" auf Bundesebene beteiligten Gruppen, hat die DSU die Orientierung auf F.J. Strauß von Anfang an am deutlichsten vertreten.

Die Propagierung eines „CSU-Landesverbandes Nordrhein/Westfalen" – heute DSU – im April '74 erfolgte nur wenige Tage, nachdem Strauß in einem Rundfunkinterview die Ausdehnung der CSU auf Bundesebene ausdrücklich „nicht ausgeschlossen" hatte („Süddeutsche Zeitung", 1.4. und 10.4.74). Die Gründung der DSU erfolgte am 9./10.11.74 in Mühlheim an der Ruhr, nur zwei Wochen nach dem BFD, mit dem sie von Anfang an eine Zusammenarbeit in Aussicht stellte.

Sowohl im April '74 als auch bei der endgültigen Gründung der DSU distanzierten sich CDU und CSU offiziell von dieser Gruppierung; dennoch soll laut „Spiegel" 12/75 auch der DSU-Gründung ein Geheimtreffen mit F.J. Strauß – ähnlich wie bei NLA und DU – vorausgegangen sein, auf dem Strauß diesen Schritt ausdrücklich befürwortet haben soll. Strauß selbst hat sich jedenfalls nie von diesem Projekt distanziert („FAZ", 1.10.74).

In ihrem Programm fordert die DSU:

- *Abschaffung aller indirekten Steuern;*
- *Verfügungsmacht der Unternehmer über die Produktionsmittel;*
- *„Vorrang in der Politik dem leistungsfähigen und breitgestreuten Mittelstand";*
- *Vermögensbildung durch Konsumverzicht, nicht zu Lasten der Gewinne* („FAZ", 11.11.74).

Mit diesem Programm wendet sich die DSU an *„Mittelstand, Handwerker, Klein- und Mittelindustrie, freie Berufe und Landwirtschaft, aber auch leitende Angestellte, verantwortungsbewußte Beamte, Lehrer, Wissenschaftler und Soldaten"*. Von den 66 Gründungsmitgliedern gehören auch fast alle diesen Berufen an. Politisch treffen sich hier Angehörige früherer rechtsradikaler Sammlungsbewegungen (NPD, DU), von CDU und FDP Enttäuschte, aber auch Kaufleute und andere Selbständige, die sich von der SPD verraten fühlen („FAZ", 11.11.74).

Führer in der DSU sind:
Kurt Meyer, Vorsitzender der DSU, ehemals Mitglied im FDP-Bundeshauptausschuß, dann fraktionsloser Stadtrat in Mühlheim. 1970 Austritt aus der FDP, Mitglied des reaktionären „Widerstandkreises der Hohensyburger", der weitere FDP-Mitglieder aus der FDP herausbrechen sollte, Mitarbeit in der NLA Zoglmanns als Organisationsleiter, dann Mitglied der DU.
Manfred Kasper, stellvertretender Vorsitzender der DSU, Hauptgeschäftsführer eines „Bundes der Selbständigen" (ehemaliger „Gewerbeverband"), als „sudetendeutscher Landsmann" Zoglmanns im „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), dann über die CDU zur DSU. Kasper war Gesprächspartner von Strauß am 11.6.74, als nach der Niedersachsen-Wahl das Konzept des dezentralen Aufbaus der „vierten Partei" nach der Bayernwahl besprochen wurde, ein Plan, der bis heute eingehalten wurde (nach „Spiegel", 9/75).
Hans Möller, Gründer und Mitvorsitzender der DSU, Bürgermeister von Rheydt, trat wenige Tage vor DSU-Gründung aus der CDU aus.

Anfang Dezember '74 wurden DSU-Aktionsausschüsse für Niedersachsen und Bremen gegründet. Am 4.3.75 wurde ein Aktionsausschuß für Hessen mit dem Rechtsanwalt Alfons Breimann, dem Unternehmensberater Heinz Mich und dem Kaufmann Julius Fuhrmann an der Spitze gegründet.

Die DSU hat nach eigenen Angaben 1.500 Aktive, wahrscheinlich sind es weniger. Auf eine Kandidatur bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wurde nach einem Gespräch mit dem CDU-Landesvorsitzenden Heinrich Köppler verzichtet („Welt", 15.2.75 u.a.).

Über die weiteren an der geplanten BFD-Gründung beteiligten Organisationen können wir an dieser Stelle noch nichts aussagen.

Über diese Gruppen hinaus aber haben sich im letzten Jahr noch verschiedene andere Gruppierungen bemerkbar gemacht, deren Beitritt zu einem massiv geförderten BFD wahrscheinlich scheint.

Partei freier Bürger

Am 23.2.75 wurde in Bremen die „Partei Freier Bürger" gegründet. Vorsitzender ist der Versicherungskaufmann Kurt Zielski, ehemals Pressesprecher ist Johannes Behrensdorf, ehemals Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Bremen-Stadtmitte. Beide sollen Anfang '75 aus der CDU wegen „schweren parteischädigenden Verhaltens" ausgeschlossen worden sein, sie selbst begründeten ihren angeblichen Austritt und die Parteigründung mit dem Ziel, „das erstarrte Parteiensystem aufzubrechen". Absicht der PFB ist die Kandidatur bei den Bremer Wahlen im Herbst, sowie die Gründung einer „konservativ-liberal-sozialen" Bundespartei. Ob die PFB identisch ist mit dem Aktionsausschuß zur Gründung der DSU in Bremen, ist unklar; in der Zielsetzung ergibt sich aber eine Übereinstimmung, die eine Beteiligung an einer „vierten Partei" zum BFD wahrscheinlich macht.

Freundeskreis Franz-Josef Strauß

Im April '75 wurde ein Brief des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler bekannt, mit dem er in Schleswig-Holstein „Gastmitglieder", d.h. vor allem wohl finanzielle Förderer (von der Steuer absetzbar!), für die CSU warb. Am 12. April gründeten 35 Delegierte in Stuttgart einen „Freundeskreis F.J. Strauß" mit angeblich mehreren hundert Mitgliedern. Diesem folgte ein „Freundeskreis" in Westberlin Ende April mit angeblich 76 Mitgliedern.

Schon einmal, 1970, hatten die damaligen „CSU-Freundeskreise" der Faschisten Rubin, Rieger und Metzger unter Anregung des damaligen (inzwischen verstorbenen) persönlichen Referenten von Strauß, Marcel Hepp, ihre Schwerpunkte in Stuttgart und Berlin.

Auch diesmal will die CSU offiziell mit diesen Unternehmungen zur Unterstützung der rechtsradikalen Politik von Strauß, Dregger und Konsorten nichts zu tun haben.

Ähnlich wie der „Liberale Arbeitskreis" des Ex-FDP-Vorsitzenden und CDU-MdB Erich Mende, der in rechtsliberalen Kreisen Propaganda für die CDU macht, sind diese „Freundeskreise" eher im Vorfeld und „Dunstkreis" einer „vierten Partei" zu sehen.

Im Vorfeld der „vierten Partei"

Zur Organisierung dieser Politik hat sich die Bourgeoisie eine ganze Reihe von Vermittlungsinstanzen geschaffen, die die konkrete Umsetzung dieser reaktionären Politik betreiben. Die Einleitung und Propagierung solcher Sammlungsbewegungen, die Finanzierung bestimmter Konzepte usw. – all das verläuft über diese „Vereinigungen", „Stiftungen", „Studiengesellschaften" etc. und ist über diese Vereine eng mit zentralen Schaltstellen bourgeoiser Politik verbunden.

Konzentration demokratischer Kräfte

Zur selben Zeit – Frühjahr/Sommer '74 – als der BFD in Westberlin seine ersten Großveranstaltungen als Sammlungsbewegung (nicht als Partei) durchführte, trat die „Konzentration Demokratischer Kräfte" (KDK) mehr in die Öffentlichkeit. In Veranstaltungen der KDK traten zum überwiegenden Teil Redner auf, die auch den BFD propagierten:

- Gerhard Löwenthal, ZDF-Magazin, Förderer des BFD, Redner für den „Christlichen Gewerkschaftsbund" (CGB), mit dem zusammen die KDK eine Werkszeitung für (? gegen!) die VW-Arbeiter herausgibt;
- Rechtsanwalt Ehler-Sommermeyer, CDU, ehemals Bundesbeauftragter des BFD;
- Ernst Scharnowsky, BFD-Vorsitzender;
- Ludek Pachmann, Prager Emigrant und Redner für den BFD;
- Karl Steinbuch, Physiker, trat im Wahlkampf '72 mit einem Offenen Brief an Willy Brandt hervor; jetzt Preisträger der Deutschlandstiftung 1975;
- Prof. Günter Rohrmoser, Philosophieprofessor, Mitarbeiter der rechtsradikalen Zeitung „student";
- der ehemals von Herbert Wehner geförderte Staatssekretär a.D. Günther Wetzel.

Auch wenn der KDK heute unseres Wissens nicht mehr so offen in Erscheinung tritt, so zeigt ihre Arbeitsweise doch deutlich, wie die Bourgeoisie ihre Politik u.a. organisiert.

Die KDK, die sich auch „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung" nannte, wurde schon 1971 in Baden-Württemberg vom rechtsradikalen Verleger Heinrich Seewald, der u.a. die Bücher von F.J. Strauß verlegt, Ernst Tetsch und Busso Graf von Alversleben, Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates, gegründet.

Diese drei sind auch im Vorstand einer als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannten **„Studiengesellschaft für Information und Fortbildung"** in Stuttgart, die z.B. Schriften des rechten US-Gewerkschaftsführers George Meany vertreibt. Auch eine **„Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Information"** als Dachorganisation der KDK ermöglicht es den Kapitalisten, ihre Förderung solcher Umtriebe von der Steuer abzusetzen.

Ende der 50-er Jahre wurde die Vorläuferorganisation der KDK, die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" mit finanzieller Unterstützung des Bundespresseamtes zur „Propagierung der Remilitarisierung" der BRD ins Leben gerufen. Noch 1974 arbeitet die KDK angeblich mit der „Landeszentrale für politische Bildung" in Baden-Württemberg zusammen (nach „Pardon", Juli '74).

Finanziert wurde zumindest 1974 die KDK in Hessen vom Schnapsfabrikanten und KDK-Mitbegründer Ludwig Eckes (Chantré, Edelkirsch, Mariacron, „Hohes C" usw.). Die Geschäftsstelle befindet sich im gleichen Haus wie die Anwaltskanzlei des Eckes-Syndikus und Geschäftsführers des Schutzverbandes der Spirituosenindustrie, Alfred Gaedertz, Geschäftsführer in Hessen ist Fritz Harth, Major a.D., Zuckerhändler en gros und ehemals Leitender Angestellter von Eckes in der PR-Abteilung. Bundesgeschäftsführer ist Strauß-Intimus Leo Schütze. Das KDK-Blatt „Korrigiert den Kurs" wurde von Wilfried Ahrens redigiert, ehemals „Quick"-Chefredakteur und CSU-Mitglied (nach „Pardon", Juli '74, „Frankfurter Rundschau", 11.4.74, „Kölner Stadtanzeiger", 20./21.4.74).



rechte Demagogen unter sich

rechte Demagogen unter sich

Wahlkampf '72

Eckes und Ahrens waren schon im Bundestagswahlkampf '72 – damals noch getrennt – treibende Kräfte beim Versuch, die SPD/FDP-Koalition zu stürzen: Seit Juli '71 verschickte Eckes Rundbriefe an Kapitalisten, um sie zu „aktiverem Engagement" zu bewegen.

Ahrens war damals als „Quick"-Chefredakteur Teilnehmer am „vierten Kronberger Dialog" am 30./31.1.72, zu dem der Bauer-Verlag Spitzenmanager der BRD-Imperialisten zu einer Wahlkampf-Koordination eingeladen hatte. Ahrens brachte als „Inhaber" eines „Verlags für Öffentlichkeitsarbeit in Wirtschaft und Politik W. Ahrens" mit mehreren 100.000,– DM Anzeigen für F.J. Strauß in die Presse.

Eckes, der Bauer-Verlag, die Mindener Melitta-Werke, die angeblich die NLA 1970 mit 140.000,– DM unterstützt haben, sowie Dietrich Bahner sen. (DU) sind nur einige Kapitalisten, die als Förderer rechtsradikaler Kampagnen und Parteien dingfest gemacht werden können. In der KDK und den anderen „gemeinnützigen" Vereinen haben sich die Kapitalisten Instanzen geschaffen, die gerade ihre Urheberschaft an dieser Politik verschleiern sollen.

Das Hauptgewicht der KDK-Tätigkeit – so Harth in „Pardon", Juli '74 – liegt in der Vermittlung von Referenten an „Bürgerinitiativen", in der Koordinierung der ‚Partisanen im ganzen Land", in der „Arbeit im vorparlamentarischen Raum" zur Propagierung des „freiheitlichen Bürgers, des wehrhaften Bürgers". Der negative Ausgang der Bundestagswahl 1972, der nicht zuletzt an der „Grobklotzigkeit" der Propaganda gelegen hatte, hat diese Propagandaagentur rechter Politik vorsichtiger werden lassen.
Enge Verbindungen unterhielt die KDK zur Spalter„gewerkschaft" CGB. Bei ihrem Vorgehen konnte die KDK bei der CDU mit tatkräftiger Unterstützung rechnen: So stellte die CDU – nach Angaben des KDK – des öfteren den Saalschutz für die KDK („Pardon", Juli '74).

Eckes, Ahrens, Alvensleben, Schütze, Seewald usw. sind nicht die einzigen, über die die KDK Verbindungen zu Industrie, reaktionärer Presse und Strauß unterhält. Als Sympathisanten gehören noch dazu:

- Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein;
- Dr. Lothar Bossle (CDU-Professor);
- Herbert Hupka (SPD-Überläufer, „Vertriebenen"-Funktionär);
- Christian Schaeder, zuletzt Befehlshaber des Wehrbereichs IV in Mainz.

Über Herbert Hupka, Kuratoriumsmitglied der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" ist die KDK außerdem mit einem zweiten Verein zur Förderung rechtsradikaler Politik verbunden. Wie die KDK versteht sich auch diese „Studiengesellschaft" nicht als Partei, sondern als Wegbereiter einer politischen Entwicklung, zu der die „vierte Partei" ein Schritt sein soll.

Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit

„Wir sind kein Parteiersatz, unser Auftrag heißt säen; ernten muß ein anderer" („ED", 14. 12. 73) – so kennzeichnete der Geschäftsführer der „Studiengesellschaft", Karl-Friedrich Grau, die Aufgabe dieses Vereins.

„Die Studiengesellschaft will verhindern, daß der Staat zu einem Tummelplatz radikaler und anarchistischer Gruppen wird, dem Bürger helfen, mit dem Terror rücksichtsloser Minderheiten fertig zu werden, die Einsicht verbreiten, daß persönliche Opfer für die Erhaltung der Freiheit selbstverständliche Bürgerpflicht sein müssen" (nach einem Rundbrief der Gesellschaft).

1958 vorwiegend durch CDU-Mitglieder gegründet, hat sich diese „Studiengesellschaft" zu einer weiteren Schaltstelle zwischen der CDU/CSU und rechtsradikalen Gruppen entwickelt.

Noch mehr als Eckes und Ahrens von der KDK war die „Studiengesellschaft" mit ihrem Geschäftsführer Grau im Wahlkampf '72 engagiert. So hatte (oder hat noch) die Gesellschaft ihren Sitz im gräflichen Schloß zu Amorbach/Odenwald. Über die „Studiengesellschaft" wurden mindestens folgende Kampagnen mit Millionen von DM gesteuert:

- *Gesellschaft für konstruktive Politik;*
- *Wählerinitiative der Arbeiter, Kleingewerbetreibende und Kaufleute;*
- *Projektgruppe Hessen;*
- *Gesellschaft zur Förderung der Wahlbeteiligung.*

(nach: „Das schwarze Kassenbuch").
Karl-Friedrich Grau, ehemals HJ-Streifenführer (HJ-„Polizei"), Mitbegründer der „Deutschlandstiftung",

Fortsetzung Seite 14

Solschenizyn – immer noch ein „bürgerlicher Moralist"?

Als in Hamburg im Februar 1974 bei einer Podiumsdiskussion über Solschenizyn der Vertreter des Kommunistischen Bundes diesen Burschen klar als F a s c h i s t e n beim Namen nannte, gab es Widerspruch von vielen Seiten:

- Der ehemalige Studentenführer Rudi Dutschke nannte Solschenizyn einen „bürgerlichen Moralisten"; keineswegs sei Solschenizyn ein Konterrevolutionär.

- Die Trotzkisten von der Gim verkündeten, Solschenizyn habe eine „begrenzte, aber positive Rolle' gespielt"; sein Rausschmiß aus der Sowjetunion sei „ein bürokratischer Akt" gewesen; Solschenizyn müßte das Recht haben, seine Meinung in der Sowjetunion zu veröffentlichen.

- Ein „KPD/ML"er meinte gar, schließlich sei Solschenizyn ein Kritiker des „Sozialfaschismus", und das müßte man unterstützen.

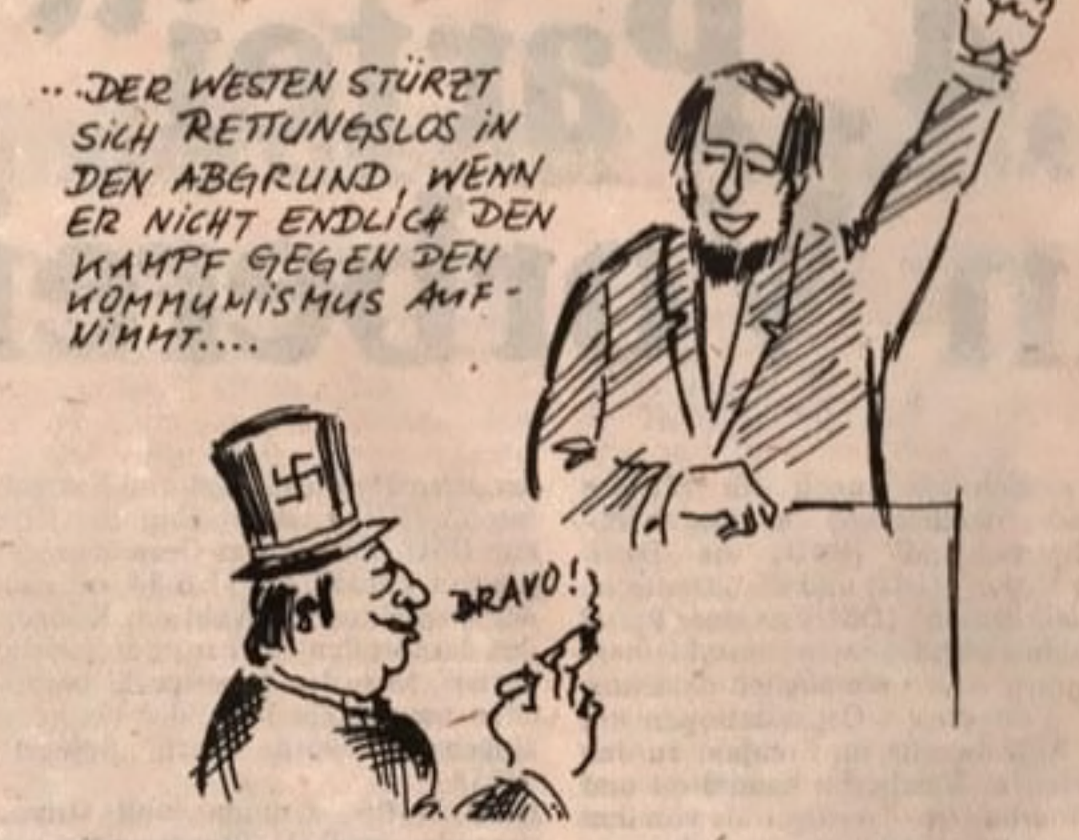
Inzwischen ist Solschenizyn um einige Töne offener geworden, was sogar den ihm prinzipiell wohlgesonnen SPD-„Vorwärts" zu der Mahnung veranlaßte, mit seinen Reden nütze Solschenizyn seiner Sache (d.h. dem „demokratisch" aufgetakelten Antikommunismus!!) nicht.

Offen faschistisch wettert Solschenizyn inzwischen gegen den „schlappen Westen", der Vietnam etc. *„einem unversöhnlichen Feind überlassen"* habe (nach dem gescheiterten Verusch, das Land „zurück in die Steinzeit zu bomben" und nach unvorstellbarem Blutvergießen und Zerstörung – wovon Solschenizyn natürlich schweigt); *„Portugal stürzt sich rettungslos in den gleichen Abgrund"; „nicht aufzuzählen sind die kleinen Staaten Afrikas und Arabiens, die zu Marionetten des Kommunismus werden"* – kurz, der „Westen" sei *„schwach und dekadent"*. Und mit der friedlichen Koexistenz müßte endlich Schluß sein, denn sonst *„verschwindet der Westen von der Erdoberfläche". „Die jungen Leute jedoch, die sich weigerten, die Mühsale und Schrecknisse des weit entfernten Vietnamkrieges auf sich zu nehmen, werden keine Zeit mehr haben, unter die Reservisten zu gehen, denn sie werden fallen – nicht ihre Söhne, sie selber – fallen zur Verteidigung Amerikas, aber dann wird es zu spät und wirkungslos sein".*

Mit kriegshetzerischen Reden dieser Machart ging Solschenizyn kürzlich auf Einladung des US-„Gewerkschafts"-Führers Meany (gleichfalls ein Faschist und fanatischer Kriegshetzer) in den USA auf Tournee. Nicht nur Springers „Welt", sondern u.a. auch die offen faschistische „Nationalzeitung" des antisemitischen Hetzers Frey druckte diese Rede nach (aus der „NZ" vom 4. Juli sind die obigen Zitate).

Hoffen wir, daß uns diese kriegshetzerischen Ergüsse nicht demnächst im „Roten Morgen" der „KPD/ML" oder gar in der „Peking Rundschau" unter der Überschrift „Zunehmende Wachsamkeit der Völker gegen den Sozialimperialismus" angepriesen werden! In den USA mochte sich jedenfalls nicht einmal Präsident Ford dazu hergeben, diesen Burschen zu empfangen – was Solschenizyn ausdrücklich gewünscht hatte. Offizielle Erklärung: *„Aus praktischen Gründen hat der Präsident stets den Wunsch, daß seine Gespräche einen wesentlichen Inhalt haben und es ist nicht recht klar, welchen Nutzen der Präsident aus einem Gespräch mit Solschenizyn ziehen könnte".*

Die konservative italienische Tageszeitung „Corriere della Sera" (4.7.75) wußte gar zu berichten, daß die Berater Fords **Zweifel an der „geistigen Stabilität"** Solschenizyns geäußert hätten ... ●



„Je brutaler, desto besser"

Im Zuge des verstärkten Ausbaus des westdeutschen Polizeiapparates und dem Aufbau von Sonderkommandos wie dem MEK, verstärken sich auch die Anstrengungen auf privater Seite, bewaffnete Kräfte für den Kampf gegen die Arbeiterklasse heranzubilden: Der verstärkte Ausbau des Werkschutzes und der Aufbau und Einsatz privater Schutztruppen („Bewachungsorganisationen") sind da zu nennen.

Eine solche Leibwächter-Truppe unterhält u.a. Istvan Venesz in Stuttgart-Leinfelden. Venesz ist „lizenzierter Terror-Kampf-Meister" (4.000 nachgewiesene Nahkampfstunden) und wurde von einer obskuren „Terror-Kampf-Akademie" in Wilhelmshaven ausgebildet. Ein Zitat aus der

ror-Kampf-Akademie" in Wilhelmshaven ausgebildet. Ein Zitat aus der

„Einführungsschrift für den Terror-Kampf" dieser „Akademie":

„ ... *reißen die Handkrallen dem Gegner Fleischstücke aus dem Körper, insbesondere aus dem Gesicht, Hals, Nacken und den Händen."*

Angesichts seiner Ausbildung und Bewaffnung prahlt Venesz: *„Mit meinem Personal* (augenblicklich vier Mann, die Red.) *wären Fürstenfeldbruck und Lorenz-Entführung anders gelaufen."*

Bislang liegt das Hauptbetätigungsfeld für Venesz noch in Kaufhäusern als Hausdetektiv (mit einer großkalibrigen „Smith & Wessen" im Schulterhalfter). Aber in zunehmenden Maße rufen auch die eigentlichen Zielgruppen für Venesz Unternehmen diesen zu Hilfe: Industriemanager, Politiker usw. Bei einer Strauß-Veranstaltung in Stuttgart erlebte Venesz seinen bisherigen „beruflichen Höhepunkt": er bewachte und schützte sein „politisches Idol" F.J. Strauß vor etwaigen Protestaktionen fortschrittlicher Menschen.

Hier wird auch das Ausmaß der Bedrohung deutlich, die diese Killer-Trupps für alle fortschrittlichen Men-

Bedrohung deutlich, die diese Killer-Trupps für alle fortschrittlichen Men-

schen darstellen.

Venesz und Konsorten als harter Kern zukünftiger reaktionärer „Saal-Schutz"-Horden – dagegen wird man sich noch was einfallen lassen müssen.

(Zitate aus „Zeit-Magazin" 18/75) ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

„4. Partei" auf Bundesebene in Vorbereitung Teil II

Verfasser der Bücher „A propos Strauß" (Seewald-Verlag) und „Kriegsverbrechen der Roten Armee", legt nach eigenen Angaben schwarze Listen von Demokraten in der Schweiz an; er ist Mitglied und Vorstand von vielen weiteren Vereinen („Aktion Funk und Fernsehen", „Bürgerinitiative '72" u.a.). Er wurde aus der CDU ausgeschlossen, blieb aber Geschäftsführer der „Studiengesellschaft", als seine Kontakte zur NPD zum öffentlichen Skandal wurden.

So hat Grau am 18.12.73 mit NPD-Bundes-Vize Dr. Buck, dem Witiko-Mitglied Dr. Leinsner, dem hessischen NPD-Chef Quintus u.a. Wahlkampfabsprachen zwischen CDU und NPD besorgt. Ähnliches soll er schon bei der Heinemann-Wahl '69 und '72 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg gemanagt haben (nach: „Tat", 26.1.74 und 11.5.74).

Im Kuratorium der „Studiengesellschaft" waren oder sind vertreten:

- Hans-Joachim Schoeps, „Welt"-Autor, deutsch-chauvinistischer Jude (Gefolgschaft Deutscher Juden) und Nazi-Sympathisant, Preisträger der Deutschlandstiftung;
- Prof. Friedrich-August von der Heydte, NS-Ideologe, begrüßte die „Aktion Widerstand" mit einer Grußadresse, Strauß-Spezi, löste mit einer Anzeige 1962 die Polizeiaktion gegen den „Spiegel" aus;
- William S. Schlamm (s.o.)
- Dr. Emil Franzel, 1958 Preisträger, heute wie Schlamm im Preisgremium der Deutschlandstiftung, Sudetendeutsche Landsmannschaft;
- Prof. Dr. Walter Hoeres, mit D. Bahner (DU) im Vorstand der „Stiftung für europäische Publizistik" (ebenfalls mit Schlamm).
- Margarete Buber-Neumann, BFD.
- Herbert Hupka (u.a. KDK)
- Prof. Dr. Bolko Freiherr von Richthofen, AKON, DKEG, ehemals Deutschlandstiftung, BHJ, ehemals CSU, NS-Ideologe, Landsmannschaft Schlesien, Bund der Vertriebenen usw. usf.
- Otto von Habsburg, „Zeitbühne", Präsident der „Internationalen Paneuropa-Union", im Beirat der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung.

Mit im Vorstand waren auch: Walter Picard (MdB), Hermann Götz (MdB), Dr. Jürgen Warnke (MdB), Alfons Goppel (CSU-Ministerpräsident von Bayern), Richard Hackenberg (MdL), Dr. Carl Otto Lenz (MdB), Dr. Berthold Martin.

Auch wenn einige dieser CDU/CSU-Größen wie Dregger und Marx u.a. sich aus der „Studiengesellschaft" zurückgezogen haben (wegen „finanzieller Unregelmäßigkeiten" von Grau, nicht aus offen geäußerten politischen Gründen!), bleibt dieser Verein doch eng mit der CDU/CSU verwoben.

Bis Anfang '74 war Artur Missbach Chef der Außenstelle Nord dieser „Studiengesellschaft", Ex-CDU-MdB, Herausgeber der „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft"; er schloß sich 1974 der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" von Hugo Wellems an.

Ähnlich wie die „Studiengesellschaft" des Herrn Grau war auch die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft" eine der tragenden „Säulen" der Wahlkampforganisation. Heute ist sie mit Johannes Bork direkt im BFD vertreten.

Wellems selbst war seit 1930 Mitglied der NSDAP (Nach: „Das schwarze Kassenbuch"). 1936 Referent im Goebbelsministerium, 1944 „Leiter des Reichspropagandaamtes" in Kowno. Nacheinander Chefredakteur des „Deutschen Wortes" (zum Teil identisch mit dem „Bayernkurier") und des „Ostpreußenblattes", heute Herausgeber des „Deutschland-Journals", in dem die „vierte Partei" offen propagiert wird.

Die „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" und die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft" sind nur zwei von vielen derartigen Vereinen, über die der Boden für eine weitere Rechtsentwicklung sowohl ideologisch als auch organisatorisch vorbereitet wird.

Deutschlandstiftung e.V.

Die Fäden des „vierten Partei"-Vortrupps, der KDK, der „Studiengesellschaft ...", der „Staats- und wirtschaftpolitischen Gesellschaft" u.a. laufen in der „Deutschlandstiftung" zusammen. Allein die Auswahl der Träger des „Konrad-Adenauer-Preises" dieser „Stiftung" in den letzten Jahren zeigt die Förderung von wesentlichen Propagandisten der „vierten Partei", auch wenn diese sich s e l b s t nicht durch offene Mitgliedschaft vorzeitig exponieren. So William S. Schlamm, Arnold Gehlen (rechtsradikaler Professor), Mathias Walden, Winfried Martini (Autor der „Zeitbühne"), Hans Joachim Schoeps u.a. Für das Jahr 1975 wurden soeben ausgezeichnet: Karl Steinbuch (KDK), Wladimir Maximow (BFD-Redner) und Gerhard Löwenthal (Redner beim BFD etc.).

Die im Vorstand der „Deutschlandstiftung" vertretenen Vertriebenen-Funktionäre, Alt-Faschisten, Minister des Kalten Krieges, Generale der Nazi-Wehrmacht, die vielen Vertreter der Industrie (Mercedes-Benz, Buderus, Hoechst), besonders der harte Kern der Faschistenbande um Strauß/Dregger und ihre intimen Freunde erhoffen sich von den zur „vierten Partei" zusammentretenden Kräfte:

- Ein kurzfristiges Aktionsbündnis möglichst vieler extrem rechter Gruppen im Hinblick auf die Wahl '76;
- die offen terroristischen Faschistenbanden an sich zu binden, ohne die Hauptpartei der Faschisierung, die CDU/CSU, dabei zu kompromittieren;
- mit der „vierten Partei' soll eine Partei geschaffen werden, die es der CDU/CSU ermöglicht, ihre Politik der Faschisierung in Abgrenzung nach „Rechts" als „Demokratische Mitte" zu verkaufen, den Masseneinfluß faschistischer Propaganda zu verbreitern und insgesamt eine Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts zu erreichen.

Die „Deutschlandstiftung" ist hierfür gegenwärtig der entscheidende ideologische Hebel. Mit dem Ausbau des BFD als „vierte Partei" hoffen sie sich das notwendige politisch ausführende Organ zu schaffen.

Mit diesem Konzept folgen die westdeutschen Faschisten dem italienischen Beispiel, wo Christdemokratie und MSI seit Jahren das Spiel mit verteilten Rollen vorführen, wenn auch inzwischen dort mit sinkendem Erfolg.

Ähnliche Versuche wurden in jüngster Vergangenheit schon mehrmals gemacht;
1970:
Aktionseinheit von Alt- und Neofaschisten unter zurückhaltendem Beifall der CDU/CSU in der „Aktion Widerstand".
1972:
Ideologische und politische Offensive während des Mißtrauensvotums gegen die SPD/FDP-Regierung und im Wahlkampf.

Ob sie in diesem Anlauf weiterkommen, hängt nicht zuletzt von der Wachsamkeit und dem antifaschistischen Kampf der demokratischen und kommunistischen Kräfte ab, die den Faschisten jeden Fußbreit streitig machen müssen. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Deutscher Botschafter als SS-Helfer

Ende Juni gelang es, den Gestapo-Kriminalkommissar und SS-Untersturmführer Kutschmann in Buenos Aires zu fassen. Dank der schnellen „Beihilfe" der westdeutschen Botschaft (und der argentinischen Polizei) konnte er sofort wieder entkommen und untertauchen.

Zur Last gelegt werden ihm die Ermordung von 20 polnischen Professoren und deren Angehörigen 1943 in Lemberg und die Ermordung von mehreren tausend jüdischen Einwohnern galizischer Städte 1942.

Nachforschungen des Jüdischen Dokumentationszentrums von Simon Wiesenthal in Wien (das seinerzeit auch Eichmann aufspürte) hatten zu seiner Entdeckung geführt: wie tausende anderer Nazis (z.B. KZ-Kommandant Schwammberger und SS-Oberschlächter Eichmann) lebte Kutschmann unter falschem Namen in Argentinien, unbehelligt als Verkaufsleiter der Firma Osram.

Der Verlauf der Ereignisse war folgender (nach „Spiegel" 28/75):

- Als argentinische Zeitungen die Wiesenthal-Nachrichten über Kutschmann bringen, nimmt ihn die Polizei fest.
- BRD-Botschaftsrat Graf von der Schulenburg tut so, als wüßte er von nichts. „Der Name Kutschmann" sei ihm „im Augenblick nicht geläufig", sagt er einem Journalisten.
- Nun aber gezwungen, zu handeln (immerhin wird nach K. auch offiziell gefahndet), wartet der Graf erst einmal zwei Tage ab.
- Dann telegrafiert er nach Bonn wegen „weiterer Weisungen". Tatsächlich wäre er aber verpflichtet, die argentinische Polizei sofort von der Fahndung nach dem SS-ler zu informieren.
- Die westdeutsche Justiz und das BKA „überstürzen" sich nun, aber leider ... hat die argentinische Polizei Kutschmann inzwischen freigelassen.

Seit 1967 liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor. Seit 1967 weigert sich die Bundesregierung, Argentinien zur Auslieferung des SS-Mannes zu bewegen. Eine Stellungnahme zu den jetzigen Vorfällen ist bisher nicht bekannt. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Schon wieder: Freilassungs kampagne für Nazi-Verbrecher

Mitte Juni setzte für die drei letzten in Holland eingesperrten Nazi-Kriegsverbrecher (alle beteiligt an Mordaktionen des SS-„Sicherheitsdienstes") eine Freilassungs-Kampagne ein:

Wie schon für die Kriegsverbrecher Heß, Reder und Kappler (vgl. AK 63) fordern die Faschisten jetzt verstärkt „Freiheit für die letzten Kriegsgefangenen (!) in Holland" (so z.B. die „Deutsche Wochenzeitung" des früheren NPD-Chefs Thadden vom 4.7.75).

Während in Holland der Rechtsanwalt der drei SS'ler darangeht, juristisch ihre Freilassung zu erreichen, macht sich in der BRD der „Verband der Heimkehrer" (VdH) besonders stark. Er arbeitet seit 1959 u.a. mit der SS-Organisation HIAG und dem „Stahlhelm" in der „Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Soldatenverbände" zusammen. Der langjährige VdH-Präsident Heimeshoff (1939 Nazi-Staatsanwalt, 1964 Generalstaatsanwalt in Hamm) erklärte auf dem 11. Deutschlandtreffen des VdH in Saarbrücken, daß die „Festhaltung" der Kriegsverbrecher „längst nicht mehr in die Landschaft des werdenden Europa paßt" („FR", 16.6.75).

Auch der NDR („Echo des Tages", 4.7.75) stieß mit diesen „Rechtsethikern", „Veteranenverbänden" usw. wieder einmal ins selbe Horn: Nur die „Psychose" des holländischen Volkes sei schuld, daß die Regierung in Amsterdam die Nazi-Verbrecher noch nicht begnadigt habe.

Dahinter steckt: Die Begnadigungs-Bestrebungen scheiterten 1972 schon einmal – und zwar am Protest der holländischen Öffentlichkeit und des Parlaments (Holland hat 40.000 vom Nazi-Terror direkt betroffene Menschen).

Was sich der BRD-Staat leisten kann (siehe den Fall Kutschmann), ist angesichts der breiteren antifaschistischen Wachsamkeit in Holland nicht ganz so einfach. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt

Polizeieinsatz gegen Kinder

Auf welch unglaubliche Menschenverachtung und brutale Gefühllosigkeit die Frankfurter Polizei heute bereits gedrillt ist, zeigt ein Einsatz vom 3. Juli: selbst gegen Kinder setzen die Bullen die angeblich „ungefährliche" (in Wahrheit aber schwer gesundheitsschädigende) Kampfgas-Waffe „Chemical Mace" ein!

Mitarbeiter des Bockenheimer Nachbarschaftsheimes und eine Gruppe von Sozialpädagogen (die von der Stadt mit dem skandalösen Stundenlohn von 4,80 DM „bezahlt" werden) führten eine dreiwöchige Kinderspielplatzaktion im Frankfurter Stadtteil Bockenheim durch. Es ging darum, daß sie den Kindern, die nicht mit ihren Eltern in Urlaub fuhren, gemeinsame „Spielferien" in den Spielanlagen auf dem Hessenplatz und Kurfürstenplatz bieten wollten. Gleichzeitig verbanden sie dies mit einer Öffentlichkeitsarbeit, in der sie auf die viel zu geringen und großenteils noch dazu durch den Straßenverkehr gefährdeten Spielanlagen hinwiesen. In Bockenheim gibt es mindestens 1.122 Kinder unter fünf Jahren und 2.448 Jugendliche bis zu zwanzig Jahren – und für diese stehen pro Kopf nur 0,07 qm (!) Spielfläche zur Verfügung. Diese Zahlen stammen noch aus einer vor Jahren angestellten Untersuchung, und haben sich inzwischen noch weiter zuungunsten der Kinder verschlechtert. Aus einer anderen statistischen Untersuchung geht hervor, daß allein im Jahr 1973 in der BRD 1.781 Kinder im Straßenverkehr getötet wurden, 24.714 schwer und 42.403 leicht verletzt wurden!

Für die Kinder und ihre Eltern in Bockenheim ist dies keineswegs nur eine „kalte Statistik": Allein in den vergangenen drei Monaten wurden in der Marburger Straße, die die Kinder überqueren müssen, wenn sie zu den Spielanlagen auf den Hessenplatz wollen, drei Kinder von Autos überfahren und verletzt. Der letzte Unfall ereignete sich Ende Juni, wobei ein Siebenjähriger erheblich verletzt wurde und noch auf unbestimmte Zeit im Krankenhaus liegen muß.

Diese unmittelbaren Ereignisse waren der Anlaß, daß die Sozialpädagogen im Rahmen der Spielplatzaktion eine Unterschriftensammlung durchführten: an zwei Tagen, dem 2. und 3. Juli, sammelten sie 150 Unterschriften von Anliegern und anderen Eltern, mit denen gefordert wird, daß die Marburger Straße entweder ganz für den Durchgangsverkehr gesperrt wird oder aber das Durchfahren nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von zehn Stundenkilometern erlaubt sein soll. Gleichzeitig führten sie am 3. Juli mit 80 Kindern und 20 Erwachsenen eine vorübergehende Straßensperrung als „symbolische Aktion" durch, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Nach der Behauptung der Polizei war diese Aktion vorher „nicht angemeldet" worden (was natürlich in einem „Ordnungsstaat" wie der BRD ein schlimmes „Verbrechen" ist!) – hingegen verhält es sich nach Aussagen der Veranstalter sogar so, daß sie die Polizei zu dieser Aktion „eingeladen" hatten. Tatsächlich war auch ein Streifenwagen zu dieser Zeit dort abgestellt. ...

Als die Kinder nun zusammen mit den erwachsenen Betreuern mit der vorübergehenden Straßensperrung begannen, forderten die anwesenden Polizisten über Funk Verstärkung an (Die Sozialpädagogen hatten zuvor auf die Aufforderung, die Straße „freizugeben", noch erklärt, daß sie durchaus bereit seien, nach der Aktion zur Feststellung ihrer Personalien mit aufs Revier zu kommen.). Als die Verstärkung (20 Mann Bereitschaftspolizei!) eintraf, war die Aktion **b e r e i t s b e e n d e t** und Kinder und Betreuer wieder auf den Spielplatz zurückgegangen. Die Polizei jedoch



Kinder in Bockenheim/Frankfurt auf dem Weg zum Spielplatz. In den letzten drei Monaten wurden allein in der Marburger Straße drei Kinder überfahren.

ging nichtsdestoweniger zum beabsichtigten Angriff über:

In kleinen Gruppen ging sie auf einzelne Betreuer los und nahm sie fest! Dabei setzte sie s o f o r t das als „Tränengas" heruntergespielte Kampfgas „Chemical Mace" ein: gegen die umherstehenden Kinder ebenso wie gegen die Sozialpädagogen! 13 Kinder wurden teilweise g e z i e l t von diesem Kampfgas getroffen und verletzt! Der Sozialarbeiter H. M. brach unter der Wirkung dieses Gases zusammen!

Die „Frankfurter Rundschau" ließ einige der getroffenen Kinder zu Wort kommen.

Der zehnjährige Panagiotis Michalopoulus: *„Mich haben die in beide Augen gespritzt."* Tonio Martino (11) fühlte plötzlich ein Brennen auf der Haut, wie wenn man *„in Brennesseln fällt"*. Reiner-Bernhard Emmrich hatte zwei Stunden lang Schmerzen im rechten Auge: *„Das hat wie wild gebrannt."*

Sieben Sozialarbeiter haben mittlerweile eine Anzeige wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" und wegen „Verkehrsgefährdung" (!!) erhalten. In einer Stellungnahme, die die Polizeiführung herausgab, wurden die Sozialpädagogen beschuldigt, daß sie *„die Kinder in einer unverantwortlichen Art den erheblichen Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt"* hätten – wobei in diesem Zusammenhang auch noch demagogisch auf die letzten Unfälle in der Marburger Straße hingewiesen wurde, die überhaupt der Anlaß für diese Aktion und für die Forderung nach Sperrung dieser Straße für den Durchgangsverkehr waren! Die Sozialpädagogen hätten so, nach polizeilicher Umkehrung der Tatsachen, *„eindeutig gegen ihre Aufsichts- und Sorgfaltspflicht"* verstoßen und die Kinder gar *„in unverantwortlicher Weise für diese Aktion mißbraucht"*. Angesichts des Gaseinsatzes gegen die Kinder wird es allerdings wohl nur wenige geben, die der Polizei ihre zynische „Besorgtheit" um das „Wohl der Kinder" abnehmen.

Der Hergang dieses Einsatzes selbst liest sich in der polizeilichen Stellungnahme folgendermaßen: die Sozialpädagogen, die die Polizei festnehmen wollte, hätten *„passiven (!) Widerstand"* geleistet. Und weiter dann: *„Inzwischen war die Menschenmenge auf cirka 150 bis 200 Personen angewachsen, die gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung einnahmen. Aus der Menge wurde der Versuch unternommen, den Transport der sistierten Personen zu den Einsatzfahrzeugen der Polizei zu verhindern. Außerdem wurden die Beamten mit Steinen, Sand und Kies beworfen."* Der Gas-Einsatz sei dann *„nach der gegebenen Lage das gelindeste (!!) Mittel (gewesen), um die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen. Die Polizeikräfte waren gegenüber den gewalttätigen Störern (!!) zahlenmäßig stark unterlegen."* Schon vorher hatte der Kommandoführer dieses Bullentrupps gegenüber der „FR" angegeben, daß er den Gas-Einsatz befohlen hätte, *„weil er geglaubt habe, daß es weniger Schaden anrichte als der Schlagstock"!*

Abgesehen mal von dem ganzen Zynismus, der in diesen Stellungnahmen drinsteckt, kann man es nur für richtig halten, wenn die Betreuer und die Kinder diese Polizei-Provokation nicht widerstandslos hingenommen, sondern gegenüber der Polizei eine *„drohende Haltung"* angenommen haben. Trotzdem stimmt selbst diese Polizeibehauptung nicht ganz: nach Zeugenaussagen haben einige Kinder (!) erst dann mit Sand (welch bedrohliche Waffe!) nach den Polizisten geschmissen, als diese bereits mit dem Gas-Einsatz begonnen hatten – also um sich d a g e g e n z u w e h r e n.

Gegen das brutale Vorgehen der Polizei hat es eine breite Empörung gegeben. Fast alle Zeugen urteilten darüber wie eine in der „FR" zitierte 65-jährige Frau: *„Das war doch nichts Unrechtes, was die jungen Leute da getan haben. Und wenn einer provoziert hat, dann war's die Polizei."* Die SPD-Ortsvereine Bockenheim I und II (die schon in einigen anderen Fällen mit kritischen Stellungnahmen zu Einsätzen der Frankfurter Bullen an die Öffentlichkeit getreten sind), schrieben in einer Presseerklärung: *„Dieser Polizeieinsatz stellt eine neue Art Eskalation der Unverhältnismäßigkeit der Mittel dar. Er gehört in eine allgemeine Tendenz, daß neuerdings Bürgerinitiativen mit brutalen polizeilichen Mitteln zerschlagen und kriminalisiert werden sollen."* Und Mitglieder des „Justizkritischen Arbeitskreises des Schriftstellerverbandes" gaben eine Erklärung heraus, in der dieser Polizeieinsatz als eine *„gemeingefährliche Aktion"* bezeichnet wurde, und weiter: *„Wer jetzt schweigt ..., der unterstützt das faschistische Potential in der Frankfurter Polizei, der steht nicht mehr auf dem Boden der Verfassung."*

Wir meinen nicht, daß derartige Polizeieinsätze auf einen „Widerspruch zur Verfassung" reduziert werden können; und es geht auch nicht darum, gegen die „Unverhältnismäßigkeit" dieses Einsatzes zu protestieren (und damit den Einsatz „an und für sich", wenn er „weniger brutal" abgelaufen wäre, für „legitim" zu halten) – aber diese Erklärungen drücken dennoch die wachsende Empörung über einzelne Fälle von Polizeiwillkür aus.

Gerade in Frankfurt ist die Brutalität und Faschisierung der Polizei schon sehr weit vorangeschritten – und sie ist die Speerspitze einer Entwicklung, die sich im ganzen Bundesgebiet vollzieht. Die Knüppel- und Kampfgas-Einsätze gegen Fahrpreisgegner, zur Räumung von besetzten Häusern und Jugendzentren, zur Vertreibung von Menschen, die ein Straßenfest veranstalten, um gegen Verkehrs- und Lärmbelästigung in Wohngebieten zu protestieren (wie in der Bleichstraße in Frankfurt im Juni 73) – das alles zeigt eben, daß es nicht um einzelne „Unverhältnismäßigkeiten" und „Verfassungsverletzungen" geht, sondern um eine planmäßige staatliche Repression, die die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenslage der werktätigen Bevölkerung begleitet und von vornherein jeden Protest dagegen brechen soll. Der neueste Polizeieinsatz gegen Kinder ist ein alarmierendes Zeichen dafür, welchen Grad die Polizeiwillkür in Frankfurt bereits erreicht hat. Und erneut ist dies ein Aufruf dazu, den Kampf für mehr und bessere Spielplätze, für selbstverwaltete Jugendzentren, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Schulmisere, gegen den Versorgungsabbau im Gesundheitswesen usw. – den Kampf um all diese sozialen Lebensbedingungen der werktätigen und lernenden Bevölkerung gleichzeitig zu einem politischen Kampf gegen die zunehmende Polizeiwillkür und den Abbau der demokratischen Rechte zu machen. ●

KB/Gruppe Frankfurt



Die vorübergehende Protest-Sperrung der Todesfalle Marburger Str. durch die betroffenen Kinder und ihre Betreuer. Nachdem die Aktion bereits beendet war, trafen 20 Bereitschaftspolizisten ein, verfolgten Kinder und Betreuer bis auf den Spielplatz und setzt en das Kampfgas „Chemical Mace" ein. Neben einigen Sozialarbeitern wurden 13 Kinder verletzt.

Diebstahl wird zum lebensgefährlichen Job

Nach der bei der BRD-Polizei immer mehr zunehmenden Devise „erst erschießen, dann fragen", wurden in den letzten 4 Wochen wieder 2 Fälle bekannt bei denen 1 Mann erschossen wurde und der andere nur rein zufällig mit dem Leben davonkam.

Mannheim 26.6.75

Im Mannheimer Einkaufszentrum wurde ein 25jähriger Mann „auf frischer Tat ertappt", als er von innen die Scheibe einer Kneipe einschlug. Er wurde auf der Stelle erschossen (nach „FR", 27.6.75).

Die „Morgenpost" hängte dem jungen Mann noch an, daß er mit einem Beil auf die Polizisten losgegangen sei. Also ganz glasklar „Notwehr" der Polizei („MoPo", 27.6.75).

München 7.7.75

3 Männer stiegen morgens in einen Kiosk des Freibades Herrieden (Ansbach) ein und klauten 250 DM.

Da sie von Zeugen beobachtet wurden, ermittelte die Polizei auch kurz darauf den Wagenhalter ihres „Fluchtautos". Als die Bullen zur Hausdurchsuchung anmarschierten, entkam ihnen der Wagenbesitzer. Am Mittag wurde er zusammen mit 2 Männern in seinem Auto in der Innenstadt gesichtet.

Der ungeheurer schwere Raub im Kiosk war nun für die Bullen Grund genug, die 3 Männer, die „mutmaßlichen Einbrecher" („Süddeutsche Zeitung") mit teilweise 120 Std./km durch die Stadt zu jagen.

„Schließlich feuerten die Polizeibeamten zwei Warnschüsse aus einer Maschinenpistole (!!) ab, um den Fahrer des Personenwagens zum Anhalten zu veranlassen. Da der Fahrer die Warnschüsse ignorierte, gab ein Polizeibeamter gezielte Schüsse auf das Auto ab. (gezielt mit der MP?) *Er zerschoß die Reifen und traf den Tank des Wagens, der kurz darauf stehenblieb."* („SZ", 8.7.75)

Da können die 3 Männer allerdings froh sein, daß sie nicht mitsamt dem Auto in die Luft geflogen sind! ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Diesmal traf es den Richtigen Opfer in den eigenen Reihen

Am 7.7.75 wurde ein Bulle Opfer der eigenen Fahndungsmethoden der Polizei.

Ein Zivilfahnder im Jeans-Anzug (die Zeit der grauen Einheitsmäntel ist endgültig vorbei) verfolgte einen Einbrecher. Doch er war nicht der einzige Jäger. Ihm wiederum folgten die Besatzung von mindestens 2 Funkstreifenwagen. Als der Zivilbulle über einen Bauzaun klettern wollte, wurde er von den Streifenbullen für den Einbrecher gehalten, da sie „ähnlich gekleidet" waren.

Nach einem Anruf der Streifenbullen habe er *„eine ruckartige Körperbewegung gemacht, die der etwa 30 Meter entfernte Beamte als Gefahr für sich und den ihn begleitenden Beamten angesehen habe. Daraufhin habe er einen gezielten Schuß auf die Beine abgegeben"* („FR", 7.7.75) und einen Wadendurchschuß erzielt.

Laut „Morgenpost" vom 7.7.75 soll *„diese peinliche Panne bei der Berliner Polizei jetzt zu ‚ersten Konsequenzen' führen. Denn: Im Berliner Polizeipräsidium gibt es eine strenge Anweisung, wonach die Funkzentrale Streifenwagenbesatzung und Zivilfahndern mitteilen muß, daß sie einen gemeinsamen Einsatz haben. In diesem Fall wußten die einen von den anderen nichts ..."*

Und wie heißt es noch: Wenn 2 sich beschießen, entkommt der Dritte. Und so wars denn auch. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bremerhaven: Massiver Angriff auf AK-Verkauf



Schon seit Beginn des Verkaufs des ARBEITERKAMPF in Bremerhaven wurde unsere Propagandaarbeit von den Behörden behindert:

● die Personalien der Verkäufer wurden von den Bullen notiert, es wurde ihnen mehrfach mit Festnahmen gedroht und dergleichen mehr.

Ziel dabei war und ist die Behinderung des Verkaufs, die Einschüchterung der Verkäufer und die Aufhetzung der Bevölkerung gegen die Kommunisten (dadurch, daß unsere Propagandaarbeit als „illegal" hingestellt wird).

Ähnlich wurde auch bei anderen Gelegenheiten versucht, das Recht auf freie Meinungsäußerung für die Linken außer Kraft zu setzen:

● so wurde uns im letzten Jahr das Aufstellen von Plakatträgern verboten, weil dies angeblich nur im Wahlkampf und nur für „zugelassene Parteien" erlaubt sei. Einige Tage später allerdings prangten an jeder Straßenecke Plakate einer obskuren „Zeltmission"!

● Kürzlich erhielten zwei Genossen Anzeigen wegen „Sachbeschädigung", weil sie angeblich bei einer „wilden" Plakataktion beteiligt gewesen sein sollen.

Ganz offensichtlich soll Kommunisten jede Möglichkeit genommen werden, sich politisch zu äußern, für ihre Veranstaltungen zu werben usw.!

Jetzt steuert der Magistrat augenscheinlich auf die vollkommene Unterdrückung kommunistischer Propaganda hin (nebenbei soll jetzt anläßlich der Bürgerschaftswahlen im Herbst auch die Straße „frei" gemacht werden – für die Wahlkampfschau der bürgerlichen Parteien):

In einer Pressemitteilung in der „NZ" vom 18. 6. ließ die Ortspolizei verlauten, daß *„die Verteilung von Flugblättern und Zeitungen sowie das Aufstellen von Schildern im öffentlichen Verkehrsraum eine Sondernutzung der Straßen* (darstellt) ... *und einer Gebrauchserlaubnis* (bedarf)".

Allein mit dem „Genehmigungsverfahren" wäre der Willkür der Polizei Tür und Tor geöffnet: Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie so die Veröffentlichung aktueller Flugblätter vollkommen verhindert werden könnte.

Allerdings will die Stadt gleich ganz auf Nummer sicher gehen:

Mit geradezu verblüffender Dreistigkeit ließ sie in der „NZ" verkünden, eine Genehmigung werde *„nur den zugelassenen (?!) Parteien erteilt"*! Ein entsprechender Antrag der „KGB" (örtlicher KBW-Ableger) wurde bereits abgelehnt, da die „KGB" erstens eben keine politische Partei sei (obwohl der KBW zur Bürgerschaftswahl kandidiert) und zweitens *„gegen das Grundgesetz verstoßen"* wolle!

Mit der gleichen Begründung war kurz zuvor eine Klage der „KGB" gegen ein gegen sie von der Stadt verhängtes generelles Raumverbot vom Verwaltungsgericht zurückgewiesen worden.

Am Sonnabend, dem 21. 6., wollte dann die Polizei einen – natürlich nicht genehmigten – Stand der „KGB" auf der Bürgerstraße, Bremerhavens Haupt-Geschäftsstraße, verbieten. Angesichts der Aufmerksamkeit, die ihr Vorgehen bei den Passanten hervorrief (was wir natürlich unterstützten) verzichteten sie (diesmal noch) auf die gewaltsame Räumung und beschränkten sich auf die übliche Personalienfeststellung einiger Verkäufer.

Dieser Vorfall zeigt, daß die Agitation in der Bevölkerung, das sofortige Öffentlichmachen der Übergriffe der Behörden, ein wesentlicher Punkt in der Abwehr solcher Angriffe ist.

Daneben werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese unerhörte Einschränkung der Pressefreiheit zurückzuweisen.

Bislang liegen gegen drei Verkäufer Ordnungswidrigkeiten-Anzeigen vor, einer hat bereits einen Bußgeld-Bescheid über 50 DM bekommen.

Die jetzt – nach eingelegtem Widerspruch – folgenden Prozesse werden mit diesem Ziel geführt werden.

KB/ Gruppe Bremerhaven ●

Neuer Gesetzentwurf zum Todensschuß

Zur selben Zeit, wo der KOMMUNISTISCHE BUND wegen seiner Kritik am Todesschuß zu 1.500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, legte die Ständige Innenministerkonferenz ihren nunmehr zweiten Entwurf für ein neues Polizeigesetz vor.

Sein Herzstück soll die Neuregelung und Vereinheitlichung der Waffengebrauchsbestimmung werden. Danach soll der „finale (gezielte) Todesschuß" in Zukunft nicht nur gerechtfertigt sein, wenn das Leben, sondern auch wenn der „Leib" (die körperliche Unversehrtheit) eines Dritten bedroht erscheint („Gefahr für Leib oder Leben"). Dieser Unterschied ist formal unerheblich, da ohnehin schon ein Polizist in der Regel mit Straflosigkeit seiner Handlungen rechnen kann – schlimmstenfalls eine „putative (vermeintliche) Notwehr" auf jeden Fall konstruiert werden kann. Mit Sicherheit bedeutet aber die geplante Gesetzesänderung einen noch weitergehenden Schußwaffengebrauch, insbesondere mit dem Ziel der Tötung, sowie die Abrichtung der Polizisten für diese Aufgabe.

Auf das Klima der Faschisierung wirft die Polemik um die Kritik des Hamburger Justizsenators Klug (FDP) an dem Gesetzentwurf ein bezeichnendes Schlaglicht. Beispielsweise warf der Strafrechtsexperte der CDU/CSU, Spranger, daraufhin Klug eine

an dem Gesetzentwurf ein bezeichnendes Schlaglicht. Beispielsweise warf der Strafrechtsexperte der CDU/CSU, Spranger, daraufhin Klug eine

„einseitige Parteinahme zugunsten der Verbrecher" vor, sowie eine **„grobe Verkennung polizeilicher Aufgaben"**

In einem Rundfunkinterview hattete Klug seine „Kritik" so erläutert, daß die Erschießung des Bankräubers Gonzales in Hamburg (um die es im Prozeß gegen den KB ging!) eine gute Aktion der Polizei gewesen sei, gegen die kein Bürger etwas haben könne! Die Polizisten können ruhig auf den Kopf schießen (daß sie das dann allerdings auch ü b e n, mißfällt Klug, wie er sagte), aber sie sollten dabei die Hoffnung haben, den Betreffenden nicht zu töten. Es gebe ja auch, so Klug, manchmal Kopfschüsse, die nicht töten!! Da dies aber kaum vorher abzuschätzen ist, beschränkt sich Klugs makabre „Kritik" auf die Gefühle des Polizisten beim Schuß – „hoffen" soll er, bitte sehr.

Das Ungeheuerliche, ist, daß eine solche faschistoide Haltung im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima geradezu als „liberal" hingestellt werden kann und von der CDU/CSU gar als „Parteinahme zugunsten der Verbrecher" angegeifert wird. Wo d i e s e Leute n o c h hinwollen, dürfte sich daran wieder einmal zeigen! ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

gen! ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Uni Westberlin:

Uni Westberlin:

Brutaler Bulleneinsatz zum amerikanischen „Unabhängigkeitstag"

Alljährlich wird zu den US-Feierlichkeiten anläßlich ihres „Unabhängigkeitstages" am 4. Juli schon 3 Tage vor Beginn das gesamte Gelände ums amerikanische „Harnackhouse" in der „Freien Universität" (FU, die mit Spendengeldern des US-Imperialismus aufgebaut wurde) zur Bannmeile erklärt. Demgemäß sollten selbst Kundgebungen, die innerhalb der Bannmeile auch nur „zu hören" sind, mit sofort vollstreckbaren Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten (ersatzweise 2.000,– DM) belegt werden.

„KSV" und „KSB/ML" (Studentenorganisationen von „KPD" und „KPD/ML") riefen dennoch zum „Kampf gegen die Supermächte" auf, zu einer Kundgebung am 4.7. in einem FU-Gebäude. Dort hielt sich dann ein Zivilbulle auf, der allzu provokatorisch mit Walky-Talky und Knarre herumschwenzelte und eine entsprechende Abreibung empörter Studenten erhielt.

Das war das Startsignal für die draußen bereit stehenden Bullen, das entsprechende Gebäude für die nächsten 1 1/2 Stunden in ein Schlachtfeld zu verwandeln.

Während Teile der Knüppelgarde auf den Fluren wahllos auf alles losschlugen, was kreucht und fleucht, lief ein anderer Teil der Bullen schnurstracks in das Seminar, in dem sich der Vorfall mit dem staatlichen Acht-Groschen-Jungen ereignet hatte. Nachdem sie die Türen verschlossen hatten (!), begannen sie auf die in der Falle sitzenden Studenten einzudreschen. Vorgeblich sollte nach einer Pistole gesucht werden, die dem Zivilbullen angeblich abgenommen worden sein sollte.

Währenddessen wurden die Haupteingänge abgeriegelt und jeder, der rein-, vor allem aber diejenigen, die rauswollten, genauestens auf ihre Personalien kontrolliert (Anscheinend waren schon längst vorher die im Nu vorhandenen Türschlüssel besorgt worden!). Auch hier der offizielle Grund für diese Kontrolle: Die Suche nach der „vermißten" Waffe. Allerdings eine fadenscheinige Begründung, denn an den Nebeneingängen wurde nicht nach „Pistolendieben" gesucht.

„Jagdzeit" hatten die Bullen dann noch einmal gegen Abend, als sie nach einer weiteren Kundgebung jeden Studenten, der sich auf dem Universitätsgelände sehen ließ, durch die Gegend hetzten. Einer der Demonstranten wurde verhaftet.

Noch am selben Abend folgte der 2. Akt des Manövers. In den Wohnungen von 5 Genossen wurden Hausdurchsuchungen – wiederum unter dem Vorwand der „Waffensuche" – durchgeführt. Eine der Wohnungen wurde gewaltsam aufgebrochen und durchschnüffelt, weil der Genosse nicht im Hause war. Die Bullen erschienen dazu z. T. mit Panzerweste, Panzerschutz und MP im Anschlag! Drei der Genossen wurden verhaftet! Inzwischen sind alle wieder auf freiem Fuß.

Art und Weise des Vorgehens – Augenzeugen berichteten, daß von einer systematischen Suche nach einer Waffe überhaupt nicht die Rede sein konnte – bezeugen schon den lächerlichen Vorwand dieser Aktion. Vollends klar wird dies jedoch angesichts der verhafteten Personen, die da angeblich „nach Karteikarten identifiziert" worden sein sollen. Dazu kam jeden Tag ein Popo an die FU und schaute sich die Karteikarten der Studenten an, offensichtlich, um sie mit Fotos etc. des Verfassungsschutz zu „vergleichen"!

Von den Verhafteten allerdings war am Vormittag des 4.7. überhaupt keiner an der FU gewesen, was durch Zeugenaussagen bewiesen ist.



Razzia: Ein Polizist in kugelsicherer Weste und Stahlmaske in West-Berlin sichert mit einer Maschinenpistole den Hausflur

Festgenommen und inzwischen wieder freigelassen wurden die Genossen Helmut Lechner (ehemaliger Betriebsrat bei Krone und Mitglied des Westberliner Regionalkomitees der „KPD"), Horst S. und der führende KHG(KBW)-Genosse Willi Stotzka (von der PH), obwohl sich der KBW von Anfang an gar nicht an der Aktion beteiligt hatte.

Dieser erneute Einsatz der Bullen in der Universität war somit eindeutig eine Übung, um darauf vorzubereiten, in Razzien Linke mit Gewalt jederzeit festnehmen zu können. ●

Hochschulgruppe/Sympathisanten des KB / Gruppe Westberlin

„Todesschuß" auch in Italien

In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli wurde in Rom eine junge Frau beim Betreten ihrer Wohnung von einem Mitglied des „Antiterrorismo" (zentrale Abteilung der Polizei zur „Terroristenbekämpfung") durch einen Kopfschuß getötet.

Nach Angaben der Polizei war die Wohnung ein „Schlupfwinkel der „NAP" (Bewaffnete proletarische Kerne) – eine Gruppe, die den „bewaffneten Kampf" gegen den Staatsapparat führen will. Die Bullen hatten sich Zutritt zu der Wohnung verschafft und sich dort den ganzen Tag über auf die Lauer gelegt, bis spät in der Nacht die junge Frau heimkehrte und die Tür aufschloß. In diesem Moment wurde sie erschoßen. Version der Polizei: Die Frau habe gemerkt, daß jemand in der Wohnung war und habe die Tür wieder zuschlagen wollen. Dadurch sei ein direkt an der Tür stehender Polizist am Arm gestreift worden und „versehentlich" habe sich der tödliche Schuß gelöst.

Die Polizei war zunächst angeblich nicht einmal in der Lage, den Namen ihres Opfers anzugeben. Später stellte sich dann heraus, daß es die 22-jährige Anna Maria Mantini gewesen war. Sie war die Schwester von Luca Mantini, der zusammen mit einem Genossen am 29. Oktober letzten Jahres in Florenz bei einem Banküberfall von der Polizei erschossen wurde. Wie inzwischen bekannt wurde, war dieser Überfall der Polizei vorher verraten worden, möglicherweise sogar von Polizei-Provokateuren organisiert worden. Den Genossen war eine tödliche Falle gestellt worden.

Anna Maria Mantini ist die zweite revolutionäre Genossin, die in letzter Zeit von der Polizei getötet wurde: Am 5. Juni wurde bei der Befreiung des am Vortag entführten Industriellen Gancia die 30-jährige Genossin Margherita Cagol von den Carabinieri „auf der Flucht erschossen". Margherita Cagol war die Frau von Renato Curcio, der als Leiter der sogenannten „Roten Brigaden", eine Gruppe ähnlich den NAP, gilt. Renato Curcio war im letzten Jahr durch eine bewaffnete Aktion aus dem Gefängnis befreit worden; Margherita Cagol hatte diese Aktion organisiert und daran teilgenommen.

Es spricht für sich, daß Polizei und „Antiterrorismo" (daß im letzten Jahr nach dem Massaker von Brescia angeblich zur Bekämpfung faschistischer Bombenanschläge gebildet wurde!) ständig „Schlupfwinkel" von „NAP", „Roten Brigaden" u.ä. „entdecken", angebliche Mitglieder dieser Gruppen verhaften (oder gleich erschießen) – daß sie aber bis heute angeblich nicht in der Lage waren, Erfolge gegen die Faschisten zu erreichen, auf deren Konto Bombenanschläge auf Gewerkschaftskundgebungen und Züge mit zahlreichen Toten und die Ermordung mehrer Genossen der Linken kommen. Der faschistische Mordterror ist nur ein weiterer Vorwand, um den Ausbau des Staatsapparats gegen die Linke und gegen die gesamte Arbeiterbewegung voranzutreiben.

Mit dem vom italienischen Parlament im Mai beschlossenen neuen Polizeigesetz ist u.a. auch der Schußwaffengebrauch erheblich ausgedehnt worden. Praktisch kann schon der „V e r d a c h t", daß eine „schwere Straftat" begangen werden soll, den Schußwaffengebrauch rechtfertigen. Zusätzlich sind Verfahren gegen Polizisten wegen im Dienst begangener Taten (z.B. Schußwaffengebrauch) der normalen Justiz entzogen worden: diese Verfahren liegen direkt in den Händen der Generalstaatsanwälte, 20, von denen die meisten alte Faschisten sind!

Die Abrichtung der Polizei zum straflosen Töten,mit garantierter Absicherung durch die Justiz, gehört also auch in Italien zur zunehmenden staatlichen Repression. ●

„RAF"-Prozeß

Isolation mit allen Mitteln

Nach dem brutalen Rundschlag der Bundesanwaltschaft gegen die Anwälte des Vertrauens der in Stuttgart-Stammheim angeklagten „RAF"-Genossen – Diffamierungen, Behinderungen, Ausschlüsse vom Verfahren und Berufsverbot, willkürliche Verhaftungs- und Durchsuchungsaktionen, widerrechtliche Beschlagnahme von Verteidigermaterial, einschließlich aller bei den Anwälten erreichbaren Adressen-Listen – scheint man nun in die nächste Runde gehen zu wollen: Gegenwärtig läuft der Angriff gegen die Ärzte des Vertrauens. Offenbar will man die Angeklagten mit allen Mitteln weiter isolieren.

Bereits am 6. Verhandlungstag (18.6.), beantragte Genossin Ulrike für sich und die anderen drei Genossen eine ärztliche Untersuchung durch Ärzte ihres Vertrauens. *„Ich erkläre, daß ich verhandlungsunfähig bin. Ich bin nicht in der Lage, an den Stellen, an denen ich sprechen sollte, auch zu sprechen. Ich habe Assoziationsschwierigkeiten, es ist absurd zu glauben, daß die letzten drei Jahre spurlos an uns vorübergegangen sind"* („FR", 20.6.).

Alle Verteidiger sprachen dem Stammheimer Gefängnisarzt Helmut Henck jede Qualifikation als Gutachter ab. Henck jede Qualifikation als Gutachter ab. Henck hatte z. B. nach dem Tode von Siegfried Haussner zunächst Schädelbrüche durch Einwirkung von Kolbenhieben von Maschinengewehren festgestellt – diese Aussage dann aber unter Druck zurückgenommen.

Stattdessen verlangten die Verteidiger die Hinzuziehung des holländischen Arztes Prof. Sief Teuns, der sich mit den Auswirkungen der Isolationshaft beschäftigt hatte, sowie Dr. Schmitt-Vogt aus Bad Soden, der im Prozeß gegen Astrid Proll eine Aussetzung des Verfahrens und Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit erreicht hatte.

Das Gericht antwortete mit offenem Hohn: *„Frau Meinhof und Herr Baader haben bislang nicht erkennen lassen, daß bei ihnen schwere geistige und körperliche Schäden vorliegen".* Die Angeklagten seien in der Lage, den Verhandlungen zu folgen. „Im übrigen könne und müsse selbst gegen Taubstumme und Geisteskranke verhandelt werden, solange irgendeine Form der Verständigung möglich ist" („FR", 20.6.).

In Prozessen gegen Nazi-Massenmörder allerdings ist Haftverschonung, „Prozeßunfähigkeit" und Einstellung von Verfahren „aus Gesundheits- und Altersgründen" durchaus üblich!

Als die Verteidiger ihren Angeklagten während einer Verhandlungspause Kaffee und Kuchen in die Zellen brachten, forderte Richter Prinzing die Verteidiger auf, ihre „Ordonanzdienste" einzustellen. *„Wenn die Angeklagten wegen ihres ‚kaputten Kreislaufs'* (Baader) *Kaffee zur Stärkung benötigten, .., sollten sie sich dies erst vom Arzt bescheinigen lassen"* („FR", 12.6.).

Nach diesen Ungeheuerlichkeiten stellte Rechtsanwalt Schily im Namen von Gudrun Ensslin einen Befangenheitsantrag gegen Richter Prinzing und seinen Stellvertreter Foth. Insbesondere Prinzing habe bei den Vorgängen, die zum Tod von Holger Meins führten, offenbart, daß er sich den Interessen der Staatsschutzbehörden unterordne, daß ihm die „Sicherheit" über alle anderen Rechtsgüter, auch über Leben und Gesundheit der Gefangenen, gehe. Mit Wissen Prinzings hätten Ärzte Häftlinge in verschiedenen Haftanstalten bewußt gequält, z. B. durch besonders schmerzhafte Praktiken bei der Zwangsernährung und durch Entzug des Trinkwassers während des Hungerstreiks.

Das Gericht wies diesen, sowie alle weiteren Befangenheitsanträge kurzerhand ab!

Das Gericht begnügte sich aber nicht damit, die Befangenheitsanträge abzuschmettern, sondern ließ durch den Pflicht„verteidiger" Künzel drohen, der Antrag müsse wegen seines *„hohen Unrechtsgehalts" „strafrechtliche Konsequenzen"* haben („FR", 3.7.) !!!

Vor diesem Hintergrund erklärte sich die Bundesanwaltschaft am 9.7. dann bereit, einer „Untersuchung" zuzustimmen. „Allerdings könnten dazu keine Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe gehören". Stattdessen soll ein 12köpfiges „unabhängiges Ärzteteam" auf die Gefangenen losgelassen werden, ähnlich der Zuweisung von „Pflichtverteidigern" anstelle der abgeschossenen Anwälte des Vertrauens.

Eine „unparteiische" Diagnose ist von diesen Ärzten nicht zu erwarten. Eine Reihe von Beispielen beweist, welche Qualität die „Untersuchungen" und „Gutachten" der von den Staatsschutzbehörden bestellten Pflicht-Ärzte haben:

Am 30. April starb Siegfried Haussner an den Folgen eines medizinisch unverantwortlichen Transports von Schweden über Köln nach Stuttgart-Stammheim. Nach Ansicht eines schwedischen Arztes war der Transport des Schwerverletzten wegen der Verbrennungen und Schädelverletzungen ein klares Todesurteil. Verantwortlich für seine Behandlung in Stuttgart Stammheim war Anstaltsarzt Helmut Henck. Er stellte bei der Obduktion mehrere Schädelbrüche fest. Gerichtsmediziner Dr. Rauschke dagegen konnte angeblich nichts finden... Daraufhin nahm Henck seinen Befund zurück

Am 29.6. starb Katharina Hammerschmidt an einem Tumor. *„Monatelang übersahen beamtete Mediziner die tödliche Erkrankung ... Sie behandelten sie erst gar nicht, dann mit Wasser-Pillen"* („Spiegel", 28/75). Erst als sich nächtliche Erstickungsanfälle häuften, entschieden die zuständigen Richtet auf Haftverschonung – damit aber war das Todesurteil schon gesprochen, weil der Tumor bereits zu weit entwickelt war.

Am 13.6. wurden in der Haftanstalt Zweibrücken die Genossen Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann während einer von der 4. Strafkammer angeordneten ärztlichen Untersuchung schwer mißhandelt. Zum Vorgehen der dortigen Ärzte schreibt die „Frankfurter Rundschau": *„In der Strafanzeige, die sich auf die Schilderungen von Grundmann und Grashof stützt, heißt es, Inspektor Bouquet sei am 28. Mai mit mehreren Vollzugsbeamten und dem Amtsarzt in der Zelle Grundmanns erschienen und habe erklärt, der Arzt wolle ihn untersuchen. Noch während er gesprochen habe und bevor Grundmann irgendetwas habe erwidern können, hätten sich die Beamten auf Grundmann gestürzt und ihn in die sogenannte ‚Intensivstation" geschleift. Obwohl Grundmann zu erkennen gegeben habe, daß er ‚unter keinen Umständen' bereit sei, eine derartige Untersuchung zuzulassen, sei er auf ein Bett gefesselt worden. Der*



Amtsarzt habe erklärt: Wenn Sie sich wehren, tut es Ihnen und nicht mir weh, ich erfülle nur einen Auftrag! Mehrere Beamte hätten dem ‚unbeweglich gefesselten' Grundmann mehrmals ein Kissen solange ins Gesicht gedrückt daß er unter Erstickungsanfällen gelitten habe. Mindestens acht Beamte hätten sich auf Grundmann gesetzt. ‚Jedesmal, wenn er versuchte, sich unter unerträglichen Schmerzen zu bewegen, legte ein Beamter seinen Ellenbogen unter das Genick und zog ganz plötzlich so fest an den Haaren, daß er jeweils für kurze Zeit das Bewußtsein verlor' ".

Ähnlich erging es dem Genossen Grashof: *„Als Grashof nach der Zwangsuntersuchung das EKG-Gerät umgeworfen habe, hätten ihn die Beamten zu Boden gerissen und ihm ‚ständig und mit voller Wucht gegen den Kopf und gezielt gegen den Oberkörper' getreten. Danach hätten sie ihn ‚bewußt mit dem Kopf zuerst gegen den Stahlrahmen der Tür' geworfen. Auf dem Rückweg in die Zelle sei er getreten worden. ‚Vom Zelleneingang warfen sie Manfred Grashof mit voller Wucht mit dem Kopf zuerst unter das Waschbecken gegen die Bettkante, wo er zunächst besinnungslos liegenblieb', heißt es in der Anzeige weiter. Zwei Stunden später sei Grashof unter Verdacht auf eine Wirbel- und Schädelfraktur in das Krankenhaus Zweibrücken eingeliefert worden. Er müsse jetzt eine Halsmanschette tragen und könne seinen Kopf nicht mehr bewegen"* („FR", 14.6.).

Angesichts solcher Folter-Methoden durch die offiziell bestellten Ärzteteams ist es für die Genossen eine Frage des physischen Überlebens, darauf zu bestehen, durch Ärzte ihres Vertrauens untersucht zu werden.

Am 10.7. lehnte das Gericht schließlich auch den Antrag der Verteidigung auf Hafterleichterung für die Angeklagten ab. Laut einer Bestimmung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch darf Einzelhaft



ohne Zustimmung (das soll wohl komisch sein ?) des Gefangenen die Dauer von insgesamt drei Jahren nicht überschreiten. Das Gericht lehnte den juristisch einwandfreien Antrag ab. Begründung: Die Gefangenen hätten „gemeinsamen Hofgang" und „gemeinsamen Umschluß" (Gespräche der vier) gehabt, eine Erleichterung sei deswegen nicht nötig. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Darmstädter Antifaschist verurteilt

Am 11. Juli 1975 verurteilte der Darmstädter Richter Schramm einen 34-jährigen Ingenieur zu einer Geldstrafe von DM 1.000,–. Er wurde für schuldig befunden, im August 74 während einer antifaschistischen Protestaktion gegen den Auftritt des faschistischen Oberhetzers Löwenthal drei Stühle durch den Saal geworfen zu haben. Die Anklage stützt sich dabei auf die Erinnerungen eines Polizeibeamten, der behauptete, die „Tat" gesehen zu haben. Diese Zeugenaussage war allerdings recht fragwürdig; schließlich wurde zugegeben, daß sich auch anhand von Fotos nicht immer zweifelsfrei feststellen lasse, ob jemand einen Stuhl während der Saalkämpfe z. B. geworfen oder aufgefangen habe.

Bei dem angeklagten Ingenieur war die Sache aber offenbar klar – kein Wunder: in der „Frankfurter Rundschau" war ja auch zu lesen, daß dieser Antifaschist Mitglied der „KPD/ML" sei. (Zu dieser Zeit beteiligte sich die „KPD/ML" noch an „KPD/ML" sei. (Zu dieser Zeit be- teiligte sich die „KPD/ML" noch an antifaschistischen Aktionen). Damit bedürfte es dann natürlich keiner weiteren Beweise ...

Es wundert dann auch nicht, daß kein einziger der faschistischen Sympathisanten Löwenthals angeklagt wurde, die ihrem Oberhetzer mit Gewalt die Durchführung seiner Veranstaltung ermöglichen wollten. Richter Schramm hatte noch in einem früheren Prozeß gegen einen anderen Antifaschisten, der ebenfalls an der Protestaktion gegen Löwenthal teilgenommen hatte, erklärt, ein *„Wehren gegen solche Figuren wie Löwenthal"* sei „rechtens", es komme allein darauf an, welcher Mittel man sich bediene (nach „FR", 12.7.75).

Der antifaschistische Student wurde seinerzeit zu DM 200,– Strafe für eine Ohrfeige an Löwenthal verurteilt (die Ohrfeige ging dem Richter zu weit beim „Wehren").

Aber schon diese Erklärung rief seinerzeit sofort den Protest der CDU-Landtagsfraktion hervor. Sie sah in dieser Meinungsäußerung eine *„unglaubliche politische Wertung und Diffamierung eines kämpferischen Demokraten* (uff!) *wie Löwenthal".* Die SPD/FDP-Regierung beteiligte sich an der Hetzkampagne, indem sie über ihren Justizminister den Prozeß „überprüfen" ließ.

So war der zweite Prozeß mit demselben Richter und ebenfalls gegen einen Antifaschisten auch gleichzeitig eine Bewährungsprobe für die Klassenjustiz.

Ein Befangenheitsantrag der Verteidigung, da Schramm *„in seiner richterlichen Freiheit eingeschränkt"* worden sei, wurde glattweg abgelehnt. Schramm erklärte sich für *„nicht unter Druck gesetzt":* Er ließ den Saal wegen Singens antifaschistischer Lieder und Parolen räumen, während die Forderung des Anwalts, daß die mit Schußwaffen ausgerüstete Polizei den Gerichtssaal zu verlassen habe, abgelehnt wurde.

Das Ergebnis: DM 1.000,– Strafe und die Erkenntnis, daß die Klassenjustiz gegen Antifaschisten auch dann funktioniert, selbst wenn sich der Richter irgendwo im Hinterkopf als Antifaschist verstehen mag. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Nürnberg:

Freispruch für Nazi-Bande

„Auf dem rechten Auge blind", ist seit eh und je die Devise der (west) deutschen Justiz gegenüber Faschisten.

Getreu dieser Devise wurde Anfang Juli in Nürnberg der Nazi Hoffman freigesprochen. Hoffman hatte aus verhetzten Jugendlichen eine sogenannte „Wehrsportgruppe" aufgebaut, die militärisches Training Schießübungen, Gewaltmärsche, Nahkampf-Techniken etc.) absolviert hatte und sich auch „praktisch" betätigt hatte – z.B. mit Messern, Schlagringen und Totschlägern als Schlägertrupp für die NPD im bayrischen Landtagswahlkampf 1974 und mit einem Überfall auf ein DKP-Büro in Fürth.

Nichts davon interessierte jedoch das Gericht. Nur der § 3 des Versammlungsgesetzes *(„Es ist verboten, öffentlich oder in einer Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen")* war Prozeßgegenstand.

Und hier „argumentierte" Hoffman nun geradezu halsbrecherisch: Seine „Wehrsportgruppe" sei gar nicht politisch gewesen, er habe die Jugendlichen bloß von der Straße wegbringen wollen, er habe „aus purem Idealismus sozialpädagogische Arbeit leisten" wollen usw. usf.

Die faschistischen Freunde Hoffmans im Sitzungsraum folgten beifällig dieser frechen „Argumentation". Mitglieder der „Wehrsportgruppe" sagten als Zeugen aus, daß wirklich „alles ganz unpolitisch" gewesen sei (nur ein Zeuge machte eine Ausnahme). Um der Frechheit den i-Punkt aufzusetzen, verteilte der „Kampfbund Deutscher Soldaten" ungestört im Gericht (!!) ein Flugblatt, wo lamentiert wurde, Hoffman habe *„mit bewunderswertem Idealismus"* und *„frei von jeder Politik"* die Jugendlichen *„von der Straße holen"* und *„sie in bestem Geist zu Disziplin, Ordnung und Verteidigungsbereitschaft erziehen"* wollen. – Dieser Kampfbund Deutscher Soldaten" (Vorsitzender Schönborn) gehört zu einem besonders üblen faschistischen Block, der durch antisemitische Mordhetze und Überfälle von sich reden gemacht hat und die Bildung einer neuen NSDAP betreibt (siehe AK 63, S. 42) – alles ungestraft, versteht sich ...

Angesichts dieser widerlichen Schmierenkomödie (die Neonazis als „ganz unpolitische" Biedermänner) fiel dem Gericht tatsächlich nichts besseres ein als ein Freispruch: ***„Bei der umstrittenen Wehrsportgruppe Hoffmans sei der Tatbestand des Uniformtragens als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung, und nur dies sei strafbar, nicht nachzuweisen gewesen"*** („FR", 3.7.75). Zum Hohn erschienen die meisten Zeugen der Hoffman-Gruppe mit schwarzem Hemd („Ich habe Trauer") und Totenkopf-Zeichen („Weil's so schön ist").

In den letzten Jahren sind, von der bürgerlichen Presse weitestgehend totgeschwiegen, mehrfach bewaffnete faschistische Banden bekannt geworden:

- ▶ Im Mai 1970 wurden 35 (!!) Mitglieder einer „Europäischen Befreiungsfront" (EBF) festgenommen, die über acht Städte Nordrhein-Westfalens verstreut waren. Eine große Zahl von Waffen wurde bei ihnen gefunden. Alle 35 waren in der NPD, viele davon mit führenden Funktionen in NRW – u.a. die Kreisvorsitzenden von Köln, Oberhausen und Krefeld, vier stellvertretende Kreisvorsitzende und drei Funktionäre des NPD-„Ordnerdienstes" („Welt", 31.5.70).
- ▶ Im Februar 1971 wurden zwölf Mitglieder einer weiteren bewaffneten faschistischen Bande in NRW festgenommen. Auch hier waren die meisten in der NPD. Außer Waffen wurde allerlei Nazi-Dreck (Hakenkreuz-Fahnen, NS-Literatur etc.) gefunden.
- ▶ 1972 wurde eine kleinere bewaffnete „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland" aufgedeckt.

Die ersten beiden Fälle (über die dritte Gruppe sind uns keine Einzelheiten bekannt) sind typisch für das Vorgehen des Staates:

Die „EBF" war unmittelbar von einem Agenten des „Verfassungsschutz", dem V-Mann Helmut Krahberg, mitgegründet und – aufgebaut worden; Krahberg hatte auch Waffen besorgt und neue Mitglieder geworben („FAZ", 4.5.72; „FR", 16.5.72 u.a.).

Die 1971 aufgeflogene Gruppe stand schon lange zumindest „unter Beobachtung" des „Verfassungsschutz"; ihre „Entdeckung" erfolgte aber erst durch einen Zufall – nachdem nämlich bei einer Verkehrskontrolle im Auto von einem der Faschisten ein ganzes Waffenarsenal gefunden wurde („FR", 14.2.71).

Das heißt, daß der VS der Bildung bewaffneter faschistischer Banden zumindest zusieht, eventuell direkt ihren Aufbau vorantreibt.

Das entspricht scheinbar dem Verhalten des VS gegen linke Gruppen („RAF" etc.), wo der VS ebenfalls mit V-Leuten „beobachtend" oder aktiv provozierend mitmischt. Gegenüber Gruppen wie der „RAF" dient das einem klar definierten Zweck: Durch „Beobachtung" an möglichst viele Mitglieder und Helfer heranzukommen; durch Duldung oder gar Provozierung bestimmter Aktionen Stoff für die massive Hetzkampagne gegen die gesamte Linke zu schaffen.

Im Unterschied dazu werden aber faschistische Aktivitäten stets h e r u n t e r gespielt; und obwohl die Nazi-Banden vom VS „beobachtet" worden waren, wurde beispielsweise den offensichtlichen Verbindungen zum NPD-Apparat überhaupt nicht nachgegangen.

Man muß schlußfolgern, daß die Aktivität des VS in faschistischen Banden keineswegs der Aufklärung dient, sondern als aktive Mithilfe beim Aufbau illegaler faschistischer Strukturen zu interpretieren ist – wie es aus Italien seit langem bekannt ist. So haben auch Prozesse gegen die Nazis nicht die Funktion, diese Leute nachdrücklich zu bestrafen, sondern sollen ihnen in der Regel nur einen mäßigen „Denkzettel" erteilen. So auch im Prozeß gegen die „EBF". Zwar mußte das Gericht feststellen, die „EBF" habe *„mit Waffengewalt linkstendierende Gruppen sowie Rundfunk- und Pressekommentatoren bekämpfen und kidnappen"* wollen; *„versuchte* (??) *Gründung einer kriminellen Vereinigung"* und *„verschiedene Verstöße gegen das Waffengesetz"* („SZ", 19.7.72) wurden ebenfalls als bewiesen angesehen. Trotzdem wurden überhaupt nur acht der Faschisten (von 35 Festgenommenen!) vor Gericht gestellt, davon drei freigesprochen. Die restlichen fünf kamen mit Strafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr davon – und alles „zur Bewährung"!! Die Aktivität von VS-Krahberg wurde dabei auch noch als Milderungsgrund für die Faschisten gerechnet!

Offensichtlicher kann die Schützenhilfe des Staates für die Faschisten wohl nicht sein. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauenknast Frankfurt-Preungesheim
Jetzt sind die Zellentüren geöffnet – wie lange noch ?

Ende Juni war die „Frankfurter Rundschau" („FR") voll des Lobes: „Leuchtendes Beispiel für den humanen Strafvollzug", „Ehrenplatz im Herzen der Gefangenen", „Musterfall der Humanisierung im bundesdeutschen Strafvollzug" und als eine Schlagzeile am 30.6.: „Jetzt sind die Zellentüren geöffnet".

Der Schmus galt dem Ausscheiden von Helga Einsele, Anstaltsdirektorin des Frauengefängnisses Prangesheim, des neben Aichach in Bayern größten Frauenknastes in der BRD.

Die „demokratische Sozialistin" (eigene Standortbeschreibung) schätzte sich selbst allerdings realistisch ein als *„ein Paradepferd - doch die anderen Gäule im Stall vergißt man"* („FR", 30.6.75).

Hervorgehoben wurde in der „FR":

- Aufhebung der Isolation der Gefangenen untereinander, da die Zellentüren tagsüber offenbleiben
- Einrichtung des Mutter-Kind-Hauses
- Einrichtung einer gefängniseigenen Berufsschule.

Nichts zu lesen ist von folgendem Vorfall, der sich nur einen Monat zuvor im Frauenknast ereignet hatte:

Am 20.5.1975 legten 20 Mädchen der Jugendstation die Arbeit nieder. Der Tages-Lohn sollte von DM 2,- (!) auf DM 1,50 (!!) gesenkt werden. Bis zum 22.5. passierte nichts, die Anstaltsleitung ignorierte den Streik.

Am 22.5. wurde die Gefangene G. wegen eines angeblichen Fluchtversuches in Isolationshaft genommen, sie trat daraufhin in den Hungerstreik. Die 20 Mädchen, die die Arbeit niedergelegt hatten, schlossen sich dem Hungerstreik an.

Eine ärztliche Überwachung fand nicht statt, die notwendigen Tabletten wurden verweigert.

Als am 25.5. vor dem Knast eine Kundgebung mit 40 Personen stattfand, wurden die Jugendlichen flugs wieder eingeschlossen.

Helga Einsele forderte sie auf, sofort den Hungerstreik abzubrechen, anderenfalls würden die Zellen ab sofort wieder ständig geschlossen bleiben.

Die „Reform" ist also nichts weiter als ein perfektes Druckmittel! Da H. Einsele außerdem die Zusage gab, daß sie sich „persönlich" darum kümmern wolle, daß der Lohn nicht gesenkt werde, brachen die Mädchen vorerst ihren Streik ab (nach „Nacnrichten-Dienst" Nr. 9, Frankfurter Gefangenenrat).

Knast für Kinder?

Auch das Mutter-Kind-Haus ist beim grundsätzlicherem Hinsehen kaum als „Reform" zu bezeichnen.

Der Frankfurter Gefangenenrat schreibt dazu im „Sozialistischen Nachrichtendienst" vom 11.8.74:

„Wem ist mit diesem Kinderknast geholfen? Etwa dem Kind, das von einer Pflegerin, die nicht besser oder schlechter ist als eine im Kinderheim, betreut wird? Daß es die Mutter vielleicht dreimal täglich sieht – eine halbe Stunde. Weiß so ein Kind wirklich, ob die Besucherin die Mutter ist? Wächst es nicht in einer völlig verkehrten Welt auf – einer Welt, die mit einer fünf Meter hohen Mauer und mit Stacheldraht, Gittern und Beton umgeben ist.

Oder ist der Justiz damit geholfen, daß man das Kind als Druckmittel gegenüber der Mutter verwendet. Indem man ihr bei „guter Führung" ein längeres Zusammensein mit ihrem Kind erlaubt? "

Eine humane Lösung wäre eine Reform, die vorsieht, daß schwangere Frauen und Frauen mit Kleinkindern generell Haftaufschub bekämen!

Zur Berufsschule bliebe noch zu sagen, daß dieses mal wieder ein „Modellversuch" ist, der nur einer ganz geringen Anzahl von Frauen überhaupt eine Ausbildung bietet. ●

Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

MAD – verhört, bespitzelt und fordert zur Denunziation auf !

Ein Soldat unserer Kompanie ist nach vorheriger Genehmigung seiner Vorgesetzten nach Albanien in Urlaub gefahren. Unmittelbar nach seiner Rückkehr baten ihn der Sicherheitsoffizier und 2 MAD'ler zum „Gespräch". Sie zeigten erstaunliches Interesse an der Organisation der Reise („welcher Verband hat sie organisiert? ") und den Reiseteilnehmern („nennen Sie ein paar Namen, Beruf, Wohnort etc"). Auch die Namen der albanischen Dolmetscher versuchten sie (allerdings vergeblich) zu erfahren. Weiter meinten diese „sauberen" Herren, daß niemand, „nur um sich zu erholen" oder „weil es so billig" sei, nach Albanien fährt – sondern hier müßten „politische Motive" vorliegen.

Das war zugleich der Übergang zu einer „härteren Gangart" des Verhörs. Jetzt endlich wurde die „Katze aus dem Sack" gelassen. Dem Soldaten wurde vorgeworfen, er sei Mitglied im KBW und einer (inzwischen längst nicht mehr existierenden) lokalen kommunistischen Jugendgruppe: Die „Beweise" dafür stammen größter Wahrscheinlichkeit nach aus den Unterlagen der politischen Polizei, des Verfassungsschutzes und der **örtlichen Gewerkschaftsführung!** So wurden dem Soldaten verschiedene Flugblätter benannt, jeweils unter Angabe der Überschrift, des Verteilungsortes und des Datums, die er angeblich verteilt bzw. für die er verantwortlich gezeichnet haben soll.

„Leider" hatten die MAD'ler die Flugblätter nicht dabei. Sollte da etwa angesichts der staatlichen Sparpolitik kein Geld für Fotokopien des Gestapo-Archivmaterials dagewesen sein? Weiter zeigten sich die MAD'ler auch über die engagierte gewerkschaftliche Tätigkeit des Soldaten informiert. Sie wußten, daß er Jugendvertreter gewesen war und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war. Diese Informationen können ausschließlich von der Gewerkschaftsführung stammen. Solche Tatsachen (!) sprechen leider eine viel deutlichere Sprache über den politischen Standort der Führung der DGB-Gewerkschaften, als so manche schwammige Rede, wie sie gerade der 10. DGB-Kongreß en masse gebracht hat.

Neben der Zusammenarbeit des MAD mit den Organen des bürgerlichen Staates und der Gewerkschaftsführung reicht seine Gesinnungsschnüffelei bis hinein ins tägliche Ge-

MAD mit den Organen des bürgerlichen Staates und der Gewerkschaftsführung reicht seine Gesinnungsschnüffelei bis hinein ins tägliche Ge-

schehen bei der Bundeswehr. So wurde dem Soldaten vorgehalten, daß er es abgelehnt habe, sich während des Dienstes, am Arbeitsplatz, für die Militaristenzeitschrift „Heer" fotografieren zu lassen.

Da der Soldat sich weder „ausquetschen" ließ noch die gewünschten Antworten gab, starteten die staatlich beauftragten Gesinnungsschnüffler zu einem letzten „traurigen Akt". Im Beisein des Disziplinarvorgesetzten forderten sie ihn auf, den Spind zu öffnen, wo sie tatsächlich „politische Literatur" fanden und gierig notierten. Das Mitnehmen von kommunistischen Zeitungen in die Kaserne ist nach den herrschenden Gesetzen übrigens (noch) nicht verboten. ●

Ein Soldatengenosse

Lehrstück über bürgerliche „Rechtsgleichheit"

Ein Beispiel für „Rechtsprechung" im Kapitalismus war am 29.4.75 in der „Frankfurter Rundschau" zu finden.

Ein Arbeitsgericht stellte zur Klage einer Büroangestellten fest, daß ihr der frühere „Arbeitgeber" noch an die DM 4.000,- zu zahlen habe. Die Firma dieses „Arbeitgebers" aber hatte inzwischen Pleite gemacht und der Besitzer hatte, wie das so bei Konkursen üblich ist, mit irgendwelchen Tricks sein Geld beiseite geschafft. Der Konkurs mußte „mangels Masse" eingestellt werden Für die Angestellte war also nichts zu holen. Das Arbeitsgericht, das noch ca. DM 80,- vom „Verlierer" des Prozesses (also vom Kapitalisten) zu kriegen hatte, schickte die Rechnung nun an die betrogene Kollegin. Sie hätte ja geklagt und „Recht" bekommen, aber der „Verlierer" sei zahlungsunfähig.

Eine besondere Schweinerei dieses Arbeitsgerichts? Aber Nein! Genau so ist es im sogenannten Gerichtskostengesetz „unseres Rechtsstaats" festgelegt. Der ganze Zynismus der bürgerlichen Rechtsprechung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung wird schließlich in dem Rat eines Mitarbeiters des Arbeitsgerichts deutlich: *„Frau F. sollte doch bei der Gerichtskasse Stundung beantragen und die Summe dann in Raten bezahlen. Da ist man immer großzügig."* Was „unternehmerisches Risiko" bei

uns bedeutet war ja schon lange klar. Mitarbeiters des Arbeitsgerichts deutlich: *„Frau F. sollte doch bei der Gerichtskasse Stundung beantragen und die Summe dann in Raten bezahlen. Da ist man immer großzügig."* Was „unternehmerisches Risiko" bei

uns bedeutet, war ja schon lange klar. Aber an diesem Fall zeigt sich auch wieder, was „gleiches Recht für alle" in der kapitalistischen BRD heißt: Der Kapitalist betrügt seine Angestellte um DM 4.000,-; diese klagt, kriegt – ausnahmsweise – sogar Recht – und muß noch die Schulden des Kapitalisten beim Gericht bezahlen. – „Rechtsprechung" oder legalisierte Spitzbüberei der Kapitalisten? ? ? ●

Ein Genosse der Gesundheitsgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Hameln - Spitzel frech wie Oskar

Kürzlich fand in Hameln eine Veranstaltung des KBW-„Komitees gegen den § 218" statt, an der hauptsächlich Mitglieder der Jugendzentrumsinitiative (JZI) teilnahmen. Um Kontakt mit einem noch unbekannten Teilnehmer aufzunehmen, fragte ihn ein JZIler, was er denn so mache. Darauf sagte dieser ganz offen, er komme von der Kripo, als Urlaubsvertretung für einen Verfassungsschützer. Um sich anzubiedern, erzählte er dann eine rührende Story von seinem, ach so traurigen Leben: Er hätte ja leider kein Abitur, wäre beim Bund gewesen und dann eben bei der Polizei gelandet; dieser Job mache ihm keinen großen Spaß. Wir sollten ihm bloß einige Flugblätter und Broschüren geben, damit er gegenüber seinem Chef einen Arbeitsnachweis habe. Ansonsten tat er ziemlich desinteressiert. Mit dieser fiesen Taktik gelang es ihm, uns einzuwikkeln. Wir dachten, wenn ein Bulle so an seinen Job rangeht, kann er uns nicht gefährlich werden. Unser Vertrauen ging sogar so weit, daß wir ihm die nächsten Termine der JZI nannten! Nach der Veranstaltung ging er mit uns in die Kneipe und setzte dort seine Anbiederungsversuche fort: Eigentlich habe er es auf einen Rauschgifthändler abgesehen. Ansonsten sei ja in Hameln wenig los, wenn man es mit Hannover vergleiche. Erst nachdem der Spitzel gegangen war, ging einigen von uns ein gewaltiger Kronleuchter auf. Wir beschlossen, den Spitzel das nächste Mal vor die Tür zu setzen.

In der Zwischenzeit ereignete sich folgendes: Als ein JZIler sich den Wagen des Spitzels mal aus der Nähe ansehen wollte, packten ihn einige Bullen und schleppten ihn zum Revier. Dort wurden ihm die Personalien abgenommen und er wurde nach Namen von Mitgliedern der JZI gefragt. Als die Bullen nichts aus ihm herausbekommen konnten, ließen sie ihn wieder laufen.

Beim nächsten Treffen des „Komitee gegen den § 218" erschien der Spitzel sogar mit einem Funkgerät unterm Arm. Diesmal setzten wir ihn jedoch gleich vor die Tür.

Beim nächsten Treffen des „Komitee gegen den § 218" erschien der Spitzel sogar mit einem Funkgerät unterm Arm. Diesmal setzten wir ihn jedoch gleich vor die Tür.

Im Nebenraum versuchte er dann ohne Erfolg, einige Lehrlinge aus dem Lehrlingsheim, in dem wir tagten, gegen uns aufzuhetzen, wahrscheinlich, um sie für Spitzeldienste zu gewinnen. Wir sehen hierin den bisherigen Höhepunkt der Einschüchterungs- und Spaltungsversuche seitens der Stadt, die die berechtigte Forderung der Jugendlichen nach einem eigenen Haus ablehnt. ●

AK-Leser
aus der JZI Hameln

Bremerhaven:

Faschistische Anschläge auf „Arbeiterbuch" und DKP-Büro

In der Nacht zum Dienstag, dem 24.6., wurden im Arbeiterbuch – einer linken Buchhandlung. in Bremerhaven – die Schaufensterscheibe und die Scheibe der Eingangstür mit Pflastersteinen zertrümmert. Offensichtlich die gleichen Täter zerstörten in der gleichen Nacht ebenfalls die Fensterscheiben des örtlichen DKP-Büros.





In einer Erklärung des Arbeiterbuch heißt es dazu:

„In einer Nacht zwei Anschläge auf linke Einrichtungen – das zeigt eindeutig die braune Ecke, in der die Täter zu suchen sind ...

Dies ist nicht das erste Mal, daß auf linke Buchhandlungen rechtsradikale Anschläge durchgeführt werden. Gerade in letzter Zeit häufen sich derartige Provokationen ...

Die von der Bourgeoisie betriebene Hetze gegen kommunistische und andere fortschrittliche Organisationen, die sich gegen die gesamte Arbeiterklasse richtet, ist die Grundlage, von der aus solche Anschläge durchgeführt werden ...

Es ist daher auch völlig verkehrt, davon auszugehen, der Staat würde sich nun um eine entsprechende Verfolgung der Täter bemühen.

Im Fall des Anschlags auf das Arbeiterbuch hat die Polizei zwar nachts den Fall aufgenommen, es jedoch nicht für nötig gehalten, den Besitzer zu informieren, so daß wir erst bei Ladenöffnung von dem Anschlag erfuhren. Als der Inhaber auf dem zuständigen Revier Anzeige erstattete, wurde ihm jederlei Auskunft verweigert. Obwohl wir z. B. von einem Anwohner erfuhren, ein Beamter habe von einer Täterfeststellung beim Anschlag auf das DKP-Büro gesprochen ...

Es wird daher bei der Bevölkerung und bei uns selbst liegen, diese Anschläge weitestmöglich aufzuklären, auch um schlimmere Untaten der Faschisten zu verhindern.

Einen Beitrag zum Kampf gegen die faschistischen Umtriebe leistet das Arbeiterbuch, indem es Literatur vertreibt, die zur politischen Klarheit über Hintergrund und Zusammenhänge beitragen. Das ist mit ein Grund für den Anschlag auf uns." ●

KB / Gruppe Bremerhaven

Wenn Bullen prügeln, werden die Opfer verurteilt

Januar letzten Jahres reparierte der Arbeiter Dieter Haenisch aus Berlin nach 20 Uhr seinen Fußboden. Eine Nachbarin fühlte sich gestört und holte die Polizei.

2 Bullen mit Namen Prau und Behrend stürmten nach dem Öffnen die Wohnung. Haenisch hatte gerade mit einem Zimmermannsbeil gearbeitet. Der eine Bulle zog seine Waffe und drückte gezielt auf Haenisch ab. Die war nicht durchgeladen. Als er dies nachholte und wieder zielte, geriet Haenisch in Panik, griff sich das Beil und bedrohte die Bullen, sie sollten ihre Waffen hinlegen. Seltsamerweise parierten die Bullen und Haenisch legte sein Beil ebenfalls beiseite. Ein guter Moment, anzugreifen! Die Bullen schlugen Haenisch mit der stumpfen Seite des Beils über den Kopf und traten ihn in die Geschlechtsteile. Nachdem die Bullen Haenisch krankenhausreif geschlagen hatten, kam er zuerst auf die Wache, später auf sein Verlangen ins Krankenhaus. Zuerst wurde er dort als Besoffener abgewiesen, dann jedoch operiert. Ein Hoden mußte ihm abgenommen (!) werden.

Nach dem Krankenhausaufenthalt mußte Haenisch eine einjährige Untersuchungshaft absitzen, dort gingen die Schlägereien weiter. Inzwischen ist durch Schläge auf den Kopf seine Sehkraft so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß Erbilindungsgefahr besteht.

Die Verhandlung gegen Haenisch fand am 12.5. dieses Jahres statt.

Die Gutachten zweier Ärzte, die Verletzungen von damals seien wahrscheinlich auf Fußtritte zurückzuführen, wurden ignoriert.

Die beiden Polizisten dagegen leugneten alles ab und behaupteten, sie hätten keine Schmerzensäußerungen vernommen. Das Gericht kam zum Schluß, daß die Schmerzempfindlichkeit des Angeklagten ein „Phänomen" sei, nicht zu erklären. Haenisch selbst wurde als Lügner und Querulant hingestellt, dem man strafmildernd noch „verminderte Schuldfähigkeit" zugestand, da er als Drillinggeburt das „abwegige Verhalten (?) seiner Mutter geerbt" hätte.

Der Staatsanwalt forderte 1 1/2 Jahre Knast. Das Gericht entschied auf 3 Jahre Knast. Wegen „Versuchten Totschlags und Widerstands gegen die Staatsgewalt". Als „strafmildernd" wurde ihm zugestanden, daß er durch die Verletzung „schon genug" bestraft sei, sonst hätte die Strafe „doppelt" so hoch ausfallen müssen.

Den Bullen wurde kein Haar gekrümmt, sie walten weiterhin „ihres Amtes".

(nach „Informationsdienst" Berlin, Nr. 83 vom 7.6.75) ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Die sogenannte „Nach-Vietnam-Politik“ des US-Imperialismus: Noch aggressiver!



Im ersten Teil dieser Artikelfolge sind wir auf verschiedene grundsätzliche Aspekte der Globalstrategie eingegangen, die der US-Imperialismus nach seiner Niederlage in Indochina entworfen und deren Durchsetzung er mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen im Bereich der konventionellen und nuklearen Rüstung, dem Ausbau und der Neugruppierung seines weltweiten Stützpunktsystems eingeleitet hat.

Zusätzlich zu den politisch-militärischen Entscheidungen und Maßnahmen haben die US-Imperialisten eine hysterische Kriegspropaganda entfaltet, deren Höhepunkte darin bestanden, die Rohstofförderländer mit konventionellen amerikanischen Truppen und andere Länder (z.B. das sozialistische Korea) gar mit Atombomben zu bedrohen.

Ebenso wie die „neue Asienpolitik“ des US-Imperialismus (mit der wir uns vor allem im letzten AK beschäftigt haben) zeigt auch dessen Politik in und mit der NATO einen gesteigerten Drang zu Aggressivität und Expansion. Um die „Nach-Vietnam-Politik“ auch für die NATO – das größte imperialistische Bündnis der Welt – zu formulieren bzw. zu bekräftigen, führten die Imperialisten eine ganze Serie von Konferenzen, zweiseitigen und internationalen Versammlungen durch:

Den Sitzungen der „Euro-Group“ der NATO, einem Treffen der Chefs der Generalstäbe und einer Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe“ (NPG) folgte eine Sitzung der „Verteidigungs“minister der NATO in Brüssel, eine Tagung der „Westeuropäischen Union“ (WEU), eine Außenministertagung der EG, eine Ministersitzung der (imperialistischen) „Internationalen Energieagentur“, sowie ein Treffen der Außenminister der (kapitalistischen) OECD-Staaten. Höhepunkte dieses Konferenzreigens der Imperialisten waren zweifellos die Konferenzen der WEU, des „Verteidigungsminister-Ausschusses“ (Defence Planning Commitee, DPC) und das Treffen der Regierungschefs auf dem NATO-„Gipfel“ in Brüssel am 29. und 30. Mai mit dem amerikanischen Imperialisten-Häuptling Ford höchstpersönlich.

„Auf fast allen diesen Sitzungen“ – schreibt die „FAZ“ – wurde das ganze Spektrum der politischen, militärischen und auch wirtschaftlichen Themen erörtert ..., die die westlichen Bündnis-Systeme beschäftigen“ (22.5.).

Im Mittelpunkt der Beratungen zwischen den Imperialisten standen Themen wie die aktuelle Lage und die zukünftigen Aufgaben des „Bündnisses“ (d.h. vor allem die Entwicklung an der Südflanke der NATO, die „atlantische Solidarität“ gegenüber dem „Warschauer Pakt“ und die Erweiterung der Aufgabenstellung für die NATO-Mitgliedstaaten), Strategie und Taktik der konventionellen, taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Kriegführung, Aufrüstung und Lösungsmöglichkeiten bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise (eingeschlossen die Frage, wie die imperialistischen Hauptmächte eine möglichst einheitliche Front gegen die Rohstofförderländer der „3. Welt“ herstellen können).

Wenngleich der US-Imperialismus nach wie vor auf allen Ebenen die dominie-
(eingeschlossen die Frage, wie die imperialistischen Hauptmächte eine möglichst einheitliche Front gegen die Rohstofförderländer der „3. Welt“ herstellen können).

Wenngleich der US-Imperialismus nach wie vor auf allen Ebenen die dominierende Macht des Nordatlantik-Paktes ist, so haben doch gerade Verlauf und Ergebnisse der jüngsten Konferenzen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die westeuropäischen Imperialisten – allen voran der westdeutsche Imperialismus! – ihre Positionen gegenüber den USA erheblich stärken konnten. Die BRD ist heute die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der kapitalistischen Welt, das größte Exportland überhaupt (allein 1974 betrug das Exportvolumen Westdeutschlands 230 Mrd. DM, der Exportüberschuß 50 Mrd. DM; der Kapitalexport dürfte heute die Grenze von 50 Milliarden DM überschritten haben!) und darüberhinaus der wichtigste Stützpfeiler der imperialistischen NATO in Europa. Als Antwort auf ihre Niederlage in Indochina gaben deshalb auch die US-Imperialisten die Losung aus: „Die Amerikaner im Verein mit den Deutschen! Die Armee der BR (gemeint ist die BRD – Anm. d. Red.) stellt knapp die Hälfte der NATO-Streitkräfte in dem zentralen Sektor der militärischen Konfrontation zwischen den beiden Allianzen (!), der NATO und dem Warschauer Pakt ... Die amerikanische Regierung sucht den deutschen Partner als den einzigen Verbündeten, der den etwas brüchig gewordenen Streitkräfteschild der Allianz auf deutschem Boden wieder festigen und in der Zukunft abstützen kann‘ („die Zeit“, 23.5.75).

Anmaßende und aggressive Expansionsgelüste der Imperialisten: NATO-„Zuständigkeitsbereich“ erweitert!

Im Abschlußkommuniqué der Mitgliedsstaaten auf dem NATO-Treffen der Regierungschefs, werden die Staaten aufgefordert, *„den eigentlichen Zweck der Allianz, die Verteidigung der gemeinsamen Sicherheit vor alle anderen politischen Ziele zu stellen“* („FAZ“, 31.5.75).

Kennzeichnend für die neueste Entwicklung der NATO-Strategie, wie sie insbesondere auf den jüngsten Tagungen formuliert wurde, ist dabei die ausgedehnte Definition des Begriffs der „gemeinsamen Sicherheit“. Der Begriff der „Sicherheit“ (wie auch sein Gegenteil, die „Aggression“) ist weit über die bisherige Definition einer „empfindlichen Störung des militärischen Gleichgewichts“ bzw. eines „militärischen Angriffes auf die Paktstaaten“ erweitert worden.

Vor den Tagungen der NATO kündigte Kissinger an, Ford werde die westeuropäischen *„Verbündeten zu gemeinsamen Unternehmungen aufrufen, die noch bedeutender sein könnten, als die vergangene Suche nach gemeinsamer Sicherheit ... Der Präsident wird in zwei Wochen mit der Überzeugung nach Europa reisen, daß vor uns eine Zeit größerer Schöpfungskraft liegt“* („FAZ“, 14. 5.75).

Was damit gemeint war, entpuppte sich wenig später als die anmaßende Absicht der Imperialisten, sich nunmehr in aller O f f e n h e i t für die Aufrechterhaltung ihrer „Ordnung“ und Interessen in a l l e n Teilen der Welt zuständig zu erklären.

„Ford wird dem Bündnis ein Geschenk (!) mitbringen, das Angebot, die NATO solle eine überregionale Mitverantwortung für weltpolitische und weltwirtschaftliche Probleme übernehmen. Dies wird sich besonders auf den Nord-Süd-Konflikt zwischen den Industrienationen und der dritten Welt beziehen“ („SZ“, 28./29.5.75).

Das „Angebot“ der US-Imperialisten an die europäischen NATO-Staaten zur „überregionalen Mitverantwortung“ bedeutet keinesfalls, daß auch den Völkern und Staaten der ‚3. Welt‘ zumindest eine „Mitverantwortung“ über ihre eigenen Geschicke eingeräumt würde. Dafür ist im Konzept der Imperialisten niemals Platz. Dieses „Angebot“ beinhaltet vielmehr, daß die westeuropäischen NATO-Imperialisten die USA in bestimmten Bereichen ihrer „globalen Verantwortlichkeit“ für die Aufrechterhaltung des imperialistischen Weltsystems „entlasten.“

In der Absicht der US-Imperialisten lag es, den westeuropäischen NATO-Staaten eine *„wesentliche Strukturfrage der Allianz“* deutlich zu machen: Daß es nämlich an der Zeit sei, aus der 1949 bei der Gründung des imperialistischen Militärbündnisses *„selbstverhängten Begrenzung seiner politischen Interessen auszubrechen.“*

„Ford wird ... davon ausgehen, daß die NATO politisch und wirtschaftlich (und natürlich auch militärisch, was eine daraus folgende Konsequenz ist – d.Red.) *nicht länger nur als regionale Organisation zu betrachten sei ... und eine globale Reichweite der Bündnisinteressen ... für die Zukunft anregen“* („SZ“, 20.5.75).

Angesichts der übergreifenden Fragen strategischer, wirtschaftlicher und energiepolitischer Art könne sich das Bündnis *„nicht von der Welt isolieren.“* Eine *„Erweiterung des allgemeinen Verantwortungsbereiches der NATO“* sei daher für die Imperialisten unerläßlich. Von den US-Imperialisten wird in diesem Zusammenhang kritisiert, daß sich einige NATO-Länder in Westeuropa bisher gescheut haben, *„den Rahmen einer strikten Verteidigungsallianz zu überschreiten (!)“* („FAZ“, 22.5.75).

Deutlicher kann man wohl kaum noch die Absicht der NATO-Imperialisten erklären, zukünftig noch stärker als bisher, das militärische Potential für Einmischung, Erpressung und geplante Aggressionen gegen die Völker einsetzen zu wollen.

Grundsätzlich sollen – dem Vernehmen nach – alle Partner des US-Imperialismus in der NATO dem Vorschlag nach Erweiterung des „Zuständigkeitsbereiches“ zugestimmt haben.

Damit träte das aggressive nordatlantische Militärbündnis in eine neue Phase seiner Entwicklung:

Die beschlossene Erweiterung der politischen und territorialen Zuständigkeit der NATO zielt in erster Linie auf den Mittelmeerraum und gegen die arabischen Völker und Staaten.

politischen und territorialen Zuständigkeit der NATO zielt in erster Linie auf den Mittelmeerraum und gegen die arabischen Völker und Staaten.

Hiermit ist der Grundstein für weitere militärische Erpressungsversuche und direkte Aggressionen gelegt. Springers „Welt“, die seit jeher eine stärkere politische und militärische Expansion der europäischen Imperialisten unter Führung des BRD-Imperialismus fordert, hat diesen Rahmen sehr klar abgesteckt, indem sie zu der angeblichen Bedrohung aus dem „Osten“ die „Bedrohung“ durch die arabischen Staaten fügt: *„Das Risiko, mit dem das von einer kommunistisch-arabischen (?!) Flankenoperation (?!) umfaßte Europa lebt, hat sich trotz der Entspannung nicht verringert. Es hat sich vielmehr verdoppelt“* (7.1. 75).

Auf derselben Linie unterstrich zu Anfang des Jahres der Generalsekretär der NATO, Josef Luns, die von Kissinger gegen die arabischen Länder ausgesprochenen Kriegsdrohungen: Luns erklärte bei der 12. Internationalen Wehrkundetagung in München, *„wenn die Existenz (!!) von 700 bis 800 Millionen Menschen in Europa und Japan auf dem Spiel stünde, könne der Westen nicht einfach abwarten. Das warnend festzustellen, sei nicht einfach Leichtsinn.‘* („FR“, 3.2.75).

Sicherlich nicht – gerade die westdeutsche bürgerliche Presse hat den arabischen Staaten bereits während des Ölembargos 1973 unverholen den Krieg erklärt „ ... *die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind“* („Welt“, 29.11.73).

Die Nato-Staaten haben hier also ein weites Feld für militärische Aggressionen, die schon seit längerem durch die Presse in der Bevölkerung ideologisch vorbereitet werden.

Aufrüsten heißt die Parole!

Von den US-Imperialisten wurde von Anfang an unterstrichen, daß ihre Beziehungen zu den westeuropäischen Imperialisten nie inniger gewesen seien als jetzt, daß sie weiterhin an ihren Bündnisverpflichtungen festhalten und sie erneut stärken wollen: *„Es ist Zeit über unsere Zukunft zu beraten, unseren Zusammenhalt aufs neue zu bekräftigen“* (Ford nach „SZ“, 26.5.75).

Diese Bereitschaft der US-Imperialisten, die „gemeinsamen Werte und Ideale zu verteidigen“ wurde auch zu Anfang des Jahres von ihnen durch die Entsendung zusätzlicher Truppen aus den USA nach Mitteleuropa und besonders in die BRD, unter Beweis gestellt und nicht zuletzt durch die unlängst beschlossene Verstärkung des nuklearen Potentials (siehe dazu den Kasten auf Seite 23)

So wurden denn auch in der bürgerlichen Presse weniger die europä-
nuklearen Potentials (siehe dazu den Kasten auf Seite 23)

So wurden denn auch in der bürgerlichen Presse weniger die europäischen Staaten als die Adressaten der Bündnisversicherungen Fords angesehen (*„Für die europäischen Staatskanzleien ist dies alles sicher eine Selbstverständlichkeit . . .“* – „FAZ“, 2.6.75), sondern vor allem die Staaten des Warschauer Paktes und die Völker an den Südflanken der NATO (Portugal, Italien, Griechenland und die Türkei).

Zugleich wurde aber auch den westeuropäischen Staaten von Ford und US-Kriegsminister Schlesinger deutlich gemacht, daß sie im Rahmen der von Kissinger entworfenen „globalen Arbeitsteilung“ mit Unterstützung der USA nunmehr in ihrem Bereich mehr „Verantwortung“ zu übernehmen haben. Gegenüber den NATO-Staaten äußerte Schlesinger unmißverständlich, *„sie sollten nicht glauben, daß sie sich ungetrübt des Überflusses amerikanischer Macht erfreuen könnten. Ohne eine Anstrengung auf eigener Seite im Bereich der konventionellen Verteidigung werde es keinen Einsatz (!) von Nuklearwaffen geben“*(nach „Süddeutsche Zeitung“, 24.5.75).

Diese Forderungen beinhalten zweierlei: Einerseits wird von den westeuropäischen Staaten eine weitere Erhöhung der Kriegshaushalte und damit ein größerer Beitrag dieser Staaten zur Aufrüstung des militärischen Kriegspotentials der NATO gefordert. Zugleich beinhaltet es aber auch die Aufforderung zur Übernahme von „Ordnungsfunktionen“ in Westeuropa und den angrenzenden Gebieten im Mittelmeerraum und Nahen Osten, die bisher fast ausschließlich von den USA wahrgenommen wurden. Von den westeuropäischen Staaten wird also gefordert, sich stärker als bisher an den Aggressionen des Imperialismus zu beteiligen.

Das von Kissinger in seinem 1969 erschienenen Buch „Amerikanische Außenpolitik“ entworfene Konzept sieht im Rahmen der „globalen Arbeitsteilung“ eine größere Übernahme von Ordnungsfunktionen durch regionale Militärbündnisse und verbündete Imperialisten in ihrem unmittelbaren Bereich vor, während sich die USA „mehr um das umspannende Ordnungssystem kümmern“.

Springers „Welt“, die hier nicht zu Unrecht eine wachsende Rolle Westeuropas und des BRD-Imperialismus bei zukünftigen Aggressionen gegen die Völker erkennt, schwärmt: *„Europa selbst hat davon zu überzeugen, daß es die eigene Kraft vor dem Verfall zu retten bereit ist, und daß ihm nur geholfen werden kann, wenn es sich selber hilft. Die Rolle des reichen, starken, gutmütigen Onkels, der immer zur Verfügung steht, auch wenn ihm übel mitgespielt wird, ist für Amerika nicht mehr rekonstruier-*

chen, starken, gutmütigen Onkels, der immer zur Verfügung steht, auch wenn ihm übel mitgespielt wird, ist für Amerika nicht mehr rekonstruier-

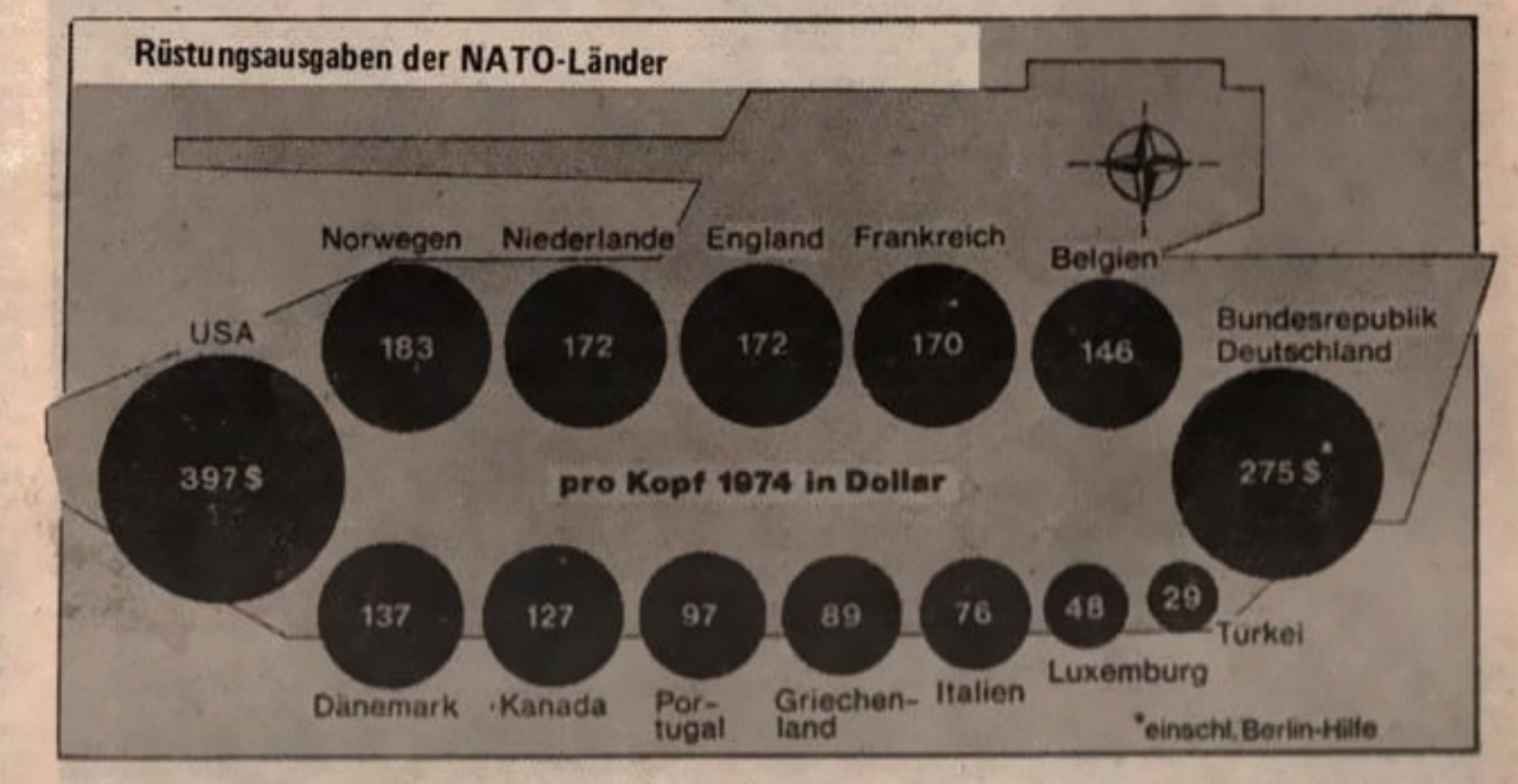
bar. Dieser Traum unbalancierter Lastenverteilung (!) . . . ist ausgeträumt. (16.5.75)“

Für die westeuropäischen Völker bedeutet diese vorausgeplante Entwicklung vor allem eine ständig steigende Ausplünderung durch „ihre“ Staaten für die Erhöhung der Kriegshaushalte. Politisch bedeutet diese Entwicklung der forcierten Aufrüstung und Ausrichtung auf imperialistische Aggressionen weitere Riesenschritte zur Militarisierung der westeuropäischen Länder, die eine zwangsläufige Folge dieser Politik ist und s ä m t l i c h e Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchzieht.

Eine weitere Aufrüstung der NATO durch Erhöhung ihres militärischen Potentials wurde durch eine „Geheimstudie“ über das sowjetische „Aufrüstungsprogramm“ gerechtfertigt.

Die Erhöhungen wurden beschlossen, obwohl selbst US-General Haig auf der Versammlung der „Westeuropäischen Union“ (WEU) feststellen mußte, daß *„mit einem sowjetischen Angriff in Mitteleuropa nicht zu rechnen sei“* („Süddeutsche Zeitung“, 28.5.75) und die NATO-Staaten auf

Fortsetzung Seite 20



Obwohl die Bundesrepublik weit mehr als irgendein anderes Land in Westeuropa für die Rüstung ausgibt, fordert Minister Leber weitere „Opfer“ von der Bevölkerung.

US-Imperialismus: Noch aggressiver!

II. Teil

Fortsetzung von Seite 19

der Sitzung des „Verteidigungsminister-Ausschusses“ eine militärische Überlegenheit der NATO über die Kräfte des Warschauer Paktes zugaben. („FAZ“, 23.5.75)

Der amerikanische Kriegsminister Schlesinger forderte von den westeuropäischen NATO-Staaten eine jährliche (!) reale Erhöhung des Kriegshaushaltes um 3 bis 5 % (das würde z.B. für Großbritannien eine Steigerung der Rüstungsausgaben um nahezu 25 % nominal bedeuten!) und wies darauf hin, daß die USA ständig ein Prozent ihrer gesamten Bevölkerung unter Waffen hätten.

In der westdeutschen Presse tauchten unmittelbar nach dieser Äußerung auch bereits Meldungen auf, die Bundeswehr solle in den nächsten Jahren um 100.000 Mann auf 600.000 Soldaten erhöht werden.

Als konkrete Programme sind auf dieser Sitzung u.a. die Verbesserung der Panzer- und Luftabwehrsysteme sowie der Aufbau eines fliegenden Frühwarnsystems (modernste Spionageflugzeuge) mit Boeing-Maschinen beschlossen worden. Allein der Aufbau des Spionage-Systems wird mehrere Milliarden Dollar Baukosten verschlingen. Schon die zu diesem Zweck von den Kriegsministern in Auftrag gegebene Studie soll drei Millionen Dollar kosten. Insbesondere von seiten der USA und des westdeutschen Imperialismus wurde den übrigen NATO-Staaten klargemacht, daß die Erhöhung der Kriegshaushalte nicht an den *„finanziellen Engpässen in den öffentlichen Haushalten scheitern dürfe“* (Genscher).

Schlesinger wandte sich dagegen, *„den Verteidigungshaushalt zugunsten des Sozialbudgets zu kürzen“* („Welt“, 23.5.75), womit insbesondere solche Staaten wie Holland, Belgien, Italien und Großbritannien angesprochen waren. (England beschloß unlängst, vorerst keine Erhöhungen mehr vorzunehmen; Italien will sein Landheer verringern, erweitert und modernisiert aber dafür seine gesamte Mittelmeerflotte.)

Ausdrücklich ausgenommen von der Kritik an der angeblich mangelnden „Verteidigungsbereitschaft“ der NATO-Staaten wird von den US-Strategen die BRD, die Jahr für Jahr ihren Rüstungshaushalt erhöht. *„Die Einsicht in die Notwendigkeit von von Verteidigungsbemühungen ist nach Meinung des NATO-Generalsekretärs Luns in der Bundesrepublik besonders gut entwickelt. Ihn beeindruckt dabei besonders die Klarheit, mit der die Bundesregierung immer wieder für das Bündnis eintrete.“* („Frankfurter Rundschau“, 3.2.75)

(„Frankfurter Rundschau“, 3.2.75)

Neben den USA ist besonders der BRD-Imperialismus ständig darum bemüht, die Rüstungshaushalte der NATO-Staaten zu erhöhen und schreckt dabei auch nicht vor Eingriffen in die innere Souveränität der einzelnen Länder zurück.

So plante im vergangenen Jahr die niederländische Regierung 1,5 Milliarden Gulden am Militärbudget einzusparen; u.a. war daran gedacht, auf gepanzerte Fahrzeuge für eine Division zu verzichten, die Raketeneinheiten der Luftwaffe abzuschaffen, die Beschaffung von Marineausrüstungen und Flugzeugen zu verlangsamen sowie die Wehrdienstzeit um vier auf zwölf Monate zu verringern.

In dieser Situation intervenierten jedoch US- und BRD-Imperialismus scharf und erreichten unter Druck, daß die Niederlande nicht einen einzigen Gulden weniger für die Rüstung ausgeben (vergl. „ami“ 4/74). Der weitere Weg ist also klar vorgezeichnet: Für zukünftige Aggressionen wird die NATO weiter aufgerüstet. Den Werktätigen allein soll nach dem Willen der Imperialisten die doppelte Bürde aufgelastet werden: **Einerseits aus ihnen die Gelder herauszupressen, um sie dann als Kanonenfutter für die ehrgeizigen Expansionspläne der Imperialisten zu verheizen.**

Kampf um die Rüstungsprofite

Ein anderes zentrales Thema der Beratungen der Imperialisten war die unter dem Schlagwort der „Standardisierung der Waffensysteme“ erhobene Forderung der europäischen NATO-Staaten nach einer „gerechteren“ Aufteilung der Rüstungsprofite.

Die Situation ist heute dadurch gekennzeichnet, daß die US-Rüstungskonzerne, vor allem auf dem Sektor der Luftwaffe, eine dominierende Stellung bei der Ausrüstung der NATO-Truppen innehaben und entsprechend den Löwenanteil der ungeheuren Rüstungsprofite einsteichen. Zusätzlich zu der Ausrüstung der Truppen durch die Waffenprodukte der nationalen europäischen Rüstungskonzerne führt diese Situation zu einem regelrechten Waffenwirrwarr.

So gibt es u. a. allein 40 Geschütztypen verschiedenen Kalibers, 36 verschiedene Feuerleit-Systeme und über hundert verschiedene Schiffsklassen („Welt“, 24.5.75). Das wird auch an der ‚NATO-Feuerwehr‘, einer mobilen Eingreifreserve der NATO nach dem Vorbild der amerikanischen GI's. die sich aus sieben Ländern mit zusammen 5.000 Soldaten zusammensetzt, deutlich. Der stellvertretende Generalsekretär der NATO Gardiner Tucker schrieb dazu im ‚NATO-Brief‘, 1/75: *„In der Truppe (werden) sieben verschiedene Kampfflugzeug-Typen verwendet, sechs verschiedene rückstoßfreie Gewehre und jeweils drei verschiedene Mörser-, Gewehr- und Maschinengewehrtypen. Dies erfordert sieben verschiedene Nachschubstäbe, die für die logistische Unterstützung* (Versorgung – d.Red.) *der nationalen Teilverbände zuständig sind“* (zitiert nach ‘Forum-E‘, Antimilitarismus in Westeuropa, Nr. 3/4, S. 7). Es ist klar, daß eine derartige Situation die militärische Leistungsfähigkeit jeder Truppe mindert und die zu ihrer Aufrechterhaltung not-

Situation die militärische Leistungsfähigkeit jeder Truppe mindert und die zu ihrer Aufrechterhaltung not-

wendigen Kosten erheblich erhöht. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Krise in den imperialistischen Staaten und der drastischen Verteuerung in Forschung und Produktion modernster Waffensysteme wird die Kooperation und der Aufbau einiger multinationaler Rüstungskonzerne für die NATO-Staaten auch aus ökonomischer Sicht immer mehr zu einer Notwendigkeit.

Dies kann jedoch nur in einem Prozeß des Ringens der Imperialisten um die größten Anteile und den größten Einfluß an der Rüstungskooperation und dem Aufbau dieser multinationalen Konzerne verwirklicht werden. Die jetzige Lage in der Waffenausrüstung der NATO-Truppen ist Ausdruck der zwischenimperialistischen Widersprüche, die natürlich auch in einem Militärbündnis weiterbestehen.



Die Spitze der atlantischen Allianz: Die Außenminister der USA, Frankreichs, Westdeutschlands und Englands (v.l.n.r.), rechts-außen Generalsekretär Luns

Zwar gibt es innerhalb der sogenannten ‚Euro-Group‘ der NATO bereits seit Jahren Ansätze zu einer Vereinheitlichung der Rüstungsvorhaben, denen aber wegen der herrschenden Widersprüche (Konkurrenz) wenig Erfolge beschieden waren. Eine Vereinheitlichung ist bisher im wesentlichen nur auf dem Gebiet der Logistik und Ausbildung der Truppen erzielt worden, nicht jedoch in der Rüstungsproduktion. So gibt es ein „Eurotraining“, das unter westdeutschem Vorsitz die Truppenübungsplätze und Ausbildungsstätten rationell nutzen soll. Von 1970 – 72 wurde ein System gemeinsamer Ausbildung in elf Bereichen erarbeitet, das u. a. den Deutsch-, Tschechisch- und Russisch(!!)-Unterricht vorsieht. Die ‚Eurolog‘ sichert das logistische Zusammenwirken in der Heeresgruppe Nord des NATO-Raumes Mitteleuropa. Die ‚Euromed‘ koordiniert die Sanitätsdienste, namentlich im Bereich der Ausbildung.

Kriegsminister Leber hat sich unlängst auf der letzten Sitzung der „Euro-Group“ für den Aufbau einer gemeinsamen Sanitätsorganisation sowie zur Erweiterung der gemeinsamen Ausbildungsvorhaben eingesetzt. Bei dieser Gelegenheit wies er auch darauf hin, daß die Studien über die gemeinsame Nutzung von Werftkapazitäten für den Kriegsschiffbau sowie zur Verwendung von Straßentransportkapazitäten vor dem Abschluß ständen („Welt“. 9.5.75).

Die gegenwärtige Lage der europäischen Nato-Imperialisten auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion wird

Die gegenwärtige Lage der europäischen Nato-Imperialisten auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion wird

vollends an dem Dilemma der „Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren“ (CNAD), der 1968 auch eine „Industrieberatergruppe“ (NIAG) zur Seite gestellt wurde, deutlich:

„An die 300 Ausschüsse und Arbeitsgruppen sind in ihrem Rahmen tätig, mangels durchgreifender Wirkungsmöglichkeiten aber oft nur mit sich selbst beschäftigt ... Minister, Industrielle und Wissenschaftler sind zu der Einsicht gekommen, daß in den Nato-Ländern jährlich etwa zwei Milliarden Dollar einfach nur durch Überschneidungen in Forschung und Entwicklung von Waffen und Gerät verlorengehen“ („Handelsblatt“, 30.5.75).

Sowohl auf der Tagung der „Euro-Group“ als auch der Sitzung des „Verteidigungsminister-Ausschusses“ wurde jetzt von den westeuropäischen Nato-Staaten die Forderung nach einer verstärkten Standadisierung der Waffensysteme bei gleichzeitig stärkerer Berücksichtigung der europäischen Rüstungskapazitäten an die USA herangetragen.. Die US-Imperialisten wurden aufgefordert, *„bei der eigenen Beschaffung die durchaus vorhandenen europäischen Liefermöglichkeiten zu berücksichtigen ... und den amerikanischen* (Waffen – d. Red.) *durchaus überlegene europäische Fertigungen bis hin zum neuesten ‚Leopard‘ “* zu kaufen („HB“, ebenda).

Noch deutlicher wurde man auf der Sitzung des „Verteidigungsminister-Ausschusses“ gegenüber dem amerikanischen Kriegsminister Schlesinger, wo ihm deutlich gemacht wurde, *„daß‘ die Verdichtung der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit die Bereitschaft bedinge, diese Kooperationen nicht als Einbahnstraße, sondern als Zweibahnstraße zu verstehen“* („Welt“, 23.5.75). **Konkret wurde gefordert, daß die USA in den nächsten drei Jahren für rund 2,5 Mrd. Dollar Waffen in Europa erwerben, während umgekehrt im selben Zeitraum für 5 Mrd. Dollar Waffen und Geräte in den USA erworben würden.**

Von den westeuropäischen Kriegsministern wurde die Gründung einer Agentur durchgesetzt, die den Austausch von Waffen zwischen den USA und Europa organisieren und eine Vereinheitlichung der Waffensysteme erreichen soll. Auf einer weiteren Tagung wollen sich die europäischen Kriegsminister ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen und ihre Forderungen gegenüber den

ischen Kriegsminister ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen und ihre Forderungen gegenüber den

USA vereinheitlichen, um ihnen *„mit einer europäischen Stimme gegenüberzutreten“* (Leber nach „Bremer Nachrichten“, 26.5.75).

Wenn auch die konkreten Forderungen der westeuropäischen Nato-Staaten noch die Überlegenheit der USA innerhalb der Nato erkennen lassen, so wird doch deutlich, daß sie gleichzeitig in den letzten Jahren erheblich gegenüber den USA an Einfluß gewonnen haben und beabsichtigen, ihre Rolle weiter auszubauen.

Nato-Imperialisten in Sorge um die Südflanke

Zentraler Punkt der Beratungen auf den verschiedenen Nato-Tagungen war die Entwicklung an der Südflanke, womit vor allem Portugal, Griechenland und die Türkei gemeint sind. Von den Imperialisten wird besonders die Entwicklung in Portugal, das einen von den Großmächten unabhängigen Kurs in der Politik zu verfolgen sucht, als eine starke Beeinträchtigung der „westlichen Sicherheitsinteressen“ dargestellt. Verschiedentlich wurden bereits von den Vertretern des US- und BRD-Imperialismus unverhohlen und offen gegenüber Portugal Kriegsdrohungen ausgesprochen (s. AK 56). Die strategische Bedeutung Portugals für die Nato ist hinreichend bekannt. Strategisch hat es für die Imperialisten einerseits den Wert, die Azoren als Tankstation und Luftstützpunkt für die amerikanische Luftwaffe zu benutzen, obgleich selbst Schlesinger erklärte, *„die amerikanischen Militärflugzeuge seien für ihre Versorgung nicht unbedingt auf den Azoren-Stützpunkt angewiesen“* („FAZ“, 5.10.75), da sie u.a. in der BRD zwischenlanden (bei einer Luftbrücke in den Nahen Osten) oder in der Luft auftanken könnten. Weiterhin hat Portugal in der Nato-Konzeption vor allem die Aufgabe im Rahmen des Kommandobereichs „Iberlant“ den südöstlichen Teil des Atlantiks militätisch abzusichern („FAZ“, 24.3.75).

Ihre weiteren Planungen gegen den portugiesischen Prozeß haben die Imperialisten natürlich unter Ausschluß jeder Öffentlichkeit durchgezogen. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt dazu, daß *„das delikate (!) Problem Portugal kaum in den Plenarsitzungen, sondern am Rande des Treffens behandelt“* wird – also hinter verschlossenen Türen, um die aggressiven Absichten zu verschleiern (20.5.75).

ter verschlossenen Türen, um die aggressiven Absichten zu verschleiern (20.5.75).

Es wurde nur soviel bekannt, daß die US-Imperialisten insbesondere der EG die Aufgabe zuschrieben, durch gezielte „Hilfe“ eine „demokratische Entwicklung“ in Portugal zu fördern. *„Die Südflanke der Nato gilt in Nato-Kreisen als durchaus ‚reparierbar‘, vorausgesetzt, daß mit Geduld und noch mehr Einfühlungsvermögen und Takt verhandelt* (und gehandelt – d. Red.) *wird“* („FAZ“, 22.5.75). In Zusammenhang mit der

Fortsetzung Seite 21





US-Rakete Lance

Fortsetzung von Seite 20

portugiesischen Entwicklung wurde von den US-Imperialisten besonders auf die wachsende strategische Bedeutung Spaniens verwiesen. Die USA unterhalten in Spanien einen Luft- und Seestützpunkt in Rota bei Cadiz für amerikanische Atom-U-Boote, mindestens drei Luftbasen sowie zwei Seestützpunkte in El Ferrol am Atlantik und Cartagena am Mittelmeer. Von Schlesinger und Ford wurde gefordert *„die Zusammenarbeit Spaniens mit dem Bündnis zu institutionalisieren“* („Welt“, 26.5.75).

Wie die „Bremer Nachrichten“ meldeten, sind sich die Nato-Politiker *darüber im klaren, daß eine Annäherung Spaniens an die Nato in irgendeiner Form unerläßlich sein wird“* (29.5.75).

Die spanischen Faschisten erkennen durchaus ihren durch die Entwicklung an der Südflanke neugewonnenen Wert für die Nato-Imperialisten. *„Arias verlangt auch eine ‚konkrete und praktische Anerkennung‘ des Verteidigungsbetrages ·Spaniens durch alle westlichen Nationen, also nicht nur der Vereinigten Staaten.“* Die Zusammenarbeit zwischen den USA und dem faschistischen Spanien sei – so Arias – *„zweifellos einer der Pfeiler, auf die sich die Existenz der freien Welt (!) gestützt hat“* („FAZ“, 2.6.75). Da hat er zweifellos recht – und jeder mag schon aus dem „Pfeiler“ erkennen, was er getragen hat!

Auch bei der Konsolidierung der östlichen Südflanke der Nato, **Griechenland** und der **Türkei**, sind von den Imperialisten Fortschritte gemacht worden. Nach dem Sturz des faschistischen Regimes in Griechenland wurde – einer breiten, vor allem gegen die USA gerichteten, antiimperialistischen Bewegung Rechnung tragend – von der Karamanlis-Regierung die weitere Mitarbeit in der Nato in Frage gestellt und angekündigt, die US-Stützpunkte aufzulösen.

Um die türkische Regierung wegen ihrer Haltung zu Griechenland (Cypern und besonders der Streit um das ägäische Erdöl, auf das beide Länder Anspruch erheben) unter Druck zu

In Wirklichkeit haben die Manöver der Türkei und Griechenlands bezüglich der Nato zwei Gründe. Einerseits will die Bourgeoisie dieser Länder durch derartige taktische Scheinmanöver die in diesen Ländern relativ starke antiimperialistische Bewegung desorientieren und täuschen. In bemerkenswerter Offenheit schreibt dazu die großbürgerliche „FAZ“, daß die türkische Bourgeoisie „im Grunde“ gar nicht anders kann, „als sich eng an den Westen anzulegen ... auch wenn gelegentlich (!) antiamerikanischen Gefühlen Ventile (!!) geöffnet werden mußten ... Bleibenden Schaden hat das nicht gebracht“ (23.6.76). Wahrscheinlich in noch stärkerem Maß gilt dies für Griechenland. (Beteiligung der USA am faschistischen Militärputsch 1967!). Zugleich sind die Bourgeoisien dieser Länder mit ihren Austritts„drohungen“ darum bemüht, sich aus der bisher totalen Abhängigkeit und Umklammerung des US-Imperialismus zu lösen und einen relativen Spielraum für eine eigene Politik zu gewinnen, und sich vor allem stärker an die EG-Staaten anzulehnen (Griechenland stellte unlängst einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft!).

So besehen verbirgt sich hinter der Krise der Nato an der östlichen Südflanke vor allem eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf Kosten des US-Imperialismus und zugunsten der EG und hier speziell der westdeutschen Imperialisten. Auf keinen Fall wird dieser vorübergehenden Schwächung der Nato ein sofortiger Zusammenbruch des imperialistischen Militärbündnisses folgen!

WEU: Grundstein für einen zukünftigen europäischen Militärblock

Mit der Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des imperialistischen Lagers von der in der Vergangenheit absolut dominierenden Rolle des US-Imperialismus zugunsten seiner „Partner“ in Westeuropa, stellt sich den EG-Imperialisten auch



Westdeutscher Kampfpanzer „Leopard 2“

Westdeutscher Kampfpanzer „Leopard 2“

setzen, verhängte der US-Senat gegen die Türkei ein Waffenembargo (90% der Waffen werden importiert!, „FAZ“, 30.5.75). Unlängst drohte die Türkei mit dem Austritt aus der Nato und der Auflösung der amerikanischen Stützpunkte. **Die USA haben in der Türkei 25 Luft- und Seestützpunkte und Radarstationen** („FAZ“, 18.6.75).

In der Tat gilt auch hier, daß alles nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird:

Denn tatsächlich hat Griechenland zu keinem Zeitpunkt seine Mitarbeit und seine Aufgaben innerhalb der Nato aufgegeben. *„Griechenland hat schon deutlich seinen Willen bekundet, im Schutz der Nato zu bleiben. Es beweist dies dadurch, daß es – wie auch die Türkei – seine Mitarbeit an einigen keineswegs unwichtigen Nato-Stellen fortsetzt“* („FAZ“, 22.5.75).

Inzwischen wurde bereits vom griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis erklärt, daß Griechenland *„seine Entscheidung, seine Truppen aus der Nato herauszulösen, überprüfen“* werde („FR“, 31.5.75).

Die vorübergehend eingestellte Militär„hilfe“ der USA an die Türkei wurde durch bilaterale Vereinbarungen und Lieferungen, besonders von seiten des BRD-Imperialismus, ausgeglichen. Auch hier wurde inzwischen das Waffenembargo durch den US-Senat rückgängig gemacht („SZ“, 28.5.75).

Die ganze Demagogie der türkischen Regierung mit ihren „Austrittsdrohungen“ entlarvte sich eindeutig, als sich die türkischen Truppen Mitte Mai an einem einmonatigen Nato-Manöver im Mittelmeer beteiligten („FAZ“, 16.5.75).

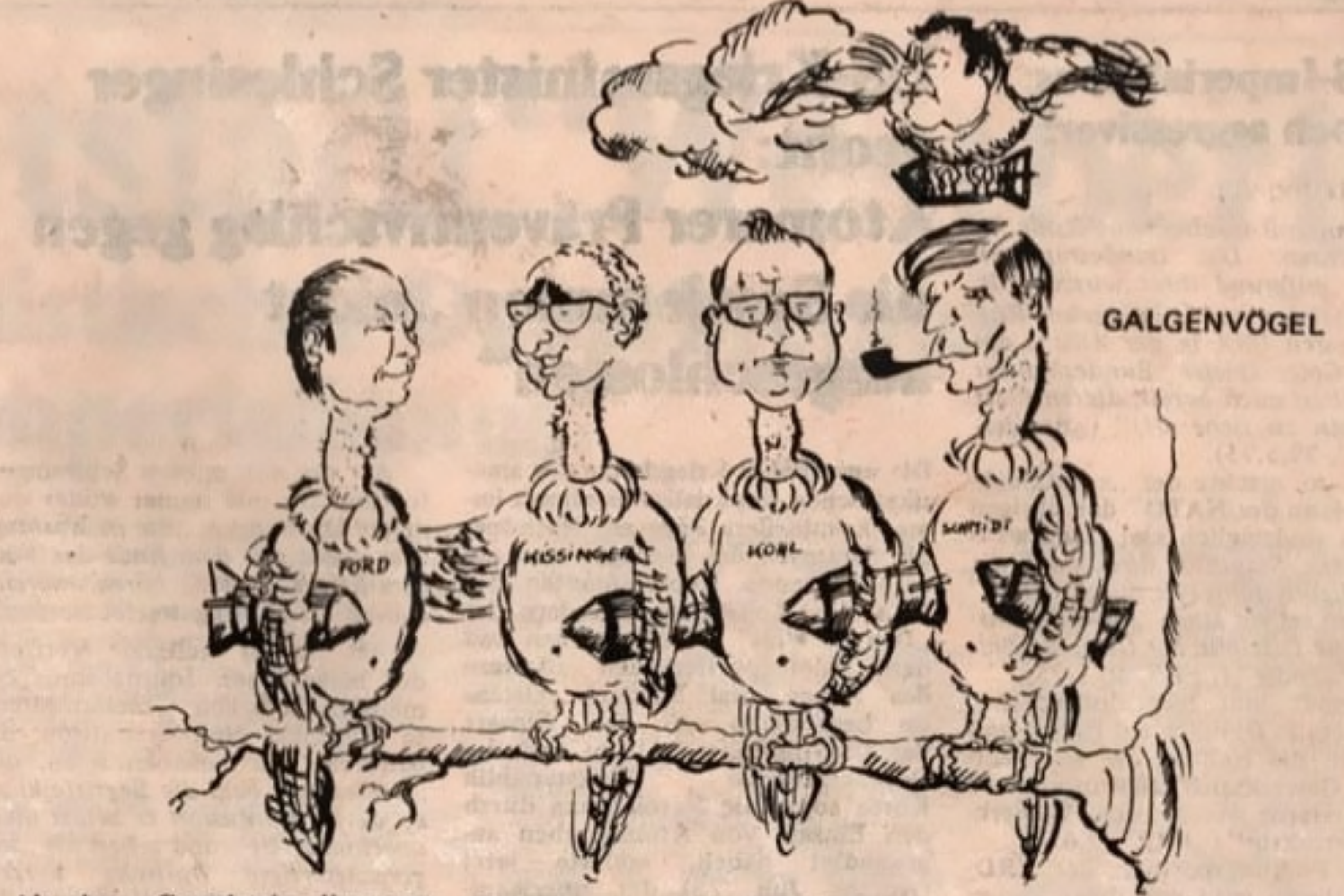
Ähnlich wie die Niederlande, Belgien, Dänemark und Norwegen wird wahrscheinlich auch die Türkei für seine Luftwaffe die neuesten amerikanischen F-16 Atombomberträger kaufen.

stärker die Frage einer eigenen, vom US-Imperialismus u n a b h ä n g i g e n Militärorganisation.

Natürlich steht dieses Problem heute noch nicht als die aktuelle Frage des Aufbaus einer rein europäischen imperialistischen Armee auf der Tagesordnung.

Aber unter imperialistischen Verhältnissen kann sich die Entwicklung und Vereinheitlichung der EG-Imperialisten zu einem eigenen imperialistischen Block mit eigenen Machtansprüchen gegenüber den Völkern der „3. Welt“ und anderen imperialistischen Staaten l a n g f r i s t i g nur in einem eigenen, unabhängigen militärischen Machtapparat ausdrücken. Die Aufgabe des Aufbaus einer solchen Militärorganisation wird sich den EG-Imperialisten aktuell dann stellen, wenn sich das Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten verschoben hat und ihre Expansion in die Länder der „3. Welt“ und in die amerikanischen Einflußsphären derart weit entwickelt ist, daß die Zuspitzung dieser Widersprüche eine eigene Militärorganisation erfordert. Eine Militärallianz mit der Struktur der Nato kann diese Aufgaben nicht erfüllen, weil sie aufgrund der inneren Widersprüche zwischen EG- und US-Imperialisten auseinanderbrechen würde. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Nato gewissermaßen „überflüssig“ und von den Imperialisten aufgelöst wird. **Als Militärblock gegen die revolutionären Bewegungen und besonders gegen die RGW-Länder hat sie weiterhin eine den Interessen aller Imperialisten dienende Funktion. Aufgrund dieser sich gleichzeitig überdeckenden und widersprechenden Interessenlage der Imperialisten und des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses im imperialistischen Lager, wird sich der Aufbau einer unabhängigen westeuropäischen Militärallianz zuerst i n n e r h a l b des Rahmes der Nato vollziehen.**

Schon heute werden von den Strategen der EG-Imperialisten in diese Richtung konkrete Überlegungen unternommen und erste Schritte eingeleitet.



Als der Grundstein dieses zukünftigen westeuropäischen Militärblockes, der auch im scharfen Widerspruch zu den US-Imperialisten stehen würde, wenn es um die zwischenimperialistischen Widersprüche geht (also nicht gegen den Sozialismus bzw. die revolutionären Bewegungen!) schält sich offensichtlich immer stärker die „Westeuropäische Union“ (WEU) heraus. Die 1948 gegründete „Union“ (ursprünglich „Pakt der westlichen Union“) wurde von Frankreich, England und den Benelux-Staaten u.a. ausdrücklich als ein „Schutzbündnis“ gegen ein ‚wiedererstarkendes aggressives „Deutschland“ gebildet! 1954 ermöglichte sie jedoch durch den Eintritt der BRD und Italiens die Wiederbewaffnung und den Nato-Beitritt der BRD. Auf der im Mai dieses Jahres in Bonn tagenden WEU-Sitzung wurde von den Imperialisten immer wieder darauf hingewiesen, daß sie keinesfalls mit der Entwicklung der Nato und der EG ihre Bedeutung verloren habe, sondern im Gegenteil diese gewachsen sei. Sie habe heute die Funktion einer „europäischen Klammer“ vor allem gegenüber Frankreich, das nicht mehr offen in die Nato-Allianz integriert ist.

Die Bedeutung der WEU liegt für die westeuropäischen Imperialisten besonders darin, daß sie die einzige europäische Institution ist, die außerhalb der Nato auch militärische Kompetenzen auf dem Gebiet der „Verteidigungs“planung, der Rüstungswirtschaft usw. hat. So waren denn auch die Fragen der Koordinierung und des Aufbaus einer westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindustrie zentrale Themen der WEU-Tagung.
und des Aufbaus einer westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindustrie zentrale Themen der WEU-Tagung.
Desweiteren ist die WEU *„die einzige rein europäische Organisation, mit einer militärischen Beistandsverpflichtung ihrer Mitglieder“* („SZ“, 24.5.75).

Von den EG-Imperialisten wird sie als der zukünftige Kern einer aufzubauenden westeuropäischen „Verteidigungsgemeinschaft“ betrachtet. So wies der französische Gaullist Krieg (den Namen trägt er zu recht) darauf hin, daß die WEU *„die natürliche Organisation (wäre), aus der sich eine europäische Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der Nato aufbauen ließe“* („SZ“, 26.5.75).

Wachsende Rolle des BRD-Imperialismus

Die führende Rolle des westdeutschen Imperialismus gegenüber den übrigen westeuropäischen EG-Staaten und NATO-Mitgliedern wurde ganz klar auf den NATO-Tagungen unterstrichen. In Zusammenhang damit schrieb die großbürgerliche Presse scheinheilig, durch die innere Stabilität sei der BRD-Imperialismus, ohne dies zu wollen (!), von den übrigen NATO-Staaten in eine „neue verantwortungsvollere Rolle gedrängt“ worden. **Dies soll vertuschen, daß der BRD-Imperialismus in der Tat in seinem Expansionsdrang systematisch seine wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen gestärkt und ausgebaut hat, um diese „verantwortungsvollere Rolle“ übernehmen zu können.**

Die Vertreter des BRD-Imperialismus haben in der Vergangenheit und auf den NATO-Tagungen im Mai an der Seite des US-Imperialismus keine Gelegenheit ausgelassen, vor „Entspannungsillusionen“ und der „Gefahr aus dem Osten“ zu warnen. Sie haben in allen Fragen am energischsten gegen jedes Einfrieren der Kriegshaushalte und für eine verstärkte Aufrüstung der NATO-Truppen plädiert. Leber und Schmidt sonnten sich im Lob der US-Imperialisten für ihre „ungebrochenen Verteidigungsanstrengungen“ und ihren Beitrag zur „europäischen Sicherheit.“

Die von den US-Imperialisten vorgeschlagene Erweiterung des „Zuständigkeitsbereiches“ der NATO in politischer und territorialer Hinsicht wurde bereits einige Zeit zuvor lebhaft von den Strategen des westdeutschen Imperialismus gefordert und jetzt mit Befriedigung aufgenom-
haft von den Strategen des westdeutschen Imperialismus gefordert und jetzt mit Befriedigung aufgenom-
men.

Der „verteidigungspolitische“ Sprecher der CDU/CSU, Wörner, stellt bereits zu Anfang des Jahres fest, daß sich *„die Dimension der Bedrohung für die Bundesrepublik grundlegend“* gewandelt hätte und *„neue Bedingungen für die deutsche und die atlantische Sicherheitspolitik entstanden“* seien. Wörner meint damit vor allem die in den Ländern der ‚3. Welt‘ stärker werdende Forderung nach einem größeren Anteil an der Weltwirtschaft und der Verfügung über ihre Rohstoffquellen.

„Nicht eingerichtet sei das Bündnis auf die Abwehr der Gefahren einer Wirtschaftskrise, der Energiekrise und des Nord-Süd-Konfliktes.“ Die Schwierigkeiten der NATO lägen *„in der bisherigen Beschränkung der NATO auf die Abwehr einer militärischen Bedrohung.“* Wörner machte die Imperialisten darauf aufmerksam, *„daß einige besonders wichtige Hilfsquellen der westlichen Industriestaaten – und zwar nicht nur Rohöl und Rohstoffe – außerhalb des atlantischen Bündnisbereiches liegen. Daraus Folgerungen für die Sicherheitspolitik zu ziehen sei ebenso wichtig wie Vorsorge zu treffen für die Erhaltung“* des Kapitalismus gegen den Kampf der Arbeiterklasse.

Wörner fordert hier klar die globale Sicherung imperialistischer Interessen durch die NATO und ruft die BRD-Imperialisten dazu auf, *„die Führungsrolle in Europa zu übernehmen“* („FAZ“, 8.1.75).

Daß in diesen Fragen grundlegende Übereinstimmung zwischen den bürgerlichen Parteien besteht, machte bereits im Februar der damalige ‚Parlamentarische Staatssekretär‘ im Kriegsministerium, Berkhan (SPD), deutlich: *„Die militärischen Aufgaben des Bündnisses sind nach Ansicht Berkhans derzeit umfangreicher geworden. Er nannte in diesem Zusammenhang den Schutz und die Sicherung der Ölrouten...“* („FR“, 3.2.75).

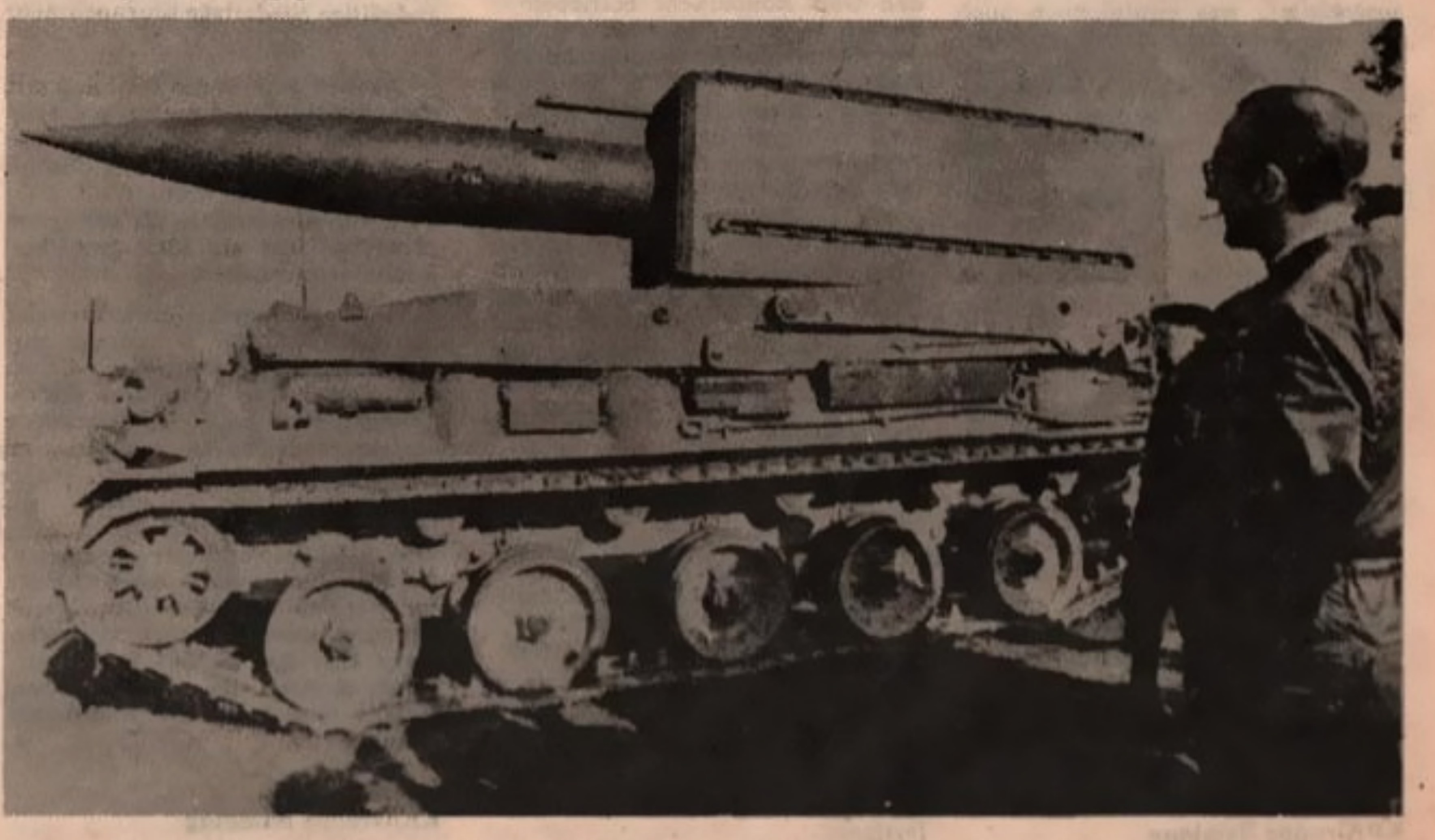
Wen kann es da noch wundern, wenn sich SPD-Kriegsminister Leber auf den NATO-Sitzungen für die Errichtung von NATO-Basen in Südafrika ausspricht.

Auch in einer ‚verteidigungspolitischen Debatte‘ des Bundestages wurde Übereinstimmung demonstriert, so daß die „FAZ“ von einem „eindrucksvollen Konsens der Redner“ sprach (15.5.75).

CDU-Carstens forderte hier, die starke Stellung des BRD-Imperialismus für die Verfolgung der alten revanchistischen Pläne gegenüber der DDR zu nutzen: *„Wir sind für das Bündnis auch ein unersetzlicher Part-*
DDR zu nutzen: *„Wir sind für das*
Bündnis auch ein unersetzlicher Partner. Deswegen sollten wir auch im Bündnis unsere eigenen nationalen Interessen mit Ruhe und Festigkeit vertreten. ***Dazu gehören unsere Forderungen, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beziehen.“*** („Dt.Volkszeitg.“, 22.5.75).

Die wachsende Rolle des BRD-Imperialismus innerhalb der NATO zur „zweiten Macht“ neben den USA ist vor allem auf das starke ökonomische und militärische Potential der BRD zurückzuführen. Zwar ist auch der BRD-Imperialismus von der weltweiten Krise des Kapitalismus betroffen, doch sind die Auswirkungen gegenwärtig längst nicht so stark wie in den meisten anderen NATO-Staaten. Vor allem aber zeichnet er sich noch durch eine relativ große innenpolitische Stabilität, die nicht zuletzt auf den unterentwickelten Stand der westdeutschen Arbeiterbewegung zurückzuführen ist, aus.

Fortsetzung Seite 22



US-Imperialismus: Noch aggressiver!

Fortsetzung von Seite 21

„Bonn soll in eine neue Rolle hineinwachsen. Die Bundesrepublik wird ... aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Rolle nach den USA in der Allianz die zweite Geige spielen. Bundeskanzler Schmidt ist auch bereit, diesen Platz für Bonn zu sichern(!)" („Bremer Nachr.", 29.5.75).

Und so machte der „zweitmächtigste Mann der NATO" den übrigen Staaten eindringlich klar, *„daß wirtschaftliche Stabilität direkt auf die Verteidigungsfähigkeit durchschlägt"* und dazu sei vor allem *„einkommenspolitische Disziplin der Gewerkschaften notwendig"* („FR", 30.5.75).

Schmidt lobt hier ausdrücklich, besonders in Hinblick auf Italien und England, die Haltung der westdeutschen Gewerkschaftsführungen und die „moderne westdeutsche Gewerkschaftsstruktur" („FAZ", 2.6.75).

Die Führungsposition der BRD-Imperialisten wird von ihnen konsequent zur Durchsetzung der NATO-Interessen wie ihrer eigenen genutzt. Das wird besonders an ihrer aggressiven Politik gegenüber Portugal sowie dem gesamten Mittelmeerraum deutlich. Hier wird unverhohlen der Machtanspruch auf diese Gebiete gestellt. Der Entwicklung in Portugal wollen sie mit einem Konzept der ökonomischen „Zugeständnisse" (Kredite usw.), die in politischen Einfluß münden soll und der militärischen Erpressung und Drohung entgegentreten.

So wurde von Wörner mehrmals die Entsendung eines *„multinationalen Flottenverbandes in das Mittelmeer"* unter westdeutscher Beteiligung gefordert. Die *„demokratischen Parteien und Institutionen"* in den südeuropäischen Ländern sollen *„mit jedem (!!!) von außen einsetzbaren Mittel"* gestärkt werden, zur Stabilisierung dieser Länder soll ein Wirtschaftsprogramm entworfen werden. *„Die ganze Operation (!) wäre mit besonderen (!) militärischen (!!) Vorkehrungen zusätzlich rückzuversichern. Die Bildung eines ständigen NATO-Mittelmeeergeschwaders und eine deutliche Verstärkung der mobilen NATO-Eingreifreserve (!), der sogenannten „Feuerwehr", würden helfen, den neuen Willen in der NATO erkennbar zu machen"* („FAZ", 8.4.75).

Das ist das Programm des aggressiven Imperialismus, der jede Entwicklung, die seinen Machtbereich auch nur einschränkt mit ökonomischer Infiltration und – wenn nötig – mit militärischer Aggression beantwortet.

Die führende Rolle des BRD-Imperialismus wurde auch durch seine Rolle, die er im Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland einerseits und diesen beiden Ländern und der NATO bzw. den USA, spielte, deutlich.

Während der US- Senat ein vorübergehendes Waffenembargo verhängte, sprang der BRD-Imperialismus „hilfreich" diesen Ländern zur Seite und ersetzte durch eigene Lieferungen die ausgefallenen amerikanischen Waffenimporte („FAZ", 22.5.75). Dies geschah unter ausdrücklichem Bruch des „Kriegswaffenkontrollgesetzes", das der BRD Rüstungsexporte in sog. „Spannungsgebiete" untersagt.

Zugleich reisten die westdeutschen Imperialisten-Vertreter Genscher und Brandt in die Türkei bzw. Griechenland, um „zu vermitteln". Dabei zeigte sich, daß sich beide Staaten enger an die EG und besonders an den BRD-Imperialismus anlehnen wollen. In Griechenland wurden angeblich alle bestehenden bilateralen Probleme mit der BRD ausgeräumt, was ausdrücklich auch *„für die Komplexe der Wirtschafts- und Militärhilfe"* bestätigt wurde (FAZ, 23.6.75). Ähnlich erfolgreich war die Mission Genschers in der Türkei: *„Von den Deutschen, mit denen sich die Türken durch Waffenbrüderschaft (!) und lange Freundschaftsbeziehungen* (bis zurück ins Kaiserreich – d. Red.) *besonders verbunden fühlen, erwartet man in Ankara offenbar auch die größten Beistandsaufwendungen"* („FAZ", 18.6.75). Die Türkei tritt für eine *„engere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ein"* (FAZ, 26.5.75). **Die Rolle des BRD-Imperialismus in der NATO ist aufgrund seiner inneren Stärke und Stabilität und der Schwächung des US-Imperialismus nach der Niederlage in Indochina gestiegen. „Sie wächst seit geraumer Zeit, und sie wächst weiter" (FAZ). Für die Völker der Welt und besonders für die Völker Osteuropas, die Völker des Mittelmeerraumes und des Nahen Osten wächst damit eine neue gefährliche Quelle militärischer Bedrohung und Aggression.** ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

US-Kriegsminister Schlesinger droht: Atomarer Präventivschlag gegen die Sowjetunion „nicht ausgeschlossen"

Die unverhüllte Kriegshetze des amerikanischen Imperialismus nimmt immer kriminellere Züge an: Nachdem die Strategen des Pentagon und andere führende Repräsentanten der USA den Rohstofförderländern der „Dritten Welt" im allgemeinen und den erdölexportierenden Ländern des Nahen und Mittleren Ostens im besonderen mit dem Einsatz der US-Streikräfte gedroht und der Demokratischen Volksrepublik Korea sogar die Vernichtung durch den Einsatz von Atombomben angekündigt haben, erklärte jetzt (Anfang Juli '75) der amerikanische Kriegsminister Schlesinger vor der internationalen Presse, daß *„die Vereinigten Staaten ... unter bestimmten Umständen ihre strategischen (!!!) Atomwaffen z u e r s t gegen die Sowjetunion einsetzen (würden)"* (lt. FAZ, 3.7.75; Hervorhebungen AK).

Im Klartext bedeutet diese Drohung nichts weniger, als daß die US-Imperialisten „unter Bestimmten Umständen" den Dritten Weltkrieg eröffnen werden!

Auf die konkrete Frage eines Journalisten *„Sie haben behauptet, daß Sie einen ersten Schlag nicht ausschließen würden. Bedeutet dies, daß eine erste Anwendung, im taktischen Sinn, etwa eine interkontinentale Rakete beinhaltet, die von einem ‚Trident'-Unterseeboot ... abgefeuert würden, und daß das Ziel die Sowjetunion selbst wäre? Ist die Sowjetunion als Zielbereich im taktischen Sinn ausgeschlossen oder nicht?"* antwortete Schlesinger: ***„Ich glaube, daß dies in unserer nuklearen Doktrin, in der Erklärung über die Streikräfte und anderweitig klargemacht wurde. Eine erste Anwendung könnte möglicherweise – und ich unterstreiche möglicherweise – strategische Streitkräfte (des Gegners) zum Ziele haben und möglicherweise ausgewählte Schläge gegen die Sowjetunion beinhalten (!). Wir schliessen dies nicht aus"*** (laut FAZ, 3.7.).

Die US-Imperialisten könnten *„einer fortdauernden Entwicklung sowjetischer strategischer und taktischer Waffen für einen „ersten Schlag" nicht untätig zusehen (!!!)"* und ***„der Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen würde vor allem dann erfolgen (!), wenn Amerika vor einer Angriffsd r o h u n g (!!!) in einem außenpolitisch wichtigen Bereich, wie Westeuropa (!), stünde'*** (lt. FAZ, ebenda; Hervorhebungen AK).

Bildeten diese Kriterien tatsächlich die Grundlage für die Entscheidungen der US-Imperialisten über den Einsatz ihrer Atomwaffen, so könnten sie j e d e r z e i t mit dem „ersten Schlag" das Signal zum atomaren Venichtungskrieg *geben! Denn die Vervielfachung des nuklearen Potentials zur Erlangung der „Erstschlagfähigkeit"* wird seit mehreren Jahren sowohl von der Sowjetunion als auch von den USA konsequent betrieben – und ist sogar im Sinne der von beiden Atom-Mächten unterzeichneten Abkommen, die das betrügerische Etikett „Abrüstung" tragen, so wird zwar in sämtlichen „Rüstungskontrollabkommen" zwischen den USA und der Sowjetunion *„der quantitative Rüstungswettlauf ... beschränkt, der qualitative jedoch kann ungehindert sich weiterentwickeln, z.B. die Begrenzung der Zahl der Interkontinentalraketen bei qualitativer Weiterentwicklung der Waffenkopf-Technologie, wie die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen:* „MIRV" – ‚Frieden in Europa', Hamburg 1973, S. 62).

Die zweite von Schlesinger genannte Voraussetzung („Angriffs- d r o h u n g in einem außenpolitisch besonders wichtigen Bereich") für einen atomaren ‚Ernstschlag' läßt sich natürlich beliebig von den US-Imperialisten selbst konstruieren. Die Imperialisten (und nicht nur die amerikanischen) haben noch allemal Vorwände erfunden, um ihre eigenen Aggressionen zu rechtfertigen...

Als was nun müssen Schlesingers fortgesetzte und immer wilder werdende Drohungen, *„die in Washington zumal seit dem Ende des Vietnam-Kriegs zu hören waren"* („FAZ", 3. Juli), gewertet werden?

Als ‚liberal' geltende Vertreter des bürgerlichen Journalismus bemängeln lediglich *„Unklarheiten"* in Amerikas Nuklearstrategie, die dadurch zu beheben seien, daß *„Schlesinger bald die Begriffe klärt, an deren Konfusion er selbst nicht unschuldig ist"* und sehen die *„ungerechtfertigte optische Verzerrung (!)"* in der *„Neigung"* des amerikanischen Kriegsministers begründet, *„sich von Nuklearwaffen faszinieren zu lassen"* („Süddeutsche Zeitung", 7. Juli).

Mit derartig idealistischem Quark halten sich natürlich die reaktionären Preisfechter des Kapitals gar nicht erst auf, sondern erklären unumwunden, daß Schlesingers grössenwahnsinnige Ausfälle **„folgerichtig"** und **„logisch"** seien – und daß der amerikanische Kriegsminister mit seinen jüngsten Erläuterungen zur Atomstrategie des US-Imperialismus *„ein glaubwürdiges allgemeines Friedensprogramm (!!!) vorgelegt"* hätte („FAZ", 25.6.). Atomwaffen *„hätten...keinen Abschreckungswert"*, schlösse man ihren Einsatz von vornherein aus – so lautet die einfache Formel der Reaktionäre („FAZ", ebenda).

U.E. muß die ‚nach Vietnam' immer weiter und rascher eskalierende Kriegshetze des US-Imperialismus vor allem unter drei Gesichtspunkten gesehen werden:

1. Versuchen die US-Imperialisten offensichtlich sich selbst Mut und den Völkern der Welt Angst zu machen – d.h. sie wollen vergessen machen, daß vor allem der Sieg der indochinesischen Völker „Beweis dafür (ist), daß sich die drei revolutionären Ströme der gegenwärtigen Epoche in der Position der Offensive befinden, daß sie gegenwärtig den Imperialismus schrittweise zurückdrängen..." (Le Duan, Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, zit. n. ND, 17.5.75).

2. Dienen die skrupellosen Kriegsdrohungen (die ja immer auch mit der angeblichen Aggressivität bzw. Überlegenheit des potentiellen Kriegsgegners ‚begründet' werden – siehe Nordkorea bzw. Sowjetunion) vor allem auch dazu, die Rüstung des US-Imperialismus auf allen Ebenen zu forcieren und das Vernichtungspotential zu vervielfachen.

3. Wird nicht zuletzt von den Militaristen der USA angestrebt, die amerikanische Bevölkerung und auch die ‚Öffentlichkeit' in den mit dem US-Imperialismus verbündeten Ländern bereits heute auf seine künftigen neuen Aggressionen ‚einzustimmen'. Grundsätzlich muß dabei auch die Drohung, s t r a t e g i s c h e Atombomben einzusetzen, ernst genommen werden! Denn es liegt im Wesen des Imperialismus, daß er lieber die gesamte Menschheit umzubringen versucht, als seine endgültige Niederlage hinzunehmen.

Aktuell scheint die Drohung mit dem ‚totalen Krieg' vor allem darauf berechnet zu sein, imperialistische Aggressionen mit herkömmlichen Waffen und auch mit t a k t i s c h e n Atomwaffen als ‚selbstverständlich' und als ‚kleineres Übel' erscheinen zu lassen.

Der US-Imperialismus erweist sich nach wie vor – und u.E. zunehmend! – als gefährlichster Feind der Völker der Welt. Um diesen „kriegslüsternsten, halsstarrigsten und aggressivsten Imperialismus mit dem mächtigsten wirtschaftlichen und militärischen Potential" (Le Duan) an der Durchführung seiner kriegerischen, lauthals angekündigten Pläne zu hindern, bedarf es der internationalen Einheitsfront – wobei der amerikanischen Arbeiterklasse und den anderen fortschrittlichen Kräften des amerikanischen Volkes eine besondere Bedeutung zukommt. ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Pluto-Atom-Raketen in der BRD?



Die mobile Atom-Rakete „Pluto"

Öffentliches Interesse erregte die von der DKP und ihrer französischen „Bruderpartei" PCF verbreitete Enthüllung, wonach Verhandlungen zwischen der BRD und Frankreich stattgefunden haben sollen über die Stationierung französischer taktisch-nuklearer Atomraketen auf westdeutschem Boden.

Es geht dabei um die auf einem AMX-30-Panzerfahrgestell montierte „Pluto"-Rakete, die *„mit taktischen Atomsprengköpfen Ziele in einer Entfernung von mehr als hundert Kilometern bekämpfen* (kann)" („FAZ", 23.6.75).

In der Militär-Strategie des französischen Imperialismus kommt dieser Rakete eine zentrale Bedeutung zu, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß *„um diese Waffe . . . die ganze Erste Französische Armee gruppiert* (wird)" („FAZ", ebenda). Das Operationsfeld der Ersten Französischen Armee aber, die aus fünf Divisionen besteht, liegt *„in Süddeutschland oder in der Nähe der elsässischen Grenze (!!!)"* („FAZ", ebenda). Es ist daher nicht schwer zu errechnen, daß (bei einer maximalen Reichweite von 120 Kilometern!) *„ihre nukleare Vernichtungswirkung . . . der deutsche Nachbar zu spüren* (bekäme)" („FAZ", 2.7.75).

Die westdeutsche Regierung hat grundsätzlich k e i n e Einwände dagegen vorgebracht, daß französische Atomwaffen hierzulande zur Explosion gebracht werden sollen! Ihr Interesse geht ausschließlich dahin, den Einfluß des westdeutschen Imperialismus *„auf die französische Entscheidung . . ., Pluto-Raketen vielleicht auch auf unserem Boden zu zünden"* („FAZ", 23.6.75) zu sichern!

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



NATO-Häuptlinge Ford und Schmidt

NATO-Häuptlinge Ford und Schmidt

„Ledernacken" – jetzt auch strategische Reserve des US-Imperialismus für Westeuropa

Die infanteristische Sondertruppe der US-Kriegsmarine, die unter der Bezeichnung ‚Ledernacken' vor allem im Indochina-Krieg berühmt - berüchtigt wurde, wird strategische Reserve für Europa" (FAZ, 12.7.75). Die US-Imperialisten ziehen mit dieser Umorganisierung ihres Streitkräfte-Potentials ein weiteres Mal Konsequenzen aus ihrer Niederlage in Südostasien.

Zwar werden die ‚Ledernacken' auch in Zukunft im Pazifik operieren (wo in der Vergangenheit ihr eigentliches „Operationsfeld" lag), jedoch sieht die Planung des Pentagon vor, *„sie auch für Europa bereitzuhalten"* (FAZ, ebenda).

Die 196.000 Elite-Soldaten werden zwar auch in Zukunft in drei Divisionen gegliedert bleiben, jedoch wird die bisherige Aufgabenstellung modifiziert - und faktisch erweitert: *„Die Division im Pazifik könnte amphibische Aufgaben (!) lösen* (also Landungsunternehmen durchführen, Anm. d. Red.). *Die an der Westküste Amerikas stationierte Division wäre sowohl für den Kampf im Pazifik als auch für die Verwendung im Atlantik auszubilden, und die Division der Ostküste müßte eine operative Einheit werden, die in Europa kämpfen könnte"* (FAZ, ebenda).

Die für *„den Einsatz ... auf einem europäischen Kriegsschauplatz "* (FAZ) vorgesehenen Elite-Einheiten werden in Zukunft mit Panzeren ausgerüstet (*„die die Marines bisher nicht hatten"*, FAZ) und die geplante Um-



„Ledernacken" probten bereits im letzten Jahr den Interventionskrieg gegen Erdölförderstaaten

USA verstärken ihre Atom-Macht in Westeuropa

Im Anschluß an die Konferenzserie von Spitzenrepräsentanten der Nato-Mitgliedstaaten (Mai '75) tagte die Nukleare Planungsgruppe der Nato (NPG) in Monterey/Kalifornien (am 16. und 17. Juni), um u.a. Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die darauf zielen, die ,,*Wirksamkeit* der amerikanischen ,,*Kernwaffen auf europäischem Boden als Werkzeuge der Abschreckung und der Verteidigung (zu) verbessern*'' (,,Die Welt'', 3. Juli).

Die Maßnahmen betreffen die taktischen Atombomben des US-Imperialismus in Europa, deren Zahl offiziell mit 7.000 (!) angegeben wird (,,Welt'', 3. Juli) und von denen ,,*die meisten ... (in der BRD) stationiert sind*'' (,,Welt'', ebenda).

Entsprechend einem Vorschlag des Pentagon beschloß die NPG (zu deren vier ständigen Mitgliedern die BRD gehört!) folgende Grundsätze und Maßnahmen:

- **,,Verminderung der Verwundbarkeit der Kernwaffen und der Munitionslager gegen Sabotage, Beraubung, konventionelle und atomare Attacken. Ferner sollen die Arsenale und die Startplätze rasch aufgelockert werden können, ohne daß deshalb die zentralen Führungs- und Überwachungssysteme eingeschränkt werden müssen.**
- **Verbesserung der Einrichtungen in den Hauptquartieren, damit die politische und militärische Führung schneller als bisher Informationen über die Bewegung feindlicher Streitkräfte und den Stand der eigenen Truppe erhält. Dabei geht es vornehmlich um die Modernisierung der Fernmelde- und der Rechnersysteme.**
- **Steigerung der Leistungsfähigkeit aller Apparaturen für die Erfassung der Ziele und der Waffensysteme selbst. Durch hohe Treffgenauigkeit (!) und präzise Dosierung der Detonationswerte (!?) soll ein unerwünschter Nebenschaden vermieden werden, damit der Fächer der Verwendungen breiter wird (!).**
- **Entwicklung von Möglichkeiten zu sorgsam gesteuerten Einsätzen gegen ausgewählte Ziele. Damit soll die Fähigkeit erhöht werden, gemäß der jeweiligen Situation auf dem Schlachtfeld Einbrüche des Feindes in die Front abzuriegeln (!) und Schläge gegen die Verbindungen des Gegners im Hinterland zu führen (!)''** (,,Die Welt'', 3. Juli).

Diese Maßnahmen (für die bezeichnenderweise keine Kostenrechnung veröffentlicht wurde) ergänzen und nenderweise keine Kostenrechnung veröffentlicht wurde) ergänzen und erweitern Planungen, die vor allem darauf zielen, die Trägerraketen der taktischen Atom-Sprengköpfe zu modernisieren:

,,*Dazu gehören zum Beispiel die Verbesserung der ,Pershing'-Rakete und die Ablösung der ,Sergeant'- und ,Honest John'-Raketen durch ,Lance'-Raketen sowie die Entwicklung von neuer Nuklear-Munition für die Artillerie im 155-mm-Kaliber*'' (,,Welt'', 3. Juli). ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

organisierung würde ,,*die Unterstellung der ,Ledernacken' unter das Kommando der Armee bringen*'' (FAZ).

Die US-Imperialisten haben nicht nur die Aufgabenstellung für die Sondertruppe ihrer Kriegsmarine entsprechend der gesamten ,Nach-Vietnam'-Politik geändert, sondern zudem mit General Louis Hugh Wilson einen neuen Befehlshaber an die Spitze des ganzen Korps berufen, der sich die höchsten Auszeichnungen als Führer der verbrecherischsten Unternehmen gegen die indochinesischen Völker ,verdient' hat. Adelbert Weinstein (der ,Militärexperte' der FAZ), der Wilson in Vietnam ,,*bei einer Reihe blutiger Gefechte*'' beobachtet und gesprochen haben will, beschreibt ihn als einen Mann, der ,,***in Fragen der Disziplin und der Zucht . . . der Typ des ,Ledernacken' (ist). Als Mann der Südstaaten zwar liebenswürdig (!!), gilt er dennoch als harter Soldat***'' (FAZ, ebenda). Den Faschisten Weinstein begeistert an Wilson besonders, daß er ,,***sparsam mit Lob***'' umgeht und ,,***streng auf das äußere Bild der Truppe (keine langen Haare, keine Bärte) (achtet). Seine Männer (!) jagt er bis zum Umfallen durch das Gelände (!), und er drillt sie unbarmherzig auf dem Kasernenhof (!)***'' (FAZ, ebenda).

Für die FAZ (als Sprachrohr des westdeutschen Imperialismus!) sind dieser Kriegsverbrecher und ,seine Männer' genau das Richtige ,,für Europa'' – und zwar ,,nicht nur eine psychologische Verstärkung in der Strategie der Abschreckung''... ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

,,Frontstadt''Westberlin — Revanchistischer Dauerbrenner des BRD-Imperialismus!

Revanchismus und Antikommunismus haben schon bei der ,,Geburt'' des heutigen Westberlin Pate gestanden: entstand es doch als Produkt der von den Imperialisten herbeigeführten Spaltung Deutschlands 1948, und diente diesen in der sogenannten ,,Berlinkrise'' als Propaganda-Popanz zur ,,Rechtfertigung'' ihrer Politik des völligen Bruchs der bis dato getroffenen 4-Mächte-Vereinbarungen über Deutschland, der Politik des ,,kalten Krieges'', in dessen Windschatten der deutsche Imperialismus in Gestalt der BRD wieder auflebte. Westberlin war immer Gradmesser für die Haltung, die die BRD-Imperialisten gegenüber den RGW-Ländern in den jeweiligen Perioden der Nachkriegsentwicklung eingenommen haben.
So ist es noch immer. Wenn heute wieder der Streit um den Status von Westberlin, die frechen und anmaßenden Forderungen nach ,,Zuständigkeit'' der 4-Mächte für das g a n z e ehemalige Großberlin etc. aufleben, so ist das ein untrügliches Zeichen dafür, daß der Imperialismus (namentlich der BRD-Imperialismus) im Zuge seiner a l l g e m e i n e n Expansionsbestrebungen in der Welt selbstverständlich seine alten Pläne nach Rückeroberung der ,,verlorenen deutschen Ostgebiete'' nicht vergißt.

Die jüngsten Provokationen ...

Die drei ,,westlichen Schutzmächte''Westberlins, die USA, Großbritannien und Frankreich, haben im Anschluß an das ,,traditionelle Deutschland-Gespräch'' vor Beginn der Nato-Gipfelkonferenz in Paris (im Mai dieses Jahres), in einer gemeinsamen Erklärung den ,,4-Mächte-Status'' von ganz Berlin ,,*mit Nachdruck bekräftigt*'' (,,Welt'', 29.5.75). Die Außenminister der beteiligten führenden imperialistischen Mächte sowie der BRD ,, ... *haben die Bedeutung unterstrichen, die sie der Lebensfähigkeit* (!) *und Sicherheit von Berlin beimessen, die sie als essentielle Elemente der Entspannung* (!!) *betrachten.*'' So heißt es in der Erklärung wörtlich.

Diese Passage ging später in das Schlußkommuniqué der Nato-Gipfelkonferenz mit ein und wurde von allen teilnehmenden 15 Staaten unterzeichnet.

,,*Härteste Berlin-Erklärung der Westmächte seit 17 Jahren*'' – so jubelte dann auch Springers ,,Welt'' am 29.5.75. Ihr Chefredakteur und Multi-Revanchist, Herbert Kremp, kommentierte in der gleichen Ausgabe:

,,*Die Tage der leichten, der seichten Entspannung sind dahin*''. Diesem jüngsten Höhepunkt vorausgegangen war eine von den Westmächten gezielt angezettelte Provokation gegen die war eine von den Westmächten gezielt angezettelte Provokation gegen die DDR zur Veränderung des gegenwärtigen ,,Status Quo'' Westberlins.

Am 14.4.75 richteten die drei ,,Kontrollmächte'' Westberlins aus Anlaß des Erscheinens des ,,Bevölkerungsstatistischen Jahrbuches der Vereinten Nationen'' eine Protestnote an die UNO, und eröffneten damit die revanchistische Kampagne. Das Jahrbuch ging bei seinen Statistiken von der Existenz eines ,,*Westberlin*'' sowie eines ,,*Berlin, Hauptstadt der DDR*'' aus.

Die Westalliierten reklamierten in ihrer Note die sogenannte ,,4-Mächte-Verantwortung'' für die ,,gesamte Stadt'', leugneten die Existenz der Hauptstadt der DDR und maßten sich so an, die Geschicke im ,,östlichen Teil der Stadt'' ebenso wie im ,,westlichen'' mitentscheiden zu können.

Die Westalliierten berufen sich dabei auf Übereinkommen aus der ,,Kriegs- und Nachkriegszeit'', die das damalige Großberlin auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens bzw. der Vereinbarungen der Konferenz von Jalta (1945) unter 4-Mächte-Kontrolle stellten, sowie auf das Berlin-Abkommen von 1971. Was die Verträge der Nachkriegszeit angeht, so waren es die Westalliierten selbst, die sie vollständig gebrochen haben, wie wir weiter unten darlegen werden. Das Berlin-Abkommen von 1971 enthält lediglich einen Passus in der Präambel, der besagt, daß die ,,*Viermächterechte und -verantwortlichkeiten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit unberührt*'' bleiben. Die Sowjetunion hat die UNO-Note der Westalliierten am 12.5.75 ebenfalls mit einer Note an die UNO-Note der Westalliierten am 12.5.75 ebenfalls mit einer Note an die UNO beantwortet, in der es zu den Kriegs- und Nachkriegsverträgen heißt: ,,***3. Was die Frage der gemeinsam von den vier Mächten über Berlin ausgeübten Hoheit betrifft, so waren es natürlich die drei Mächte selbst, die diesen Zustand beendeten, indem sie die Erfüllung der 4-Mächte-Übereinkommen und -Entscheidungen behinderten, und indem sie die westlichen Sektoren von Berlin von ihrer natürlichen Umgebung abschnitten. Es ist völlig klar, daß sie keine Vorteile aus einem Übereinkommen herleiten können, das sie selbst verletzen, noch viel weniger können sie irgendwelche Rechte hinsichtlich der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik beanspruchen***''.

NATO-Aufrüstung für den Krieg

Anfang 1975 wurde von der ,,Euro-Group'', also nur den westeuropäischen NATO-Staaten, folgendes Aufrüstungsprogramm für das laufende Jahr beschlossen:

563 Kampfpanzer, 1157 Panzerfahrzeuge;
1134 Panzerabwehrwaffen;
238 moderne Kampf- und Seeaufklärungsflugzeuge;
123 landstationierte Hubschrauber;
836 Flugabwehr-Raketensysteme und 530 Flugabwehrgeschütze;
10 Zerstörer und Fregatten;
2 U-Boote;
10 Schnellboote;
17 See-Einsatzhubschrauber;
57 Flugkörpersysteme;
51 Torpedoausrüstungen;
52 elektronische Systeme;
12 Artilleriesysteme;
27 Systeme für elektronische Kampfführung;
136 Luft-Boden-Flugkörpersysteme und 174 Torpedosysteme
ca. 600 Kampfflugzeuge für die nächsten 6 Jahre mit der neuesten Elektronik
Ausrüstung von 3.500 Kampfpanzern bis 1979 mit dem neuesten Laser-Ziel-Entfernungsmesser
68 Flugzeuge erhalten stärkere Triebwerke
mehr als 80 NIKE - und HAWK-Flugkörpersysteme werden bis 1979 modernisiert.

(Aufstellung aus ,,antimilitarismus information'3/75).

Da dieses Programm vor den entscheidenden NATO- Tagungen im Mai beschlossen worden ist, kann man zu Recht annehmen, daß es inzwischen weiter nach oben erhöht wurde. ●

Einiges zu den ,,Kriegs- und Nachkriegsverträgen'' ...

Es ist bezeichnend, daß in der gesamten revanchistischen Kampagne der letzten Wochen in der Berlin-Frage zwar immer auf ,,Rechte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit'' gepocht wird, aber man gleichzeitig n i r g e n d s in der BRD-Presse den geringsten Versuch findet, anhand einer Darstellung der Nachkriegsentwicklung das wenigstens notdürftig zu beweisen. Vielmehr wird so getan, als seien die Westsektoren Berlins sozusagen ,,schon immer'' integraler Bestandteil der westlichen Besatzungszonen gewesen, und deshalb auch quasi ,,automatisch'' mit der Spaltung Deutschlands ,,Hoheitsgebiet der Westalliierten'' geworden etc.

T a t s ä c h l i c h aber gehörte Großberlin bei Kriegsende zunächst einmal v o l l und g a n z der damaligen ,,sowjetischen Besatzungszone'' an!

Auf der Konferenz von Jalta, am 5. Juni 1945, gaben die vier Siegermächte ihren Entschluß bekannt, aus den Oberbefehlshabern der Besatzungsstreitkräfte den ,,Alliierten Kontrollrat'' mit Sitz in Berlin zu bilden. In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, in dem bis dahin sowjetisch besetzten Berlin eine ,,alliierte Militärkommandantur'' zu errichten und in den 12 westlichen Verwaltungsbezirken Berlins Besatzungstruppen der drei Westalliierten zu stationieren.

Diese Übereinkunft wurde auf der Grundlage der in Jalta beschlossenen Politik für Gesamtdeutschland erzielt, die im wesentlichen vorsah:

,, ... den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören, und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine im gleichen Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind'' (nach Abdruck der Jalta-Erklärung in: ,,Determinanten der westdeutschen Restauration'', S. 269, Suhrkamp). **Berlin sollte das Zentrum der Durchführung d i e s e r Politik werden, die später im Potsdamer Abkommen vom August 1945 noch detaillierter umrissen wurde. Und nur zur Durchführung eben d i e s e r Politik, gestattete die Sowjetunion den Westalliierten die Stationierung ihres Militärs und errichtete gemeinsam mit ihnen die Verwaltung Großberlins.**



Konferenz von Jalta, 1945: Churchill, Roosevelt und Stalin (v. l. n. r.)

Die Spaltung Deutschlands und die widerrechtliche Okkupation der Westsektoren Berlins ...

Wie in den westlichen Besatzungszonen, so auch in den Berliner Westsektoren arbeiteten die Imperialisten von Anfang an jedoch an der Spaltung Deutschlands, an der Sabotage des Potsdamer Abkommens, das Deutschland trotz der Aufteilung in Besatzungszonen als ,,*wirtschaftliche Einheit*'' und seine politische Zukunft als die eines ,,*einheitlichen demokratischen Staates*'' vorsah. Schon 1946 forderte der Außenminister der USA, J. F. Byrnes, eine Revision der 4-Mächte-Beschlüsse über Deutschland und bestritt die Endgültigkeit der Oder/Neiße-Grenze.

,, ... *in den Berliner Westsektoren sabotierten und unterbanden die imperialistischen Besatzungsorgane eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung. Sie entfernten zahlreiche Antifaschisten aus den Verwaltungen und der Polizei und übertrugen reaktionären und opportunistischen Kräften die Schlüsselpositionen. Sie stellten die Konzernbetriebe unter ihren Schutz und gestatteten und förderten die Bildung von Unternehmerverbänden. Um den Einfluß der progressiven Kräfte auszuschalten, waren sie bestrebt, die Funktionen des demokratischen Magistrats von Großberlin in den Westsektoren einzuschränken und separate Dienststellen zu schaffen. Die den gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten widersprechende Politik der Westmächte in den Berliner Westsektoren ermunterte reaktionäre* Politiker *und opportunistische Führer der Sozialdemokraten, die sich hier konzentrierten, immer offener gegen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Berlin und in der gesamten sowjetischen Besatzungszone aufzutreten*'' (,,Klassenkampf, Tradition, Sozialismus'', S. 517, Berlin '74).

Ende 1946 schon wurden mit der Gründung der sogenannten ,,Bizone'', d. h. mit dem Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Zonen, die ersten Schritte zur separaten Staatsgründung seitens der Imperialisten getan. Im Juni 1947 verkündeten die US-Imperialisten mit dem Marshall-Plan unverhohlen ihre Absicht, den deutschen Imperialismus in ihrem Einflußbereich wieder aufzubauen.

In Berlin wurde von reaktionären Politikern (vor allem den rechten SPD-Führern) auf eine Eingliederung der Stadt in den Marshall-Plan und ihre Herauslösung aus der sowjetischen Besatzungszone hingearbeitet. Gleichzeitig arbeiteten diese Leute in dem gleichfalls im Juni 1947 gegründeten ,,Wirtschaftsrat der Bizone'' mit und desorganisierten zunächst einmal ,,vorsorglich'' die Wirtschaft der Berliner Westsektoren durch Verlagerung von industriellen Ausrüstungen etc. in die Westzonen. Schließlich wurde auf der Londoner Konferenz, die unter Ausschluß der Sowjetunion vom 23.2. bis 2.6.1948 (mit Unterbrechung) tagte, die Gründung eines westdeutschen Staates beschlossen.

Dementsprechend verweigerten die Westalliierten am 23.3.48 jede weitere Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat und führten am 20. Juni 1948 in den Westzonen eine separate Währungsreform durch.

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß die Imperialisten mit dieser Politik der Sabotage jeglicher 4-Mächte-Vereinbarungen und der Liquidierung des Alliierten Kontrollrates j e d e s Recht auf Anwesenheit im zwar bis dato alliiert-verwalteten, aber immer noch vollständig zur sowjetischen Besatzungszone gehörenden Berlin v e r l o r e n hatten!!

Die Imperialisten nun betrieben gegenüber Berlin die Politik der Errichtung eines imperialistischen Brükkenkopfes für ihre künftigen Operationen des ,,kalten Krieges'' im Rahmen der mit der Truman-Doktrin im März 1948 zusammen verkündeten ,,Roll Back''-Strategie.

Brutal wurde die Spaltung Berlins durchgeführt. Mitglieder der SED, der FDJ und anderer demokratischer Organisationen wurden verfolgt und eingekerkert, der Berliner FDGB wurde gespalten, klassenbewußte Arbeiter aus den gewerkschaftlichen Unterorganisationen gewaltsam entfernt. Am

Fortsetzung Seite 24

„Frontstadt" Westberlin

Fortsetzung von Seite 23

23.6.1948 übertrugen die Westmächte die westdeutsche Währungsreform auf die Westzonen Berlins.

Dadurch strömte das entwertete Geld in Massen in die sowjetische Besatzungszone und drohte deren wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen.

Um die Folgen der separaten Währungsreform in den Westzonen auf die SBZ abzuwehren, war die Sowjetunion gezwungen, den Personen- und Güterverkehr von den Westzonen nach Berlin zeitweilig zu unterbinden.

Das zum Anlaß nehmend, inszenierten die Imperialisten die sogenannte „Berlin-Krise", errichteten die Luftbrücke nach Berlin und versuchten den Eindruck zu erwecken, als sollten die Schutzmaßnahmen der SBZ der „Aushungerung" der Berliner Westsektoren dienen – das, obwohl die Sowjetunion mehrfach versicherte, daß sie die Versorgung der Westsektoren Berlins uneingeschränkt garantiere! Mit der „Berlin-Krise" versuchten die Imperialisten seinerzeit mit einigem Erfolg von der Spaltung Deutschlands durch s i e selbst abzulenken, und davon, daß die im Zusammenhang mit der Errichtung des westdeutschen Staates in Berlin getroffenen Maßnahmen völkerrechtlich den schlichten Tatbestand der gewaltsamen Okkupation, ja, letztlich der Annektion erfüllten!



Es liegt wohl auf der Hand, warum die BRD-Presse, die heute wieder einmal seitenlang das „Berlin-Problem" erörtert, keine Zeile zur näheren Begründung der beanspruchten „4-Mächte-Verantwortung" aus „Kriegs- und Nachkriegsverträgen" verschwendet: **schon eine oberflächliche, sachliche Auseinandersetzung mit diesen Verträgen würde nämlich zu Tage fördern, daß die Imperialisten aus ihnen nicht einmal ihre Anwesenheit i n W e s t b e r l i n (!!) herleiten, geschweige denn ihren Anspruch auf „Kontrolle" des östlichen Teils der Stadt, der Hauptstadt der DDR, begründen können!** Wenn die Sowjetunion heute den Standpunkt einnimmt, daß Berlin (DDR) ein „integraler Bestandteil" der DDR ist, wohingegen Westberlin unter alliierter Kontrolle steht, also keine offiziellen, staatlichen Verbindungen mit der BRD eingehen darf etc., so ist das schon ein K O M P R O M I S S (und zwar ein ziemlich fauler! – siehe weiter unten), zur „Aufrechterhaltung" des gegenwärtigen „Status Quo", wie die Begründung lautet. **Ausgehend von den Verträgen von Jalta und Potsdam, sowie von den darauf gründenden sonstigen Übereinkünften, hat die SU bzw. ihr Rechtsnachfolger DDR die Verwaltungshoheit über das g a n z e ehemalige Großberlin, das rechtlich eindeutig Bestandteil der ehemaligen SBZ und heutigen DDR ist.**

Entspannungsbetrug mit windschiefen Verträgen ...

Der in der aktuellen Auseinandersetzung um den Status von Westberlin von der Sowjetunion bezogene „konsequente" Standpunkt (siehe UNO-Note weiter vorn) ist auf seiten der Imperialisten zunächst auf einige Verwunderung gestoßen, und das nicht „unbegründet":

Hat doch die Sowjetunion zum „Berlin-Problem" alles andere als stets eine eindeutige Position vertreten. **Das, was die revisionistische Führung der SU j e t z t in W o r t e n (!) völlig zu Recht gegenüber den aggressiven Vorstößen der Imperialisten vertritt, ist von ihr vielfach in ihren T a t e n (!), wenn es um „Kooperation" und „Entspannung" mit den Imperialisten ging, mit Füßen getreten worden!**

Wurde unter Stalin seitens der SU noch an der völligen Unrechtmäßigkeit der faktischen Annektion der Berliner Westsektoren durch die Imperialisten festgehalten, die Forderung nach bedingungslosem Abzug der Besatzer und Einleitung einer demokratischen Entwicklung, gemäß dem Potsdamer Abkommen, in ganz Berlin etc. gestellt, so wurde 1958 von Chruschtschow dann der erste Versuch gemacht, sich des inzwischen „lästigen" Berlin-Problems per schrägem Kompromiß zu entledigen.

In einer Note an die Westalliierten vom 27. November 1958 verlangte die SU-Führung den Rückzug aller Besatzungstruppen und schlug als Gegenleistung den Verzicht auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und die Verwandlung Berlins in eine „selbständige politische Einheit" (an anderer Stelle: „freie Stadt") vor. Die SU-Revisionisten gingen dabei soweit, bezüglich der künftigen Entwicklung Westberlins als „freie Stadt" zu versichern: *„Die UdSSR ihrerseits wird jede* (!) *diesbezügliche Entscheidung der Westberliner respektieren".*

In diesem Zusammenhang verlangten die SU-Revisionisten von der DDR ein *„ausgesprochenes Opfer"* für die *„Festigung des Friedens in Europa"* etc. p.p.

Die Imperialisten ihrerseits zeigten sich wenig beeindruckt von diesen Vorschlägen, bauschten sie zum „Berlin-Ultimatum" auf, drohten über die NATO mit rigoroser „Verteidigung" der „Freiheit Berlins" etc. und erreichten, daß die SU-Revisionisten schon ein halbes Jahr später noch weiter von ihren Forderungen abrückten.

Am 10.6.59, kurz vor der Genfer Außenministerkonferenz (der Alliierten), erklärte Gromyko, daß die SU *„nicht mehr auf der sofortigen und vollständigen Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin bestehe."*

Festgehalten wurde jedoch noch an der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages, am Übergang sämtlicher Rechte und Verantwortlichkeiten der SU gegenüber Berlin auf die DDR, der Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, auch über die „Berlin-Frage".

Doch schon wenig später, 1961, waren auch diese Positionen „nicht mehr zeitgemäß". Der Beginn des großen „Entspannungs-Rummels", der „Geist von Camp David" sah nur noch Verhandlungen vor, *„mit dem Ziele, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit den Interessen aller Betroffenen"* stünde!!.

„Die Sowjetunion verfolgt nicht das Ziel, die Interessen der USA oder der anderen Westmächte in Europa zu schädigen (!!)".Sie hielt es vielmehr für *„erforderlich, die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren, die Unantastbarkeit der bestehenden deutschen Grenzen zu formulieren und zu festigen, und die Lage in Westberlin auf der Grundlage einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Seiten(!!) zu normalisieren* (!)". (Memorandum der sowjetischen Regierung vom 4.6.61).

Das „4-Mächte Abkommen" über Berlin von 1971 stellt den bisherigen Höhepunkt in der konsequenten Politik der Preisgabe der berechtigten Positionen in der „Berlin-Frage", sowie in der Übergehung der DDR in dieser Frage, dar.

Allein die Tatsache, daß die SU die Berechtigung der imperialistischen Besatzungsmächte, Regelungen für Westberlin auszuhandeln, stillschweigend, (nämlich durch ihre Teilnahme an den 4-seitigen Botschafter-Verhandlungen!) anerkannte, läßt den völligen Verzicht auf die Positionen des Potsdamer Abkommens erkennen, stellt darüberhinaus eine Legitimierung der Anwesenheit der Imperialisten in Berlin dar!

Das Abkommen selbst ist von teilweiser Doppeldeutigkeit, sowie von realen Zugeständnissen gekennzeichnet, die den Imperialisten ihre ständigen Provokationen in den letzten Jahren erleichterten.

In der Präambel ist z.B. davon die Rede, daß die *„4-Mächte-Verantwortlichkeiten für Berlin aus der Nachkriegszeit unberührt"* bleiben sollen, was nicht näher konkretisiert ist, und von den Imperialisten jetzt als „Verantwortung" für ganz Großberlin ausgelegt wird.

Das größte Zugeständnis aber ist ein ebenso schwammiger Passus, der besagt, daß die *„Verbindungen"* (sowjetische Auslegung) Westberlins zur BRD *„weiterentwickelt"* werden dürfen!

Unter Berufung auf diesen Abschnitt arbeiten die Imperialisten eifrig gegen alle sowjetischen bzw. DDR-Proteste daran, Westberlin als 12. Bundesland mit der BRD zu verschmelzen (vergleiche z.B. die Errichtung des Bundesumweltamtes in Westberlin, im Sommer 1974 etc).

Derartige „Grauzonen" in den Verträgen, sowie die Schacher-Politik der SU-Revisionisten s e l b s t in der „Berlin-Frage", erleichtern den Imperialisten bei ihren revanchistischen Aktionen enorm das Geschäft.

Was soll man denn z.B. davon halten, wenn in dem zwischen der SU und der BRD während des Schmidt-Besuches in Moskau im Herbst '74 abgeschlossenen Abkommen über „wirtschaftliche Kooperation" sich folgender Artikel findet:

„Entsprechend dem 4-Mächte Abkommen vom 3.9.71 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt." (Artikel 1o).

Einerseits nun protestiert die SU zu Recht gegen jeden Versuch der BRD, sich als Sprecher für Berlin auszugeben (z.B. gegen den jüngsten Genscher-Besuch in Westberlin), andererseits aber räumen die SU-Revisionisten, wenn es um ihre Zusammenarbeit mit den Imperialisten geht, dem westdeutschen Bundeskanzler das Recht ein, Westberlin in den Verhandlungen zu vertreten, ja sogar Regelungen für Westberlin auszuhandeln!!!

Wir haben schon früher (AK 52) diese Haltung als *„politischen Kniefall des Revisionismus zum ‚Nutzen und Frommen' der ökonomischen Zusammenarbeit"* gekennzeichnet. Daß das auch voll und ganz für die Vorgänge um das Zustandekommen des „4-Mächte-Abkommens" von 1971 zutrifft, wird u.a. auch daran deutlich, daß in die Zeit der Geburt dieses schwammigen Abkommens die „große Schlacht" um die Ratifizierung der Ostverträge (!!) fällt.

Auch heute wieder: Erpressung der SU mit der KSZE!

Erstaunlich ist die Hartnäckigkeit, mit der Moskau wider alle offenkundigen Tatsachen den Viermächtestatus für ganz Berlin bestreitet", schreibt Springers „Welt" am 27.5.75, und fügt hinzu: *„Berlin-Diplomaten zweifeln nicht daran, daß Moskau die Kampagne in allernächster Zeit mit Rücksicht auf seine KSZE-Ziele – wenn auch nur vorübergehend – beenden wird."* (ebenda)

Wie 1971 mit den ‚Moskauer Verträgen' das Berlin-Abkommen erpreßt wurde, so soll jetzt seine Ausdehnung auf ganz Berlin mit der KSZE („Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa") „eingehandelt" werden, und wie man sieht, sind die Imperialisten recht zuversichtlich!

Die West-Berliner CDU forderte auf ihrem jüngsten Parteitag gar den Abbruch der KSZE, *„angesichts der entspannungsfeindlichen Politik Moskaus"* („Welt", 26.5.75). Die NATO-Gipfelkonferenz, die erst vor wenigen Tagen zu Ende ging, ließ verlauten, daß ihre Teilnehmer einen *„essentiellen Zusammenhang zwischen der Entspannung in Europa und der Lage in Berlin"* sehen („Welt", 31.5.75). Aller Wahrscheinlichkeit nach wird aus der aktuellen Auseinandersetzung wieder einmal ein fauler Kompromiß erwachsen. Jedenfalls ist der Ansatz dazu in der UNO-Note der SU schon deutlich herauszuhören: *„Die Sowjetunion hält es weiterhin für erforderlich, daß alle Seiten die politische und territoriale Lage berücksichtigen, die in diesem Gebiet als Folge (?) der Ereignisse in den Nachkriegsjahren existiert (!), und die von der überwältigenden Mehrheit der Staaten jetzt anerkannt und akzeptiert wird. Eine solche Haltung würde die Entwicklung einer normalen (?) und geschäftsmäßigen (!!) Zusammenarbeit auf breiter, internationaler Basis begünstigen"* (Punkt 4).

Wir dürfen denn gespannt sein, wieweit auch in der heutigen Auseinandersetzung der offenbar in jedem Revisionisten steckende ‚Geschäftsmann" sich durchsetzt!

Westberlin soll imperialistischer Brückenkopf bleiben !

Bei seinem jüngsten Besuch in Westberlin am 21. Mai 75 hat der von Genscher begleitete US-Außenminister Kissinger in seiner Rede vor dem Senat von Westberlin unmißverständlich festgestellt:

„Die Sicherheit Westberlins bleibt ein lebenswichtiges Interesse der Vereinigten Staaten". Und mit der Anspielung auf die KSZE sagte er ferner:

„Seit Beginn der Periode der Entspannung teilen sich die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten in der Überzeugung, daß die Hoffnung auf größere Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa allem voran in Berlin verteidigt werden muß". Kissinger tat sich mit den „juristischen Formalitäten", was den Status von Berlin angeht, denn auch nicht so schwer wie seine westdeutschen „Kollegen".

In der ihm eigenen, offen provokativen Art, erklärte er: **„Die Stärke unserer Verpflichtung gegenüber dieser Stadt leitet sich deshalb nicht lediglich aus formellen Dokumenten her, sondern erwächst in erster Linie aus unserem Verständnis unserer eigenen objektiven Interessen ... (!!)"** (Zitate nach Erklärung im Wortlaut, „Welt", 22.5.75).

Westberlin soll weiterhin Brükkenkopf der Imperialisten, soll Umschlagplatz der diversen imperialistischen Geheimdienste, Diversionszenrale und Propagandazentrum des Imperialismus gegen den „Ostblock" bleiben.

Die angemaßte Hoheit der westlichen alliierten Mächte setzt diese in den Stand, jede Entscheidung der Westberliner Behörden zu annullieren, im „Krisenfall" mit dem Standrecht zu regieren, oder etwa binnen kürzester Frist Westberlin zum militärischen Stützpunkt aufzubauen.

Mit einem Wort: Westberlin soll der schwelende Kriegsbrandherd im Herzen Europas bleiben, von dem – mit der weiteren Verschärfung der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten – wieder zunehmend Gebrauch gemacht werden soll.

Wo die besonderen Vorzüge Westberlins im Rahmen dieser Kriegsvorbereitungen liegen, hat der sozialdemokratische „Vorwärts" schon vor zwölf Jahren sehr richtig festgestellt:

„In der politischen und psychologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West stellt Westberlin den Gegenwert von etlichen Divisionen dar ..." (11.12.63). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

BRD-Imperialismus

BRD-Imperialismus

verstärkte Versuche in Afrika Fuss zu fassen

Neben den USA, Großbritannien und Frankreich versucht die BRD immer mehr, im afrikanischen Kontinent Fuß zu fassen.

Im Januar 1975 fand eine Konferenz aller BRD-Botschafter in den afrikanischen Ländern in Nairobi statt. Hier wurde verkündet, daß die BRD-Imperialisten ihre „Entwicklungshilfe" stärker als bisher „direkt gewähren würden". (Bisher wurde „Entwicklungshilfe" über internationale Organisationen – im wesentlichen UNO – gezahlt.

Diese „Umorientierung" ist auch *„als ein Warnschuß an die Adresse der Entwicklungsländer gedacht, die . . . emotionell gegen die Industriestaaten, darunter auch die Bonner Regierung, zu Felde ziehen"* („Süddeutsche Zeitung", 30.1.75).

Die Imperialisten wollen *„durch einen Ausbau der bilateralen Beziehungen und durch die direkte Streuung der Hilfe in diesen Ländern auch für den Standpunkt der Bundesregierung in internationalen Fragen verstärkt werben* („Süddeutsche Zeitung", 30.1.75).

In diesen offenen Absichtserklärungen der BRD-Imperialisten wird deutlich:

Nur „wohlgesonnenen" Ländern wird die BRD in Zukunft „helfen".

Dort wo keine vorbehaltlose „Wohlgesonnenheit" vorhanden ist, wird die BRD „verstärkt darum werben".

Genscher auf Werbetour

Anfang Juli ging der Außenminister auf eine Werbereise durch Afrika. Vier Länder waren – nicht zufällig – sein Ziel:

Liberia *„nimmt unter den Empfängern deutscher Investitionen in Afrika den ersten Platz ein. Zwanzig Prozent aller Eisenerzimporte der BRD kommen von dort"!*

Für **Ghana** *„ist die BRD der drittwichtigste Handelspartner".*

Sambia ist der wichtigste Ort der Reise, *„sowohl wegen seiner Schlüsselstellung in der Südafrikafrage, als auch aus wirtschaftlichen Gründen: 15 Prozent der deutschen Kupfereinfuhren stammen dorther"!*

In Malawi *„hat sich die wirtschaftliche und technische Hilfe Bonns als sehr erfolgreich erwiesen"* (alle Zitate aus „Süddeutsche Zeitung", 26.6.75).

Neben der handfesten Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des BRD-Kapitals in diesen Ländern (*„Rohstoffprobleme im Vordergrund"*, „Frankfurter Rundschau", 9.7.75), ging es Genscher auch um längerfristige politische Ziele:

„Genscher wird auch die Frage anschneiden, warum afrikanische Länder zwar bilateral freundschaftlich mit Bonn verkehren, in internationalen Gremien hingegen häufig gegen die Bundesrepublik und andere Industriestaaten auftreten" („Süddeutsche Zeitung", 26.6.75).

D.h. hier will die BRD ganz konkret zumindest die Außenpolitik anderer Länder inhaltlich diktieren. Darüber will die BRD die Front der unterentwickelt gehaltenen Länder aufbrechen und spalten.

Wegen seiner Schlüsselstellung spielt Sambia eine wichtige Rolle im südlichen Afrika. (Die Regierung Sambias hat auf der einen Seite sehr freundschaftliche Beziehungen zu Mosambik, Angola und den Befreiungsbewegungen in Simbabwe, während sie auf der anderen Seite gegenüber dem faschistischen Südafrika einen „friedlichen Kurs" vertritt.)

Die BRD-Imperialisten wollen diese Rolle Sambias benutzen, um ihren Einfluß auf die fortschrittlichen Länder Afrikas zu verstärken und für ihre Unterstützung der südafrikanischen Faschisten „Verständnis" zu schaffen. (Die BRD ist der größte Handelspartner der südafrikanischen Faschisten, während fast alle schwarzafrikanischen Länder einen Handelsboykott gegen das Rassistenregime fordern!)

Glaubt man der bürgerlichen Presse, so hat die „Werbetour" Erfolg gehabt:

Die „Frankfurter Rundschau" vom 9.7.75 meint, *„daß in allen vier Ländern große Sympathien für die BRD vorhanden sind"* und *„eine gefährliche Konfrontation wahrscheinlich vermieden werden kann".*

Daß seitens der BRD kein Zugeständnis gemacht zu werden brauchte, zeigt, daß der Satz: *„Die Bundesregierung denkt nicht daran, Einfluß auf die Wirtschaftsbeziehungen deutscher Firmen zu Südafrika zu nehmen"* („Süddeutsche Zeitung", 30.1.75) noch immer seine Gültigkeit hat!

So ganz nebenbei stellte Genscher fest, *„daß es nicht Bonner Interesse sein könnte, wenn sich im Süden Afrikas radikale Kräfte durchsetzen würden".* Daher wird nun geprüft, ob die BRD nicht noch mehr als bisher durch Stipendien die *„junge afrikanische Generation"* beeinflussen kann, die *„in zwei Jahrzehnten die Politik bestimmen wird".* *„Nach Ansicht maßgeblicher Kreise würde jede Million hierfür langfristig gut angelegt sein (!!)"* (Zitate aus „Frankfurter Rundschau", 9.7.75). ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

República

ANO 64 (2.ª SÉRIE) N.º 15 744

QUINTA-FEIRA 10 DE JULHO 1975

Fundado por ANTÓNIO JOSÉ DE ALMEIDA

DIRECTOR: Cor. PEREIRA DE CARVALHO

PROPRIEDADE DE EDITORIAL REPÚBLICA
RUA DA MISERICÓRDIA, 116 — LISBOA 2
TELEFONES: 32 65 32 - 32 51 36 - 32 63 24

PREÇO 4$00

A TODOS OS TRABALHADORES

«REPÚBLICA» - história de uma luta

A história da luta dos trabalhadores do jornal «República» passou por diversíssimas fases. Há muito para contar, o que agora não faremos por duas razões: falta de espaço para contos largos, e por não ser ainda oportuno revelar alguns pormenores da nossa luta que não tornámos públicos.

Era necessário, no entanto, relatarmos aos leitores alguns dos passos deste conflito que opõe duas entidades bem caracterizadas — os trabalhadores que somos nós e os patrões que são a Administração, Direcção, Chefia de Redacção e maioria de redactores que ficou do outro lado.

Sintetizamos aqui portanto a história deste conflito de trabalho que se arrasta há 50 dias.

Lisboa, 27 de Junho de 1975

Os trabalhadores do jornal «República» vêm fazer perante o povo português o ponto da situação da sua luta.

1. Selado o jornal pelo COPCON em 20 de Maio, por exclusiva culpa da Administração e a pedido desta, foram os trabalhadores desalojados do seu local de trabalho. Começava, então, um novo período da luta em que de um lado estavam 153 trabalhadores e do outro 24 senhores, representantes do Capital — administradores, directores e a maioria dos redactores.

2. A luta dos trabalhadores do jornal «República» desenvolveu-se em várias frentes: contra as calúnias da cúpula do PS (que tentou intoxicar a opinião pública e fazer crer — sem o conseguir — que éramos conduzidos pelo PCP) transformando por sua conveniência e cálculo o problema do «República» numa falsa questão nacional e internacional; contra a morosidade dos poderes constituídos, a quem fizeram relato claro da situação do «República» e esclareceram sobre os objectivos da sua luta, que mais não é do que torná-lo um jornal independente de tutelas partidárias, que sirva efectivamente os interesses do povo português e das classes trabalhadoras em particular; contra a campanha de pressões a nível nacional (governamental) e internacional (Imprensa, forças económicas e políticas) que os administradores, directores e a maioria dos redactores, ao lado do patrão PS, desenvolveram com o intuito de nos fazer recuar e ceder em manobras que caracterizam bem o estilo do patronato mais reaccionário, que esses senhores tantas vezes denunciaram e verberaram nas páginas do jornal; contra todas as dificuldades resultantes de os únicos meios de que dispõem serem o seu braço de trabalho e mais nada; contra a incompreensão de certo sector da Informação, que, não abandonando (por conveniência própria) o seu partidarismo sectário não aceitou que a nossa verdade viesse clarificar muita coisa que se passa neste país no sector da Informação.

3. Não obstante tudo isto os trabalhadores do jornal «República» levaram para a frente a sua luta. Não estiveram sós, pois a seu lado se puseram muitos milhares de trabalhadores deste país, que compreenderam que a nossa luta era também a deles e que so assim a Revolução (tão cantada pelas altas esferas mas muito maltratada por quem mais a canta) iria para a frente.

4. Os trabalhadores do jornal «República» conseguiram que as instâncias oficiais se debruçassem sobre o seu caso. Mas, aqui, eles têm de fazer a clara denúncia de como as coisas se passaram:

a) Informado pelo COPCON sobre todas as fases do problema, com elementos dados pelos trabalhadores do jornal «República» o Conselho Superior de Revolução ouviu directa e oficialmente os administradores, director e chefe de redacção do jornal, isto é, os responsáveis do patronato;

b) os trabalhadores nunca foram convocados pelo Conselho Superior de Revolução para serem ouvidos e dizerem de sua justiça; apenas conseguiram que as suas razões fossem conhecidas através de representantes do COPCON que as levaram ao CSR;

c) os trabalhadores foram sempre recebidos por membros do CSR, em seu nome pessoal e nunca em reunião formal daquele órgão, o que, como já se referiu, aconteceu com o patronato;

d) nos contactos havidos (a título particular) com dois elementos do CSR foi dito à CCT «que já era uma grande conquista entrarem no jornal todos os trabalhadores e n e n h u m deles ser despedido»: que o CSR não tinha poderes para forçar os patrões do «República» ao pagamento dos salários durante o período de encerramento; isto depois de o Ministério

período de encerramento; isto depois de o Ministério

do Trabalho ter emitido um despacho que ordenava o pagamento, aos trabalhadores, do salário referente ao período em que o jornal estivesse encerrado. Então se o CSR não tem poderes, quem os têm?

e) numa RGT o major Dias Ferreira (a quem não temos de assacar culpas pela situação de impasse que actualmente se vive) trouxe dois recados para a assembleia: um do CSR que «pedia desculpa por não ter recebido até àquela data os trabalhadores» em que «reconhecia o erro» de ter recebido em primeiro lugar os representantes da Administração, Direcção e Redacção do «República» erro que repetiria mais tarde apesar da contrição; outro do Primeiro-Ministro, que manifestava a sua simpatia pela nossa luta e nos pedia para que não desistissemos e continuássemos unidos. Que pensar de tudo isto?

(Continua na pág. seguinte)

«CASAS SIM, BARRACAS NÃO»



„Häuser ja, Baracken nein", war die Hauptparole dieser Demonstration für die Einwohner von Setubal, die am 9. Juli in Lissabon stattfand.

«Casas sim, barracas não», foi a frase de ordem da manifestação ontem efectuada em Lisboa pelos habitantes de Setúbal — LER REPORTAGEM NAS CENTRAIS

16 PÁGINAS

ÚLTIMA HORA

CONTRARIAMENTE AO ESTABELECIDO PELOS TRABALHADORES, SURGE NO CABEÇALHO «DIRECTOR: PEREIRA DE CARVALHO» EM VEZ DE «SOB A RESPONSABILIDADE DOS TRABALHADORES».

PORÉM, A RESPONSABILIDADE DA FEITURA DO JORNAL MANTÉM-SE POR PARTE DOS MESMOS.

A ALTERAÇÃO DEVE-SE AO FACTO DE TERMOS ASSUMIDO UMA POSIÇÃO FIRME, QUE LEVOU O C. S. R. A INFORMAR-NOS, ESTA MADRUGADA, DA NOMEAÇÃO DE UMA COMISSÃO ADMINISTRATIVA, QUE VIRIA A APRESENTAR-SE NO JORNAL ALGUMAS HORAS DEPOIS.

POR PROPOSTA DESTA C. A FOI SUGERIDO O NOME DO CORONEL PEREIRA DE CARVALHO PARA DIRECTOR DA PUBLICAÇÃO, PARA O QUAL NÃO HOUVE OPOSIÇÃO DOS TRABALHADORES.

República

Fundado por ANTÓNIO JOSÉ DE ALMEIDA

DIRECTOR: Cor. PEREIRA DE CARVALHO

PROPRIEDADE DE EDITORIAL REPÚBLICA RUA DA MISERICÓRDIA, 116 — LISBOA 2 TELEFONES: 32 65 32 - 32 51 36 - 32 63 24

ANO 64 (2.ª SERIE) N.º 15 744

QUINTA-FEIRA 10 DE JULHO 1975

PREÇO 4$00

An alle Arbeiter

Übersetzung der ersten von Arbeitern herausgegebenen Nummer der portugiesischen Zeitung 'Republica'

«REPÚBLICA» – Geschichte eines Kampfes

Die Geschichte des Kampfes der Arbeiter der Zeitung „Republica" hat verschiedene Phasen durchlaufen. Darüber gäbe es viel zu berichten. Aber das tun wir nicht, aus zwei Gründen: aus Platzmangel und weil es noch nicht angebracht wäre, einige Aspekte bekannt zu machen.

Es ist allerdings notwendig, den Lesern einige Momente unseres Konflikts darzustellen, in dem sich zwei klar umrissene Parteien gegenüberstanden: Die Arbeiter, also wir, und die Unternehmerseite, d.h. die Verwaltung, die Direktion, die Chefredakteure und die Mehrheit der Journalisten, die auf der anderen Seite blieb.

Wir fassen hier die Geschichte des Konflikts zusammen, der seit 50 Tagen andauert.

Portugiesische Fallschirmjäger riegelten am 20.5.75 in Lissabon das Redaktions- und Verlagsgebäude der sozialistischen Zeitung „Republica"ab, nachdem es von kommunistischen Arbeitern besetzt worden war. 3000 demon-



Portugiesische Fallschirmjäger riegelten am 20.5.75 in Lissabon das Redaktions- und Verlagsgebäude der sozialistischen Zeitung „Republica"ab, nachdem es von kommunistischen Arbeitern besetzt worden war. 3000 demonstrierende Sozialisten, an ihrer Spitze Parteichef Soares, erhielten keine Erlaubnis, das Gebäude zu betreten.

Lissabon, 27. Juni 1975

Die Arbeiter der Zeitung „Republica" stellen vor dem portugiesischen Volk die Situation ihres Kampfes dar.

1. Nachdem die Zeitung am 20. Mai auf Verlangen und durch ausschließliches Verschulden der Verwaltung vom COPCON geschlossen wurde, wurden die Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen vertrieben. Daraufhin begann eine neue Phase des Kampfes; auf der einen Seite standen 153 Arbeiter und auf der anderen Seite 24 Herren, die das Kapital vertraten: Verwalter, Direktoren und die Mehrheit der Redakteure.

2. Der Kampf entwickelte sich an mehreren Fronten: Gegen die Verleumdungen der Spitze der Sozialistischen Partei (die die öffentliche Meinung vergiften wollte, indem sie – ohne Erfolg – glauben machen wollte, wir würden von der PCP gelenkt), die aus Berechnung und zu ihrem Vorteil das Problem der „Republica" in eine falsche nationale und internationale Frage verwandeln wollte; gegen die zweideutige Haltung der Staatsorgane, denen wir einen klaren Bericht von der Situation der „Republica" gaben und denen wir die Ziele unseres Kampfes erläuterten, der nichts anderes wollte, als daß die Zeitung wieder unabhängig von Parteivormundschaft würde und entschieden den Interessen des portugiesischen Volkes und der werktätigen Klassen im Besonderen dienen sollte. Gegen die Kampagne des Drucks auf nationaler (Regierung) und internationaler Ebene (Presse, wirtschaftliche und politische Kräfte), die die Verwalter, Direktoren und die Mehrheit der Redakteure an der Seite des Besitzers, der PS, führten – in der Absicht, uns zum Rückzug und zum Nachgeben zu veranlassen mit Manövern, die für die Methoden des reaktionärsten Unternehmertums kennzeichnend sind, die jene Herrschaften selbst oftmals in der Zeitung angeklagt hatten. Gegen alle Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß wir über keine anderen Mittel als unsere Hände verfügten. Gegen das Unverständnis eines bestimmten Teils der Presse schließlich, der (mit Blick auf den eigenen Vorteil) nicht auf seine Parteiborniertheit verzichtete und der es nicht zulassen wollte, daß unsere Wahrheit zum klärenden Faktor für vieles wird, was im Land im Informations-Sektor passiert.

3. Trotz all dieser Umstände sind die Arbeiter der Zeitung „Republica" mit ihrem Kampf vorangeschritten. Sie blieben nicht allein, denn an ihre Seite stellten sich viele tausende Arbeiter des Landes, die verstanden hatten, daß unser Kampf auch ihrer war und daß nur so die Revolution (die in den höheren Sphären so sehr besungen wird, aber die am meisten von denen mißhandelt wird, die sie am lautesten besingen) voranschreiten kann.

4. Die Arbeiter der Zeitung „Republica" setzten es durch, daß sich die offiziellen Instanzen zu ihrem Fall äußerten. Hier müssen wir jedoch eine eindeutige Kritik daran üben, wie die Dinge abliefen: a) Nachdem der Revolutionsrat vom COPCON über alle Phasen des Problems informiert worden war (mit Materialien, die von den Arbeitern der Zeitung „Republica" zur Verfügung gestellt worden waren), hörte er direkt und offiziell die Verwalter, Direktoren und Chefredakteure der Zeitung an, d.h. die Vertreter des Besitzers; b) die Arbeiter wurden nicht vom Revolutionsrat gerufen, um gehört zu werden und ihre Argumente vorzutragen; sie erreichten lediglich, daß ihre Argumente über Vertreter des COPCON dem Revolutionsrat vorgetragen wurden; c) die Arbeiter wurden immer von Mitgliedern des Revolutionsrates als Einzelpersonen empfangen und nie von einer formellen Versammlung dieses Organs , was – wie schon berichtet – der Unternehmerseite zugestanden wurde; d) bei den Kontakten (als Einzelpersonen) mit zwei Mitgliedern des Revolutionsrates wurde der Arbeiterkommission gesagt, „daß es schon eine große Errungenschaft sei, daß alle Arbeiter bei der Zeitung blieben und keiner entlassen würde"; daß der Revolutionsrat nicht die Macht hätte, die Besitzer der „Republica" zur Zahlung des Lohns während der Zeit der Schließung zu zwingen; dies nachdem der Arbeitsminister eine Verfügung geschickt hatte, die die Bezahlung der Arbeiter für die Zeit der Schließung der Zeitung anordnete. Wenn der Revolutionsrat nicht die Macht hat, wer hat sie dann? e) Major Dias Ferreira (dem wir keine Schuld für die gegenwärtige Situation geben) brachte einer Arbeiterversammlung zwei Mitteilungen: eine vom Revolutionsrat, die „um Entschuldigung bat, daß bisher die Arbeiter nicht empfangen wurden" und in der „der Fehler anerkannt wurde", daß man an erster Stelle die Vertreter der Verwaltung, der Direktion und der Redaktion der „Republica" empfangen hatte – ein Fehler, der später wiederholt wurde; die andere

Major Dias Ferreira (dem wir keine Schuld für die gegenwärtige Situation geben) brachte einer Arbeiterversammlung zwei Mitteilungen: eine vom Revolutionsrat, die „um Entschuldigung bat, daß bisher die Arbeiter nicht empfangen wurden" und in der „der Fehler anerkannt wurde", daß man an erster Stelle die Vertreter der Verwaltung, der Direktion und der Redaktion der „Republica" empfangen hatte – ein Fehler, der später wiederholt wurde; die andere

war vom Premierminister, der seine Sympathie für unseren Kampf kundtat und uns ermutigte, nicht nachzugeben und unseren Kampf fortzusetzen. Was soll man von all dem halten?

5. Ein Monat harten Kampfes verging. Während die Arbeiter der „Republica" bestrebt waren, ihre Sache zum Sieg zu bringen und ihnen schöne Versprechungen seitens der mit ihnen in Kontakt stehenden offiziellen Stellen gemacht wurden, gaben die Herren von Verwaltung, Direktion und Redaktion ihre „Zeitung zum Fall Republica" heraus, die – abgesehen davon, daß sie ein Hetzblatt der übelsten Sorte zur Verbreitung von Haß und Parteiborniertheit war (ebenso wie es vor dem 19. Mai tagtäglich in der Zeitung „Republica" war) – als Waffe gegen die Arbeiter diente und noch mehr die Kampagne zur Vergiftung der öffentlichen Meinung Portugals anheizte; dies mit Unterstützung der PS und ihren mit viel Geld geschmierten Apparats.

6. Was taten unterdessen die Staatsorgane? Der Revolutionsrat erließ ein Kommunique mit einem Minimum an Bedingungen (darunter die Nichtentlassung von Arbeitern und die Notwendigkeit einer baldigen Überprüfung des überholten und reaktionären Pressegesetzes durch die Regierung), deren erste die Wiedereröffnung der Zeitung durch die Verwaltung war, sobald diese darum ersuchte.

Angesichts des Kommuniques des Revolutionsrats verlangten die Besitzer die Wiederöffnung der Zeitung, wobei sie Bedingungen stellten, die die Rechte der Arbeiter verletzten. Das COPCON nahm die Wiederöffnung vor, wobei es nur die Anweisung des Revolutionsrates beachtete und die Bedingungen der Verwaltung nicht akzeptierte. Es gab dann den Einzug der Arbeiter in den Betrieb und auf der anderen Seite die Weigerung der Unternehmerseite, mit ihnen im Zeitungsgebäude zu verhandeln.

7. In den Verhandlungen (die die Verwaltung nur mit den Vertretern des COPCON führte) gab es stets ein deutliches Ausweichmanöver seitens der Besitzer, die absurde Bedingungen stellten, die nicht einmal die gemäßigte Anweisung des Revolutionsrats vorsah. Niemals waren die Verwaltung, die Direktion und die Mehrheit der Redaktion zu Verhandlungen mit der Arbeiterkommission bereit. Sie verlangten sogar, daß das COPCON die Arbeiter von den Arbeitsplätzen entfernen sollte, die von Rechts wegen ihnen gehörten, um dann zu verhandeln.

8. Als man meinen und hoffen konnte, die Situation sei gelöst, indem die Arbeiter der „Republica" ihr Recht bekämen, für das sie so sehr gekämpft hatten, zog sich das COPCON einfach zurück, der Revolutionsrat entschied nichts und der Premierminister versuchte, das Unversöhnliche zu versöhnen.

9. Die Arbeiter der „Republica" fragen, wie man mit dem verhandeln kann, der uns das Recht auf Arbeit verweigert, der uns die Lohnzahlung für die Tage verweigert, in denen die Zeitung durch sein ausschließliches Verschulden geschlossen war; wie man mit dem verhandeln kann, der das alles getan hat (mit den schmutzigsten Manövern), um uns zu spalten, zu verwirren und uns gegenüber der öffentlichen Meinung als Kriminelle hinzustellen; wie man mit denen verhandeln kann, die uns tagelang vor dem Zeitungsgebäude im Schutz von Mitgliedern des „Ordnerdienstes" der PS beschimpften, die uns „Faschisten" und „Mörder" nannten und die sich sämtlicher (schmutziger) Mittel bedienten, um uns von unserem Kampf abzubringen?

10. Der Vorschlag, eine Verwaltungskommission zu ernennen, den Major Dias Ferreira und Hauptmann Cabral e Silva (Vertreter des COPCON bzw. des Premierministers) machten – nachdem sich der Verwaltungsrat unfähig und unzuständig gezeigt hatte, die Verantwortung für die Führung der Zeitung zu tragen – diente lediglich für eine Notiz in der Presse. Bei einem Treffen mit den Arbeitern sagten diese beiden Offiziere, daß das Problem der Lohnzahlung zu ihrer Zufriedenheit gelöst würde; das Geld würde irgendwie aufgetrieben, und danach würde die Verwaltung durch Gesetz gezwungen, das den Arbeitern jetzt ausgezahlte Geld zurückzuerstatten.

Nichts davon wurde jedoch verwirklicht. Die Arbeiter blieben an ihren Arbeitsplätzen, die Verwaltungskommission, von der die Zeitungen gesprochen hatten, wurde niemals ernannt und als die Arbeiterkommission vom COPCON Erklärungen forderte, wurde nichts Eindeutiges gesagt. Die die „Republica" schützenden militärischen Einheiten wurden abgezogen; währenddessen erklärte der Generalsekretär der PS im „Expresso", daß er nicht zulassen würde, daß das Problem der „Republica" anders gelöst würde als so, wie er es immer im In- und Ausland gefordert hatte. Die Situation begann sich zu klären und die Arbeiter begriffen, daß sie ein Schiff betreten hatten, das ihnen nicht gehörte. Schließlich erhielten wir durch das COPCON eine (neue) Mitteilung des Premierministers – die streitenden Parteien zu versöhnen. Dem COPCON wurde von der Arbeiterkommission vorgeschlagen: „Wir gehen alle morgen (24.) früh hinein und diskutieren drinnen das Problem". Der Vorschlag blieb unbeantwortet.

11. Die Arbeiter der Zeitung „Republica" teilen dem Revolutionsrat folgendes mit: Wenn wir unseren Kampf verlieren, wäre das eine Niederlage für alle Arbeiter und die Revolution hätte keine Bedeutung mehr. Der Kampf der Arbeiter der „Republica" ist ein Arbeitskonflikt, den die Staatsorgane nicht mit der den Arbeitern zustehenden Gerechtigkeit lösen konnten und wollten. Aber dieser Arbeitskonflikt kann sich jetzt in ein wirkliches politisches Problem verwandeln: die tausende von Arbeitern des Landes, die uns unterstützen, weigern sich, den Gedanken an irgendein Nachgeben von unserer Seite hinzunehmen, das wie eine Niederlage aussehen könnte.

12. Am 26. Juni schickten die Arbeiter dem Premierminister eine Botschaft, die nie beantwortet wurde. Darin hieß es:

„Sehr geehrter Herr Premierminister, Wir, die Arbeiter der „Republica", tragen Ihnen folgendes vor:

1. Seit 38 Tagen ist die Zeitung stillgelegt.

2. Das beweist mehr als genug, daß die Entscheidung des Revolutionsrats nicht ausreicht, um den Konflikt zu lösen, da sie sich auf ein Gesetz stützt, das nicht der Revolution entspricht.

3. Die Arbeiter der „Republica" haben nur für 20 Arbeitstage Lohn erhalten und werden von jetzt an mit Hilfe einer öffentlichen Sammlung zu überleben versuchen.

In letzter Minute

Im Gegensatz zu dem, was die Arbeiter festgelegt hatten, erscheint im Zeitungskopf: „Direktor: Pereira de Carvalho" anstelle der Worte „In Verantwortung der Arbeiter".

Trotzdem bleibt die Verantwortung für die Erstellung der Zeitung bei den Arbeitern.

Die Veränderung geht auf den Umstand zurück, daß wir eine feste Haltung eingenommen haben, die den Revolutionsrat veranlaßte, uns heute morgen mitzuteilen, daß eine Verwaltungskommission ernannt worden ist, die sich einige Stunden danach in der Zeitung vorstellte.

Auf Vorschlag dieser Verwaltungskommission hin, wurde der Name des Obersten Pereira de Carvalho als Direktor der Zeitung angeregt, wogegen die Arbeiter keinen Widerspruch erhoben.





Soldaten bewachen die von den Druckern besetzte „Republica"-Redaktion



Zwei Offiziere der Verwaltungskommission des MFA in den Druckräumen der „Republica" am 10.7.75, während der Erstellung der ersten Nummer der Zeitung.

4. Die Arbeiter der „Republica" haben mit hohem staatsbürgerlichem Bewußtsein keine Aktion unternommen, die eine mögliche Lösung erschweren oder die Krise verschärfen könnte – auch wenn sie das hätten tun können.

5. Angesichts dieser Situation und des unter 2. ausgeführten, fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, daß umgehend eine Verwaltungskommission ernannt wird, wie es von Ihnen auf der Grundlage des Gesetz-Dekretes Nr. 660/74 gefordert wurde.

6. Wenn dieser Vorschlag nicht angenommen und keine andere Lösung

Nr. 660/74 gefordert wurde.
6. Wenn dieser Vorschlag nicht angenommen und keine andere Lösung

gefunden wird, wird die Arbeiterkommission keine Verantwortung für die Maßnahmen übernehmen, die die Arbeiter auf eigene Initiative anwenden – da diese, aufgrund des wohlbekannten wirtschaftlichen Drucks, nicht mehr bereit sind noch länger zu warten.

7. Der Kampf der Arbeiter der „Republica" ist nicht isoliert. Er findet Unterstützung bei weiteren Tausenden Arbeitern, die mit Besorgnis diesen Engpaß verfolgen, der einen Rückschritt des revolutionären portugiesischen Prozesses bedeuten könnte. Es ist dieser Prozeß, der auf dem Spiel steht.

8. Wir sind überzeugt, daß unser Kampf Ihre Unterstützung verdient, auf die wir rechnen und die für uns einen Ansporn darstellt.

9. Aus allen den dargelegten Gründen erwarten wir eine Lösung bis zum 28. Juni.

10. Falls bis zu diesem Datum kein Beschluß gefaßt worden ist, hält sich die Arbeiterkommission für autorisiert, dieses Dokument zu veröffentlichen.

Mit respektvollen Grüßen
Lissabon, 26. Juni 1975
Arbeiterkommission der „Republica"

13) Am 28. kontaktierte Major Dias Ferreira die Arbeiterkommission; in scheinbarer Unkenntnis des eben zitierten Dokumentes schlug er ein Zusammentreffen zwischen Verwaltung, Arbeiterkommission und Chefredakteuren vor, was einem Vorschlag der V e r w a l t u n g entgegenkam, die ein Treffen zwischen ihnen und den Abteilungsleitern anstrebte.

14) Die Arbeiter traten am Morgen des 30. zu einer Vollversammlung zusammen. Seltsamerweise kamen Hauptmann Castro (Revolutionsrat) und Major Dias Ferreira (COPCON), die sich wunderten, daß sie Innern des Betriebes nicht die Verwaltung und die Journalisten antrafen, die sich am 19. Mai für die Verwaltung ausgesprochen hatten. Außer in der Einbildung dieser Offiziere deutete nichts darauf hin, daß es anders hätte sein können, da keinerlei Annäherung in diesem Sinne stattgefunden

nichts darauf hin, daß es anders hätte sein können, da keinerlei Annäherung in diesem Sinne stattgefunden

hatte.

15) Die versammelten Arbeiter beschlossen, dem Revolutionsrat und dem COPCON ein Zusammentreffen am nächsten Tag im Zentrum für Soziologie vorzuschlagen zwischen der Verwaltung und der Arbeiterkommission, in Anwesenheit aller Arbeiter des Betriebs.

16) Nachdem unser Vorschlag angenommen war, begann die Diskussion. Die Arbeiterkommission stellte als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen, daß die ausstehenden Löhne für den Mai (10 Tage) und Juni gezahlt würden, Urlaubsgeld und Rückstände.

Die Verwaltung entgegnete, daß sie sich nicht nur weigere zu zahlen, sondern auch verlange, daß das Zusammentreffen zwischen ihnen und den Abteilungsleitern stattfinden sollte, um lediglich technische Probleme des Funktionierens der Zeitung zu diskutieren

17) Diese erste Auseinandersetzung wurde nach einigen Stunden Diskussion beendet: Man vereinbarte die Auszahlung der Löhne bis zum 7. Juli, falls die Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu einem guten Abschluß kämen. Andernfalls sollte das Dokument vom Treuhänder, Hauptmann Castro, in Anwesenheit von Mitgliedern der Verwaltung und der Arbeiterkommission zerrissen werden.

18) Als nächsten Punkt wurde über das zu veröffentlichende Verlags-Statut der „Republica" verhandelt sowie über das Eingreifen der Arbeiter in die Erstellung der Zeitung. Verschiedene früher geschlossene Abkommen zwischen Verwaltung, Direktion der Redaktion und Arbeitern, in denen ein solches Eingreifen zugestanden wurde (wobei nur die Form offen blieb, wie dies geschehen sollte), erkannte die Verwaltung zwar schließlich an, bekräftigte aber, daß sie seit dem Ausbruch des Konfliktes nicht mehr bereit sei, sie zu respektieren.

19) Die unnachgiebige Haltung, die diese Leute bis zum Ende der Verhandlungen beibehielten, war ein weiterer Beweis für die Mißachtung und Arroganz gegenüber den berechtigten Interessen der Arbeiter und brachte diese dazu, ihre Positionen g e g e n den reaktionären Widerstand der Unternehmerseite zu stärken.

20) Gleichzeitig wurde über den Fall Belo Marques gesprochen, was eine Reaktion der Arbeiter gegen die Verwaltung hervorrief, da diese ihn als entlassen betrachtete und dabei ignorierte, daß diese Entlassung niemals stattgefunden hatte und daß selbst der Verwaltungs-Delegierte der Haltung der Arbeiter zugestimmt hatte, die die Weiterbeschäftigung von Belo Marques im Betrieb verlangt hatten.

21) Die Verhandlungen wurden am folgenden Tag von Major Dias Ferreira geschlossen, nachdem die Arbeiter eine konkrete Antwort der Verwaltung verlangt hatten, ob sie das Eingreifen und die Festlegung der ideologischen Linie der Zeitung durch die Redaktion gemeinsam mit allen Arbeitern akzeptieren würde.

22) Es wurde mit einem kategorischen Nein geantwortet, und daß diese Entscheidungen nur unter Verantwortung der Redaktion und ihrer Direktion stünden.

Einige Herren, die sich als Sozialisten bezeichnen, verweigerten also den Arbeitern das Recht, voranzuschreiten zu einer klassenlosen Gesellschaft, was nur unter Beteiligung aller möglich ist. Sie meinten, sich den Luxus erlauben zu können, die Vorrangstellung einer Klasse, (nämlich ihrer Journalisten) zum Nachteil und zur Entfremdung der übrigen durchsetzen zu können.

ihrer Journalisten) zum Nachteil und zur Entfremdung der übrigen durchsetzen zu können.

23) Sofort versammelten sich die Arbeiter im Zeitungsgebäude und beschlossen in einer Vollversammlung, ihre gewohnten Tätigkeiten wieder aufzunehmen und der Verwaltung folgendes Telegramm zu schicken: **„Angesichts Sackgasse Verhandlungen Arbeiter-Verwaltung, woran wir nicht schuldig, fordern die in Vollversammlung vereinigten Arbeiter Verlagsverwaltung Republica auf, Funktionen morgen, 3., zur normalen Öffnungszeit aufzunehmen, um in Zusammenarbeit Herausgabe der 'Republica' wieder aufzunehmen."**

Eine Stunde danach kontaktierten wir persönlich den Verwalter Dr. Costa Neves, der uns sehr herzlich empfing und uns versprach, daß er am nächsten Tag seine Kräfte einsetzen würde, um ein Treffen zwischen Verwaltung und Arbeiterkommission an einem zu vereinbarenden Ort zustande zu bringen.

24) Am folgenden Tag kamen etwa gegen 9 Uhr der Verwalter und einige Redakteure in den Betrieb. „Wir kommen, um zu arbeiten und die Zeitung zu machen mit den übrigen Arbeitern." Keinerlei Entschuldigungen für die verbreiteten Beleidigungen und für die Aggressionen, denen einige unserer Kollegen ausgesetzt waren; kein Wort zu der gerichtlichen Anzeige gegen die Arbeiterkommission und gegen Alvaro Belo Marques (dessen einziges „Verbrechen" darin bestand, daß er der Sprecher der Arbeiter war).

Mit größter Arroganz forderte Dr. Vitor Direito Zugang nur deshalb, um sein Feuerzeug nachzufüllen.

Die Arbeiter behielten die Ruhe und forderten den Verwaltungs-Delegierten auf, zu einem Gespräch hereinzukommen; die Herren Journalisten sollten warten, bis einige Dinge erläutert und geklärt wären.

25) Das wurde nicht akzeptiert und sofort waren sie beim Revolutionsrat, um Anklage gegen die Arbeiter zu erheben, indem sie behaupteten, diese hielten den Betrieb besetzt.

Auf ein Telefonat von Hauptmann Castro mit der Arbeiterkommission hin wurde gesagt, daß dies nicht zutreffe. Daraufhin kam eine Nachricht von Dr. Costa Neves, daß es unmöglich sei zu verhandeln, weil den Journalisten der Zugang „nicht gestattet" worden sei – obwohl wiederholt erklärt worden war, daß der Hauptgrund dafür war, körperliche Zusammenstöße zu vermeiden, bevor eine mögliche Annäherung versucht worden wäre; eine Befürchtung, die sich der Verwaltung gegenüber nie stellte.

26) Von da an absolutes Schweigen. Gewisse Leute waren daran interessiert, die Arbeiter durch Ermattung und wirtschaftliche Abhängigkeit in die Knie zu zwingen. Inzwischen hielten einige Mitglieder des Aufsichtsrats der „Republica" es für unmöglich, mit den Verwaltern zu diskutieren.

27) Schließlich beschlossen vorgestern die von neuem in einer Vollversammlung vereinten Arbeiter, die Zeitung unter eigener Verantwortung herauszugeben und stimmten der Resolution zu, die wir an anderer Stelle wiedergeben (siehe im AK Kasten „Wir Arbeiter").

28) Die Arbeiter der „Republica" sind sich bewußt, daß ihr Kampf heute noch nicht beendet ist. Von nun an wird er noch schwieriger werden. Aber die Anerkennung und Unterstützung Tausender Arbeiter ermutigen sie, weiterzumachen – aus vielen Gründen, die über das Grundrecht auf Arbeit hinausgehen. *Mögen die jahrelang ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter urteilen!* ●



Ein Arbeiter zerreißt mit den Zähnen die an der Tür angebrachten Siegel – Die Drucker haben gesiegt

Wir Arbeiter

(Resolution einer Vollversammlung der Arbeiter der „Republica")

In Erwägung der Sackgasse, die in den Verhandlungen über die Lösung des Konflikts entstanden ist, in dem sich Arbeiter und Verwaltung der „Republica" gegenüberstehen;

In Erwägung, daß aus Respekt und zur Verteidigung der Interessen des MFA und des portugiesischen Volkes die Arbeiter länger als nötig abgewartet haben, ohne daß eine Entscheidung seitens der verantwortlichen Sektoren des Landes gefallen wäre;

In Erwägung, daß es notwendig ist, eine neue Situation zu schaffen, die jeden dazu veranlaßt, sich endgültig zu dem betreffenden Problem zu äußern;

In Erwägung, daß die Arbeiter nicht bereit sind, endlos zu warten;

In Erwägung der Achtung, die die Arbeiter der „Republica" gegenüber allen haben, die bis heute ihren Kampf unterstützt haben und die eine rasche Stellungnahme erwarten;

wird vorgeschlagen:

1. Daß die Zeitung „Republica" sofort veröffentlicht wird, unter Verantwortung der Arbeiter;
2. daß die Arbeiterkommission gemeinsam mit den Journalisten, die auf ihrer Seite stehen, sich mit der praktischen Form beschäftigen, wie die Zeitung hergestellt werden kann, und daß sie danach deren Statut ausarbeiten (in Beachtung der Vorschläge der übrigen Arbeiter), um dieses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen – entsprechend der Verantwortung, die die Arbeiter in Verteidigung der Interessen aller portugiesischen Arbeiter übernommen haben;
3. daß im Zeitungskopf, anstelle der Direktion, stehen soll: „In Verantwortung der Arbeiter". ●

■Anzeige

Portugal

‚Republica' jetzt in Arbeiterhand

Nach mehr als zweimonatigem Kampf erschien das ehemalige Propaganda-Organ der „Sozialistischen" Partei Portugals (PS), „Republica", am 10. Juli erstmals unter Leitung der Arbeiter. Ein großer Kampf, den die revolutionären Kräfte überall auf der Welt mit Anteilnahme und Sympathie verfolgten, hat damit einen Sieg errungen.

Die italienischen bzw. französischen Tageszeitungen „Lotta Continua" und „Liberation" veröffentlichten aus diesem Anlaß Teile der ersten Ausgabe der neuen „Republica" im Faksimile und die Übersetzung der wichtigsten Artikel der Zeitung.

Diesem Beispiel folgend bringt dieser ARBEITERKAMPF einen Faksimile-Nachdruck der Titelseite der „Republica" vom 10. Juli und die Übersetzung des Leitartikels. In diesem Artikel fassen die Arbeiter der „Republica" noch einmal die wichtigsten Momente ihres Kampfes zusammen. Dieser Artikel zeigt auch, wie die Arbeiter der „Republica" sich immer wieder mit einer schwankenden Haltung des Obersten Revolutionsrats des MFA auseinanderzusetzen hatten. Damit vervollständigt der „Republica"-Artikel die bisherige Darstellung des Kampfes im ARBEITERKAMPF und berichtigt sie teilweise.

Die Veröffentlichung des Leitartikels der ersten Ausgabe der „Republica" unter Leitung der Arbeiter ist für uns ein Ausdruck der Solidarität mit ihrem Kampf und der Freude über ihren Sieg. Zugleich verstehen wir sie als Beitrag zur Erfül-

Freude über ihren Sieg. Zugleich verstehen wir sie als Beitrag zur Erfül-

lung des Versprechens, das Genossen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES in einer Grußadresse auf einer Großveranstaltung der Arbeiterkommission von „Republica" in Lissabon abgaben: **„Wir versprechen, den Arbeitern unseres Landes die Wahrheit über euren Kampf zu berichten, und was er für die Arbeiterklasse insgesamt bedeutet"** (siehe Artikel in diesem AK).

Den „Republica"-Arbeitern stand von Anfang an eine breite feindselige Front gegenüber, die mit allen Mitteln der Lüge und Fälschung den Kampf der Arbeiter als „Angriff auf die Pressefreiheit" beschimpfte. In der ersten Zeit ihres Kampfes wurden die „Republica"-Arbeiter als „Agenten Moskaus" diffamiert; sie seien allesamt Mitglieder oder Sympathisanten der „prosowjetischen KP" (PCP); ihre Absicht sei es, „die letzte freie Stimme" Portugals „mundtot zu machen", um einer „kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild" den Weg zu bahnen. Im Chor dieser Verleumdung vereinigten sich die PS von Soares und die gesamte internationale Sozialdemokratie, die internationale Reaktion von Christdemokraten bis zu Faschisten, und die Sekten der „Vaterlandsverteidiger" („KPD/ML" usw.).

Diese Lüge konnte indessen nicht lange aufrechterhalten werden. Beispielsweise berichteten englische linke Zeitungen, daß von den 13 Mitgliedern der Arbeiterkommission von „Republica" nur z w e i Mitglieder der PCP seien. Unter den übrigen hätten die „maoistische" UDP (die stärkste „maoistische" Organisation Portugals, die sich anscheinend mehr und mehr von ihren „links"-sektiererischen Eierschalen löst) und LUAR (eine Organisation der revolutionären Linken mit langer antifaschistischer Kampftradition) das Übergewicht. Der Vorsitzende der Kommission sei sogar ein Mitglied der PS.

Tatsächlich war die revisionistische PCP bemüht, die Auseinandersetzung auf die Ebene eines bloßen „Arbeitskonfliktes" herunterzuspielen, den man nicht „künstlich aufbauschen" sollte. Während Parteien wie die westdeutsche DKP dieser Linie folgten, stellte sich insbesondere die revisionistischen Parteien Italiens und Spaniens offen gegen die Arbeiter der „Republica" und gegen den revolutionären portugiesischen Prozeß, indem sie sich zu unbedingten Verteidigern des sogenannten „Pluralismus" und der bürgerlichen Vorstellung von „Pressefreiheit" und „Demokratie" machten.

Auf der anderen Seite fand der Kampf der „Republica" im In- und Ausland die Sympathie und vorbehaltlose Unterstützung der revolutionären Linken. So ist es natürlich kein Zufall, daß z. B. die erste Ausgabe der neuen „Republica" keine Stellungnahme der Revisionisten, wohl aber eine Grußadresse der revolutionären Organisation PRP/BR und eine Organisationsmitteilung der LUAR enthält. Es ist auch kein Zufall, daß auf dem großen Solidaritätsfest der „Republica" am 11. Juli nicht Grußadressen von DKP etc. vorgetragen wurden, sondern von Lotta Continua, von der französischen Ligue Comuniste (Trotzkisten), von Avanguardia Operaia und vom KOMMUNISTISCHEN BUND. Man braucht sich in der Tat beispielsweise nur einmal die „UZ", Tageszeitung der DKP, anzusehen, um zu begreifen, daß die Revisionisten keine revolutionären Vertreter der Pressefreiheit sind, für die die „Republica"-Arbeiter gekämpft haben und für die sie nach wie vor eintreten: Wie eine bürgerliche Zeitung unterdrückt die „UZ" ihr unbequeme Meldungen – Kampfaktionen der revolutionären Linken und Angriffe des Staatsapparats auf diese finden für die „UZ" einfach nicht statt. Dafür werden Aktionen des eigenen Parteiladens groß gefeiert und die Teilnehmerzahl aufs Doppelte und Dreifache der Realität hochgelogen. Die „Auseinandersetzung" mit der revolutionären Linken findet für die „UZ", wenn überhaupt, dann fast ausschließlich auf der Ebene von Lügen und Unterstellungen statt. Daß die „UZ" einmal eine Stellungnahme der revolutionären Linken im Wortlaut abdrucken könnte – wie es in der freien portugiesischen Presse (nicht nur bei „Republica") gang und gebe ist – ist ganz undenkbar.

Den Unterschied zwischen der bürgerlichen Vorstellung von „Pressefreiheit" und t a t s ä c h l i c h e r Pressefreiheit demonstriert schlagend eine Gegenüberstellung der von den Arbeitern herausgegebenen „Republica" mit der von der PS-Führung verbreiteten Pseudo-„republica" (Jornal do caso Republica), die im Kopf stolz die verlogene Parole trägt: „Jornalistas em luta pela liberdade de expressao" (Journalisten im Kampf für die Meinungsfreiheit).

Dieses Organ angeblicher „Meinungsfreiheit' ist von vorn bis hinten a u s s c h l i e ß l i c h ein Propaganda-Organ der PS-Führung, und namentlich des Herrn Soares selbst. So sind beispielsweise in der Ausgabe dieser Pseudo-„Republica" vom 15. Juli dreieinhalb von acht Seiten (die „Republica" der Arbeiter erscheint mit 16 Seiten) mit einer Stellungnahme des Herrn Soares gefüllt, dessen sorgenvolles Konterfei zugleich die halbe Titelseite der Zeitung beansprucht.

K e i n Artikel dieser Pseudo-„Republica", die immerhin in einem ‚Manifest' den Anspruch erhebt, für „Demokratie und Sozialismus" (!!) zu kämpfen, beschäftigt sich mit den Arbeiterkämpfen in Portugal, mit den Ereignissen in den früheren portugiesischen Kolonien usw. K e i n e Auseinandersetzung mit den R e c h t e n (deren „opportunistische Unterstützung" für die PS-Führung lediglich in einem Satz des ‚Manifest' „zurückgewiesen" wird), sondern 100%iges Trommelfeuer gegen die Linke. Dabei wird das „anarcho-volkstümlerische Abenteuertum" (d.h. die „Republica"-Arbeiter und die revolutionäre Bewegung) ebenso angegriffen wie der „Dogmatismus" (d.h. die PCP). Demagogisch wird beispielsweise ein langer Artikel über „Pressezensur in der UdSSR" in der Pseudo-„Republica" vom 8. Juli veröffentlicht. Was allerdings die revolutionären Arbeiter der „Republica" mit einer Pressezensur in der revisionistischen Sowjetunion zu tun haben könnten, bleibt rätselhaft. Wie diese Demagogen förmlich nach j e d e m Strohhalm greifen, zeigt die Veröffentlichung eines Artikels von Trotzky (!!) aus dem Jahr 1936, der unter der Überschrift „Ein unveröffentlicher Text von Trotzky zur Verteidigung der Redaktion der ‚Republica' " eine ganze Seite füllt.

Nebenbei sei bemerkt, daß dieses Propagandablatt der PS-Führung wesentlich mit zigtausenden Mark der S P D über Wasser gehalten wird – also die Partei, die in unserem Land mit Berufsverboten, Gewerkschaftsausschlüssen, Verbot der Aktionseinheit mit Linken, Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, Abbau bürgerlichen Rechts und Ausbau des Polizeiapparats, i h r e Vorstellung von „Meinungsfreiheit" und „Demokratie" hinreichend unter Beweis stellt. Man kann ganz sicher sein, daß die PS-Führer von der SPD keinen Pfennig bekommen würden, wenn sie es mit ihrer Parole „Kampf für den Sozialismus" (‚Manifest' der Pseudo-„Republica") ernst meinen würden.

Im Gegensatz zu der Pseudo-„Republica" steht in der „Republica" der Arbeiter (abgesehen von einem breiten ‚normalen' Zeitungsteil mit Kino-Anzeigen, Kulturteil, Werbung usw.) der K a m p f des portugiesischen V o l k e s eindeutig im Vordergrund. Von den verschiedenen Schauplätzen dieses Kampfes wird breit berichtet, Gespräche mit Arbeitern, kämpfenden Mietern usw. veröffentlicht. Daneben finden sich Artikel zu den Beschlüssen des MFA, zur ausländischen Politik (insbesondere in den portugiesischen Kolonien). Einseitige redselige Selbstdarstellungen eines Parteichefs, wie in der Pseudo-„Republica" des Herrn Soares, sind in der „Republi ca" allerdings nicht zu finden!

Die Arbeiter der „Republica" fühlen sich offenbar der Sache der portugiesischen Arbeiterklasse und des Volkes i n s g e s a m t sowie den revolutionären Kräften aufs engste verpflichtet, ohne dabei e i n e Organisation irgendwie zu bevorzugen oder sie gar einseitig herauszustellen.

Die Arbeiter der „Republica" unterscheiden sich aber auch von den Vertretern arbeitertümelnder, „antibürokratischer", „undogmatischer" Tendenzen, wie sie bei uns vor allem vom Frankfurter „Sozialistischen Büro" propagiert werden; die „Republica"-Arbeiter nehmen gegenüber den revolutionären Organisationen keine feindselige oder überhebliche Haltung im Sinn der „Undogmatischen" ein; sie erkennen vielmehr die Existenz verschiedener revolutionärer Organisationen an und begreifen sie als wichtige Kraft im eigenen Kampf und im Kampf der portugiesischen Arbeiter und des Volkes insgesamt. Dies gilt übrigens nicht nur für die Arbeiter der „Republica", sondern auch für eine Reihe weiterer portugiesischer Zeitungen.

So gibt der erfolgreiche Kampf der „Republica"-Arbeiter uns ein großartiges Beispiel des Kampfes um wirkliche A r b e i t e r d e m o k r a t i e, die die Zerstörung der bürgerlichen „Pressefreiheit", d. h. Beherrschung der Presse durch Konzerne und bürgerliche Parteien, zur unbedingten Voraussetzung hat. ●

LG des
KOMMUNISTISCHEN BUNDES



Man kommt in vielen Ländern über die Grenze und hinter dem Schlagbaum sieht es aus wie davor, gleiche Landschaft, ähnliche Häuser, Menschen ohne erkennbar andere „nationale" Kennzeichen. Anders ist es, wenn man heute nach Portugal hineinkommt. Mit den ersten Häusern und Mauern beginnen die Spuren der Wahlschlacht vom April. „Vota PSP", „Vota PCP" usw. gesprüht, gestrichen, als Plakat geklebt, diese Bilder begleiten uns in den folgenden hunderten von Kilometern durch das Land bis zum letzten Grenzort bei der Abreise. Weit über den Wahlkampf und die Wahl hinaus bestimmt die bürgerliche Demokratie, repräsentiert durch die Parteien mit ihren Parolen und Sprüchen, das äußere Bild des Landes.

Erst in Guarda, einer kleinen Stadt 50 km hinter der Grenze kommt ein revolutionärer Zug in die Wandmalerei. Wir lesen eine Parole, die nicht die eigene Partei, sondern die Interessen der Arbeiter und Bauern zum Inhalt hat: „Arbeiter und Bauern, kämpft um die Volksmacht!" In der Stadt finden wir dann noch weitere Parolen, die den konkreten Kampf der Arbeiter zum Gegenstand haben, alle sorgfältig gemalt (auch darin vom Üblichen abweichend) und mit Bildern und Figuren versehen. Die Wandparolen waren vom M.E.S., der in dieser Stadt vertreten ist.

Ansonsten unser erster Weg zur Bank. Geld wechseln. Die Filiale der „Banco Atlantico" mit ihrer Fassade aus Marmor, Glas und Chrom erscheint in dem ärmlichen Ort mit seinen kleinen Häusern mit bröckelnder Fassade wie ein Sinnbild finanzkapitalistischer Ausplünderung des Landes. Aber am Fenster ein Schild: „Banco do Povo" (Bank des Volkes).

Fast auf der ganzen Strecke bis Lissabon dominiert die PS-Werbung. Es war buchstäblich kein Verkehrsschild, keine Straßensicherung in den Kurven ausgelassen worden. Wie ein M.E.S.-Genosse uns später erklärte, waren die PS-Stimmen hier oben in Beira und Traz os Montes echte sozialistische Stimmen (im Gegensatz z.B. zu Lissabon), weil hier aufgrund der Rückständigkeit die antikommunistische Ideologie der Faschisten und der Kirche noch stark gewirkt hat. Viele CDS-Embleme sind in CD verwandelt.

In Coimbra „unsere" ersten Militärs. Mitten in einer belebten Straße zwei Eingänge zu einer Kaserne älteren Stils, die mit ihrer glatten Fassade eher an ein mittleres Verwaltungsgebäude erinnern, nur

mit ihrer glatten Fassade eher an ein mittleres Verwaltungsgebäude erinnern, nur

dadurch als Kaserne erkennbar war, daß an beiden Seiten je ein Soldat Wache stand, d.h. sie standen nicht, sondern saßen auf irgendwelchen Küchenstühlen. Auf den einen zu kam von der Straße her ein Soldat in Tarnuniform gelaufen und machte sich den Spaß, vor seinem Kameraden mit grinsendem Gesicht und unbeschreiblicher Haltung ein „Männchen" zu bauen, dann kalberten sie rum, bis ein vorbeikommender Zivilist sich einmischte und es zu einer völlig unernsten Rangelei kam, von der sie schließlich lachend und schulterklopfend abließen, als wir weitergingen.

Vorbei an Lissabons Außenbezirken Richtung Süden fahrend, sahen wir überall am Rand der Stadt die Elendshütten aus Kisten, Wellblech, Brettern, Plastikfetzen zusammengenagelt. Eine Armut, wie wir sie bisher nur von Bildern aus Lateinamerika oder Asien her kannten. Gleich danach über die gigantische Brücke, die den Tejo überspannt. In unseren Stadtplänen heißt sie noch „Salazar-Brücke", doch an den Gedenksteinen zu Anfang und Ende der Brücke steht jetzt „Brücke des 25. April". Wie wir später erfuhren, wurde diese angeblich längste Hängebrükke der Welt von westdeutschen Firmen mit westdeutschem Kapital erbaut. Selbiges Kapital kassiert auch heute noch den „Brückenzoll" von zwei Mark von den Fahrzeugen, die sich in zwei endlosen Schlangen in beiden Richtungen über die Brücke wälzen.

Auf dem Weg nach Süden Kilometer auf Kilometer Korkeichen auf unbebautem oder nur übergepflügtem Land. Das sieht eher nach Monokultur einer extensiv bewirtschafteten Kolonie aus, als nach einer intensiven vielseitigen landwirtschaftlichen Nutzung, wie wir sie von Mitteleuropa her kennen. Auch hier ohne Ende Parteiembleme auf Verkehrsschildern, Wänden, Bäumen usw. Zumeist PCP, PSP, PPD hier und da CDS. Die revolutionäre Linke vereinzelt, am meisten noch FSP, ab und zu M.E.S., mal UDP, mal eine der ML-Organisationen, jeweils konzentriert auf einzelne Orte und den Umkreis derselben.

Frühstück in einem Dorf mit fünf Häusern. Kneipe zugleich Kaufmannsladen. An der Wand ein Aufruf: „Für deine Würde – organisier dich ..."!

Wir bleiben für zehn Tage in Albufeira, an der Algarve-Küste, einem kleinen ehemaligen Fischerort, jetzt am Rand mit Hotels und Eigentumshäusern ausgeufert, Anfragen betr. Erwerb der Häuser sind an eine Finanzgruppe in London zu richten. Der Großteil steht leer.

Unsere Pension ist wie die meisten gerade zu einem Drittel belegt. Gegenüber unserer Pension, aus Bauholz und Wellblech sauber zusammengezimmert, eine Art Wohnbaracke, in der mehrere Familien wohnen, deren Männer auf benachbarten Baustellen arbeiten. Etwas weiter, unter freiem Himmel, nur von einer Plastikplane geschützt, eine Familie, die wir tagsüber auf dem Markt Hosen und Schuhe anbieten sehen. Neben ihnen ein anderer Schuhstand, dessen Besitzer mit

17 Tage in Portugal
Reisebericht vom Anfang Juni 75

Frau und Kind dort an Ort und Stelle auf der Erde schläft, wo er seinen Stand aufgebaut hat – und das ist die Rückfront einer Siemens-Vekaufsniederlassung mit Fassade aus poliertem Stein, Chrom usw.

Als wir abends auf dem Heimweg an der Bauarbeiter-Hütte vorbeigehen, hören wir drinnen jemanden ein Lied pfeifen, das wir kennen: „Avante Camarade" (Vorwärts Genosse).

Gleich am ersten Tag im Ort eine typische Begegnung (wie sich im weiteren herausstellte). Wir wollten eine Postkarte kaufen und nehmen eine mit Photo vom 1. Mai in Lissabon, die wir zwischen Sonnenuntergängen und Bademotiven herausgefischt haben. Die Verkäuferin in dem Andenkenladen ist sichtlich überrascht und erfreut über unsere Wahl. Als sie dann noch sieht, wie die Genossin auf der Suche nach ihrem Portemonaie die INTERNATIONALE aus der Tasche zerrt, gibt sie fast einen Jauchzer von sich, packt die Zeitung mit unserer Zustimmung und ruft ihre Kollegin, begeistert auf das Hammer- und Sichel-Emblem zeigend. „Communista", ruft sie, sieht auf, „Ihr Communista?" Wir nicken. „Ja", sie: „Wir alle Communista", und zeigt auf sich und ihre beiden Kolleginnen, die jetzt auch die übrigen Kunden im Laden vergessen haben. Sie blättern die Zeitung durch, sehen das MIR-Zeichen, murmeln „Chile", sehen ein anderes Bild: „Ah, Bernadette Devlin", entdecken die portugiesischen Parteien. Eine zeigt auf Werbeanzeige für die Broschüre über die Portugiesischen Parteien. Eine zeigt auf CDS, „Faschista", dann auf „PPD", „Faschista", wir zeigen auf PSP, sie verzieht die Miene verächtlich und winkt mit der Hand ab. Dann zeigt sie auf vier Embleme und sagt, „diese vier gut". Es sind PCP, MDP/CDE, MES und FDP. – Nach dem Zahlen geben wir uns die Hände.

Wenig später haben wir unsere mitreisenden Genossen in einem Restaurant Kaffee trinkend entdeckt und setzen uns zu ihnen. Gerade wollen wir ihnen von unserer Begegnung berichten, da sieht der Kellner die INTERNATIONALE auf dem Tisch liegen, greift sie sich und blättert sie aufmerksam durch, schaut uns an, zeigt auf sich „Ich Kommunist", bittet um Erlaubnis und verschwindet mit der Zeitung im Restaurant bei seinen Kollegen. Er kommt erst nach fast einer Viertelstunde wieder.

Nebenbei, es handelte sich um die INTERNATIONALE Nr. 14 mit der MES-Deklaration vorne drauf und den beiden RAL 1-Genossen auf der letzten Seite.

Abends rufen uns unsere Pensionswirte ins Aufenthaltszimmer. Es gibt einen DDR-Spielfilm über den Kampf einer Resistence-Gruppe unter Beteiligung einiger deutscher Überläufer in Süd-Frankreich 1944. Der Film läuft in Originalton mit portugiesischen Untertiteln. Guter Film, meint unser Wirt.

Einen Abend feiern die Leute in der Bauarbeiter-Hütte irgendwas. Erst wird gegessen, darauf kreisen die Gläser und es wird gesungen, den halben Abend. Wir erkennen „Grandola Vila Morena", das Lied, das in Portugal jeder kennt, weil es das Signal zur Erhebung vom 25. April war; sie singen auch „Avante Camarada" und, als die Stunde schon vorgerückt ist, Lieder, bei denen viel geklatscht wird und die Frauen kreischen.

Im Ort fallen uns vor allem die Buchläden auf. D.h., es sind zugleich Zeitungs-, Papier-, Schreibwaren- und Buchläden. In den Fesnterausladen Marx, Lenin, Engels, Mao, Che, Ho, Fidel und eine Menge Genossen, die man hier nicht kennt und das alles zusammen gemischt mit einem Gutteil Sex-Literatur.

Am Stand, ich hab drauf geachtet, beinah jedes dritte Buch ein „Klassiker".

Wir treffen eine englisch-sprechende Portugiesin am Strand, die in London als Zimmermädchen im Hotel arbeitet. Sie erzählt, die Presse in England sei voll von Portugal, nur Schlechtes. Sie hat die Massenströme von Siedlern, die aus Afrika „heimkehren" am Flugplatz gesehen, die sind bestimmt sehr konservativ, meint sie, woher sollen die Arbeit kriegen, wo wir jetzt schon so viele Arbeitslose haben – die sind bestimmt gegen das neue Portugal. Sie hat Angst vor Bürerkrieg, will deshalb nach London zurück.

Sie stammt aus dem Alentejo nahe Beja (Stadt fest in der Hand der Deutschen vom dortigen Luftsützpunkt, sagt sie). Ihre Eltern sind Landarbeiter gewesen. Als ihr Bruder vor fünf Jahren in Guinea als Kolonialsoldat starb, meinte ihr Vater, das sei Schicksal und für's Vaterland ... jetzt hat er die PCP gewählt. Radio und Fernsehen laufen pausenlos, sie informieren sich ständig. Eins war schon zu Salazars Zeiten im Alentejo so: wenn ein Pfarrer sich dem Dorf näherte, fehlte nicht viel und er wäre mit Steinwürfen aus dem Dorf gejagt worden, über diese Brüder waren die bettelarmen Landarbeiter bestens im Bilde.

Lissabon

Anfang Juli 1975 wehen über Lissabon noch nicht die roten Fahnen und der Kollossal-Christus steht nach wie vor auf seinem Sockel neben der Brücke des 25. April am Tejo und fährt fort, die Stadt zu segnen.

Was Lissabon auf den ersten Blick von vergleichbaren Städten wie Genua oder Neapel etc. unterscheidet, ist das, was die bundesdeutschen Korrespondenten mit Sitz in Madrid als „Stimmung in der Bevölkerung" bezeichnen. Doch während ihre „Bevölkerung" in „dumpfem Brüten" und „nervöser" Spannung offenbar hinter dichtzugezogenen Vorhängen Lissaboner Bürgerhäuser hockt, ist auf den Straßen anderes zu beobachten. Etwa die Trauben von Menschen vor der frisch angeklebten Wandzeitung der streikenden Telefonarbeiter, der ältere Arbeiter, den wir abends nach unseren Stadtmärschen immer vor unserem Café in der Nachbarschaft treffen, wie er sorgfältig die Abendpresse studiert und sich mit einem Bleistift Notizen macht, oder unser Nachbar auf einer Bank abends am Tejo, der grad die neue Zeitung liest, neben sich hat er Lenins „Die Wahlen zur konsituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats" liegen. Dieses Buch zu kaufen kann er in jede x-beliebige Buchhandlung gehen – daher wird man in Lissabon vergeblich nach einer „linken Buchhandlung" suchen. Und was für die Bücher gilt, gilt für die Zeitungen.-Überall in der Stadt, zumeist auf Fußwegen oder auf Hockern an Hauswänden bieten Zeitungsverkäufer allein acht Tageszeitungen an, sowie Wochenschriften, dazu die gängigen revolutionären Zeitungen und Broschüren sowie immer eine üppige Auswahl von Heften mit Nackt-Fotos (die unter Salazar auch verboten waren). In keiner Frage lügen die westdeutschen Kommentatoren so unverfroren und nutzen so unverblümt ihr Informationsmonopol aus, wie grad in der Frage der „Pressefreiheit". Während die Arbeiter hierzulande morgens mit dem üblen Gemisch von Sex, Verbrechen und Hetze aus „Bild" und „Morgenpost" vollgekotzt werden und abends dasselbe noch einmal aufgewämt und mit ein wenig Nachbarschaftsgeschwätz garniert im „Hamburger Abendblatt" vorgesetzt bekommen, verfügt der Lissaboner Arbeiter über drei verschiedene Morgen- und fünf verschiedene Abendzeitungen, ein Großteil davon wird im ganzen Land vertrieben. Man muß nicht unbedingt perfekt Portugiesisch können, um zu sehen, daß die Kollegen von ihren Zeitungen recht sorgfältig informiert werden. Neben den politischen Nachrichten erscheinen zum selben Thema oft ausführliche Kommentare im Original, wo die revolutionären Organisationen genauso wie PPD und PSP zu Wort kommen, genauso aber auch Betriebsbelegschaften, Stadtteilräte etc. Dazu kommen die vielen Anzeigen und Bekanntmachungen, in denen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Versammlungen incl. Tagesordnung bekanntgeben, in der Ausgabe vom 3.7. des „Diario Popular" findet man z.B. neun solcher Anzeigen.

rer, Tischler usw. auf, sie zu unterstützen bei der Instandsetzung des Hauses. In der Prachtstraße wird auf dem breiten Grünstreifen unter Palmen gerade eine Buchmesse abgehalten. In 60 Verkaufsbuden bieten portugiesische Verlage ihr Programm zu verbilligten Preisen an. Nur ganz wenige haben nicht wenigstens etwas Marxistisches oder von den internationalen Befreiungsbewegungen Stammendes in ihr Programm aufgenommen.

Ab späten Nachmittag bis in die Nacht defilieren die Lissaboner (und wenige Touristen) an den Ständen vorbei, suchen aus, kaufen. Dazwischen haben die



Massendemonstration in Lissabon zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter von Radio Renascenca

politischen Organisationen ihre Stände aufgebaut. Neben der Erfrischungsbude hat als einziger Stand die PS nichts Schriftliches zu bieten. Sie ist mit vergoldeten Figuren, Aschbechern usw. und plärrender Schlagermusik vertreten. Gleich daneben der MRPP-Stand. Wir finden auch einen MIR-Stand, wo Anstecknadeln und „El Rebelde" verkauft werden. An anderer Stelle auf großen Sellwänden entlarvende Bilder über die Massaker der angolesisch-zairischen FNLA, Aufruf zur Solidarität mit der MPLA und dem angolesischen Volk. Portugiesen lesen aufmerksam über die Aufbauarbeit in den befreiten Gebieten.

ist wieder alles ruhig, die „Copcons" bedanken sich für das Bier und ziehen weiter. Der schwäbelnde Genosse, ein PCP-Mann, sagt, auf die Copcon-Leute kann man sich verlassen, sie werden unwahrscheinlich respektiert, im Gegensatz zu den Bullen. Die hauen ab, wenns irgendwo brenzlig wird. Das ist wohl auch das klügste für sie, denn jeder Portugiese erinnert sich noch an ihre Rolle vor dem 25. April.

Wir haben in der einen Woche in Lissabon nicht einen von ihnen in Aktion gesehen. Sie stehen meist etwas verdraffelt im Schatten hoher Häuser und verhalten sich frei nach der Devise der drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts denken. Einmal hält ein Polizeiwagen neben uns an der Ampel, hinter ihm kommt ein alter VW, hat schon abgebremst, fährt noch einmal leicht an und bumst auf den Bullenwagen, nicht sehr hart, aber offensichtlich. Die zwei Polizisten drehen sich noch nicht einmal um, sondern biegen, als die Ampel umspringt, zügig nach rechts ab. Man stelle sich ähnliches auf der Mönckebergstr. vor ...

Doch zurück zum Straßenfest. Der ehemalige Tübinger Student arbeitet jetzt bei Siemens als Systemanalytiker. Er ist nicht froh mit seinem Job. Die Siemens-Zweigniederlassung in Portugal hat – wenn wir richtig erinnern – um 2.000 Beschäftigte. Die Frauen in der Produktion haben unter dem Faschismus zum Teil für umgerechnet 160,- DM monatlich gearbeitet. Heute muß die Firma ihnen den Mindestlohn, etwa 400,- DM, bezahlen. Der Konzern droht den portugiesischen Arbeitern ganz offen, wenn ihr hier mehr fordert, machen wir den Laden ganz dicht.

Im übrigen hat der Genosse Tübinger MSB-Freunde, den KB kennt er nicht. Als wir ihm „die Internationale" mit den herrlichen Portugal-Postern zeigen, werden die Umstehenden aufmerksam. „Ah, Communista", kommt es erfreut. Auf deutsch, portugiesisch und englisch klappt die Verständigung ganz gut. Die „Internationale" wird durchgeblättert. Der MES ist bekannt. Ein älterer Kollege radebrecht: „Ich so ähnlich wie MES ... ' Er ist Mitglied der PCP. Wir bekommen Bier ausgegeben und prächtige PCP-Hammer-und-Sichel-Aufkleber geschenkt.

Ein älterer Arbeiter steckt der Genossin das Mitglieds-Abzeichen der PCP-Zelle seines Werftbetriebes an die Jacke und will dafür die „Internationale". Er bekommt sie. Dem Deutsch sprechenden Genossen lassen wir den AK da. Es wird noch spät.

Für den oberflächlichen Betrachter muß der Eindruck entstehen, die Stadt sei fest in der Hand der MRPP. Überall Parolen gegen die „Militär-Diktatur" und „Sozialfaschismus", „für MRPP", Plakate, die zum Kampf für ihren im Gefängnis sitzenden Generalsekretär Arnoldo Matos, „Grande Dirigente e Educator do Proletariado Portugues ..." aufrufen, herumfahrende VWs und Enten, die mit Lautsprechern durch die Stadt fahren und gegen die Militärdiktatur der neuen Pide-Copcon wettern.

Immer wieder bilden sich am Rossio, einem großen Platz in der Innenstadt, um die MRPP-Flugblattverteiler große Diskussionstrauben. Der MES-Genosse, den wir auf die MRPP-Aktivitäten ansprachen, lachte: „Große Diskussionsgruppen, das ist gut. Nein, keine Sorge, der MRPP stiftet nicht viel Verwirrung, er hat jeden Einfluß verloren." Davon konnten wir uns einige Tage später auf der eine Woche lang in Wort und Schrift angepriesenen „Groß-Kundgebung" überzeugen. Sie sollte um 21 Uhr im Pavillon do Sporto beginnen. Um 22 Uhr war man noch immer am Warten, daß sich der Saal fülle, da incl. ausländischen Gastdelegationen und Schaulustigen – auch mürrische Bundesdeutsche wurden gesichtet – kaum mehr als 1.500 Menschen gekommen waren. Anscheinend verbringen die MRPP'ler 90 % ihrer Zeit damit, die Wände Lissabons zu bemalen und zu bekleben. Der MES hält sich dagegen deutlich an die Devise: „Eier legen, ohne zu gackern." In der Demonstration von Arbeitern Lissabons konnten wir unauffällig in der Leitung des Zuges zeitweise einen der beiden MES-Genossen sehen, die in Hamburg auf der Portugal-Veranstaltung gesprochen hatten.

Die Wochenzeitung des MES, „Esquerda Socialista", ist bei vielen Lissaboner Zeitungsverkäufern zu haben. In der Avenida D. Carlos hat der MES eines der abgetakelten Bürgerhäuser besetzt, schräg gegenüber vom weißen Prachtgebäude der Nationalversammlung. Kommentar eines MES-Genossen: „Dort sind wir mit dem 'Saneamento' noch nicht weit vorangekommen."

Von dem Balkon des MES-Hauses weht die rote Fahne mit MES-Zeichen, während die Front des Hauses mit Parolen und Plakaten als Sitz der Organisation gekennzeichnet ist. Es ist Samstag gegen 18 Uhr als wir dort eintreffen; Genossen mit Pakken von Zeitungen unter dem Arm kommen aus dem Haus, drinnen herrscht sachliche Geschäftigkeit. Wir haben Glück, ein Genosse spricht Englisch. „Aus Hamburg seid ihr, vom 'KB'?" Wir fragen nach der Adresse der FSP, über die wir bisher kaum Informationen haben, und machen mit dem Genossen einen Termin ab, da wir einige Fragen zur momentanen Lage der Tourismus-Industrie in Portugal haben.

Dieses Gespräch fand dann auch statt. Anschließend wurden wir weitergereicht an einen Genossen in einer Regierungsstelle und einen leitenden Funktionär der Hotelarbeiter-Gewerkschaft. Darüberhinaus fuhr der Genosse, der Regierungsangestellter war, mit uns zu einem Hotel, 40 km von Lissabon entfernt an der Atlantik-Küste, das die Arbeiter, als der Kapitalist Pleite machte und sich ins Ausland absetzte, in eigener Regie übernommen haben, um ihren Arbeitsplatz zu retten. Sie taten das so erfolgreich, daß sie nach mehreren Monaten der Regierung die Kredite zurückzahlen konnten.

Wir hatten Gelegenheit, mit einer Genossin der FSP zu sprechen. Wir suchten sie im ehemalien Sporting Club Lissabon auf, ihrem jetzigen Parteizentrum. Im Vorraum hingen Plakate, die zu gemeinsamen Aktionen der Linken Portugals zur Unterstützung von MIR und der MPLA aufgerufen hatten, sowie gegen die NATO anläßlich des Flottenbesuches. Uns fielen die Zeichen von UDP, MES, FSP und in einem Fall LUAR, im anderen Fall der MDP-Studentenorganisation auf.

Die FSP hat bei den Wahlen 70.000 Stimmen bekommen. Die Genossin begründete die Entstehung der Organisation am 9.1.1975 so, daß beim PSP-Parteitagkongreß die Linke, die mit einem eigenen Kandidatenvorschlag 40 % der Stimmen bekommen hatte, entgegen der vorherigen Abmachung nicht prozentual am Vorstand beteiligt wurde, sondern von der Soares-Bande kaltschnäuzig überfahren wurde. Genauso hätte Soares die Partei, die nach Meinung der FSP'ler „ihren Mitgliedern gehören muß", als sein Privateigentum betrachtet, als Willy Brandt, zur Überraschung aller Sozialisten der PSP, nicht der PPD, sondern der PSP seine Anweisungen gab, dieser Partei, die doch zur Wahl beteuert hatte, eine linke und keine sozialdemokratische Partei zu sein.

Wir fragten, was die FSP von anderen linken Organisationen unterscheidet. Sie sagte z.B. zum MES, das sei eine revolutionäre Organisation, aber ein bißchen bürokratisch, etwas zu technokratisch. Die MES-Leute hockten bis in die Nacht hinein über Plänen und studierten und schrieben in einem fort; sie dagegen, die FSP, seien mehr eine Partei der Aktion. Aber, so betonte sie, die Pläne, die der MES ausarbeitet, „sind gut und oft benutzen wir sie auch ..." Zum Zeitpunkt unseres Besuches verfolgte die FSP gerade das PCP-Konzept der CDR (Komitees zur Verteidigung der Revolution), welches die PCP, die Erfinderin dieses Modells, dann einige Tage später mangels Unterstützung im MFA fallenließ.

Die Genossin meinte allerdings zur Lage in Portugal, die Aussichten seien prächtig, Ende August gäbe es keine Nationalversammlung mehr und mit der Hilfe zugesagter Kredite der BRD und der USA seien auch die Wirtschaftsprobleme zu packen. Für die Revolution in Westeuropa, meinte sie, wenn der Faschismus in Spanien fällt, dann dauert es noch fünf Jahre und auch wir hätten die Revolution. Optimismus gehört offenbar zum Geschäft.

Die Demonstration der Stahlarbeiter

In den ersten Tagen des Juli, als wir in Lissabon waren, war es vorübergehend etwas weniger dramatisch zugegangen, nachdem in den Vorwochen die Auseinandersetzungen um die „Republica" und Radio Renascença und um die weitere Orientierung der Revolution mit der Bekanntgabe des "Aktionsplans des MFA" ein vorläufiges Ergebnis gebracht hatten.

In diese relative Ruhe knallte die Flucht der 89 Pide-„Henker des Volkes", wie sie in den Zeitungen genannt wurden, hinein. Als dann noch zwei Tage darauf Ministerpräsident Goncalves und Informationsminister Jesuino den Sender Renascença an den reaktionären Klerus zurückgeben wollten, war wieder Stimmung im Land.

Fortsetzung Seite 30



Demonstrationstransparent: MFA im Kampf gegen den Faschismus

Dieselbe Nummer enthält den Aufruf der Stahlarbeiter der Siderurgia National zur Demonstration gegen die lasche Haltung der provisorischen Regierung gegenüber den Umtrieben der Reaktion (Pide-Flucht etc.) in voller Länge, desgleichen am folgenden Tag die Mit-Aufrufe anderer Belegschaften und Organisationen.

Mangels Sprachkenntnissen können wir nichts über Radio und TV sagen, aber der Slogan der Kollegen von Radio Renascença: „Revolutionäre Informationen für die Arbeiterklasse" und die vielen Portugiesen, die man am Strand, auf einer Verkehrsinsel, in der Straßenbahn, im Café den Transistor ans Ohr gedrückt beim Nachrichtenhören sieht – wo gibt es Vergleichbares in unserem Land?

Die „Avenida da Liberdade", die Prachtstraße von Lissabon, macht einen etwas verstaubten und aufgegebenen Eindruck. Viele Hotelpaläste stehen leer, Schaufenster sind leer, die Läden verschlossen. Nicht weit davon haben Hotel-Arbeiter ein leeres Hotel besetzt und bauen es zum Kulturzentrum für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe um.

Die Fenster stehen offen, revolutionäre Musik dröhnt auf die Straße, Spruchbänder, rote Fahnen, Wandzeitungen. Eine entziffern wir so weit: sie fordern Mau-

Abends folgen wir in der Nachbarschaft unserer Pension im Hafenviertel mit knurrenden Mägen einem verlockenden Duft und geraten unversehens in ein Straßenfest einer Comissao Moradores (Bewohner-Kommission). Hier werden eifrig Sardinen gegrillt, Fleisch gebraten, dazu gibt es Wein und Bier. (Erlös aus dem Verkauf der gespendeten Sachen ist für die Arbeit der Organisation.) Daneben wird nach Klängen aus einem alten, überdimensionalen Lautsprecher gehottet.

Mit uns fast gleichzeitig trifft eine vier Mann starke Copcon-Streife ein. Junge Männer, ca. 20, in grüngefleckten Kampfanzügen, lachen, einer klopft einem Bekannten auf die Schulter. Sie gehen zum Tresen, wo ein Verantwortlicher alle Hände voll zu tun mit Bierverkauf hat, grinsen und einer sagt etwas ähnliches wie „Na, das Copcon ist da!" Auf jeden Fall bekommen sie einen Schluck. Der Bierverkäufer erzählt uns – er hat in Tübingen studiert und spricht fließend schwäbisch daß sie das Copcon gebeten haben, doch mal im Laufe des Abends vorbeizuschauen. Neulich haben bei einem ähnlichen Fest jugendliche Raudis angesoffen Putz gemacht. Doch hier ist so weit alles ruhig. Nur ein Farbiger, der offenbar „einen Kleinen in der Krone hat", packt gerade einen weißen Portugiesen am Schlafittchen.

Ein farbiger Copcon-Soldat geht kurz rüber und redet mit dem Jungen. Darauf

Fortsetzung von Seite 29

Spontan versammelten sich Militante noch in der Nacht vor dem Sender. In den Zeitungen häuften sich die Proteste und Kritiken an der provisorischen Regierung. Stellungnahmen aus den Betrieben (z.B. Lisnave, AFP), von Organisationen, wie MES, PRP/BR, UDP, von linken Katholikengruppen, die der Regierung vorwarfen, unter Kirche die reaktionäre Hierarchi, statt die werktätigen Gläubigen zu verstehen, all dies wurde breit in den Zeitungen wiedergegeben. Die Arbeiter der Stahlwerke Siderurgia Nacional ergriffen schließlich die Initiative und riefen zum 4.7. zur Protestdemonstration auf, was in allen Zeitungen veröffentlicht und am nächsten Tag durch Abdruck weiterer Aufrufe von Lisnave, MES, UDP u.a. bestärkt wurde.

Am Freitagabend um 19.30 Uhr versammelten sich die Demonstranten auf einem Platz in Hafennähe. Pünktlich (!) formierte sich der Zug, vorneweg die Stahlarbeiter, dann der Block von Lisnave, dann schwenkten die Werftarbeiter von Setunave, die im Eilschritt von der Fähre kommend schnell einen Block formiert hatten, in den Zug ein, gefolgt von den Kollegen von Guerin, der VW-Handels- und Service-Gesellschaft (zur Zeit im Kampf), darauf eine Delegation von „Republica", eine von der Zeitung „Sempre Fix", sowie vom „Jornal do Comercio" und schließlich folgten – mit Abzeichen oder ohne – Mitglieder revolutionärer Organisationen.

Ich sprach noch kurz mit einem Kollegen, der für zwei Monate im Hamburger Hafen beim GHB (Gesamthafen-Betrieb – Anm. AK) gearbeitet hatte und jetzt beim Stahlwerk für 6.000 Esc. = 600,- DM im Monat arbeitet – und los ging der Zug mit der Parole: „Morte o Faschismo, abaixo Capitalismo!" (Tod dem Faschismus, nieder mit dem Kapitalismus). Die Kollegen, die zumeist im Blaumann direkt von der Arbeit gekommen waren, trugen massenhaft selbstgefertigte Transparente:

„Die Pides sind frei – Wachsamkeit des Volkes"
„Das Volk soll entscheiden, wie die Pide bestraft werden"
„Revolutionäres Tribunal soll die Pide richten"
„Die Arbeiter von Lisnave unterstützen den gerechten Kampf der Genossen von Radio Renascença!"

Die Arbeiter von Republica trugen ein Transparent: „Revolutionäre Informationen für die Arbeiterklasse!"

Ihre Kollegen vom „Jornal do Comercio" forderten auf ihrem Transparent: „Tod dem Faschismus und denen, die ihn schützen!"

Der Zug ging am Gebäude der „Republica" und dem von Radio Renascença vorbei, wo die Kollegen in Trauben am Fenster hingen und begeistert die Fäuste schüttelnd die Sprechchöre von der Straße mitriefen, das war ein Moment großer Begeisterung von allen Beteiligten.
„Republica", Radio Renascença, wir unstützen euren gerechten Kampf!" hallte es.

teiligten.
„Republica", Radio Renascença, wir unstützen euren gerechten Kampf!" hallte es.
Weiter ging es über die großen Plätze und Prachtstraßen der Innenstadt. Als wir an der kleinen Buchmesse auf der Avenida Liberdade vorbeikamen, stimmten die Genossen an der Spitze des Zuges an: „Wir fordern Kultur, die der Arbeiterklasse dient!"

Was uns besonders gefiel: wenn eine Losung genügend lange gerufen worden war, wurde, zuerst an der Spitze, dann sich durch den Zug fortsetzend, die Hand gehoben, der Sprechchor verstummte und augenblicklich war der Zug still. Dann wurde vorn die neue Parole gerufen und in wenigen Augenblicken pflanzte sie sich fort bis ans Ende des Zuges, der auf diese Weise in einer Einheitlichkeit, die wir noch nicht erlebt haben, immer nur eine Parole zur Zeit und zugleich rief. Das funktionierte ebenso tadellos, als wir an einem Krankenhaus vorbeikamen.

Vorn gingen die Hände hoch, „schsst!" und man wußte Bescheid – drei, vier Minuten Schweigemarsch. An beiden Seiten des ganzen Zuges marschierte an den Händen gefaßt je eine Kette, die den Zug zu den Seiten abschirmte. Es wurde darauf geachet, daß keiner sich aus irgendwelchen Gründen in den Zug drängen konnte. Sich einreihen konnte man am Schluß der mehr als 15.000 Mann betragenden Demonstration. Nach dreieinhalb Stunden (!), um 23 Uhr, war das Ziel erreicht, eine Straßenunterführung in einem Wohnviertel, an deren Rampen und auf der Brücke schon eine dichte Menschenmenge wartete, die den Zug begeistert begrüßte.

Durch aufgestellte Mikrophone redeten dann Kollegen der Betriebe, die sich an dem Zug beteiligt hatten. Leider verstanden wir davon im einzelnen fast kein Wort. Aber am Ende und zumeist auch am Anfang der Reden waren wir voll dabei. Da riefen die Redner immer: „Viva na Classe Operaia!" Und die Masse antwortete mit einem donnernden „Viva! Viva Sozialismo!" „Viva"! Das erinnerte etwas an unser „Rot Front!" nach dem Singen der Internationale, welche auch hier kurz vor Schluß der Kundgebung stehend gesungen wurde – allerdings nur eine Strophe.

Unser letzter Eindruck aus diesem Land entstand auf der Rückfahrt zur Grenze. Vom linken Ufer des Tejo erstreckt sich Richtung Osten eine fruchtbare Niederung. Hier sahen wir über eine längere Strecke auf offenbar neuverteiltem Land die Bretterhütten der neuen Herren des Landes. Wir hielten kurz an, um zu filmen. Die Bewohner schauten zu uns her und wir hoben die Faust. Darauf reckten auch sie die Fäuste und beim Weiterfahren hoben sich auch bei den nächsten Hütten wie zu einem proletarischen Abschiedsgruß die Fäuste in den Himmel. ●

Eine Genossin und ein Genosse der Hamburger KB/Gruppe

ANGOLA: MPLA vertreibt Mörderbanden aus Luanda!

Nach erneuten schweren Provokationen und Überfällen der imperialistischen Söldnerhorden der FNLA hat die angolesische Befreiungsbewegung MPLA in und um Luanda eine erfolgreiche Offensive durchgeführt. Sämtliche Einheiten der FNLA wurden aus dem Gebiet der Hauptstadt vertrieben, FNLA-Parteibüros zerstört oder geschlossen.

In den Kämpfen vom 11. bis 14.7. wurden erstmals in größerem Umfang auch schwere Waffen (Mörser, Raketenwerfer) eingesetzt. Weitere 300 bis 400 Menschen wurden Opfer der imperialistischen Politik in Angola, die Zahl der Verletzten wird mit mindestens 1.500 beziffert.

Damit ist der sogenannte „letzte Versuch einer Einigung der drei Bewegungen", das vom 16. bis 22. Juni in Kenia ausgehandelte „Abkommen von Nakuru" geplatzt. Das Abkommen beinhaltete u.a.:

- freie Wahlen im Oktober 1975
- freie politische Aktivität in allen Landesteilen
- Neuorganisierung der Polizei und Militärstreitkräfte
- Aufbau einer nationalen Armee von 30.000 Mann. (Hier sollten die separaten Truppen der MPLA, FNLA und UNITA integriert werden.)
- Entwaffnung der Zivilbevölkerung
- Kampagne gegen Rivalismus, Regionalismus und Rassismus im Volk
- Vorantreibung des wirtschaftlichen Aufbaus von Angola

(zitiert nach „Neue Züricher Zeitung" vom 23.6.75)



Guerrilla-Einheiten der MPLA im Osten Angolas

Die MPLA hat immer wieder bis aufs äußerste versucht, zu einer friedlichen, für das Volk von Angola möglichst unblutigen, Regelung zu kommen. Diese Versuche scheiterten jedesmal an den Vertragsbrüchen der FNLA.

In einem Kommunique zu den jüngsten Kämpfen stellte die MPLA fest, daß die FNLA auch das Abkommen von Nakuru *„systematisch verletzt, die Bevölkerung eingeschüchtert und bewaffnete Operationen gegen die Positionen der MPLA unternimmt."* (laut „UZ", 18.7.75)

In den Abkommen von Alvor (Festlegung der „Übergangsregierung" und ihrer Aufgaben bis zu den geplanten Wahlen im Oktober) und Nakuru hatte es jeweils klare Bestimmungen gegeben, die allen drei an der Übergangsregierung beteiligten Organisationen (FNLA, UNITA, MPLA) freie politische Betätigung in allen Teilen des Landes garantierten.

FNLA hat sich hieran niemals gehalten, konnte das objektiv auch nicht, weil wirklich freie Wahlen die eindeutige Anerkennung der MPLA durch das Volk dokumentiert hätten! Stattdessen hat die FNLA ständige militärische Überfälle auf MPLA-Ausbildungslager und MPLA-Sympathisanten verübt und jegliche politische Betätigung der MPLA in den von der FNLA kontrollierten Gebieten faschistisch unterdrückt. Diese blutige Strategie der FNLA hat mittlerweile über 6.000 Todesopfer gekostet!

Diese Vertragsbrüche haben schließlich die MPLA veranlaßt, diesem Treiben durch Verjagung der FNLA-Banden zunächst aus Luanda und dann auch aus anderen Gebieten vorerst ein Ende zu machen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß jetzt in Angola die umfassende militärische Konfrontation ansteht, die von den Söldnern des US-Imperialismus nicht weniger blutig begangen werden wird, als vor 15 Jahren in Zaire (damals Kongo) gegen die Befreiungsbewegung Lumumbas.

Anfängliche Berichte der bürgerlichen Presse, wonach starke FNLA-Trupps aus dem Norden auf einem blutigen Rachefeldzug nach Luanda seien, waren anscheinend voreilig. Vorerst dürfte die FNLA-Führung bemüht sein, mit Verstärkungen aus Kongo/Zaire, in den noch von ihr kontrollierten Gebieten, ihre angeschlagenen Banden zu reorganisieren, bevor sie neue Angriffe unternehmen können. ●

Afrika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

KBW ahnungslos?

Angesichts der Auseinandersetzungen in Angola hat die gesamte revolutionäre Linke Portugals eine eindeutige Haltung zugunsten der MPLA eingenommen: **„Die MPLA ist die einzige legitime Vertreterin des Volkes von Angola"** (Aus einer gemeinsamen Erklärung von MES, FSP, LUAR, PRP/BR und der trotzkistischen LCI – zitiert nach der „LUAR"-Zeitung vom 7.6.75). Zur selben Haltung bekannten sich am 31. Mai mit einer Solidaritäts-Demonstration für die MPLA u. a. auch: Die portugiesische KP (PCP) und die ihr nahestehende MDP/CDE, Lotta Continua und Avanguardia Operaia aus Italien, die französische PSU, die revolutionäre Koordinationsjunta Lateinamerikas... (lt. „Luar", 7.6.75).

Der KBW jedoch ist anderer Meinung: Unter der Devise *„Alle Befreiungsorganisationen haben die nationale Unabhängigkeit auf ihre Fahnen geschrieben"* (‚KVZ', 19.6.75) war der KBW von Anfang an bemüht, angesichts der Kämpfe **„zwischen den Befreiungsorganisationen"** in Angola den neutralen und ahnungslosen Beobachter zu spielen. Am treuherzigsten produzierte sich in dieser Rolle KBW-Sekretär J.S., der es als alter SDS-Führer und sozusagen „Afrika-Spezialist" eigentlich besser wissen müßte.

In der ‚KVZ' vom 19.6.75 trieb J.S. die scheinheilige Ahnungslosigkeit auf ihre vorläufige Spitze. Als Ursache der Kämpfe *„zwischen den Befreiungsorganisationen"* sind ihm gerade nur **„Stammesunterschiede"** und **„ideologische Differenzen"** eingefallen, die *„von außerhalb geschürt"* würden.

J.S. nimmt nicht Stellung, wer denn für die Kämpfe verantwortlich ist, auf welcher Seite der Fortschritt und die Interessen des Volkes von Angola stehen. Stattdessen befürwortet er eine **„Einheitsfront"** zwischen den „Befreiungsorganisationen". Geradezu **„beispielhaft"** nennt er die Haltung Chinas, das sich da auch neutral verhalte.

Um diese scheinheilige Neutralität zu begründen, muß J.S. natürlich den konterrevolutionären und eindeutig pro-imperialistischen Charakter der FNLA bestreiten. Die FNLA sei zwar *„auf antikolonialistisch-nationalistische Ziele beschränkt"*, aber ‚pro-westlich' (pro-imperialistisch) sei sie nicht. Nun wird zwar die FNLA in der bürgerlichen Presse ständig als ‚pro-westlich' o. ä. bezeichnet – aber das ist, wie J.S. meint, bloß ein besonders gerissener Trick der Imperialisten, um *„die Befreiungsorganisationen und das Volk von Angola zu spalten"* (anscheinend liest das Volk von Angola sehr eifrig die Presse der imperialistischen Länder, oder wie soll man diese Erklärung von J.S. sonst interpretieren?).

In Portugal muß man schon bis zu den dümmsten ‚Vaterlandsverteidigern' von der PCP/ML gehen, um eine Parallele zu den Thesen von J.S. zu finden. Sonst sind sich nämlich alle einig, daß die FNLA eine **Söldnertruppe des Imperialismus** ist.

Aber wenn J.S. sich schon für klüger hält als die gesamte portugiesische Linke, könnte er doch wenigstens den e i g e n e n Verlautbarungen der FNLA über ihre Ziele Glauben schenken. Erklärt diese doch ganz offen, daß sie mit allen Mitteln ein sozialistisches Angola verhindern will und betreibt offen antikommunistische Hetze gegen die MPLA. Dem entspricht ihre Praxis, Massaker an der Zivilbevölkerung zu verüben, die in ihrer großen Mehrheit die MPLA unterstützt. Aber laut J.S. haben diese Massaker gar nicht stattgefunden, sondern die bürgerliche Presse hat sich das nur ausgedacht, um *„den Kampf für die Unabhängigkeit Angolas herunterzumachen."* – Nun haben freilich auch die MPLA selbst und die gesamte portugiesische Linke diese Massaker der FNLA angeklagt, – vielleicht auch bloß, um *„den Kampf für die Unabhängigkeit Angolas herunterzumachen"* ...? ? !

„Neutralität ist nicht möglich, wenn die Freiheit eines Volkes auf dem Spiel steht", heißt es in einer gemeinsamen Solidaritätserklärung der portugiesischen Linken (LUAR, FSP, LCI, MDP/CDE, MES und PCP) für die MPLA (nach „Luar", 7.6.75).

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!



Zehntausende Portugiesen demonstrierten in Lissabon gegen die Jüngsten Einmischungsversuche der Imperialisten in Angola. Sie demonstrierten ihre Solidarität mit der Volksbefreiungsbewegung MPLA.

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 6o

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Buchladen E. Thälmann
z. Hd. KB
3 Hannover
Grotestraße 13

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

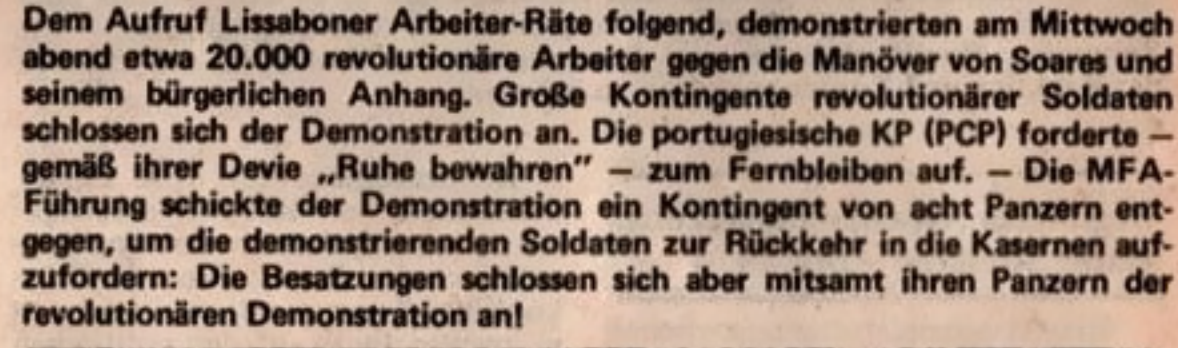
Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomsiusstraße 2
Mo. + Do. 17 – 19 Uhr



Die Arbeiter von „Republica" mit der ersten – unter ihrer eigenen Verantwortung – hergestellten Ausgabe.





Dem Aufruf Lissaboner Arbeiter-Räte folgend, demonstrierten am Mittwoch abend etwa 20.000 revolutionäre Arbeiter gegen die Manöver von Soares und seinem bürgerlichen Anhang. Große Kontingente revolutionärer Soldaten schlossen sich der Demonstration an. Die portugiesische KP (PCP) forderte – gemäß ihrer Devie „Ruhe bewahren" – zum Fernbleiben auf. – Die MFA-Führung schickte der Demonstration ein Kontingent von acht Panzern entgegen, um die demonstrierenden Soldaten zur Rückkehr in die Kasernen aufzufordern: Die Besatzungen schlossen sich aber mitsamt ihren Panzern der revolutionären Demonstration an!

Um sich vor faschistischen Übergriffen durch das von Soares aufgehetzte Pack zu schützen, errichteten die Lissaboner Arbeiter am Freitag abend (18.7.) an allen Lissaboner Ausfallstraßen Barrikaden. Sonnabend früh stießen die Truppen des COPCON dazu. Gemeinsam wurden die – hauptsächlich aus Nordportugal herangekarrten – „Sozialisten" und Faschisten auf Schußwaffen und Schlaginstrumente durchsucht. Alle Waffen wurden beschlagnahmt.



Die Reaktion probt den Bürgerkrieg

Fortsetzung von Seite 1

milien, wurde in dieser Presse begeistert gefeiert. Diese Presse, die ständig über eine angeblich drohende *„kommunistische Diktatur"* in Portugal lamentiert, beweist allerdings damit auch selbst, von w e l c h e r Seite in Portugal der Terror kommt!

MFA beschließt „System direkter Demokratie"

Äußerer Anlaß für die reaktionäre Kampagne um Soares war die Übernahme der Zeitung „Republica" (ehemaliges Propaganda-Organ von Soares) durch die Arbeiter der Zeitung (Artikel dazu in diesem AK) und die letzten Beschlüsse der Hauptversammlung der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA). Die 240 Delegierten der Hauptversammlung des MFA hatten am 8./9. Juli einen detaillierten Vorschlag zur Entwicklung eines „Systems direkter Demokratie" beschlossen (den vollständigen Text werden wir demnächst, zusammen mit anderen Dokumenten aus Portugal, in einer Sonderbroschüre veröffentlichen).

Der Vorschlag der Hauptversammlung des MFA sieht im Einzelnen vor:

- Entwicklung eines ausgedehnten staatlichen Sektors der Wirtschaft anstelle einer *„privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung ... die durch das die Produktionsausweitung hemmende Monopolkapital beherrscht wird"*;
- Eine Agrarreform, deren Durchführung von den *„organisierten Landarbeitermassen"* kontrolliert werden soll;
- *„Sanierung und Dezentralisierung des Staatsapparates, um einen Staatsapparat aufbauen zu können, der auf der Volksmacht beruht"*;
- *„Formen der Kontrolle der Produktionsmittel durch die Arbeiter müssen begünstigt und unterstützt werden"*.

Der Vorschlag geht davon aus, daß *„das Volk in noch stärkerem Maße für die Revolution zu mobilisieren"* sei, weswegen *„den Volksmassen Möglichkeiten der aktiven Beteiligung sichergestellt"* werden müßten. Dies solle *„mittels Formen von demokratischen, unabhänigen und einheitlichen Volksorganisationen"* geschehen. Als „Volksorganisationen" werden *„vornehmlich die Arbeiter-Räte und die Bewohner-Kommissionen"* verstanden. *„Als Basisorganisationen werden jedoch auch angesehen: Dorfräte, Kooperativen, Ligen kleinerer und mittlerer Agrarbetriebe sowie andere Volkszusammenschlüsse"*.

Der Vorschlag der MFA-Vollversammlung fordert nun den Ausbau und die Förderung dieser „Basisorganisationen" bzw. den Aufbau solcher Organe in den Bereichen, in denen sie bisher noch nicht existieren. *„In einer zweiten, jedoch nur kurz andauernden Phase"* sollen dann durch ein Delegations-System *„Lokale Volksversammlungen"*, danach *„Städtische Volksversammlungen"*, in einer *„dritten, mittelfristigen Phase"* dann *„Distriks-Vollversammlungen"*, schließlich in einer *„vierten, lang andauernden Phase"* sogenannte *„Regionale Volksversammlungen"* herausgebildet werden. In einer *„letzten Etappe"* soll schließlich die *„Nationale Volksversammlung"* als oberstes Organ zusammentreten, die sich aus den Delegierten der verschiedenen „Regionalen Volksversammlungen" zusammensetzt.

Über diese verschiedenen Organe soll zunächst eine *„aktive B e t e i l i g u n g"* des Volkes erreicht werden, wobei als Ziel proklamiert wird, *„daß daraus wirkliche Organe der Volksmacht entstehen"*.

Der Vorschlag sieht gleichfalls für die verschiedenen Ebenen dieser Räte-Struktur bestimmte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Aufgaben vor, die mit der Höhe der Ebene umfangreicher werden. Die unmittelbaren Basisorgane (also Arbeiter-Räte etc.) sollen z.B. Verantwortung tragen *„auf den Gebieten Gesundheit, Kultur, Sport, Alphabetisierung, Wohungs- und Städtebau, Verkehrswesen usw."*, ebenfalls *„die Kontrolle der Produktionsmittel im verstaatlichten und privaten Sektor, über die Versorgung und die Preise"* ausüben. Zu ihren Aufgaben gehört die *„politische Arbeit"*, *„Information und Aufklärung"* in ihren Wirkungskreisen, ebenso *„die Verteidigung von Einrichtungen und städtischen Zonen" („Zutrittskontrollen")*; schließlich – *„in Sonderfällen"* – auch *„Aufgaben der Selbstverteidigung" („auf Initiative des MFA und unter seiner Kontrolle")*.

Eine s t ä n d i g e Bewaffnung des Volkes über diese Räteorgane wird klar abgelehnt *(„Es ist nicht vorgesehen ..., das Volk zu militarisieren")*.

Auflösung der „Provisorischen Regierung"

Bei der revolutionären Linken löste die öffentliche Bekanntgabe des neuen MFA-Papiers allgemeine Zustimmung aus: *„Als erste Gruppe begrüßte die kommunistische „Bewegung der sozialistischen Linken' (MES) die ‚historische Entscheidung' der ‚revolutionären Soldaten und Matrosen des MFA' "* („Süddeutsche Zeitung", 10.7.). Bei der portugiesischen KP (PCP) fiel der „Jubel" wesentlich gedämpfter aus und die bürgerliche Presse kommentierte: *„Auch die KP fühlt sich jetzt an die Wand gedrängt"* (ebenda).

Nur wenige Stunden nach Bekanntgabe – in der Nacht vom 10./11. Juli – erklärte die sozialdemokratische Partei ihren Rücktritt aus der Regierung. Begründet wurde dies einmal mit der neuesten Entwicklung um die Zeitung „Republica" (vergl. Artikel dazu in dieser Ausgabe) und mit den Beschlüssen der MFA-Vollversammlung.

In einem internen PS-Dokument, das am 11. Juli in der Tageszeitung „O Século" (11.7.) veröffentlicht wurde, wetterte die PS-Führung gegen die MFA-Beschlüsse: Das Räte-Modell sei eine *„flagrante Verletzung des Paktes zwischen dem MFA und den politischen Parteien"*, eine *„Negation des vom Revolutionsrat proklamierten demokratischen Weges"* und *„ein Anschlag auf die verfassungsgebende Versammlung"*. Die Tatsachen demagogisch auf den Kopf stellend, stellt die PS-Führung die vom MFA angestrebte „direkte Demokratie" mit dem politischen System des portugiesischen Faschismus (!!!) auf eine Stufe: *„Letzten Endes soll der demokratische Prozeß durch eine andere Art ‚organischer Demokratie' wie zu Zeiten Salazars abgelöst werden (!)"*.

Auf einer – hauptsächlich für ausländische Journalisten einberufenen – Pressekonferenz ließ Soares die Katze aus dem Sack, wie er sich den „Sozialismus (?!) in Demokratie" vorstellt: Man müsse *„den privaten Sektor"* (der Wirtschaft) *„sehr genau definieren"* und ihn „**fördern**"; man müsse *„die Disziplinlosigkeit in der Arbeit"* und die *„wilden Besetzungen"* von Gutsherren-Land bekämpfen; man müsse *„Auslandsinvestitionen gegenüber aufgeschlossen"* sein (nach „O Século", 12.7.).

Ähnlich argumentierte die PPD (rechts-„liberal"), die kurz darauf gleichfalls aus der Regierung austrat, nachdem ein von ihr an das MFA gestellte „Ultimatum" abgelehnt worden war. In diesem „Ultimatum" wurde u.a. gefordert: „**Rigorose Anwendung**" des (noch aus den Zeiten Spinolas stammenden!!) reaktionären Pressegesetzes, d.h. keine Mitbestimmung der Arbeiter an den Zeitungen; *„Beteiligung der Parteien an den Rundfunk- und Fernsehprogrammen"* und allgemein *„Stärkung der Rolle der Parteien"*; Rückgängigmachung aller *„irregulären"* Besetzungen von Häusern, Großgrundbesitz etc.; *„genaue Abgrenzung des privaten Sektors"* der Wirtschaft – d.h. ebenso wie bei der PS Garantie für das Fortbestehen des Kapitalismus in Portugal (nach „Jornal do Comercio", 14.7.).

Nach dem Austritt von PS und PPD folgte die Auflösung der Provisorischen Regierung durch das MFA. Zur Stunde ist unklar, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Die Reaktion fordert den Rücktritt bzw. die Ablösung von Ministerpräsident Goncalves, den sie als Sympathisanten der PCP bezeichnen. Der Revolutionsrat hat diese Forderung sehr scharf zurückgewiesen und zugleich angedeutet, daß er weitere provokatorische Aufmärsche der Reaktion nicht dulden wolle.

Was die Ziele der sich um Soares sammelnden portugiesischen und internationalen Reaktion angeht, so dürfte ihr Ziel klar sein: Eine allmähliche und schrittweise Mobilisierung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Massen gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß sowie eine Spaltung des MFA als Vorbereitung der gewaltsamen Konterrevolution und gegebenenfalls des Bürgerkriegs.

Wenn die Reaktion gegenwärtig das Kräfteverhältnis noch so einschätzen muß, daß sie die äußerste Kraftprobe noch nicht wagen kann, so ist trotzdem diese Gefahr noch keineswegs endgültig abgewehrt. Die portugiesische und internationale Reaktion wird ihre Wühltätigkeit gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß zweifellos verstärken.

Am 20. Juli wurde uns von den Genossen des MES aus Portugal folgende Einschätzung übermittelt:

„Wir sind überzeugt, daß die Offensive der PS sehr breit angelegt und sehr stark ist.

Aber die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß die revolutionären Kräfte in der Lage sind, die Oberhand zu gewinnen.

Auch das MFA hat sich solide und stabil gezeigt und wir erwarten, daß das MFA in den nächsten Tagen entschlossene Maßnahmen ergreifen wird, insbesondere was die weitere Säuberung der Armee von reaktionären Offizieren betrifft.

wir können heute schon sagen, daß der Angriff der PS gescheitert ist.

Die Vorgänge in Portugal zeigen erneut, daß die Sozialdemokratie das gefährlichste Instrument der Imperialisten gegen die Arbeiter ist.

Fahrt weiter fort, den deutschen Arbeitern zu zeigen, wie das portugiesische Proletariat den Kampf führt und welches seine Feinde sind".

Portugal

Der Kampf der Arbeiter von „Radio Renascenca“

Radió Renacença, mit Sendeanlagen in Lissabon und Porto, ist eine Rundfunkstation im Besitz der katholischen Kirche. Deren Hierarchie zählte jahrzehntelang zu den Hauptstützen des faschistischen Regimes und auch nach dem 25. April 1974 unterstützte sie nach Kräften reaktionäre und faschistische Parteien und Organisationen, vor allem C.D.S. und P.P.D. Als Vehikel zur Verbreitung ihrer reaktionären Ideologie diente ihr – neben einer Unzahl von regional und lokal verbreiteten Bistumsblättern und Pfarreipostillen – vor allem Radió Renacença, dessen Sendungen im ganzen Land empfangen werden. Der Kampf der Arbeiter von Radió Renascença für eine Information im Dienste der Arbeiterklasse, der dazu geführt hat, daß den Bischöfen die Kontrolle über den Sender entrissen wurde, ist – wie der Kampf der Arbeiter der Tageszeitung „República“ – exemplarisch für die Auseinandersetzung in den Nachrichtenorganen.
Für die portugiesischen Arbeiter und Revolutionäre ist es eine zentrale politische Lehre aus den chilenischen Ereignissen, die Nachrichtenorgane – wie Zeitungen, Rundfunksender und Fernsehstationen – nicht in den Händen der Reaktion und Konterrevolution zu belassen.

Beginn der Auseinandersetzung: erster Streik im April 1974

Die Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und der Geschäftsführung des Senders begann bereits am 30. April 1974, als die klerikale Geschäftsführung eine Reportage über die Ankunft von Mário Soares und Alvaro Cunhal in Lissabon – beide waren gerade aus dem Exil zurückgekehrt – schlicht und einfach verbot. Daraufhin traten die Arbeiter sofort in den Streik und setzten das „saneamento“ (Entnazifizierung, Beseitigung von Reaktionären) einiger Angestellter, die eine innere Zensur im Sender aufrechterhalten wollten, und die Auswechslung der Geschäftsführung durch.

Kurz vor dem 28. September (den reaktionären Putschversuch Spinolas) suchte die katholische Kirche die vollständige ideologische Kontrolle über den Sender wiederzuerlangen, indem sie zwei der „sanierten“ Angestellten wieder einstellte und elf fortschrittliche Arbeiter entließ. Diese elf Arbeiter hatten sich geweigert, sich einem angeblichen „Eignungs-
indem sie zwei der „sanierten“ Angestellten wieder einstellte und elf fortschrittliche Arbeiter entließ. Diese elf Arbeiter hatten sich geweigert, sich einem angeblichen „Eignungs-
test“ zu unterwerfen. Wie sich herausstellte, sollte dieser „Eignungstest“ von einem Meinungsforschungsinstitut vorgenommen werden, dessen Besitzer Manuel Alegria ist (damals führendes P.P.D.-Mitglied; inzwischen aus der Partei ausgetreten, weil sie ihm zu links ist!). Der „Eignungstest“ sollte die politischen Auffassungen der Arbeiter aushorchen! Diese Entlassungen wurden von den Arbeitern jedoch nicht widerspruchslos hingenommen; obwohl die Kirche die Lohnzahlungen für die entlassenen Kollegen einstellte (sie wurden später von der Einheitsgewerkschaft „Intersindical“ übernommen), setzten diese gemeinsam mit den anderen Arbeitern ihre Arbeit fort und entlarvten zugleich Versuche der Kirche, Reportagen mit fortschrittlichen Inhalten – etwa über die „Kampagne zur kulturellen Dynamisierung“ des M.F.A. – zu sabotieren.

Die Forderung der Arbeiter nach Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen und Anerkennung der Arbeiterkommission wurde von der Kirche zunächst monatelang überhaupt nicht beantwortet. Erst als die Arbeiter im Februar 1975 einen erneuten Streik androhten, erklärte der Verwaltungsrat: „*Angesichts des besonderen Charakters von Rádio Renascença als katholischen Sender betrachtet die Kirche die Einstellung von Arbeitern als einen entscheidenden Punkt, der ausschließlich in ihr Ermessen fällt, und auf den sie nicht verzichtet.*“ Ein weiterer Punkt, über den weder verhandelt noch diskutiert werden könne, sei „ ... die Nichtverbreitung tendenziöser (?), aggressiver (? ?) und sogar die Würde von Personen und Institutionen beleidigender Nachrichten, Interviews, Kommentare und Erklärungen, wie sie seit dem 14. September in einseitiger Weise verbreitet wurden.“ (Diário de Noticias, 14.2.75)

Februar 1975: der zweite Streik

Angesichts dieser unnachgiebigen Haltung der Kirche traten die Arbeiter von Rádio Renascença am 19. Februar erneut in den Streik und übertrugen nur noch die Gottesdienste. Diesen Streik brachen die Arbeiter am 11. März ab, um den Sender unmittelbar zur Bekämpfung des reaktionären Putschversuchs einzusetzen.

Kennzeichnend für diese zweite Streikphase bei Rádio Renascença ist es jedoch, daß die Arbeiter vornehmlich im Sinne eines „Arbeitskonfliktes“ argumentierten und erst in zweiter Linie auf den politischen Inhalt ihres Kampfes verwiesen.

Dies Vorgehen ist sicherlich im Zusammenhang mit der Unterstützung ihres Kampfes durch die revisionistisch dominierte „Intersindical“ zu sehen (Lohnfortzahlung an die Entlassenen). So heißt es beispielsweise in einer Erklärung der Arbeiter von Anfang März: „*Es war niemals unser Ziel, der Kirche gegenüber eine feindliche Haltung einzunehmen. .. Wir bekräftigen nochmals, daß wir diesen Konflikt nicht als Auseinandersetzung ideologischer Natur betrachten. Da aber die Geschäftsführung darauf besteht, aus diesem Arbeitskonflikt eine ideologische Auseinandersetzung zu machen, erklären die Arbeiter von Rádio Renascença nochmals mit aller Bestimmtheit ihre Bereitschaft, der katholischen Kirche auf eine gemeinsam zu vereinbarende Weise die für erforderlich und legitim erachteten Garantien ideologischer Natur zu geben.*“ (O Século, 1.3.)

der katholischen Kirche auf eine gemeinsam zu vereinbarende Weise die für erforderlich und legitim erachteten Garantien ideologischer Natur zu geben.“ (O Século, 1.3.)

Demgegenüber argumentierte die reaktionäre Bischofskonferenz vorrangig auf politischer Ebene, sprach ganz offen von einem „*Problem doktrinären Charakters*‘ und hetzte: „*Rádio Renascença hat sich zu einem Nachrichtenorgan im Dienst von Doktrinen entwickelt, die der christlichen Lehre entgegengesetzt sind, und das wiederholt Angriffe gegen die Kirche selbst führt.*“ (Jornal do Comércio, 20.2.) Die Kirchenfürsten haben hier recht deutlich gemacht, daß die Sache der Arbeiterklasse eine „Doktrin“ ist, die offenbar mit der „Christlichen Lehre“ nicht vereinbar ist.

Die Besetzung des Senders

In der Folge versuchte die Kirche die 84 Arbeiter von Rádio Renascença zu spalten, womit sie auch teilweise Erfolg hatte: die Arbeiter des Senders Porto ließen sich von zugesagten Lohnerhöhungen und Gewinnbeteiligungen blenden und unterstützten seitdem die Bischöfe, indem sie die Ausstrahlung reaktionärer Programme über ihren Sender zuließen. Zugleich wurde deutlich, daß die Regierung nicht zur Unterstützung der Arbeiter von Radio Renascença bereit war; so erklärte Informationsminister Correia Jesuino bei einer Unterredung mit der Lissaboner Arbeiterkommisson, die Arbeiter hätten eben eine Niederlage erlitten, und daran sei nichts mehr zu ändern (O Século, 23.5.).

In dieser Situation beschlossen die Arbeiter des Senders Lissabon, ihren Kampf allein fortzusetzen, und besetzten am 27. Mai den Sender. Ein Versuch, durch technische Manipulation an den Sendeanlagen gleich am nächsten Tage das reaktionäre Programm aus Porto landesweit ausstrahlen zu lassen und den Sender Lissabon abzuschneiden, wurde vereitelt; seither werden die Sendungen der fortschrittlichen Arbeiter in Lissabon und im Industriedistrikt Setúbal empfangen, während das bischofshörige Programm den gesamten Norden des Landes berieselt. Weiter versuchte der klerikale Verwaltungsrat, die Arbeiter von Rádio Renascença von der Stromversorgung abzuschneiden, was die Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft CRGE jedoch verhinderten (O Século, 12.6.); und der Versuch, ihnen die Telefonverbindungen sperren zu lassen, wurde von den Kollegen der Telefongesellschaft TLP vereitelt (O Século, 13.6.).

Im Verlauf ihres Kampfes erreichten die Arbeiter von Rádio Renascença eine wesentliche qualitative Veränderung des Rundfunk-Programms, die „O Seculo“ (17.6.) folgendermaßen schildert: „*Bei gewissen Ereignissen bildet der Sender eine Avantgarde, wie bei dem Interview mit Otelo Saraiva de Carvalho, der ständigen Verbreitung von Nachrichten und Erklärungen über die „Revolutionären Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte“ und beim Interview mit den Arbeitern von ‚República‘, als ihnen der Schlüssel zum Verlagsgebäude ausgehändigt wurde. Parallel dazu übertragen die Arbeiter häufig Telefongespräche und Erklärungen, in denen ihnen Unterstützung bekundet wird. Schließlich berichtet Rádio Renascença über Angelegenheiten, die mit den Arbeiterkommissionen, den Bewohnerkommissionen usw. im Zusammenhang stehen, und macht kostenlose Werbung für Genossenschaften oder Dienstleistungsunternehmen, die von den Arbeitern kontrolliert werden, wie z.B. Massas Delicia, Proença und Portugália.*“

Zugleich verdeutlichten die Arbeiter von Rádio Renascença die Stoßrichtung und die Tragweite ihres Kampfes: „*Es gibt zwei parallel laufende Prozesse. Der eine begann im September mit der Entlassung der Arbeiter, und das ist objektiv ein Arbeitsproblem. Der andere Prozeß begann letzten Endes schon am 30. April 1974, und er ist, wenn nicht ideologischer, so doch zumindest politischer Natur.*“ („O Jornal“, 20.6.)

Die Demonstration vor dem Kardinalspalast

Die Demonstration vor dem Kardinalspalast

Ebenso wie bei der Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Repúblika“, war auch im Fall von Rádio Renascença der exemplarische Charakter des Kampfes hervorgetreten, vor allem auch die Bedeutung, die der Kampf um die Kontrolle über die Nachrichtenorgane in dieser Phase des revolutionär-demokratischen Prozesses erlangte. Die Arbeiter von Rádio Renascença erhielten die solidarische Unterstützung zahlreicher Arbeiter- und Bewohnerkommissionen, der Gruppe „Cristãos pelo Socialismo“ (Christen für den Sozialismus) und mehrerer Organisationen der revolutionären Linken.



Demonstration in Lissabon am 1. Mai 74

Für den 18. Juni hatten vier Gewerkschaften des Informationssektors, die dem M.E.S. nahestehende Gruppe „Cristãos pelo Socialismo“, die (gerade streikenden) Arbeiter der Telefongesellschaft TLP und die marxistisch-leninistische Organisation U.D.P. (União Democrática Popular) zu einer Demonstration mit anschliessender Kundgebung vor dem Kardinalpalast aufgerufen, um den Kampf der Arbeiter von Rádio Renascença zu unterstützen und gegen die reaktionäre Haltung der portugiesischen Bischöfe zu protestieren.

Am 18. vormittags verteilten dann Mitglieder von P.D.C., C.D.S. und P.P.D. anonyme Aufrufe zu einer Kundgebung „*Für ein Rádio Renascença im Dienste der Kirche und des Volkes*“, deren Teilnehmer sich eine Stunde vor der fortschrittlichen Kundgebung vor dem Kardinalspalast einfinden sollten. Die Teilnehmer an dieser Kundgebung – viele davon als bekannte Faschisten identifiziert, die solchen Parteien angehört hatten, die schon wegen ihrer Beteiligung am reaktionären Putschversuch vom 28. September 1974 verboten worden waren („Partido Liberal“ und „Partido do Progresso“) – wurden von den Arbeitern und Revolutionären umzingelt, die mit Parolen wie „*Rádio Renascença im Dienste der Arbeiterklasse*“ und „*Faschisten ins Campo Pequeno*“ für die Arbeiter von Rádio Renascença demonstrierten. Die Kleriker und Faschisten zogen sich schließlich in den Kardinalspalast zurück, den sie erst in den Morgenstunden des nächsten Tages unter Militärschutz wieder verließen.

Die Absicht der rekationären Kundgebung war es, vor dem Kardinalspalast und der BRD-Botschaft Zwischenfälle zu provozieren, die dank eines Riesenaufgebots von herbeizitierten bürgerlichen Journalisten ein gewaltiges Echo im Ausland finden sollten. Dabei konnten die Faschisten und Reaktionäre, wie üblich, auf ihren treuen Bundesgenossen, die sozialdemokratische P.S., zählen: noch während sich die beiden Demonstrationen vor dem Kardinalspalast gegenüberstanden, rief die P.S.
lich, auf ihren treuen Bundesgenossen, die sozialdemokratische P.S., zählen: noch während sich die beiden Demonstrationen vor dem Kardinalspalast gegenüberstanden, rief die P.S.
zu einer weiteren Demonstration zugunsten der Bischöfe auf, die allerdings recht schwächlich geriet.

Darüber hinaus gab die P.S.-Führung eine Erklärung ab, in der es heißt: „*Die Religionsfreiheit beschränkt sich nicht nur auf die Freiheit der Ausübung des Kultes. Sie umschließt notwendigerweise auch das Recht der Kirche, von den Nachrichtenorganen (Rundfunk, Presse usw.) Gebrauch zu machen. Die P.S. solidarisiert sich daher mit der katholischen Kirche und ihrer Position bezüglich Rádio Renascença. ... Die verantwortungslose antiklerikale Demagogie, die um diesen Fall herum betrieben wird, kann nur die Konterrevolution und den Faschismus begünstigen.*“ („O Século“, 19.6.)

Auf diese konterrevolutionäre Position erteilten ihr die Arbeiter von Rádio Renascença eine gebührende Antwort, indem sie in einer Erklärung feststellten: „*Vor einem Jahr haben wir einen Streik begonnen, weil Monsignore Sezinando Rosa* (vom Sekretariat der Bischofskonferenz, damals im Verwaltungsrat von Rádio Renascença) *u.a. die Verbreitung einer Reportage über die Ankunft von Herrn Soares in Lissabon verbot. Haben sich nun etwa die portugiesischen Bischöfe nach links entwickelt, oder Herr Soares nach rechts?*“ („O Século“, 26.6.)

Während sich die P.S. in diesem Konflikt wie gewöhnlich in die „heilige Allianz“ aller Faschisten und Reaktionäre eingliederte, trug die revisionistische P.C. einen „differenzierten Standpunkt“ vor; zum einen wies sie darauf hin, daß die Arbeiter von Rádio Renascença einen Kampf um „einige gerechtfertigte berufliche Forderungen“ führten, zum anderen leugnete die P.C.P. den politischen Charakter der Auseinandersetzung, nämlich den Kampf der Arbeiterklasse um die bürgerlichen Nachrichtenorgane. Schließlich hetzte die P.C.P. gegen die linke Solidaritäts-Demonstration: „*Die P.C.P. appelliert an alle am revolutionären Prozeß interessierten Kräfte, sich nicht durch Manöver irreführen zu lassen, die der Reaktion dienen, wie diejenigen, die sich jetzt vor dem Kardinalpalast abspielen.*“ („Voz do Povo“, 24.6.) In derselben Erklärung schert die P.C.P. die fortschrittliche und die reaktionäre Demonstration über einen Kamm: „*Wer solche Demonstrationen und Gegendemonstrationen orientiert, der ruft Spannungen hervor, die objektiv den Interessen der Reaktion dienen.*“ („O Século“, 20.6.) Die P.C.-Position – während des gesamten Kampfes um Rádio Renascença strikt eingehalten – bestand darin, die Auseinandersetzung auf einen „reinen Arbeitskonflikt“ zu beschränken und um jeden Preis einer Auseinandersetzung mit der reaktionären katholischen Hierarchie aus dem Wege zu gehen, was natürlich ein ständiges Zurückweichen bedeutete. Wie schon im Fall „Républica“ richteten sich auch hier die maßgeblichen Aktivitäten der P.C.P. auf „Dämpfung“ des Konfliktes, ohne den kämpfenden Arbeitern direkt entgegenzutreten.

Das M.F.A.: von der „Nichteinmischung“ zur Ankündigung der Verstaatlichung

Ähnlich wie im Falle „Républica“ hatte das M.F.A. lange Zeit versucht, die Auseinandersetzung um Rádio Renascença als „reinen Arbeitskonflikt“ hinzustellen und sich aus ihr herauszuhalten, um einen spektakulären Konflikt mit der katholischen Kirche zu vermeiden. Am 1. Juli beschloß schließlich die Provisorische Regierung, den Bischöfen den Sender zurückzugeben. Dieser arbeiterfeindliche Beschluß löste augenblicklich eine gewaltige Mobilisierung unter den Arbeitern und Organisationen der revolutionären Linken aus: noch am selben Abend fanden sich Tausende von Arbeitern der Werft Setenave, der Telefongesellschaft TLP und anderer Betriebe, sowie Militante vor allem der U.D.P. und des M.E.S. vor dem Gebäude des Senders ein, um die Arbeiter von Rádio Renascença solidarisch zu unterstützen und die Rückgabe des Senders an die Bischöfe zu verhindern.

Diese massive Mobilisierung hatte offensichtlich zur Folge, daß sich die COPCON-Truppen weigerten, den Beschluß der Regierung auszuführen und die Anlagen des Senders zu räumen. Zwei Tage später erklärte der Oberste Revolutionsrat: „*Nach einer Analyse der Krisensituation bei Rádio Renascença hat der Oberste Revolutionsrat beschlossen, augenblicklich eine Verwaltungskommission zu ernennen, die das Unternehmen bis zur Verstaatlichung aller Rundfunkfrequenzen und Sender leiten soll. Dabei wird die Nutzung des verstaatlichten Rundfunks durch die Kirche*
ernennen, die das Unternehmen bis zur Verstaatlichung aller Rundfunkfrequenzen und Sender leiten soll. Dabei wird die Nutzung des verstaatlichten Rundfunks durch die Kirche
und andere Meinungsströmungen nach einem Plan garantiert, dessen Ausarbeitung das Informationsministerium sofort in Angriff nehmen wird.“ („O Século“, 4.7.) Trotz der vagen Form der Erklärung und des in ihr enthaltenen Zugeständnisses an die Kirchenbosse stellt diese revidierte Regierungs-Entscheidung durch den Revolutionsrat – und vor allem auch die Art und Weise, in der sie zustandekam, nämlich als Aufhebung einer bereits veröffentlichten Regierungsanordnung – einen vorläufigen Sieg für die Arbeiter von Rádio Renascença dar. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß erst eine machtvolle Massenmobilisierung die fortschrittlichen Kräfte innerhalb des M.F.A. in die Lage versetzte, eine bereits gefällte Entscheidung der Regierung zugunsten der Arbeiter zu revidieren. Dies ist zugleich auch ein Schlag für die Revisionisten und die von ihnen gestellte Leitung der Einheitsgewerkschaft „Intersindical“. Diese hatte in einer „Unterstützungs“-adresse an die Arbeiter von Rádio Renascença unmittelbar nach der Bekanntgabe des reaktionären Regierungsbeschlusses diesen als „neu geschaffene Bedingung“ bereits aktzeptiert und die Arbeiter gewissermaßen darauf zu verpflichten versucht, sowie diese indirekt zum „Zurückweichen“ aufgefordert.

„*Die Arbeiterklasse weiß, daß alle revolutionären Prozesse nicht geradlinig verlaufen, sondern im Gegenteil von Voranschreiten und Zurückweichen gekennzeichnet sind. Bei einem Zurückweichen ist es wichtig, daß sich die Volksmassen nicht entmobilisieren lassen oder, schlimmer noch, Haltungen revolutionärer Verzweiflung einnehmen, die es zulassen, daß ihre Aktionen von der Reaktion benutzt werden, um geachtete Persönlichkeiten der Revolution anzugreifen und das M.F.A. zu spalten. ... Die Arbeiter von Rádio Renascença werden die Formen des Kampfes zu entwickeln wissen, die mit den nunmehr neu geschaffenen Bedingungen übereinstimmen.*“ („O Século“, 2.7.)

Nicht „Zurückweichen“ und Sichabfinden mit „in letzter Instanz“ getroffenen Regierungs-Entscheidungen haben die Arbeiter von Rádio Renascença ein bedeutendes Stück in ihrem Kampf vorangebracht, sondern das entschlossene Eintreten der Massen gegen eine Entscheidung, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse verstieß.

Fortsetzung folgt im nächsten AK

„Syndikats"-Wahlen in Spanien:
Haushoher Sieg der Arbeiterlinken

Bei den Wahlen der „Vertrauensleute" der spanischen faschistischen Gewerkschaft (Organización Sindical – OS) eroberten die Listen der Opposition trotz erheblicher und einschneidender Wahlbehinderungen eine Mehrheit von 75%! Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 80% gelang es, in allen Industriezentren und darüber hinaus, die Kandidaten der Faschisten auszuschalten. In einer Vielzahl von Unternehmen, insbesondere natürlich den kampferfahrensten, wurden die Syndikatsobleute von 1971 (letzter Wahlgang) vollständig weggefegt, in einigen Provinzen, wie Tarragona oder Vitoria erhielten sie „Rekórdanteile" von 15-20%.

In dem größten und zugleich einem der kampfstärksten Betriebe Spaniens, der Automobilfabrik SEAT gewann die Oppositionsliste fast alle Sitze; in einem der wichtigsten Propagandainstrumente der Faschisten, dem staatlichen Fernsehen, gewannen die Kandidaten der Arbeiter 47 von 50 „Vertrauensleute"posten („SZ", 5.7.75). Zum erstenmal ging im Franco-Staat die Basisorganisation der faschistischen Syndikate an die Opposition, d.h. an die Kandidaten der (illegalen) „Arbeiterkommissionen" und auch anderer oppositioneller Arbeiter über. Dies zeigt die für ein faschistisches Land einmalige Stärke einer unter schärfster Verfolgung arbeitenden Arbeiter-Massenorganisation, den Arbeiterkommissionen, von denen die Kampagne zu den Syndikatswahlen organisatorisch wie politisch getragen wurde.

Von den ebenfalls illegalen politischen Parteien und Organisationen hatten die revisionistische spanische KP (PCE) sowie die wichtigsten Gruppen der revolutionären Linken O.R.T., M.C.E. und die „Partei der Arbeit" (ehemals PCE(i)) die Parole der Beteiligung an den Wahlen ausgegeben und haben einen wesentlichen Beitrag zur politischen Ausrichtung und zum einheitlichen Vorgehen bei diesen Wahlen geleistet.

Lediglich die fast bedeutungslose Gewerkschaftsorganisation der spanischen Sozialdemokraten, die U.G.T., hatte unter scheinradikalen Parolen zum Boykott *„dieser Karikatur des Syndikalismus"* aufgerufen. Die „Süddeutsche Zeitung" dichtet der U.G.T. einen „Erfolg" im Baskenland an, wo die Wahlbeteiligung nur 59% betragen hatte. Das ist allerdings eine allzu durchsichtige Hilfsaktion zur Rettung der spanischen Sozialdemokraten. Im Baskenland herrscht bekanntlich zur Zeit der Ausnahmezustand, der jede oppositionelle Regung zunichte macht. Etliche Großbetriebe haben zudem ihre mehrtausendköpfigen Belegschaften ausgesperrt. ... In diesen Betrieben fanden gar keine Wahlen statt.

Die „Süddeutsche Zeitung" muß denn auch zugeben: *„Das Wahlergebnis zeigt den überraschend starken Einfluß der Kommunisten und der demokratischen Linken in den Betrieben. Es offenbarte die organisatorische Schwäche der mit Westdeutschlands Sozialdemokraten verbündeten Sozialisten"* („SZ", 5.7.75)

Allgemein wird das Wahlergebnis als ein erheblicher Einbruch in einen der größten Machtfaktoren des faschistischen Spanien betrachtet.

Nach den Wahlen der Vertrauensleute (enlaces) – den einzigen direkten Wahlen – werden von diesen jetzt die sogenannten Betriebsräte (jurados) gewählt und anschließend in einem weiteren Wahlgang von „Vertrauensleuten" und „Betriebsräten" gemeinsam die Zusammensetzung der leitenden Syndikatsgremien in den Provinzen und in Madrid bestimmt. Allerdings sind in diese „Wahlen" naturgemäß Mechanismen eingebaut, die eine „Eroberung des Apparats" von vornherein ausschließen. Darauf gehen wir noch ein.

Wahlbehinderungen und -einschränkungen des Staates und der Betriebsführungen waren umsonst

Um den vorhersehbaren Erfolg der Antifaschisten und der Linken in den Betrieben möglichst klein zu halten, waren Staat und Unternehmen kaum ein Mittel zu schade. Viele linke Kandidaten wurden wegen „Unpünktlichkeit" oder „Ungehorsam" rechtzeitig entlassen. Bei „Motor Ibérica" (Barcelona) wurde systematisch jeder Arbeiter, der sich zur Wahl stellen wollte, am nächsten Tag entlassen. Die größtenteils aus alten Funktionären der faschistischen „Bewegung" gebildeten Wahlkommissionen wiesen Kandidaten ab, die in politische Strafverfahren verwickelt waren (d.h. Kollegen, die früher z.B. mal beim Streiken „erwischt" worden waren). Das staatliche Tabakmonopol „Tabacalera" hatte den originellen Einfall, daß Männer nur Männer und Frauen nur Frauen wählen sollten, was jedoch wegen des starken Protestes der Kollegen offiziell zurückgewiesen werden mußte.

Manche Betriebe gaben Wähler- und Kandidatenlisten erst 48 Stunden vor der Abstimmung oder auch gar nicht bekannt. Auch das brachte nicht den gewünschten Erfolg, denn *„vor den Urnen fragte man einander, wer den kandidiere und kritzelte dann die Namen auf mitgebrachte Zettel"* („SZ", 5.7.75). Obwohl Propaganda und Versammlungen zur Vorbereitung der Wahlen in den Betrieben fast vollständig unterbunden wurden, klappten die Verbindungen unter den Arbeitern trotz alledem, wie das Wahlergebnis beweist. Fälle von Verboten von Versammlungen und Konferenzen zu den Syndikatswahlen wurden z.B. in Lérida, Mataró, Sevilla bekannt; auch zahlreiche Zeitungen, die sich in nicht ganz konformer Art mit diesem Thema beschäftigten, wurden eingezogen.

Doch die Behinderung der Wahlen von staatlicher Seite setzte schon viel früher und grundsätzlicher ein. Nach der statistischen Erhebung der Syndikate gehören 8 Mio. Arbeiter und Techniker zur Zwangsorganisation OS. Die Mehrheit von ihnen hat jedoch nach einer Aufrechnung der spanischen liberalen Wochenzeitung „Cambio 16" faktisch kein Wahlrecht:

„Erstens haben wir 2 Mio. Arbeiter, die in Betrieben mit weniger als sechs Arbeitern beschäftigt sind und die erst später – und unter schwierigen Bedingungen – an den Wahlen zu den Syndikatsorganen in den Provinzen teilnehmen können. Zweitens gibt es etwa 1 Mio. Arbeiter unter 18 Jahren. Drittens haben wir die Gelegenheitsarbeiter und die arbeitslosen Familienangehörigen ohne Arbeitsvertrag usw., die zwischen 2 1/2 und 3 Mio. schwanken. Insgesamt werden also 5 1/2 Mio. von allen 8 Mio. keine Vertrauensleute wählen". („Cambio 16", Nr. 181, 26. Mai - 1. Juni).

In dem „Offiziellen Staats-Bulletin" vom 13. Mai wurden zus ätzliche Richtlinien zu den Gewerkschaftswahlen bekanntgegeben, die im Verhältnis zu den Wahlen 1971 weitere Einschränkungen enthielten. So z.B. die Bestimmung, daß nur diejenigen kandidieren dürfen, die zwei Jahre dem Unternehmen angehören. So hoffte man, alle bekannten Arbeiterführer rechtzeitig entlassen zu können. Außerdem dürfen diejenigen nicht wiederkandidieren, die in der vorhergehenden Periode von ihrem Amt zurückgetreten waren (aus Protest gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen). Die Wahl der Betriebsräte darf nur indirekt, d.h. über die „Vertrauensleute" erfolgen.

Gegen all diese Beschränkungen hat es zahlreiche Proteste der spanischen Arbeiter gegeben. Eine größere Gruppe von Kandidaten der wichtigsten Metallbetriebe Barcelonas richtete ein Protestschreiben an die OS, in dem vor allem die zwei Jahre Betriebszugehörigkeit und die indirekte Wahl der Betriebsräte angeprangert wurden.

Die Arbeiter forderten eine eindeutige Stellungnahme der Metaller-Gewerkschaft UTT sowie das Recht auf unbehinderte Versammlungen dieser Branche, um über diese Dinge zu informieren.

Die Delegierten des ITT-Werkes in Madrid protestierten beim Gewerkschaftsminister ebenfalls gegen die 2-Jahres-Bestimmung und gegen die Figur des Unternehmesdelegierten innerhalb des Betriebsrätegremiums.

Etwa 700 Madrider Arbeiter aus dem technischen Bereich unterschrieben einen Brief an die OS, in dem sie die Beseitigung aller Bedingungen fordern und ihre Ersetzung *„durch die einzige Bedingung, von den Arbeitern gewählt worden zu sein"* („Cambio 16", Nr. 181).

In Vigo (Galizien) stellten 21 Betriebe gemeinsame Forderungen auf, an die sich die Kandidaten ihres Vertrauens halten sollten. Neben Lohnforderungen verlangten sie die 40-Stunden-Woche, die Abschaffung des Streikartikels im spanischen Arbeitsgesetz, das Recht auf Streik und Versammlungen ohne Einschränkung und Formalitäten, Schaffung von Arbeitsplätzen in Galizien, die Unabhängigkeit der Gewerkschaft vom Staat, Amnestie aller politischen Gefangenen und Wiedereinstellung aller Entlassenen („Cambio 16", Nr. 182).

Dies sind nur einige Beispiele der Reaktion der spanischen Arbeiterklasse auf die Beschneidung ihrer demokratischen Rechte. Offensiv und unbeugsam kämpfen die spanischen Arbeiter gegen die faschistische Unterdrückung. Ihre Forderungen gehen in allen wesentlichen Punkten über die „Rechte und Freiheiten" hinaus, die den Arbeitern in den sogenannten „demokratischen" Ländern Europas zugestanden werden.

Daß man sich einiges einfallen lassen muß, um die Syndikate funktionsfähig zu erhalten, darüber sind sich zumindest die „schlaueren" Politiker des Regimes im klaren. Sogar Syndikatsminister Fernandez Sordo sprach im Zusammenhang mit den



Für Touristen eine Idylle – Slum vor Madrid

Wahlen von einer „neuen Ära des Syndikalismus", stellte sein eigenes Amt infrage (er hat praktisch unumschränkte Vollmachten und ist Hauptzielscheibe häufiger Proteste der Arbeiter).

Insbesondere geht es bei den folgenden Wahlgängen um Sein oder Nicht-Sein der mittleren Gewerkschafts-Bürokratie, der sogenannten „Mafia sindical". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" behauptet, daß sowohl der Gewerkschaftsminister als auch der „liberale" Delegierte der Provinz Barcelona, Socias Humbert, Interesse an einer Auswechslung der bei den Arbeitern enorm verhaßten gekauften mittleren Gewerkschaftsbosse haben. Die Neubesetzung dieser Posten wird natürlich an zahlreiche Kontrollen etc. gebunden sein, was eine „Unterwanderung" durch wirkliche Arbeitervertreter von vornherein ausschließt. Außerdem berichtet die „FAZ", die sich in den Gehirnwindungen der Imperialisten gewöhnlich gut auskennt: *„Wenn diese Machtzusammenballung (das Syndikat) nach einem Zusammenbruch des Franco-Regimes ungeteilt einer anderen parteipolitisch bestimmten Gewerkschaft zukommt und diese Gruppe vielleicht eindeutiger als die jetzigen Arbeiterkommissionen kommunistisch bestimmt ist, dann könnten in Spanien im Gewerkschaftsbereich portugiesische Verhältnisse (!!) entstehen. Die schlaueren unter den jetzigen Gewerkschaftsführern bemühen sich deshalb um eine pluralistischere Struktur der großen Organisation; denn sie wissen, wenn eine Gruppe alles gewinnt, dann werden das bestimmt nicht die Erben der fangalistischen Gewerkschaften sein."* („FAZ", 7.7.75).

Das faschistische Syndikat

Das spanische „Gesetz der Arbeit" von 1938, das vom Nationalrat der Falange erlassen wurde, legt fest, daß *„die staatliche nationale Gewerkschaftsorganisation auf den Grundsätzen von Einheit, Totalität und hierarchischer Autorität"* fußen soll, daß *„alle Faktoren des Wirtschaftslebens eingegliedert sein sollen in eine vertikale Gewerkschaftsgliederung entsprechend den Produktionszweigen oder Dienstleistungen ..."*. Dies heißt, daß Arbeiter und Kapitalisten in einer Organisation, deren Befehlstrukturen von oben festgesetzt werden, zusammen organisiert sind. Gleichzeitig wurden alle vorher bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, aus der Zeit der Republik verboten und aufgelöst.

„Die Leitung der Gewerkschaften (sollte) unbedingt in den Händen der militanten Mitglieder der spanischen Falange der Traditionalisten und der JONS liegen ..."

Im August 1947, nachdem im Baskenland der erste umfangreiche Streik gegen die Herrschaft der Faschisten stattgefunden hatte, wurde zur „Kanalisierung" der Opposition ein Erlaß verabschiedet, der das Aufstellen von sogenannten Betriebsräten (jurados de empresa) gestattete. Diese „jurados de empresa" waren Komitees, die in jedem Betrieb mit mehr als 50 Arbeitern (heute nur für Betriebe mit mehr als hundert Arbeitern!) gebildet werden konnten. Sie setzten sich aus Vertretern der Geschäftsleitungen (!), der Techniker und der Arbeiter zusammen. Sie sind *„gesetzliche Instrumente der Mitbestimmung"*. Sie dürfen *„in keinem Fall so handeln, daß sie die Macht des Direktors der Gesellschaft beschneiden, der dem Staat gegenüber verantwortlich ist für die Erfüllung seiner hohen Mission"* (zitiert nach Amnesty international, Spanien – Ein Bericht zur politischen Lage). Der Direktor eines Konzerns ist der Vorsitzende des jurado, er beruft die Versammlungen ein, entscheidet, wer das Recht hat zu sprechen, und beschließt, wann abgestimmt werden soll ...

Spanien ist seit 1956 wieder Mitglied der ILO (International Labour Organisation). Um Mitglied zu werden, wurden in der Gewerkschafts-Gesetzgebung ein paar Schönheitskorrekturen vorgenommen. Z.B. wurden die Beschränkungen für Bewerber niederer Gewerkschaftsposten geringfügig gelockert. Alle wirkliche Macht wird jedoch nach wie vor durch vom Staat eingesetzte Funktionäre ausgeübt. Die „convenios colectivos" (was bei uns die Tarifverträge sind) werden zwischen den Betriebsleitungen und den Spitzenvertretern des Syndikats ausgehandelt. Der Staat allein hat das Recht, Lohnerhöhungen zu kontrollieren, im Falle des Scheiterns der „Verhandlungen", trifft das Arbeitsministerium einen Zwangsentscheid. Ohnehin müssen alle ausgehandelten Verträge an das Arbeitsministerium zur Annahme weitergeleitet werden. Dieses kann einen Vertrag selbst dann ablehnen, wenn die „Verhandlungspartner" einig gewesen sind. Diese unumschränkte Vollmacht der staatlichen Behörden sollen jeden Druck der Arbeiter auf die Verhandlungen aufheben. Es gab durchaus Fälle, wo Firmenleitungen zu Zugeständnissen bereit waren, die vom Arbeitsministerium verboten wurden.

1971 wurde das Gewerkschaftsgesetz teilweise revidiert. Den Arbeitern wurde erlaubt, aus eigener Initiative zusammenzukommen, um Gewerkschaftsangelegenheiten zu diskutieren, während dies vorher nur auf Veranlassung eines Funktionärs geschehen konnte. Die Ausführungsbestimmungen nehmen jedoch das ganze Recht wieder zurück. Alle Arbeiter, die an einer solchen Versammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Namen vorher einreichen und nur diese dürfen dann teilnehmen. Ein Vertreter der „Sindicatos" muß anwesend sein und die Diskussion darf nicht auf den „Rechtsbereich der Verwaltungsorgane" übergreifen.

Der Präsident der „Sindicatos" wird weiterhin vom Staatsoberhaupt ernannt und ist Minister in der Regierung. *„Er ist Vorsitzender des Exekutivkomitees und des Gewerkschaftskongresses; er sorgt dafür, daß die zentrale Organisation und die Gewerkschaften, die sie bilden, in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung und den Grundprinzipien der offiziellen Gewerkschaftsorganisation handeln; er ernennt und entläßt Personen für die Stellen, die nicht durch Wahl besetzt werden können (?!), – mit anderen Worten, alle jene Funktionäre, die mit wirklicher Macht ausgestattet sind; er schlägt der Regierung Gewerkschaftsregeln vor; er hebt Gewerkschaften, Vereinigungen und andere Gewerkschaftsorgane auf, die sich gegen dieses Gesetz oder die Grundprinzipien der Nationalen Bewegung betätigen (Art. 45); er kann die Ausführung von Handlungen und Entscheidungen, die von Gewerkschaftsorganen und Körperschaften beschlossen worden sind, verhindern (Art. 46); ... er genehmigt die allgemeinen Bestimmungen über die Verwaltung von Gewerkschaftseigentum (Art. 61); er ernennt die Präsidenten der nationalen Gewerkschaften aus den von einer 3/4-Mehrheit des Allgemeinen Gewerkschaftsrates gewählten Personen. Wenn diese Mehrheit nicht erreicht wird, ernennt der Minister die ihm geeignet erscheinende Person (Art. 29). Er kann auch das Amt des Präsidenten der nationalen Gewerkschaften aufheben."* (Amnesty international, Spanien ...)

Zudem wurden 1971 die Höchststrafen für das Abhalten illegaler Gewerkschaftsversammlungen und die Organisation von Demonstrationen und Protesten gegen die Entlassung von aktiven Gewerkschaften auf das Vierfache heraufgesetzt! Die Zivilgouverneure wurden angewiesen, bei Entstehen eines „Arbeitskonflikts" die bewaffnete Polizei sofort einzusetzen, usw.

Die Streiks, Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei sind seit diesen Jahren trotzdem ständig angewachsen! ■

Spanien/Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Indien — weiter nach rechts



Naxaliten

Seit dem 26. Juni (also seit fast einem Monat) regieren die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi und die von ihr geführte Kongreß-Partei mit außerordentlichen diktatorischen Vollmachten.

Zusätzlich zu dem „Außnahmezustand gegen Bedrohungen von der am 3. Dezember 1973 (während des indisch — pakistanischen Krieges um „Bangla Desch") ausgerufen und bis heute nicht wieder aufgehoben wurde (SZ, 27.Juni), verhängt die Gandhi-Regierung jetzt den „Nationalen Notstand" und verschaffte sich damit praktisch **u n b e s c h r ä n k t e** Gewalt!

Die Erklärung des Ausnahmezustandes (State of Emergency) vor einem Monat und die seither auf Grund des Ausnahmezustandes verfügte Einschränkung demokratischer Rechte haben — formell betrachtet — die indische Verfassung nicht verletzt! In den Paragraphen 352 — 360 der indischen

betrachtet — die indische Verfassung nicht verletzt! In den Paragraphen 352 — 360 der indischen

Verfassung wird ausdrücklich die Möglichkeit des Ausnahmezustandes vorgesehen und darin werden der Zentralregierung umfassende Vollmachten zugestanden. Erst nach zwei Monaten muß die Regierung — verfassungsgemäß — den von ihr eigenmächtig verfügten Ausnahmezustand vom Parlament bestätigen lassen!

Der Staatspräsident Indiens, dem allein die Verhängung und Beendigung des Ausnahmezustandes obliegt, „*kann den Ausnahmezustand auch dann erklären, wenn die Sicherheit Indiens von außen oder von innen unmittelbar nicht bedroht ist, sich seiner Meinung nach (!) aber eine schwere Gefährdung ‚abzeichnet' (!!!)*" (NZZ, 3.Juli)

Die Verfassungsbestimmungen über den Ausnahmezustand geben der Zentralregierung die nun von der Regierung Indira Gandhis genutzte Möglichkeit, „*sich über die verfassungsgäßigen 'Eigenkompetenzen der Gliedstaaten' hinwegzusetzen*" und „*die Garantie der Freiheitsrechte und deren gerichtlichen Schutz für die Dauer des ‚emergency' aufzuheben*" (NZZ 3.Juli).

Massenverhaftungen und Organisationsverbote

Im Zusammenhang mit dem jetzigen Ausnahmezustand wurden bisher mehrere Tausend Menschen verhaftet — darunter nicht nur Führer und Mitglieder der rechten und rechtsradikalen Oppositionsparteien, sonder auch (und wahrscheinlich in erster Linie) Mitglieder der revolutionären Parteien und Organisationen. Schon bisher wurden in Indiens Gefängnissen einige zehntausend Revolutionäre festgehalten, meist unter dem Sammelbegriff „Naxaliten" (eine revolutionäre Bauernbewegung in Nordindien), die gegen die indische Großgrundbesitzerklasse und die Bourgeoisie gekämpft hatten.

Inzwischen wurde auch das Verbot von 26 Parteien und Organisationen ausgesprochen. Darunter rechtsradikale, militant „religiös"-reaktionäre wie Ananda Marg, RSS und die Jugendorganisation der faschistischen Jang Sang (Hindus) sowie Jamat-I-Islam (Moslim); auf der anderen Seite aber auch mehrere als „maoistisch" bezeichnete Organisationen. Offenbar aus taktischen Gründen wurden eine Reihe Parteien deren Führer zwar verhaftet wurden, bisher nicht verboten. So auf der Linken die „Kommunistische Partei (Marxisten)", die einen sowohl von der KPdSU wie auch von der KP Chinas unabhängigen Kurs steuern will. Die KPI (M) ist stärker als die an der KPdSU orientierte revisionistische KPI, die den Staatsstreich der Kongreß-Führung ausdrücklich billigte.

„Weitverzweigte Verschwörung"?

Als Grund für die außerordentlich scharfen Notstandsmaßnahmen (Verhaftungen ohne Angabe von Pressezensur usw.) wurde zunächst offiziell eine „weitverzweigte Verschwörung" (Indira Gandhi) angegeben.

Was damit konkret gemeint war, erläuterte Indira Gandhi etwas später: „*Die Oppositionsparteien hatten ein Programm von Streiks, Sitzstreiks Unruhen und Störaktionen im ganzen Land aufgestellt, um die Industriearbeiter (!!), die Polizei und die Streitkräfte aufzuwiegeln*". Dieses „Programm" habe am 29.Juni beginnen sollen (am 26. Juni wurde der „Nationale Notstand" erklärt). Dieser Plan wäre, laut Indira Ghandi,

Dieser Plan wäre, laut Indira Ghandi,



Brutal zerschlägt die Polizei eine Demonstation in Neu-Delhi

„*zu einer ernsten Gefahr für die öffentliche Ordnung geworden*" und hätte „*der Wirtschaft nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt*" (lt. „Neues Deutschland"v. 28.6.75). In dieser Begründung für die Diktatur-Maßnahmen drückt sich die Furcht der Kongreß-Führung vor dem Widerstand der Massen (Streiks etc). sehr deutlich aus.

Dieser Widerstand findet seine Ursache in der immer schlimmeren Lage des indischen Volkes. Angesichts dieser Situation muß die Wahlparole der Kongreß-Partei „Weg mit der Armut!" wie ein Hohn erscheinen, denn die Lage hat sich unter der Regierung von Frau Ghandi nur noch verschlimmert.

Selbst die revisionistische KP, die — abgesehen von der Kongreß-Partei selbst — praktisch als einzige Partei die Diktatur-Maßnahmen begrüßte — muß zugeben, „*daß der Zustand der indischen Wirtschaft sich seit ... 1971 bedeutend verschlechtert hat und sich weiterhin verschlechtert.*" Die Einkünfte von 40% der Bevölkerung lägen (nach den beschönigenden offiziellen Angaben) unter dem Existenzminimum, 30 Mio. Menschen seien ohne Arbeit. Die Preise hätten sich seit 1971 nahezu verdoppelt (KPI, zit. nach „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Mai 1975)

Als Grund für diese Situation gibt Frau Ghandi an, daß nur die Opposition schuld sei, die die Reformvorstellungen der Kongreß-Partei vereitelt habe (obwohl die Kongreß-Partei eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament hat und in 19 der 21 indischen Bundesstaaten regiert!). Insbesondere die der Opposition angelasteten Massenkämpfe seien für das „wirtschaftliche Chaos" verantwortlich.

Demgegenüber muß selbst die revisionistische KPI eingestehen: „*Schuld daran ist der kapitalistische Weg, auf dem Indien von der regierenden Kongreßpartei geführt wird, wie auch der Einfluß der sich vertiefenden Krise des kapitalistischen Weltsystems*" (s.o.) Was dann freilich die KPI und den internationalen Revisionismus nicht hindert, den Diktatur-Maßnahmen von Frau Ghandi zuzujubeln!

Die Diktatur-Maßnahmen sollen der Entwicklung des indischen Kapitalismus dienen!

Indem sich die Diktatur-Maßnah-

Indem sich die Diktatur-Maßnah-

men **s o w o h l** gegen die reaktionäre und faschistische Rechte wie auch gegen die Linke richten (abgesehen von den programmatisch zwar wörtradikalen, aber in der Praxis total an die Politik der Kongreß-Partei angepaßten Revisionisten) demonstrierten sie sehr deutlich das Klasseninteresse der indischen Bourgeoisie und deren „Zweifronten-Kampf" einerseits gegen Großgrundbesitzer und andererseits gegen Arbeiter, Bauern und Landarbeiter.

Beispielsweise hat das vor einiger Zeit von der Regierung erlassene Gesetz über die BEgrenzung des Großgrundbesitzes den Widerstand der Großgrundbesitzer hervorgerufen, die massiv damit drohten, sich der rechtsradikalen Sammlungsbewegung um Narayan (zu Beginn der Notstandsmaßnahmen verhaftet, er ist die zentrale Figaur der rechten Opposition) anzuschließen und der Kongreß-Partei keine Unterstützung mehr zu geben.

Auf der anderen Seite ist klar, daß die Kongreß-Partei die Frage des Grundbesitzes lösen muß — nicht aus irgendwelchen fortschrittlichen Idealen heraus, sondern um einen Grund für die sich immer mehr ausweitenden Bauernrevolten zu beseitigen.

Frau Ghandi selbst erklärte: „*Der Ausnahmezustand gibt uns neue Möglichkeiten, mit unseren wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden*"(lt. „FAZ", 3.7.). Versucht wird, die ökonomische und politische Macht der Großgrundbesitzer einzuschränken und die Industrialisierung und kapitalistische Entwicklung Indiens voranzutreiben.

Großartig wurde die Parole der „Neuen Ordnung" verkündet, die es in Indien zu errichten gelte. Um aber nicht falsch verstanden zu werden, erklärte Frau Ghandi sogleich, ihre Regierung plane keineswegs Verstaatlichungen oder Formen von „Geschäftskontrolle" (siehe z.B „Times" v. 28.6.). Dagegen hat die revisionistische Partei -die „*Nationalisierung der ausländischen pharmazeutischen Betriebe, Ölgesellschaften und Banken*" sowie die „*Nationalisierung der einheimischen Zucker-, Textil-, Jute- und Automobilindustrie*" als Sofortmaßnahmen gefordert (lt. „Neues Deutschland". 28.6.), was aber anscheinend Frau Ghandi nicht sehr beeindruckt, und was umgekehrt auch die Billigung des Diktatur-Kurses der Kongreß-Partei durch die Revisionisten nicht beeinträchtigt hat.

Das Programm der „Neuen Ordnung" beinhaltet u.a.:

-Dem „*allgemeinen Nachlassen der Disziplin in Industriebetrieben, Bildungsstätten und Regierungsdienststellen*" soll entgegengetreten werden, das Volk soll „*auf den rechten Weg zurückgeführt werden*" („FAZ", 2.7.).

Indem chauvinistisches Gedankengut verbreitet wird (die Arbeiter sollten „*ihre glorreiche Haltung während der Kriege gegen China und wiederbeleben und „die gleiche Hingabe auch diesmal an den Tag legen*") wird der Versuch unternommen, „*die Arbeiter zu mobilisieren und den*



Prozeß des nationalen Aufbaus

Prozeß des nationalen Aufbaus zutreiben" (NZZ 1.7.).

Zur „*Verbesserung der Arbeitsmoral*" und „*Disziplin*" gehört z.B. daß die Beamten durch Verwarnungen etc. veranlaßt werden, pünktlich am Arbeitsplatz zu sein.

Die Arbeiter sollen „*Agitation, Streiks und Bummelaktionen*" unterlassen, denn es sei jetzt "*nicht die Zeit dazu*" (Frau Ghandi lt. „SZ" 7.7.). Die von der Kongreßpartei bzw. von den Revisionisten abhängigen Gewerkschaften haben dafür ihre Unterstützung schon zugesagt.

Andererseits wird dem Volk versprochen, „*die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu verbessern, die Preiskontrollen zu verbessern und härter gegen Schwarzmarkthändler vorzugehen*" (NZZ 1.7.).

Gegen Personen, die sich nicht an die gesetzliche Höchstgrenze des Landbesitzes halten, soll scharf vorgegangen werden.

Den Kapitalisten sollen Investitionszulagen gegeben werden.

Schließlich erklärt sich die Kongreß-Regierung auch für „*ernsthaft bemüht, daß Verhältnis zu Washington zu verbessern*" und US-Investitionen in s Land zu ziehen; US-Präsident Ford wurde von Frau Ghandi eingeladen, in diesem Jahr Indien zu besuchen.

Schon vor den Diktatur-Maßnahmen berichtete der frühere Botschafter der Schweiz in Indien über einen „bedeutenden Wandel des Regierungsstils wie wirtschaftspolitischer Vorstellungen" der Regierung.

Es gebe eine Abkehr von „*staatssozialistischen Thesen*" und „*populistischen Methoden*". Dafür würden die „*Arbeitsbedingungen der in- und ausländischen Privatindustrie*" verbessert; Löhne würden 'eingefroren', gegen Streiks würde vorgegangen, ohne die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen („Neue Züricher Zeitg. vom 21.22.6.75).

Der Inhalt des „Neuen Kurses" ist klar: Nicht Einschränkung des Kapitalismus (durch Verstaatlichungen), sondern dessen verstärkte Entwicklung; durch Investitionsanreize, Verbesserung der „Arbeitsdisziplin" u.a.); die Arbeiter sollen veranlaßt werden, mehr zu produzieren und weniger zu streiken; wenn nicht „freiwillig" (auf die chauvinistischen und demagogischen Apelle der Bourgeoisie und die Beschwörungen der Revisionisten hin), dann unter dem direkten Zwang der Diktaturmaßnahmen, der Polizeieinsätze gegen Streiks, der Massenverhaftungen. „Zur Belohnung" werden dem Volk einige Verbesserungen versprochen (Kontrolle der Lebensmittelpreise u.a.), die recht zweifelhaft sind, da sie seit Jahren zu den Versprechungen der Kongreßpartei gehören!

„Israel braucht Grenzen, die sich verteiden lassen"

Neues Interimsabkommen zwischen Israel und Ägypten

Nach verschiedenen Berichten soll zwischen Ägypten und Israel in Kürze ein neues Zwischenabkommen geschlossen werden. Es soll u.a. einen weiteren „Rückzug" Israel auf der Sinaihalbinsel vorsehen. Ein solches Abkommen würde einen weiteren Schritt des Vordringens der USA im Nahen Osten markieren. Dieser Plan richtet sich gegen die revolutionären Kräfte im arabischen Raum

Nach dem Rückzug aus Vietnam hatten die USA erklärt, daß sie sich in Zukunft verstärkt dem Nahen Osten zuwenden würden.

Dabei gibt es für die US-Imperialisten mehrere Hindernisse: den Antiimperialismus der arabischen Völker, den Kampf des palästinensischen Volkes und den Widerspruch zwischen Israel und den arabischen Staaten. Zu ihrer Überwindung und zur Herausarbeitung und Durchsetzung der gemeinsamen Interessen von US-Imperialismus, arabischer Bourgeoisie und israelischer Bourgeoisie sind wichtige Schritte bereits getan. Ein Erfolg des US-Imperialismus und damit ein schwerer Rückschlag für die revolutionären arabischen Kräfte droht. Es geht dabei dem US-Imperialismus nicht darum, die Widersprüche im arabischen Raum vollständig zu beseitigen, sondern dafür zu sorgen, daß er es ist, der davon profitiert. Israel würde dabei nach wie vor nicht zu kurz wegkommen.

Die Grundlage dieser Politik ist die verstärkte Ausrüstung der US-Statthalter Iran, Saudi-Arabien und Israel. Sie erhielten riesige Waffenmengen. In Iran und Saudi-Arabien wurde mit Hilfe der USA der Staatsapparat ausgebaut, Opposition beseitigt und die Expansion nach Außen in Gang gesetzt.

Der Weg zu den arabischen Märkten und Arbeitskräften führte dann über Ägypten und der Weg zu Ägypten über eine Stabilisierung auf Sinai. So schuf der Oktoberkrieg die Voraussetzung für eine Übereinkunft zwischen Ägypten und dem US-Imperialismus. Er gab Ägypten einen Sieg gegen Israel und die Möglichkeit zur Wiedereröffnung des Suezkanals.

Mit der sogenannten Ölkrise erhielten einerseits die arabischen Erdöllän der durch die erhöhten Ölpreise die nötigen Gelder zum Ausbau ihres Staatsapparates im Sinne der US-Imperialisten, andererseits wurde die Ölwirtschaft rigoros unter die Herrschaft der US-Monopole gebracht.

In der Folge kam eine Kombination zur Anwendung von Diplomatie (Kissinger-„Missionen"), wirtschaftlichem Druck (Ägypten und Israel sind gleichermaßen an US-Militär- und Wirtschafts-Hilfe interessiert), offenen militärischen Drohungen, Spaltungsversuchen (z.B. im palästinensischen Widerstand und zwischen arabischen Ländern) und konkrete Versuche zur Zerschlagung des Widerstandes in Libanon, Oman und anderen arabischen Ländern.

Ausgerechnet die israelische Presse beging die Indiskretion, den angeblichen Inhalt eines Drohbriefes von US-Präsident Ford an die israelische Regierung zu veröffentlichen. Die USA machten Israels unnachgiebige Haltung für das „Scheitern" verantwortlich. Angeblich waren bis dahin 2,5 Mrd. Dollar US-Hilfe zurückgehalten worden, um Israel unter Druck zu setzen und „Zugeständnisse" an die arabischen Länder Ägypten, Syrien, Jordanien zu erzwingen. So wurde der Eindruck geschaffen, daß die USA das Interesse der arabischen Staaten gegen den Widerstand Israels durchsetzen, daß die arabischen Staaten im Oktober gesiegt hätten und daß die Zionisten dem Druck der USA weichend ihre Position im Nahen Osten abbauen.

Ägypten drohte damit, daß eine Regelung nur bei „Wiederherstellung der Rechte der Palästinenser" und in Genf möglich sei. Das bedeutete die Drohung einer Einbeziehung der Sowjetunion in die Auseinandersetzung, ganz gegen das Ziel der Kissinger-Mission. Die Sowjetunion jubelte dann auch prompt, daß das Scheitern der Kissinger-Mission gezeigt habe, daß sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zu Ungunsten der krisengeschüttelten USA und Israel verändert habe. Sie seien jetzt gezwungen, die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zu unterstützen.

Israel bestand darauf, daß das Interimsabkommen eine Laufzeit von mindestens 3 Jahren haben müsse und streute gleichzeitig Meldungen aus, die darauf hinweisen, daß die Zeit für Israel arbeitete, da die Armee neu ausgerüstet werde und die Einwanderung weitergehe. In Wahrheit ist eher das Gegenteil der Fall und Israel ist an einer 3-jährigen Ruhepause sehr interessiert.

Währenddessen wurde die Bereinigung der Situation in Libanon in Angriff genommen. Die Spaltung im Widerstand wurde vorangetrieben und damit die politische Position des Widerstands geschwächt, ein Bürgerkrieg wurde in Gang gesetzt und Vernichtungsangriffe auf die Linken im Widerstand und in Libanon begannen.

In Wirklichkeit waren die Punkte eines Interimsabkommens zwischen Israel und Ägypten schon vor Monaten ausgetauscht und sondiert worden. Es ging nun darum mit einer Reihe von konkreten Schritten die Situation weiter zu verändern. In einer Folge von Gesprächen – Sadat und Ford in Salzburg am 3.6., Kissinger und Gromyko in Genf, Ford und Rabin in Washington, Ford und der syrische Außenminister in Washington am 21.6., Kissinger, Rabin und Genscher in Bonn – zeichnete sich die zukünftige Regelung und die vorher nötigen Schritte ab.

Zugleich wurde die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben und der Einfluß der USA in der Region verstärkt:

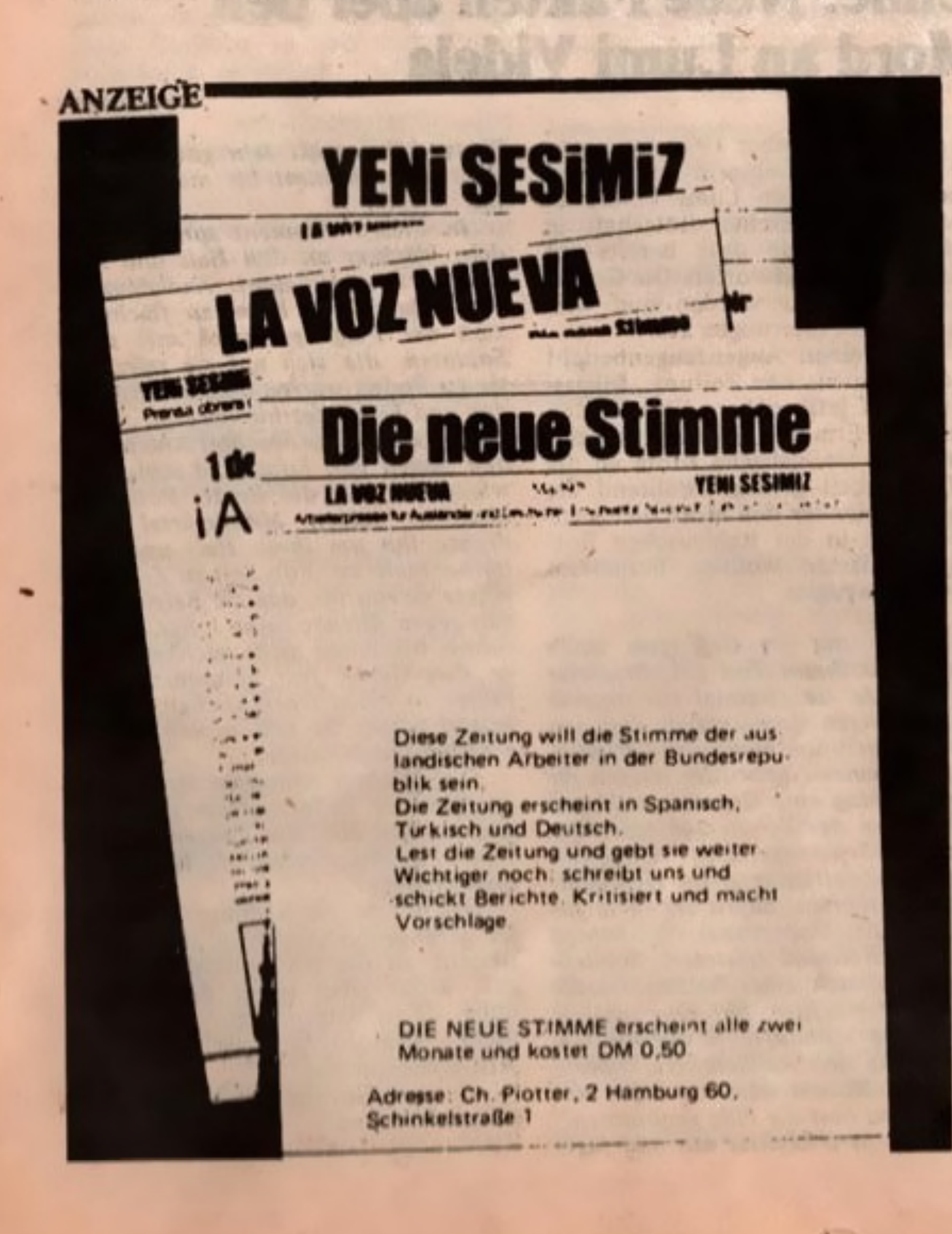
Israel wird 1975 dreimal soviel Hilfsgelder von den USA erhalten, wie im Vorjahr, wenn das Abkommen zustande kommt: 2,2 Mrd. Dollar, davon 1,5 Mrd. Militärgüter. Ägypten erhält Wirtschaftshilfe von den USA.

Dann konnte Sadat am 5.6. in Begleitung des iranischen Kronprinzen den Suezkanal wiedereröffnen, eine wichtige Einnahmequelle und nationales Symbol. Die langen und teuren Wiederaufbauarbeiten können nur auf einer US-Garantie basiert haben. Zur gleichen Zeit führte Israel eine rein symbolische freiwillige Truppenverdünnung auf Sinai durch.

In dem nun wahrscheinlich bevorstehenden Abkommen wird Ägypten die Ölfelder von Abu Rodeis und die „strategisch wichtigen" Pässe Mitla und Gidi auf der Sinai-Halbinsel wiedererhalten.

Syrien und Jordanien sollen in eine künftige Regelung einbezogen werden. Der syrische Staatspräsident Assad besuchte am 10. Juni Hussein in Amman und vermittelte offenbar für die PLO. Assad erklärte nach Radio Amman: Nicht eine Handbreit des 1967 (!) besetzten Bodens werden wir (!) aufgeben. Hussein erklärte sich bereit, der sogenannten Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) Stützpunkte in Jordanien einzuräumen (nach der Errichtung des Ministaats?) und kündigte eine Waffenhilfe von 350 Mio. Dollar aus den USA an, mit der moderne Waffen „zur Verteidigung des Landes gegen Israel" gekauft würden. Israels Verteidigungsminister Peres erklärte, es sei eines der Ziele Israels, im Westjordanland eine israelisch-jordanische Föderation zu schaffen. Weiter würden Gespräche mit Syrien über Golan angestrebt.

Der PLO-Sprecher Abu Ijad sprach sich in der Folge zugunsten der ägyptisch-syrisch-jordanischen Nahostpolitik aus und verdammte Libyen und Irak wegen ihrer Unterstützung der Ablehnungsfront. Die PLO betätigte sich dann in Libanon als „Friedensstifter". Sie verurteilte die Entführung des US-Offiziers Morgan, die offenbar von linken Gruppen gestartet worden war, um die Geheimverhandlungen zwischen der PLO und den USA zu stören. In Libanon Syrien, Ägypten und Kuwait wurden in einer koordinierten Aktion „kommunistische Saboteure" verhaftet. Ein Gericht der PLO verurteilte einen Palästinenser zum Tode, weil er gegen die „brüderlichen palästinensisch-libanesischen Beziehungen verstoßen" habe. Das Urteil wurde vollstreckt.





Für Ende Juli ist eine Konferenz von Syrien, Ägypten, Jordanien und der PLO vorgesehen. Die PLO sträubt sich bisher noch, sich mit Hussein an einen Tisch zu setzen. Das Dilemma ist: Es führt kein anderer Weg zum Ministaat, aber es könnte sich herausstellen, daß die PLO auch auf diesem Weg letztlich ausgeschaltet wird.

Im Libanon beschuldigte die PLO die Ablehnungsfront, an der Entführung des US-Offiziers beteiligt zu sein. Die Ablehnungsfront wies diese Beschuldigung zurück als *„Versuch, rechtsstehender palästinensischer Kräfte, die Stellung der revolutionären Kräfte zu schwächen"* („FAZ", 11.7.).

„Le Monde" vom 12.7. stellte fest, die drei Monate Bürgerkrieg in Libanon seien „der Auftakt" gewesen „für die Vernichtung der Extremisten, die ein Hindernis für eine Übereinkunft zwischen Hussein und Arafat darstellen". Auch die PDFLP, die bisher die PLO-Linie unterstützte, gerät damit zwischen die Stühle. Ein Sprecher der PDFLP stellte fest, daß die Angriffe Israels (z. B. am 13.7. auf das Lager Ain al Hilwah) gezielt auf Gegner des Abkommens Ägypten-Israel gerichtet seien, und droht mit Vergeltungsschlägen. Die Anerkennung Israels durch Sadat, die Ereignisse in Libanon und die Eröffnung des Suezkanals seien Teile einer Offensive gegen den palästinensischen Widerstand.

Im Hinblick auf die sich abzeichnende Lösung bezeichnete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass am 7. Juni die Verdünnung der israelischen Truppen am Kanal als „theatralische Kriegslist". Eine Lösung sei nur möglich auf der Basis der weltweit anerkannten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz. Die Sowjetunion, die bisher schon für 20 Mrd. DM Hilfe für die arabischen Länder geleistet hat und immer noch auf die sozialen Veränderungen hofft, die durch das „gewandelte Kräfteverhältnis" im arabischen Raum ausgelöst werden sollen, erklärte sich wohl oder übel bereit, die 9,6 Mrd. DM Schulden Ägyptens aus früheren Waffenlieferungen weiter zu stunden, Waffenlieferungen nach früheren Vereinbarungen fortzuführen und traf mit Außenminister Fahmi Vereinbarungen im wirtschaftlichen Bereich („Mena", 22.5.).

Die ständige Unterrichtung der BRD-Regierung und anderer europäischer Länder deutet darauf hin, daß die europäischen Länder an der neuen Eroberung des Nahen Osten durch die USA als Juniorpartner beteiligt werden sollen. Großbritannien empfing im Juni sowohl Fahmi wie Rabin. Fahmi erbat britische Waffenlieferungen und bot eine Erweiterung der Runde in Genf um Großbritannien an. Er rief die europäischen Staaten auf, bei der Lösung des Nahostkonflikts stärker mitzuarbeiten. Am 10. Juni tagte in Ägypten die erste Runde eines EG-Dialogs mit den arabischen Ländern über die Möglichkeit der Industrialisierung der arabischen Region mit europäischer Hilfe. ●

Nahost-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Zunehmende Kämpfe und Repression in Kolumbien

Mitte Juni verhängte der kolumbianische Präsident Lopez Michelsen über drei Provinzen des Landes den Ausnahmezustand, der inzwischen verlängert und auf das ganze Land ausgedehnt wurde. Streiks, Landbesetzungen, Kämpfe an den Universitäten, Guerillaaktionen, massive Einsätze von Polizei und Armee kennzeichnen die augenblickliche Situation in Kolumbien.

Allein in den letzten zwei Monaten wurden 14 Entführungen durchgeführt; acht der Entführten befinden sich immer noch in Händen der Genossen. („NZZ", 28.6.75).

Mit dem offensichtlichen Scheitern von Michelsens „Befriedungsstrategie", die dieser bei Regierungsantritt im April 74 noch lauthals verkündete, wurden Mitte Mai Gerüchte über einen Militärputsch laut; Gerüchte, die von der Regierung zwar dementiert und mit der Entlassung eines Generals und einiger Offiziere zunächst zum Schweigen gebracht wurden. Es handelte sich bei diesen entlassenen Militärs – laut „SZ" – um zwar antikommunistische aber reformfreudige Offiziere, die entlassen wurden, weil sie nach Ansicht der Regierung zu fortschrittliche Positionen vertraten („SZ", 21.6.)



Slums in Kolumbien: „Eine kühne, trotzige, stolze Tat"

Vor dem Hintergrund einer sich ständig verschlechternden Situation des Volkes (die Arbeitslosigkeit stieg auf 13 % - 18 % an, das Realeinkommen sank in den letzten zweieinhalb Jahren um 15 %, die Preise, insbesondere für lebensnotwendige Güter steigen rapide) fanden in den letzten Wochen zahlreiche Kämpfe statt, von denen nur ein kleiner Teil Eingang in die europäische bürgerliche Presse fand:

- Im Juni streikten die Zementarbeiter über sechs Wochen und legten so fast den gesamten Bausektor lahm.
- In Padilla führte die Bevölkerung eine Demonstration gegen einen von der Bürokratie eingesetzten Bürgermeister durch.
- In Puerta Tejada empörte sich die Bevölkerung gegen die Enteignung von Land, das den dort ansässigen Eingeborenenstämmen gehört.
- In verschiedenen Gebieten führen Bauern und Landarbeiter Landbesetzungen durch.
- In Tumaco gab es bei „Unruhen" durch das massive Eingreifen der Polizei einen Toten und 30 Verletzte.
- In Tunta protestierten Studenten gegen den Einsatz von Polizei in einer Autofabrik.

besetzungen durch.
- In Tumaco gab es bei „Unruhen" durch das massive Eingreifen der Polizei einen Toten und 30 Verletzte.
- In Tunta protestierten Studenten gegen den Einsatz von Polizei in einer Autofabrik.

- In Bogota streiken die 18 000 Studenten der Universität über 20 Tage, um gegen die Absetzung ihres Rektors zu protestieren.

Verschiedene andere Universitäten führen Solidaritätskundgebungen und Streiks durch. Vorausgegangen war die Besetzung eines Krankenhauses in Bogota durch Ärzte, Studenten und Professoren der Universität, um dieses Krankenhaus „in den Dienst des Volkes zu stellen" („SZ", 21.6.75).

Nach dreitägiger Besetzung wurde das Krankenhaus durch Polizei geräumt, der Rektor der Universität, der sich mit dieser Aktion solidarisiert hatte, wurde zum Rücktritt gezwungen. Außer den Studenten solidarisierten sich auch die Ärzte von Bogota, die sofort in einen unbefristeten Streik traten.

(Alle Angaben nach „Le Monde", 23.6., NZZ, 10.6.).

Außerdem wurden bewaffnete Aktionen der Guerillaorganisationen FARC und ELN bekannt, die Dörfer zeitweilig besetzten, Güter beschlagnahmten und erfolgreiche Schläge gegen die Armee führten.

Sicher ist jedoch, daß dem Militär derzeit wesentliche Aufgaben übertragen werden. In einer Fernsehansprache Ende Juni gab Michelsen bekannt, daß die *„Regierung in Zusammenarbeit mit den Streitkräften die Verteidigung des Landes und den Frieden in der Gesellschaft"* vorantreiben werde („NZZ", 28.6.75).

Außerdem sollen alle Personen, die „Verbrechen gegen den Staat begehen", künftig von Militärgerichten abgeurteilt werden. Möglicherweise wird hier eine Entwicklung eingeleitet, wie sie in Uruguay bereits durchgeführt wurde: schrittweise Übernahme der Macht durch das Militär, wobei zunächst die scheindemokratischen Institutionen beibehalten werden, um das Regime nach außen zu legitimieren und größeren Widerstand zu verhindern.

Auf jeden Fall ist eine verstärkte Repression in Kolumbien zu erwarten. Auch der ideologische Kampf wurde bereits vorbereitet: Die Regierung erklärte die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Studenten zum „subversiven Komplott", Ursache für die Unruhen sei die „Präsenz fremder Extremisten" („FR", 26.6.75).

Eine inzwischen sattsam bekannte Methode, um die ideologische Hetze gegen die Kämpfe des Volkes zu entfalten und mit brutalsten Mitteln dagegen vorzugehen. ●

Südamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



POTEN CIA
(Macht)

Weitere Kredite für Chile

Unmittelbar nach der maßgeblichen Zustimmung der USA, Frankreichs und der BRD zu den Umschuldungsverhandlungen mit der Pinochet-Regierung, bei denen es um eine Gesamtsumme von ca. 8 Mrd. DM ging, hat auch die Weltbank einem Darlehen in Höhe von 50 Mio. DM an das faschistische Chile zugestimmt! Da Chile durch die massive Unterstützung der imperialistischen Länder (die Umschuldungen wirken sich faktisch wie ein Kredit in entsprechender Höhe aus) insgesamt „kreditwürdiger" geworden sei, wurde das Geld – angeblich für „landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte" – locker gemacht. (Angaben nach „Neue Zürcher Zeitung" v. 10.5.75).

Um eventuellen Kritiken von vornherein vorzubeugen, wurde folgende Begründung für die Zahlung gleich mitgeliefert: Bei dieser Entscheidung hätte die Weltbank ausschließlich nach *„wirtschaftlichen Überlegungen"* gehandelt! Die „Neue Zürcher Zeitung" (10.5.75) berichtete, daß die Entscheidung der Weltbank gegen den Widerstand einiger Länder, vor allem der skandinavischen, zustande kam. *„...Die USA und in etwas verschleierter Form die Bundesrepublik erklärten, es sei nicht die Aufgabe der Weltbank, politische Werturteile zu fällen."* (Hervorhebungen durch uns, d.Red.) Man erinnere dagegen die Ablehnung jeglicher Kredite an Portugal durch die EG, die ebenfalls auf maßgebliches Betreiben der westdeutschen SPD/FDP-Regierung zustande kam.

Einerseits den Faschisten in Chile durch Milliardenspritzen Überlebenschancen einzuräumen, andererseits durch erpresserische Maßnahmen, Wirtschaftsboykott und Sabotage die sozialistische Entwicklung Portugals zu verhindern zu versuchen, damit trägt der Imperialismus und insbesondere seine westdeutsche SPD/FDP-Regierung dem Wunsch des faschistischen Wirtschaftskoordinationsministers Chiles, Raul Saez, Rechnung, daß *„Chile nicht zu einem zweiten Portugal"* werden dürfe.

Chile-Solidarität der SPD?

Da in der gesamten „gleichgeschalteten" westdeutschen Presse nicht eine Zeile (außer einer kleinen „FR"-Notiz am 7.6.) darüber berichtet wurde, daß die BRD mit der Zustimmung

teten" westdeutschen Presse nicht eine Zeile (außer einer kleinen „FR"-Notiz am 7.6.) darüber berichtet wurde, daß die BRD mit der Zustimmung

zu den Umschuldungsverhandlungen Chile faktisch einen Kredit von 1,73 Mrd. DM gewährt hat (diesbezüglich genaue Angaben mußten wir der Schweizer „Neue Zürcher Zeitung" entnehmen), kann seitens der SPD weiter versucht werden, sich als Junta-Gegner herauszustellen. So äußerte z.B. der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Entwicklungshilfe, Holtz, SPD, auf einer Pressekonferenz, daß man sich hinter die Charakterisierung Matthöfers stelle, daß die Junta eine „Mörderbande" sei.

Ebenfalls ein SPD-„Genosse", Ludwig Fellermaier, beantragte bei der EG-Kommission, daß diese ihr Büro in Santiago de Chile doch schließen solle, da dies sonst *„als Unterstützung des Regimes der Unterdrückung in Chile"* gewertet werden könnte („Süd. Zeitung", v. 27.6.75). Diese Aussagen verantwortlicher SPD-Spitzenpolitiker sind ein Hohn auf ihre tatsächlichen Taten.

Doch gelang es der SPD-Führung auf diese Weise, zahlreichen SPD-Mitgliedern und auch Linken außerhalb der SPD Sand in die Augen zu streuen. Dabei ist es zu einigen absurden Erscheinungen gekommen.

1. Ganz träumerisch-naiv appellierte z.B. am 18.6., also gerade wenige Tage nach der BRD-Umschuldungszustimmung, die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (AsF) Frankfurts an die Bonner Regierung, *„sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, daß das Regime in Chile von der übrigen Welt isoliert wird."* (Aus der Resolution, nach „FR", 19.6.75). Weiter heißt es dazu in der „FR": *„Die AsF teilt die Auffassung..., daß das Regime in Chile nicht mehr auf moralischen oder politischen Druck, sondern nur noch auf wirtschaftlichen Druck reagiere."*

2. Am 26.6. „solidarisierte" sich wieder einmal Hans Matthöfer, der als Bundesminister über die Chile-Politik der BRD bestens informiert ist scheinheilig *„mit dem Kampf der Chilenen gegen ihre Unterdrücker'* („FR" v. 27.6.), und zwar auf einer Chile-Solidaritätsveranstaltung des SPD-Ortsvereins Frankfurter Berg. Eingeladen waren auch Chile-Flüchtlinge aus Frankfurt. Dabei dankte ein Vertreter der Sozialistischen Partei Chiles den Frankfurter Sozialdemokraten für die „praktische Unterstützung (??) des chilenischen Kampfes gegen das Pinochet-Regime" („FR" v. 27.6.). Ganz absurd wurde es dann, als die antifaschistische Gesangsgruppe „Victor Jara" Matthöfer (und damit immerhin einem direkten Vertreter der BRD-Regierung) wegen *„seiner Verdienste um das chilenische Volk"* eine chilenische Fahne überreichten, die die Gruppe bislang immer bei ihren Auftritten mitgeführt hatte („FR" v. 27.6.).

Wir anerkennen die antifaschistische Haltung breiter Teile der SPD-Basis. Aber ihre Naivität und Blindheit hat kriminelle politische Folgen, wenn sie hilft, die tatsächliche Unterstützung für die Junta zu verschleiern und damit zu einem guten Teil erst ermöglicht... ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Ein Schnitt zu wenig...

Die „FR" berichtete am 14. Juli:

„In der ARD-Jugendsendung ‚Elfeinhalb', die gestern vom Hessischen Rundfunk kam, wurde zu Beginn als Schlußbeitrag die exilchilenische Gruppe ‚Quilapayun' angesagt. Der Liebhaber chilenischer Folklore wartete also auf das Ende der Sendung, um dann verblüfft festzustellen, daß der Auftritt der Chilenen ausblieb. Wo waren sie geblieben? Waren sie den Programmverantwortlichen nicht juntafreundlich genug? Die einzig logische Vermutung liegt nahe, daß die Folkloregruppe nachträglich aus dem fertigen Sendeband herausgeschnitten wurde, wobei der Mann mit der Schere vergessen hatte, daß sie anfangs angekündigt worden war. Ein Schnitt zu wenig also..."

Hunger ist Alltag in Chile



Dieses Bild zeigt Mütter in Chile, die in den Abfällen des Marktes nach etwas Eßbarem für ihre Kinder suchen. Die faschistische Junta hat der Masse der Chilenen nichts anderes zu bieten als Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, brutalste Unterdrückung und Folter.
So leben nach einer Erhebung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates 2,2 Millionen Chilenen in absoluter Armut, mindestens 700.000 Familien haben keine Arbeit und sind damit ohne jegliche finanzielle Unterstützung.

Dieses Bild zeigt Mütter in Chile, die in den Abfällen des Marktes nach etwas Eßbarem für ihre Kinder suchen. Die faschistische Junta hat der Masse der Chilenen nichts anderes zu bieten als Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, brutalste Unterdrückung und Folter.
So leben nach einer Erhebung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates 2,2 Millionen Chilenen in absoluter Armut, mindestens 700.000 Familien haben keine Arbeit und sind damit ohne jegliche finanzielle Unterstützung.

Die Inflation beträgt – nach offiziellen Angaben – im letzten Jahr 427,4% („FR" vom 13.6.75), für die notwendigsten Lebensmittel wie Brot usw. wird sie auf 1.000% geschätzt, womit Chile die höchste Inflationsrate der Welt hat.
Der Junta-General Pinochet „liebt" derartige Fakten und Bilder wenig, da sie seine großkotzigen Worte vom „wirtschaftlichen Aufschwung" in Chile Lügen strafen und Erinnerungen wach rufen, wo z.B. jedes Kind in Chile kostenlos pro Tag einen halben Liter Milch bekommen hat.

Chile: Neue Fakten über den Mord an Lumi Videla

Am 3. November 1974 fand man die Leiche der Lehrerin und führenden MIR-Genossin Lumi Videla im Hof der italienischen Botschaft in Chile. Sie wurde dort bereits tot über die Mauer geworfen. Die Genossin war erwürgt worden und wies Spuren von Folterungen auf.

Durch einen Augenzeugenbericht in der peruanischen Zeitung „Liberación" sind jetzt nähere Einzelheiten über die Ermordung Lumi Videlas durch die faschistische Junta an die Öffentlichkeit gelangt. Während die Pinochet-Henker den Mord den Asylsuchenden in der italienischen Botschaft anlasten wollten, berichtete die Augenzeugin:

„Lumi traf im Gefängnis einen Monat vor ihrem Tod ein. In dieser Zeit wurde sie zweimal vor unserer ohnmächtigen Anwesenheit von den betrunkenen Soldaten vergewaltigt ...

... In einer Nacht, der letzten für Lumi, schlug eine Genossin wild um sich wegen der Schmerzen einer Geburt. Die Schwangerschaft rührte von den Vergewaltigungen im Gefängnis her. Wir schrien, damit sie (gemeint ist das Aufsichtspersonal, AK) *kamen und ihr Beistand leisteten. Schließlich kam nach einer halben Stunde einer der Wächter. Mit sehr schlechter Laune schimpfte er auf die Genossin, die sich vor Schmerz krümmte: ‚Was? Warum warst du nicht vorsichtig und hast die Pille genommen?' Er brach in Gelächter aus und fügte hinzu: ‚Du weißt sehr gut, daß der Arzt nicht kommt bis morgen Mittag.'*

In diesem Moment sprang Lumi dem Wächter an den Hals und zerkratzte ihm die Haut. Nachdem es ihm gelang, vor Lumi zu flüchten, kam der Feigling zurück mit zwei Soldaten, die sich auf sie stürzten, sie zu Boden warfen und sie an Händen und Füßen festhielten ...

Der zerkratzte Wächter kniete auf den Bauch von Lumi und schlug sie wiederholt auf die Brust. Voll Wut löste er seinen Militärgürtel und drehte ihn um ihren Hals und zog immer mehr zu. Von Zeit zu Zeit verlangte er von ihr, daß sie Beleidigungen gegen Allende rufen sollte. Da sie seinen Wünschen nicht nachkam, zog er den Gürtel fest zusammen und führte so einen schrecklichen Todeskampf herbei. So ermordeten die Faschisten Lumi Videla ...

Die Wächter schleiften ihren Körper aus der Zelle und am nächsten Tag wurden alle, die Zeugen waren, separat in verschiedene Militärgefängnisse gebracht ..."

Der jungen, noch immer im Junta-KZ gefangenen Studentin, die diesen Bericht an die peruanische Zeitung gab, droht jetzt selber die Ermordung, da sie Augenzeugin der bestialischen Ermordung einer führenden MIR-Genossin war.

(Nach Chile-Nachrichten Nr. 28). ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Argentinien:

Generalstreik – Lopez Rega muß gehen

Seit zwei Jahren (Juni 73) gab es in Argentinien den sogenannten „Sozialpakt" (Abkommen zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmern, womit sich beide für zwei Jahre für einen totalen Lohn- und Preisstop verpflichteten). Der „Sozialpakt" war wohl ein Pakt, aber kein sozialer. Während die Preise ständig weiter stiegen, ein riesiger Schwarzmarkt entstand und für Spekulationen gehortet wurde, waren die Löhne wirklich eingefroren. Erhöhungen erfolgten nur nach sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen den argentinischen Arbeitern einerseits und den Kapitalisten, der Regierung und den peronistischen Gewerkschaftsspitzen andererseits. Als im Juni 75 die „Preisschleuse" offiziell geöffnet wurde, führte das zu „einer schrankenlosen Inflation, während die Löhne gleich geblieben sind ... Allein im Juni sind die Preise, und das nach offiziellen Zahlen, durchschnittlich um 35 % gestiegen." („Neue Züricher Zeitung" vom 7. Juli). Die argentinische Regierung strebt mit ihrem Wirtschaftsprogramm eine absolute Verelendung der argentinischen Arbeiterklasse an und eine forcierte Kapitalakkumulation der nationalen Bourgeoisie.

Die Arbeiter forderten sofortige Lohnerhöhungen und übten einen starken Druck auf die Gewerkschaftsbürokraten aus. Diese mußten Erhöhungen bis zu 135 % gegenüber Kapitalisten und Regierung vertreten. Isabel Peron und Lopez Rega aber gingen auf harten Konfrontationskurs. Isabel Peron kritisierte offen die Gewerkschaftsführungen und ließ über Fernsehen verkünden, daß nur Erhöhungen bis zu 50 % drin wären und alles andere einfach nicht gewährt werden könne. Jedermann war aber klar, daß „.... die von der Regierung nachher dekretierte allgemeine Lohnerhöhung von 50 % (...) bei weitem nicht aus(reicht), den bis dahin erlittenen Kaufkraftverlust auszugleichen, geschweige denn die in den kommenden Monaten noch zu erwartende Teuerung." („Neue Züricher Zeitung" vom 7. Juli)

Die argentinischen Arbeiter gingen auf die Straße. Eine Welle militanter Streiks, die den Führern der CGT (zentraler Gewerkschaftsverband) weder gelegen kam, noch von ihnen kontrolliert werden konnte, erfaßte
Streiks, die den Führern der CGT (zentraler Gewerkschaftsverband) weder gelegen kam, noch von ihnen kontrolliert werden konnte, erfaßte
nach und nach das ganze Land. Die „Frankfurter Rundschau" meldete in einem sicher etwas übertriebenen Bericht, der aber die Stimmung im Lande gut wiedergibt, „in den Industrievierteln der Hauptstadt traten der Polizei Tausende von bewaffneten Arbeitern entgegen ... In La Plata kam es zu einer heftigen Schießerei, als sich Ordnungstruppen anschickten, eine Gruppe von Demonstranten auseinanderzutreiben. Die Millionenstadt Cordoba ist seit vier Tagen vollständig paralysiert." („FR" vom 8.7.)

Die Gewerkschaftsführungen mußten angesichts der Kampfbereitschaft der Arbeiter zum erstenmal die „peronistische Solidarität" in gewisser Weise brechen, da sie sonst von der Arbeiterbewegung völlig überrollt worden wären.

Sie riefen zum – vorsichtshalber nur 2-tätigen – Generalstreiks auf und forderten den Rücktritt des mächtigsten und beim Volk verhaßtesten Ministers, Lopez Rega.

Der Generalstreik von fünf Millionen argentinischen Arbeitern demonstrierte deutlich die Entschlossenheit der argentinischen Arbeiterklasse, sich von den Erben Perons nicht „im Namen des Volkes" den Kapitalisten opfern zu lassen. Lopez Rega, Hauptzielscheibe der Angriffe, nahm erstmal seinen Hut und trat zurück. Mit Lopez Rega verschwanden auch – wenigstens momentan – die Versuche, die Arbeiterbewegung mit faschistischem Terror zu bremsen. Aber die CGT-Führung hat wieder einmal die Arbeiter hintergangen. Die Erhöhungen sollen erst am 1. Oktober bzw. 1. Januar in Kraft treten. Darüber hinaus soll jeder Arbeiter einen Tag gratis pro Monat arbeiten, „um die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen".

Der Generalstreik als Machtdemonstration der Arbeiter, der Rücktritt von AAA-Lopez Rega, die Ohrfeige an „Isabelita", sind ein Teilsieg der argentinischen Arbeiterklasse und haben die Regierung erst einmal zu einem taktischen Rückzug veranlaßt.



Demonstration der Bankangestellten in Buenos Aires. Im ganzen Land kämpfen die argentinischen Arbeiter gegen das landwirtschaftliche Ausplünderungsprogramm der Regierung Isabel Peron.

Demonstration der Bankangestellten in Buenos Aires. Im ganzen Land kämpfen die argentinischen Arbeiter gegen das landwirtschaftliche Ausplünderungsprogramm der Regierung Isabel Peron.

Der Krieg fängt an

In den letzten Wochen waren die bürgerlichen Zeitungen Westeuropas voll von Meldungen aus Argentinien: „Lage in Argentinien weiter verschärft", „Hochspannung in Buenos Aires", „Isabel Peron mahnt die Arbeiter", „Generalstreik in Argentinien", „Bankrott des Peronismus", „Argentinien vor einer Militärdiktatur?". Das, was die bürgerliche Presse wiedergab, war ohne Zweifel der bisherige Höhepunkt des Kampfes der Arbeiter in Argentinien seit dem „Cordobazo" (gewaltsamer Aufstand von Arbeitern und Studenten im März 1969 in der Stadt Cordoba).

Argentinien wird schon seit Jahren von einem erbitterten Kampf erschüttert. Die Repression hat Ausmaße erreicht, die nur mit denen in Chile vergleichbar sind (vgl. den Artikel „Repression in Argentinien" in: DIE INTERNATIONALE, Nr. 13, Mai 1975). „Argentinien ist ein Land im Krieg", „Mehr Tote als in Nordirland", meldete der Reporter Travaglini am 6. Juli in der ARD. Die von dem ehemaligen Wohlfahrtsminister Lopez Rega geschaffenen und finanzierten paramilitärischen Banden, wie die berühmt-berüchtigte AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens), hatten versucht, die Arbeiterbewegung mit nacktem Terror zu bremsen. Dieser Versuch aber mißlang. Die Arbeiter ließen keine Ruhe. Durch einen zweimonatigen Streik in Villa Constitución, Zentrum der Stahlindustrie Argentiniens, wurde die Automobilindustrie, Rückgrat der argentinischen Industrie, gefährlich getroffen. Der Streik in Villa Constitución entwickelte sich zu einem Streik ganzer Dörfer und aller Fabriken in der Region (siehe ARBEITERKAMPF, Nr. 61). Formen der lokalen Volksmacht (poder local) wurden entwickelt.

Darüber hinaus gab und gibt es zentrale Auseinandersetzungen in Cordoba und in der Provinz Jujuy. Vor allem aber in der Provinz Tucumán ist der Volkskrieg offen ausgebrochen. Schon seit einem Jahr kämpft eine Kompanie der E.R.P. (Revolutionäre Volksarmee) gegen das Militär. Nach jahrelanget politischer Arbeit in der Provinz fing Mitte vorigen Jahres der organisierte bewaffnete Kampf an. 5.000 Soldaten kämpfen heute gegen eine Organisation, die so tief im Volk verwurzelt ist, daß es die Militärs nicht schaffen, eine einzige Erfolgsmeldung zu machen. Im Gegenteil. Der bewaffnete Kampf entwickelt sich immer stärker. Das geht soweit, daß die ARD (– was nicht ganz stimmt –) am 6. Juli meldete, Tucumán sei schon „befreite Zone".

Die E.R.P. („eine der größten Befreiungsbewegungen der Welt" laut ARD) und ihre politische und militärische Führung, die marxistisch-leninistische „Revolutionäre Partei der Arbeiter" (P.R.T.) scheinen unzerstörbar zu sein aufgrund ihrer Kombination zwischen politischer Massenarbeit und bewaffneten Aktionen.

Aber nicht nur die E.R.P./P.R.T. unternehmen heute bewaffnete Aktionen, auch die revolutionäre peronistische Organisation der „Montoneros" führt immer größere Aktionen gegen Polizei und Militär durch.

Differenzen zwischen Militär und Regierung

Ohne Zweifel bestanden und bestehen noch heute starke Differenzen in bezug auf die Bekämpfung der „Subversion" zwischen Militär und Regierung. Während Lopez Rega – Isabel – AAA dafür wären, die totale Konfrontation zu suchen, nackten Terror zu instaurieren, „Alle töten, damit Argentinien weiterleben kann", ist nach Ansicht des Militärs dieser Moment noch nicht gekommen. Sie meinen zu Recht, daß sie dafür noch nicht vorbereitet sind.

Innerhalb des Militärs gibt es mehrere Fraktionen; die faschistische, pinochetistische Fraktion ist nach Einschätzung der ERP-Genossen noch in der absoluten Minderheit. Darüber hinaus ist das argentinische Militär mit einem Volkskrieg konfrontiert. Die E.R.P. hat den Militärs überaus harte Schläge versetzt. Nicht nur den Krieg in Tucumán. Der E.R.P. überfiel die wichtigsten Garnisonen des Heeres und raubte sie aus, so das Panzerregiment in Azul oder die Kaserne in Villa Maria, Córdoba. Es heißt, daß die Kampfmoral der Armee ziemlich zerrüttet ist.

Insofern wissen die Streitkräfte ganz genau, daß sie noch nicht in der Lage sind, die totale Konfrontation mit der Arbeiterklasse und dem Volk zu wagen. Eine Militärdiktatur ist <u>heute</u> in Argentinien <u>noch nicht</u> drin. Die Einstellung des Militärs wird deutlich am Rücktritt des Oberbefehlshabers der Armee, Generalleutnant Leandro Anaya, der – wie in der „FR" vom 15.5. zu lesen war – von der Regierung „in der Nordwestprovinz Tucumán, wo im Februar das Heer zur Bekämpfung der Guerrilla eingesetzt wurde, eine stärkere Unterstützung der militärischen Aktionen durch sozialpolitische Maßnahmen der Regierung" forderte. „Außerdem soll er sich kategorisch geweigert haben, das Heer in Villa Constitución (Provinz Santa Fe) einzusetzen, wo seit dem 20. März über 5.000 Metallarbeiter streiken" („FR", 15.5.).

Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß die Armee der Radikalisierung der Arbeiter tatenlos zusehen wird. Wir müssen im Gegenteil davon ausgehen, daß das Militär in den nächsten Monaten alles daran setzen wird, sich für die totale Konfrontation vorzubereiten, um dann die Macht vollständig zu übernehmen.

Von nun an ist die internationale Solidarität sowohl mit den von der Repression getroffenen Arbeitern und Organisationen wie auch mit den revolutionären Organisationen und Parteien des argentinischen Proletariats notwendiger als je zuvor.

Der Volkskrieg hat begonnen. Wir müssen den Tausenden und Abertausenden kampfbereiten Arbeitern in Argentinien deutlich zeigen, daß ihr Kampf auch unser Kampf ist! ●

AELA Hamburg

150 Jahre deutsche Einwanderung – Strauß in Brasilien

Im „Gasthof zum Landgraben" in Lübeck fand ein Treffen zwischen ehemaligen Bewohnern Lottins (Kreis Neustettin) und ihrer Lübecker „Patengemeinde" Stockelsdorf statt. Übereinstimmend wurde festgestellt: „Pommern ist noch lebendig". Auf welche Weise lebendig, hatte vorher Klaus Granzow (Schriftsteller, Journalist und Hörspielautor für den Schulfunk) in seinem Vortrag über „die Pommern in Brasilien" gezeigt: In Brasilien lebten heute etwa eine viertel Million Menschen, die sich noch „gewohnheitsmäßig" in pommerschem Platt unterhielten.

Diese Deutsch-Brasilianer gehören übrigens zur herrschenden Schicht in Brasilien und kontrollieren große Teile der Plantagen- und Viehzuchtmärkte. So ist auch der gegenwärtige Präsident Brasiliens, Erneste Geisel, evangelisch-deutschstämmiger Herkunft. Kürzlich wurde in Brasilien ein Staatsfeiertag veranstaltet unter dem Motto „150 Jahre deutsche Einwanderung'. **Bezeichnenderweise war auch F. J. Strauß anwesend, der vom Balkon eines blauweißen (Bayernfarben!) Gebäudes eine Rede hielt.**

Wen wundert es, neben so vielen Zeichen deutschen Einflusses und deutscher Präsenz, daß das faschistische Brasilien zu den bevorzugten Ländern Lateinamerikas gehört, wenn es um ausländische Investitionen der BRD-Kapitalisten geht (z.B. 10.000 neue VW Arbeitsplätze in Brasilien) Auffällig in dem Zusammenhang ist auch, daß die BRD-Kapitalisten statt der US-Kapitalisten den Zuschlag für das Milliardengeschäft mit den Atomreaktoren bekamen. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Lübeck

Israel bildet

Israel bildet „Antiguerilla-Truppen" Südafrikas aus

Nach einer Meldung der englischen Zeitung „Guardian" gibt es eine breite Zusammenarbeit Israels mit dem Faschistensystem in Südafrika (RSA):
– *„.... Offiziere aus Israel besuchen Südafrika regelmäßig, um Vorträge über moderne Kriegsführung und Anti-Guerilla-Taktik zu halten".*

Außerdem liefert Israel ständig *„leichte Geschütze, schwere Mörser sowie Handfeuerwaffen nach Südafrika. Die südafrikanische Marine will ihre Fregatten mit israelischen See-See-Raketen vom Typ ,gabbriel' modernisieren"* („Spiegel", 23.9.74).

Neben dem militärischen Bereich wird auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter forciert:
– Die RSA ist an einem Eisenbahnbauprojekt in Israel beteiligt.
– Israel entwickelt in der RSA eine Salzwasseraufbereitungs-Anlage (nach „Guardian").

Auch auf dem kulturellen Sektor ist man nicht untätig:
– *„Die RSA hat einer israelischen Universität eine Sammlung alter Bücher über Afrika angeboten, unter der Bedingung, daß diese Universität einen Lehrstuhl für afrikanische Geschichte einrichtet"* („Guardian", 9. 7. 75). ●

Afrika-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Chilenische Junta verweigert UNO-Menschenrechtskommission die Einreise

Im letzten AK berichteten wir über die „speziellen Vorbereitungen", der chilenischen Junta anläßlich der bevorstehenden Informationsreise der UNO-Menschenrechtskommission, die für Ende Juni angesagt war. Die Kommission wollte sich über die Zustände in chilenischen Gefängnissen informieren.

Da die Junta in einem möglichst günstigen Licht erscheinen wollte, ließ sie alle im KZ „Tres Alamos" eingekerkerten Frauen in ein Haus mit swimming pool und freundlichen Zimmern in die Nähe von Santiago umquartieren. Dort sollten sie noch schnell einer Intensivbehandlung unterzogen werden, damit der Menschenrechtskommission bloß keine Zweifel an der Behandlung von Gefangenen kommen könnten!

Aber es kam anders. Pinochet persönlich widerrief die frühere Genehmigung des chilenischen Außenministeriums, mit der Begründung, daß der „internationale Marxismus" in Chile eine Schlacht verloren habe und deshalb zu Lügen Zuflucht nehme. Pinochet wörtlich:

„Ich frage: Wie viele Menschenrechtskommissionen sind nach Kuba, in die Sowjetunion und jetzt nach Vietnam gegangen? Oder nach Laos und Kambodscha? Oder zu anderen Plätzen, an denen die schrecklichsten Verbrechen begangen werden? Ich bin es meinem Land schuldig, mitzuteilen, daß ich eine außergewöhnliche Entscheidung angeordnet habe, daß die Menschenrechtskommission nicht kommen darf." („Welt" vom 7.7.75)

Anscheinend ist es trotz bester Pflege nicht gelungen, die Foltermale zum Verschwinden zu bringen! ●

Eine westberliner Genossin

England:

Faschisten drängen vor!

Bereits im Herbst 1974 waren die neofaschistischen Privatarmeen des Oberst Stirling und des General Walker, früherer Nato-Kommandant für Nordeuropa, aufgedeckt worden. Die „patriotischen" Ziele ihrer Anstrengungen waren erklärtermaßen gegen Streiks gerichtet und sollten eingreifen, „wenn es Chaos im Land gibt" (siehe AK 49).

Ein entscheidender Vorstoß erfolgte im Juni '75: Ein gewisser Ross Mc. Whriter veröffentlichte im Namen einer Gruppe von „Wirtschaftlern und Geschäftsleuten, Bankiers, Juristen und Betriebswirtschaftlern, Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens", die natürlich ungenannt blieben, in zwei großen Zeitungen Anzeigen, die offen zum Kampf gegen die Gewerkschaften aufriefen! Behauptet wurde: *„Die Gewerkschaften beherrschen praktisch das ganze Land. Sie beherrschen die Industrie und die Regierung und können beide lahmlegen, wann immer sie wollen"*. Dagegen wird gefordert, daß *„w i r, das Volk, selbst etwas tun"*. Dies richtete sich vor allem gegen den angekündigten Eisenbahnerstreik. Zugleich behauptete Mc. Whritet, seine Leute seien in der Lage, jeden Zeitungsstreik zu unterlaufen, da sie über eine komplette Druckerei mit Druckern verfügten, womit eine Zeitung mit Dreimillionen - Auflage gedruckt werden könnte („Guardian", 19. 9.75).

Offen bleibt, wer solche Aktionen politisch und finanziell unterstützt. Mc Whriter wollte ursprünglich entsprechende Anzeigen in allen Tageszeitungen Großbritanniens unterbringen (was die meisten ablehnten, weil Reaktionen der Gewerkschaften zu erwarten waren). Er behauptet, in den letzten Monaten 550.000 DM an Spenden erhalten zu haben. Weiter sei *„eine Zusammenarbeit mit anderen ähnlichen Gruppen möglich. Er erwähnte die Privatarmeen und die National Association of Ratepayers Aktion Groups"* („Observer", 22.6. 75). Hinter letzteren, den sogenannten Steuerzahler-Vereinigungen stecken vielfach die Faschisten der „Nationalen Front". Mit dem Hinweis auf Privatarmeen sind nicht nur Walker, Stirling usw. gemeint.

Im Juni '75 z.B. veranstaltete auch eine private „Sicherheitsfirma" eine Konferenz extra und ausschließlich für Wirtschaftsbosse. Auf dem Programm standen „Terroristen"-Bekämpfung, Werkschutz, Waffenherstellung und ideologische Aufrüstung. Neben (ehemaligen?) Armeeangehörigen trat besonders Lord Chalfont auf, früher Anti-Guerilla-Kommandant in Zypern, Malaya, Palästine und Kenia. Er führte u.a. aus, *„ein Land sei am verwundbarsten, wenn es in seiner Wirtschaftskrise stecke"*. Sein Vorschlag: *„Eine internationale, von der Regierung finanzierte Organisation, die Informationen über Terroristen geheimdienstlich sammelt und für Aktionen bereit ist"* („Guardian", 20.6.75).

Die veranstaltende Gesellschaft „Britguard" besteht in ihrer Spitze zum größten Teil, im Gesamtpersonal zu 80 % aus ehemaligen Armeeangehörigen.

Ein anderer ehemaliger Soldat, Korporal Paul Daniels, leitet, wie ebenfalls im Juni bekannt wurde, eine „Britische Freiwilligen-Armee" (British Military Volunteer Force, BMVF) in London. Sie soll bereits im Kongo und im Jemen eingesetzt gewesen sein. 1965 hat sie 700 Mann für den Kampf in Vietnam angeboten. *„Wir sind die einzige Organisation, die sich für alles einsetzt, was britisch ist"*, sagt der Korporal. *„Was in dieser Nation völlig fehlt, ist eine Führung"* („Guardian", 19.6.75). Die BMVF steht deshalb auf dem Sprung, in Rhodesien das zu tun, wozu sie augenblicklich in England noch nicht gerufen wird: Sie plant, Söldner, für das Smith-Regime zu stellen (nach „Guardian". 19.6.75).

Daß die britische Bourgeoisie solchen „Angeboten" durchaus nicht abgeneigt ist, zumal nach der Niederlage der britischen Arbeiterbewegung in der EG-Abstimmung, stellte der ehemalige Labour-Minister und jetzige Lord George Brown klar; er erklärte am 22.6. im Fernsehen: *„Die Regierung muß jetzt klarmachen, daß wir einen Lohnstopp haben müssen (....) Zweitens müssen Kürzungen in den Regierungsausgaben angekündigt werden – und sie müssen tatsächlich sehr groß sein (...). Wenn jemand sich entschließt, dagegen zu kämpfen, müssen eben Truppen eingesetzt werden"* („Guardian", 23.6.75). ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

England:

England:

„Arbeiterregierung" verordnet Lohndiktat

Kaum einen Monat nach der Volksabstimmung über den Beitritt Englands zur EG verkündete Premier Wilson am 11.7.75 im Parlament sein „Anti-Inflationsprogramm", das an Arbeiterfeindlichkeit auch den bisherigen Tory-Programmen in nichts nachsteht! Kernpunkt ist die Bestimmung, daß die Lohnerhöhungen der kommenden Tarifrunden nicht über 6 Pfund pro Woche (bzw. 24 Pfund im Monat) liegen dürfen.

Um klar zu machen, was das bei einer offiziell (!) auf 25 % veranschlagten Inflationsrate bedeutet, ein paar Zahlen:

Das Durchschnittseinkommen eines englischen Werktätigen liegt (ohne hohe Schicht-, Akkordzulagen oder Überstunden) etwa bei 45 Pfund wöchentlich (also bei 238,– DM umgerechnet bzw. um die 950,– DM im Monat).

Sechs Pfund Erhöhung bedeutet auf 45 Pfund berechnet eine Lohn„erhöhung" von rund 13 %! 13 % bei 25 % Inflation (die natürlich für die Arbeiterklasse noch wesentlich höher liegt, da sie hauptsächlich Endverbraucherpreise zu bezahlen hat) – was das bedeutet, liegt auf der Hand: Verelendung in Riesenschritten!

Bedenkt man dabei, daß fast keine Arbeiterfamilie ohne Überstunden, bzw. Doppelschichten oder irgendwelche Leistungszulagen auskommt, sind sechs Pfund natürlich noch weniger als 13 %. Die „Süddeutsche Zeitung" (SZ) errechnete so eine durchschnittliche Erhöhung von nur 10 % (SZ v. 12./13.7.)

Dieser Abbau des Lebensstandards wird von niemand mehr bestritten. Unter der Überschrift „Lebensstandard wird sinken" schrieb z.B. die „SZ" ganz offen: *„Für zwei oder drei Jahre wird der Lebensstandard nicht steigen, sondern fallen."* (12./13.7.75).

Und im „Kurier am Mittag" (NDR II) erzählte der Englandkorrespondent am 11.7.75 trocken: *„Die Hauptlast werden die zu tragen haben, die geglaubt haben, bei einer 25 %igen Inflation auch Anspruch auf 25 %ige Lohnerhöhungen zu haben."*

Obendrein beeilte sich Wilson, im Parlament noch zu erklären, daß keiner auf diese sechs Pfund irgendeinen „Rechtsanspruch" habe. Sie seien lediglich die oberste Grenze für die Verhandlungen, die es möglichst noch zu unterschreiten gelte!

Als „flankierende Maßnahmen" kündigte Wilson noch an:

Die Sechs Pfund-Regelung soll „nur" die betreffen, die unter 8.500 Pfund im Jahr verdienen. Das entspricht rund 45.000 DM, bzw. etwa 3.700 DM im Monat (!). Wer darüber verdient, soll gar keine Erhöhungen bekommen! Wie „sozialistisch"!

Die „Subventionierung" von Grundnahrungsmitteln soll noch einmal verlängert werden, und zwar sollen weitere 70 Millionen Pfund zur „Dämpfung der Inflation" dem Handel und den Kapitalisten in den Rachen geworfen werden. Mit sicher genauso großem Effekt für die Arbeiterklasse, wie die vergangenen Zig-Millionen in den letzten Monaten – nämlich keinem!

Außerdem ist eine Gesetzgebung geplant, die *„alle Arbeitgeber von der Verpflichtung befreien (wird), höhere Einkommenssteigerungen als die vorgeschriebenen sechs Pfund in der Woche zu bezahlen"*. („SZ", 12./13.7.75).

Weiterhin sind „Sanktionen" gegen Tarifparteien vorgesehen, die sich nicht an die sechs Pfund- Regel halten.

Letzteres ist als ganz offene Drohung an die Bergarbeiter zu verstehen, die gerade dabei sind, ihre Forderungen für die kommende Tarifrunde im Herbst aufzustellen. Die Miners (Bergleute) von Yorkshire – traditionell besonders kämpferisch – hatten ihre Forderung wenige Tage vor Wilsons Programm bereits aufgestellt: Für die Untertage-Bergleute eine Erhöhung um 39 Pfund (von 61 Pfund auf 100 Pfund), für die übrigen Arbeiter im Bergbau eine Erhöhung von 80 auf 85 Pfund. Forderungen, die angesichts des Lohnabbaus der ungeheuren Rationalisierung im Bergbau nicht unberechtigt sind!

Viel Unterstützung dürfen die Arbeiter bei ihrem Kampf gegen das Labour-Lohndiktat seitens ihrer Gewerkschaftsführung aber nicht erwarten: Die TUC (Gewerkschafts-Dachverband)-Spitze hat dem Programm bereits mehrheitlich zugestimmt.

Gleichzeitig haben sie – besorgt um ihr Image bei den englischen Arbeitern – „ernsthaft damit gedroht", sie würden sich das „nicht lange ansehen", wenn die Inflation nicht bald zurückginge!

Die Tories gingen soweit, öffentlich zu erklären, die Labour-Maßnahmen seien noch längst „nicht hart genug". Und die rechte Presse nutzte weidlich die berechtigte Empörung der Arbeiterklasse, um durch eine demagogische Pressekampagne das Abwirtschaften der Labour-Sozialdemokraten zu beschleunigen. So konnte man im „Daily Express" (den Tories nahestehend) am 12.7. lesen: *„Man kann nicht länger den Worten einer Partei Glauben schenken, die die Bergleute ermuntert hat, die gewählte vorherige (Tory-)Regierung herauszufordern, die sich gerühmt hat, die Einkommenspolitik abzuschaffen, die das Land mit dem „Social Contract" den Gewerkschaften ausgeliefert hat, die gelogen hat, die Inflation würde nur 8,5 % betragen... Fabrikdirektoren sind ins Gefängnis gegangen, oder aus dem Land geflüchtet – für wesentlich weniger."*

Im AK 61 schrieben wir, daß der positive Ausgang des Europa-Referendums für die Bourgeoisie eine Art Startsignal sein wird, die Angriffe auf die Lebenslage und die politischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung Englands erheblich zu verschärfen. Schon wenige Wochen später hat sich dies drastisch bewahrheitet. ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Situation der Frauen in Irland

Bei unserem Irlandaufenthalt konnten wir einiges über die besondere Situation der Frauen in Irland erfahren.

Die Unterdrückung der irischen Frau ist, mitbedingt durch den grossen Einfluß der katholischen Kirche, noch um einiges schärfer als hier in der BRD. Es gibt dort ein Ehegesetz, bei dem man meinen möchte, man hätte ein Dokument aus dem tiefsten Mittelalter vor sich. Die Rechte liegen ausschließlich auf der Seite des Mannes und die Frau wird praktisch als das Eigentum des Mannes bezeichnet. Hier einige Kostproben: Angenommen, eine Frau verläßt ihren Mann, hat der Mann das Recht, gerichtlich **„die Dienste" (also putzen, waschen, kindererziehen und den Beischlaf)** seiner Frau einzuklagen.

Noch verrückter ist es, wenn die Ursachen für das Verlassen der Frau ein anderer Mann ist. In diesem Fall hat der Ehemann sogar das Recht, gerichtlich gegen diesen Mann vorzugehen und kann ihn gegebenenfalls in den Knast bringen.

Solange die Frau verheiratet ist, und das ist in Irland praktisch für immer, ist ihr Wohnsitz der ihres Mannes, sie ist automatisch dort gemeldet, wo auch der Mann gemeldet ist. Angenommen, der Mann ist ein Penner und hat keinen festen Wohnsitz, dann hat auch die Frau gesetzlich keinen festen Wohnsitz, selbst wenn sie z.B. schon seit einem Jahr bei Verwandten wohnt.

Nicht anders ist es mit der ökonomischen Abhängigkeit. So etwas wie Gütergemeinschaft, d.h. daß das gemeinsam erarbeitete Haus, Mobiliar usw. beiden Ehepartnern gehört, gibt es in Irland nicht. Dort gehört der Hausstand ausschließlich dem Mann. Der Mann hat z.B. das Recht, wenn

es in Irland nicht. Dort gehört der Hausstand ausschließlich dem Mann. Der Mann hat z.B. das Recht, wenn die Familie ein Haus hat, dieses Haus über den Kopf der Ehefrau hinweg zu verkaufen, ohne daß die Frau irgendetwas dagegen unternehmen könnte. Auch was die Unterhaltspflicht angeht, hängt es von der „Güte" des Mannes ab, ob er seinen Verpflichtungen gegenüber Frau und Kindern nachkommt.

So gibt es zwar ein Gesetz, daß in dem Fall einer nicht erwerbstätigen Frau der Mann einen Steuerfreibetrag von 345 Pfund (etwa 1.800 DM) jährlich bekommt, was als Haushaltsgeld gedacht ist. Ebenso bekommt der Mann, wenn er arbeitslos ist, ein höheres Arbeitslosengeld zur Unterstützung seiner Familie. Aber es gibt kein Gesetz, was ihn dazu zwingt, dieses Geld auch an seine Frau zu geben!

Wenn der Mann seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt, kann die Frau ihn zwar vor das Gericht bringen und er wird dort, wenn sie Glück hat, auch verurteilt. Zahlt der Mann dann aber immer noch nicht, nützt der Frau dieses Urteil wenig, denn der Staat unternimmt in diesem Falle nichts.

Es liegt bei der Frau, ihren Mann erneut vor das Gericht zu schleppen und es kann Monate und Jahre dauern, bis sie endlich einen Pfennig sieht.

Insbesondere muß man diese idiotischen und frauenverachtenden Gesetze unter dem Gesichtspunkt sehen, daß die Frau im katholischen Irland kaum die Möglichkeit hat, sich von ihrem Mann zu trennen (wie es damit konkret gesetzlich aussieht, ist uns leider nicht bekannt, zumindest ist es, wenn eine Scheidung irgendwie möglich sein sollte, sehr schwierig).

Trotz zahlreicher Proteste, insbesondere von verschiedenen Frauenorganisationen, ist von der Regierung außer Versprechungen bisher nichts unternommen worden, dieses Gesetz zu ändern. Und das im sogenannten „Jahr der Frau"!

Frauen in der Produktion – billige Arbeitskräfte für die Kapitalisten

Durch die steigende Inflation, z.Zt. ca. 25%, wird es für die verheirateten irischen Frauen immer mehr zur dringenden Notwendigkeit mitzuarbeiten. Nicht um sich irgendwelchen Luxus leisten zu können, sondern einfach, um zu existieren. Insgesamt arbeiten 29% der Frauen, wovon die Mehrheit (78%) ledige Frauen sind.

Daß immer noch relativ wenig verheiratete Frauen im Arbeitsprozeß stehen, hat sicherlich mehrere Ursachen. Bei dem **Verbot jeglicher Verhütungsmittel** ist es keine Seltenheit, daß Frauen fünf oder sechs Kinder haben und von daher einfach schon an das Haus gebunden sind, da es kaum Kindergärten gibt. Eine besondere Diskriminierung wird an der Steuerermessung deutlich. Dort wird die Frau vom Staat praktisch noch dafür bestraft, daß sie arbeitet. Die arbeitenden Familienmitglieder, ob Frau und Mann oder Vater und Sohn werden steuerlich gemeinsam veranlagt. **Es ist jedoch so, daß eine Familie, wo Mann und Frau arbeiten, mehr Steuern zahlen muß, als eine Familie, wo Vater und Sohn arbeiten.**

Es gibt in Irland ein Gesetz, das besagt, daß Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen sollen. Dieses Gesetz betrifft aber, allein von der gesetzlichen Auslegung her, nur etwa 20% der arbeitenden Frauen (wie es dann in der Praxis aussieht ist sowieso noch eine andere Sache). Die überwältigende Mehrheit (etwa 80%) der Frauen verrichten spezielle „Frauenarbeiten", meistens ohne Ausbildung, auf die dieses Gesetz keine Anwendung findet!

Auf dem Kongreß der Transportarbeitergewerkschaft Mitte Juni

Auf dem Kongreß der Transportarbeitergewerkschaft Mitte Juni wurde festgestellt, daß der durchschnittliche Frauenverdienst in der Industrie 63 pence (3,35 DM) in der Stunde beträgt. Der durchschnittliche Stundenlohn der Männer beträgt dagegen 1,05 Pfund (5,50 DM).

In Derry (größere Stadt in Nordirland) berichteten uns Genossen der Official Sinn Fein, wie sich dort besonders kraß der niedrige Frauenverdienst auf den Lebensstandard der Familien auswirkt. In der Gegend um Derry ist im Wesentlichen die noch relativ gut florierende Textilindustrie angesiedelt, wo in der überwiegenden Mehrheit Frauen beschäftigt sind. In der Schwerindustrie dagegen, die sowieso weniger vertreten ist, herrscht eine große Arbeitslosigkeit. Das hat dazu geführt, daß dort ca. 50% der Männer arbeitslos sind und die Frauen in vielen Familien die Haupternährer sind.

Um noch einmal auf das Verhältnis der Männer zu den Frauen zurückzukommen: **In den Familien, wo die Frau arbeitet und der Mann zuhause ist, ist es nun nicht so, daß der Mann dafür die Hausarbeit macht, sondern (wie uns eine Genossin erzählte) wird es als das Selbstverständlichste von der Welt betrachtet, daß die Frau abends, nachdem sie acht Stunden in der Fabrik gearbeitet hat, noch den gesamten Haushalt macht und die Kinder versorgt.**

Zusammengefaßt kann man sagen, daß die irischen Frauen noch einen sehr weiten Weg vor sich haben. Nicht nur bis zu ihrer endgültigen Befreiung, die gibt es im Kapitalismus so und so nicht, sondern allein um das Recht zu erlangen, als gleichwertige Menschen anerkannt zu werden. Angesichts der schlechten Situation der irischen Frau, war es für uns besonders erfreulich von den Genossinnen der Official Sinn Fein zu hören, daß sie den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau in verstärktem Maße anpacken wollen. ●

Genossinnen und Genossen des KB/Gruppe Hamburg

Sparpolitik im „Sozialstaat" Dänemark

Auch in dem von den SPD-Funktionären so gern als „vorbildlichem Sozialstaat" gepriesenen Dänemark werden die Lebensumstände der Werktätigen gezielt verschlechtert. Gerade für die Bereiche vorschulischer Erziehung und Freizeitpädagogik hat die dänische Regierung ein umfangreiches Sparprogramm entwickelt.

Die Eltern werden zur Kasse gebeten

1. Die von den einzelnen Gemeinden festgesetzten Gebühren für die Kindertagesstätten (Kindergärten, Freizeitheime, Kinderkrippen) sind drastisch erhöht worden. Häufig werden für einen Kindergartenplatz 400 Dkr. (= 180 DM / 1 Dkr. = 0,45 DM) im Monat verlangt. Freizeitheimgebühren sind im letzten Jahr um 200 % gestiegen.

Demonstration bei Kopenhagen. Parole lautet: Stoppt die Sparmaßnahmen bei den Freizeitheimen

Demonstration bei Kopenhagen. Parole lautet: Stoppt die Sparmaßnahmen bei den Freizeitheimen

2. Nun gibt es zwar auf dem Papier Freiplätze in diesen Einrichtungen. Die höchstzulässigen Einkommensgrenzen dazu sind jedoch vom Folketing (dän. Parlament) seit 1970 nicht angehoben worden. Im Augenblick darf man höchstens 20.000 Kr. jährlich verdienen (ca. 9.000 DM), um einen vollen Freiplatz zu erhalten, höchstens 30.000 Kr. für einen 3/5 und höchstens 40.000 Kr. für einen 2/5 Freiplatz.

Nebenbei bemerkt: ein Einkommen unter 20.000 Kr. liegt unter dem offiziell anerkannten Existenzminimum.

Einzelne Gemeinden haben die Einkommensgrenze eigenständig angehoben. Das ist jedoch laut Regierungsbeschluß gesetzeswidrig und inzwischen verboten.

3. Die staatlichen Zuschüsse für ärztliche und zahnärztliche Kontrollen werden ab 1. April 75 vollständig gestrichen. Seitdem finden keinerlei entsprechende Vorbeugeuntersuchungen in Kindergärten und -krippen mehr statt. Die immerhin einige Jahre laufende alte Regelung hatte gerade erste klare Erfolge hervorgebracht. So hatten z. B. früher über 50 % der Schulanfänger Karies. Jetzt sind es etwa 10 %, wobei bei nur 2 % der Kinder die Krankheit schwerwiegend ist.

4. Seit dem 5. Mai 75 besteht ein absoluter Einstellungsstop in den Kindertagesstätten, bis die Planstellenzahl neu festgelegt wird (s. nächster Punkt). Die Regierung will bereits auf diese Weise mit Hilfe des bekannten „natürlichen Abgangs" sich um einige bereits geplante Kündigungen drücken.

5. Am 21. März beschloß das Folketing eine Änderung der Finanzgesetze. 210 Mio. (!!) Kronen (94,5 Mio. DM) sollten durch Personalverringerung allein bei den Kindertagesstätten eingespart werden. Nach der Abstimmung hieß es, daß die Zahl von 210 Mio. durch „Fehlberechnungen" zustange gekommen sei. Daraufhin erfolgte der oben erwähnte Einstellungsstop. Nach neuen „Erhebungen" kündigte man nun Entlassungen in der Größenordnung von 3.000 bis 16.000 Angestellten an. Das Ergebnis der neuen Berechnungen: „nur" 3.600 werden entlassen. Dabei handelt es sich um 900 Stellen von ausgebildeten Pädagogen und um 2.700 Stellen von Hilfskräften.

Ab 1. August werden alle Kindergärten und -krippen samstags geschlossen. Hiermit soll die Streichung einer Halbtags- bzw. einer Ganztagsarbeitsstelle gerechtfertigt werden.

Auch in den Freizeitheimen soll das Personal durch neue Planstellenzahlen kräftig verringert werden. Die einzelnen Institutionen erfahren in diesen Tagen, wieviele Angestellte sie zu kündigen haben. Die Entlassungen werden zum 1. April 76 ausgesprochen. Verläßt ein Angestellter aus eigenem Antrieb ein Freizeitheim, so wird die Stelle erst gar nicht wieder besetzt. Durch die letztere Maßnahme sollen bereits in diesem Finanzjahr 17 Mio. Kr. (ca. 7,5 Mio. DM) gespart werden. 19 Mio. Kr. (ca. 8,5 Mio. DM) sollen weiterhin dadurch eingespart werden, daß die einzelnen Kindergärten, -krippen und Freizeitheime sich nicht mehr selbst verwalten, sondern von den einzelnen Gemeinden mitübernommen werden, was nicht zuletzt auch eine stärkere Kontrolle der einzelnen Einrichtungen nach sich zieht.

Weitere 38 Mio. Kr. (ca. 17 Mio. DM) werden gespart, indem in Zukunft bei kürzeren Krankheitsfällen und bei Urlaub keine Aushilfskräfte mehr eingestellt werden.

45 Mio. Kr. (ca. 20 Mio. DM) weniger will der Staat für Neubauten ausgeben.

6. Bei der Ausbildung der Kinderpädagogen will die sozialdemokratische Regierung 1,1 Mio. Kr. (ca. 500.000 DM) einsparen, indem im nächsten Jahr 200 Bewerber keinen Ausbildungsplatz erhalten. Beschloß das Folketing noch vor 6 Jahren *einstimmig*, die Ausbildung qualitativ zu verbessern (die Ausbildung wurde daraufhin um 1 Jahr verlängert), zeigte die jetzige Folketingsdebatte, wie sich die Bourgeoisie die künftige Kinder- und Jugendarbeit vorstellt:

So meinte die „Fortschritts"-partei des Faschisten Glistrup: *„Wir wünschen prinzipiell, daß überhaupt keine Kinderpädagogen mehr ausgebildet werden. Kann dieses Ziel jetzt nicht erreicht werden, dann wünschen wir die Ausbildungskapazität durch generelle Zulassungsbeschränkungen herabzusetzen, die Ausbildungsdauer von 3 auf 2 Jahre zu verkürzen und eine ganze Reihe von Unterrichtsfächern zu streichen."*

Die (reaktionäre) Venstre-Partei meinte auch, daß *„so viele ausgebildete Kräfte in den Tagesinstitutionen unnötig"* sind.

Die konservative Abgeordnete Gerda Möller: *„Es gibt so viele ausgezeichnete Menschen, die sehr wohl auf Kinder aufpassen (!!) können, eben weil sie Kinder mögen. Für diese könnte man eine kurze Ausbildung machen mit einer bescheidenen pädagogischen Orientierung und reellen Kenntnissen aus der Arbeit, die sie machen sollen."* Eine ausgebildete Kraft pro Institution mit kurzzeitausgebildeten Hilfskräften – das würde die Kosten erheblich senken.

Die einzigen Parteien, die sich klar gegen diese Bestrebungen einsetzten, waren die DKP (Revisionisten), die Sozialistische Volkspartei und die Linkssozialisten. Die Sozialdemokraten versuchten, sich aus der Debatte herauszuhalten.

Natürlich gab und gibt es zahlreiche Proteste gegen die Sparpolitik in Dänemark.



Gegen die Sparpolitik in Ballerup

Im November 74 wurde die FOLA gegründet, eine landesweite Elternorganisation, um sich mit dem Abwehrkampf der Pädagogen zu solidarisieren. Im Mai demonstrierten über 10.000 Menschen in Kopenhagen, ca. 5.000 in Århus, 1.700 in Esbjerg, 600 in Herning, 1.000 in Roskilde und 500 in Helsingør gegen die Sparmaßnahmen. Vielfach wurde dabei der Einkauf von Militärflugzeugen für über 200 Mio. Kr. angeprangert, der gerade von der Regierung beschlossen worden war. Zu den Demonstrationen hatte die FOLA aufgerufen. ●

Dänemark-Kommission KB / Gruppe Flensburg

Frankreich tritt wieder in den EG-Währungsverbund ein

Vor kurzem gab Giscard d'Estaing bekannt, daß Frankreich wieder an der EG-Währungs„schlange" teilnehmen wolle. Bei dieser „Schlange" handelt es sich um einen Verbund verschiedener Währungen Westeuropas, die untereinander feste Kurse haben (mit geringem Schwankungsspielraum) und nach außen als Block gemeinsam frei schwanken. In diesem oft auch wegen der besonderen Stärke des BRD-Imperialismus „DM-Block" genannten Währungsverbund sind Mitglieder die BRD, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark sowie die Nicht-EG-Mitglieder Schweden und Norwegen. Die Schweiz sowie eventuell auch Österreich erwägen wegen der Bedeutung dieses Blockes ihren Beitritt.

Gegründet wurde der Währungsverband im Frühjahr 1972. Er war gedacht als ein erster Schritt hin zu einer westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Schon bald nach der Gründung verließen Italien und Großbritannien den Verband wieder, da die Imperialisten dieser ökonomisch krisenhaften Länder der EG (große Außenhandelsdefizite, höchste Inflationsraten u.a.) mit den anderen nicht mithalten konnten. Ihre Währungskurse wurden zu schwach, sie mußten zu viele Devisenreserven zur Stützung ihrer Kurse aufbringen.

Auch Frankreich verließ im Januar 1974 die Währungs„schlange". Der französische Franc war ebenfalls zu schwach, als daß er mit der DM gleichziehen konnte. Zur Stützung des Franc hatte Frankreich schon 1/5 der amtlichen Devisenreserven einsetzen müssen. Die Situation der französischen Bourgeoisie war damals besonders schlecht: Die Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes machten der französischen Bourgeoisie relativ stark zu schaffen und bewirkten eine weitere Stärkung der Kräfte auf der politischen Linken; das Außenhandelsdefizit war groß, die Inflationsrate hoch (und somit schlechtere Exportmöglichkeiten).

schlechtere Exportmöglichkeiten).

Jetzt also, ein gutes Jahr später, will die französische Bourgeoisie dem EG-Währungsbund wieder beitreten. Der Kurs des Franc hat sich in den letzten Monaten wieder sehr gefestigt. Die Ursache dafür ist in folgendem zu sehen: Bei den Kämpfen der französischen Werktätigen, insbesondere der Industriearbeiter, ist ein Rückgang festzustellen. Die „Stabilisierungspolitik" der französischen Bourgeoisie (nach dem Vorbild der BRD-Imperialisten) hat politisch und ökonomisch zunächst einmal Früchte getragen. Die Inflationsrate beträgt „nur" noch rund 10 % (in Italien und England dagegen noch immer über 20 %). Frankreich hatte in den letzten drei Monaten erstmals wieder Exportüberschüsse.

;Für die Arbeiterklasse in Frankreich bedeutet der Wiedereintritt in den EG-Währungsverbund das „Versprechen" der französischen Bourgeoisie, ihre scharf reaktionäre Politik fortzusetzen und die Lage der Arbeiter weiter zu verschlechtern:

„Giscard verspricht seinen Partnern eine Politik der rigorosen wirtschaftlichen wie sozialen Disziplin" („Welt", 12.5.75)!

Einerseits wäre es natürlich im Interesse der französischen Imperialisten gewesen, die Währungs„schlange" gar nicht erst zu verlassen. Dadurch wäre der Aufbau des westeuropäischen imperialistischen Wirtschaftsblocks beschleunigt worden, und diesen einheitlicheren Wirtschaftsraum brauchen die EG-Imperialisten ja, um z.B. in der Konkurrenz zu den USA besser bestehen zu können. Auch haben die französischen Imperialisten den Verbund der kleinen EG-Staaten (Niederlande, Belgien, Dänemark) mit der BRD im „DM-Block" nicht gerade gerne gesehen, da dies natürlich eine stärkere Einflußnahme der BRD-Imperialisten auf diese Länder zur Folge hatte. Zu einem Verbleib wäre Frankreich jedoch nur unter großen ökonomischen Opfern – an die BRD – in der Lage gewesen. Und so zog die französische Bourgeoisie es vor, sich vorübergehend der direkten währungspolitischen Auseinandersetzung mit der BRD-Bourgeoisie zu entziehen und sich zwischenzeitlich besser zu wappnen. Die Lage hat sich nun zwar für die französische Bourgeoisie etwas gefestigt, aber die BRD-Imperialisten haben ihre Position als stärkste Macht der EG noch deutlicher

etwas gefestigt, aber die BRD-Imperialisten haben ihre Position als stärkste Macht der EG noch deutlicher

ausgebaut. Gerade die krisenhaftere Entwicklung des Imperialismus hat die Stärke der westdeutschen Imperialisten besonders offenbar werden lassen.

Sei es in der NATO bei der Aufrüstung, wo die BRD eindeutig die zweitstärkste Macht hinter den USA ist (abgesehen von dem formellen Besitz an Atombomben); sei es ökonomisch (z.B. weiterhin riesige Außenhandelsüberschüsse, größte Devisenreserven); sei es innenpolitisch gegenüber der Arbeiterklasse.

Der Wiederbeitritt Frankreichs zum Währungsverbund zu nicht verbesserten Bedingungen bedeutet letztlich das Eingeständnis einer gewissen Niederlage gegenüber der westdeutschen Bourgeoisie. ●

EG-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Italien Volksabstimmung gegen Abtreibungsverbot

Wie im AK mehrfach berichtet, hat in Italien in den letzten Wochen und Monaten eine Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung gegen das Abtreibungsverbot stattgefunden.

Die Verfassung sieht vor, daß in einem Zeitraum von 90 Tagen 500.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, um eine Volksabstimmung zu erreichen. Die Unterschriftensammlung gegen das Abtreibungsverbot wurde von der liberalen Illustrierten „L 'Espresso", zusammen mit der Bürgerrechts-Gruppe „Liga 13. Mai" und der (liberalen) Radikalen Partei initiiert.

Nach Abschluß der Frist wurden Mitte Juli rund 700.000 Unterschriften übergeben. Eine Volksabstimmung könnte, so die Initiatoren, zwischen April und Juni 1976 stattfinden ... falls nicht vorher im Parlament eine „Reform"-Regelung zustande kommt – wofür einiges spricht. Insbesondere deshalb, weil die stärkste Oppositionspartei – die revisionistische PCI – sich in der Abtreibungsfrage stark an die Christdemokraten anpaßt und sich noch weit rechts von der „Sozialistischen" Partei (PSI) bewegt und zudem an einer Volksabstimmung wenig Interesse hat – so daß also ein („historischer") Kompromiß zwischen PCI und Christdemokraten auf dem Rücken der Frauen und der Familien durchaus möglich erscheint. ●

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14.5oo Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents. Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage des Verlags J. Reents.

Leserbrief
Sag mir, wo die Flotten sind...

Die vom KBW verbreitete Behauptung, die Sowjetunion habe 1.301 Kriegsschiffe und 300 U-Boote (siehe auch AK Nr. 63, Seite 39), erinnerte mich stark an das Spiel „Schiffeversenken“, das wir unter der Schulbank spielten. Dabei ging es darum, auf einem karierten Blatt – am Rand mit Zahlen und Buchstaben versehen – die „Kriegsschiffe“ des Gegners zu erraten bzw. herauszukombinieren und zu „versenken“.

Parallel dazu schlage ich ein Suchspiel nach den 1.601 sowjetischen Kriegsschiffen und U-Booten vor. Folgende Hilfestellung dazu: 75% der sowjetischen Kriegsschiffe sind wahrscheinlich in den „**Gewässern um Europa**“ herum zu suchen, und noch genauer: 45% der sowjetischen Kriegsschiffe (und 60% der U-Boote) sind in der Ostsee und in den arktischen Meeren zu suchen. Diese Angaben finden sich in der italienischen Zeitung „nuova unita“ (29.4.75), die von der „Bruderpartei“ der „KPD/ML“ herausgegeben wird. (Zur Quelle dieser Angaben: „Hsinhua“, die chinesische Nachrichtenagentur, zitierte sie am 13.1.74 aus der „Front Rouge“, Zeitung der französischen „Bruderpartei“ der „KPD“ vom 10.1.74; eine Meldung der „Hsinhua“ vom 14.11.73 dürfte dagegen näher an die eigentliche Quelle heranführen: *„Strategische Studien in London“*).

Also sind schon mal 585 Kriegsschiffe der Sowjetunion „mit Sicherheit“ in der Ostsee und in den arktischen Meeren zu finden (= 45%), von den verbleibenden Schiffen sind 390 (= 30%) auf den übrigen „Gewässern um Europa“ zu lokalisieren, und 325 (= 25%) auf den sonstigen
390 (= 30%) auf den übrigen „Gewässern um Europa“ zu lokalisieren, und 325 (= 25%) auf den sonstigen
Meeren.

Nunmehr beginnt aber die Schwierigkeit, die genaue Lage dieser Schiffe ausfindig zu machen. „Hsinhua“ kann dabei eher verwirren, als helfen. Schreibt sie doch von dem letzten sowjetischen Flottenmanöver (im April dieses Jahres): „ ... *waren an diesen Manövern mindestens 220 Kriegsschiffe beteiligt, das sind zweimal so viel Schiffe, wie die Russen gewöhnlich auf den Weltmeeren eingesetzt haben*“ (29.4.75). 220 durch 2 sind 110 als angebliche Zahl der „auf den Weltmeeren“ (?) eingesetzten sowjetischen Schiffe. Das ist wirklich keine Hilfe bei der Suche nach den 1.301 Schiffen! Zumal diese Zahl noch beeinträchtigt wird durch die Angabe der „FAZ“: *„Von den 220 beteiligten Schiffen waren etwa 120 Kampfschiffe, davon der grössere Teil U-Boote“* (20.6.75) – der Rest waren also Versorgungsschiffe etc. (Eine Bemerkung zwischendurch: Die „Rote Fahne“ der „KPD“ vom 25.6. zitierte, ohne Quellenangabe natürlich!, lange Passagen aus diesem „FAZ“-Artikel fast wörtlich, verschwieg aber den hier zitierten Satz und sprach nur allgemein von 220 Schiffen!).



Aber zurück zu unserem Suchspiel. Vielleicht kann uns die konservative italienische Tageszeitung „Corriere della Sera“ helfen, die nähere Angaben über die Verteilung der sowjetischen Schiffe machte. Und zwar: 40 im Atlantik, 16 im Pazifik, 55 im Mittelmeer, 22 im Indischen Ozean (24.4.75).

Diese Zahlen sind wenig ermutigend. Wie wir uns erinnern, haben wir beispielsweise in den „Gewässern um Europa“ – ohne Ostsee und arktische Meere – 390 Schiffe zu finden. Hier haben wir aber nur 40 im Atlantik (wenn wir diesen einmal pauschal zu den „Gewässern um Europa“ rechnen) und 55 im Mittelmeer, macht zusammen 95. Es fehlen uns also immer noch 295 Schiffe, obwohl wir die „Gewässer um Europa“ schon ziemlich abgesucht haben. Oder sollten diese 295 Schiffe allesamt im Schwarzen Meer versteckt sein? ... Das wäre immerhin eine Möglichkeit ....

Ähnlich schwierig gestaltet sich die Suche nach den 325 sowjetischen Schiffen, die wir auf den Meeren ausserhalb der „Gewässer um Europa“ zu suchen haben. Laut „Corriere delle Sera“ sind davon 22 im Indischen Ozean und 16 im Pazifik – macht zusammen 38, fehlen uns also noch 287.

Von 715 zu suchenden sowjetischen Kriegsschiffen (sämtliche Meere, abzüglich Ostsee und arktische Meere) haben wir damit also erst knapp 19% gefunden. (Das weitere Problem, die angeblich 585 sowjetischen Kriegsschiffe in der Ostsee und den arktischen Meeren zu finden, sei einmal außen vor gelassen).

Die Lage verbessert sich nur geringfügig, wenn wir andere Quellen als den „Corriere“ heranziehen. Beispielsweise gibt meines Wissens keine bürgerliche Quelle mehr als 60 sowjetische Kriegsschiffe im Mittelmeer an (z.B. „Stern“, 28.5.75) – abgesehen von der „KPD“, die es in maßlosem patriotischen Eifer auf
meer an (z.B. „Stern“, 28.5.75) – abgesehen von der „KPD“, die es in maßlosem patriotischen Eifer auf
100 Schiffe gebracht hat („Rote Fahne“, 14.5.75). Für den Indischen Ozean schwanken die Angaben zwischen *„30 bis 40“* („Hsinhua“, 27.3.75), *„30 Kriegs- und Versorgungsschiffe“* („Süddeutsche“, 23.6.75), 22 („Corriere della Sera“, s.o.) und gar nur 19 (US-Kriegsminister Schlesinger – laut „Peking Rundschau“ Nr. 25/75). (Zum Vergleich: An dem Manöver des imperialistischen CENTO-Pakts im Indischen Ozean im November 1974 nahmen laut „FAZ“ vom 22.11.74 *„rund 50 Schiffe“* teil!). Erwähnt sei schließlich noch die Angabe aus der „FAZ“ vom 13.5.75: Danach „operierten“ im Sommer 1974 im Indischen Ozean *„fünf (!!!) sogenannte Überwasserkampfschiffe, ein (!!!) Unterseeboot, 15 Minensucher* (bei der Entminung der Küsten von Bangla Desch – diese Schiffe wurden laut derselben Meldung im Spätsommer 1974 abgezogen), *zwölf Versorgungsschiffe und ein Nachrichtenschiffe“*. Das wären dann ja wohl zusammen 34 „sowjetische Schiffe“! ...

Aber wie man es auch dreht und wendet: Selbst bei großzügiger Einbeziehung von Versorgungsschiffen etc. scheint das Suchspiel nach den 1.301 sowjetischen Kriegsschiffen und 300 U-Booten kaum zu lösen.

Auf Anhieb fallen mir nur zwei Lösungen ein:

1. Der von der Bourgeoisie geübte „Verrat an der Nation“ hat so schreckliche Ausmaße angenommen, daß die bürgerlichen Zeitungen die Flotten der Sowjetunion bewußt viel zu niedrig angeben, um die Völker Europas einzulullen. Selbst die „KPD“ liegt beispielsweise mit ihren 100 Schiffen im Mittelmeer noch weit unterhalb des Erforderlichen. Rechnen wir etwa 200 sowjetische Kriegsschiffe im Mittelmeer, 100 im Indischen Ozean usw., könnte das Suchspiel nach den 1.301 Schiffen vielleicht aufgehen.

2. Lösungsmöglichkeit: Der größte Teil der sowjetischen Flotte besteht aus Geisterschiffen in der Art des „Fliegenden Holländers“ – normalen Sterblichen unsichtbar, nur bei Vollmond und mit klarem patriotischen Blick zu schauen.

Vielleicht gibt es für das Suchspiel noch andere Lösungsmöglichkeiten? In dieses Suchspiel sollte man ruhig auch Mitglieder von KBW, „KPD/ML“ und „KPD“ einbeziehen – vielleicht wissen die ja Näheres darüber. Man kann sie z.B. beim Verkauf ihrer Zeitungen, auf Veranstaltungen etc. ansprechen und zum Mitspielen auffordern. ●

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

Immer „rrradikaler“: „Vaterlandsverteidiger“ fordern Atomwaffen

Die „Militanz“ der Vaterlandsverteidiger dürfte einen neuen Höhepunkt erreicht haben: *„Schluß mit der atomaren Erpressungspolitik der Supermächte“* fordert lautstark die „Rote Fahne“ der „KPD“ vom 9. Juli. Und wie erreicht man das? Sehr einfach: die „kleineren Mächte“, wie die EG-Imperialisten, müssen e i g e n e Atomwaffen entwickeln: **„Die europäischen Staaten und Völker müssen ihre Wachsamkeit gegenüber den beiden Supermächten, besonders (!) gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus erhöhen und ihre Verteidigungsbereitschaft verstärken. Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen, wenn (? ?) sie der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen. Dazu gehört auch, daß die europäischen Staaten niemals als erste Atomwaffen einsetzen werden“**(„Rote Fahne“, 9. Juli).

Letzteres ist besonders übel, weil die BRD-Imperialisten sich jetzt schon offen – durch den Mund des SPD-Kriegsministers Leber – dafür ausgesprochen haben, durchaus als erste Atomwaffen einzusetzen (im Schlepptau von US-Kriegsminister Schlesinger). Aber davon abgesehen, ist es natürlich generell eine kaum noch zu überbietende „Naivität“, den Imperialisten die Aufrüstung, einschließlich Atomwaffen, nicht nur zuzugestehen, sondern sie sogar noch dazu zu ermuntern – und dann zu fordern, sie dürften diese aber, bitte sehr, nur zur „Verteidigung ihrer Unabhängigkeit“ einsetzen. Warum fordert die „KPD“ denn nicht lieber gleich, daß die Atomwaffen nur unter „Führung der Arbeiterklasse“ eingesetzt werden dürften und zu diesem Zweck bitte in der Kölner „Parteizentrale“ gelagert werden sollen?

Tatsache ist eben, daß die „KPD“ sich zum schneidigen Befürworter der imperialistischen Kriegsrüstung macht und daß sie sich ihre Bemerkungen dazu („nur zur Verteidigung unserer Unabhängigkeit“) genausogut in die Hand scheißen kann. Wo hätte es das je gegeben, daß Imperialisten den Einsatz ihrer Waffen auf die „Verteidigung der Unabhängigkeit“ beschränken?! Das begreift sogar ein geistig normal veranlagter Sozialdemokrat, daß es sowas nicht gibt!

Witzig (?) bzw. höchst makaber ist nebenbei, daß die „Rote Fahne“ die Notwendigkeit „e i g e n e r“ Atomwaffen der europäischen Imperialisten damit begründet, daß die US-Imperialisten im Kriegsfall **„nicht zögern würden, die Strategie der ‚verbrannten Erde‘ anzuwenden. Sie werden nichts unversucht lassen, um Europa ‚in die Steinzeit zurückzubomben‘“**.

Zweifellos! Aber ausgerechnet die „KPD“ hatte kürzlich die Völker Westeuropas dem „Schutz“ der US-Imperialisten empfehlen wollen – jedenfalls solange die westeuropäischen Imperialisten selbst noch nicht stark genug aufgerüstet sind. Bis dahin **„kann man den Abzug der USA-Truppen aus Europa nicht ernsthaft wollen. Das würde dem Sozialimperialismus direkt in die Hände arbeiten“** („Rote Fahne“, 11. Juni).

Dann schon lieber „verbrannte Erde“ und „Steinzeit“ – oder wie? Diese Leute sind nicht einfach bloß „Vaterlandsverteidiger“, sondern inzwischen sind sie offenbar schon bei der Devise „Lieber tot als rot“ angekommen. Lieber Westeuropa von den US-Imperialisten in Schutt und Asche legen lassen, als „dem Sozialimperialismus in die Hände zu arbeiten“. Sehr heroisch! Und auch ungeheuer patriotisch! ●

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Leserbrief

Leserbrief

Wer ist der Urheber des „Sozial“chauvinismus?

Im AK 62 hieß es in dem ansonsten vorzüglichen Artikel „Der K(r)ampf der Supermächte...diesmal im Mittelmeer“:

„,...Der KBW unterscheidet sich dabei von den ‚Vaterlandsverteidigern‘ leider nicht wesentlich – und das kann auch gar nicht anders sein, solange die gemeinsame Grundlage, die Thesen der chinesischen Außenpolitik bezüglich Europa, nicht in Frage gestellt wird. Denn diese sind das Mistbeet, auf dem die Blüte der „Vaterlandsverteidigung‘ gedeiht.“

So sehr die chinesische Außenpolitik als reaktionär zu kritisieren ist, so kann man sie jedoch nicht zum eigentlichen Verantwortlichen der Linie der „Vaterlandsverteidigung“ machen, wie es anscheinend in diesem Absatz geschieht.

Grundsätzlich kann man dazu sagen, daß für Fehler, die von Kommunisten gemacht werden, erstlinig sie selber verantwortlich sind. Wenn eine Organisation, die sich marxistisch-leninistisch nennt (und damit vorgibt, eine bewußte und von der Bourgeoisie unabhängige Politik zu machen), in den Sumpf des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus marschiert, egal unter welchen objektiven Bedingungen (z.B. denen der bürgerlichen chinesischen Außenpolitik), so ist diese Organisation knallhart an ihrem Anspruch zu messen und für ihre Schweinerei voll selbst verantwortlich zu machen.

Wenn die „Linke“ (sofern man bei „KPD“ und „ML“ von links reden kann) der bürgerlichen Außenpolitik der VR China kritiklos zustimmt und deren Linie noch aus der eigenen Zucht veredelt, so ist dies wesentlich auf den inneren Zustand der betreffenden Organisationen zurückzuführen: Wer seinen eigenen Kopf als Marxist nicht gebrauchen möchte und sich stattdessen gängigen reaktionären Vorurteilen verschreibt, der ist selber schuld, gerade dann, wenn er sich schon einiges marxistisches Wissen angeeignet hat (was man sogar von „ML“ern behaupten kann).

Die heutige Haltung der „Sozial“-chauvinisten hat ihre Tradition in der Studentenbewegung – man erinnere sich an die Haltung der „APO“ zu den „Prager Ereignissen“, wo voll in das anti-kommunistische Horn des „Antistalinismus“, des „demokratischen Sozialismus“ usw. gestoßen wurde.

Den Antikommunismus (vermengt mit richtigen marxistischen Kritiken des Revisionismus) hat die linke Bewegung in der BRD nie ganz überwunden („Wir sind ja auch gegen die ‚Mauer‘!“).

Ohne Frage ist daran das vom BRD Imperialismus geschürte besonders antikommunistische Klima in der BRD m i tverantwortlich.

Und es ist kein Zufall, daß gerade in der letzten Zeit, wo die imperialistische Hetze gegen die RGW-Staaten, besonders DDR und SU, wieder verstärkt wird, auch der Antikommunismus in der kleinbürgerlichen „ML-Bewegung“ die tollsten Blüten treibt.

Diese kleinbürgerlichen Kräfte haben sich nie konsequent vom Imperialismus gelöst und so entspricht der „linke“ Antikommunismus den erstarkten expansionistischen Bestrebungen des BRD-Kapitals, ist ihr widerwärtigster Auswurf. Wenn es also Bedingungen gibt, die den Sozialchauvinismus begünstigend vorantreiben, dann sind dies wesentlich die nationalen Bedingungen:

„Der Sozialchauvinismus als ein ganzes System von Ansichten geht von einer Reihe von grundlegenden ‚Prinzipien‘ aus, die für alle Länder gleich sind. Aber in jedem Land hat er seine Spielarten und Lokalfarben. Er ist ein Produkt seines ‚Vaterlandes‘. Und daher ist es ganz begreiflich, daß der Sozialchauvinismus eines bestimmten Landes auch umso unsympathischer ist, je feindlicher dem Sozialismus, je räuberischer die Außenpolitik ist, die sein ‚Vaterland‘ betreibt und ein je reaktionäreres Regime in der Innenpolitk des Landes herrscht.“
(G.Sinowjew, „Gegen den Strom“ 1915)

Es kommt dem Opportunismus des „ML“-Schrotts natürlich sehr entgegen, daß die chinesische Außenpolitik sich ebenfalls dem Imperialismus beugt und in den Arsch der Rokkefeller, Ford, Giscard und StrauSS kriecht, in der Hoffnung, durch „geschicktes“ Taktieren die politische Weltentwicklung zugunsten (?) der VR China zu gestalten. Somit kann sich der „ML“-Schrott auf das ehemalige Vorbild der Weltrevolution berufen, um seinen Opportunismus noch mit vorgeblich „roten“ Federn zu schmücken.

Um auf das AK-Zitat zurückzukommen: Die gemeinsame Grundlage der Verantwortlichen der „Vater-
landsverteidigung“ ist also nicht erstlinig die chinesische Außenpolitik.
landsverteidigung“ ist also nicht erstlinig die chinesische Außenpolitik, sondern die Offensive der westdeutschen bzw. EG-Bourgeoisie, der sich die Genannten entweder direkt anschließen oder aber nur halbherzig „entgegenstellen“. Dieses verschärfte imperialistische Klima ist also das mitverantwortliche „Mistbeet, auf dem die (willige) Blüte der ‚Vaterlandsverteidigung‘ gedeiht.“

Diese Differenzierung ist m.E. deshalb wichtig, um der „Vaterlandsverteidigung“ gezielt entgegentreten zu können: Um ihre reaktionäre Bedeutung zu entlarven, ist es eben nicht so sinnvoll, erstlinig über die globale Außenpolitik der VR China zu diskutieren, sondern die nach Osten gerichteten Aktivitäten des BRD- bzw. EG-Imperialismus und das entsprechende Kräfteverhältnis aufzudecken, d.h. auf den inneren Klassenfeind zu orientieren. Hier wird auch noch am ehesten die Diskussionsbereitschaft der aufrichtigen Genossen jener Gruppen zu finden sein, denn um den Klassenkampf gegen den BRD-Imperialismus zu führen, sind diese Genossen einst zu diesen Gruppen gestoßen.

Ein Westberliner Antichauvinist aus dem Druckbereich

Antwort der Redaktion

Der Meinung der Genossen stimmen wir weitgehend zu. Keinesfalls kann es in unserer Absicht liegen, die Ursachen der „Vaterlandsverteidigung“ nicht vorwiegend in den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft zu suchen, sondern im subjektiven Faktor des Einflusses der KP China. Tatsächlich ist die „Vaterlandsverteidigung“ klassenmäßig eine Reaktion auf die Faschisierung und Militarisierung nach innen und den expansionistischen Kurs nach außen des BRD-Imperialismus.

Festzuhalten bleibt, daß diese Politik unter den Linken zur Zeit kaum einen Stich bekommen würde, wenn sie sich nicht auf die „chinesischen Genossen“ berufen könnte, die diesem Rechtskurs erst die „weltrevolutionäre Weihe“ geben. Dafür kann die KP Chinas soviel oder sowenig wie die KPdSU für die internationale Verbreitung des modernen Revisionismus.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, dafür zu kämpfen, daß politisch-ideologische Bedingungen geschaffen werden, die es weitestgehend unmöglich machen, daß praktisch ganze Organisationen komplett wie eine Hammelherde herumschwenken, bloß weil ein „Vorsitzender“, womöglich unter Berufung auf die große „Bruderpartei“, es anordnet. Bedingungen also, in denen der Gebrauch des eigenen Kopfes zur allgemeinen Gewohnheit wird. ●

„KPD" Noch Widerstand gegen „Vaterlandsverteidigung"

Nicht ganz so glatt, wie es zunächst den Anschein hatte, scheint in der „KPD" die Kehrtwendung zur „Vaterlandsverteidigung" abzulaufen. So hatte bereits Semler, einer der „KPD"-Führer, in einer Rede angedeutet, daß sich die „KPD" diese Kehrtwendung „*im harten ideologischen Kampf erarbeitet*" hätte, daß es auch „*in den Reihen des ZK kontroverse Positionen*" gegeben hätte, daß inzwischen zwar „*die Reihen der Partei und die Reihen des Zentralkomitees gesäubert*" worden seien, daß aber „***auch jetzt dieser Prozeß des Kampfes um die richtige Linie noch nicht abgeschlossen***" sei („Rote Fahne", 2.7.75).

Wie es sich für eine solche Sekte gehört, hatte sich der gesamte „harte ideologische Kampf" samt „Säuberung" natürlich keineswegs in einer öffentlichen Auseinandersetzung um diese Fragen widersgetunismus" verstehen:

- Das RK Westberlin des KSV habe „*keine Anstrengungen*" gemacht, um den „*Kampf*" für die Freilassung der nach einem antikommunistischen Happening in Ostberlin inhaftierten „KPD"ler „*voranzutreiben*".

Das RK Westberlin des KSV habe eine „*opportunistische Abweichung von der Linie der Partei im Kampf gegen die Supermächte*" begangen und damit den KSV „*in eine Isolation*" geführt.

- Das RK Westberlin des KSV sei zur Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen bereit gewesen.
- Das RK Westberlin des KSV habe „*Mißtrauen gegen die politische Führung der zentralen Leitung*" gehabt.

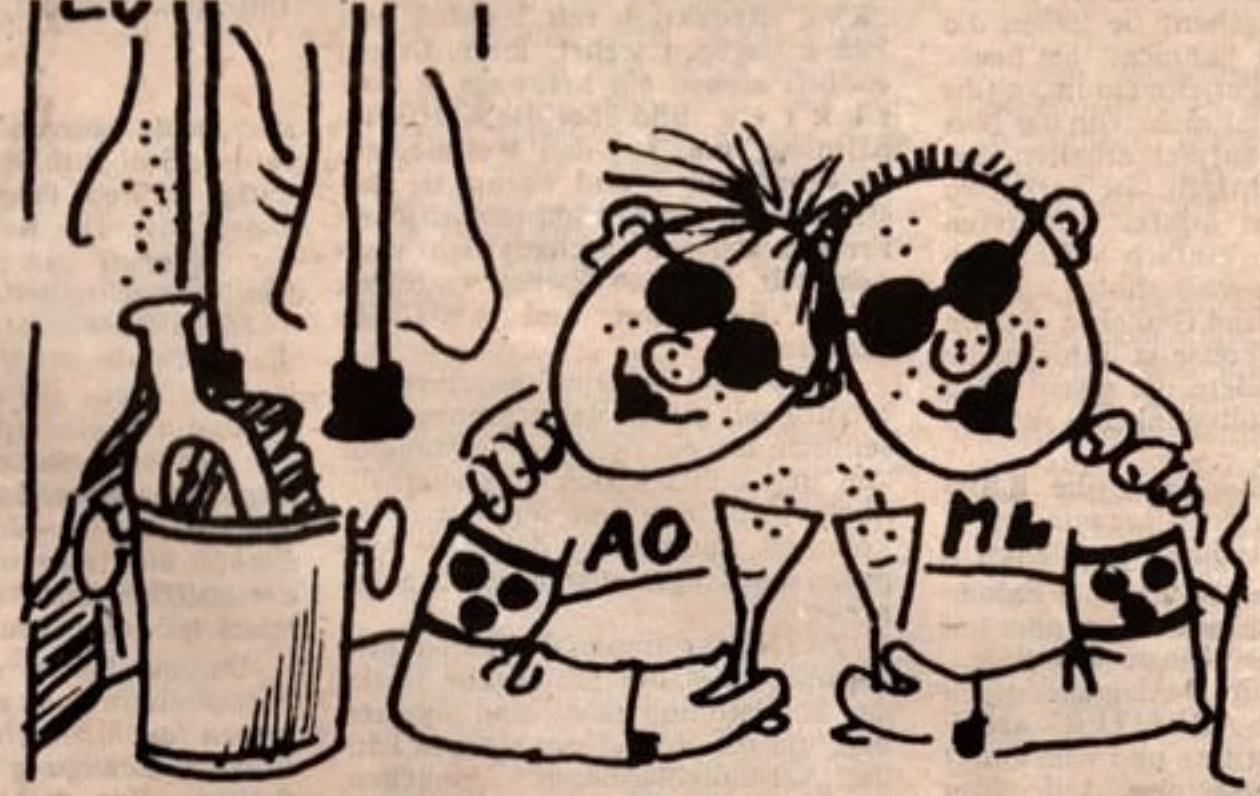
Der letzte Punkt ist besonders wichtig. Er bezieht sich offensichtlich darauf, daß einige Westberlimus:

- Die US-Truppen müßten vorerst in Europa bleiben, da die europäischen Länder allein zu schwach seien, um sich gegen den sowjetischen „Sozialimperialismus" zu „verteidigen".

Daher führe z. B. der Kampf gegen NATO-Truppenübungsplätze (Nordhorn u. a.) „*gegenwärtig in die Irre*". Diese Anlagen seien „*nötig, weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel mit uns hätte*".

- Die „KPD" müsse also „*die Volksmassen*" „*erziehen*", „*daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können*".
- „*Allgemeine Zersetzungspropaganda ist heute Wasser auf die Mühlen des sowjetischen Sozialimperialismus. Dasselbe gilt auch für allgemeine antiimperialistische Propaganda.*" –
- „***Nicht Wehrlosmachung, sondern Wehrertüchtigung***' sei die Aufgabe der „KPD". Auch der ‚Wehrkundeunterricht' in den Schulen sei deshalb „*nicht an sich schlecht und zu bekämpfen, wie es früher richtig schien*".

(alle Zitate aus „Rote Fahne", 16.7.75).



spiegelt.

Semlers Formulierung, daß die Durchsetzung der „richtigen Linie" (=„Vaterlandsverteidigung") „noch nicht abgeschlossen" sei, ließ auf weitere „**Säuberungen**" schließen.

Diese ließen denn auch nicht lange auf sich warten: In der „Roten Fahne" vom 16.7.75 wird mitgeteilt, daß das „Regionalkomitee" Westberlin des KSV (Studentenverband der „KPD") von der „Zentralen Leitung" des KSV a b g e s e t z t worden sei weil sich dort „*rechtsopportunistische Auffassungen durchgesetzt" hätten.*

Dieser Vorgang erscheint einigermaßen schwerwiegend für die gesamte „KPD", wenn man bedenkt, daß diese erstens in Westberlin ihre „Geburtsstätte" hat und Westberlin überhaupt die einzige Stadt ist, wo die „KPD" politisch eine Rolle spielt; und zweitens gerade die Studenten

schwerwiegend für die gesamte „KPD", wenn man bedenkt, daß diese erstens in Westberlin ihre „Geburtsstätte" hat und Westberlin überhaupt die einzige Stadt ist, wo die „KPD" politisch eine Rolle spielt; und zweitens gerade die Studenten

die reale „Klassenbasis" der „KPD" bilden.

Bemerkenswert ist auch, was die „KPD"-Führer unter „Rechtsopportunismus" verstehen: [...] ner KSVler nicht bereit waren, jedem neuen Schwenk v o r b e h a l t l o s zu folgen. Der Artikel der „Roten Fahne" klagt auch allgemein darüber, daß es bei den Studenten mit dem „*radikalen Umdenken*" (= Kehrtwendung zur „Vaterlandsverteidigung") Schwierigkeiten gegeben hätte und diese teilweise zur „*Umsetzung der Linie der KPD*" nicht mehr ohne weiteres bereit seien.

Immerhin ist aber auch in den letzten Monaten d e n Genossen in „KPD" und KSV, die dort ehrlich der Arbeiterklasse zu dienen meinen, einiges an „***radikalem Umdenken***" zugemutet worden:

Schon begnügen sich die „KPD"-Führer nicht mehr damit, den Kampf gegen den BRD-Imperialismus dem „Kampf gegen die beiden Supermächte" „unterzuordnen", d. h. das „Bündnis" mit der BRD-Monopol-

zugemutet worden:
Schon begnügen sich die „KPD"-Führer nicht mehr damit, den Kampf gegen den BRD-Imperialismus dem „Kampf gegen die beiden Supermächte" „unterzuordnen", d. h. das „Bündnis" mit der BRD-Monopol-

bourgeoisie zu propagieren. Inzwischen propagieren sie immer offenkundiger auch die Abschwächung des Kampfes gegen den US-Imperialis-

Daß bei diesem „radikalen Umdenken" manchem „KPD"-Genossen nicht ganz wohl ist, der eigentlich den BRD-Imperialismus bekämpfen wollte und der nun zum „Bündnis" mit diesem und sogar zur Propaganda für das Verbleiben der US-Truppen in Europa aufgefordert wird, läßt sich denken. Da wird es für die „KPD"-Führer noch einiges zu „säubern" geben, bevor sie ihren Laden völlig „auf Linie" haben!

Aber auch von einer anderen Seite droht den „KPD"-Führern Gefahr, nämlich von den brutalen Umarmungsversuchen der „KPD/ML"

„KPD"-Führer noch einiges zu „säubern" geben, bevor sie ihren Laden völlig „auf Linie" haben!
Aber auch von einer anderen Seite droht den „KPD"-Führern Gefahr, nämlich von den brutalen Umarmungsversuchen der „KPD/ML"

(dazu auch Artikel in diesem AK). In einer Stellungnahme „Für die Einheit der Marxisten-Leninisten" („Rote Fahne", 16.7.75) argumentieren die „KPD"-Führer gegenüber diesen Umarmungsversuchen nur noch rein defensiv: Sie weisen die plumpsten Lügen von Aust & Co. zurück, soweit es um zurückliegende Ereignisse geht (Gründung der „KPD" usw.); sie grenzen sich aber inhaltlich nicht von der Linie der „KPD/ML" ab.

Vor diesem Hintergrund ist fraglich, wie lange die „KPD" überhaupt noch ihre Existenz aufrechterhalten kann:

- Kommunisten und ehrliche revolutionäre Elemente werden schrittweise „hinausgesäubert" bzw. trennen sich von sich aus von dieser Organisation – wobei zu befürchten ist, daß viele erst einmal aus der politischen Arbeit herausfallen oder sich resigniert refomistischen Organisationen zuwenden;
- der verbleibende Schrott dürfte es für attraktiver halten, sich um die Fahne von Aust & Co. zu scharen. Ist doch die „KPD/ML" offenbar in China um einiges besser angesehen als die „KPD"; stärker in den Betrieben als die „KPD"; rabiater und bedenkenloser in antikommunistischer Demagogie als die „KPD"; zugleich aber vorsichtiger mit Stellungnahmen zu „heiklen" Themen, wo die Haltung der „chinesischen Genossen" möglicherweise noch nicht klar ist.

Alles das sind Pluspunkte für die „KPD/ML" bei ihrer Umarmungstaktik gegenüber der „KPD". **Die Arbeiterklasse brauchte allerdings der „KPD" keine Träne nachzuweinen, falls diese in der Umarmung der „KPD/ML" verschwinden sollte.** ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Vaterlandsverteidiger" und ihre „Solidarität" mit den kämpfenden Völkern

Am Sonnabend, den 5.7.75, fand von der Hamburger „Cabral-Gesellschaft" eine Feier zur Unabhängigkeit der Kapverden statt. Um hier unsere Zeitungen zu verkaufen und an der Feier teilzunehmen, ging auch ich dort hin.

Am Eingang des Saales – ich packte gerade meine Zeitungen aus – machte mich ein Genosse von der „Liga gegen den Imperialismus" (der „KPD" nahestehend) an: „Was will der KB denn hier? Leute, die meinen, daß in Portugal ein fortschrittlicher Prozeß im Gange ist, haben auf unserer (?!) Veranstaltung nichts zu suchen!"

Da dieser Typ immer um mich herumscharwenzelte und reaktionäre Sprüche über die Arbeiter in Portugal abließ („Die Meinungsfreiheit ist in ernster Gefahr..." etc.) ging ich ein paar Meter weiter. Aber ich kam vom Regen in die Traufe: Drei KPD/ML-er bauten sich sofort vor mir auf und meinten, „Revisionisten und Verteidiger der Sozialimperialisten" hätten auf „ihrer" Feier nichts zu suchen.

Auf die Frage nach dem Hauptfeind der Völker Afrikas kam eine „klare" Antwort:

- „Die Hauptgefahr für die Völker Afrikas ist das Vorrücken des Sozialimperialismus auf diesem Kontinent!"

(Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann diese Brüder offen gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika Stellung beziehen. Denn diese haben ja fast alle die besten Beziehungen zu den „Sozialimperialisten.")

Den dicksten Hammer leisteten sich aber die ML-er zur Situation in Chile:

- „Dort ist es nicht so schlimm wie in der DDR! In Chile sitzen Arbeiter im KZ, in der DDR auch. In Chile werden Arbeiter erschossen, in der DDR auch – nämlich dann, wenn sich die Arbeiter für die bürgerlichen Freiheiten in der BRD entscheiden und flüchten wollen.

In Chile werden die Arbeiter zwar tausendfach hingemordet, es bleiben aber immer noch welche über! Die sozialimperialistische DDR nimmt den Arbeitern langfristig ihre Waffen und das ist viel schlimmer als der Faschismus in Chile!!!"

Eigentlich verwunderlich, daß diese Typen nicht schon längst neben dem „Roten Morgen" die faschistische „National- und Soldatenzeitung" verkaufen!

Zu guter letzt bekam ich den „Vorwurf" zu hören: „***Ihr seid ja bei Lenin stehengeblieben.***"

Das ist aber immer noch besser als bei Ernst Aust! ●

Ein AK-Leser und Verkäufer

Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten — DM 2,–
○ Teil 2
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM 6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen**
Broschüre der Frauengruppe des Kommunistischen Bundes
82 Seiten DM 5,–

○ **Sondernummer DIE INTERNATIONALE**
Portugal
Armee und Revolution
12 Seiten DM 1,–

○ **Sondernummer ARBEITERKAMPF**
Zur Außenpolitik der VR China
12 Seiten DM 1,–

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

Schallplatten

Lieder des Hamburger Straßentheaters

○ Sie haben den Präsidenten....
17 cm DM 5,–

○ Wir führen den Kampf weltweit
17 cm DM 5,–

○ **GUTEN MORGEN!** Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **„Das politische Lied"** DM -,5o
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferbaren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(64)

Anschrift: ______________________

____

____

(Datum) (Unterschrift)

Flucht in die Demagogie

KBW weiß nicht mehr weiter

Die politische Auseinandersetzung mit dem Kommunistischen Bund war noch nie die Stärke der KBW-Führer. Inzwischen hat aber ihr geistiger Tiefflug ein geradezu klägliches Niveau erreicht. Anders als mit plumpster Demagogie und immer neuen Lügen können sich diese Leute anscheinend nicht mehr über Wasser halten.

Daß wir ständig und im Detail n a c h g e w i e s e n haben, daß der KBW mit total falschen (nämlich grotesk übertriebenen) Zahlen und Behauptungen über militärische Stärke, Stützpunkte etc. der Sowjetunion arbeitet, können die KBW-Führer natürlich nicht widerlegen. Immerhin haben sie es bis heute fertig gebracht, auf k e i n e n dieser Punkte k o n k r e t einzugehen; sie haben die Lumperei fertig gebracht, bis heute k e i n e ihrer Falschmeldungen (die z. T. nicht einmal mehr von der bürgerlichen Presse aufrechterhalten werden!!) zu berichtigen. Sie verfahren so, daß sie die ärgsten entlarvten Schauermärchen einfach stillschweigend nicht mehr wiederholen und dafür neue Lügen und Gerüchte (wovon die bürgerliche Presse ja immer neue bringt, insbesondere die sagenhaften „sowjetischen Stützpunkte") aufzutischen.

Bisweilen sehen sich die KBW-Führer natürlich doch gezwungen, in ihrer Presse Stellung zu nehmen. Nicht etwa, um entweder ihre Falschmeldungen zurückzunehmen oder um den Vorwurf der Lüge zu widerlegen, sondern um mit Demagogie gegen den KB und den ARBEITERKAMPF Verwirrung zu stiften und vom Punkt der Auseinandersetzung, d. h. ihrer permanenten Lügen-Praxis, irgendwie abzulenken.

In der „KVZ" vom 17. Juli findet sich wieder mal so ein trauriges Produkt, für das sich die Redaktion persönlich verantwortlich erklärt. Peinlich, peinlich! Da wird so beiläufig erwähnt, der *„KB Nord"* (damit sind wir gemeint, sei der Meinung, daß die Sowjetunion weniger Kriegsschiffe habe *„als allgemein* (? !) *behauptet wird"*, und daß die Sowjetunion weniger Stützpunkte habe *„als oft gesagt würde"*.

Ganz schön dreist, kann man da nur sagen! W e r behauptet denn „allgemein"? Von w e m „wird oft gesagt" ...? – Tatsache ist, daß es hier um Behauptungen der b ü r g e r l i c h e n Presse (und das bedeutet letzten Endes der imperialistischen Generalstäbe) über die angebliche militärische Stärke etc. der Sowjetunion geht. Tatsache ist, daß der KBW diese Behauptungen einfach nachplappert und jetzt sogar noch dummfrech erklärt, dies würde eben **„allgemein behauptet"**.

Es wäre allerdings neu, daß Kommunisten solche Behauptungen der Imperialisten n i c h t mehr anzuzweifeln brauchen, sondern sie gläubig nachzubeten haben. Das ist eine Mode, die von den „Vaterlandsverteidigern" eingeführt wurde und die geradewegs ins Lager der Reaktion führt. Wer nicht ganz auf den Kopf gefallen ist, weiß doch, daß auf kaum einem Gebiet soviel gelogen wird wie auf dem der militärischen Statistiken und Angaben. Die „KVZ" geht offenbar selbst davon aus, wenn sie schreibt, daß sowjetische Dementis *„nichts wert"* seien („KVZ", 26. Juni). Das ist prinzipiell richtig – aber warum geht die „KVZ" nicht mit derselben Skepsis an die Behauptungen der „eigenen" Imperialisten heran? – Da wird dann auf einmal „allgemein behauptet", und basta ...

Es ist jedoch keineswegs so – wie die „KVZ"-Redaktion dümmlich weismachen will – daß hier eben bloß „Meinung gegen Meinung" stünde, wobei der KBW die „allgemeine Meinung" vertritt und der KB irgendeine besondere Meinung, die wir uns vielleicht aus den Fingern gesaugt oder aus der „Prawda" herausgelesen hätten.

Vielmehr haben wir ausführlich und ständig n a c h g e w i e s e n, und zwar anhand der bürgerlichen Presse s e l b s t, daß eine ganze Reihe von Behauptungen (die auch vom KBW übernommen wurden), offenkundig widersprüchlich, falsch und teilweise einfach lächerlich sind. So hat selbst die bürgerliche Presse beispielsweise einige von ihr behauptete „sowjetische Stützpunkte" von der Liste streichen müssen – ohne daß die „KVZ"-Redaktion sich ihrerseits bis h e u t e zu einer Richtigstellung bequemt hätte!! Ebenso haben wir bezüglich der sowjetischen Flottenstärke Widersprüche und Falschmeldungen konkret nachgewiesen (siehe auch Artikel in diesem AK).

Die „KVZ"-Redaktion turnt sich beachtlich einen ab, um gerade auf d i e s e n Punkt nicht einzugehen. In der Manier des allerdümmsten „Vaterlandsverteidigers" stellen sie sich jetzt schon hin, und erklären treuherzig, schließlich sei es belanglos, ob ihre Behauptungen über „sowjetische Stützpunkte", Flottenstärke etc. richtig oder völlig übertrieben sind. Jedenfalls habe die Sowjetunion Kriegsschiffe, davon einige auch auf den Weltmeeren – das könnten wir doch wohl nicht abstreiten. In der Tat. **Es fragt sich nur, warum sich die „KVZ"-Redaktion mit Händen und Füßen dagegen wehrt, ihren Lesern endlich einmal ein halbwegs k o r r e k t e s Bild über die Kräfteverhältnisse, u.a. auf den Weltmeeren, zu vermitteln – und warum sie sich stattdessen von den imperialistischen Propagandalügen durchaus nicht trennen will. Welchen Zweck verfolgen „KVZ"-Redaktion und KBW-Führung damit?**

Schließlich ist eine Auseinandersetzung mit diesen Behauptungen wesentlich, um ein richtiges Verständnis von den militärischen Kräfteverhältnissen in Europa und der Welt zu bekommen, und um von daher die Aufgaben der Kommunisten richtig anzugeben.

Zweck der imperialistischen Propaganda ist es, die militärische Stärke der Sowjetunion maßlos zu übertreiben, um die Völker der eigenen Länder „verteidigungsbereit" zu machen, um die eigene Kriegsrüstung zu rechtfertigen und um beispielsweise davon abzulenken, daß es nicht die Sowjetunion, sondern die USA sind, die ein weltweites Netz von Militärstützpunkten unterhalten.

Diese imperialistische Propaganda nicht etwa zu widerlegen und ihren Zweck zu entlarven, sondern rundum zu übernehmen (mit dem „Argument", dies würde halt so „allgemein behauptet" und ob es stimmt, sei ja gleichgültig) und hartnäckig an ihnen festzuhalten, können wir nicht als kommunistische Politik ansehen. So etwas dient vielmehr objektiv der „Vaterlandsverteidigung".

Die „KVZ" vom 17. Juli enthält noch ein weiteres Beispiel erbärmlichster Demagogie gegen den KB. Da soll dem „KVZ"-Leser glauben gemacht werden, der KB bzw. genauer **„die Frauen im KB (Nord)"** seien bürgerlichen Theorien vom „Konsumterror" erlegen. Bewiesen wird freilich nichts, sondern bloß allerlei wirres Zeug zusammengeschmiert, sogar noch das „progressive Christentum" und irgendein Pfarrer der „KPD" mit darunter gerührt und dieser Mist als angebliche Auffassung der „Frauen im KB-Nord" ausgegeben.

Stimmen tut daran bloß, daß in einem Artikel zum Geburtenrückgang in AK 63 erwähnt wurde, daß der Kapitalismus den Menschen *„ein durch Prestige-Denken bestimmtes Sozialverhalten"* aufzwingt. Nach allerlei närrischen Unterstellungen (wir seien der Meinung, daß die Arbeiter Kaviar am Wochenende essen usw. usf.) heißt es dann in der „KVZ": **„So stellen sich die KB-Frauen das Leben der Arbeiter im Kapitalismus vor"**.

Diesen Schmierfinken von der „KVZ" sei gesagt, daß die „KB-Frauen" ein ziemlich klares Bild vom Leben der Arbeiter haben, da sie selbst zum großen Teil dazu gehören. Vom KBW dagegen ist bekannt, daß er, höflich ausgedrückt, in der Arbeiterklasse nicht gerade verankert ist, wie zuletzt auch die Betriebsrätewahlen wieder einmal bewiesen haben. Wer das Leben der Arbeiterklasse kennt, weiß recht gut, welche Rolle heute noch der ideologische Einfluß der Bourgeoisie u.a. in Form von „Prestige"-Denken, unter den Arbeitern spielt. Romantische Vorstellungen hierzu (das „Proletariat" mit Heiligenschein, wo es in den Familien „demokratisch" zugeht und bürgerliches Denken keine Rolle spielt) findet man am ehesten bei Leuten, die das Leben der Arbeiterklasse wirklich nur von sehr weit weg „kennen".

Dieser Artikel, der fast nur mit Unterstellungen arbeitet, zeigt, daß die „KVZ"-Redaktion sich nicht scheut, den dümmsten Kack abzudrucken – wenn's nur irgendwas gegen den „KB-Nord" ist. Diese Leute sind wirklich geistig bankrott! ●

Vaterlands rufen zur

„Man muß sich durch das Geschrei nach ‚Einigung' nicht beirren lassen.. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter . . . Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einem unbestimmten Brei zusammen rühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (...) oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt (...) oder bewußt verfälschen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier".
(Engels an A. Bebel, 20.6.1873)

Der „Rote Morgen" der „KPD/ML" vom 5. Juli enthält eine viereinhalbseitige (!) Rede ihres „Vorsitzenden" Ernst Aust. Die Rede ist als Aufruf zur *„Einheit der Marxisten-Leninisten"* überschrieben.

Diese Rede richtet sich speziell an die gleichfalls der Vaterlandsverteidigung verfallene „KPD"; dieser wurden noch durch eine spezielle Botschaft *„Gespräche zwischen den führenden Genossen unserer beiden Organisationen mit dem Ziel der Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats"* angeboten.

Darüber hinaus wendet sich Aust aber auch an *„alle anderen Organisationen (auch der kleinen) der revolutionären Bewegung"* mit der Aufforderung *„Von nichts kommt nichts. Da muß man sich schon zusammensetzen."* Gemeint sind damit offenbar *„auf überregionaler Ebene die Gruppe Rote Fahne (KPD), der KBW, auf regionaler Ebene der KB Nord, der KABD und der Münchner Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"*.

Die „KPD" reagierte postwendend mit der Erklärung, sie werde Austs Rede *„gründlich lesen und prüfen, welche neuen Gesichtspunkte sie enthält. Der Eröffnung von Gesprächen zwischen den Parteileitungen steht nichts im Wege"*. Ansonsten wurde versichert, *„wir werden den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten noch verstärken"* und *„An das Ziel der Einheit aller Kommunisten in einer Partei muß mit großer Ernsthaftigkeit und mit großem Nachdruck herangegangen werden"* („Rote Fahne" vom 2. Juli – die Rede Aust war der „KPD" im vorweg als Manuskript zugestellt worden).

Es bleibt abzuwarten, ob es sich nur um einen der schon üblichen Wettbewerbe im „Einheits"-Schreien handelt, oder ob jetzt ernsthaft an eine Vereinigung von „KPD/ML" und „KPD" gedacht ist. Zweifellos haben die „chinesischen Genossen", um deren Gunst sich beide Gruppen bemühen, anläßlich des China-Besuchs von beiden Gruppen im Mai auf verstärkte Bemühungen um „Einheit" gedrungen.

Man mag sich daran erinnern, daß beide Gruppen schon anläßlich ihrer „Aktionseinheit" zum diesjährigen 1. Mai ein lautstarkes „Einheits"geschrei anstimmten – *„Es ist unbedingt notwendig, einen entschiedenen Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zu führen"* (aus der gemeinsamen Erklärung der beiden Gruppen). Tatsache ist, daß sich beide Gruppen bei der konkreten Durchführung ihrer „Aktionseinheit" am 1. Mai nach Kräften gegenseitig zu übertölpeln versuchten und danach in ihrer Presse wieder wild übereinander herfielen, wobei die „KPD/ML" der „KPD" schließlich u. a. vorwarf, der *„konterrevolutionäre Charakter ihrer Politik"* sei *„weitgehend bloßgelegt worden"* („Roter Morgen", 31. Mai).

Jetzt scheint indessen mal wieder die „Einheit" Trumpf zu sein.

Aust mag dabei aber auf die eitle Behauptung nicht verzichten, daß die „KPD/ML" *„im Gegensatz (!) zu den anderen Organisationen im Kampf gegen den modernen Revisionismus*

Wegen der Urlaubssituation und der Häufung aktueller Meldungen (insbesondere Portugal) ist der 2. Teil des Artikels „Die chinesische Außenpolitik bringt die Opportunisten in Schwierigkeiten" für diesen AK nicht mehr fertig geworden. Er erscheint nunmehr im nächsten AK.

verteidiger „Einheit"

Fortsetzung von Seite 42

entstanden" sei, daß sie (anscheinend als einzige? !) *„ihre korrekte (!? ? ?) marxistisch-leninistische Linie weiterentwickelt (!?) und sich zunehmend in den Betrieben verankert"* habe, daß sie eine *„disziplinierte bolschewistische Partei"* sei, *„daß uns die Partei der Arbeit Albaniens als Bruderpartei anerkennt"*, daß Aust selbst gar *„vom Mitglied des Politbüros der KPCh, dem Genossen Yao Wen-yüan empfangen"* wurde – während sich außerhalb der „KPD/ML" nur das *„Unkraut* (!!) *des Zirkelwesens"* befinde. All dies erwähnt Aust 'natürlich' nur, um dann zu mahnen: *„Wir müssen uns vor jeder Überheblichkeit den anderen revolutionären Organisationen gegenüber hüten ... auch die anderen Organisationen haben mehr oder minder kommunistische Aktivitäten geleistet"*.

Aust's „Bescheidenheit" wird nur noch übertroffen durch die „Großmütigkeit", mit der er in seiner Rede allen seinen Kränkern und Beleidigern vergibt, die z. B. – wie vor einiger Zeit die „KPD" – behaupten, er habe *„Watte im Kopf und Schaum vorm Mund"*. *„Soll ich ihnen das übelnehmen, nachtragen? "*, fragt Aust, und antwortet: *„Nein, Genossen"*! – Da sieht man förmlich Jesus am Kreuz vor sich: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!" ...

Man muß sich auseinandersetzen!!

Im Zirkelwesen (d. h. der Existenz verschiedener kommunistischer Organisationen) kann Aust nur ein „Unkraut" sehen, für das der *„moderne Revisionismus"*, *„kleinbürgerliche Karrieristen"* und *„Agenten der Bourgeoisie"* verantwortlich seien.

Wir halten dagegen das Zirkelwesen in der Anfangsphase einer kommunistischen Bewegung für notwendig. Lenin bemerkt im Vorwort zum Sammelband „Zwölf Jahre": *„Zu ihrer Zeit waren die Zirkel notwendig und spielten eine positive Rolle"*. Das Zirkelwesen sei *„deswegeh und nur (!) deswegen überholt, weil der Kampf der Zirkel die grundlegenden Fragen der Sozialdemokratie in aller Schärfe zur Debatte gestellt* (!!), *sie in unversöhnlich revolutionärem Sinn entschieden und damit die feste Basis*
in unversöhnlich revolutionärem Sinn entschieden und damit die feste Basis
für eine breitangelegte Parteiarbeit geschaffen hat".

Deswegen heißt das Gebot der Stunde nicht *„Man muß sich zusammensetzen"* (Aust), sondern: **Man muß sich a u s e i n a n d e r setzen.** Nämlich über die politisch-ideologischen Fragen kommunistischer Strategie und Taktik. Und zwar breit und öffentlich in der kommunistischen Presse!

Es ist sicher kein Zufall, wenn Leute, die noch kürzlich blind mit Begriffen wie „Konterrevolutionäre" und „Agenten des Sozialimperialismus" um sich schlugen, plötzlich jovial dazu aufrufen, man möge sich das gegenseitig nicht übelnehmen, alles seien im Grunde *„Widersprüche im Volk"*, und jetzt müßte man sich „zusammensetzen". Beides sind die wechselnden Seiten derselben Medaille – nämlich der politisch-ideologischen Prinzipienlosigkeit.

Es ist sicher auch kein Zufall, daß in der ganzen langen Rede kein Wort von dem tiefen Widerspruch fällt, der heute in Sachen „Vaterlandsverteidigung" besteht.

Wir haben uns schon Ende Februar (einen Monat vor dem offiziellen Übergang der „KPD/ML" zur Politik der „Vaterlandsverteidigung"!) mit einem „Offenen Brief" an KBW, „KPD" und „KPD/ML" gewandt, wo wir genau die Entwicklung zur „Vaterlandsverteidigung" warnend voraussagten. Wir haben damals die betreffenden Organisationen dazu aufgefordert, diesen (etwa eine Seite langen) Brief in ihrer Presse zu veröffentlichen. Unsererseits boten wir an, Antworten in derselben Länge im ARBEITERKAMPF zu veröffentlichen. K e i n e der angesprochenen Organisationen, also auch der KBW nicht, hat darauf überhaupt geantwortet! Von den „Einigkeits"schreiern der „KPD/ML" natürlich ganz zu schweigen!

Die Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung kann unserer Ansicht nach nicht anders vorangetrieben werden, als durch eine scharfe Auseinandersetzung an den tatsächlichen Standpunkten und insbesondere durch einen unversöhnlichen Kampf gegen die Politik der „Vaterlandsverteidigung". ●

Bremen:

CDU erhebt Verfassungsklage gegen demokratischen Universitätsaufbau

Der Bremer „Reform-Universität", die seit ihrer Gründung Angriffen, Beschimpfungen und Verleumdungen von Reaktionären unterschiedlichster „Qualität" ausgesetzt ist, soll es jetzt offensichtlich an den letzten Rest Reform-Substanz gehen: die Drittelparität der Hochschulgremien soll zu Fall gebracht werden. – Die CDU, für die sich das Bundesverfassungsgericht (BVG) ja bereits als Instrument zur Durchsetzung ihrer reaktionären Ziele bewährt hat (s. § 218), hat jetzt durch ihre Bundestagsfraktion beim BVG und durch ihre Fraktion in der Bremer Bürgerschaft beim Bremer Staatsgerichtshof Klage erhoben, um die drittelparitätische Beschlußfassung der leitenden Universitätsgremien verbieten zu lassen.

Die Bremer Uni wird vielfach als „Bremer Modell" bezeichnet, weil die traditionellen Privilegien einer kleinen Gruppe der Hochschullehrer, der Ordinarien, durch die prinzipielle Gleichberechtigung aller an der Universität Studierenden und Beschäftigten ersetzt wurde. So werden die Organe und Gremien der Bremer Uni (entsprechend den 23 Bildungspolitischen Thesen des DGB) zu gleichen Teilen von Vertretern der beteiligten Gruppen, nämlich Studenten, Dienstleistern (Verwaltungsangestellte, Haus- und Betriebstechniker usw.) und Hochschullehrern gebildet, die bei sog. Gremienwahlen von den jeweiligen Gruppen jährlich neu gewählt werden. Der Konvent z.B., das „Parlament" der Uni, setzt sich aus 20 Hochschullehrern, 20 Dienstleistern und 20 Studenten zusammen. Der Konvent wählt den Rektor der Universität sowie die zahlreichen wiederum drittelparitätisch besetzten Ausschüsse und Kommissionen und den „Akademischen Senat", das höchste Organ der Universität. Die
den „Akademischen Senat", das höchste Organ der Universität. Die
Hochschulreformer behaupten, daß mit der drittelparitätischen Zusammensetzung der Gremien und Organe verhindert werden soll, daß feste Mehrheitsfraktionen bestehen, die jedes Abstimmungsergebnis vorwegnehmen. – Relativ stabile Mehrheitsfraktionen haben sich natürlich inzwischen trotzdem längst herausgebildet, da die Sozialdemokraten in allen wichtigen Gremien über die Mehrheit verfügen. Ein weiterer, wesentlicher Zweck, der mit dieser Art Mitbestimmung verfolgt wird, ist die Verlegung von Konflikten und Spannungen weg von der breiten Auseinandersetzung an der Basis in irgendwelchen Gremien hinein, wo man nach „friedlichen „Lösungswegen suchen soll. – Die ganze Mitbestimmung und Gleichberechtigung kann allerdings auch bei noch so viel reformistischem Eifer nichts am grundsätzlichen Charakter der Universität Bremen ändern: sie bleibt eine bürgerliche Eliteschule, in der sich die Bourgeoisie ihre Nachwuchskader heranbildet, die sie zur effektiveren Ausbeutung der Arbeiterklasse einsetzt. Allerdings bietet die Bremer Uni aufgrund ihrer demokratischen Strukturen für fortschrittliche Studenten und Hochschullehrer bessere Bedingungen als an anderen Hochschulen der BRD zur Einflußnahme auf Studieninhalte, Berufungen von Hochschullehrern usw., Die Beteiligung der Studenten an wichtigen Entscheidungsgremien kann als eine Bühne für ihren demokratischen Kampf genutzt werden.

Insgesamt muß die Bremer Uni wohl als eine der letzten „Reform"-Ruinen in der Bundesrepublik qualifiziert werden – vergleichbar den wenigen Gesamtschulen. Einst als Freiplatz für linksreformistische Idyllik und Integrationsinstrument angepriesen und in der Regel mit viel Geld hochgezogen, verrotten diese letzten Trutzburgen der SPD – „Reformpolitik" im neuen Klima der beschleunigten Faschisierung. Und es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sie „ausgehungert", verboten oder auf andere Weise liquidiert sein werden.

Der SPD-Führung kann ohne weiteres unterstellt werden, daß sie ganz bewußt ihre „Reform"-Bestrebungen zweifelhafter Art von vornherein auf (kostspielige) Prestige-Objekte konzentriert hat – statt in die Breite zu gehen – weil solche Objekte natürlich viel leichter „zurückgenommen" (etc.) werden können als eine der M a s s e der Schüler und Studenten dienende Reform des Bildungswesens.

Die neueste Attacke der CDU-Reaktionäre auf Mitbestimmungseinrichtungen der Bremer Uni muß genau in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Auch der SPD-Führung in Bremen ist die demokratische Organisationsform der Uni inzwischen ein Dorn im Auge. Schon im Februar dieses Jahres hatte Bürgermeister Koschnik bei einer Fragestunde im Bundestag die *„Neuregelung der Universitäts-Mitbestimmung bis zum Ende dieser Legislaturperiode"* (laut „Weser-Kurier" v. 14.6.75) angekündigt. Wegen des (noch) vorhandenen Widerstandes innerhalb der SPD kommt diese „Neuregelung" bis zu den Wahlen im September nicht mehr zustande. Auch würde sie eine Bankrotterklärung der bisherigen SPD-Hochschulpolitik in Bremen bedeuten. Deshalb will sich der SPD-Senat dieses Geschäft von dem erwarteten reaktionären bundeseinheitlichen Hochschulrahmengesetz abnehmen lassen. Bildungssenator Thape: *„Es wäre aber unsinnig, die Korrekturen am Bremer Universitätsgesetz zu einem Zeitpunkt vorzunehmen, da die endgültigen Formulierungen der bundeseinheitlichen Regelung noch nicht bekannt sind"* (lt. „WK", v.14.6.75).

Also, die „Korrekturen" sind beschlossene Sache, es muß nur noch der günstigste Zeitpunkt abgewartet werden. War die Bremer Uni noch 1971 ein Wahlschlager der SPD bei den Bürgerschaftswahlen, so hat sie im jetzigen Wahlkampf angesichts der ständigen reaktionären Hetze gegen die Uni, auch von der SPD-Rechten, allergrößtes Interesse daran, daß in der Öffentlichkeit möglichst wenig über die Uni geredet wird. Die Verfassungsklage der CDU zum jetzigen Zeitpunkt ist geeignet, das für die SPD unbequeme Thema in der Wahlkampfperiode „warmzuhalten" und das ganze SPD-„Reformwerk" als „verfassungswidrig" erscheinen zu lassen.

Die Leitungsgremien der Universität haben inzwischen angekündigt, daß *„die Universität Bremen sich im Bündnis unter anderem mit den Gewerkschaften erfolgreich gegen die neuerlichen, in Form der Verfassungsklage vorgetragenen Angriffe der CDU auf die Drittelparität zur Wehr setzen"* wird (laut Bremer Universitäts-Zeitung v. 1.7.75).

Wir Studenten werden uns gegen j e d e n Angriff auf alle Einrichtungen, Möglichkeiten und Rechte zur demokratischen Interessensvertretung und für eine fortschrittliche Hochschulpolitik mit „Zähnen und Klauen" zu verteidigen haben. Jeder Fußbreit demokratischen Bodens mußte der Bourgeoisie erst abgerungen werden. Alle Versuche, uns demokratischen Boden streitig zu machen, ob von Sozialdemokraten oder CDU-Reaktionären vorgetragen, müssen mit konkreten Kampfschritten der Betroffenen beantwortet werden.

●

KB/Gruppe Bremen
– Hochschulgruppe –

Westberliner Senat fordert die „Freiheit", in der Spree umzukommen

Eine - offensichtlich angetrunkene - ca. 30 Jahre alte Westberlinerin sprang am 25.6.75 am Gröbenufer (Westberlin-Kreuzberg) in die Spree. Sie wurde jedoch rechtzeitig von einem DDR-Patrouillenboot wieder aus dem Wasser gefischt. (Die Spree gehört an dieser Stelle in voller Breite zum Territorium der DDR). So weit eigentlich ein im Kapitalismus recht alltäglicher Vorfall.

Stutzig macht allerdings, daß an dieser Stelle der Spree schon vorher vier Menschen ertrunken sind. Wiederholt waren Kreuzberger Kinder an der ziemlich steilen Uferböschung verunglückt. Also ein Fall von grober Fahrlässigkeit seitens des Westberliner Senats, der ja für die Sicherung der Uferböschung verantwortlich wäre? Nein, nicht Fahrlässigkeit, der Senat verzichtet vielmehr b e w u ß t auf sichernde Zäune, *„um Flüchtlingen nicht den Weg in die Freiheit zu versperren"*. . . So jedenfalls hatte sich der Senat geäußert, als hier am 11. Mai ein türkischer Junge ertrunken war.

Damals ging eine Welle der „Empörung" und „Entrüstung" durch die bürgerliche und sozialchauvinistische Presse – nicht über den Westberliner Senat, der sich geweigert hatte und ausdrücklich weiter weigert, die Uferböschung zu sichern, sondern über die „Unmenschlichkeit", die „menschenverachtende Haltung der Kommunisten", über die „Kindesmörder" aus der DDR, die der Westberliner Feuerwehr den Einsatz in ihren Grenzgewässern verwehrt hatten.

Bewußt verschwiegen diese moraltriefenden Schreiberlinge aus den bürgerlichen Redaktionsstuben jedoch, daß *„seit 2 Jahren zwischen der DDR und dem Westberliner Senat über rasche gegenseitige Hilfeleistungen in solchen Fällen verhandelt"* wird. („Rotfrontstadt", 21.5 75) Allerdings hat der Senat diese *„Verhandlungen immer wieder sabotiert. So hat er einen Vorschlag der DDR-Seite abgelehnt, wonach den Westberliner Stellen Rettungseinsätze bei Unglücksfällen in den Grenzgewässern der DDR gestattet werden sollen. Dies, weil er noch immer nicht bereit ist, die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin als solche zu akzeptieren"*. („RFS", 21.5.75) Bewußt verschwiegen hatten die bürgerlichen Tintenkuli außerdem noch, daß das Kind gar nicht lebend hätte geborgen werden können, wie Senatssprecher Struve schließlich selbst zugeben mußte! Erst richtig aber sticht die Verlogenheit dieser „Mitleid" und „Humanität" heuchelnden Herren ins Auge vor dem Hintergrund des Vorfalls vom 25. Juni. Diesmal nämlich war Hilfeleistung sehr wohl möglich, denn neben zahlreichen Zivilpersonen standen 5 Bullen am Ort des Geschehens – und gafften. . . Selbst die bürgerliche Justiz verfolgt ein derartiges Verhalten in der Regel als „unterlassene Hilfeleistung". Nun, die Kriminalität der kapitalistischen Ordnungshüter ist hierzulande ja nicht gerade neu. Einigermaßen verblüffend in ihrer Dreistigkeit ist allerdings die diesbezügliche Stellungnahme des Westberliner Senatssprechers Struve. Auf die in diesem Zusammenhang wiederholte Anmahnung der DDR, für Sicherheitsvorkehrungen am Spreeufer zu sorgen, meinte dieser, daß es sich im Fall der Westberlinerin nicht um einen Notfall (? ?), sondern um einen vorsätzlichen Sprung in die Spree gehandelt habe Im Unterschied zu Ost-Berlin werde in West-Berlin niemand von der Polizei an einem solchen Verhalten gehindert. *„Bei uns kann jeder, in welchem Zustand auch immer (!!), in so gut wie jedes Gewässer springen"*. („Tsp.", 27.6.75)

Wir können den Kapitalisten und all ihren Taschenträgern nur wünschen, daß sie diese „Freiheit" selbst großzügig auskosten!

●

DDR-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Düsseldorf:

Stadt will Pressefest der DKP behindern

Wie im vergangenen Jahr will die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" ihr Pressefest in Düsseldorf veranstalten. Das zweitägige Volksfest soll im letzten Jahr nach (in der Regel ziemlich übertriebenen) DKP-Angaben 250.000 Besucher aus der gesamten BRD gehabt haben.

Diesmal wollte die Stadt Düsseldorf aber die Rheinwiesen nicht mehr zur Verfügung stellen, sondern nur ein anderes Gelände, das nach Angaben der DKP nicht ausreichen würde.

Damit ist ein neues Beispiel für die Behinderung ‚linker' Presse gegeben. So deutlich mochte die DKP das Kind aber nun doch nicht beim Namen nennen, sie sprach stattdessen von einem Verhalten, daß *„dem Ansehen der Stadt Düsseldorf und unseres Landes schadet."* Statt von Angriffen des bürgerlichen Staates wird nur von d e r Stadt und gar u n s e r e m Land geredet.

In der „UZ" spielte sich dann ähnlicher „internationaler Protest" ab. Gleichzeitig zog die DKP vor Gericht, wo ihr Düsseldorfer Stadtbedienstete bestätigten, daß das „UZ"-Pressefest *„sehr diszipliniert und weit störungsfreier als andere Großveranstaltungen verlaufen"* sei. Als die Stadt dann auch noch zu offensichtlich und plump betont hatte, daß sie die Rheinwiesen eben der DKP nicht geben wolle (obwohl die ja noch Verwaltungsgericht zugunsten der „UZ". Auch die Berufungsverhandlung gewann die DKP.

KB/Gruppe Mölln ●

Lehrerplanstellen: Damals – heute!

Im Juli 1970 beschloß die Kultusministerkonferenz (KMK) einen „Strukturplan" des Bildungsrates, wonach bis 1980 d o p p e l t soviele Lehrer (ca. 1 Mill.) benötigt würden.

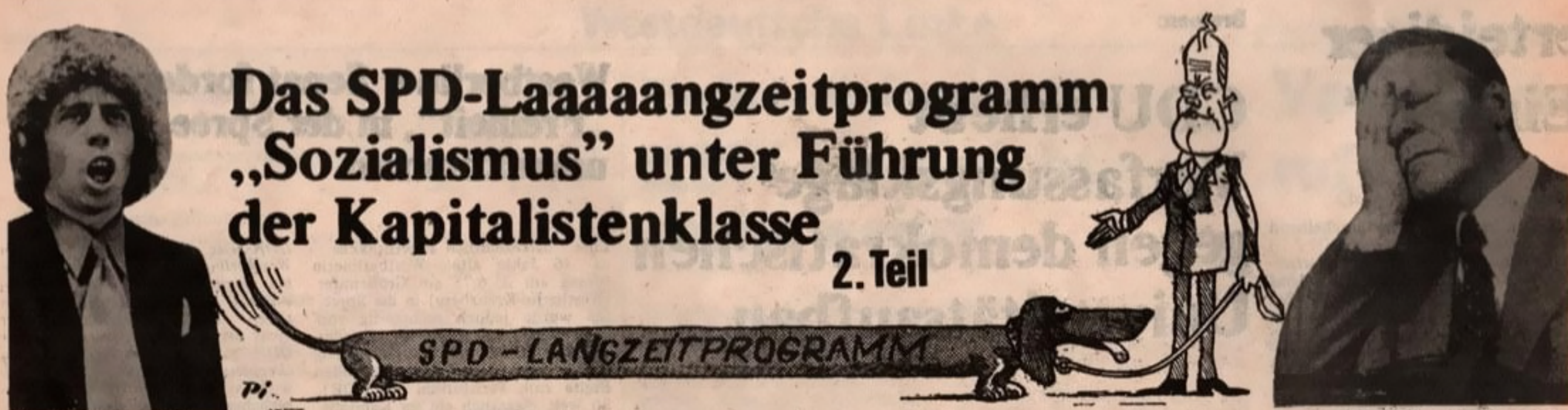
Großspurig kommentierte damals der Präsident der KMK, Bernhard Vogel, es sei damit *„eine neue Grundlage deutscher Kulturpolitik gelegt worden."*

Fünf Jahre später rät die gleiche KMK allen Abiturienten und Studenten vom Lehrerstudium ab. Es gäbe nicht genügend Planstellen bzw. Geld für diese.

Die Moral von der Geschicht': Eine „neue Kulturpolitik" im Kapitalismus gibt es für die Werktätigen nicht!

●

Sympathisanten
des KB, Kassel



Das SPD-Laaaaangzeitprogramm „Sozialismus" unter Führung der Kapitalistenklasse

2. Teil

Karrieremacher J.Strasser

„Volks"kanzler Schmidt

Im ersten Teil des Artikels zum „OR '85" (Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 – 1985) sind wir auf die Entstehung dieses SPD-„Langzeitprogramms" seit Übernahme der Regierung durch die SPD eingegangen und auf die Versuche, die in den Wahlkämpfen hochgeschraubten Reformerwartungen praktisch zu reduzieren und dies „theoretisch" abzusichern. (vergleiche dazu ARBEITERKAMPF 57 und die Kritik an einigen Punkten des Artikels in AK 58/59).

Der 2. Teil des Artikels setzt sich im Wesentlichen mit den Grundpositionen des „demokratischen Sozialismus" auseinander.

Zur Entwicklung des SPD-Programms

Der OR '85 habe *„die Aufgabe, auf der Grundlage des Godesberger Programms die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu präzisieren und konkretisieren, eingetretene und zu erwartende gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und aufzuzeigen, wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert werden kann"* (2. Entwurf, Beilage zum „Vorwärts" vom 16.1.75).

In dieser sehr allgemein gehaltenen Aussage deutet sich bereits an, wie weit der „OR '85" der SPD von dem entfernt ist, was gemeinhin unter Sozialismus verstanden wird. Dabei ist der Begriff Sozialismus nicht eine Frage irgendeiner Interpretation, sondern läßt sich anhand der Erkenntnisse der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus –
der Erkenntnisse der Begründer des **wissenschaftlichen Sozialismus – Karl Marx und Friedrich Engels** – sehr wohl und sehr genau definieren. Die Pervertierung dieses wissenschaftlichen Sozialismus zum „demokratischen Sozialismus" sozialdemokratisch-opportunistischer Prägung ist dabei in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein Ergebnis der langjährigen Auseinandersetzung der Revolutionäre mit der opportunistischen Linie, in deren Verlauf es gelungen ist, diese als eindeutig konterrevolutionär und arbeiterfeindlich zu entlarven. Nichtsdestotrotz berufen sich beispielsweise die westdeutschen Sozialdemokraten zur Pflege ihres „sozialistischen" Image nach wie vor auf Sozialisten wie Bebel und Liebknecht, ja sogar Marx und Engels als Ziehväter ihrer Partei – wenngleich sie auch bemüht sind, wenig Inhalt, dafür aber „ehrwürdiges" Angedenken zu bewahren.

Dabei haben insbesondere Marx und Engels mit der Gründung der **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** auch immer wieder die Notwendigkeit des Kampfes um die revolutionäre Linie, gegen den mit den „Lassalleanern" in dieser Partei aufgenommenen Opportunismus betont (vergleiche dazu auch: „100 Jahre Kritik des Gothaer Programms – 100 Jahre Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung" in diesem AK).

War das **Gothaer Programm** von 1875 noch sehr stark von opportunistischen Aussagen geprägt, so war das neue **Erfurter Programm** von 1891 eine wesentliche Weiterentwicklung und verarbeitete in starkem Maße die marxistische Theorie. Dieses Programm gewann internationale Bedeutung und wurde ein Muster für alle Parteien der sozialdemokratischen II. Internationale. Es enthielt aber nach wie vor starke opportunistische Elemente, die von den Rechtsopportunisten späterhin auch weidlich ausgenutzt wurden. Der Erarbeitung des marxistischen „Erfurter Programms" war eine lange Zeit des Kampfs gegen den Opportunismus in der Partei vorausgegangen. Besonders das Bismarck'sche **Sozialistengesetz** *(„Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"* – Verbot der Partei von 1878 bis 1890) rief alle Spielarten des Opportunismus und der Liebedienerei gegenüber dem bürgerlichen Staat hervor. In dieser Auseinandersetzung in der Marx und Engels nicht mit Kritik und heftiger Auseinandersetzung gegen den Opportunismus sparten, stählte sich die revolutionäre Linie der Partei. Andererseits fehlt in dem „Erfurter Programm" als entscheidender Programmpunkt die **revolutionäre Diktatur des Proletariats.** In den „Programmkritiken" schreibt Engels dazu:

„Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallene voreilige Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesellschaftliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, ‚die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein', ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe" (MEW, Bd. 19).

Nach dem Fall des „Sozialistengesetzes" traten die Strömungen der Aussöhnung mit dem kapitalistischen Staat und der Anpassung an die bestehende Gesellschaftsordnung immer stärker hervor. Nach dem Tod von Engels 1895 traten in der sozialdemokratischen Partei verstärkt die Vertreter der opportunistischen Strö- mokratischen Partei verstärkt die Vertreter der opportunistischen Strö-mung auf. 1899 veröffentlichte der Begründer des **Revisionismus,** Eduard Bernstein, sein berüchtigtes Buch *„Voraussetzungen des Sozialismus"*, in dem er versuchte, das prinzipienlose *„Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts"* zu legitimieren. Bernstein gab mit seinem Buch all jenen in der Partei, die eine opportunistische Praxis verfolgten und die Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat anstrebten, das politisch-ideologische Fundament. Die Opposition gegen diese Linie war nur sehr schwach entwickelt und sammelte sich um Rosa Luxemburg und ihren Kreis linker Sozialdemokraten.

Die Linken waren nicht stark genug, den Opportunismus zurückzudrängen. Mit dem Vordringen des Bernsteinianertums in der SPD hielt auch der Chauvinismus und Imperialismus über die sozialdemokratische Partei Einzug in die Arbeiterbewegung.

Die traurigen Ergebnisse sind bekannt: Die Bewilligung von Krediten für den imperialistischen Krieg durch die SPD, die Aufgabe des proletarischen Internationalismus und Ersetzung durch den Sozialchauvinismus 1914. Bereits 1918 hatte sich diese Linie soweit durchgesetzt, daß die SPD-Führung in der November-Revolution 1918 eine offen konterrevolutionäre Haltung einnahm. Konsequenterweise gründeten die Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1919 die KPD.

Nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg wurde die Linie der Anpassung an den bürgerlichen Staat auch Bestandteil des SPD-Programms. Im **Görlitzer Programm** von 1921 taucht das erstemal das „Staatsbekenntnis" auf:

„Die Sozialdemokratische Partei betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes" (aus: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Dietz-Verlag 1963).

Von einer Partei des Kampfs gegen die Kapitalistenklasse und den kapitalistischen Staat wandelte die SPD sich nun auch programmatisch zu einer staatserhaltenden und staatstragenden Partei, das heißt zu einer bürgerlichen Arbeiterpartei.

Erstmals tauchen im „Görlitzer Programm" auch „Mitbestimmungs"-forderungen auf *(„Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln ... Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems ... "* etc).

Die weitere unrühmliche Rolle der SPD im Kampf gegen die Interessenvertretung der Arbeiterklasse in der „Weimarer Republik", schließlich gar die Wegbereitung des Faschismus durch die SPD, zeigt, wohin der Weg der Opportunisten führt.

Der Kampf gegen den Opportunismus und alle seine Spielarten in der Arbeiterbewegung ist daher für Revolutionäre eine dauernde Pflicht:

„Indem wir enthüllen, daß die Opportunisten und Sozialchauvinisten in Wirklichkeit die Interessen der Massen verraten und verkaufen, daß sie die zeitweiligen Privilegien einer Minderheit der Arbeiter verteidigen, daß sie Mittler bürgerlicher Ideen und Einflüsse, daß sie in Wirklichkeit Verbündete und Agenten der Bourgeoisie sind, lehren wir die Massen, ihre wirklichen politischen Interessen zu erkennen und durch all die langen und qualvollen Wechselfälle der imperialistischen Kriege und der imperialistischen Waffenstillstände hindurch für den Sozialismus und die Revolution zu kämpfen" (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Bd. 23).



„Erfurter Parteitag" der SPD 1892, vorn rechts: August Bebel

„Erfurter Parteitag" der SPD 1892, vorn rechts: August Bebel



SPD-Bluthund Noske– Tausende Arbeiter ließ Noske niedermetzeln



1. Mai 1929: SPD-Polizeipräsident Zörgiebel setzt die Bullen gegen die Arbeiter ein; 33 ermordete Arbeiter und hunderte Verhaftungen sind das Ergebnis.

Das „Godesberger Programm": Von der Klassenpartei zur Volkspartei

Ist der Verrat der SPD an der Arbeiterklasse und ihren revolutionären Zielen auch schon spätestens seit 1914 offensichtlich, sagt dies allerdings nichts darüber aus, wie stark der Einfluß in der Arbeiterklasse ist. Die SPD hat sich in der Vergangenheit immer als Arbeiterpartei verstanden und sie hat ihre Basis immer in der Arbeiterklasse gehabt. Gerade deshalb ist die SPD als **bürgerliche Arbeiterpartei** im Proletariat auch so gefährlich für die Entwicklung einer revolutionären Linie. Hierin liegt aber auch der entscheidende dauernde Widerspruch, in dem diese Partei sich befindet: einerseits vorgebliche Vertretung der Arbeiterinteressen, andererseits als Regierungspartei ausführendes Organ der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Nach dem 2. Weltkrieg war die SPD verstärkt bemüht, ihre Basis nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in anderen Schichten des Volkes zu suchen. Die SPD-Führer strebten die Umwandlung zur „Volkspartei" an. Heute ist es bereits so, daß die SPD zwar im Vergleich zu anderen Parteien sehr viele Arbeitermitglieder hat, daß aber andere Schichten (Beamte, Angestellte, Kleinproduzenten) im Verhältnis hierzu anteilmäßig zunehmen. Die Arbeiterklasse bildet allerdings nach wie vor den Hauptwählerstamm der SPD. In den Führungsspitzen der Partei finden sich Arbeiter fast gar nicht wieder, bestenfalls in Gestalt „gestandener" Gewerkschaftsführer wie Leber, Ahrendt usw., die vor eini- „gestandener" Gewerkschaftsführer wie Leber, Ahrendt usw., die vor eini-gen zig Jahren das letztemal einen Betrieb aus eigener Erfahrung kennengelernt haben.

Die wichtigste Aussage des **Godesberger Programms** von 1959 ist daher auch: *„Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden"* (Programme der deutschen Sozialdemokratie).

Wie die Partei ihre Theorie immer mehr dem Imperialismus angepaßt hat, ist sie auch bemüht, die Arbeiterklasse ihrer Theorie anzupassen: *„Der Proletarier ... der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten"* (Programme ...)

Neben der schon selbstverständlichen Staatserhaltung, neben der „Demokratisierung der Wirtschaft" usw. taucht im „Godesberger Programm" erstmals offen das Bekenntnis zur imperialistischen Kriegsrüstund auf:

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung" (Programme ...)

Der „demokratische Sozialismus"

„Der demokratische Sozialismus erstrebt ‚eine neue bessere Ordnung der Gesellschaft'. Die Idee des Sozialismus umfaßt das Ziel einer neuen besseren Gesellschaftsordnung und den Weg dorthin. Die konkrete Gestaltung von Ziel und Weg muß unter gesellschaftlichen Bedingungen, die sich unaufhörlich verändern, stets aufs neue bestimmt werden". So heißt es im OR (OR '85, Allgemeiner Teil 1.1, Beilage zum „Vorwärts" vom 16.1.75. Hervorhebungen im Original).

Bereits in dieser grundsätzlichen Aussage wird deutlich, daß die SPD für sich fälschlicherweise den Begriff Sozialismus beansprucht: für wahre Sozialisten ist es zwar richtig, daß sie den Weg, zu ihrem Ziel zu

Fortsetzung Seite 45

Fortsetzung von Seite 44

kommen, jeweils unter veränderten Bedingungen prüfen, diskutieren und verändern, ihr Ziel aber – der Sozialismus – bleibt unverändert. Der Bernstein ist in diesen Aussagen unverkennbar. Andererseits hat die SPD in der Praxis immer treu nach dieser Devise gehandelt und ihren veränderten „Sozialismus" den Bedingungen des Kapitalismus und Imperialismus angepaßt. So ist denn der „demokratische Sozialismus" auch nichts weiter als die sozialistische Tarnung einer bürgerlichen Arbeiterpartei.

Der „sozialistische" Anspruch der SPD wird auch in ihrer Begründung ihrer Theorie nicht aufgegeben. „Getreu" der Marx'schen Lehre bemüht man sich auch, Marx'sche Begriffe zu übernehmen. Dabei werden zwar einige seltsame Kapriolen geschlagen, aber wen stört's in einer Partei, deren einzig konsequente Linie immer die des Opportunismus war – da ist Raum für allerlei ideologische Sandkastenspiele.

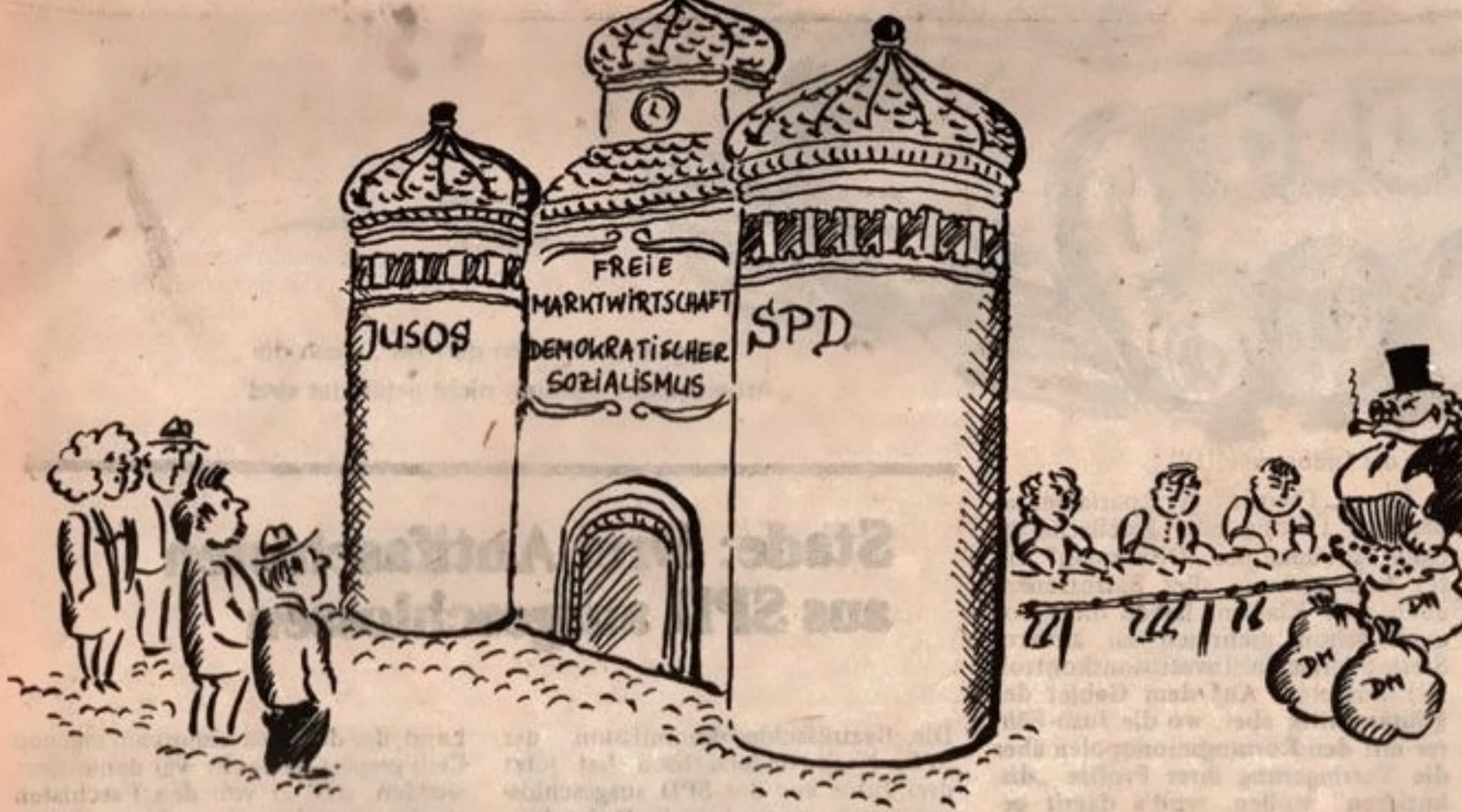
*„Die Grundforderungen des demokratischen Sozialismus müssen in einer Welt durchgesetzt werden, die den Anforderungen unserer Grundwerte nicht entspricht ... Die gesellschaftliche Ordnung der Gegenwart wird in allen Ländern der Erde durch Probleme bestimmt, die in ihrem Kern als Widersprüche gekennzeichnet werden müssen: **Widersprüche zwischen dem, was dem Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig objektiv möglich wäre, und dem, was sie in ihrem Verhalten aus diesen Möglichkeiten machen**"* (OR 1.3, Hervorhebungen im Original).

„Marxistisch" ist an dieser Definition nur noch das Wort Widerspruch – mehr allerdings auch nicht. An einigen Stellen des Textes definieren die Programmschreiber diese Widersprüche"

„▶ *Die **Einsicht** in die Unproduktivität von Rüstungsausgaben ist weit verbreitet, dennoch halten Furcht und Mißtrauen einen kräftezehrenden Rüstungswettlauf in Gang. (...)*

▶ *Obgleich unter allen **Einsichtigen** anerkannt wird (daß das Arbeitsleben humaner werden muß) arbeiten Abermillionen von Menschen unter (menschenunwürdigen Bedingungen).*

anerkannt wird (daß das Arbeitsleben humaner werden muß) arbeiten Abermillionen von Menschen unter (menschenunwürdigen Bedingungen).



▶ *Die meisten Menschen erstreben ein friedliches Zusammenleben mit ihren Mitmenschen; ungeachtet dessen erzeugen* Vorurteil *und mangelnde Einsicht immer aufs neue Spannungen und Konflikte"* (OR 1.4, alle Hervorhebungen von uns).

Diese Beispiele, die sich erweitern lassen, sollen genügen, um klar zu machen, daß sich in der „demokratisch-sozialistischen" Argumentation die Klassenwidersprüche auf die Frage der „Einsichtigkeit" „Vernunft" reduzieren, wichtig ist aber noch, daß hier offensichtlich magische fremde Mächte mitspielen, die verhindern, daß sich die Einsicht durchsetzt. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital existiert nicht, stattdessen: *„Die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse ... haben sich (durch besagte „geheime Mächte" offensichtlich, die Red.) gegenüber den Menschen verselbständigt". Daraus folgt eine „Fremdbestimmung", die durch „Einsicht und Vernunft" etc. in „Selbstbestimmung"* (an der Stelle hat vermutlich Guru Maharadschi die Feder geführt) verwandelt werden soll (Zitate: OR 1.5, Hervorhebungen im Original).

Bei soviel bürgerlich - psychologisch - gruppendynamisch -relegiösem Unsinn beharrt die SPD aber nach wie vor darauf, den „Sozialismus" zu vertreten. Es ist natürlich logisch, daß sich von dieser Theorie sehr leicht die Klassenzusammenarbeit ableiten läßt, schließlich kann man ja mit allen „einsichtigen und vernünftigen" Kapitalisten zusammenarbeiten. Doch es kommt noch schlimmer, denn die SPD-Theoretiker kennen tatsächlich noch Klassen:

„Je größer die Ungleichheit in der Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen der Gesellschaft ist, desto größere Interessensgegensätze trennen sie und desto weniger Verständnis (!) und Solidarität ist zwischen ihnen möglich. In diesem Sinne ist die Bundesrepublik eine Klassengesellschaft geblieben (!!!)" (OR 2.3.2).



Frankfurts SPD schickt ihre Polizei zum Einsatz: Bullen schützen kapitalistische Grundstücksspekulanten 1974

Diese Vergewaltigung des wissenschaftlichen Sozialismus sollte man insbesondere Juso-Professor Strasser und den übrigen Jusos in der OR '85 -Kommission so lange um die Ohren hauen, bis endlich auch das Wort Sozialismus aus ihren krausen Theorien gestrichen wird.

Bekenntnis zum Privat-Kapitalismus

„Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und

„Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und

die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich" (OR 1.6.), und die Unternehmer irren, wenn sie der SPD etwas anderes in die Schuhe schieben wollen, da sie *„objektiv ohne Grund ihre Freiheit, ihr Eigentum oder Recht und Ordnung bedroht sehen".* (OR 2.3.4.).

Andererseits erkennt die SPD an, daß der kapitalistische Staat nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Deshalb schlägt sie eine Diskussion um die sogenannte „gemischte Wirtschaftsordnung" vor, d.h. einerseits freie Verfügungsgewalt der Kapitalisten, andererseits staatliche Lenkung. Als Mittel bietet sie hierfür Lenkung der Wirtschaft durch staatliche „Globalsteuerung", „Mitbestimmung", „demokratische Kontrolle" etc. an. Die Pläne sind allerdings so alt wie der Opportunismus in der SPD. Ihre Versuche, als „Flickschuster des Kapitals" insbesondere über die Gewerkschaften zu wirken, haben zwar noch nie die Krisen des Kapitalismus verhindert, wohl aber hat diese Politik der „Arbeitsgemeinschaft" mit den Kapitalisten in der heute modernen Form von „Konzertierter Aktion", Stabilitätspakt etc. die Arbeiterklasse entwaffnet und verstärkt die Folgen dieser Krise auf die Werktätigen abgeladen. Darin liegt auch der einzige Sinn und Zweck dieser Politik für die Kapitalistenklasse.

Sag mir, wie du zum kapitalistischen Staat stehst – und ich sag dir, auf wessen Seite du stehst

Für die SPD ist der kapitalistische *„demokratische Staat des Grundgesetzes ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Ordnung unseres Landes. (Seine) Verteidigung ... gegen Versuche, sie zu beseitigen, aber auch gegen reaktionäre Einengung und revolutionäre Relativierung ist für sie eine prinzipielle Aufgabe".* (OR 1.9.).

Dieser Staat, ein angebliches Neutrum, darf nach den Vorstellungen der SPD weder als Vollzugsorgan der Kapitalisten, noch als *„Agent der Vereinigten Monopolkapitalisten"* betrachtet werden. Stattdessen wird mal wieder der goldene Mittelweg geradewegs in die Arme der Kapitalisten empfohlen: *„Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen und sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen. Er trägt die Kosten für die soziale Versorgung und für die externen Folgen der privaten Produktion. Schließlich mildert er durch Steuerungsmaßnahmen die konjunkturellen Schwankungen und durch ordnungspolitische Eingriffe die sozialen Spannungen".* (OR 2.4.4).

Schließlich mildert er durch Steuerungsmaßnahmen die konjunkturellen Schwankungen und durch ordnungspolitische Eingriffe die sozialen Spannungen". (OR 2.4.4).

Übersetzt heißt dies:

Der Staat soll
- ▶ die privatkapitalistische Ausbeutung sichern und den Kapitalisten durch Subventionen, Übernahme der sozialen Versorgungseinrichtungen und Schutz vor Krisenfolgen,
- ▶ durch Einziehung von Steuergeldern, Sozialversicherung von den Werktätigen,
- ▶ durch kapitalistisches „Krisen-Management";
- ▶ durch den polizeilichen und militärischen Schutz gegen Streiks und Kämpfe der Bevölkerung, den Rahmen liefern, indem sie sorgenfrei ihre Herrschaft weiter ausüben können. Keine andere Interpretation läßt diese Aussage über die Rolle des Staates zu, und die sozialdemokratische Regierungspolitik demonstriert anschaulich, daß so und nur so die Politik der SPD im Rahmen des Kapitalismus aussehen kann.

Bezeichnend ist, daß in diesen programmatischen Aussagen der SPD die Massen („es kann die Befreiung der Arbeiter nur ..." heißt es bekanntlich unter Sozialisten) nur als Werkzeuge auftauchen, die es zu lenken gilt. Insgesamt spricht bereits aus den sozialdemokratischen Worten – von den Taten ganz zu schweigen – eine grenzenlose Massenverachtung, wie wir noch im Abschnitt zur „Doppelstrategie" zeigen werden. Andererseits sind es gerade diese Massen, die der SPD am meisten Sorgen bereiten:

„Das eigentliche Problem einer Politik schrittweiser Reformen für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaftsordnung besteht darin, das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit zu erhalten, Vollbeschäftigung und stabile Wirtschaftsentwicklung zu sichern und gleichzeitig Reformen zügig voranzutreiben." (OR 2.4.5).

Ja, so ergeht's einem, wenn man die Quadratur des Kreises versucht. Entweder auf Seiten der Arbeiterklasse oder gegen sie – eine andere Alternative gibt es nicht. In der Praxis allerdings stellt sich für die SPD das Problem geradliniger: wie kann ich der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung meine prokapitalistische Politik immer noch als sozial und demokratisch verkaufen. Die Grenzen, die dem gesteckt sind, zeigt insbesondere die kapitalistische Krise auf, die der SPD die soziale Verbrämung ihrer Politik ungleich erschwert.

Imperialistische Politik ist sozialdemokratisch!

„Die deutsche Sozialdemokratie hat seit jeher eine Politik der aktiven Friedenssicherung befürwortet" (OR 1.9.). Befürwortung der Kriegskredite 1914, Entwicklung der Rüstungsproduktion in der Weimarer Republik, Einsatz der Regierungstruppen 1919 gegen die Arbeiter durch Noske, NATO, Verteidigungsminister Schmidt und Leber, dies sind nur einige Stationen der „aktiven Friedenssicherung" der SPD. Natürlich darf im Programm das Bekenntnis zum Hauptfeind der Völker der Welt, dem US-Imperialismus nicht fehlen, ebenso zur NATO, zum Ausbau der EG nicht.

Der ‚Orientierungsrahmen' (OR) enthält eine ganze Reihe von Vorschlägen für die Entwicklung, Festigung und den Ausbau imperialistischer Politik. Zwei Beispiele wollen wir hier kurz angeben, die deutlich machen, daß die SPD nicht die Spur von Sozialismus in ihren politischen Grundsätzen verbirgt:

- ▶ die Zahl der ausländischen Arbeiter in der BRD soll reduziert werden. Dafür schlägt die SPD vor: *„Wenn jene lohnkostenintensiven Massenfertigungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit bislang in hohem Maße*

▶ die Zahl der ausländischen Arbeiter in der BRD soll reduziert werden. Dafür schlägt die SPD vor: „Wenn jene lohnkostenintensiven Massenfertigungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit bislang in hohem Maße

der DM-Unterbewertung und dem Zustrom ausländischer Arbeitnehmer (!!) zu verdanken hatten, allmählich in die Herkunftsländer sowie ganz allgemein in Entwicklungsländer verlagert werden ... (muß dafür gesorgt werden), daß diese Verlagerung nicht zu regionaler und sektoraler Arbeitslosigkeit führen" (OR 2.4.2).

Kapitalexport in Billiglohnländer auf Kosten der nationalen Arbeiterklasse (der Zusatz: Verhinderung von Arbeitslosigkeit ist das spezifisch sozialdemokratische an dieser Politik), das ist imperialistische Ausdehnungspolitik aus dem Lehrbuch.

Ebenfalls schlägt die SPD eine *„Industrialisierung von wenig industrialisierten Ländern vor".* Neben den finanziellen Vorteilen bei direkter *„Hilfeleistung"* hierbei, soll das eine *„konsequente Öffnung unserer Binnenmärkte für die Industrieerzeugung der Entwicklungsländer"* (genannt „Entwicklungshilfe"!!) bedeuten. Durch eine *„vorausschauende sektorale Strukturpolitik"* soll gezielt die *„Schrumpfung der strukturbedrohten Wirtschaftszweige"* und die Förderung *„der konkurrenzfähigen"* Zweige betrieben werden.

Imperialistische Politik, wie Lenin sie in seiner Kritik des Imperialismus beschrieben hat.

Die „Doppelstrategie": tarnen, täuschen und anpissen

Weil in unserer Gesellschaft alles so kompliziert ist, *„erfährt der Bürger seine Lage zunehmend als die einer umfassenden, aber weitgehend undurchsichtigen Abhängigkeit von den Leistungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Organisationen ... Mit dem Gefühl der Abhängigkeit kann daher das Gefühl des Ausgeliefertseins an undurchschaubare Mächte Hand in Hand gehen".* Dadurch wächst *„die Anfälligkeit für scheinbare Orientierungshilfen"*, die *„Kräfte rechts wie links von der SPD für ihre politischen Zwecke auszubeuten"* versuchen (OR 3.1.1).

Richtig ist an dieser Darstellung, daß die Bourgeoisie bewußt bemüht ist, die Bevölkerung in einen allgemeinen Zustand der Abhängigkeit und des Ausgeliefertseins zu halten, weil sie nur bei einem solchen subjektiven Bewußtsein in der Lage ist, ihre Herrschaft relativ ungestört aufrechtzuerhalten. Der SPD geht es nun aber – nachdem sie dies festgestellt hat – nicht darum, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, das Bewußtsein der Massen für die Verbesserung ihrer Lage zu heben, sondern:

„Da jede staatliche Politik in der Demokratie von der Zustimmung der Bürger abhängig ist, ist sie zugleich anfällig gegenüber Enttäuschungsreaktionen. Für eine sozialdemokratische Strategie reicht es nicht aus, Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden zu erringen, besser als bisher zu koordinieren und zu behaupten. Auf mittlere und längere Sicht hat sozialdemokratische Politik auch auf der staatlichen Ebene nur dann Erfolgschancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit in der Bevölkerung einhergeht" (OR 3.1.2).

Interpretiert man das einmal so, wie es wirklich gemeint ist, so wird hier gesagt, daß im Kapitalismus die Regierungspolitik nicht im Interesse der Bevölkerung sein kann und deshalb immer die Gefahr besteht, daß diese sich von diesem kapitalistischen Staat abwendet. Dafür braucht die SPD neben ihrer den kapitalistischen Staat erhaltenden Regierungspolitik die *„Vertrauensarbeit". „Bei diesem Sachverhalt –der oft mit dem mißverständlichen Begriff der 'Doppelstrategie' belegt worden ist, – handelt es sich um zwei Aspekte einer einheitlichen sozialdemokratischen Strategie"* (OR 3.1.2).

Hoffentlich lesen das einige der illusionsvollen doppelstrategischen Jusos mal ganz genau, damit sie endlich begreifen, wofür sie und der linke Flügel in der Partei eigentlich gebraucht werden – obwohl ihr „intregierender" Parteiheld Brandt dies unzählige Male schon betont hat. Im Stile bürgerlicher Waschmittelwerbung sollen die *„Basisstrategen"* mit der *„Vertrauensarbeit"* die *„Bürger sachlich und psychologisch auf politische Entscheidungen vorbereiten, die allein aus sich heraus nicht einsehbar oder nicht akzeptabel erscheinen....
hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, eine längerfristige politische Orientirung anzubieten, die auch bei Enttäuschungen kurzfristiger Erwartungen ihren Stellenwert behält".*

Diese „Doppelstrategie", die praktisch alle bürgerlichen Parteien anwenden, kann man wohl treffend so charakterisieren:

tarnen, täuschen, anpissen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist der Kampf gegen eine Partei des Kapitals

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist der Kampf gegen eine Partei des Kapitals

Die Jusos, die bei einigen theoretischen" Ergüssen des Orientierungsrahmens durch ihren Chefideologen Professor Strasser maßgeblich beteiligt waren, haben durch ihren Vorstand das Programm loben lassen. In einem Interview mit dem „Handelsblatt" loben Strasser und Juso-Chefin Wieczorek-Zeul:

„Den Jusos sei es in der Langzeitkommission gelungen, den Gesichtspunkt eines qualitativen Wachstums einzuführen. Auch ihre Kritik an der Marktwirtschaft ... die Investitionslenkung (sind) *als Problem im Programm verankert.*

Zunächst (müßten)*die auffälligsten Fehler des jetzigen Wirtschaftssystems korrigiert werden"* (5.2.75).

„Der Vorstand zeigt sich darüber befriedigt, daß die Bundesrepublik als Klassengesellschaft charakterisiert und die von den Jungsozialisten entwickelte 'Doppelstrategie' als einheitliche Strategie der SPD befürwortet werde" (Welt, 25.2.).

Diese „Doppelstrategie" wird auch den Parteimitgliedern gegenüber, die in die SPD ehrliche Erwartungen bei der Vertretung ihrer Interessen setzen, angewandt. Sehr treffend beschreibt das „Handelsblatt" den OR '85 in einem Kommentar:

„Es befriedigt mit gesuchter Unbefangenheit die Linke, die Rechte und die Mitte der SPD: wer nach Material für die... Investitionslenkung sucht, hier wird es ihm geboten. Wer ein Bekenntnis zum Vorrang der Marktwirtschaft finden will, (der OR) *enttäuscht ihn nicht. Und wer dazu neigt, 'sowohl als auch' zu sagen, der kann sich vor allem auf die Arbeit der Oertzen-Kommission berufen. (.....)*

Das neue Langzeitprogramm ist typisch für die zur Zeit gebremste Theoriediskussion in der SPD: die bekannten ideologischen Blindgänger werden nicht entschärft, sondern in leeres Stroh verpackt" (10.1.).

Soweit der Kommentar eines Kapitalistenblattes.

Wer in dem Programm allerdings eine Antwort auf die brennenden Probleme der Arbeiterklasse sucht, wer in der SPD-Programmatik Wege hin zur besseren Gesellschaft erwartet, der wird vergeblich suchen. Vielmehr ist dies das Programm einer Partei der Bourgeoisie, die in ihrem Auftrag vor allem in der Arbeiterklasse bemüht ist, das Geschäft der Bourgeoisie zu leisten.

KB/ Gruppe Bremen

Das „Sicherheits- und militärpolitische Konzept" der Jungsozialisten: „Linke" Phrasen zur Bemäntelung imperialistischer Kriegspolitik!

Anfang Juni kamen die Jusos in dem Städtchen Siegen zu einer „wehrpolitischen Tagung" zusammen, wo im Kreise des Vorstandes sowie 76 Delegierter ein sogenanntes „Sicherheits- und militärpolitisches Konzept" verabschiedet wurde.
Die Tagung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt – wohl weil man mit der öffentlich geführten Diskussion seit der scharfen Auseinandersetzung mit den „Stamokaps" auf dem letzten Juso-Bundes-Kongreß schlechte Erfahrungen gemacht hat, und sich nicht wieder dem Vorwurf der „Parteischädigung" aussetzen wollte, wenn etwa die Standpunkte der Juso-Linken zu einem solch „brisanten" Thema wie Militärpolitik von der Presse aufgegriffen würden. Dementsprechend liegt als Ergebnis der Tagung lediglich das eingangs erwähnte „Konzept" vor, was nach bewährtem Juso-Strickmuster vorigbt, eine „Friedenspolitik des demokratischen Sozialismus" zu umreißen, und Bestandteil einer Strategie zur Errichtung einer „Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus" etc. pp zu sein (obige und folgende nicht anders gekennzeichnete Zitate nach „Konzept" im Wortlaut, „Extradienst", 13.6. 75).

„Demokratisierung der Bundeswehr" – oder: Spaß muß sein!

Neben einem Teil zur *„Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa"* (siehe weiter unten) behandelt das Juso-Konzept noch einen weiteren Komplex, vielsagend tituliert mit *„Demokratisierung der Bundeswehr"* Die zu diesem Thema von der Juso-Führung verbrochenen „hochgeistigen" Ausführungen müssen jedem, der die inneren Strukturen der Bundeswehr auch nur einigermaßen kennt, erst recht aber demjenigen, der sie am eigenen Leibe zu spüren gekriegt hat, als nackte Verarschung wenigstens aber als ziemlich mise-

rabler Scherz erscheinen. Als gute

rabler Scherz erscheinen. Als gute „Demokraten" schlagen die Juso-Führer nun im Einzelnen vor: Die Bildung eines *„Wehrpflichtigenparlaments"*, das nach dem Vorbild der Wahlordnungen bei politischen Wahlen auf der Ebene der Teilstreitkräfte gewählt werden soll. Zum Zwecke der Interessensvertretung der Wehrpflichtigen (kein Wort übrigens von den Zeitsoldaten, wovon ein wachsender Teil aufgrund der Arbeitslosigkeit zur Verpflichtung mehr oder weniger gezwungen wird!) *„arbeitet das Wehrpflichtigenparlament mit dem Parlaments- und Wehrbeauftragten zusammen. Seine Vertreter müssen im Verteidigungsausschuß* (des Bundestages – Red.) *auf ihren Wunsch gehört* (?!!) *werden."*

„Verteidigungsausschuß" und *„Wehrbeauftragter"* sollen in diesem Zusammenhang *„zusätzliche Kompetenzen"* erhalten.

Diese „rosigen" Forderungen stehen in bemerkenswertem Kontrast zur R e a l i t ä t in der Bundeswehr: **Durch das sogenannte „Soldatengesetz" werden nahezu alle Grundrechte außer Kraft gesetzt bzw. eingeschränkt, um die Soldaten vollständig dem militärischen Drill, der Disziplinierung und tagtäglichen Erniedrigung etc. auszusetzen, um ihnen so den Verstand aus dem Kopf zu treiben und durch gewohnheitsmäßige, blinde Unterwerfung, durch Kadavergehorsam, zu ersetzen. So, und n u r so, funktioniert die Armee für den Imperialismus; muß doch der Arbeiter in Uniform – durch das eben beschriebene System abgerichtet – ausschließlich zum Nutzen seines Klassenfeindes wenn's „drauf ankommt" die Waffe gegen seinesgleichen richten ...**

Die Juso-Strategen greifen weder die imperialistische Zielsetzung der Bundeswehr an, noch orientieren sie auf den K a m p f der Soldaten selbst gegen die im imperialistischen Wesen der westdeutschen Streitkräfte begründeten Mißstände, Schikanen etc. Mit geschlossenen Augen fabulieren sie von einer „demokratischen Spielwiese" („Wehrpflichtigenparlament") als angeblicher Vermittlungsinstanz zwischen den Soldaten auf der einen und dem bürgerlichen Staat auf der anderen Seite.

Die „Demokratie" des „Genossen Schorsch"

Wie abgehoben von den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen

der Soldaten und wie absurd (ange-

der Soldaten und wie absurd (angesichts der von der SPD verfolgten Militärpolitik!) das „Konzept" der Juso-Führer ist, veranschaulicht auf eindrucksvolle Weise ein Vorgang auf der Tagung der „Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen" der SPD-Bundestagsfraktion in Bremen:

Ein Oberleutnant Lührs stellte an Leber die Frage, wie es zu rechtfertigen sei, daß ein Gefreiter, wenn er an einer gewerkschaftlichen Mai-Kundgebung teilnimmt, disziplinarisch bestraft wird, während der Herr General Hildebrandt, nachdem er an der Siegesparade der spanischen Faschisten anläßlich des 36. Jahrestages der Franco-Diktatur teilgenommen hatte, lediglich zu einem „klärenden Gespräch" empfangen wurde.

Leber darauf: *„Sie sind hier demagogisch geworden. Ich werde wohl einmal ihren Standort besuchen müssen, um zu klären, was dort sonst noch nicht in Ordnung ist* (!!)".

Oberleutnant Lührs entgegnete darauf aufschlußreicherweise: *„Sie bestätigen die mir vor dieser Tagung zugegangene Warnung* (!), *den Fall Hildebrandt nicht zur Sprache zu bringen, da dies meiner Karriere schaden könnte* (!!!)".

Darauf Leber noch einmal: *„Ich komme noch in ihren Standort. Sie müssen doch ein Gespür haben, wann ein Thema ausreichend behandelt worden ist* (!!), *statt in einem Saal wie hier immer Recht behalten zu wollen* (!)" (alle Zitate lt. „Neues Deutschland", 10.6.75).

Dieses praktische Beispiel von „Demokratisierung" der Bundeswehr nach Art von SPD-Partei„genosse" Schorsch Leber, ist u.E. Antwort genug auf den oben zitierten Juso-Widersinn. Während nämlich Leber und Co. in zunehmend reaktionärer Manier deutlich machen, daß sie gewillt sind, den Imperialisten vorbehaltlos zu dienen, während diese Herrschaften dabei nicht einmal vor den eigenen „Genossen" haltmachen, ja diesen sogar während einer politischen Diskussion militärische Disziplinierung androhen, fordern die Juso-Führer, daß sich Delegierte der Soldaten mit diesen Reaktionären zusammensetzen, um die Bundeswehr zu „demokratisieren" ...

Forderung nach „Abrüstung" – wieder die gleiche Methode!

In Punkto „Abrüstung" fordern die Juso-Führer neben einem – natürlich „parlamentarischen" – Ausschuß für Abrüstung, die Konstituierung eines „Abrüstungsarbeitskreises" als Ersatz für den bestehenden „Arbeitskreis Rüstung". Daß sich am jetzigen „Arbeitskreis Rüstung" lediglich die Bezeichnung ändern soll, wird deutlich, wenn man sich die von den Juso-Führern vorgeschlagene Zusammensetzung dieses Kreises anguckt: vertreten sein sollen „Parteivertreter, Gewerkschaften, Friedens- und Konfliktforscher, Verteidigungs- und Haushaltsausschuß, so-

wie die Industrie (!!!)".

wie die Industrie (!!!)".

Diese „Theorie" der „parlamentarischen" Lösung aller gesellschaftlichen Probleme per „Diskussion" unter Einbeziehung aller Betroffenen, eben aller Klassen, haben die Jusos auch schon mehrfach an anderer Stelle (Vergleich: Investitionskontrolle!) vertreten. **Auf dem Gebiet der Militärpolitik aber, wo die Juso-Führer mit den Rüstungsmonopolen über die Verringerung ihrer Profite „diskutieren" wollen, wird's damit geradezu pervers, ist der Widersinn krass sichtbar und so total, daß bezweifelt werden muß, ob die Juso-Führer ihren Stuß überhaupt noch selbst glauben!**

Die Spinnerei im „Abrüstungs-Konzept" der Juso-Führer wird komplett mit dem Hinweis, daß die „**Abrüstung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer in den Rüstungsbetrieben ausgetragen werden**" soll. Deshalb will man an „**Aktionen von Rüstungsarbeitern zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze (!!!) teilnehmen**" und mit „**Betriebsräten und Gewerkschaftsorganisationen (!)**" zusammenarbeiten.

Daß die e i n z i g e n Aktionen überhaupt, die im „Sicherheits- und militärpolitischen Konzept" der Juso-Führer vorgesehen sind, der Unterstützung „von Rüstungsarbeitern zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze" dienen sollen, spricht wohl für sich!!

Man muß sich einfach mal vergegenwärtigen, wen die Juso-Führer in ihrem „Konzept" tatsächlich als Verantwortliche für Abrüstungsfragen vorschlagen: Das sind samt und sonders Mitglieder beziehungsweise Repräsentanten (Agenten) der Bourgeoisie, Vertreter des westdeutschen Imperialismus – Leute also, die den Anteil der Rüstungslasten am Bundeshaushalt von 20% im Jahre 1970 auf 32% in diesem Jahr hochgetrieben haben (wobei man zur Erfassung des Ausmaßes dieser Aufrüstung ergänzen muß, daß das Volumen des Bundesetats im gleichen Zeitraum um ca. 50% gestiegen ist! (IPW-Berichte, 4/75).

„Last not Least": Zur Nato der gleiche Schmus!

Der Information halber sei hier noch angemerkt, daß die Jusos ihre „Abrüstungs-Strategie" auch international auf die Nato anwenden. Ungeachtet der zunehmenden Aggressivität der imperialistischen Nato schütteln die Juso-Führer dementsprechend folgende „Vorschläge" aus dem Ärmel:

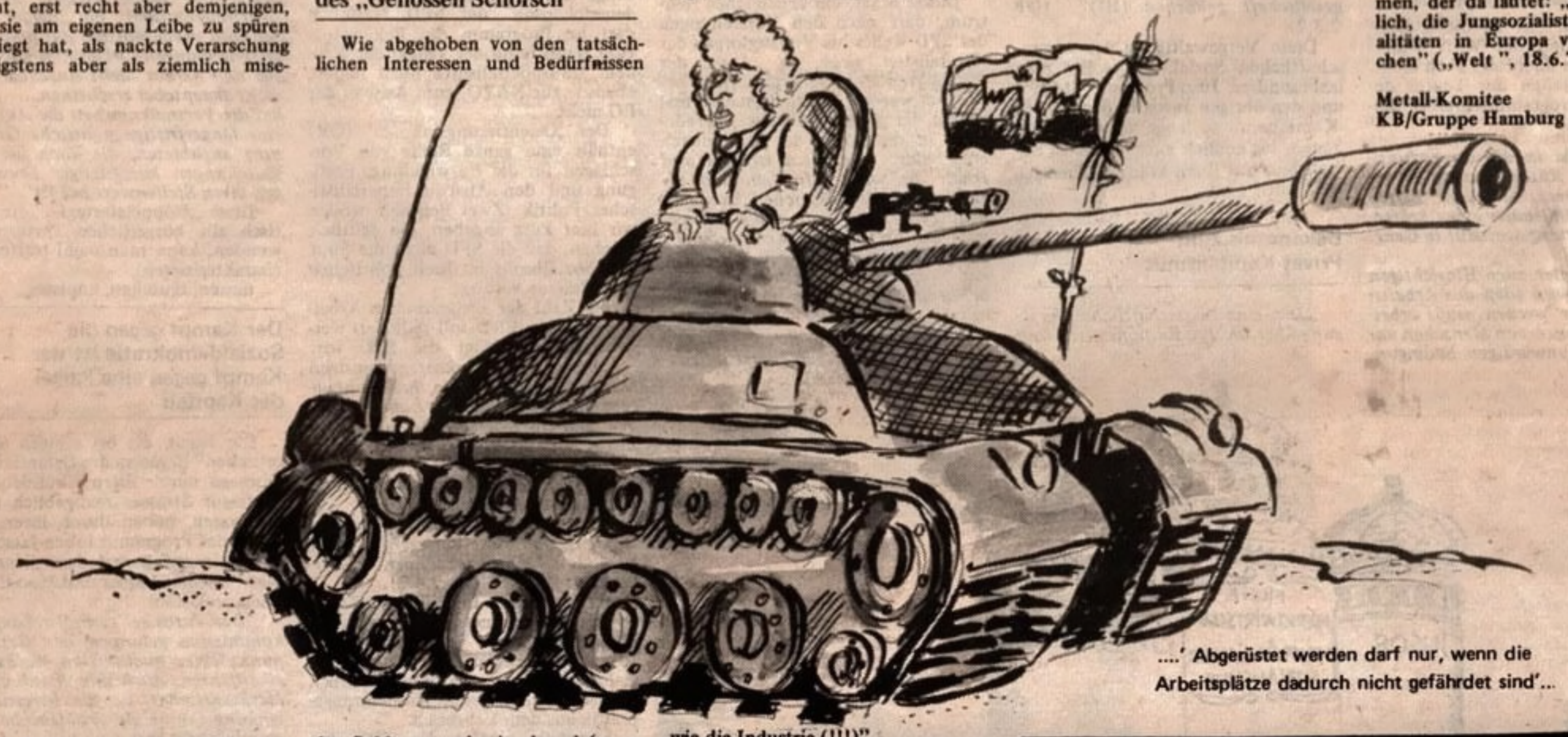
Zunächst soll die Rüstung „eingefroren" werden, ferner Verzicht auf Atomwaffen, *„strikt defensive Bewaffnung"* (!! Hut ab! Angesichts der US-Atomdrohung gegen Nordkorea, die Sowjetunion eine ausgezeichnete Idee!), schließlich *„Schaffung einer Entspannungszone in Mitteleuropa"* etc. pp. ... *„Zur Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen wird eine gemischte Kommission aller* (Nato, versteht sich – Anm. AK) *Vertragspartner unter Vorsitz eines UN-Vertreters gebildet".*

Nun denn, wäre das Problem der „Reformierung" der Nato also auch „gelöst"...

Juso-Papier – „linke" Legitimierung sozialdemokratischer Kriegspolitik !

Zusammenfassend muß man sagen, daß das Juso-Papier angesichts der natürlich auch den Juso-Führern bekannten Tatsachen über die Aufrüstung in den Nato-Staaten, insbesondere in der BRD, angesichts der Nato-Kriegsdrohungen gegen Portugal, der Atom-Drohungen gegen Nordkorea, die Sowjetunion etc., nichts weiter ist, als der Versuch einer „linken" Legitimierung der imperialistischen Kriegspolitik – wie sie in der BRD derzeit maßgeblich von der SPD vorangetrieben wird. Denjenigen ehrlichen Jusos, die möglicherweise in diesem Papier einen Beitrag zur „Friedens- und Entspannungspolitik" oder dergleichen erblicken, können wir nur empfehlen, sich den Ratschlag des SPD-Staatssekretärs Schmidt zu Herzen zu nehmen, der da lautet: „Es ist erforderlich, die Jungsozialisten mit den Realitäten in Europa vertraut zu machen" („Welt ", 18.6.75). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



....' Abgerüstet werden darf nur, wenn die Arbeitsplätze dadurch nicht gefährdet sind'...

Stade: Drei Antifaschisten aus SPD ausgeschlossen

Die Bezirksschiedskommission der SPD Nord-Niedersachsen hat jetzt drei Jusos aus der SPD ausgeschlossen, gegen einen Juso läuft das Verfahren noch.

Horst Wehber, Bezirksvorsitzender, Johannes Frandsen, Bezirksvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender Burghard Voigt werden „besonders schwere Parteischädigung" vorgeworfen, da sie mit anderen Jusos zusammen und u. a. mit DKP'lern eine gemeinsame Kundgebung und Kranzniederlegung im KZ Sandbostel, wo über 10.000 Waffen-SS-Opfer begraben liegen, zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durchführten. Dazu hatten in Nordniedersachsen rund 120 SPD-Mitglieder aufgerufen (siehe auch AK 62). Drei weitere Jusos dürfen ein Jahr lang kein Amt ausüben. Der Altsozialdemokrat Hermann Witz aus Neuenkirchen (30 Jahre SPD-Mitglied) wurde gerügt! Der Bezirksvorstand berief sich auf das Godesberger Programm, wonach eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb der SPD verboten ist.

Diese Skrupellosigkeit empörte eine Reihe von Jusos. So haben sich ca. 120 aus dem Bezirk bereits bei der Einleitung des Ausschlußverfahrens mit den Betroffenen solidarisiert. Die Begründung war, daß ein Eintreten gegen Faschismus und Krieg niemals parteischädigend sein könnte. Ebenso empört war auch Hermann Witz, Stellvertretender Bürgermeister im Alten Land, der den Faschismus am eigenen Leib gespürt hatte. Er war denunziert worden, daß er von den Faschisten Verfolgte verborgen und zur Flucht verholfen hatte („FR", 7.7.75).

Nachdem in Stade in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD eine Diskussion und eine Solidarisierung mit den Betroffenen vom Vorstand abgeblockt wurde, traten vier Jusos aus der SPD aus. Zwei von ihnen gehörten zum Vorstand. Ihren Austritt begründeten sie damit, daß sie „keine Möglichkeit mehr sehen, in einer Partei mitzuarbeiten, in der unsere Rechte vom Ortsvereinsvorstand, der sich auf einem Rechtskurs bewegt, auf ein Minimum reduziert werden". („Stader Tageblatt" vom 12.6.75).

Eine Reihe von SPD-Mitgliedern, so auch die drei ausgeschlossenen Jusos, versuchten vor der SPD-Führung ihre Unschuld zu beteuern: Es habe sich um eine „unabhängige, überparteiliche Bürgerinitiative" gehandelt. Das nutzte allerdings herzlich wenig bei einer SPD-Führung, die schwerlich hinter formalen Begründungen verbergen kann, daß sie ihren Mitgliedern den antifaschistischen Kampf verbieten will. Das bedeutet die Entscheidung letztendlich, da die SPD DKP-Mitgliedern und Kommunisten schwerlich verbieten kann, zu antifaschistischen Aktionen aufzurufen.

KB-Sympathisantengruppe Stade ●

Der Angriff auf die Sozialversicherung

„Ein schmerzhafter Anpassungsprozeß"

Daß die Krise des Kapitalismus auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt wird, spüren wir täglich in vielen Bereichen. Sparmaßnahmen, Lohnraubabschlüsse und neben vielem weiteren zu guter Letzt auch noch die schlechte Krankenversorgung. Außerdem werden neben Steuererhöhungen in Kürze auch noch die steigenden Beiträge für die Rentenversicherung auf die Arbeiterklasse zukommen; nach Schätzungen von Experten wird der Beitragssatz von 18 auf 20 Prozent angehoben werden. Zusätzlich will Arbeitsminister Arendt die Krankheitskosten der Rentner, die seit 1968 vornehmlich von der Rentenversicherung getragen wurden, künftig hauptsächlich auf die gesetzlichen Krankenkassen abwälzen. Damit ist Bonn die Verantwortung los und die Krankenkassen müssen mit diesem Problem fertig werden und zusehen, wie sie die damit notwendigerweise verbundene Beitragserhöhung ihren Mitgliedern am besten verkaufen können.

Der „Spiegel" (Nr. 24/75) z.B. findet in der ihm eigenen schnoddrigen Art, daß es *„gar nicht einzusehen (ist), warum Rentner ihren Krankenversicherungsbeitrag nicht selbst bezahlen sollen. Viele unter den Pensionären, vor allem diejenigen, die dank des wirren Sozialsystems (!) mehrere Renten beziehen, nehmen erheblich mehr ein, als die Durchschnittsverdiener ..."*

Mag ja sein, daß die letzte Behauptung auf den Artikelschreiber zutrifft – aber bei der Masse der werktätigen Bevölkerung sieht das wohl etwas anders aus!

Auch beim bevorstehenden Abbau und Eingriff in das Arbeitsförderungsgesetz leistet der „Spiegel" tatkräftig Schützenhilfe.

Wie das aussieht, wenn die bürgerliche Propaganda gewisse soziale Einrichtungen zu beseitigen empfiehlt, zeigt beispielhaft wiederum „Der Spiegel". Er empfiehlt die Abschaffung der Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz mit folgenden „Argumenten": Seitdem die Möglichkeit für Arbeitslose besteht, sich auf andere Berufe umschulen zu lassen, „ ... *nutzen Beamtengattinnen den Zuschuß, um Gartenarchitektur für den Hausgebrauch zu lernen. Und ein Schauspieler nahm Reitunterricht auf Kosten der Bundesanstalt, weil die Fähigkeit, ein Pferd zu bändigen, Voraussetzung für sein nächstes Engagement als Winnetou war ...*" („Spiegel", Nr.24/75).

In die laufenden Angriffe reiht sich auch der dickste Hammer der sozialdemagogischen Kampagne der letzten Zeit ein. Laut „MoPo" vom 20.5.75 fordert der rheinland-pfälzische CDU-Sozialminister Geissler doch allen Ernstes, daß *„wer viel raucht und trinkt, nicht mehr im Krankheitsfall der Allgemeinheit auf der Tasche liegen soll"*. Das bedeutet nach „MoPo" *„kein Krankenschutz mehr für Raucher und Trinker"*. Diese Vorstellungen von Geissler kursieren, wenngleich in abgewandelter Form, bereits in den Plan-Abteilungen der Versicherungen: Trinker und Raucher, Dicke und „Träge", die eher krank werden, sollen zwar nicht finanziell bestraft, dafür aber die Gesunden belohnt werden („Wirtschaftswoche", Nr. 23/75).

Daß der Alkoholismus von den Ärzten nach langen Diskussionen endlich als Krankheit anerkannt wurde, daß an jeder Ecke, besonders den Jugendlichen von der Zigaretten- und Schnapsindustrie der Scheiß nur so in den Mund geschoben wird, darüber schweigt man natürlich lieber!!

Dieser Vorstoß des CDU-Mannes Geissler ist aber nur die Spitze eines Eisberges von Angriffen und Demagogien der letzten Zeit, die im folgenden noch genauer untersucht werden sollen.

Seit einiger Zeit hören wir von allen Seiten fast täglich das Gejammer über die ins „unermeßliche" steigenden „Sozialleistungen" Laut „Frankfurter Rundschau" (‚FR') vom 26.11.74 haben *„Mahner schon vor Jahren den Tag kommen sehen, an dem das gesamte Bruttosozialprodukt für Krankheitsvorsorge und -behandlung aufgezehrt wird"*. Schuld an dieser „Misere" ist nach Ansicht der bürgerlichen Presse und der Herren Politiker unser *„gesamtes Sozialsystem"*, wo man nun die *„Kostenbremse wirksam werden lassen müsse"* (SPD-Minister Arendt). Aus dem nach und nach gleichgeschalteten westdeutschen Blätterwald tönt die Leier, daß das System „sozialer Sicherungen" Kranke produziere. Immer wieder wird diese These mit den verschiedensten Argumenten (??) und absurdesten Beispielen untermauert:

Ein bekannter Rheumaforscher sagte zur Begründung, warum es so schwer sei, die schwer Rheumakranken zu heilen: Da sei vor allem „... *die hohe* (!) *Rente. Wenn der behinderte Kranke zwischen Umschulung* (damit er wieder arbeitsfähig wird) *oder Rente wählen kann, wählt er die Rente*" („Welt", 3.6.75).

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Prof. Dr. Häussler („Bild" 11.4.75) unter der Überschrift: **„Krank, jeden Tag fehlen 1,5 Millionen am Arbeitsplatz"**: *„Viele feiern nur krank. Unser jetziges Kassensystem verleitet eher zum Kranksein. Denn wer krank ist und dabei genau so viel Geld bekommt, als wenn er arbeitet (100-%-ige Lohnfortzahlung), braucht sich keine Mühe zu geben, so schnell wie möglich wieder gesund zu werden.* **Wer krank ist sollte nur noch 80% seines Lohnes bekommen"**

Hier wird auch deutlich, welche Stoßrichtung verfolgt wird; die für die Kapitalisten ärgerlichen kranken Arbeiter, die ohne Profit zu erwirtschaften, Kosten verursachen, sollen noch mehr eingeschüchtert werden und mit dem Mittel des Lohnabbaus zur Arbeit gezwungen werden – auch mit den „kleineren" Erkrankungen, die dann am Arbeitsplatz auskuriert werden können.

Es reicht den Kapitalisten anscheinend noch nicht daß mit *„zunehmender Arbeitslosigkeit der Krankenstand bei den Arbeitnehmern sinkt"*, worüber sich das „Handelsblatt" am 12.12.74 so freute. Parallel zum Abbau der demokratischen Rechte läuft hier eine ganz offensive und vorbereitende Diffamierung und der Abbau der „großen sozialen Errungenschaften" dieses Staates.

Hier reiht sich auch der Spruch **„Wir haben zuviel Medizin"** („Welt" vom 5.5.75) ein. Unter der Überschrift **„Nicht mehr mit jedem Wehwehchen (!!?) zum Arzt"** kommt ein gewisser M. Conrad im „Hamburger Abendblatt" zu dem Schluß: *„Nun werden sie* (die Krankenkassen) *mehr und mehr gezwungen, auch noch den Gesunden zu betreuen, ihn durch die Diagnostikmühle zu drehen, ob ihm nicht doch irgendwo was fehle. Stellt der Arzt wirklich eine Kleinigkeit (?!) fest, die zu beheben angezeigt ist, wird aus dem Gesunden von vorhin ein Kranker, per Attest und natürlich auch psychologisch* (!!!) ... *Dieses Gesundheitswesen ist so überdimensioniert* (!!), *daß es sich selbst die Kranken liefert"*. („Hamburger Abendblatt" 7.5.75).

Das ganze gipfelt dann in der üblen Demagogie: „ ... *auch für Liebeskummer zahlt die Kasse"* (‚FR", 26.11.74). Mit solchen Sprüchen kann man ganz gut von den wahren Problemen, von den steigenden Arbeitsunfällen, insbesondere den tödlichen, und den Folgekrankheiten aufgrund der miesen Arbeitsbedingungen ablenken. Nach den Vorstellungen der Bourgeoisie freilich liegt nichts näher, als den „Mißbrauch" sozialer Einrichtungen zu stoppen.

Denn schließlich, so der Hamburger Gesundheitssenator Nölling: *„Ein Überangebot an Krankenbetten schafft auch ein Überangebot von Kranken"* und kündigt einen „schmerzhaften Anpassungsprozeß" an.

Nöllings Logik kann doch nur bedeuten: Streichen wir erstmal die Betten weg, schaffen wir noch längere Wartezeiten usw., dann wird auch die Krankheitshäufigkeit der Bevölkerung zurückgehen!

Publizistische Unterstützung erhielt der Senator aus dem Hause Springer, wo ein Herr Speicher die „Prachtbauten für kranke Menschen" moniert und entrüstet feststellt, daß „zu viele Menschen in zu vielen Betten" liegen („WamS", 11.5.75).

Da bieten sich ja wohl nur zwei Lösungen an: entweder werden die Betten reduziert und viele Kranke werden nicht behandelt oder – auf diesen Vorschlag ist bisher allerdings noch niemand verfallen! – die vielen Patienten werden in wenigen Betten „zusammengelegt" ...

Tatsächlich wissen wir ganz genau, daß unsere Krankenhäuser keineswegs „Prachtbauten" sind, zum anderen kann in den Krankenhäusern eine gute Behandlung kaum noch gewährleistet werden. Denn auch hier wird rationalisiert und Personal eingespart, was das Zeug hält, so daß das Pflegepersonal völlig überfordert ist und den gerechtfertigten Wünschen vieler Patienten nicht nachkommen kann.

Weiterhin ist auch nachweisbar, daß der Anstieg der Krankenzahlen, besonders der schwer Kranken, gerade in der letzten Zeit auf die Rationalisierung und steigende Arbeitshetze auf Kosten der Arbeiter zurückzuführen ist. Weiterhin gehen viele Kollegen in der augenblicklichen Situation, bei einer Million Arbeitslosen und fast ebenso vielen Kurzarbeitern, selten rechtzeitig zum Arzt, da sie fürchten, den Arbeitsplatz verlieren zu können; ihre zu spät erkannten Krankheiten erfordern dann später oft einen bedeutend längeren Krankenhausaufenthalt. Ein Paradebeispiel für Verlogenheit und sozialer Demagogie leistete sich in diesem Zusammenhang der Springer-Schreiber Müller in der „Welt", vom 3.6.75: *„Die Krankheitskosten steigen, mag die Wirtschaftslage dramatisch sein, mit fröhlicher* (!) *Unbekümmertheit um zehn Milliarden im Jahr und mit ihnen wächst die Entgeldfortzahlung bei Krankheit ... Dabei scheint dieser ganze „Gesundheitsaufwand" besonders geeignet, die Leute immer kränker zu machen ... Der Verbraucher wird zu steigendem Konsum verführt ... Da die Krankheitshäufigkeit mit der Kostenexplosion steigt, ist es fast schon eine Sache der Logik, daß für die Gesundheit kein Schaden entsteht, wenn man die Gesundheitsfinanzen drastisch verkürzt* (!!). *Das brächte mehr Luft als Millionen-Einsparungen in der Arbeits- und Ausbildungsförderung"*.

Dieses Kürzen der Gesundheitsfinanzen bezeichnet er dann auch noch als *„dem Beitragszahler unter den Arm greifen"*. Alles in allem darf nach seinen Vorstellungen die Gesundheitsversorgung immer nur so viel kosten wie es gerade die Situation der Wirtschaft, d.h. das Gewinnstreben der Kapitalisten, zuläßt. Wie sagte doch noch gleich der Hamburger Bürgermeister vor Vertrauensleuten der ÖTV: **„Wir können uns kein optimales Gesundheitssystem mehr leisten!"** Als ob wir es schon jemals gehabt hätten.

Auf diesem Nährboden der Demagogie kann denn auch von seiten der Bourgeoisie der Angriff auf das gesamte System der Sozialversicherung vorbereitet werden. Unter dem Motto: „Wer schützt uns (??) vor den Krankenkassen?", schreibt M. Conrad im „Hamburger Abendblatt" vom 3.4.1975: *„Künftig ist es also nicht mehr nur allein der überarbeitete, vom Streß geplagte Vater, den der Arzt zu einer Erholungskur schickt, neuerdings hat die ganze Familie die Chance an der See, in den Bergen, ja sogar im Ausland ‚kuren' zu können (!). Koste es, was es wolle – die Krankenkasse zahlt mit."* – **Dabei stellt sich die Frage, in welcher Kasse dieser Schreiberling wohl ist – sicher nicht in der AOK!!**

Aber zitieren wir ihn weiter: *„Der Kur-Rummel* (!) *ist derart ins Kraut geschossen, daß man nur noch kopfschüttelnd die Spendierlaune der Krankenkassen* (!) *registrieren kann ... Die Krankenkassen sind zu übermütig geworden ... Die Tatsache, daß Kuren für die ganze Familie, Massagen, medizinische Bäder, Sonnenbrillen, Perücken, vielleicht eines Tages auch die Anti-Baby-Pille* (das wär ja auch noch schöner – Anm. AK) *(!) und vieles andere mehr mit Krankenschein bezahlt werden können, rechtfertigt langsam die Frage, wer uns vor den Krankenkassen schützt, die die Mitglieder immer noch im Glauben lassen, allein die Krankenhäuser, die ‚unersättlichen' Ärzte und die ‚profitgierige' pharmazeutische Industrie seien Schuld an der Kostenexplosion"*.

Tatsächlich haben die Krankenkassen in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen – und das nicht zu Unrecht –, daß der Kostenanstieg im Gesundheitswesen hauptsächlich auf das Ansteigen der Arzthonorare und der Preise für Arzneimittel zurückzuführen ist. So schrieben sie in einem Brief an den Bundesverband der Pharmaindustrie, unter Hinweis darauf, daß deutsche Arzneimittel im Ausland oftmals billiger verkauft werden als in der BRD: *„Hat so die deutsche Krankenversicherung* (und damit jeder Arbeiter – die Red.) *zur Finanzierung des Absatzes deutscher Arzneimittel im Ausland* (und damit zu Riesenprofiten der Chemischen Industrie – die Red.) *wesentlich beigetragen, dann müßte die pharmazeutische Industrie ihrerseits auch bereit sein, gegenüber der deutschen Krankenversicherung finanzielles Entgegenkommen zu zeigen, wenn dies wegen der Kostenentwicklung dringend notwendig ist"* („Welt" vom 7.3.75). Allerdings werden auch die Krankenkassen wissen, daß dieser Kniefall vor der Pharmaindustrie ohne Erfolg bleiben wird!



Die Stoßrichtung aller Angriffe in der bürgerlichen Presse ist klar: Um die „Kostenexplosion" aufzufangen, sollen *„die Krankenkassen – ein Faß ohne Boden – mit den Beitragsgeldern sparsamer wirtschaften"* („Hamburger Abendblatt" vom 7.11.74); **hier soll gespart werden, um die Kollegen an anderer Stelle noch besser beuteln zu können. Das kann jedoch nur auf eine massive Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Arbeiterklasse hinauslaufen.**

Auf der anderen Seite will man die Kostenlasten auch „besser" verteilen; so hält der FDP-Fraktionschef (nach „FR" vom 23.6.75) *„eine Beteiligung* (!) *des Bürgers für notwendig.* (Als hätten wir nicht sowieso schon alles bezahlt !!). *So sollen kleinere* (?) *Beträge etwa bei Arzneimitteln, bis zu einer gewissen* (??) *Größe selbst aufgebracht werden."* Hier wird ein weiterer massiver Angriff vorbereitet, denn es läßt sich heute schon absehen, wann aus „den kleineren Beträgen" „größere Beträge" werden.
und weiter: *„Das ganze Gebiet der Umverteilung außerhalb der klassischen sozialen Sicherung muß mit dem Ziel des Abbaus* (!) *durchleuchtet werden."*

In dieselbe Richtung gehen auch die Vorschläge der Gesundheitsministerin Focke: in einem *„Grundsatzgespräch über die Eindämmung der Kostenexplosion im Krankenhauswesen"* im März dieses Jahres verkündete sie den Vorschlag, in den Krankenhäusern die sogenannte *„gestufte Pflege"* (degressiver Pflegesatz) einzuführen (hiernach wird ein Bett mit einem Patienten, der nur noch relativ wenig Pflege benötigt, dem Krankenhaus weniger Geld einbringen als ein stark pflegebedürftiger), und die Krankenhäuser werden auf diese Weise erpreßt, die „leichten Fälle" unter den Patienten vorzeitig zu entlassen – ein bemerkenswerter Zusatz zum Krankenhausfinanzierungsgesetz! Dieser Vorschlag wird auch vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IWD) begrüßt. Die Herren Kapitalisten unterstützen des weiteren noch den Vorschlag der Ärzte, daß Arbeiter und Angestellte *„das Krankenhaus als teuerste Einrichtung des Gesundheitswesens so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen"* („IWD", 19.6.75). Des weiteren werden auch hier die Einsparungsvorschläge mit Voraussetzungen verknüpft, die schon recht deutlich machen, in welche Richtung die Reise gehen soll:

„den Leistungsempfängern (den werktätigen Versicherten – die Red.) **muß ein höheres Maß an Eigenverantwortung zugemutet werden,**

im Gesundheitsbereich muß ein Mindesmaß (!!!) an Bedarfsplanung gewährleistet werden" (IDW).

Bei diesen Plänen und Vorstellungen können die Herren im IDW auf einen treuen Verbündeten zählen: den Hamburger Gesundheitssenator Dr. Nölling; schon im Februar dieses Jahres trat er entschlossen den Kampf gegen unsere bestehende Gesundheisversorgung an: *„Dreißig Prozent der in den Hamburger Kliniken liegenden Patienten sind nicht so krank (!), daß sie unbedingt mit 150,– DM Unkosten pro Tag in einem Krankenhaus behandelt werden müssen. ...der anhaltende Kostendruck in der Gesundheitsversicherung lasse einen derartigen ‚Luxus' (!) nicht mehr zu" („HA", 27.2.1975).*

Seine Vorschläge, um den „Luxus" abzuschaffen:

„die Gesundheitserziehung ist eine Priorität der Zukunft" – und nicht mehr die Gesundheitsversorgung!

„eine Schwangere, die nicht zur kostenlosen Vorsorgeuntersuchung geht, erhält später auch kein Kindergeld",

„die Krankenhausleistungen müssen auf das knappste Maß (!) beschränkt werden",

„die Liegezeiten der Patienten muß verkürzt, die Ausnutzung der Betten (?!) muß erhöht werden."

Und das alles unter dem Motto: **„Die fetten (??!) Jahre sind vorbei** (für wen denn ? – die Red.) **und die mageren müssen bewältigt werden"** („HA", 27.2.75).

Mit dem Sparprogramm für den Gesundheitsbereich werden zumindest bei uns in Hamburg große Teile dieser Vorstellungen verwirklicht werden.

Es wird immer deutlicher werden, daß der arbeitenden Bevölkerung nach und nach immer mehr aus der Tasche gezogen werden soll, um dem BRD-Imperialismus seine ehrgeizige Politik zu finanzieren. Sowohl gegen die verbrecherischen Einzelmaßnahmen im Gesundheitssektor als auch gegen den kapitalistischen Staat insgesamt muß gekämpft werden.

Genossen aus den Krankenhäusern Eppendorf und Altona
KB / Gruppe Hamburg

Antifaschisten kriminalisiert

In Eutin und Lübeck wurden in parallel verlaufenden Prozessen vier Antifaschisten vom jeweiligen Schöffengericht zu hohen Geldstrafen verurteilt. (s. auch ausführlichen Bericht in der neuen ARBEITERKAMPF-Sonderbeilage für Schleswig-Holstein).

In Eutin waren es gleich drei, die wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Hausfriedensbruchs" zu 600,- DM (in zwei Fällen) und 900,- DM (in einem Fall) Geldstrafe verknackt wurden; in Lübeck wurde ein Angeklagter allein wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" zu 900,- DM verurteilt.

Die Urteile gehen zurück auf antifaschistische Aktionen, die von den Gruppen des KB am 3.3.74 in Lübeck gegen eine NPD-Großveranstaltung mit Thadden und am 3.5.74 gegen eine weitere neonazistische Provokation in Eutin durchgeführt wurden.



In Lübeck war zunächst vor dem Hotel, in dem sich die NPD-Ratten versammeln wollten, eine Antifaschistische Kundgebung durchgeführt worden, die anwesende NPD-Ordner mehrfach zu stören versuchten. Als dann vom NPD-Einsatzleiter H a i n ein Fotograf eingesetzt wurde, stürmten viele empörte Antifaschisten auf ihn, zerschlugen die Kamera und versuchten, ins Innere des Hotels zu dringen, um die dort stattfindende Zusammenrottung zu beenden. NPD-Ordner im Verein mit prügelnden Bullen drängten die Antifaschisten jedoch ab.

Ungehindert konnte der braune Adolph (v. Thadden) seinen Sud loswerden vor den versammelten Neonazis – Thema: „Mit Willy Brandt in den Abgrund". Einige Wochen nach dieser antifaschistischen Aktion wurde der Presseverantwortliche der KB-Gruppe „erkennungsdienstlich behandelt", und gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung" vom Lübecker Staatsanwalt Wirsich eingeleitet. Hauptbelastungszeuge sollte der NPD-Vorsitzende von Ostholstein, Hain, werden. Hain, Angestellter in der Marineunteroffiziersschule in Plön (für Faschisten ist der Öffentliche Dienst keine Hürde), ist gleichzeitig außerdem Mitglied des Landesvorstandes der NPD, des supranationalen militanten „Bundes volkstreuer Jugend" und der „Bürgerinitiative Deutsches Reich".

In Eutin hatten ca. 100 Antifaschisten versucht, einer neonazistischen Provokationsveranstaltung die verdiente Abfuhr zu erteilen. Sie sahen sich dabei aber koordinierten Übergriffen von Naziordnern und Polizei gegenüber. Einfädler der Provokation war kein geringerer als Hain. Assistiert wurde er von Heiko Oetker (Norderstedt), ebenfalls im Landesvorstand der NPD und langjähriger Leiter des Ressorts „Lager und Fahrten" der „Jungen Nationaldemokraten".

Zu ihrer Veranstaltung mit dem sinnträchtigen Flugblatt-Titel *„Wir rufen die Jugend Eutins"* hatten die Neonazis seinerzeit getarnt als „Jugendarbeitskreis" aufgerufen, unterzeichnet von der Frau des W. Witt, eines in Eutin lebenden Offiziers a.D. der Bundeswehr, nebst Otto Führer, Landesvorstandschef der NPD in Schleswig-Holstein.

Das Flugblatt war ein rassistischer Erguß, in dem die Arbeiterjugend mit „Ackergäulen" verglichen wurde, woraus keine Erziehung „Springpferde" machen könne.

Auf die Gegenmobilisierung des KB hatten sich die Neonazis in einer Weise eingestellt, daß sie – wie sich herausstellen sollte – im Verein mit der Polizei eine Falle anlegten.

Während Oetker als Eröffnungsredner jugendfeindliche Diffamierungen vom Stapel ließ („faul, arbeitsscheu, ungekämmt und ungewaschen" usw.) und so die Wut der Antifaschisten auf sich zog, besprach sich Hain mit den anwesenden Einsatzleitern der Polizei. Es wurden alle Eingangstüren verschlossen und darauf die versammelten Antifaschisten aufgefordert, den Saal zu verlassen. „Juden raus" skandierte dazu NPD-Berufsschullehrer Rössner. In der Zwischenzeit hatten die Bullen Verstärkung geholt. Nunmehr siebenköpfig und schlagstockbewehrt machten sie Jagd auf „Rädelsführer". Die Jugendlichen verteidigten sich bravourös, dennoch gab es drei Festnahmen. Ein Mädchen lag mit einer Gehirnerschütterung eine Woche lang im Krankenhaus, die Folge eines Gummiknüppels ...

Die Strafanträge der Antifaschisten (gegen die Bullen zweimal wegen Körperverletzung, gegen die NPD wegen antisemitischer Äußerungen) wurden allesamt vom Lübecker Staatsanwalt W i r s i c h niedergeschlagen. Hingegen kamen die Anzeigen der NPD und der Polizei Wirsich sehr gelegen.



„Rechtsstaatliche" Metamorphose

Wirsich-Kohl und NPD-Haini: Justiz - Nazi - Kumpanei

Es ist kein Zufall, daß in Eutin und Lübeck zur gleichen Zeit gegen Antifaschisten prozessiert worden ist. Und es ist vielsagend genug, daß sich Staatsanwalt Wirsich die Kriminalisierung der über ein Jahr zurückliegenden antifaschistischen Protestaktionen extra für den Zeitpunkt des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus aufgehoben hatte. Und auch kein Zufall, daß Wirsichs unmittelbarer Vorgänger im Amt bis vor kurzem der bekannte Kriegsverbrecher Schattenberg war (Marine-Oberst Kriegsgerichtsrat der faschistischen Kriegsmarine, versorgte spanische Faschisten mit Waffen, Munition und Lebensmitteln, vergl. Braunbuch) ...

Symptomatisch, welche Rolle dem Hauptbelastungszeugen Hain zugedacht war. Hains Rolle in Lübeck: Als Leiter des Ordnungsdienstes wollte er einen Fotografen erst nach „Tätlichkeiten" vor die Tür des Hotels geschickt haben (in Wirklichkeit war es genau andersherum). Dem Angeklagten wollte Hain eine Rädelsführerschaft andichten. Außerdem sollte dieser ihn mit einer Sprühdose bespritzt haben . . .

Obschon Hains Phantasien von keinem der Zeugen – Bullen wie NPD-Ordnern! – unterstrichen oder irgendwie abgestützt werden konnten (im Gegenteil: Hains Schilderung enttarnte ihn eindeutig als Lügenbaron), erdreistete sich Staatsanwalt Wirsich, ausgerechnet dem Zeugen Hain ein „sicheres und selbstbewußtes Auftreten" zu bescheinigen und daraus auch noch eine besondere „Glaubwürdigkeit" abzuleiten! Und aus der angeblichen Sprühdose machte Wirsich flugs schweren Waffenbesitz(!). Deshalb beantragte Wirsich a c h t Monate Knast (incl. Bewährung), wobei er sich nahezu vollständig auf den „Zeugen" Hain stützte...

Dies wog umso frecher, als Wirsich und Hain schon an zwei Verhandlungstagen in Eutin – unmittelbar vor dem Lübecker Prozeß – ein ähnliches Zusammenspiel abgezogen hatten. Nicht nur, daß dort Hains zahlreiche Doppelmitgliedschaften in neofaschistischen Schlägergruppen und der NPD nachgewiesen werden konnten (gegen das Sträuben von Richter und Staatsanwalt), sondern auch dort hatte Hain nachweislich das Blaue vom Himmel gelogen.

Hain wollte gesehen haben, wie „die Polizisten von Rädelsführern" geschlagen worden seien, „ein Polizist dabei so schwer auf den Kopf, daß er zusammenbrach", den „Juden-raus-Rufer" habe er persönlich als Betrunkenen abgeführt usw. Diese Version wurde von Wirsich in seiner Anklageschrift vollständig übernommen und noch ausgemalt.

Alle Versuche der politischen Enttarnung Hains wurden von Staatsanwalt und Richter abgeblockt (nicht zur Sache gehörig !!).

Allerlei Eselsbrücken wurden den faschistischen Zeugen gebaut, sobald diese sich in zweifelhafte Aussagen hineingeritten hatten und gierig wurde aufgenommen, was in die Konzeption der Anklage paßte. Daß die Gefährlichkeit der neofaschistischen Provokationsstrategie politisch von den Angeklagten nachgewiesen wurde, kümmerten Richter und Staatsanwalt wenig. Ihnen ging es darum, den Angeklagten „strafbare Handlungen" nachzuweisen und zugleich Hain & Co. als biedere Demokraten hinzustellen.

Hierauf antwortete einer der Angeklagten in seinem Schlußwort mit einer Parole aus dem Kampf des italienischen Antifaschismus:

„Pagherete tutto!"
– Nicht wir, IHR werdet alles bezahlen ! ●

KB/Gruppe Lübeck

Inhalt